Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

Bremisches Jahrbuch

Historische Gesellschaft Bremen

Bremen, 1864-

Band 89 [2010]

urn:nbn:de:gbv:46:1-386

Visual Library

BREMISCHES JAHRBUCH

in Verbindung mit der
Historischen Gesellschaft Bremen
herausgegeben vom

STAATSARCHIV BREMEN

BAND 89 · 2010

BREMISCHES JAHRBUCH · BAND 89 · 2010

BREMISCHES JAHRBUCH

In Verbindung mit der
Historischen Gesellschaft Bremen
herausgegeben vom

STAATSARCHIV BREMEN

BAND 89 · 2010

Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen

Das BREMISCHE JAHRBUCH erscheint seit 1863

REDAKTION:

Konrad Elmshäuser

REDAKTIONSAUSSCHUSS:

Jörn Brinkhus, Brigitta Nimz, Bettina Schleier

Die Historische Gesellschaft Bremen dankt der Sparkasse Bremen für die Gewährung großzügiger finanzieller Unterstützung zum Druck des Bremischen Jahrbuchs.

Die Redaktion bittet, Zuschriften, Manuskripte und Rezensionsexemplare an das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 28203 Bremen, zu richten.

Anmeldungen zur Mitgliedschaft in der Historischen Gesellschaft Bremen, die zum freien Bezug des Jahrbuchs berechtigt, nimmt die Geschäftsstelle unter derselben Adresse und über info@historische-bremen.de gerne entgegen.
Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt 25,– Euro.

Satz: taips. Bremen
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier von Geffken & Köllner, Bremen

ISSN 0341-9622

Inhalt

Titelbild und Erläuterung

Ihrer geliebten Vaterstadt eine neue Zierde –
Das Gustav-Adolf-Standbild in Bremen
Von *Sylvelin Wissmann* 11

Aufsätze

Der Holk der Königin von Frankreich. Ein hansisch-französischer Konflikt und ein Bremer Seeheld im 15. Jahrhundert
Von *Adolf E. Hofmeister* 29

Die Schatzkisten des Königs Heinrich von Navarra. Bremen im Kontext einer europäischen protestantischen Konföderation 1583
Von *Konrad Elmshäuser* 52

Das Bremer Gymnasium Illustre und seine Beziehung zu den Studenten der Brüderunität aus Böhmen und Mähren zu Anfang des 17. Jahrhunderts
Von *Markéta Růčková* 93

Der schwedische Schriftsteller Carl Jonas Love Almqvist in Bremen 1865/66
Von *Jan Osmers* 128

200 Jahre Theaterleben in Vegesack
Von *Thomas Begerow* 144

200 Jahre Wilkens Bremer Silberwaren. Zur Geschichte eines bremischen Familienunternehmens
Von *Lena Fellmann* 167

»Wird nachmittags elektrisiert ... sodass Erbrechen erfolgt« Psychiatrie im Bremer St. Jürgen-Asyl im Ersten Weltkrieg
Von *Maria Hermes* 230

Die vergessenen Akten – Max Warburg und die Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH
Von *Gabriele Hoffmann* 243

»Was wird aus dem Bunker Valentin?« Der geschichtspolitische Umgang mit dem ehemaligen U-Boot-Bunker Valentin in Bremen von 1946 bis 1989
Von *Julia Pörtner* 262

Miszellen

Lohnkämmerei und Wollhandel – Zur Überlieferung der Bremer Wollkämmerei im Staatsarchiv Bremen
Von *Jörn Brinkhus* 284

Strukturbedingungen der Musikgeschichte der Freien Hansestadt Bremen
Von *Ulrich Tadday* 296

Rezensionen und Hinweise

Auf dem Garten, Klaus und Kuckuk, Peter: Bürgerliche Jugendbewegung in Bremen. Vom Wandervogel zur Bündischen Nachkriegsjugend (1907 bis 1960) *(Jürgen Reulecke)* 306

Barfuß, Karl Marten, Müller, Hartmut und Tilgner, Daniel (Hrsg.): Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005. Band 4, Statistik *(Jörn Brinkhus)* 308

Beck, Jens: Historische Gutsgärten im Elbe-Weser-Raum. Geschichte und kulturhistorische Bedeutung der Gutsgärten als Teil der Kulturlandschaft *(Sylvelin Wissmann)* 310

Buggeln, Marc: Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme *(Jörn Brinkhus)* 311

Buggeln, Marc: Bunker »Valentin«. Marinerüstung, Zwangsarbeit und Erinnerung *(Jörn Brinkhus)* 311

Club zu Bremen (Hrsg.): Der Club zu Bremen 1783–2008. 225 Jahre in vier Jahrhunderten *(Thomas Elsmann)* 315

Förster, Thomas: Große Handelsschiffe des Spätmittelalters *(Ulrich Weidinger)* 318

Hammel-Kiesow, Rolf, Puhle, Matthias und Wittenburg, Siegfried: Die Hanse *(Konrad Elmshäuser)* 320

Hoffmann, Wiebke: Auswandern und Zurückkehren. Kaufmannsfamilien zwischen Bremen und Übersee. Eine Mikrostudie 1860–1930 *(Nicola Wurthmann)* 322

Knauf, Diethelm und Moreno, Barry: Aufbruch in die Fremde. Migration gestern und heute *(Christian Ostersehlte)* 323

Kuckuk, Peter (Hrsg.): Die Revolution von 1918/1919 in Bremen. Aufsätze und Dokumente *(Karl-Ludwig Sommer)* 325

Meter, Peer: Gesche Gottfried. Eine Bremer Tragödie *(Bettina Schleier)* .. 326

Myke, Ursula und Pribbernow, Hermann (Hrsg.): 150 Jahre Kippenberg: Von Töchterschule und Lehrerinnenseminar zum modernen Gymnasium *(Brigitta Nimz)* 328

Patzer, Holger: Die Fluß- und Hafenschiffahrt der deutschen Dampfschifffahrts-Gesellschaft »HANSA« *(Adolf E. Hofmeister)* 329

Poeschl, Rainer u. a. (Hrsg.): 175 Jahre Rickmers *(Adolf E. Hofmeister)* ... 331
Scheelje, Reinhard (Bearb.): Der mittelalterliche Bremervörder Stadtrechtskodex *(Adolf E. Hofmeister)* ... 333
Schütze, Ernst: Straßen, Häuser und Familien in der Bremer Altstadt im 16. Jahrhundert *(Hans-Cord Sarnighausen)* ... 334
Talkenberger, Heike (Hrsg.): Die Autobiographie des Betrügers Luer Meyer 1833–1855 *(Sylvelin Wissmann)* ... 335
Thiel, Reinhold: Die Geschichte des Bremer Vulkan 1805–1997. Band 1 1805–1918 *(Hartmut Roder)* ... 336
Voigt, Karl-Heinz: Methodistische Mission in Hamburg (1850–1900) *(Peter Ulrich)* ... 338
Wissmann, Sylvelin (Hrsg.): Richelmann (1789–1834). Wege eines Diebes zwischen Hamburger Urteil und Bremer Kerker *(Brigitta Nimz)* ... 340
Wurthmann, Nicola: Senatoren, Freunde und Familie. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne 1813–1848 *(Andreas Schulz)* ... 342

Hospitium Ecclesiae. Bd. 24, 2009 ... 344
Denkmalpflege in Bremen. H. 7, 2010 ... 344
Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. H. 23/24, 2009 ... 344
Bremer Archäologische Blätter. Neue Folge. Bd. 7, 2008 ... 344
Bremer Beiträge zur Münz- und Geldgeschichte. Bd. 6, 2009 ... 345
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Bd. 95, 2009 ... 345
Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde. Bd. 89, 2009 ... 345
Jahrbuch der Männer vom Morgenstern. Bd. 88, 2009 ... 345
Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF). Bd. 99, 2009 ... 345
Oldenburger Jahrbuch. Bd. 109, 2009 ... 346
Hansische Geschichtsblätter. Bd. 127, 2009 ... 346
Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Bd. 81, 2009 ... 346
Deutsches Schiffahrtsarchiv. Bd. 31, 2008; Bd. 32, 2009 ... 347

Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde ... 348

Historische Gesellschaft Bremen
Jahresbericht 2009 ... 351
Rechnungsbericht 2009 ... 354

Anschriften der Autoren und Rezensenten ... 356

Ihrer geliebten Vaterstadt eine neue Zierde – Das Gustav-Adolf-Standbild in Bremen

Von Sylvelin Wissmann

Von 1856 bis 1942 stand eine Statue des schwedischen Königs Gustav II. Adolf auf der Domsheide in Bremen als ein zugleich typisches und einzigartiges Denkmal. Die vorliegende Studie möchte Herkunft und Schicksal des Standbildes und damit dessen vielfältige historische Schichtungen und Verwobenheiten darlegen.[1]

Statuen als Abbilder einer historischen Person bezeugen deren Bedeutung zu Lebzeiten oder in ihrer Nachwirkung und zugleich deren Bedeutung für Zeitpunkt und Ort ihrer Aufstellung; neben dem Anlass sind für letztere Konzept und Ausführung des Standbildes maßgebend. Statuen als geschaffene Bildwerke haben zudem selbst eine doppelte Geschichte: eine allgemein kunsthistorische als Angehörige eines Typus und ihre individuelle Entstehungs- und Daseinsgeschichte. Die Tradition, vollplastische Statuen im öffentlichen Raum aufzustellen, entwickelte sich in der Antike. Es war eine Entwicklung vom Religiösen zum Profanen – von Götterbildern zu solchen von »Helden« oder bedeutenden Menschen – und zugleich eine vom sakralen zum öffentlichen Raum, insofern zunächst die Götterfiguren das Allerheiligste verließen und später auch Menschenfiguren als Ehrenstatuen auf den Foren errichtet wurden. Es bildeten sich Typen dieser Ehrenstatuen heraus, neben der seltener verwendeten Sitzstatue vor allem die stehende Figur, *statua pedestris*, und seit der Spätantike das Reiterstandbild, *statua equestris*.

Diese Typen finden sich alle wieder im denkmalsüchtigen 19. Jahrhundert, mit einer deutlichen Neigung zu Reiterstatuen, vor allem nach der Reichsgründung 1871. In Bremen folgte man diesem Trend und errichtete während der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. vier Reiterstandbilder, Kaiser Wilhelm I., Kaiser Friedrich III., Moltke und Bismarck darstellend – Helden des damaligen Deutschlands.[2] Die stark antikisierende Figur des Kaisers Friedrich erinnert am deutlichsten an die des Marc Aurel auf dem Kapitol in Rom, Vorbild

1 Die vorliegende Arbeit beruht auf Quellen, die sich im Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen (StAB), in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (StUB) und im Staatsarchiv der Freien Hansestadt Hamburg (StAHH) befinden, sowie auf der zeitgenössischen Presse und den üblichen biographischen und (kunst-) historischen Nachschlagewerken. Zitierte bzw. grundlegend verwendete Literatur wird einzeln aufgeführt.

2 Freistehend auf Sockeln Wilhelm I. 1893 von Robert Bärwald, Bismarck 1910 von Hermann Hahn, beide in der Kleidung der Zeit und gestiftet von »Bremer Bürgern«, und Friedrich III. 1905 von Louis Tuaillon, gestiftet von Franz Ernst Schütte, sowie das Hochrelief 1909 von Moltke an der Liebfrauenkirche, eine Anlehnung an den Bamberger Reiter. – Die Angaben, insbesondere die Daten,

aller abendländischen Reiterstandbilder. Knapp vierzig Jahre vor dieser Reiterserie wurde in Bremen eine *statua pedestris* in Gestalt von Gustav Adolf aufgestellt, die eher Antikenferne auszeichnete.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte das bürgerliche Bremen keine große Neigung zur Errichtung von Standbildern gezeigt; man hatte seinen Roland, und damit gut. So war der Gustav Adolf erst das vierte Personendenkmal der Neuzeit in Bremens öffentlichem Raum überhaupt und nach dem Olbers-Denkmal in den Wallanlagen das zweite in voller Figur.[3] Die Geschichte dieser Statue von der Entstehung bis zur Aufstellung verlief nicht gradlinig, und ihre Aufstellung hätte ungeplanter nicht sein können, denn – sie war gar nicht für Bremen bestimmt.

Das Modell für den Bronzeguss der Gustav-Adolf-Statue lieferte der schwedische Bildhauer Bengt (Benedict) Erland Fogelberg.[4] 1786 in Göteborg geboren, lernte er in der Familientradition zunächst ein Kunsthandwerk (Metallguss und Ziselierung), begann aber 1806 ein Kunststudium an der Stockholmer Kunstakademie. Deren Ansehen war gerade auf einem Tiefpunkt, und Fogelberg gründete mit Freunden eine oppositionelle Gesellschaft für Kunststudium, in der die nordische Mythologie eine große Rolle spielte. 1819 erhielt er ein Stipendium für eine Studienreise, die ihn über Paris nach Italien führte, und 1821 siedelte er ganz nach Rom über, wo er einen Kreis gleichgesinnter Künstlerfreunde fand und zu einem geachteten Kenner der Antike wurde. Obwohl er Italien nur gelegentlich verließ, wählte er für seine Arbeiten weiter meist nordische Themen, auch in königlichem Auftrag, und galt bald – und bis zu seinem Tode 1854 – als Schwedens führender Bildhauer. Seit seiner Aufnahme in die Stockholmer Kunstakademie im Jahre 1832 und zumal nach seiner Ernennung zum Professor (ohne Anwesenheitspflicht) im Jahre 1839 erhielt er fortlaufend öffentliche Aufträge, so 1845 während eines Aufenthaltes in seiner Heimat gleich drei für städtische Denkmäler: einen Birger Jarl und einen Karl Johan für Stockholm sowie einen Gustav Adolf für Göteborg.

Alle drei Dargestellten sind Heldenfiguren und alle drei sind Gründer: Birger Jarl (gestorben 1266) gilt als Gründer Stockholms, Gustav Adolf gründete

folgen überwiegend der Arbeit von Beate Mielsch, Denkmäler, Freiplastiken, Brunnen in Bremen 1800–1945, Bremen 1980. (Bremer Bände zur Kulturpolitik Bd. 3).

3 Ein Obelisk für Carl von Linné und drei weitere Botaniker (Anfang des 19. Jahrhundert von Jacob Friedrich Schultz), ein Gedenkstein für den 1815 gefallenen Hermann von Kapff (1816 von Jacob Ephraim Polzin) und ein Standbild des Arztes und Astronomen Heinrich Wilhelm Matthias Olbers (1844 von Carl Steinhäuser, gestiftet von einem eigenen Stifterverein, 1850 aufgestellt). Eine Johann Smidt-Statue aus dem Jahre 1846 von Carl Steinhäuser wurde »unter Dach« im Neuen Rathaus aufgestellt. – Vgl. Herbert Schwarzwälder, Das Olbers-Denkmal. Planung, Entstehung, Aufstellung 1844–1850, in: Bremisches Jahrbuch (im Folgenden Brem. Jb.) Bd. 80 (2001), S. 123-145; sowie Helke Kammerer-Grothaus, Carl Johann Steinhäuser, 1813–1879, ein Bildhauer aus Bremen, Delmenhorst 2004.)

4 Die biographischen Angaben nach: Saur Allgemeines Künstler-Lexikon. Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 41, München 2004, S. 483-484, sowie nach: Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart, Band 12, hg. von Ulrich Thieme, Leipzig 1916, S. 138-139.

Göteborg 1619 neu nach dessen Zerstörung und Karl Johan hatte gerade eine Dynastie gegründet. Geboren in Frankreich als Jean Baptiste Bernadotte[5], unter Napoleon zum Marschall aufgestiegen und später Führer der siegreichen Allianz gegen ihn, war er 1810 vom kinderlosen letzten König der schwedischen Vasa-Dynastie adoptiert worden und bestieg nach dessen Tod 1818 als Karl XIV. Johan den Thron.[6] Er starb 1844, und sein Sohn und Nachfolger Oscar I. beabsichtigte mit einem Standbild seines Vaters auf dem Platz vor dem königlichen Schloss sicher auch eine demonstrative öffentliche Legitimierung der jungen Dynastie Bernadotte.

Der Karl Johan ist eine – deutlich Marc Aurel imitierende – *statua equestris*, Birger Jarl und Gustav Adolf sind *statuae pedestres*, alle drei stehen heute noch auf den damaligen Plätzen und Podesten. Der Gustav Adolf in Göteborg ist allerdings ein Drittguss.[7] Die drei Statuen wurden nach Fogelbergs Vorlagen und einem ersten, nicht überzeugenden Guss in Italien in den Jahren 1850/51 von der renommierten Münchener Bronzegießerei von Ferdinand Miller[8] gegossen. Zumindest der Gustav Adolf wurde bereits in dieser Phase der interessierten Öffentlichkeit durch einen kurzen Vermerk mit Abbildung in der *Illustrirten Zeitung* unter der Überschrift »Schwedische Bildhauerkunst« als bei dem »kgl. Eisengießerei-Inspector« Miller im Guss befindlich vorgestellt: »Gustav Adolf, König von Schweden, 12 Schuh hoch, ist von dem schwedischen Bildhauer, Professor Fogelberg in Rom, modellirt und für Gothenburg bestimmt.«[9]

Während der Transport der beiden Stockholmer Statuen von Lübeck aus ohne Zwischenfälle verlief, strandete der schwedische Schoner »Hoppet«[10] unter dem Kapitän A. Strömbeck mit dem Gustav-Adolf-Standbild an Bord auf der Fahrt von Hamburg nach Göteborg am 20. November 1851 bei Schnee und Nebel auf der Helgolander Düne und brach drei Tage später bei einem weiteren Sturm auseinander.[11] »Die Gustav-Adolph-Statue liegt im Sande

5 Jean Baptiste Jules Bernadotte, 1763–1844, von den schwedischen Ständen zum Kronprinzen gewählt.

6 In Norwegen, das seit 1814 mit Schweden in Personalunion verbunden war, wird er als Karl III. Johan geführt.

7 Fogelbergs Karl Johan in Stockholm wurde später um 180 Grad gedreht. – Weitere Statuen von Karl Johan stehen in Norrköping, Karl Johans park (eine machtvolle pedestris) und in Oslo, Schlossplatz (barhäuptig grüßend zu Pferd).

8 Ferdinand von Miller, 1813–1887, geadelt 1875, seit 1844 Direktor der königlichen Erzgießerei in München, die berühmte Gusswerke herstellte, u. a. die Münchener Bavaria kurz vor dem Gustav Adolf.

9 Illustrirte Zeitung Nr. 390, XV. Bd., (Neue Folge III. Bd.), S. 396, Leipzig, 21.12.1850.

10 Schoner oder Schonerbrigg, 92 RT, 1838 in Schweden gebaut, derzeitige Reederei: G. D. Schmidt, Göteborg. – Angaben laut Schreiben von Jürgen Meyer, Altonaer Museum Hamburg, vom 20. 11. 1972 unter GZ 36-750.50 an Dr. Arnold Rehm, Bremen, in: StAB 9,S 0-764. Hier auch: Arnold Rehm, Die Strandung des Gustav Adolf oder: Wie Bremen zu einem Denkmal kam – und es wieder los wurde, in: Seekiste, 24. Jg., H. 3 (März 1973), S. 96-98.

11 Neben einem Pianoforte war die Statue das größte Einzelteil der Stückgutfracht. Vgl. Bericht vom 2. Sept. 1852 und Liste der geborgenen Waren in StAHH Dispachewesen A I b 60, Lit. B. No 60, 19. 7. 1852–23. 9. 1853 (in Kopie in StAB 9,S 0-764).

hineingewühlt«, berichtete der Lloyd-Agent Jasper Bufe laut *Hamburgischer Correspondent*[12], und ihre »in guter Verfassung« gelungene Bergung durch die Helgoländer, die das Strandrecht[13] an der Ladung hatten, war kostenintensiv. Deren Hoffnung, die Statue gegen Bergungskosten an die Auftraggeber übergeben zu können, zerschlug sich wegen zu hoher Forderungen. Die Göteborger ließen statt dessen bei Miller einen neuen Guss anfertigen, der bereits 1852 aufgestellt wurde und nur etwa die Hälfte des geforderten Bergungslohns kostete. Die Helgoländer blieben vorerst auf der Statue sitzen und stellten sie an der Großen Allee auf. Als nach zwei weiteren Jahren der geforderte Preis bedeutend gesunken war[14], ließ sich der Bremer Notar Emil Meinertzhagen von dem Badearzt Heinrich von Aschen[15] zum Kauf der Statue anregen. Er versammelte zwölf weitere Herren als Stifterverband für den Plan des Erwerbs und der öffentlichen Aufstellung des Gustav-Adolf-Standbildes in Bremen.

Eine solche Stiftergemeinschaft zu bilden war ein geläufiger Vorgang; alle bisherigen Bildwerke im öffentlichen Raum waren so zustande gekommen, allerdings hatte es sich dabei jeweils auch um Aufträge der Stifter gehandelt.[16] Im vorliegenden Fall ging es um eine fertige Skulptur, die noch dazu für den spezifischen Bedeutungshintergrund von Göteborg gefertigt worden war. Der Bremer Hintergrund und Anlass war ein ganz anderer, und es lässt sich heute nur vermuten, was die Stifter zum Kauf der Statue bewogen haben mag. Augenscheinlich sahen sie den Dargestellten in keinem historisch-politischen Bezug zu Bremen, es ist sogar fraglich, ob sie selbst einen ideellen Bezug herstellten und den Gegner des Kaisers etwa als Symbol für Reichsfreiheit oder als Retter des Protestantismus auffassten. Zumindest steht nichts dergleichen in dem Antrag der Stifter an den Senat, die Statue der Stadt zu bestimmten Bedingungen schenken zu dürfen.

»Die Unterzeichneten« sprechen in dem Antrag ausschließlich vom künstlerischen Wert der Statue, der nur durch eine passende öffentliche Aufstellung voll zur Geltung käme: »Ueberzeugt, ihrer geliebten Vaterstadt eine neue Zierde dadurch zu verschaffen, erlauben sie sich, derselben dieses

12 Die Ladung war demnach bei Lloyd's [i. e. Corporation of Lloyd's, Vereinigung von Einzelversicherern in London, insbesondere zur Seeversicherung] versichert. – Bufes Berichte laut Schreiben Meyer (wie Anm. 10) jeweils am 22. 11., 25. 11., 27. 11. und 1. 12. 1851. Daten zu Bufe konnten mit den üblichen biographischen Hilfen nicht ermittelt werden. – Die Schreibweise Adolph findet sich in verschiedenen Quellen, vgl. auch »Gustav-Adolphs-Stiftung« (Anm. 48).

13 Das Bergerecht gestrandeter Ladung.

14 Ursprüngliche Forderung 15.000, jetzige 4.500 Courant Mark. – Franz Buchenau, Die Freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet, Bremen 1900, nennt 3000 Taler (S. 168). – Der Münchener Zweitguss hatte Göteborg 8.000 Courant Mark gekostet.

15 Johann Heinrich Wilhelm von Aschen, 1807–1881, Badearzt auf Helgoland und Leibarzt der Königin Victoria von England, Sohn von Johann Heinrich von Aschen, dem Pastor Primarius an St. Stephani.

16 Vgl. Eberhard Lutze, Stifter und Bildwerk in Bremen, in: Jahrbuch der Bremischen Wissenschaft Bd. 1 (1955), S. 167-188, der auch von einem durch die Stifterfreudigkeit der Bremer Bürger geprägten Stadtbild spricht.

Kunstwerk zum Geschenk anzubieten, um an einem geeigneten freien Platze in der Stadt aufgestellt zu werden, da für das bronzene Standbild eine Aufstellung in den Wallanlagen ihrer Ansicht nach nicht passen würde.«[17]

In dem insgesamt lakonischen Text sind die beiden originalen Unterstreichungen von Bedeutung: »In der Stadt« bildet hier einen Gegensatz zu »in den Wallanlagen«, der erst verständlich wird durch die Tatsache, dass bisher – noch in der Tradition fürstlicher und später bürgerlicher privater Gartenmonumente – Bremer Plastiken im öffentlichen Raum ausschließlich in Grünanlagen aufgestellt waren.[18] Sie waren zudem aus hellem Stein oder Marmor, und dazu bildet der Hinweis auf das »bronzene« Standbild den zweiten Gegensatz: Heller Stein hebt sich optisch ab vom Grün der Vegetation, nicht aber dunkle Bronze; daher der Wunsch der Mäzene nach einem geeigneten Standort in der Stadt. Nun hatte Bremen nicht allzu viele freie Plätze »in« der Stadt, d. h. innerhalb der ehemaligen Stadtmauern, neben Markt und Domshof nur die ehemaligen Kirchhöfe und die »Domshaide«. Die Wahl fiel rasch auf letztere, und man glaubte, eine kluge Wahl getroffen zu haben, indem man die anderen freien Plätze vermied. Dass auch negative Stimmen zum Denkmal laut wurden, hatte aber nicht zuletzt gerade mit dieser Stelle und ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum Dombezirk zu tun.

In aktueller Entsprechung zum Thema eines passenden Aufstellungsortes wurde die vorliegende Arbeit noch während der Fertigstellung eine Zeitlang begleitet von derzeitigen Querelen um einen geeigneten Platz für ein Heinrich-Heine-Denkmal in Bremen.[19]

Die Absicht der damaligen Käufer, Bremen ein Kunstwerk zu schenken, wird zum einen dadurch bestätigt, dass sie selbst nur unter diesem Gesichtspunkt von der Statue sprechen. Ein weiteres Indiz könnte ihre Mitgliedschaft im Kunstverein sein, dessen Mitglieder aus ihren Privatmitteln Kunstwerke für die Kunsthalle zu erwerben pflegten.[20] Man hatte zudem erst vor Kurzem – 1847 – damit begonnen, die Gemäldesammlung um eine Skulpturensammlung

17 13. Juni 1854, in: StAB 2-P.2.m.3.b. Gustav-Adolf-Statue auf der Domsheide. 1854–1856. – Im Folgenden nicht extra belegte kurze Zitate entstammen dem Konvolut unter dieser Signatur.

18 Vgl. Anm. 3. Linnaeus-Obelisk: Höpkensruh; Kapff-Stein: Herdentorsfriedhof; Olbers-Denkmal: Wallanlagen; die ebenfalls 1856 aufgestellte Vase von Steinhäuser: Wallanlagen.

19 Vgl. Jürgen Hinrichs, Heine vor dem Hohen Haus? Über den Standort des geplanten Dichter-Denkmals ist ein erbitterter Streit entbrannt, in: Weser-Kurier Nr. 248, Bremen 22. Oktober 2009, S. 7, und ders., Heine hier? Nein, Heine da! Ein Dichter, sein Denkmal und die Frage: Wohin? In: Weser-Kurier Nr. 306, Bremen 31. 12. 2009 und 1. 1. 2010, S. 8, sowie weitere Berichte und Leserbriefe zwischen diesen Daten.

20 Durch Subskriptionen sowie auch Verlosungen, Benefizveranstaltungen, etc. Vgl. zeitnah ein Subskriptionsverzeichnis von 1850, in dem mit zwei (vielleicht zufälligen) Ausnahmen alle Namen der Statuenkäufer erscheinen, in: StUB Brem.c. 158a; für die Namen s. Anm. 32. – Die Bürgermeister-Smidt-Statue (Anm. 3) und die Vase von Steinhäuser (Anm. 18) wurden ebenfalls von einer Gruppe im Kunstverein aktiver Bürger gestiftet.

zu erweitern.[21] In diese Richtung zielt möglicherweise auch eine Bemerkung in der kurzen, aber heftigen Kontroverse, welche der Antrag an den Senat auslöste und die im *Bremer Beobachter* ausgefochten wurde, nämlich dass die Statue vielleicht nur deswegen öffentlich aufgestellt werde, weil sie für die Kunsthalle zu groß sei.[22]

In dieser Kontroverse wird von J. W. S. (pro) und H. M. (contra) der Streit aber nicht um Form, sondern um Inhalt geführt, d. h. um die Person Gustav Adolf.[23] H. M. sieht in ihm den aus materiellen und machtpolitischen Beweggründen Handelnden und vor allem denjenigen, der schwedisches Unrecht an Bremen zwar nicht praktiziert, aber doch durch seine Teilnahme am Dreißigjährigen Krieg ausgelöst habe. Unter dem Bremer Blickwinkel sei es untragbar, diesem ein Denkmal zu setzen: »Wer ungerufen in unser Land kommt, einerlei aus welchen Motiven, und Land und Leute raubt, kann nimmermehr unser Freund sein. Die Geschichte mag Gustav Adolf den größten und edelsten Monarchen seines Jahrhunderts nennen, [...] aber wir dürfen nicht vergessen, daß das Vaterland der uns angeborene Platz ist, daß wir von hier aus alle Eingriffe in unsere Rechte zu beurtheilen haben.«[24]

J. W. S. dagegen argumentiert überregional und führt Gustav Adolf als auch ideell handelnden Retter des Protestantismus auf: »Daß Gustav Adolf bei der Vertheidigung der evangelischen Glaubensgenossen zugleich von politischen Beweggründen geleitet ward, wird niemand in Abrede stellen. [...] Niemand wird aber das Eine bezweifeln, worauf es hier vornehmlich ankommt, daß, aller menschlichen Berechnung nach, ohne Gustav Adolfs Dazwischenkunft Deutschland auf dem besten Wege war, ein Abbild der spanischen Monarchie zu werden...«[25]

Die in der Statue abgebildete und diese Kontroverse auslösende historische Person wurde 1594 geboren, bestieg bereits 1611 als Gustav II. Adolf den schwedischen Thron und wurde ab 1613 bis 1629 wegen erfolgter oder drohender Gebietsverluste immer wieder in Kriege mit Dänemark, Russland und Polen verwickelt. Die Zerstörung und Wiedergründung Göteborgs beruhte auf einem Konflikt mit Dänemark, daher erhielt die Statue von Fogelberg auch den darauf bezogenen herrischen Fingerzeig: »Hier ist schwedischer Boden!« Gustav Adolf verfolgte eigene Macht- und schwedische Expansionspolitik, letztlich war sein Ziel die Beherrschung des mare balticum. Daher verstand er Wallensteins Vordringen bis an die Ostsee während des so genannten

21 Vgl. dazu u. a. Ursula Heiderich, »Aus den Wirren der Tagesbegebenheiten in die Arme der Kunst zu flüchten«. Zu den Anfängen der Skulpturensammlung in der Kunsthalle Bremen, in: Klassizismus in Bremen. Formen bürgerlicher Kultur, Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 1993/94, S. 132-154.

22 Bremer Beobachter Nr. 28, 8. 7. 1854. – Zeitgenössische Presse aus dem Bestand der Staats- und Universitätsbibliothek und der Gesellschaft für Deutsche Presseforschung zu Bremen.

23 Die Anfangsbuchstaben ließen sich bisher keinen Namen sicher zuordnen.

24 Bremer Beobachter Nr. 31, 29. 7. 1854. – Die »Eingriffe« in Bremer Rechte wurden nicht von Gustav Adolf, sondern von seinen Nachfolgern veranlasst.

25 Bremer Beobachter Nr. 29, 15. 7. 1854; beide Autoren beziehen sich auf neuere Biographien.

niedersächsisch-dänischen Kriegsabschnitts (1623–1630) im Dreißigjährigen Krieg als Bedrohung und begann im Juli 1630 einen Gegenangriff mit der Landung auf Usedom. Erst zögernd schlossen sich ihm die protestantischen Fürsten an, dann aber führte er diese Allianz gegen die Kaiserlichen von Sieg zu Sieg, bis er in der – ebenfalls siegreichen – Schlacht bei Lützen am 6. November 1632 den Tod fand. Überspitzt ließe sich sagen, dass er eher zufällig der Retter des Protestantismus wurde, weil die katholischen Kaiserlichen aufgrund seiner Politik für Schweden seine Gegner waren.

Es war eine politische Folge seines siegreichen Eingreifens in den Dreißigjährigen Krieg, dass im Westfälischen Frieden 1648 das Erzbistum Bremen und mit ihm der Dombezirk in der Stadt Besitz der schwedischen Krone wurden.[26] Die materiellen und sozialen Folgen dieser Friedensregelung für Bremen beschreibt H. M. im *Bremer Beobachter* mit der Feststellung, durch die Statue würden die Bremer daran gemahnt, »daß unsre Stadt von 1648 bis 1715 fortwährend von den Schweden gequält wurde, daß sie unsere Dörfer niederbrannten, unsre Festen zerstörten und sich enorme Geldsummen erpreßten.«[27] Die Geschichte gibt ihm prinzipiell recht, richtig ist aber auch, wenn sein Gegenspieler J. W. S. korrigierend und relativierend spöttelt: »Man muß recht tief in der Spießbürgerlichkeit stecken, wenn man die kleinen Plänkeleien, welche zwischen unserer Stadt und der Krone Schwedens von 1653 bis 1667, also mehr als zwanzig Jahre nach Gustav Adolfs Tod, stattfanden, dazu benutzt, um unter uns einen längst entschlafenen Schwedenhaß zu wecken und uns dadurch die Freude über die Errichtung des Standbildes des ruhmvollen Vertheidigers der evangelischen Kirche zu verkümmern.« Er weist auch darauf hin, dass der erste Schritt zu Bremens Erlangen der Reichsfreiheit eine direkte Folge der schwedischen Kriegserfolge war und Bremen diese somit eigentlich Gustav Adolf zu verdanken habe.[28] Gemeint ist wohl das Linzer Diplom vom 1. Juni 1646, das Privileg der Reichsfreiheit, mit dem Bremen und der Kaiser in Übereinstimmung verhindern wollten, dass Bremen eine Landstadt im Herzogtum Bremen wurde.

Verglichen mit dem Wellenschlag der Meinungen im *Beobachter* waren ähnliche Erörterungen im *Bremer Bürgerfreund* ein sanftes Plätschern. Nach einer gewissen Ehrenrettung Gustav Adolfs unter Bezug auf H. M. im *Beobachter* wird hier nur die Standortfrage für das Standbild erörtert, wobei alle Zuschriften die Domsheide ablehnen und stattdessen Plätze vor dem Haupteingang des Domes oder auf wechselnden Seiten des Domshofs vorschlagen, u. a. vor dem ehemals lutherischen Waisenhaus, dessen Kinder seit der schwedischen Zeit Schwedens Farben Gelb und Blau trugen.[29]

26 Das Erzbistum wurde bereits 1646 von den Schweden erobert und 1648 mit dem Bistum Verden zusammengelegt zu den Herzogtümern Bremen und Verden. Diese kamen 1713 bis 1715 in dänischen Besitz, danach an Hannover. 1803 (Reichsdeputationshauptschluss) fielen die stadtbremischen Teile an Bremen.

27 Bremer Beobachter Nr. 28, 8. 7. 1854.

28 Bremer Beobachter Nr. 29, 15. 7. 1854.

29 Bremer Bürgerfreund 1854, Nr. 56, 13. 7.; Nr. 58, 20. 7.; Nr. 63, 6. 8.; Nr. 64, 10. 8. und Nr. 66, 17. 8.

Es ist zumindest erstaunlich, dass die Käufer der Statue diesen öffentlichen Streit nicht vorausgesehen haben. Einwände oder Widerspruch von Seiten des Senats sind dagegen nicht verzeichnet, und nach dem Antrag der Stiftergemeinschaft vom 13. Juni 1854 verlief der weitere Vorgang ausgesprochen zügig. Die Stifter hatten um eine rasche Entscheidung gebeten, da »mit der Landschaft zu Helgoland die Lieferung bereits auf den Anfang nächsten Monats verabredet ist«, und Senat wie Bürgerschaft beeilten sich tatsächlich mit der Zustimmung. Schon am 23. Juni bedankte sich Otto Gildemeister[30], Archivar und Regierungssekretär, stellvertretend artig bei den Spendern: »Der bedeutende Kunstwerth, welcher dieses Standbild zu einer Zierde unserer Stadt wird gereichen lassen, vor Allem aber die patriotische Gesinnung, die in dieser Gabe sich ausspricht, haben dieselbe dem Senat dankbarer Anerkennung würdig erscheinen lassen.«[31]

Patriotisch bedeutete im damaligen Sprachgebrauch – wir befinden uns noch vor dem nationalen Aufschwung der Reichsgründung – »zum Wohle Bremens«. Ob es ausschließlich zum Wohle Bremens war, ist allerdings fraglich, denn es kamen mit der Schenkung erhebliche Kosten für die öffentliche Hand dazu. Die dreizehn Stifter[32] – überwiegend Kaufleute – hatten die Statue zwar erworben und deren Transport »frei unter den Kran« bis zur Schlachte finanziert, doch die Kosten für den Transport zur Domsheide, für das Aufstellen und vor allem für die Erstellung des notwendigen Sockels blieben der Stadt. Da Bremen stets eher sparsam mit seinen Mitteln umging, muss also ein recht großes Interesse an dem Standbild bestanden haben. Neben der Wahl des Platzes ging es in den Senatsverhandlungen nun um Entwurf und Ausführung des »Piedestals«. Beides wurde der Deputation für das Bauwesen und der weiteren Leitung des Baudirektors Alexander Schröder[33] übertragen. Dieser entwarf in einem Schreiben an den Senat vom 28. Juni 1854 bereits eine Standortzeichnung und einen Plan mit Angaben zu Größen und Mengen, zur Gesteinsart des Sockels und zu mutmaßlichen Kosten, die er zwischen 1200 und 2300 Reichstalern veranschlagte.[34]

30 Otto Gildemeister, 1823–1902, Philologe, Übersetzer und Schriftsteller, 1857 Senator, 1871 Bürgermeister.

31 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 30. Juni 1854, in: Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft vom Jahre 1854, S. 238. – Die Bürgerschaft dankte ihrerseits am 12. 7. 1854 (ebd., S. 251).

32 Georg Julius Franke, Johannes Fritze, Ältermann Ernst Ferdinand Gabain, Johann Gustav Kulenkampff, Hermann Henrich Meier, Dr. Emil Meinertzhagen, Carl Melchers, Christian Ludolf Hironymus Mummy, Julius Quentell, Wilhelm Eduard Quentell, Gerhard Heinrich Roessingh, Carl August Eduard Gottfried Tewes, Ältermann Johannes Tidemann. Meier war Kgl. Schwedischer und Norwegischer, Roessingh Kgl. Niederländischer Konsul.

33 Alexander Schröder, 1806–1877, aus fürstlichem Dienst in Dessau 1846 nach Bremen berufen. Nach seinen Entwürfen entstanden viele Bremen prägende Bauten, u. a. der erste, so genannte Hannoversche Bahnhof, die Krankenanstalt St. Jürgenstraße, die Strafanstalt Oslebshausen und die Hauptschule (Altes Gymnasium) Dechanatstraße; auf ihn geht auch die planvolle Entwicklung der Vorstädte zurück.

34 StAB 2-P.2.m.3.b., Quadrangel 1.

Der offizielle Bericht der Deputation für das Bauwesen erfolgte am 11. Dezember 1854.[35] Zur Wahl des Standortes führt dieser aus, die Wünsche der Schenkgeber und die Ansichten von Sachverständigen hätten ergeben, »daß ein von Gebäuden umgebener Platz der geeignetste Standpunkt für eine Bronzestatue sei«, und man halte daher die Domsheide für den besten Ort. »Was sodann das Postament, [...] anbetrifft, so hat die Deputation, weil die Statue im Freien stehen soll, geglaubt, ein sehr hartes und festes Material dafür beantragen zu müssen, damit dasselbe dem Einflusse der Witterung und etwaigen versuchten muthwilligen Beschädigungen größeren Widerstand entgegenzusetzen im Stande sei.« Der im Harz anstehende »Gabrostein« erfülle diese Anforderungen.[36] Zuletzt wird ein neuer Kostenvoranschlag über 2350 Reichstaler für Fundament, Postament, vier Kandelaber und das Aufstellen der Statue genannt und dessen Bewilligung beantragt.

Kurz vor Weihnachten 1854 lagen die Einverständniserklärungen von Senat und Bürgerschaft zur Aufstellung der Statue an dem gewählten Platz auf der Domsheide vor. Die Angelegenheit wurde nun in Angriff genommen, sie zog sich bis 1856 hin, und die endgültigen Kosten überstiegen die veranschlagten 2350 Reichstaler um einiges. »Zur Entschuldigung dieser Mehrausgabe« berichtete die Deputation für das Bauwesen unter dem 6. November 1856 – als die Statue bereits aufgestellt war – über die beiden entscheidenden Faktoren, nämlich Mehrkosten von 550 Reichstalern für die Restaurierung der Statue sowie Transport und Fundierung aufgrund des Gewichtes »solch colossaler Massen« und eine »Subvention« für den ausführenden Maurermeister Tröll aus Harzburg. Diesem sollten 1000 Reichstaler über die vereinbarte »Accordsumme« hinaus bewilligt werden, da er mit zu vielen »nicht vorherzusehenden Hindernissen und Mißgeschicken« – unter anderem unbrauchbaren Steinlieferungen – zu kämpfen gehabt habe und sonst ruiniert wäre.[37] Bürgerschaft wie Senat bewilligten beide Summen in vollem Umfang und erstaunlich rasch.[38] Dazu beigetragen haben sicher das erklärende Schreiben des Meisters Tröll, in dem er berichtet, wie er mit eigenen Mitteln »die einzelnen großen Stücke vom Felsen abtheilen« musste, weil bereits abgebrochene Teile fehlerhaft waren, und seine detaillierte Abrechnung der Arbeitsstunden von Gesellen, Tagelöhnern und Lehrlingen im Zeitraum vom 5. Mai 1855 bis zum 23. August 1856.[39]

Die erwähnten zusätzlichen Probleme, die zu den zusätzlichen Kosten geführt hatten, waren neben den Beschädigungen der Statue durch die Havarie (abgebrochener Arm und fehlende Degenscheide) vor allem durch die eingedrungene Mischung aus Sand und Salzwasser entstanden. Augenscheinlich war man auf Funkenbildung aufmerksam geworden. Zu diesem Phänomen wurde

35 Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft vom Jahre 1854, S. 384.
36 Gabbro ist ein gemengtes kristallinisches Gestein, in diesem Fall aus dem Harz, wo es im Radautal bei Bad Harzburg ansteht.
37 Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft vom Jahre 1856, S. 323 f.
38 Ebd., S. 328, Beschluss der Bürgerschaft vom 19.11. und des Senats vom 21.11.1856.
39 StAB 2 – P.2.m.3.b. Quadrangel 8, enth. die Abrechnung des Maurermeisters und den Vorgang zur Nachbewilligung von Kosten 12. bis 21.11.1856.

ein Gutachten erstellt, ein »Londoner Gutachten«, wie es bei Lutze etwas pompös heißt.[40] Tatsächlich hatte sich der Kaufmann und spätere Bürgermeister Buff[41] erboten, deswegen seinen Bruder, einen Chemiker, der in London lebte, zu befragen, und dieser sandte zwei dicht beschriebene Seiten mit Erwägungen zu Herkunft und Beseitigung der Phänomene, hauptsächlich durch metallische Ableitungen. Ein viel simpleres Gegengutachten des Apothekers Kindt[42] lautete schlicht: Die Statue sei keineswegs »hygroscopisch«, wie Buff mutmaße, vielmehr sei noch feuchter Sand von der Helgolander Düne in der Statue gewesen, und er habe diesen bis auf einige problematische Hohlstellen ausspülen können, wodurch die Funkenbildung praktisch behoben sei.[43]

Die Aufstellung auf der Domsheide entsprach der in Göteborg: Auf einem Plafond mit einigen Stufen und Laternen an allen vier Ecken erhob sich die Statue auf einem hohen und soliden Steinsockel. Zusatzmühen und Zusatzkosten hatten sich gelohnt, denn das endgültige Ergebnis scheint zumindest unter ästhetischem Gesichtspunkt allgemeine Zustimmung erhalten haben. So spricht Buchenau nicht nur von der »in ästhetischer Beziehung höchst ansprechend[en]« Statue, er bezeichnet auch die »Aufstellung auf einem Block von dunklem Euphotid (sogenanntem Gabbro)« als äußerst harmonisch.[44] Im Zusammenhang dieser harmonischen Aufstellung lässt eine in der Literatur bisher unerwähnte Formulierung im oben teilweise zitierten Bericht der Baudeputation vom 11. Dezember 1854 aufhorchen: Die Domsheide sei der geeignetste Platz für das Standbild, heißt es, »auch stimmen mit dieser Ansicht die Wünsche der Schenkgeber und die Ansichten der Sachverständigen, namentlich des Bildhauers Fogelberg, des Verfertigers der aufzustellenden Statue überein.« Das klingt, als habe letzterer nicht nur die Pläne, sondern auch den Platz selbst in Augenschein genommen. Möglich wäre es durchaus; Fogelberg starb zwar nur kurze Zeit nach dem Datum des Deputationsberichts am 22. Dezember 1854 unerwartet in Triest an einem Schlaganfall, befand sich dort aber auf der Rückreise von Stockholm, wo er der Enthüllung der Karl-Johan-Statue beigewohnt hatte, nach Rom. Ob er diesen Rückweg über Bremen nahm und dabei den Aufstellungsort für seinen Gustav Adolf inspizierte, ließ sich bisher nicht feststellen.[45]

Hinsichtlich der mit der Statue verfolgten Absicht und ihrer Bedeutung war zur Zeit ihrer Errichtung im Jahre 1856 gegenüber der Kontroverse zur Zeit von Kauf und Schenkung im Jahre 1854 ein Sichtwechsel bzw. eine Schwerpunktverlagerung eingetreten: Sie wurde kaum noch als bloßes Kunstwerk

40 Lutze (wie Anm. 16), S. 171.

41 Carl Friedrich Christian Buff, 1820–1891; 1868 Senator, 1882–85 und 1888–1891 Bürgermeister. – Sein Begleitschreiben und das Gutachten seines Bruders 17. 4. 1856: StAB 2 – P.2.m.3.b. Quadrangel 2.

42 Georg Christian Kindt, 1793–1869, Apotheker (Sonnenapotheke Sögestraße) und Chemiker, häufig als Sachverständiger beschäftigt.

43 StAB (wie Anm. 41), 19.4.1856.

44 Buchenau, 1900 (wie Anm. 14), S. 168.

45 Die Rubrik »Angekommene Fremde« der Bremer Nachrichten, ein Ersatz für das in Bremen fehlende Hilfsmittel der Fremdenlisten, fehlt gerade in der fraglichen Zeit. Das wird etwa im Bremer Bürgerfreund Nr. 59 vom 23. 7. 1854 ausdrücklich bedauert.

Abb. 1: Die Domsheide um 1872. (Foto: Focke-Museum)

betrachtet, sondern man ließ die Person des Dargestellten aus dem Bildnis hervortreten und zwar in ihrer historischen wie in ihrer gegenwärtigen Bedeutung.

Die Nachwelt hatte Gustav Adolf je länger je mehr auf den heldenhaften Retter des Protestantismus reduziert, sein Leben wurde glorifiziert, und sein Nachleben erhielt eine solche Eigenständigkeit, dass die zweihundertjährige Wiederkehr seines Todes im Jahre 1832 Anlass für eine eigene protestantische Bewegung unter seinem Namen wurde. In diesem Jahr gründete Christian Großmann in Leipzig die Gustav-Adolph-Stiftung, die 1842 mit einer ähnlichen Gründung von Karl Zimmermann in Darmstadt zum Deutschen evangelischen Verein der Gustav-Adolphs-Stiftung zusammengelegt wurde und unter der Kurzform des Namens »Gustav-Adolf-Verein« evangelischen Kirchenbau und evangelisches Gemeindeleben in der Diaspora, d. h. in überwiegend katholischer Umgebung fördern sollte.[46] Dieser Verein ist parallel oder sogar komplementär zu sehen zur gleichzeitigen, stark sozial ausgerichteten Inneren Mission im Protestantismus, die in Einzelaktivitäten vielerorts faktisch bereits bestand, ehe sie 1848 zentral zusammengefasst wurde.[47] Gleich dieser operierte der Gustav-Adolf-Verein auf Basis praktischer Tätigkeit und hob sich dadurch ab vom Neupietismus und letztlich auch von der Erweckungstheologie.

46 Christian Gottlob Leberecht Großmann, 1783–1857. – Justus Joseph Georg Friedrich Karl Zimmermann, 1803–1877, gründete einen Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger evangelischer Gemeinden, dessen Aufruf »an die protestantische Welt« 1841 zur Zusammenlegung beider Gründungen führte.

47 Central-Ausschuß für die Innere Mission der evangelischen Kirche. Zuvor zahlreiche Sozialinitiativen von Kirchenmännern, vor allem von Johann Hinrich Wichern, 1808–1881, in Hamburg.

Die Bewegung verbreitete sich rasch durch Gründung entsprechender Vereine auch im Ausland, vor allem aber durch Gründung von Zweigvereinen unter nationalen Hauptvereinen. Ein solcher entstand auch in Bremen unter dem Namen Bremischer Hauptverein [!] für die Gustav-Adolph-Stiftung. Zwölf Männer, »Bürgermeister Smidt, Senator Dr. Meier, Senator Adami, Pastor Prim. Dr. Rotermund, Past. Prim. Treviranus, Past. Prim. Mallet, Past. Pauli, Past. Prim. Dr. Rothe, Past. Dr. Merkel, Aeltermann Gravenhorst, Ph. Grabenhorst, J. L. Ruyter«, gründeten – nach einem vorläufigen »Zusammentreten einer Versammlung von Predigern, Bauherren und Diakonen der hiesigen Gemeinden beider Confessionen« – diesen Verein durch eine Festlegung von Statuten im Mai 1844. Als Zweck gaben sie den des Hauptvereins an: »Erleichterung der Noth, in welcher sich protestantische Glaubensgenossen in oder außer Deutschland befinden, wenn sie zur Befriedigung ihrer kirchlichen Bedürfnisse im eigenen Vaterlande keine ausreichende Hülfe erlangen können.«[48]

Ob Zufall oder Planung dahinter standen, geht aus den Unterlagen nicht hervor, jedenfalls hielt der Deutsche Evangelische Verein der Gustav-Adolf-Stiftung seine 14. Haupt-Versammlung Anfang September 1856 in Bremen ab. Die Statue seines Namensgebers war »wenige Tage zuvor«[49] ohne Enthüllungsfeier aufgestellt worden; jetzt wurde eine Art Weihe vorgenommen, eingefasst und gleichzeitig hervorgehoben durch den Rahmen der Vereinstagung. Gustav Adolf stand hier nun ganz als Symbolfigur, nahezu als Märtyrer des bedrohten Protestantismus. Das Feld für diese Auffassung hatte J. W. S. im *Bremer Beobachter* schon 1854 bereitet: »... es ist nicht vergessen, [...] so lange eine evangelische Kirche besteht, daß in der Zeit der schwersten Bedrängnis unserer Kirche Gustav Adolf die schützende Hand mit dem siegreichen Schwerte über sie hielt und ihr mit seinem Blut die Freiheit erkämpfte ...«[50] Auch den Bezug zum Gustav-Adolf-Verein stellte dieser Autor bereits her: »der evangelische Verein, dessen segensreiche Wirksamkeit über alle gemeinen Verdächtigungen [...] erhaben ist, [...] konnte sich nach keinem schöneren Namen nennen.«[51] Auf diesen Verein zielt im Gegenzug in derselben Ausgabe des *Bremer Beobachters* allerdings auch die hämische Bemerkung von H. M., mit der er gleichzeitig das für das weitgehend reformierte Bremen unerträgliche »fanatische« Eintreten Gustav Adolfs ausschließlich für das Luthertum anprangert: »... forcirte Religiosität ist gefährlich, mag sie wie heute im Frack mit der von hohen Händen approbirten Großmann'schen Erfindung, oder wie ehemals im Koller und mit dem Schwerte agiren.«[52]

48 Zum Gustav-Adolf-Verein: StAB 7,1096, StAB 2-T.6.p.2.G.3. sowie StUB Brem.b. 1154. Zitate aus dem Einblattdruck: Bremischer Haupt-Verein für die Gustav-Adolphs-Stiftung, Bremen 1844; auf dessen Rückseite Abdruck der Statuten der Gustav-Adolph-Stiftung. – Past. Prim. = Pastor Primarius, Hauptpastor. – »Beide« Konfessionen = lutherisch und reformiert.

49 Weser Zeitung Nr. 3956, 26. 8. 1856.

50 Bremer Beobachter Nr. 28, 8. 7. 1854.

51 Bremer Beobachter Nr. 29, 15. 7. 1854.

52 Bremer Beobachter, wie Anm. 50. Die Gründer des Bremer Vereins gehörten aber ausdrücklich zu »beiden Confessionen« (vgl. Anm. 48).

1856 kamen sie dann, die Mitglieder des Gustav-Adolf-Vereins, vermutlich im Frack, jedenfalls in großer Zahl und überregionaler Besetzung. Von den »hohen Händen«, mit denen H. M. 1854 wohl auf die prominenten Gründer des Bremer Zweigvereins angespielt hatte, war auf jeden Fall einer dabei: Pastor Mallet.[53] Er hielt bei dem eigentlichen Festakt an der Statue eine seiner flammenden Reden. Nach einigen Bemerkungen gegen das offizielle Bremen wegen der »feierlosen Aufstellung« und natürlich gegen »Rom«, das noch nie Frieden mit den Protestanten geschlossen habe, referiert er den seltsamen Weg der Statue nach Bremen als eine göttliche Fügung. Sodann preist er den historischen Gustav Adolf, der seine Rolle als Verteidiger des Protestantismus in frommer Demut angenommen habe. Die ganz und gar nicht demütige Haltung der Statue erklärt er mit durchaus geschickten psychologischen Argumenten und in gewagter Gegenüberstellung zu Luther, dem »Held[en] des Wortes«: Gustav Adolfs »ganzes Leben ist Kampf und Krieg gewesen. Ueberall [...] traten ihm mächtige Feinde entgegen.« So sei er ein »Held des Schwertes« geworden, demütig Gott gegenüber, aber trotzig der Welt gegenüber. Diese Haltung präge sich in der Statue aus: »Hier stehe ich, wer will es wehren!«[54]

Dieser Festakt, eine gut zweistündige Veranstaltung mit Festzug vom Dom zur Statue und zurück, war eingebettet in das Viertagesprogramm der Hauptversammlung.[55] Die Bremer Presse begleitete beides, Versammlung wie Statuenweihe, jetzt wieder ausgiebig, nachdem es in den dazwischen liegenden Jahren um Gustav Adolf still geblieben war. Naturgemäß indifferent blieben die *Bremer Nachrichten*, da sie noch ein Intelligenzblatt im herkömmlichen Sinne waren.[56] Ihre Anzeigen verraten jedoch, wie sich findige Leute den »Gustav-Adolf-Rummel« zunutze machten und beispielsweise Lebensbeschreibungen auf den Markt warfen. Auch ein gleichnamiges Schauspiel wird angezeigt und natürlich alle Veranstaltungen anlässlich der Hauptversammlung des Vereins.[57] Das *Bremer Tageblatt* berichtet ausführlich über das Treffen und nutzt den Anlass zum Füllen seiner Seiten mit dem Abdruck

53 Friedrich Ludwig Mallet, 1792–1865, Pastor Primarius an St. Stephani, neben Georg Gottfried Treviranus, 1788–1868, einer der einflussreichsten (und wortgewaltigsten) Kirchenmänner Bremens dieser Zeit.

54 Gustav Adolf. Rede gehalten am Standbild Gustav Adolfs zu Bremen am 4. September 1856 von Dr. Friedrich Mallet, Bremen 1856, in: StAB 7,1096 und StUB Brem.b.1154; hier jeweils auch weitere Dokumente zur Versammlung des Gustav-Adolf-Vereins 1856. – »Wer will es wehren« wohl ein Zitat nach Jesaja 14, 27.

55 Ein Programm aus Gottesdiensten, Versammlungen, Konzerten, einer Fahrt nach Bremerhaven am letzten Tag und Festzug und Feier für die Statue am vorletzten.

56 Bis 1871 ohne redaktionellen Teil, mit vereinzelten Textbeiträgen ab 1870. Vgl. Holger Böning, Die großen Bremer Tageszeitungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, sowie Astrid Blome, Die Bremer Nachrichten – Das älteste Lokalblatt der Stadt, beide in: Astrid Blome / Holger Böning, Täglich neu! 400 Jahre Zeitungen in Bremen und Nordwestdeutschland. Bremen 2005, S. 73-79 und S. 51-56.

57 Drei Biographien, anonym, jedoch mit einer Zeichnung bzw. »einer prachtvollen Lithographie« des Standbildes. (Mehrmals Ende August 1856).

einer Gustav-Adolf-Biographie in neun Fortsetzungen.[58] Das *Bremer Sonntagsblatt* bietet Hintergrundinformationen zum Dreißigjährigen Krieg und zu Benedict Fogelberg.[59]

Einzig die *Weser-Zeitung* erinnert an die Kontroverse von 1854, allerdings unter der Einschränkung, dass sie bereits Geschichte geworden sei, und bespöttelt die Gegenwart: »Der Streit, ob es einer deutschen Stadt wie Bremen anstehe, dem Schwedenkönig Gustav Adolf ein öffentliches Denkmal aufzurichten, ist thatsächlich erledigt. Fogelbergers[60] Statue steht seit mehreren Tagen in ihrer Pracht auf einem unserer städtischen Plätze, und der Gustav-Adolf-Verein schickt sich sogar an, dem Zufalle, welcher sie dorthin versetzt hat, durch officielle Feierlichkeiten den Anstrich eines tiefen Gedankens zu geben.«[61] Die Zeitung rekapituliert die Positionen von drei Parteien zur Statue: Die erste sieht in ihr ausschließlich ein Kunstwerk, für die beiden andern ist sie – noch unterstützt durch die Aufstellung auf einem öffentlichen Platz – ein Monument, und sie verhalten sich diesem gegenüber konträr: Die eine Partei befürwortet es als Monument der Glaubensverteidigung, die andere lehnt es ab als Monument der schwedischen Expansion und Annexion. Etwas am Rande, aber immerhin spielt hierbei jetzt die Fingergeste eine Rolle, die – obschon für Göteborg gemeint und gegen Ansprüche der Dänen gerichtet – hier innerhalb des ehemals schwedisch »besetzten« Dombezirks als provokant empfunden wird. Zwar versteht man die Auffassung Fogelbergs als schwedische Sichtweise und »von einem glühenden Patriotismus beseelt«, doch eben deshalb stehe, wie die *Weser-Zeitung* ihre Erörterung – noch in Unkenntnis der erklärenden Ausführungen von Mallet – abschließt, die unter seiner Bedeutung als frommer Retter des Protestantismus erfolgte Aufstellung der Statue im Widerspruch zu der herrischen Haltung: »... an dieser majestätischen Gestalt ist jeder Zoll nicht bloß ein König, sondern ein Eroberer...«

Bemerkenswert ist aber, dass alle Widersprüche zur Aufstellung der Statue sie als ein Manifest der schwedischen Besitznahme bezeichnen. Die Erörterungen beziehen sich nicht etwa darauf, dass im republikanischen Bremen überhaupt das Bildnis eines Königs aufgestellt wird. Das ist umso auffälliger, als der für den Erhalt von Bremens Selbständigkeit ungleich bedeutendere Bürgermeister Smidt sich noch kurz zuvor die Aufstellung seiner Statue verbeten hatte und diese bis heute nicht als Denkmal im öffentlichen Raum steht.[62]

58 Täglich vom 23. 8. bis 3. 9. 1856; redaktionelle Zusammenstellungen aus Biographien »von Fryxell und Mauritius«.

59 Bremer Sonntagblatt 4. Jg. (1856), Nr. 23, 8. 6.; Nr. 24, 15. 6.; Nr. 35, 31. 8. 1856.

60 Der Autor des Artikels schreibt den Künstlernamen durchgehend falsch.

61 Weser-Zeitung Nr. 3956, 26. 8. 1856.

62 Vgl. Anm. 3. – Brigitte Meißner zählt in ihrer Dissertation, Bürgerliche Repräsentation im politischen Denkmal. Bürgermeisterdenkmäler in Stadtrepubliken und Residenzstädten, Hamburg 1987, Smidts Statue zu den (bürgerlichen) Denkmälern, weil sie als solche in Auftrag gegeben worden sei (S. 78), und benutzt die Hilfskonstruktion »quasi-öffentlich« für einen nicht privaten Innenraum (S. 17) als Ergänzung zum »öffentlichen Raum« der Straßen, Plätze und Grünanlagen (S. 73).

Abb. 2: Die Domsheide mit dem Neubau des Gerichtsgebäudes um 1900. (Foto: StAB)

Und noch Weiteres ist bemerkenswert: Durch die gewünschte Aufstellung »in der Stadt« wurde der Gustav Adolf nach dem Roland das zweite Standbild im eigentlich urbanen Raum Bremens. Das erwähnen weder damalige noch heutige Autoren. Beide Figuren verbindet ebenso Vieles, wie sie trennt: Beide sind Heldengestalten mit ähnlicher Bedeutung für Bremen, insofern sie für seine Freiheit und Unabhängigkeit stehen. Doch der Roland ist eine eher legendäre Kämpfergestalt und vertritt, als Gleichnis für städtische Freiheit von den Bremer Bürgern aufgestellt und gegen die Domimmunität und damit gegen den Erzbischof blickend, eine ideelle Macht. Gustav Adolf dagegen, Kämpfer für Glaubensfreiheit und zweifellos ebenso eine Heldengestalt wie der Roland, ist eine Person der Geschichte, vertrat eine historisch reale Macht und führte Bremen eher in Bedrängnis, auch wenn aus dieser letztlich die garantierte Reichsfreiheit resultierte. Sein Abbild stand nun auf einem Platz im ehemals erzbischöflichen Dombezirk und, obschon etwas zur Seite blickend, dem auf dem Markt der Bürger stehenden Roland frontal entgegen. Diese auffälligen Bezüge blieben bisher unerwähnt.

Die Kontroversen um Statue oder Monument, historische oder symbolische Figur verstummten bald, und die weitere Rezeptionsgeschichte verlief ohne Hader. Zwar war die Statue für das Monumentalwerk *Denkmale der Geschichte und Kunst der Freien Hansestadt Bremen*, das ab 1862 in drei Lieferungen

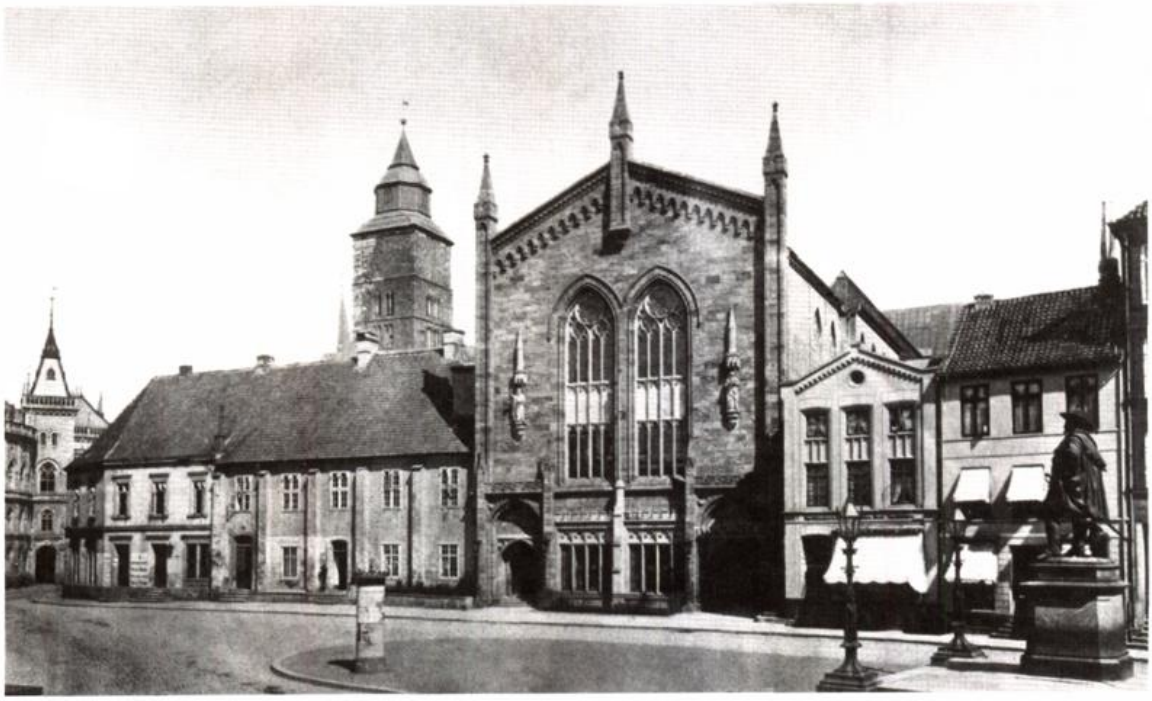


Abb. 3: Die Domsheide mit Blick auf die »Glocke« und die Statue um 1865. (Foto: Focke-Museum)

erschien, offenbar nicht alt oder nicht bremisch genug, um erwähnt zu werden[63], doch in der Öffentlichkeit wird der 4. September 1881 als »Gedenktag der Einweihung der Gustav Adolf-Statue auf der Domsheide« bezeichnet.[64] Und 1890 zieht Buchenau gewissermaßen einen Schlussstrich unter alle Erörterungen: »...die Statue Gustav Adolfs, des Schwedenkönigs: in Figur wie in Aufstellung gleich vollendet. [...] Die Aufstellung auf einem Platz der freien deutschen Stadt erscheint dadurch gerechtfertigt, daß Gustav Adolf dem protestantischen Deutschland längst als der Märtyrer erschienen ist, welcher die Sache des bedrängten Glaubens mit seinem Herzblute errettet hat.«[65] Buchenau bekundet damit auch, dass die Frage Kunstwerk oder Monument nach Auffassung der Bremer zugunsten von Monument entschieden und dass die Statue ein Teil der Stadt geworden war, obgleich seit Beginn des Jahrhunderts alle Bildwerke in Bremens öffentlichem Raum bürgerliche Denkmale gewesen waren, von Bürgern in Auftrag gegeben und Bürgern gewidmet. Die Königsstatue,

63 Hg. von der Abteilung des Künstler-Vereins für Bremische Geschichte und Alterthümer [Vorläufer der Historischen Gesellschaft]; der Begriff Denkmal wird hier verwendet für jedes (kunst-) historische Relikt.

64 25 Jahre sind vergangen, in: Hubert Wania, Dreissig Jahre Bremen 1876–1905, Bremen 1906, S. 26.

65 Franz Buchenau, Wichtigste Gebäude und Denkmäler der Stadt, in: Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Umgebungen. Festgabe den Teilnehmern der 63. Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet vom Ärztlichen Vereine, Naturwissenschaftlichen Vereine und der Geographischen Gesellschaft zu Bremen, Bremen 1890.

Abb. 4: Die Domsheide mit der beschädigten »Glocke« und dem leeren Denkmalsockel 1945. (Foto: StAB)

zwar von Bürgern sozusagen als Gelegenheit erworben, fiel zunächst völlig aus dem Rahmen, doch weil ihr Kunstwert herausgestellt wurde und die dargestellte historische Person hinter ihre ideelle Bedeutung zurücktrat, konnte das Bildnis schließlich auch als ein bremisches Monument des Bürgersinns und der patriotischen Bürgerhaltung gelten.

Überwiegend im urbanen Raum erhielt Bremen um die Jahrhundertwende mit den eingangs erwähnten Reiterstatuen weitere Bildwerke, die – anders als das Gustav-Adolf-Standbild mit seinem doch überregional weiten und einer Idee verhafteten Hintergrund – jetzt, nach der Reichsgründung, eindeutig nationale Huldigungen waren.[66] Hinter dem herrischen Gustav Adolf, für den auf der Domsheide Bäume gefällt und Nivellierungen vorgenommen worden waren, entstand ab 1891 mit dem Gerichtsgebäude[67] Architektur, die ihn optisch deutlich verkleinerte und ihm durch diese Relativierung seiner Größe – die Höhe der Statue allein betrug 2,75 m – das bedrohlich Anspruchsvolle nahm.[68]

66 Vgl. Anm. 2. – Zur Thematik: Malte Ritter, Die Bremer und ihr Vaterland. Deutscher Nationalismus in der Freien Hansestadt (1859–1913), Berlin 2004.

67 Erbaut 1891–1895 von den Architekten Klingeberg und Weber aus Oldenburg. Vgl. auch: Hugo Weber, Das neue Gerichtsgebäude und Untersuchungsgefängnis in Bremen, in: Bremen und seine Bauten, bearb. und hg. vom Architekten- und Ingenieurs-Verein, Bremen 1900, S. 263-272.

68 Entsprechende Abbildungen in diversen Bildwerken zum vergangenen Bremen, zuletzt mehrfach in: Hans Hermann Meyer, Die Bremer Altstadt. Wanderungen in die Vergangenheit, Bremen 2003, S. 82-87.

Zweimal spielte die Statue noch eine Rolle in der öffentlichen Aufmerksamkeit: 1932, als sie im Mittelpunkt einer Gedächtnisfeier zum dreihundertsten Todestag Gustav Adolfs und zum hundertjährigen Bestehen des Gustav-Adolf-Vereins stand[69], und zehn Jahre später, als man sie der befohlenen Metallspende für Rüstungszwecke opfern musste.[70] So endete nach 92 Jahren ein Stück des Weges dieser Materie, der mit ihrer Formung im Auftrag für eine Stadt, die dem Abgebildeten ihre Existenz verdankt, begann und sich unter veränderter Bedeutung in einer anderen Stadt fortsetzte. Metall ist formbar und wieder verwendbar, es kann ein Kunstwerk werden oder Waffe.

Noch vor dem Ende dieser Arbeit wurde die Verfasserin von Herrn Johann Christian Bosse, Mitglied der Historischen Gesellschaft Bremen, darauf aufmerksam gemacht, dass in Tartu / Estland eine völlig gleiche Gustav-Adolf-Statue nahe der Universität stehe. Mit freundlicher – auch sprachlicher – Vermittlung von Herrn Konrad Maier vom Nordost-Institut, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. in Lüneburg, konnte der Sachverhalt geklärt werden: Es handelt sich um eine – auf Abbildungen mit dem Göteborger bzw. Bremer Bildnis tatsächlich identisch wirkende – Gustav-Adolf-Figur aus Bronze auf einem Granitpostament. »Von 1928 bis 1950 stand das Ehrenmal im Hof des Universitätsgebäudes zu Ehren des Universitätsgründers, des Schwedenkönigs Gustav II. Adolf. Bildhauer war Otto Strandmann. Am 15. Mai 1950 wurde das Denkmal von der Sowjetischen Besatzungsmacht beseitigt und 1992 mit schwedischer Hilfe wieder errichtet. Die neue Statue wurde 1991 von Elisabeth Tebelius-Myren der Gipsskulptur von Fogelberg nachgebildet. Die Enthüllung hinter dem Universitätsgebäude auf dem Königsplatz fand am 23. April 1992 statt.«[71]

Obgleich Estland seit dem Mittelalter nur für die kurze Zeit zwischen den Weltkriegen im 20. Jahrhundert unabhängig war und Schweden (vor Russland) immerhin von 1561 bis 1721 die Oberhoheit hatte, sieht man in Gustav Adolf hier weniger den Exponenten schwedischer Unterdrückung, sondern ehrt ihn vor allem als Gründer der Universität in Tartu.[72] Bereits die erste Aufstellung seines Bildnisses in Tartu im Jahre 1928, also während der ersten Phase einer Unabhängigkeit Estlands in der Neuzeit, geschah daher offensichtlich nicht nur ohne derartige Bedenken, wie sie 1854 in Bremen gegen das Standbild laut geworden waren, sondern geradezu in Rückbesinnung auf die »gute alte Schwedenzeit«, d. h. die enge kulturelle Anbindung an Skandinavien. Man wiederholte diese Demonstration 1992 kurz nach dem Ende der Sowjetunion, als wiederum Unabhängigkeit erlangt war.

69 Am 6. 11. 1932. – Dem 300. Geburtstag des Schwedenkönigs am 9. 12. 1894 galt u. a. eine Feier im Dom, vgl. Wania (wie Anm. 64), S. 136.

70 Vgl. in der Chronik von Fritz Peters, Zwölf Jahre Bremen 1933–1945, Bremen 1951, S. 228, unter dem 12. 6. 1942: »Mit dem Abbau der Gustav Adolf-Statue (von Bildhauer Fogelberg) wird begonnen.«

71 Aus http:/www.tartu.ee; Übersetzung von Konrad Meier. – Der schwedische Bildhauer Otto Strandmann, 1871–1970, ist nicht zu verwechseln mit Estlands damaligem Minister und Staatsältesten gleichen Namens, der von 1875 bis 1941 lebte.

72 Gründung der Universität 1632. – Unabhängigkeit Estlands von 1918 bis 1940.

Abb. umseitig: Die Gustav-Adolf-Statue auf der Domsheide. Kolorierte Postkarte von W. Otto, ca. 1900. (StAB 10,B.)

Gustav-Adolp-Statue.
BREMEN.
E. Schlotte, Bremen.

Der Holk der Königin von Frankreich

Ein hansisch-französischer Konflikt und ein Bremer Seeheld im 15. Jahrhundert

Von Adolf E. Hofmeister

1. Der Konflikt in der Geschichtsschreibung[1]

Das Verhältnis der Hansestädte zu Frankreich war längere Zeit durch die Kaperung eines Holks der Königin von Frankreich durch Bremer »Auslieger« im Jahre 1446 belastet. Dabei war diese Kaperung eigentlich nur ein »Kollateralschaden« in einem Seekrieg, den die Bremer gegen die Länder Holland, Seeland und Flandern des Herzogs von Burgund führten, um Ersatz für Schäden zu erhalten, die ihnen ihrer Meinung nach Holländer und Flamen zugefügt hatten. Während aber der bremisch-burgundische Krieg noch im selben Jahr 1446 einen für Bremen glücklichen Ausgang nahm, hielt der Konflikt mit Frankreich noch Jahrzehnte an und zog die gesamte Hanse in Mitleidenschaft.

Das Ausmaß dieses Konflikts wurde den Historikern, die sich mit der hansischen und bremischen Geschichte beschäftigten, in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts durch die Edition der Rezesse und anderer Aktenstücke der Hansetage deutlich.[2] Der Bremer Archivar und Historiker Wilhelm von Bippen verwendete diese Edition und darüber hinaus ungedruckte Stücke des Bremer Archivs für seine 1892 erschienene Geschichte der Stadt Bremen. Er schrieb nach der Schilderung der »Erfolge« bremischer Kaperschiffe im bremisch-burgundischen Krieg: »Am schlimmsten aber erwies sich in seinen Folgen die Aufbringung eines Holks der Königin von Frankreich. Sie ist die Ursache eines fast vierzigjährigen Fehdezustandes zwischen den Hansestädten und Frankreich geworden. Denn gleich nach der That gab der König Befehl, auf alle hansischen Schiffe Jagd zu machen.«[3] Vergeblich hätten das

1 Die erste Fassung dieses Aufsatzes wurde 2003 unter dem Titel »Der Holk der Königin von Frankreich – Ein Problem der Diplomatie« für einen deutsch-französischen Aufsatzband über die Handelsverträge zwischen Frankreich und den Hansestädten geschrieben, der bisher unveröffentlicht ist. Für das Bremische Jahrbuch wurde der Aufsatz ergänzt und überarbeitet.

2 Hanserecesse, 2. Abt. Bd. 3-7, bearbeitet von G. Frhr. von der Ropp, Leipzig 1881–1892 (für die Jahre 1443–1476), im Folgenden abgekürzt HR II.
Weitere Abkürzungen: BUB = Bremisches Urkundenbuch, Bd. 4 und 5, bearb. v. W. von Bippen, 1886–1902; Bd. 6, hrsg. v. H. Entholt, Bremen 1940–43; Bd. 7, bearb. v. A. E. Hofmeister u. A. Röpcke, Bremen 1993; HUB = Hansisches Urkundenbuch, Bd. 9-10, bearb. v. W. Stein, Leipzig 1903–1907; HGbll = Hansische Geschichtsblätter.

3 W. von Bippen, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 1, Bremen 1892, S. 337.

Brügger Kontor und andere Hansestädte den Bremer Rat bestürmt, den Holk zurückzugeben und König Karl VII. Genüge zu tun. Durch den Frieden mit den Niederlanden (zu Harderwijk 1446) sei das Bremer Ansehen bei den Zeitgenossen nicht geschädigt, sondern sogar gehoben worden. Es hätte allerdings einige unbequeme Nachspiele gegeben: einen Prozess mit dem Kölner Johann Dasse (bis 1463), einen Streit mit Antwerpen (bis mindestens 1472) und eben die Forderung des Königs von Frankreich, die zwar von den Hansestädten unterstützt worden sei, doch hätte die Hanse »auffallenderweise« »keinerlei Zwangsmittel angewandt, um Bremen zur Genugthuung gegen die französische Krone zu drängen«. Sie hätte nicht einmal »den Anspruch an eine Ersatzpflicht Bremens erhoben ..., um dadurch den Fehdezustand mit Frankreich zu beseitigen«, der (vermeintlich) erst 1483 durch den sog. ewigen Frieden mit Frankreich beendet worden sei.[4] »Weshalb Bremen ... den von den Hansestädten unterstützten Forderungen des Königs von Frankreich nicht nachgegeben hat, wissen wir nicht.«[5]

Auch Ernst Daenell ging in seiner Geschichte der Hanse 1905 auf die Kaperung des Holks ein. Er sah die französische Reaktion darauf in einer Linie mit Seeräubereien von Dieppe, Harfleur und anderen Häfen Nordfrankreichs und Burgunds in den flandrischen Gewässern in früheren Jahren. »Und als die Bremer in ihrer Fehde mit den Holländern 1446 ein Schiff des französischen Königs aufgriffen, erhielt der französische Seeraub als eine gegen alle Hansen gerichtete Vergeltungsmaßregel seine Rechtfertigung.«[6] Die französischen Könige hätten zwar früher eine »Politik wohlwollenden Entgegenkommens gegen die Hansen« betrieben, aber nicht verhindert, dass geraubtes Gut in Frankreich verkauft wurde und Reklamationen zur Wiedererlangung nichts fruchteten. Nach der Offensive der Engländer in Frankreich 1415 habe erst die Wegnahme des Holks durch Auslieger der Stadt Bremen »die Aufmerksamkeit der Hanse wieder auf diese Seite ihrer Beziehungen« gelenkt. In Frankreich habe man auch Lübeckern und Danzigern Schuld an der Tat gegeben und König Karl VII. habe die ganze Hanse dafür verantwortlich gemacht. Bremen habe wiederholt das Verlangen des Hochmeisters und der Hansestädte abgelehnt, den französischen König zufrieden zu stellen.[7] Auf Initiative des Hochmeisters des Deutschen Ordens habe Karl VII. aber 1452 Schutz und Geleit für dessen Untertanen versprochen und diese Versicherung sogar auf die Bremer ausgedehnt unter der Bedingung, dass die Hansen den Engländern keine Zufuhren leisteten. Die meisten Hansestädte hätten jedoch die Verfeindung mit England gefürchtet, so dass der Schutzbrief nicht angenommen worden sei. Daraufhin habe Frankreich erneut Genugtuung von Bremen, Lübeck und Danzig für die Wegnahme des Holks verlangt, hansische Kaufleute in der Baie arretiert und erneut an der flandrischen Küste die Kapereien forciert. Das Kontor in Brügge habe 1458 von den Hansestädten Vollmacht erhalten, mit Karl VII. über ein Abkommen zu verhandeln.

4 Ebd., S. 341 f.
5 Ebd., S. 341.
6 Ernst Daenell, Die Blütezeit der deutschen Hanse, Bd. 1, Berlin 1905, S. 395.
7 Ebd., S. 466.

Die französischen Entschädigungsforderungen wurden (1461) gegenüber einem Beauftragten sehr reduziert. Erst unter Karls VII. Nachfolger Ludwig XI. sei es 1464 zu einem Handelsprivileg gekommen, das aber wegen neuer Zwischenfälle kaum zur Wirkung gekommen sei.[8] Von dem Holk der Königin ist weiter keine Rede mehr, so dass der Fall spätestens 1464 abgeschlossen erscheint.

Den Beziehungen der Hanse zu Frankreich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts widmete 1912 Otto Held eine ausführliche Darstellung. Auch er sah in der Schadenersatzfrage für den Holk der Königin eigentlich nur bis zu den Verhandlungen von 1461 ein Thema, erhob aber wegen des Verhaltens Bremens heftige Vorwürfe. Bremen, »das sich wenig um die Politik der übrigen Hansestädte kümmerte«, habe wegen Schädigung durch holländische Auslieger »zur Selbsthilfe« gegriffen und einen Kaperkrieg begonnen. Bremische Auslieger hätten sich auch an Schiffen neutraler Nationen »vergriffen« und »rücksichtslos sogar hansische Kaufleute« geschädigt. Auf die Kaperung des französischen Holks 1446 sei »die französische Regierung sofort scharf gegen die Bremer« aufgetreten und habe »vollen Schadenersatz« von der Stadt verlangt und dann die Repressalien »nach damals üblichem Verfahren« auf die ganze Hanse ausgedehnt.[9] Die Forderungen der Königin mögen für die Hanse zu hoch gewesen sein, auch sei die Schuldfrage noch nicht geklärt gewesen. »Jedenfalls hatte aber Bremen durch die Übergriffe seiner Auslieger, die es in trotziger Sonderpolitik aufs Meer gesandt hatte, die ganze Hanse in eine höchst gefährliche Lage gebracht. Ein langjähriger Zwist entsprang aus der unvorsichtigen Tat, der noch verschärft wurde durch die Weigerung Bremens, den schuldigen Ersatz zu leisten.«[10] Der Hochmeister des Deutschen Ordens und Lübeck hätten sich erfolglos bemüht, Bremen zur Ersatzleistung zu veranlassen. Doch Bremen »weigerte sich hartnäckig, durch Eingehen auf die französischen Ansprüche den Rechtsgrund für die Ausübung der französischen Repressalien zu beseitigen.«[11] So sei den hansischen Politikern nichts anderes übrig geblieben, als durch eine Gesandtschaft das hansisch-französische Verhältnis zu bessern. Auf der Tagfahrt in Bremen 1449 sei eine solche beschlossen. »Die Vermutung liegt nahe – Genaueres wissen wir nicht –, daß Bremen zu einem Entgegenkommen in der bekannten Schadenersatzfrage bereit war.«[12] Als die Bemühungen nicht zum erwünschten Ziel führten, hätten die Vertreter der Hansestädte Ende 1453 versucht, »die Bremer zu veranlassen, auf die nachdrücklich erhobenen Ersatzforderungen der Franzosen im Interesse der ganzen Hanse wenigstens jetzt einzugehen«.[13] Erst 1454 habe der Druck nachgelassen: »Die Ersatzansprüche der Königin Marie wurden zwar noch erhoben, aber nicht mehr mit

8 Ebd., S. 467 ff.
9 O. Held, Die Hanse und Frankreich von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Regierungsantritt Karls VIII., HGbll 18 (1912) S. 121-237, 379-427, hier S. 133 f.
10 Ebd., S. 134.
11 Ebd., S. 136.
12 Ebd., S. 143.
13 Ebd., S. 152.

den Waffen unterstützt.«[14] Den Schuldigen an dem langwierigen hansisch-französischen Konflikt sieht Held jedoch eindeutig in Bremen.

Das ist danach nicht wieder so deutlich ausgesprochen worden, blieb aber in der Folge doch die herrschende Ansicht, da es eine ähnlich ausführliche Untersuchung des hansisch-französischen Verhältnisses der Zeit nicht wieder gab. Karl H. Schwebel akzentuierte es nur etwas anders, als er 1958 schrieb, das Verhältnis der Hansestädte zu Frankreich sei »nicht zuletzt durch die Schuld Bremens für lange Zeit sehr gespannt« gewesen, da »die bremischen Auslieger unter Mißachtung der neutralen französischen Flagge 1446 die Unvorsichtigkeit begangen« hätten, einen Holk der Königin von Frankreich »als gute Prise aufzubringen«. Die französische Regierung habe »in scharfer Form übertriebene Schadenersatzforderungen an Bremen« gestellt. »Der Bremer Rat widerstand indessen zunächst allem Druck, der von den anderen Städten im Interesse der Wiederherstellung des Friedens auf ihn ausgeübt wurde.«[15] Philippe Dollinger erwähnt in seiner bekannten Geschichte der Hanse die Wegnahme des französischen Schiffes »durch einen Kaper aus Bremen« als Anlass für die erste bekannte Verbindung zwischen Karl VII. und der Hanse. »Da diese Stadt jede Entschädigung verweigert hatte, ließ der König die hansischen Schiffe vor den Küsten Frankreichs angreifen.«[16]

Herbert Schwarzwälder zufolge stand die Hansepolitik Bremens unter dem wechselnden Einfluss der Fernkaufleute; im bremisch-burgundischen Krieg sah er bei Rat, Kaufmann und »Schiffsvolk« ein gemeinsames Interesse an Beute und in ihnen die Träger einer Politik, »die ja äußerst riskant war und von der Hanse nicht gutgeheißen wurde«.[17] Bei den Friedensverhandlungen hätten sich die Schadensersatzforderungen »der durch unrechtmäßige Kaper Geschädigten« als besonders schwierig erwiesen. »Fast sah es so aus, als ob sich aus dem Krieg Bremens gegen Burgund noch einer von Frankreich gegen die Hanse entwickeln würde.« Die französische Position beurteilt er dennoch kritisch: »Aus französischer Sicht stellte sich die Verantwortung – zumindest als Vorwand – so dar: Wenn ein bremisches Schiff Seeraub betrieb, war seine Heimatstadt, für diese wiederum die Hanse verantwortlich. Aus hansischer Sicht wurde der Vorgang anders – realistischer – beurteilt. Die Hanse war nicht in der Lage, jede Mitgliedsstadt und diese nicht fähig, jeden ihrer Kaufleute oder Schiffer zu steuern. Also war es auch nicht berechtigt, die Hanse für alles zur Rechenschaft zu ziehen, was Schiffe ihrer Mitgliedsstädte taten.«[18]

Den Ansatz zu einer Erklärung für die (nach Held) »Rücksichtslosigkeit«, »trotzige Sonderpolitik« und »hartnäckige Weigerung« der Bremer, Schadenersatz zu leisten, hat neuerdings Thomas Hill gegeben, indem er auf das

14 Ebd., S. 155.
15 K. H. Schwebel, Bremens Handelsbeziehungen zum Königreich Frankreich, Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2 (1958) S. 205-224, hier S. 207 f.
16 Ph. Dollinger, Die Hanse, 1966, S. 393.
17 H. Schwarzwälder, Bremen als Hansestadt im Mittelalter, HGbll 112 (1994) S. 1-38, hier S. 31 f.
18 Ebd., S. 34 f.

mangelnde Interesse Bremens am Frankreichhandel und den insgesamt geringen Anteil Bremens am hansischen Fernhandel dieser Zeit verwies.[19] Hill hat Bremens Beziehungen zu Frankreich im Mittelalter noch gesondert untersucht, wobei er die Kaperung des französischen Holks an die Spitze seiner Abhandlung stellte und Bremens Desinteresse an diplomatischen Beziehungen zu Frankreich konstatiert. »Dies ist verständlich, sind doch überhaupt keine direkten Wirtschaftsbeziehungen Bremens mit dem Königreich Frankreich bis ins erste Viertel des 16. Jahrhunderts nachweisbar.«[20] Dass die Entwicklung der französisch-hansischen Beziehungen im Mittelalter durch die Kaperung des Holks nachhaltig behindert worden ist, wird noch mehrfach betont.[21] Dunkel bleibt dabei, wie es dazu gekommen ist und warum der Konflikt nicht gelöst wurde. Lag es nur an dem Desinteresse Bremens an dem Handel mit Frankreich? Geht die von Otto Held behauptete Verantwortung oder Schuld Bremens tatsächlich so eindeutig aus den Quellen hervor? Warum wurde Bremen damals nicht aus der Hanse ausgeschlossen, wenn es die Handelsinteressen der Hansestädte offensichtlich so sehr schädigte? Sehen wir uns den Fall genauer an und untersuchen dreierlei:
1. die Aussagen der Quellen über die Wegnahme des französischen Schiffes
2. den Hintergrund der Wegnahme, nämlich den bremisch-burgundischen Krieg und seine Auswirkung auf Neutrale
3. die rechtliche Beurteilung der Kaperung des französischen Schiffes.
Schließlich wird zu fragen sein, welche Schritte unternommen wurden, um den Konflikt zu lösen, und warum sie scheiterten.

2. Der Anlass für den Konflikt in den Quellen

Die erste Nachricht über die Kaperung des französischen Holks stammt vom 8. Juli 1446. An diesem Tage schrieben die Älterleute des hansischen Kontors in Brügge an den Bremer Rat, dass der französische Kapitän Pelson drei Schiffe aus Lübeck aufgebracht habe, die aus dem Zwin nach Preußen und Livland segeln wollten, und die Fortsetzung des Kaperkrieges gegen alle Hansestädte angekündigt habe. Als Grund würde angegeben, dass Bremer Auslieger und Söldner einen Holk, der dem König von Frankreich gehörte, mit

19 Th. Hill, Die Stadt und ihr Markt. Bremens Umlands- und Außenbeziehungen im Mittelalter (12.–15. Jahrhundert), Stuttgart 2004; zum Konflikt mit Frankreich vgl. ebd. S. 367 f.

20 Th. Hill, Bremen, die Hanse und Frankreich im Mittelalter, in: Isabelle Richefort, B. Schmidt (Hg.), Die Beziehungen zwischen Frankreich und den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck. Mittelalter–19. Jahrhundert, Brüssel 2006, S. 75-95.

21 J. Sarnowsky, Die politischen Beziehungen der Hansestädte zu Frankreich im späteren Mittelalter, in: Richefort/Schmidt (wie Anm. 20), S. 113-133, hier S. 120: »Von großer Bedeutung [für das gespannte Verhältnis Frankreichs zu den Hansestädten] erwies sich, dass ein Schiff der Königin Marie von Frankreich auf dem Weg nach Schottland von Bremern aufgebracht wurde.«; vgl. auch Simonne Abraham-Thisse, Les relations commerciales entre la France et les villes hanséatiques de Hambourg, Lübeck et Brême au Moyen Âge, in: Richefort/Schmidt (wie Anm. 20), S. 29-55, hier S. 55.

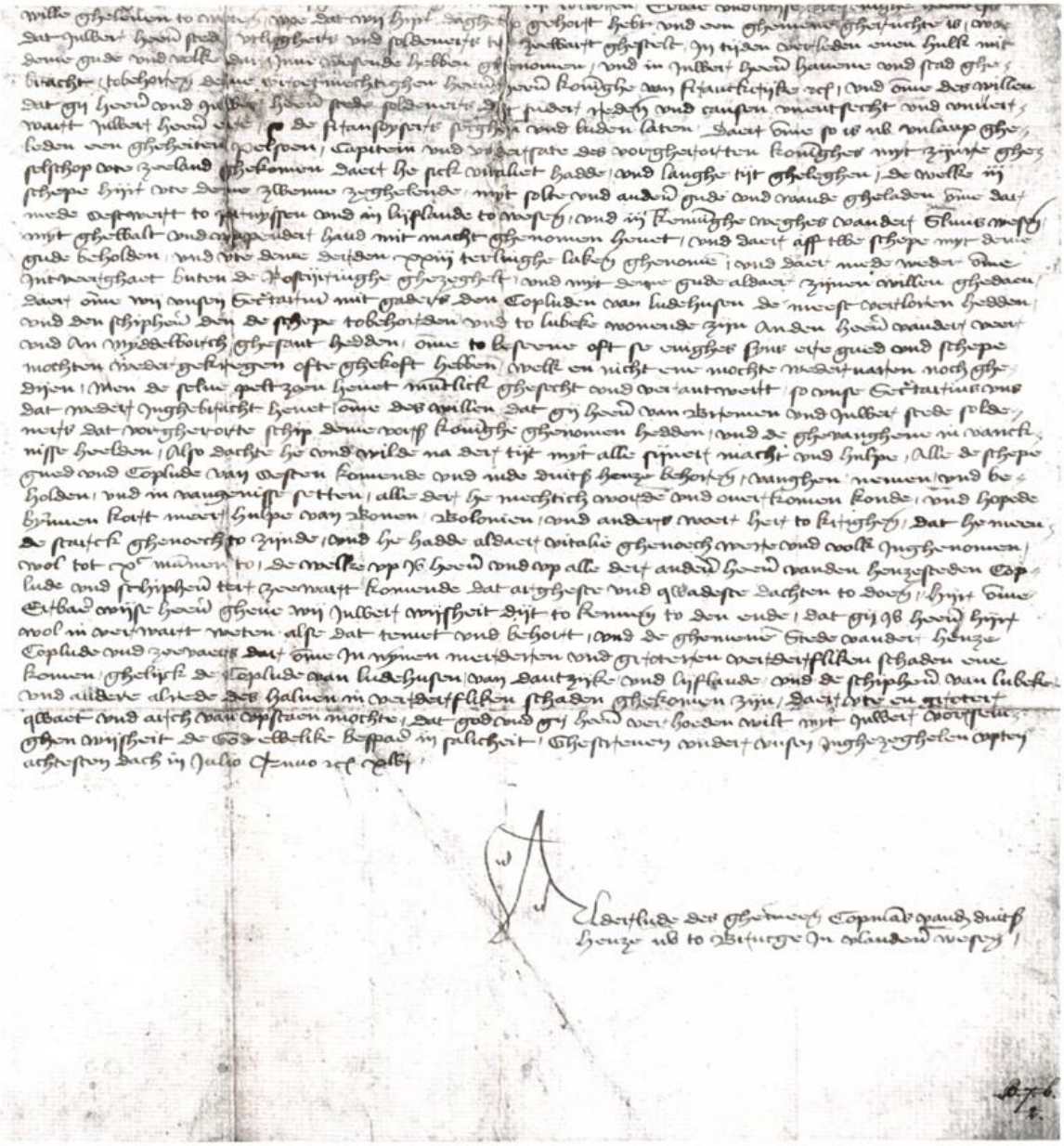


Abb. 1: Schreiben der Älterleute von Brügge (BUB VII 425), StAB 1-Z 1446 Juli 8. (Foto: StAB)

Gut und Mannschaft genommen und in die Stadt Bremen gebracht hätten, und zwar nach Ansicht der Franzosen ohne Ursache, ohne Fehdeansage und ohne die Ehre wahrende Form (*sunder redene und causen, unentsecht und unverwart juwer heren ere*). Die Stadt möge sich in Acht nehmen und die Hansestädte, Kaufleute und Schiffer vor großem verderblichem Schaden bewahren.[22] Vom 1. August 1446 datiert ein Schreiben der Königin Marie von Frankreich aus La Rochelle an das Kontor in Brügge, in dem sie sich für die

22 BUB VII 425 = HR II 3 Nr. 249; siehe Abb. 1.

bisherigen Bemühungen um Wiedererlangung ihres von Deutschen und Bremern (*de van Almanyen und de van Bremen*) genommenen Schiffes bedankt und darum bittet, die Bemühungen um Wiedererlangung fortzusetzen, damit sie keinen Grund hätte, auf andere Art vorzugehen, was sie aber nicht tun würde, ohne es ihnen vorher anzuzeigen.[23] Sie erwähnt nicht, dass ihr Gatte, König Karl VII., bereits den Kaperkrieg eröffnet hatte. Die Königin setzte hinzu, sie wüsste nicht, warum ihr Schiff genommen wurde, da Karl VII. keinen Krieg mit den Städten führe. Der Brief scheint erst im Oktober von Brügge an den Lübecker Rat zur Kenntnis gelangt zu sein.[24] Am 5. August 1446 schrieb der Hochmeister des Deutschen Ordens an den Bremer Rat, er habe von den Danzigern, die vom Brügger Kontor informiert waren, gehört, Bremer Auslieger hätten einen mit Waren beladenen Holk der Königin von Frankreich genommen. Die Königin habe den Kaperkapitän Pelson gegen alle Deutschen, die in der Hanse sind, ausgesandt. Der Hochmeister ersuchte die Bremer, wegen des Holkes Maßnahmen zu treffen, damit die Seinen, die damit nichts zu tun hätten, ihret- (d. h. der Bremer) wegen nicht zu Schaden kämen.[25] Den König von Frankreich bat der Hochmeister am 25. August, drei aufgebrachte

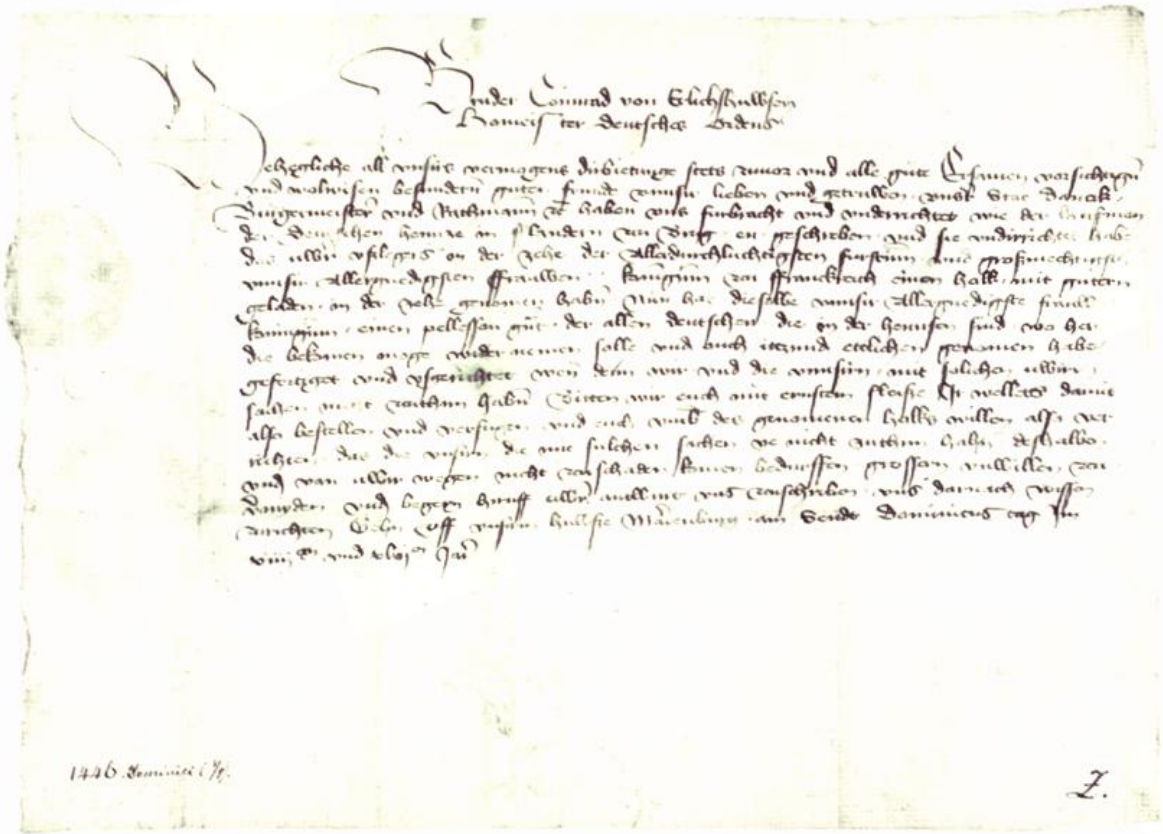


Abb. 2: Schreiben des Hochmeisters des Deutschen Ordens (BUB VII 442), StAB 1-Z 1446 August 5. (Foto: StAB)

23 BUB VII 439 = HR II 3 Nr. 250.
24 BUB VII 471.
25 BUB VII 442 = HR II 3 Nr. 251; siehe Abb. 2.

Schiffe aus Danzig und Reval zurückzugeben, da diese mit den Bremern, die den Holk der Gemahlin des Königs genommen hätten, keine Gemeinschaft hätten und die Bremer ihm nicht unterstünden.[26]

Am 16. Oktober 1446 berichteten die Älterleute des Kontors aus Brügge nach Lübeck, dass sich die Königin von Frankreich und der Herzog von Burgund wegen des Holks an die Stadt Brügge gewandt hätten. Diese hätte die Älterleute vorgeladen und ihnen in Gegenwart des Kapitäns des Holks und zwei weiterer Franzosen mitgeteilt, die Königin und der Herzog verlangten, dass das Kontor dafür sorge, dass der Holk und das Gut zurückgegeben und Schaden und Kosten bezahlt würden, da Bremen eine Hansestadt wäre. Als sie eingewandt hätten, nur die Bremer hätten Krieg geführt und eine Hansestadt habe keine Macht über eine andere, hätten die Franzosen geantwortet, auch andere Städte seien an der Kaperung beteiligt, nämlich der Kapitän Rotermund sei aus Lübeck, ein anderer aus Rostock und noch ein anderer aus Danzig. Würden sie Schiff und Gut nicht zurückerhalten, würden sie der Hanse Gleiches mit Gleichem vergelten.[27] Lübeck unterrichtete Bremen am 12. November von dem Schreiben aus Brügge und ersuchte den Rat, dem Hansekontor eine Antwort und Rechtfertigung (*entschuldinghe*) zu senden und die Angelegenheit so zu regeln, dass der Deutsche Kaufmann keinen Schaden nehme.[28]

Damit enden die Quellen aus dem Jahre 1446 zur Kaperung des Holks und zu den französischen Reaktionen. Spätere Quellen berichten noch von weiteren Kaperungen des Kapitäns Pelson, der mit einem Kaperbrief des Königs von Frankreich ausgerüstet war, und von Verhandlungen des Brügger Kontors, in denen es auch um Schadenersatz für den Holk ging.[29] Ende April 1452, nachdem Verhandlungen über ein französisches Schutzprivileg für die Hanse gescheitert waren, wiederholte die Königin Marie von Frankreich aus Tours gegenüber dem Kontor des Deutschen Kaufmanns, der damals aus Brügge nach Deventer ausgewichen war, noch einmal ihre Forderungen. Sie erinnerte daran, wie sie durch ihren Onkel, den Herzog von Burgund, und den Bürgermeister von Brügge beim Kontor wegen ihres Schiffes vorstellig geworden sei, das Bremer, Danziger und Lübecker und andere von der Hanse gekapert hätten, als es, beladen mit Handelswaren, nach Schottland unterwegs gewesen sei. Die von der Hanse hätten das Schiff als Prise genommen, die Besatzung gefangen und Lösegeld verlangt. Der Deutsche Kaufmann habe auf ihre Klage geantwortet, die Bremer hätten den Schaden verursacht, die Hanse habe daran keine Schuld, die Bremer seien ein großes Volk, über das man keine Gewalt habe (*grot volk, dar ghy ghene heerscopie aff hebbn moighen*). Sie, die Königin, wisse aber sehr wohl, dass die von Danzig, Lübeck und andere von der Hanse an der Kaperung des Schiffes und der Teilung der Beute beteiligt gewesen seien, so dass sie auch dafür zur Rechenschaft gezogen werden müssten. Wenn der Deutsche Kaufmann ihr von diesen Städten keinen Schadenersatz verschaffen könne, so solle er sie aus seiner

26 BUB VII 452.
27 BUB VII 471 = HR II 3 Nr. 260.
28 BUB VII 473 = HR II 3 Nr. 262.
29 BUB VII 493; Held (wie Anm. 9), S. 135 f.

Gemeinschaft ausschließen. Ihr Gemahl, der König von Frankreich, würde ihr zur Genugtuung verhelfen.[30] Den Wert des Schiffes und seiner Ladung schätzte der Deutsche Kaufmann in Brügge 1459 gering: Der Holk habe nicht mehr als 200 Fässer Wein aus Poitiers geladen.[31] Die französische Seite bestritt den geringen Wert und wies besonders auf die hohen Kosten hin, die für die Versuche zur Wiedererlangung aufgewendet seien.[32] Im Jahre 1461 berichtete der Kaufmann Hans Tack nach Brügge, er habe die Entschädigungsforderung der Königin von Frankreich von 15.000 auf 4.000 Gulden gedrückt, durch weitere Verhandlungen ließe sie sich wohl noch auf 3.000 ermäßigen.[33] Ob diese Summen aber noch in einem realen Verhältnis zum Schaden standen, sei dahin gestellt.

Über die Kaperung selbst geht daraus einiges hervor: Ein der Königin Marie von Frankreich gehöriger Holk, mit Wein aus Poitiers auf dem Weg nach Schottland, wurde von einem Bremer Kaperschiff, geführt von Kapitän Rotermund, erbeutet. Wichtige Einzelheiten sind jedoch nicht überliefert: Der genaue Zeitpunkt der Kaperung (Mai/Juni?), der Abgangshafen des Schiffes, der Ort der Kaperung, die Eigentümer der Ladung. Auch die Größe des Holks ist nicht angegeben. Doch handelt es sich bei einem Holk zu dieser Zeit um ein großes Lastschiff, das die Größe der Koggen meist übertraf und das zwischen 100 und 200 Last (ca. 200–400 t) Tragfähigkeit besessen haben mag.[34] Der Holk wurde nach Bremen gebracht, die Besatzung offenbar nach einiger Zeit freigelassen, da der Kapitän im Oktober in Brügge persönlich auftrat,[35] das Schiff und die Ladung aber nicht zurückgegeben und kein Schadenersatz geleistet.

König Karl VII. sah in der Kaperung einen ungerechtfertigten Angriff, da sie ohne Fehdeansage erfolgt sei, und machte die Hansestädte insgesamt dafür verantwortlich, da Bremen der Hanse angehöre und auch Lübecker, Rostocker und Danziger an der Kaperung beteiligt gewesen seien. Er erteilte dem französischen Kapitän Pelson einen Kaperbrief zur Jagd auf Schiffe von Hansestädten. Mit ihrer Forderung nach Rückgabe und Schadenersatz wandte sich die Königin von Frankreich, unterstützt von Herzog Philipp von Burgund, an das Hansische Kontor in Brügge und an die Stadt Brügge, nicht an Bremen direkt.[36] Bremen wurde vom Kontor in Brügge, vom Hochmeister des Deutschen Ordens und von Lübeck aufgefordert, sich zu rechtfertigen, damit den deutschen Kaufleuten kein Schaden entstehe. Eine Antwort Bremens

30 HR II 4 Nr. 92.
31 HR II 4 Nr. 714.
32 HR II 4 Nr. 717.
33 HR II 5 Nr. 203.
34 Ch. Hirte und Th. Wolf, Der Holk, in: Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos, Bd. 1, Hamburg 1989, S. 570-574 (mit Literatur).
35 BUB VII 471.
36 Erst 1452 ist von einem Brief der Königin von Frankreich an Bremen die Rede, der aber dem Kontor des Deutschen Kaufmanns nicht ausgehändigt, sondern von dem französischen Gesandten zurückbehalten wurde (HR II 4 Nr. 92). Ob er tatsächlich, wie angekündigt, nach Bremen gesandt wurde, bleibt ungewiss; im Bremer Archiv ist er nicht nachzuweisen.

ist nicht überliefert. Bremen unterstützte jedoch spätestens seit 1449 die Bemühungen der Hansestädte, durch Verhandlungen mit Frankreich zu einem Vergleich zu gelangen.[37] Die Leistung von Schadenersatz lehnte es noch 1460 ab unter Hinweis auf die eigenen schweren Schäden, die es durch Frankreich erlitten habe.[38]

3. Der bremisch-burgundische Krieg und der Schadenersatz für Neutrale

Im Gegensatz zum hansisch-holländischen Krieg von 1438–1441 wird von dem anschließenden bremisch-burgundischen Krieg in der Geschichtsschreibung zur Hanse wenig Notiz genommen. Der Grund ist offenbar, dass man ersteren als hansisch betrachtet, letzteren aber als Angelegenheit einer einzelnen Stadt.[39] Dennoch hängen beide Kriege eng zusammen, und der zweite entstand nicht zuletzt deswegen, weil es sich bei dem ersten keineswegs um einen Krieg der gesamten Hanse handelte. Den Krieg von 1438–1441 führten nämlich nur die »wendischen« Städte der Hanse, also Lübeck, Hamburg, Wismar, Rostock, Stralsund und Lüneburg, gegen Holländer und Seeländer, nachdem die Holländer wegen unerledigter Schadenersatzansprüche aus dem hansisch-dänischen Krieg einen Kaperkrieg gegen hansische Schiffe begonnen hatten.[40] An dem Krieg beteiligten sich weder die preußischen Städte noch Bremen, ihre Schiffe wurden aber während des Krieges von holländischen Ausliegern gekapert und ihre Waren erbeutet. Ähnlich erging es neutralen englischen, schottischen, schwedischen und flämischen Schiffern und Kaufleuten.[41] Während aber den Preußen im Frieden von Kopenhagen 1441 Entschädigung versprochen wurde[42] und die meisten Neutralen ihre Ansprüche auf dem Rechtswege verfolgten, fürchteten die Bremer leer auszugehen. Rat und Kaufmannschaft in Bremen entschlossen sich daher – ebenso wie zuvor die Holländer gegenüber den wendischen Städten –, ihren Schadenersatzforderungen durch einen Kaperkrieg Nachdruck zu verleihen.[43] Sie sagten am 24. Juli 1442 Holland, Seeland und auch Flandern Fehde an und warnten die Städte an Nord- und Ostsee, mit diesen

37 Auf dem Hansetag in Bremen im Sommer 1449 wurde eine Gesandtschaft an den französischen Hof in Aussicht genommen. Ob aber Bremen zum Schadenersatz für den Holk bereit war, wie Held (wie Anm. 9, S. 143) vermutet, darf bezweifelt werden.

38 HR II 5 Nr. 7.

39 D. Seifert, Kompagnons und Konkurrenten. Holland und die Hanse im späten Mittelalter, Köln u. a. 1997, S. 400 f., 415 f.

40 Ebd., S. 275 ff.

41 Ebd., S. 313 f.

42 Ebd., S. 317. Die Durchsetzung des vertraglich zugesicherten Schadenersatzes gestaltete sich allerdings kompliziert, vgl. ebd., S. 334 ff.

43 BUB VII 28; Seifert (wie Anm. 39), S. 381 ff. – Einen Prozess vor dem herzoglichen Rat in Den Haag um eine Fischladung in einem Bremer Schiff, das Amsterdamer Auslieger 1440/41 gekapert hatten, führte Bernd Zierenberg, der in Kopenhagen wohnte. Der herzogliche Rat sprach ihm Schadenersatz zu, konnte aber das Urteil in Amsterdam nicht durchsetzen, siehe BUB VII 11.

Ländern Handel zu treiben.[44] Flandern wurde in die Fehde einbezogen, weil ein 1439 entstandener Streit um die Verbringung einer Bremer Kogge, angeblich nach Dünkirchen, unerledigt war;[45] der Herzog von Burgund hatte allerdings 1441 als Untersuchungsergebnis mitgeteilt, dass sie nach St. Malo in der Bretagne verschleppt sei.[46] Ob auch Brabant von Anfang an in die Fehde einbezogen war (und damit Antwerpen), das ebenfalls zu den Ländern des Herzogs von Burgund gehörte, aber in der Fehdeansage nicht ausdrücklich genannt war, wurde später ein wichtiger Streitpunkt in den Prozessen mit Antwerpen und dem Kölner Johann Dasse.[47] Mit Bremen verbündete sich Stade 1443 zur Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen, es rüstete jedoch keine Kaperschiffe aus.[48] Parallel machte auch der Graf von Oldenburg Ansprüche gegen die Holländer geltend.[49]

Bremen betrieb die Fehde mit Nachdruck als Kaperkrieg, indem es im hansisch-holländischen Krieg bewährte Freibeuter aus wendischen Städten in Dienst nahm.[50] Es stellte Kaperbriefe gegen Holländer und Seeländer aus, in denen sich der Rat ein Drittel der Beute vorbehielt und den Kapitän zur Rückgabe neutraler Schiffe und Waren verpflichtete.[51] Auch Bremer Ratsherren rüsteten Kaperschiffe aus.[52] Der Rat von Holland beauftragte bald nach Eingang des Bremer Fehdebriefs Amsterdam mit der Aussendung von Kaperschiffen gegen die Bremer.[53]

Einen ersten größeren Erfolg hatten die Bremer Auslieger unter Führung von Grote Gerd 1443, als sie 13 holländische und seeländische Salzschiffe im Kattegat aufbrachten.[54] Grote Gerd geriet 1444 in norwegische Gefangenschaft.[55]

44 BUB VII 28 – 32. Die Fehdeansage traf in Den Haag am 1. August ein, siehe BUB VII 29.

45 Hierin sah man in Bremen 1446 den eigentlichen Grund für die Fehde gegen die burgundischen Länder, den Schaden bezifferte man auf 20.000 Rheinische Gulden, siehe BUB VII 400, Anhang.

46 BUB VI 230 (mit irriger Datierung zu 1440). Die Bremer hatten zur Durchsetzung ihres Anspruchs zwei flämische Pilger, die auf der Fahrt zum heiligen Blut in Wilsnack waren, gefangen gesetzt.

47 Von Bippen (wie Anm. 3), S. 338 ff.; vgl. BUB VII 213, 215. Wie ein Schreiben Kölns (BUB VII 235) ausführt, hat Antwerpen erst am 14. April 1444 einen Fehdebrief Bremens erhalten.

48 BUB VII 140, 400, 404, 410.

49 BUB VII 400, 403.

50 Ein Zeugenprotokoll aus Zierikzee nennt Bremer Auslieger, die 1443 die Salzflotte kaperten, mit Namen: sechs aus Hamburg, sieben aus Wismar, mindestens drei aus Lübeck, einer aus Lübeck oder Rostock, nur einer (Harmen Scoeman) soll aus Bremen gewesen sein; siehe BUB VII 244, dazu Seifert (wie Anm. 39), S. 395. Herman Scoeman und der Knappe Huner van dem Horne wurden von Bremen schon bei der Fehdeansage als Bremer Auslieger angekündigt (BUB VII 30).

51 BUB VII 56.

52 BUB VII 195.

53 BUB VII 40.

54 Seifert (wie Anm. 39), S. 394 f.; Schwarzwälder (wie Anm. 17), S. 32 f.

55 BUB VII 187; Geschichtsquellen des Erzstiftes und der Stadt Bremen, hg. von J. M. Lappenberg, Bremen 1841, S. 170.

1445 wurden u. a. englische und schottische Schiffe gekapert,[56] und 1446 wurde die Eroberung einer Karacke mit lombardischem und spanischem Kaufmannsgut durch den Auslieger Herger Rotermund in Bremen als Erfolg gefeiert.[57] Wie schon im vorangegangenen hansisch-holländischen Krieg führten die Kaperungen zu zahlreichen Rück- und Schadenersatzforderungen, u. a. aus Groningen, West- und Ostfriesland, Kampen, Deventer, Harderwijk, Utrecht, Hamburg, Lübeck, Danzig, Köln, Antwerpen, Stockholm, England, Schottland, Genua und Spanien an Bremen,[58] von denen allerdings außer der von Frankreich nur die von Antwerpen und Köln lange über den Krieg hinaus andauerten.

Die Schadenersatz- und Lösegeldverhandlungen mit England, Schottland und den in Brügge residierenden genuesischen und spanischen Kaufleuten sind ausführlich dokumentiert. Am 10. Mai 1445 hatten Bremer Auslieger das Schiff »Le Christoffer« aus Bristol mit Häuten und anderen Waren im Wert von 1000 englischen Pfund auf dem Weg von Irland nach Sluis vor Südengland gekapert. Der Bürgermeister von Bristol ersuchte Bremen am 14. Juni um Schadenersatz für seine Bürger.[59] König Heinrich VI. von England unterstützte das Anliegen am 22. Juni durch eine an den Erzbischof und den Rat von Bremen gerichtete Beschwerde.[60] Auch die Stadt London verwendete sich für die Bürger aus Bristol.[61] Am 14. August 1445 verständigten sich vier geschädigte Bristoler Bürger und Kaufleute mit zwei Bremer Vertretern, einem Franziskaner und einem Kaufmann, auf die vollständige Rückgabe von Schiff, Ladung und Ausrüstung, und zwar sollte die Übergabe in Sluis in Flandern erfolgen.[62] Am 21. Februar 1446 war dies offenbar noch nicht geschehen, denn das Kontor in London bat, das Schiff gegen eine vom König ausgestellte Quittung den Bevollmächtigten zu übergeben, wobei der König ungern darauf verzichtete, eine Sühne für die bei der Kaperung erschlagenen Engländer zu verlangen.[63]

Der Rat von Edinburgh teilte Bremen und mehreren wendischen Städten am 15. Juli 1445 mit, dass bewaffnete Bremer auf hoher See aus zwei Schiffen – einer Barke (*bargia*) unter Führung eines Schiffers aus Leith und einer Busse (*buche*) unter Führung eines Schiffers aus Dünkirchen – beladen mit schottischem Tuch, Waren im Wert von 3352 Pfund schottischer Münze geraubt hätten, die schottischen Kaufleuten gehörten, und beglaubigte Bevollmächtigte für Schadenersatzverhandlungen in Bremen.[64] Weitere Vollmachten erteilten kurz darauf die Städte Linlithgow, Perth, Cupar in Fife und Dundee.[65] König

56 Seifert, S. 392 f.
57 Geschichtsquellen (wie Anm. 55), S. 170 f.; Seifert, S. 393.
58 Seifert, S. 386 ff.; zu Utrecht BUB VII 292, zu Hamburg BUB VII 179, 377, 379, 380, zu Stockholm BUB VII 252.
59 BUB VII 332.
60 BUB VII 338.
61 BUB VII 339.
62 BUB VII 355; da die Verständigung nach englischen Herrscherjahren datiert ist, erfolgte sie wahrscheinlich in England.
63 BUB VII 387.
64 BUB VII 345.
65 BUB VII 348, 350-353.

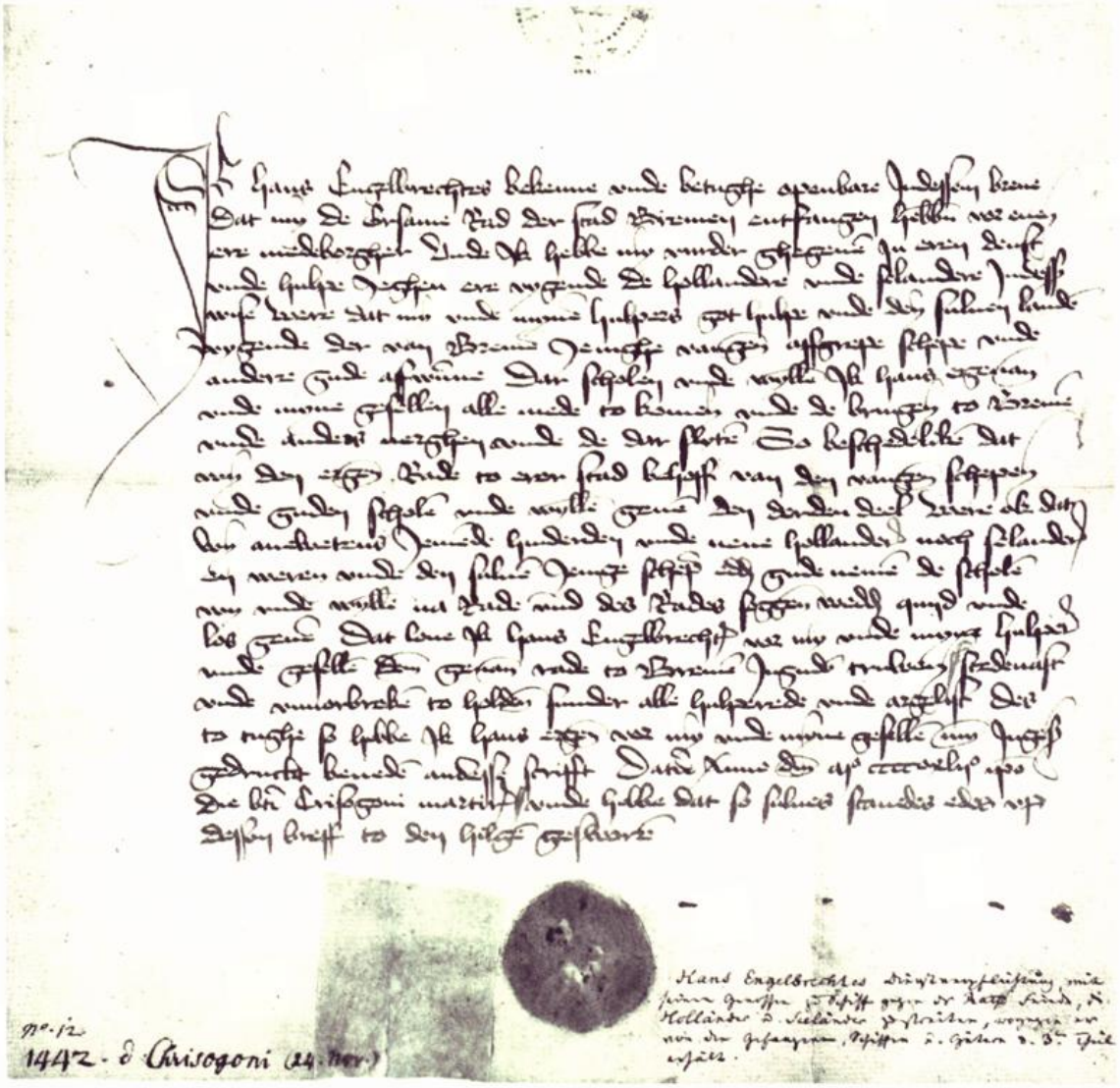


Abb. 3: Anstellung eines Kaperkapitäns (BUB VII 56), StAB 1-Bc 1442 November 24. (Foto: StAB)

Jakob II. von Schottland stellte am 14. August 1445 eine zusätzliche Vollmacht für drei Gesandte aus.[66] Diese beurkundeten am 16. Oktober in Bremen einen Vergleich, mit dem die Bremer, obwohl sie dazu nicht verpflichtet seien, wie sie betonten, dem König von Schottland zuliebe (*to leve unde to wyllen*) den Schotten eine Busse und 40 Last Bier als Entschädigung überließen und beide Seiten auf weitere Ansprüche – die Bremer nannten drei Schiffsverluste (eine Kogge und zwei Krayer) in Schottland – verzichteten. Für die Zukunft wurde vereinbart: Wenn schottische Kaufleute ihre Waren auf einem feindlichen Schiff verfrachteten und dieses gekapert würde, so sollten die Schotten und ihre Waren sicher sein, das feindliche Gut sollten sie jedoch den Bremern aushändigen

66 BUB VII 354.

und Schiff, Besatzung und Fracht für ein Lösegeld verbürgen (*vorghiselen*).[67] Am 16. April 1446 bestätigten die Gesandten die Erfüllung des Vertrages.[68] Kurz darauf wurden erneut schottische Kaufleute durch Bremer Auslieger unter Führung von Herger Rotermund vor Edinburgh geschädigt, die sich zur Wiedererlangung ihrer Waren auf den mit Bremen geschlossenen Vertrag beriefen.[69]

Am 27. Mai 1446 erteilten Kaufleute aus Genua vor einem Brügger Notar einem Landsmann umfassende Vollmacht zu Verhandlungen mit Bremen wegen einer genuesischen Karacke, die vor Pfingsten von Bremer Ausliegern unter Führung von Herger Rotermund gekapert worden war. Die Karacke enthielt Waren von Genueser und spanischen Kaufleuten und von einem Pisaner.[70] Am 4. August verglichen sich genuesische und spanische Bevollmächtigte mit dem Bremer Rat unter Vermittlung des Propstes von Torhout und drei Lübecker Repräsentanten auf die Herausgabe der Karacke. Die Bevollmächtigten versprachen ein Lösegeld von 10.300 Rheinischen Gulden innerhalb von sechs Wochen und erhielten die Karacke mit der Fracht und freies Geleit und Schutz vor Bremer Ausliegern bis nach Sluis.[71] Am 23. und 24. August ratifizierten die spanischen und genuesischen Kaufleute in Brügge den Vergleich und quittierten die Rückgabe der Karacke.[72]

Die Beispiele zeigen, dass Schadenersatz- und Lösegeldverhandlungen für nach Bremen verbrachte Schiffe von Bevollmächtigten, meist betroffenen Kaufleuten, geführt wurden, gewöhnlich in Bremen, beim englischen Beispiel jedoch in England. Für das Bristoler Schiff wurde vollständige Rückgabe von Schiff und Ladung vereinbart, die englischer Besitz waren, auch wenn sie nach Flandern bestimmt waren. Allerdings wurden weitergehende Schadenersatzansprüche ausgeschlossen. Für die Kaufleute aus Schottland, die ihre Waren auf zwei Schiffen verfrachteten, von denen zumindest eines flämischer Besitz gewesen zu sein scheint (der Kapitän kam aus Dünkirchen), gewährte der Bremer Rat eine Aufwandsentschädigung und versprach, künftig ihre eigenen Waren und Leute, die auf feindlichen Schiffen gefasst würden, frei herauszugeben, aber Schiff, Gut und Leute mussten ausgelöst werden. Die Karacke mit ihren Waren wurde nur gegen ein hohes Lösegeld freigegeben, wohl weil die Kaufleute zwar neutrale Ausländer, aber in Flandern ansässig waren.

Die Bremer Auslieger störten den Handel über die Nordsee beträchtlich. Besonders Kampen, das 1441 förmlich in die Hanse aufgenommen war,[73] und weitere Hansestädte im Westen drängten auf ein Ende des Krieges, der ihren Handel schädigte. Friedensverhandlungen in Groningen und Kampen 1444

67 BUB VII 364.
68 BUB VII 395.
69 BUB VII 398, 413.
70 BUB VII 405, 408, 409.
71 BUB VII 440.
72 BUB VII 450, 451.
73 F. Petri, Die Stellung der Süderseer- und Ijssel-Städte im flandrisch-hansischen Raum, HGbll 79 (1961) S. 33-57, hier S. 46 ff.

scheiterten.[74] Ein Treffen in Harderwijk zwischen Bremer Bevollmächtigten, nämlich dem Bürgermeister Hermann von Gröpelingen und dem Ratsherrn Henrich Cloke, und Vertretern des Rats von Holland als burgundischen Gesandten führte am 8. Mai 1446 zum Abschluss eines Präliminarfriedens,[75] der, nachdem der Erzbischof von Bremen, der Graf von Oldenburg und die Stadt Stade ihr Einverständnis erklärt hatten,[76] am 8. Juli 1446, am selben Tag, an dem der deutsche Kaufmann in Brügge erstmals von der Kaperfahrt des französischen Kapitäns Pelson berichtete, von Herzog Philipp von Burgund ratifiziert wurde.[77] Nicht im Vertrag enthalten, aber offenbar Teil des Abkommens war die Zahlung von 12.000 Rheinischen Gulden durch die holländischen und seeländischen Städte an Bremen und Stade, die 1447–1450 tatsächlich erfolgte.[78] Zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Flandern und Bremen wurde ein Schiedsgericht eingesetzt. Brabant wurde der Anschluss an den Frieden freigestellt.[79]

4. Die rechtliche Beurteilung der Kaperung des französischen Schiffes und der Bremer Kaperkapitän Herger Rotermund

Nicht alle Umstände, die für die rechtliche Beurteilung des Falles von Belang sind, sind bekannt. Es liegen hansische und bremische Quellen vor, die indes nicht vollständig sind, französische Quellen dazu fehlen oder sind bisher nicht zu unserer Kenntnis gelangt. Bei den Parteischriften ist es umgekehrt, wir kennen die französische Position vor allem aus zwei (ins Niederdeutsche übersetzten) Briefen der Königin von Frankreich und aus Berichten des Deutschen Kaufmanns in Brügge,[80] die bremischen Argumente kennen wir dagegen nicht direkt, wir können sie nur indirekt erschließen.

Die Franzosen argumentierten, die gewaltsame Wegnahme des Holkes der Königin von Frankreich sei ohne Fehdeansage und rechtlichen Grund erfolgt, sie sei durch Bürger von Städten, die der Hanse angehörten (Bremen, Danzig, Lübeck und anderen), verübt, die sich das Schiff und die Ladung als Beute geteilt hätten. Die Hanse, vertreten durch den Deutschen Kaufmann in Brügge, sei zur Rückgabe und zum Schadenersatz verpflichtet. Da sie sich weigere, diesen zu leisten, müssten sich die Franzosen an den Schiffen und Kaufleuten der Hansestädte schadlos halten, was sie sehr schnell taten.[81]

Die Hanse wandte sich an Bremen und verlangte Rechtfertigung. Diese ist nicht erhalten, doch scheint Bremen mit Gegenklagen über Schädigung seiner Kaufleute durch Frankreich geantwortet zu haben.[82] Den Franzosen antwortete

74 Seifert (wie Anm. 39), S. 395 ff.
75 BUB VII 400.
76 BUB VII 401, 403, 410.
77 BUB VII 426, vgl. Seifert, S. 399.
78 BUB VII 538; StAB, 1-Bc 1449; vgl. Seifert, S. 399 f.
79 Zu Verträgen mit Flandern und Brabant ist es nicht gekommen.
80 BUB VII 425, 439, 471; HR II 4 Nr. 92.
81 BUB VII 425, 439.
82 Dies tat Bremen jedenfalls 1460: HR II 5 Nr. 7.

die Hanse, die Kaperung des Holks sei durch die Bremer erfolgt, an diese Stadt müssten sie sich halten, sie könnte Bremen nicht zum Schadenersatz zwingen.[83]

Die Königin von Frankreich entgegnete, sie halte sich an die Hanse, erstens weil sie wüsste, dass weitere Hansestädte an der Gewalttat beteiligt waren, und zweitens weil die Hanse die Schuldigen nicht aus ihren Reihen ausschließe.[84]

Wie steht es nun mit der Bremer Schuld und der Haftung der Hanse? Die Fehde, d. h. Gewaltanwendung oder Krieg, wurde im Mittelalter rechtlich geduldet, wenn sie begründet und formgerecht angesagt war.[85] Zur Fehde berechtigt waren neben Herrschern auch Stände, Städte und sogar Einzelpersonen, die Waffen tragen durften. Rechtsgrund zur Fehde war insbesondere die vergebliche gerichtliche Klage. Bremen berief sich zu Beginn seiner Fehde in seinem Warnbrief (*Warschau*)[86] an die preußischen Städte darauf, dass burgundische Untertanen, nämlich Flamen, Holländer und Seeländer, Bremer Kaufleuten großen Schaden zur See zugefügt hätten, dass sie dagegen geklagt, aber kein Recht bekommen hätten, dass auch ein Schiedsgericht aus den Städten Leiden und Kampen mit Utrecht als Oberschiedsrichter erfolglos geblieben sei.[87] Die Fehde wurde dem Herzog von Burgund und seinen Ländern Holland, Seeland, Friesland und Flandern formell angesagt, wie am 1. August 1442 in Den Haag protokolliert wurde.[88]

Von einer Fehde, die mit Ausliegern, d. h. Kaperschiffen, zur See geführt wurde, waren nicht nur die Schiffe der kriegführenden Parteien, sondern auch Neutrale betroffen. Bremen hat zumindest Kampen und die preußischen Städte durch sog. Warschauen davor gewarnt, ihre Waren auf Schiffen der Flamen, Holländer und Seeländer zu verschiffen oder Waren der Feinde auf ihren Schiffen zu transportieren.[89] Würden Bremer Auslieger solche Schiffe und Waren erbeuten, würde Bremen keinen Schadenersatz leisten. Eine Warnung, feindliche Häfen aufzusuchen oder mit den Feinden Handel zu treiben, enthält der erhaltene Warschau nicht. Bremen brachte damit zum Ausdruck, dass es nach dem Grundsatz Feindschiff macht Feindgut sowie Feindgut macht Feindschiff, also dem der sog. *infection hostile*, bei dem feindliches Eigentum Schiff und Inhalt »infiziert«,[90] verfahren würde, gegen neutrale Schiffe mit rein neutraler Ladung aber nicht vorgehen würde oder

83 BUB VII 471; HR II, 5 Nr. 203.

84 HR II, 5 Nr. 203.

85 O. Brunner, Land und Herrschaft, 5. Aufl., Wien 1965, S. 1-110; A. Boockmann, Fehde, Fehdewesen, in: Lexikon des Mittelalters IV, München u. Zürich 1989, Sp. 331-334. – Zum Kaperrecht: A. Kammler, Up eventur. Untersuchungen zur Kaperschifffahrt 1471–1512, vornehmlich aus Hamburger und Lübecker Quellen, St. Katharinen 2005; G. Rohmann, Der Kaperfahrer Johann Stortebeker aus Danzig. Beobachtungen zur Geschichte der »Vitalienbrüder«, in: HGbll 125 (2007), S. 77-119, hier S. 82 ff.

86 Zum Warschau in der Fehde zur See vgl. K.-H. Böhringer, Das Recht der Prise gegen Neutrale in der Praxis des Spätmittelalters, Hamburg 1972, S. 22 ff.

87 BUB VII 28.

88 BUB VII 29.

89 BUB VII 28, 32.

90 Böhringer (wie Anm. 86), S. 10 ff.

diese erstatten würde, selbst dann, wenn diese mit den Feinden Handel treiben. Eine Warnung an alle neutralen Teilnehmer am Seehandel in dem gefährdeten Gebiet war nicht üblich.[91] Auch den französischen Kapitänen muss 1446 bekannt gewesen sein, dass die Fahrt zur burgundischen, englischen und schottischen Küste bis zum Friedensschluss riskant war.

Der Frieden von Harderwijk vom 8. Mai 1446 und die Ratifikation regelten sehr genau das Ende der Kriegshandlungen.[92] Sie waren danach bis zum 12. Juni zu Lande und bis zum 10. Juli zur See zugelassen. Die längere Frist für den Seekrieg war wegen der schwierigeren Benachrichtigung der Auslieger nötig. Das französische Schiff wurde im Mai oder Juni – jedenfalls bevor der Frieden in Kraft trat – gekapert.[93]

Bremen schloss mit seinen Ausliegern Verträge, Ausliegerbriefe, später Kaperbriefe genannt, in denen die Kaper zur Ausübung von Kriegshandlungen ermächtigt wurden. Die Kaperkapitäne wurden als Bürger aufgenommen und in den Dienst gegen die Feinde gestellt.[94] Gefangene, Schiffe und Waren sollten nach Bremen gebracht werden, wo der Rat ein Drittel der Beute erhalten sollte. Schiffe und Waren, die Neutralen gehörten, sollten nach Weisung des Rates frei gegeben werden. Tatsächlich nahm Bremen eine große Zahl von Ausliegern aus anderen Hansestädten in Dienst. Ein Protokoll aus Zierikzee enthält eine eindrucksvolle Aufstellung, nach der von dem führenden Personal, das 1443 13 holländische und seeländische Salzschiffe erbeutete, die meisten Auslieger aus Hamburg, Lübeck und Wismar stammten und nur wenige aus Bremen.[95] Entscheidend aber ist, dass ein Auslieger, der sich mit seinem Schiff in den Dienst Bremens stellte, vorher als Bürger aufgenommen wurde, so dass für seine Handlungen Bremen und nicht die Stadt, aus der er stammte, verantwortlich zu machen war. Die französische Behauptung, auch Lübecker, Rostocker und Danziger hätten sich an der Kaperung beteiligt, mag, was ihre Herkunft angeht, zutreffen; da sie aber von Bremen als Bürger aufgenommen waren, war auch nur Bremen zur Rechenschaft zu ziehen.

Konkret nachzuprüfen ist das bei dem einzigen Auslieger, der von den Franzosen benannt wurde, nämlich bei Kapitän Rotermund, von dem sie – ob zu Recht? – behaupteten, er sei aus Lübeck.[96] Kapitän Herger Rotermund spielt nach der Bremer Überlieferung im bremisch-burgundischen Seekrieg eine herausragende Rolle. Er war bereits 1444 an der Kaperung eines Antwerpener Schiffes beteiligt, das eine nach Preußen adressierte Weinladung des Kölner Kaufmanns Johann Dasse enthielt.[97] Am 23. April 1446 war er Hauptmann der Bremer Auslieger, die vor Schottland Schiffe gekapert hatten, und verhandelte in Edinburgh mit schottischen Kaufleuten über die

91 Böhringer (wie Anm. 86), S. 13.
92 BUB VII 400, 426.
93 Die Kaperung erfolgte im »somer« (BUB VII 473), am 8. Juli hatte Frankreich bereits Auslieger ausgeschickt (BUB VII 425).
94 BUB VII 56.
95 BUB VII 244.
96 BUB VII 471; vgl. BUB VII 221.
97 BUB VII 221; vgl. ebd. 213, 215.

Herausgabe ihrer Waren.[98] Im Mai 1446 hatte er an der englischen Küste eine große Karacke mit Waren genuesischer und spanischer Kaufleute aufgebracht.[99] Die Bremer Chronik berichtet darüber anschaulich:[100] Der Kapitän der Karacke wollte den Bremern die Suche nach feindlichem Gut verwehren. Hauptmann Rotermund beriet sich mit seinen Leuten, die beschlossen, bei der Karacke anzulegen. Diese war jedoch stark und sehr hoch, und die Besatzung forderte die Bremer hochmütig zum Streit heraus. Die Bremer sammelten ihr bestes Volk, und Rotermund gelang es, mit einigen Leuten durch die Ruderlöcher in die Karacke einzudringen und sie zu erobern. Auch die Kaperung des französischen Holks im Mai/Juni 1446 gehört in diese Kampagne. Herger Rotermund war damals für die Bremer ein Seeheld.

Seine Herkunft ist nicht sicher zu ermitteln. Nicht nur die Franzosen behaupteten 1446, er sei aus Lübeck. Auch die Älterleute der Hanse in Antwerpen bezeichneten den Bremer Auslieger »Rodemund« in einem Brief an Lübeck 1444 als Einwohner von Lübeck.[101] Der Name Rotermund kommt in Lübeck in der Tat schon seit 1330 vor.[102] Ein Herger Rotermund ließ sich dort aber nicht

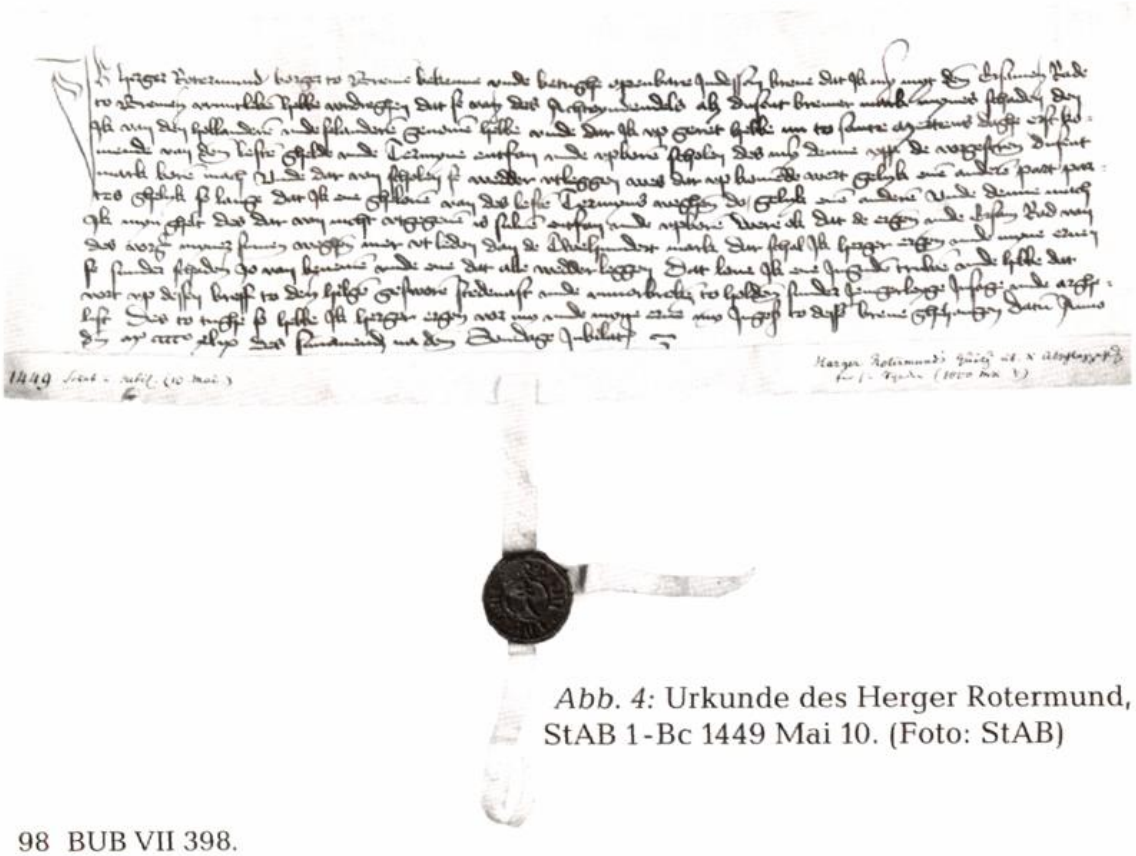


Abb. 4: Urkunde des Herger Rotermund, StAB 1-Bc 1449 Mai 10. (Foto: StAB)

98 BUB VII 398.
99 BUB VII 405.
100 Geschichtsquellen (wie Anm. 55), S. 170 f.
101 BUB VII 221.
102 Civilitates – Lübecker Neubürgerlisten 1317–1356, hrsg. v. Olof Ahlers, Lübeck 1967, S. 59, 108.

nachweisen.[103] Im Bremer Bürgerbuch erscheint der Name Rotermund seit 1361.[104] 1405, 1413 und 1441–1463 sind hier mehrere Bürger namens Diderik Rotermund eingetragen.[105] Für uns von besonderem Interesse ist ein Bremer Schiffer Frederik Rotermund, der 1402 in Schottland seine Kogge von 115 Last an Engländer verlor, die die Besatzung über Bord warfen und das Schiff nach London brachten.[106] Hier könnte eine Motivation für den Kaperkrieg Herger Rotermunds vor der schottischen Küste liegen. 1423 wird ein Hinric Rotermund unter den Unterstützern des Bremer Vogts auf Helgoland genannt.[107] Herger Rotermund urkundete 1449 als Bremer Bürger, als er sich mit dem Bremer Rat auf einen Anteil aus der Schadenersatzzahlung der Holländer und Seeländer einigte.[108] Dass er im Bremer Bürgerbuch fehlt, ließe sich leicht damit erklären, dass er der Sohn eines Bremer Bürgers war, der den Bürgereid nicht zu leisten brauchte.[109] Für die rechtliche Beurteilung der Kaperung ist es ohne Bedeutung, ob er aus einer Familie stammte, die seit Generationen in Bremen ansässig war, oder ob er erst als Kaperkapitän als Bremer Bürger aufgenommen wurde.[110] Für Rotermunds Taten als Bremer Auslieger war auf jeden Fall nicht Lübeck, sondern Bremen haftbar zu machen.

Abb. 5: Siegel der Herger Rotermund (an StAB 1-Bc 1449 Mai 10). (Foto: StAB)

103 Nach frdl. Auskunft von Archivdirektor Dr. Jan Lokers vom 12. 1. 2010 wurde 1442–1443 in Lübeck um den Nachlass von Hans Rotermunt gestritten. Die Erben waren Bürger in Geseke und Reval (Archiv der Hansestadt Lübeck, ASA Interna A-C Nr. 540).

104 StAB, 2-P.8.A.19.a.3.a., Bl. 50v, 52v, 64v, 71v.

105 Ebd., Bl. 83v, 86v, 113r, 134r, 136v.

106 BUB IV 352.

107 BUB V 215.

108 StAB, 1-Bc 1449 Mai 10: Der Bremer Bürger Herger Rotermund einigt sich mit dem Bremer Rat aufgrund eines Schadens von 1000 Bremer Mark, den ihm die Holländer und Seeländer zugefügt hätten, auf einen Anteil an der von diesen gezahlten Entschädigung. Siehe Abb. 4.

109 Erst 1532 wurde der Bürgereid auch für die Söhne von Bürgern vorgeschrieben, s. K. Reineke, Das bremische Bürgerrecht, Brem.Jb. 32, 1929, S. 222 ff.

110 Als Beispiel einer solchen Einbürgerung siehe den Fall des Kaperkapitäns Hans Engelbrechtes 1442 (BUB VII 56), oben Abb. 3.

Ob die Wegnahme des französischen Holks zu Recht oder zu Unrecht erfolgte, wäre leichter zu entscheiden, wenn wir genau wüssten, wem die Waren an Bord gehörten. Die Kaperung des Schiffes auf dem Weg nach Schottland scheint auf Verdacht hin erfolgt zu sein, vielleicht befand es sich auf einer Route, die von Schiffen aus flämischen und holländischen Häfen benutzt wurde. Die Abfahrt aus einem feindlichen Hafen reichte aber als Grund für die Prise nicht aus, es musste feindliche Waren an Bord haben. Wenn später von hansischer Seite gesagt wird, es hätte nur Wein aus Poitiers an Bord gehabt,[111] so spricht das dafür, dass es eigentlich nicht unter das Prisenrecht fiel. Nachdem die Auslieger das Schiff trotzdem nach Bremen gebracht hatten, hätten französische Bevollmächtigte hier die Freigabe von Schiff und Waren erwirken können. Bremen wäre – wie im Fall des englischen Schiffes aus Bristol geschehen[112] – verpflichtet gewesen, Schiff, Besatzung und Waren ohne Lösegeld freizugeben, weil keine feindlichen Waren an Bord waren. Befand sich aber doch feindliches Gut an Bord oder war der Wein in feindlichem Besitz, so hätte Bremen wie im Fall der schottischen Schiffe nach dem gemäßigten Grundsatz des Consulato del mar verfahren können, bei dem der neutrale Besitz ohne Lösegeld zurückgegeben wurde und der feindliche Besitz ausgelöst werden musste.[113] In einem Lübecker Formelbuch ist eine interessante Vereinbarung des Bremer Rats und der Kaufmannschaft mit ihren Ausliegern von März 1446 eingetragen,[114] die einmalig zu sein scheint. Danach sollte ein neutrales Schiff, auf dem mehr als 6 Last Feindesgut gefunden wurden, als feindlich gelten, waren es weniger als 6 Last, sollte das Feindesgut herausgenommen werden und das Schiff mit den anderen Waren frei davonsegeln dürfen. Wie man sieht, war Bremen, obwohl es grundsätzlich an dem Grundsatz der *infection hostile* festhielt, zu Zugeständnissen bereit sowohl im Vertrag mit Schottland wie bei der Mengenbegrenzung des zulässigen Feindesgut auf neutralen Schiffen. Zu einer allgemeinen Freigabe von neutralem Gut, wie sie im Consulato del mar für das Mittelmeer und zeitweise auch in Lübeck postuliert wurde,[115] konnte man sich in Bremen aber nicht verstehen.

5. Das Problem der Diplomatie

Im Fall des französischen Holks wurden nur die Gefangenen freigegeben, Schiff und Waren verfielen nach einer Frist von dreimal sechs Wochen[116] der Aufteilung unter Stadt und Auslieger. Das heißt, die Möglichkeit zu Verhandlungen mit der französischen Besatzung oder anderen Vertretern Frankreichs in Bremen wurde nicht genutzt, offenbar deswegen nicht, weil König und Kö-

111 HR II 5 Nr. 714.
112 Vgl. oben S. 40.
113 Vgl. oben S. 40 ff.
114 BUB VII 389; vgl. Schwarzwälder (wie Anm. 17), S. 31.
115 A. von Brandt, Die Hansestädte und die Freiheit der Meere, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte, Lübeck 1953, S. 179-193.
116 Diese Frist wird in der Bremer Vereinbarung von 1446 genannt (BUB VII 389).

nigin von Frankreich zu solchen Verhandlungen nicht bereit waren. Wir sahen bereits, dass die Franzosen Bremen als Verhandlungspartner ablehnten und die Hanse insgesamt mit der Forderung nach Rückgabe und Schadenersatz konfrontierten. Sieht man einmal von dem offenbar nicht haltbaren Argument ab, auch andere Hansestädte seien an der Kaperung beteiligt, so rührte die Forderung nach Isolierung der Schuldigen an die Verfassung der Hanse. Die Hanse war im Besitz von Privilegien, schloss Verträge, fasste Beschlüsse auf den Hansetagen und führte sogar Kriege – gemeinsame Organe (von den Hansetagen abgesehen), ständige Einkünfte, eigene Truppen hatte sie nicht.[117] Sie betrachtete sich als ein Bündnis, als einen Städtebund, der die Rechtsstellung der einzelnen Mitglieder nicht beschränkte.[118] Das »Identifikationsprinzip als Grundlage der hansischen Einung«[119] ließ sich von den im Kanonischen und Römischen Recht geschulten Juristen der westlichen Monarchien nicht fassen. Fast alle Städte lagen im Herrschaftsgebiet geistlicher oder weltlicher Fürstentümer und hatten in Krieg und Frieden auf diese Rücksicht zu nehmen. Sie konnten sich selbst im Krieg befinden, ohne dass sie immer auf die Unterstützung der Hanse rechnen konnten. Umgekehrt leisteten sie auch der Hanse nicht immer Unterstützung, wenn diese oder wenigstens die führenden Hansestädte einen Krieg beschlossen hatten. Streitigkeiten der Hansestädte untereinander wurden in der Regel durch gemeinsame Beratung und Vermittlung, möglichst ohne Einschaltung der Fürsten, beigelegt. Wenn die Hanse zu Sanktionen griff, ging es meistens um Eingriffe in innerstädtische Konflikte: Der Sturz eines amtierenden Rates durch die Bürger einer Stadt wurde mehrfach mit dem vorübergehenden Ausschluss der Stadt aus der Hanse bestraft.[120] Nach langem Zögern schloss sie 1471 auch Köln aus, weil es den Krieg gegen England nicht nur nicht unterstützte, sondern sich in England eigene Vorteile verschafft hatte. Das Recht zu Krieg und Fehde blieb den einzelnen Mitgliedsstädten oder Städtebünden innerhalb der Hanse jedoch unbenommen.

Für die westlichen Monarchien war die Hanse mit ihrer lockeren Struktur und einem nicht genau definierten Mitgliederstand ein schwieriger und unzuverlässiger Vertragspartner. 1449 äußerten die Engländer ihr Unverständnis darüber, dass ein mit der Hanse abgeschlossener Vertrag nicht von allen Mitgliedern der Hanse für bindend erachtet wurde.[121] Ebensowenig mochten die Franzosen 1446 und später einsehen, dass die Hanse nicht eine (oder mehrere) ihrer Mitgliedsstädte zum Schadenersatz zwingen konnte. Schon die

117 Dollinger (wie Anm. 16), S. 142 ff.

118 Denkschrift der Hanse von 1469, HUB IX Nr. 584; auszugsweise übersetzt bei Dollinger, S. 526 ff.

119 E. Pitz, Die Verfassung des hansischen Bundes in den Rezessen der Jahre 1435 bis 1460, in: Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Trier 2001, S. 23 - 41 (hier S. 37); ausführlicher ders., Bürgereinung und Städteeinung. Studien zur Verfassungsgeschichte der Städte und der deutschen Hanse, Köln u. a. 2001, bes. S. 419 f.

120 Dollinger, S. 121 f.

121 Pitz, Die Verfassung (wie Anm. 119), S. 23 ff.; ders., Bürgereinung (wie Anm. 119), S. 1 ff.

Vorstellung, dass eine Hansestadt einen Seekrieg in rechtmäßiger Fehde führte, ohne dass die Hanse insgesamt involviert war, war den Franzosen fremd. Deswegen hielten sie bereits die Fehde Bremens für illegitim.[122] Erschwerend kam hinzu, dass Eigentümer des gekaperten Schiffes kein gewöhnlicher französischer Schiffer oder Kaufmann, sondern die französische Königin war. Nur sie selbst oder der König hätten also einen Gesandten mit Verhandlungen mit Bremen bevollmächtigen können. Aus ihrer Sicht war es jedoch zumindest ungewöhnlich, mit einer einzelnen Hansestadt solche Verhandlungen zu führen. Im diplomatischen Verkehr stellte schon die Anrede der Repräsentanten der Hanse bzw. von Hansestädten, mit denen man in Kontakt stand, ein Problem dar.[123] Noch schwieriger war es für westliche Monarchen, mit einer Stadt zu verhandeln, die ihnen eigentlich unbekannt war. Auch deswegen hielt sich die Königin lieber an die Hanse insgesamt.

Damit war die französische Forderung aber nahezu unerfüllbar. Denn so wie die Hanse nicht die Macht hatte, Fehden ihrer Mitgliedsstädte zu verhindern, so musste sie sich auch weigern, für Schadenersatzforderungen gegen einzelne Städte haftbar gemacht zu werden. Damit mussten auch alle Schadenersatzansprüche Frankreichs an den Bremer Rat als Auftraggeber der Kaper und Inhaber der erbeuteten Sache verwiesen werden. Möglicherweise hätte sich Frankreich leichter auf Verhandlungen mit Bremen eingelassen, wenn es schon vorher nennenswerte Kontakte zwischen Bremen und Frankreich gegeben hätte. Da ein Handel Bremens mit Frankreich noch kaum existierte,[124] war es schwierig, Unterhändler zu finden, die man bevollmächtigen konnte. So schickte Frankreich lieber weiter seine Auslieger gegen alle Hansestädte und erinnerte dann in den Verhandlungen über Schutz und Handelsprivilegien an seine unerledigte Forderung wegen des Holks.[125] Als schließlich 1464 Ludwig XI. der Hanse ein Privileg gewährte,[126] war von Schadenersatz keine Rede mehr. Allerdings entstanden bald darauf neue Streitigkeiten mit Hansestädten und daraus folgend französische Schadenersatzforderungen; erst das Privileg von 1483[127] wurde zur dauerhaften Rechtsgrundlage für den Handelsverkehr der Hanse mit Frankreich.

Bremen sah in Übereinstimmung mit der Hanse die rechtlichen und diplomatischen Gepflogenheiten auf seiner Seite, nach denen ein nach Prisenrecht genommenes Schiff samt Inhalt erst nach Klage auf Herausgabe und Verhandlungen mit Bevollmächtigten freizugeben war. Das englische Beispiel

122 BUB VII 425.

123 Th. Behrmann, Herrscher und Hansestädte. Studien zum diplomatischen Verkehr im Spätmittelalter, Hamburg 2004, S. 80 ff.; mit englischen und burgundischen Beispielen. Frankreich kommt hier bezeichnenderweise nicht vor. Vgl. auch ders., Y avait-il une diplomatie hanséate au Moyen Âge?, in Richefort/Schmidt (wie Anm. 20), S. 135-148.

124 Schwebel, Bremens Handelsbeziehungen (wie Anm. 15), S. 207; Hill (wie Anm. 20), S. 87 ff.

125 U. a. 1452 (HR II 4 Nr. 92), 1459 (HR II 5 Nr. 717), 1461 (HR II 6 Nr. 203).

126 HUB IX Nr. 29, 87; vgl. Sarnowsky (wie Anm. 21), S. 121 ff.

127 HUB X Nr. 1098, 1103; Übersetzung: Quellen zur Hanse-Geschichte, hg. v. R. Sprandel, Darmstadt 1982, S. 235 ff.

zeigt warum: Der Geschädigte musste seinen rechtmäßigen Anspruch beweisen und die Auslieger und ihre Auftraggeber gegen weitergehende Schadenersatzansprüche sicher stellen.[128] Dies erklärt Bremens »Hartnäckigkeit« und den geringen Druck, den die Hansestädte auf Bremen ausübten. Bremen hatte sich formal an das Seekriegsrecht gehalten. Für einen Ausschluss der Stadt aus der Hanse gab es somit keinen Grund. Dem Staatsverständnis der westlichen Mächte fiel es jedoch schwer, die Fehde einer einzelnen Hansestadt zur See als Krieg und damit die Stadt als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Der Herzog von Burgund hatte dies auf Wunsch des Rats in Den Haag getan. Der König von England tat dies zähneknirschend, weil ihn englische Kaufleute dazu drängten Der König von Frankreich sah hierzu keine Veranlassung, er nahm die gesamte hansische Kaufmannschaft als Geisel für die Forderung seiner Gemahlin.

Wenn man von einer Bremer »Schuld« sprechen will, so besteht sie einmal darin, dass der Bremer Rat und die Kaufmannschaft mit der Fehdeansage einen Seekrieg begonnen hatten, der sich vom Seeraub nur durch Einhaltung bestimmter Rechtsformen unterschied, und das Risiko in Kauf genommen hatten, bei der Gewaltanwendung gegen viel mächtigere Gegner den Kürzeren zu ziehen – es ging dies durch die Vermittlung der süderseeischen Städte für Bremen glücklicherweise glimpflich aus –, und zum andern darin, dass Bremen nicht bereit war, den französischen Forderungen weiter als üblich entgegenzukommen, d. h. dass man nicht unkonventionelle Wege beschritt, um auch ohne direkte Verhandlungen mit Frankreich Schiffe und Waren durch Vermittlung des Kontors in Brügge zurückzugeben. Dies hätten zweifellos auch die anderen Hansestädte und der Hochmeister des Deutschen Ordens, die durch die französischen Auslieger stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, am liebsten gesehen, aber man konnte Bremen nicht dazu zwingen, denn die »von Bremen sind ein großes Volk, über das sie keine Gewalt ausüben können«.[129]

128 Vgl. oben S. 40.
129 HR II 4 Nr. 92; vgl. oben S. 36.

Die Schatzkisten des Königs Heinrich von Navarra

Bremen im Kontext einer europäischen protestantischen Konföderation 1583

Von Konrad Elmshäuser

I.

Vor 400 Jahren, am 14. Mai 1610 fiel Heinrich IV., König von Frankreich und Navarra, in Paris dem Attentat eines religiösen Fanatikers zum Opfer. Mit ihm wurde ein Herrscher ermordet, mit dem sich Leitbegriffe des konfessionellen Zeitalters wie Bekenntnis, Konfessionswechsel, Fanatismus, aber auch Toleranz verbinden und der im damals konfessionell zerrissenen Frankreich als sprichwörtlich »guter König« in Erinnerung blieb.

1583 bezogen die religionspolitischen Aktivitäten des späteren Henri IV., damals noch als Führer der Hugenotten in Frankreich König Heinrich III. von Navarra, auch Bremen kurzzeitig in die internationalen Zusammenhänge der europäischen Glaubenskriege ein. Diese Episode der bremischen Reformationsgeschichte soll hier mit ihrer Vorgeschichte und ihrem Ausklang näher beleuchtet werden.

II.

Es gehört zu den prägenden Vorgängen in der neuzeitlichen Geschichte Bremens, dass die Ideen der Reformatoren Calvin und Zwingli – nicht zuletzt über die starken niederländischen Einflüsse – vor allem von den ratsfähigen Eliten der Hansestadt offen angenommen wurden. Ihre Hinwendung zum Calvinismus und zum reformierten Bekenntnis ist in der Forschung mit dem Begriff »Zweite Reformation« belegt worden, was zugleich einen gewissen Sondercharakter der bremischen Reformationsgeschichte im Vergleich zum lutherischen nordwestdeutschen Umland unterstreicht.

Charakteristisch für die Reformationsgeschichte Bremens ist der erhebliche Einfluss, den auswärtige Theologen auf ihren Verlauf genommen haben: Von Heinrich von Zütphen über die ebenfalls niederländischen Prediger Probst und Timann bis zu Hardenberg[1] und Pezelius. Dies blieb nicht folgenlos, denn durch die Aufnahme Auswärtiger und seine sprichwörtliche Funktion als *Hospitium Ecclesiae* kam Bremen stets auch mit überregionalen reformatorischen Zusammenhängen in Berührung, wenn auch seltener mit Vorgängen von gesamteuropäischer Bedeutung.

Nachdem 1522 durch den niederländischen Augustinermönch Heinrich von Zütphen in der Kirche St. Ansgarii die erste protestantische Predigt gehalten

1 Zu Albert Rizäus Hardenberg (1510–1574) vgl. Wim Janse, Albert Hardenberg als Theologe. Profil eines Bucer-Schülers, Leiden 1994.

wurde, hatte sich Bremen schnell zur neuen Lehre bekannt.[2] Als mit Jacob Probst (1500–1562) und Johann Timann (1500–1557) zwei weitere evangelische Prediger aus dem niederländischen Raum nach Bremen kamen, verstärkte dies die geistliche Orientierung der Stadt an der niederländischen Nachbarregion, die bis zur ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ungebrochen bleiben sollte.[3] 1534 hatte eine wohl von Probst und Timann verfasste und von Martin Luther abgesegnete Kirchenordnung die erste Phase der Reformation in Bremen abgeschlossen.[4] Eine Rückkehr zum katholischen Bekenntnis war für Bremen zu keiner Zeit ein Thema[5].

Nach dem Reichstag von Augsburg 1530 schloss sich Bremen zusammen mit anderen evangelischen Fürsten und Städten am 27. Februar 1531 im thüringischen Schmalkalden zum Schmalkaldischen Bund zusammen[6]. Die Stadt stand nun im religiösen Gegensatz zum katholischen Kaiserhaus der Habsburger, war aber bezüglich ihrer reichsstädtischen Ambitionen auf das Wohlwollen Karls V. angewiesen.

Für dessen europäischen Gegenspieler, das katholische Frankreich unter Franz I., war Bremen damit wie andere protestantische Hansestädte im Norden des Reichs zu einer interessanten Karte in Spiel um den Einfluss in Nordwesteuropa geworden.[7]

Im Sommer 1533 forderte der von Franz I. entsandte königliche Gesandte Nicolas de Rustichy den Bremer Rat auf, sich um die Erneuerung der hansischen Privilegien in Frankreich zu bemühen, um eine förmliche Allianz der Hansestädte mit Frankreich – gegen Kaiser und Reich – vorzubereiten.[8] Da

2 Vgl. H. Schilling, Die politische Elite nordwestdeutscher Städte in den religiösen Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts, in: B. Möller (Hrsg.), Stadt und Kirche im 16. Jahrhundert (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, 190), Gütersloh 1978, S. 235 ff.

3 Vgl. hierzu Thomas Elsmann, Reformierte Stadt und humanistische Schule: Nathan Cythraeus in Bremen (1593–1598), in: Nathan Cythraeus 1543–1598, Bremen 1991, S. 77; und allgemein Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, Bremen 1995, S. 172 f.; Ortwin Rudloff, Bremen, in: Theologische Realenzyklopädie, Bd. 7, Göttingen 1981, S. 153-168; und Bode Heyne, Die Reformation in Bremen 1522–1524, in: Hospitium Eccelesiae 8, 1973, S. 7-54.

4 Johann Friedrich Iken, Die Bremische Kirchenordnung von 1534 (Brem. Jb., Serie 2, Bd. 2), Bremen 1891.

5 Otto Veeck, Geschichte der Reformierten Kirche Bremens, Bremen 1909. Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 3), S. 206 ff.

6 Vgl. hierzu ebd. S. 220 ff. und Helmut Lucke, Bremen im Schmalkaldischen Bund 1540 bis 1547 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 23), Bremen 1955; sowie allgemein zu diesem Thema mit Einbeziehung Bremens neuerdings Gabriele Haug-Moritz, Der Schmalkaldische Bund 1530–1541/42. Eine Studie zu den genossenschaftlichen Strukturelementen der politischen Ordnung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, 44), Leinfelden-Echterdingen 2002.

7 Reinhard Patemann, Die Beziehungen Bremens zu Frankreich bis zum Ende der französischen Herrschaft 1813, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 1, 1973, S. 482-507, hier S. 485.

8 Karl H. Schwebel, Bremens Handelsbeziehungen zum Königreich Frankreich, in:

Frankreich aber keine der Hansestädte zu einem solchen Vertragsabschluss verleiten konnte, erfolgte 1536 lediglich die Bestätigung des Privilegs von 1483 durch König Franz I.[9] Bremen stand trotz aller konfessionellen Gegensätze zu Karl V. letztlich treu zu Kaiser und Reich, denn trotz der Religionsfrage war auch Karl V. auf das Entgegenkommen der protestantischen Städte angewiesen, wenn er für seine Unternehmungen gegen Frankreich, gegen die Türken und im Mittelmeerraum Ruhe im Reich gewährleistet haben wollte. So waren bei den Religionsgesprächen in Hagenau und Worms 1540 Bremer Vertreter als Teilnehmer des Schmalkaldischen Bundes zugegen, auf dem Reichstag in Regensburg 1541 nahm eine selbstbewusste Bremer Delegation unter Führung von Bürgermeister Diedrich Vasmer[10] und Ratsherr Johann Havemann[11] die reichsrechtliche Auseinandersetzung mit dem Erzbischof wieder auf. In dieser günstigen politischen Situation, in der die Stadt zudem über erhebliche finanzielle Rücklagen verfügte, erlangte Bremen in den folgenden Monaten von Karl V. mehrere kaiserliche Privilegienbestätigungen und -ausweitungen, die sie auf dem Weg zur Reichsstandschaft deutlich voranbrachten.[12]

Als der Religionsfriede von Augsburg im Reich seit 1555 den Status quo sicherte, ergab sich für Bremen das Problem, dass dieser die Anhänger der Reformatoren Calvin und Zwingli ausschloss. Solche gab es aber gerade in Bremen wegen der niederländischen Einflüsse sehr zahlreich. Unter den eingesessenen Bürgern aus den ratsfähigen Familien führte vor allen Bürgermeister Daniel von Büren die Partei der Reformierten an, unter den Theologen kam maßgeblicher Einfluss dem Wirken des 1580 nach Bremen berufenen Christoph Pezel (Pezelius) zu, der in den folgenden 20 Jahren erheblichen Einfluss gewinnen sollte.[13]

Jahrbuch der Wittheit zu Bremen, Band II, Bremen 1958, S. 205-224; Hanserezesse, 4. Abt., 1. Bd., Nr. 234, Nr. 227, S. 187, Anm. 3, Nr. 228, Nr. 235.

9 Schwebel, Handelsbeziehungen (wie Anm. 8), S. 209 f

10 Diedrich Vasmer, Ratsherr 1536, Bürgermeister 1638, gest. 1549.

11 Johann Havemann, Ratsherr 1524, Bürgermeister 1547, gest. 1560.

12 Hartmut Müller, Karl V., Bremen und die Kaiserdiplome von 1541, in: Brem. Jb. 79, 2000, S. 13-28; Rudolf Häpke, Die Regierung Karls V. und der europäische Norden, Lübeck 1914, S. 278 f.

13 Pezel wurde 1539 in Plauen geboren und hatte zunächst in Jena, anschließend bei Philipp Melanchthon in Wittenberg Theologie studiert. 1567 wurde Pezel Professor an der philosophischen Fakultät in Wittenberg und kurz darauf auch Prediger an der Schlosskirche. 1570 promovierte er zum Doktor der Theologie. Vgl. Heinrich Wilhelm Rotermund, Lexikon aller Gelehrten ..., Bd. 2, Bremen 1818, S. 89 ff; ADB 25, 1887 (ND 1970), S. 575-577; NDB 20, Berlin 2001, S. 287 f; Erich Wenneker, Pezel, Christoph, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 7, 1997, Sp. 403-408. Zu Pezels theologischem Werdegang und zu seinem Verhältnis zu Melanchthon vgl. neuerdings Richard Wetzel, Christoph Pezel (1539–1604). Die Vorreden zu seinen Melanchthon-Editionen als Propagandatexte der »Zweiten Reformation«, in: Heinz Scheible (Hrsg.), Melanchthon in seinen Schülern, Wiesbaden 1997, S. 465-565. Zu Pezels Rolle und zur Stellung des Calvinismus in Bremen grundlegend Jürgen Moltmann, Christoph Pezel (1539–1604) und der Calvinismus in Bremen. (Hospitium Ecclesiae. Bd. 2), Bremen 1957. Zum Umfeld von Theologenmigration und -ausbildung vgl. auch Herman J. Selderhuis und

Als Schüler Melanchthons gehörte Pezel der philippistischen Richtung an, die 1574 unter den Verdacht des Kryptocalvinismus geriet und in Sachsen durch den Kurfürsten verfolgt wurde. Pezel wurde seines Amtes enthoben und nach zwei Jahren Haft mit seiner Familie des Landes verwiesen.[14] Nach einer Station in Eger ging Pezel in die Dienste des reformierten Grafen Johann IV. von Nassau-Katzenelnbogen, des wichtigsten Vertreters des sogenannten politischen Calvinismus im Reich. Er wurde Prediger in Dillenburg und später Pastor in Herborn, verfasste das Nassauische Bekenntnis und bereitete den Anschluss Nassau-Dillenburgs an die reformierte Kirche vor. Von Herborn aus baute Pezel Kontakte nach Bremen auf, das sich zu dieser Zeit ebenfalls in Richtung der reformierten Kirche entwickelte.

Ursache seines ersten Aufenthaltes in Bremen waren die dortigen Religionsstreitigkeiten zwischen den Lutheranern und den reformierten Anhängern der philippistisch-calvinistischen Richtung. Auf Anregung des Bürgermeisters Daniel von Büren (1544–1591), der selbst ein Schüler und Freund Melanchthons und seit 1562 einer der führenden Politiker in Bremen war, bat der Bremer Rat im Herbst 1579 beim Grafen von Nassau-Katzenelnbogen um die Entsendung Christoph Pezels als theologischen Vermittler.[15]

Pezels Auftrag in Bremen, den der Graf von Nassau 1580 in einem ausführlichen Brief an den Bremer Rat erläuterte, zielte auf die Einführung der reformierten Religion und die Abschaffung der letzten Reste katholischer bzw. altgläubiger Relikte im Ritus und in der Ausstattung in den Bremer Kirchen.[16] In diesen standen noch immer Altäre und Ausstattungsgegenstände aus der Zeit vor der Reformation, sie waren bislang geduldet worden, doch nun sollten die »abergleubische Ceremonia« und »misbreuche« abgeschafft und die Kirchen im Sinne der neuen Lehre gereinigt werden. Nach der Beilegung des Richtungsstreits in Bremen im Sinne einer kalvinistisch akzentuierten Einigungsformel nahm Pezel vertretungsweise die Stelle des in dieser Auseinandersetzung suspendierten lutherischen Predigers Glaneus in der Kirche St. Ansgarii ein. Im darauffolgenden Jahr, 1581, ging er endgültig mit klaren Vorstellungen über seine Aufgabe in Sinne der oben erwähnten Programmatik nach Bremen.[17]

Für Bremen hatten die innerevangelischen Glaubensfragen zusätzliches außenpolitisches Gewicht erhalten, da auch der erste evangelische – vom römischen Papst nicht mehr anerkannte – Erzbischof von Bremen, Heinrich III. von Sachsen-Lauenburg (1567–1585) ganz im Stile seiner katholischen

Markus Wriedt, Konfession, Migration und Elitenbildung. Studien zur Theologenausbildung des 16. Jahrhunderts (Brill Series in History 31, hrsg. von Wim Janse), Leiden 2007.

14 Wetzel, Pezel (wie Anm. 13), S. 491 ff.

15 Veeck, Reformierte Kirche (wie Anm. 5), S. 42 ff.

16 Zu Pezel in Bremen vgl. ebd. und Johann Friedrich Iken, Die Wirksamkeit des Christoph Pezelius in Bremen 1580 bis 1604, in: Brem. Jb. 9, 1877, S. 1-54; Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 3), S. 262 ff; Thomas Elsmann, Humanismus in Bremen. Christoph Pezel, Philipp Melanchthon und die *Institutio Traiani*, in: Hospitium Ecclesiae, Bd. 17, 1989, S. 77-112.

17 Wetzel, Pezel (wie Anm. 13), S. 502 ff.

Amtsvorgänger auf die landesherrlichen Zuständigkeiten in den Religionsstreitigkeiten in Bremen beharrte und die lutherische Fraktion unterstützte. Die zweite Reformation war somit in Bremen gegen innere und auch äußere Widerstände durchzusetzen und hatte erhebliche politische Implikationen.[18]

Pezel begann seine Tätigkeit in Bremen zunächst als einfacher Prediger an St. Ansgarii – erst 1584 wurde er Superintendent der bremischen Kirche und Pastor primarius an der Ratskirche Unser Lieben Frauen. Seine Reformen in der Gottesdienstordnung, im Ministerium und im Schul- und Bildungswesen krönte 1595 der Consensus Bremensis als Bekenntnis zur reformierten Lehre und Kirchenordnung.[19] Ihm und seinem Gönner und Förderer Daniel von Büren ist ganz wesentlich die stark kalvinistische Orientierung Bremens zu verdanken, die der Stadt ein an die Strenge und Nüchternheit niederländischer Städte erinnerndes Fluidum gab.[20] Dabei ist Pezel gelegentlich als Reformer beschrieben worden, der eine Kirchendisziplin einführte, »die intoleranter war als je zuvor«.[21] Zu diesem – wohl nicht ganz gerechten – Urteil trug nicht wenig Pezels Rolle bei der »Emendation der Kirchen« in Bremen, dem Vorgehen gegen die Reste der katholischen Kirchenausstattungen ab 1581, bei. Bürgermeister, Ratsherren und Bauherren der Kirchen ordneten die Reinräumung der Kirchen von »des Papstes Hoffarben und Kennzeichen« an, Pezelius bezeichnete die Entfernung der »Bilder und Götzen« in einer Verteidigungsschrift 1583 als notwendige Vollendung der mit der Reformation begonnenen Hinwendung zum Glauben. Hierbei wies er den Vorwurf der Eiferei und Bilderstürmerei von sich. Vielmehr habe es bei der Gemeinde großes Ärgernis hervorgerufen, dass durchreisende Fremde vor übriggebliebenen »ganz ungestaltenen Bildern und Götzen« niedergekniet und gebetet hätten. Daher habe die Obrigkeit in Bremen »vermöge ihres Amtes in der still und ohne einigen Tumult oder zuthun des gemeinen Volks solch ergernis (...) hinwegzuthun befohlen«[22].

Pezels Rechtfertigung zeigt, dass es ihm nicht um einen offenen Bildersturm, sondern um obrigkeitlich geregelte Maßnahmen ging. In St. Ansgarii kam es schon im November 1581 zu Zerstörungen an Epitaphien, Bildnissen und Kruzifixen, im folgenden Jahr wurde am 28. November, dem Tag der Er-

18 Vgl. hierzu Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 3), S. 225 ff., und Wetzel, Pezel (wie Anm. 13), S. 504 f.

19 Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 109 f. Der Consensus Bremensis gedruckt bei E.F. Karl Müller, Die Bekenntnisschriften der reformierten Kirche. In authentischen Texten mit geschichtlicher Einleitung und Register, Leipzig 1903, dort bes. S. 739 - 798.

20 Daniel von Büren der Jüngere, geb. 22. 6. 1512, gest. 10. 7. 1593, wurde 1538 Ratsherr, 1544 Bürgermeister. Daniel von Büren stammte aus einer angesehenen Ratsfamilie, er war Jurist, aber auch theologisch gelehrt. Seinem Einfluss ist wesentlich Bremens Hinwendung zur reformierten Religion zu verdanken. 1562 setzte er sich an die Spitze der reformierten Ratsherren, was zum Auszug der Mehrheit des Rats aus der Stadt und zum zeitweiligen Ausschluss Bremens aus der Hanse führte. 1591 trat von Büren von seinem Ratsamt zurück. Vgl. hierzu Veeck, Reformierte Kirche (wie Anm. 5), S. 15 ff.

21 Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 3), S. 263.

22 Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 110.

höhung des Kreuzes, unter Billigung des Rates in Unser Lieben Frauen das Kruzifix abgenommen und beschädigt. Die provozierenden Maßnahmen zur symbolischen Umkehrung eines Kirchenfestes wurden am folgenden Tag und in den folgenden Wochen in St. Martini und St. Ansgarii – teilweise unter persönlicher Führung von Pezel und von Büren – fortgeführt[23]. Solche Unternehmungen hatten Demonstrationscharakter, sie blieben nicht unwidersprochen. Immerhin waren die Kirchenausstattungen Ergebnis einer Jahrhunderte alten Spendenpraxis der Gläubigen. Ihr erheblicher Wert an Edelmetall und Edelsteinen war ein Teil des Gemeindevermögens und Identifikationsgegenstand der Gläubigen. Auch dies wird dazu beigetragen haben, dass die Entfernung der »vergüldeten Tafeln« am Altar von St. Ansgarii am Widerstand eines Bauherrn zunächst scheiterte[24]. Auf die Dauer war die obrigkeitlich geregelte Reinräumung der Kirchen in Bremen jedoch erfolgreich: Fast nichts ist von der mittelalterlichen Kirchenausstattung der alten Erzbischofs- und Hansestadt übrig geblieben ist – ihre Kunstwerke gingen für immer verloren.[25]

Inwieweit dieses bedauerliche Ergebnis auf die persönliche Verantwortung Pezels zurückzuführen ist, lässt sich nicht mehr feststellen. So ist die Quellenlage dadurch gekennzeichnet, dass die zeitgenössischen Quellen v. a. Bekenntnisschriften sind wie der Consensus Bremensis, dem programmatischer, aber auch rechtfertigender Charakter zukommt. Chronikalische Quellen berichten hingegen mit erheblichem Abstand von den Ereignissen,[26] während die Hauptquelle der zeitgenössischen bremischen Chronistik, Johann Renners bis 1583 reichende Bremer Chronik – die ansonsten getreulich über Bremens und v. a. Daniel von Bürens Politik berichtet – ausgerechnet zu diesen eigentlich spektakulären Vorgängen gänzlich schweigt. In der Forschung ist durchweg Pezels Auftreten in Bremen mit der Entfernung der »Götzenbilder« und der Emendation der Kirchen in Verbindung gebracht worden, wohl nicht zuletzt, weil sich der von ihm verfasste Consensus Bremensis ausführlichst der »Abschaffung der Bilder und Götzen aus den Kirchen« widmet.[27] Man wird, auch wenn der persönliche Anteil Pezels an dem sich in Bremen über immerhin zehn Jahre (1577–1586) erstreckenden »Bildersturm« unklar bleiben

23 Veeck, Reformierte Kirche (wie Anm. 5), S. 34 f.

24 Ebd., S. 35.

25 Rolf Gramatzki, Bremer Kanzeln aus Renaissance und Barock, Bremen 2001, spricht von einem »vernichtenden Anschlag auf alte kirchliche Kunst« (S. 7) unter der Führung von Pezelius und hat seiner Arbeit über die Bremer Kanzeln sogar den Untertitel »Pezelius und die Folgen« gegeben. Vgl. dort auf S. 8-13 auch die Darstellung der Ereignisse in Bremen und der Pezelschen Vorstellungen zur Kirchenkunst entsprechend dem Consensus Bremensis.

26 So die Chronik von Post, StAB 2-P.1.-259, die auf S. 17-23 zum Jahr 1586 mit einer Aufzählung der damaligen Altäre in den Bremer Kirchen eine Art Schlussbilanz der altgläubigen Sakralorte in Bremen zieht und den Zeitpunkt der »Vollendung« der Emendation markiert. Auch die von Veek, zitierte Chronik eines Pastors von Stephani ist nicht zeitgenössisch.

27 Consensus Bremensis (1595), § 2 Von Abschaffung der Bilder und Götzen in den Kirchen, Müller, Bekenntnisschriften (wie Anm. 19), S. 791-794.

muss, sicher davon ausgehen dürfen, dass Pietät und Zurückhaltung vor der Zerstörung von sakralen (Kunst-) Gegenständen seine Sache nicht gewesen sind. Immerhin sah sich der mit eindeutigem Auftrag nach Bremen gekommene Reformator in einer theologischen und politischen Auseinandersetzung, in der es ihm und seinen Widersachern um nichts weniger als die Wahrheit, das Heil und die Errettung des Menschengeschlechts ging. Zu keiner Zeit gute Voraussetzungen für Besonnenheit und Zurückhaltung. Hierbei hatte Pezel zudem sehr viel mehr als seine Bremer Mitstreiter der sogenannten Zweiten Reformation die großen Zusammenhänge der reichsweiten und auch internationalen Politik im Blick. Pezel war neben Hardenberg einer der wenigen, wenn nicht sogar der einzige überregional anerkannte und einflussreiche theologisch-politische Akteur in Bremen.[28]

III.

Der europäische Protestantismus hatte sich in den 1570er Jahren – im Reich geschwächt durch die Auseinandersetzungen zwischen Lutheranern und Reformierten – einer deutlich gestärkten katholischen Gegenreformation gegenübergesehen. Im Bestreben der reformierten Fürsten und Städte in Deutschland, einen den Lutheranern ebenbürtigen Verband zu schließen, wie auch in den gesamteuropäischen Bestrebungen um die Errichtung einer evangelischen Konföderation, die zu einer deutlichen Politisierung des deutschen Protestantismus führen sollten, spielte Pezel eine nicht unerhebliche kirchen- und unionspolitische Rolle.[29]

Die Pläne zur Errichtung einer Union gingen in Europa nicht von Deutschland aus, sondern von den westeuropäischen protestantischen Fürsten in Frankreich, England und den Niederlanden, die sich der von Spanien angeführten Gegenreformation gegenübersahen und in Deutschland nach Bundesgenossen suchten. In Frankreich hatte die Nationalsynode von Sainte Foy bereits 1578 das Projekt einer Vereinigung der reformierten Kirchen aufgestellt.

28 Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 119 f.: Pezel war nicht nur der zweite Reformator Bremens. Er war eine der tragenden Figuren des europäischen Protestantismus am Vorabend der großen Glaubenskämpfe. Unter seinem Einfluss wurde die Weserstadt bekannt und berühmt als ein »hospitium Ecclesiae« für den Protestantismus von den Niederlanden bis nach Schlesien.

29 Dies geht auch aus seiner umfangreichen Korrespondenz hervor, die ihn u. a. mit den in ihrer Heimat bedrängten französischen Hugenotten in Verbindung zeigt. Pezels Korrespondenz wird in der Lippischen Landesbibliothek und im Lippischen Landesarchiv in Detmold verwahrt. Pezels Sohn Caspar war am lippischen Hof, zu dem schon Christoph Pezel zur Zeit des Grafen Johann enge Beziehungen unterhalten hatte, als Archivar und Bibliothekar tätig, er ließ die Bibliothek und Schriften des Vaters nach dessen Tod aus Bremen nach Detmold schaffen, wo sie unter Graf Simon VI. in die lippische Bibliothek eingingen. Vgl. hierzu G. Schormann, Simon VI. und seine Bibliothek. Ein Beitrag zur Zweiten Reformation in Lippe, in: Jahrbuch des Westfälischen Vereins für Kirchengeschichte 70, 1977, S. 63 ff; Elsmann, Humanismus (wie Anm. 16), S. 105; Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), bes. S. 116 ff.

Der Führer der französischen Hugenotten, König Heinrich III. von Navarra (1553 – 1610), setzte in seinen Plänen dem Sainte-Empire die »*respublica christiana*« entgegen, die unter der Führung des Königs von Navarra und der Königin von England stehen solle.[30]

Abb. 1: Heinrich IV., *1553, 1589–1610 König von Frankreich und Navarra. (Foto: StAB)

Zu dem Zeitpunkt, als die Führer der Protestanten in Frankreich, England und den Niederlanden zunehmend von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens überzeugt waren, wurde in Deutschland die »*Formula Concordiae*« erlassen, die im Abendmahlstreit zwischen Lutheranern und Philippisten einen Ausgleich und eine gemeinsame Basis schuf. Alle von dieser Basis abweichenden Formen der protestantischen Religionsausübung und des Abendmahlsverständnisses wurden nun aber umso doktrinärer verdammt und verfolgt – der Streit zwischen Lutheranern und Reformierten trennte daher im Reich die Protestanten in zwei unversöhnliche Lager.

Im Mai 1583 unternahm Heinrich III. von Navarra auf der Nationalsynode von Vitré einen erneuten Anlauf, um das Ziel einer europäischen protestantischen Union zu verwirklichen.[31] Eine allgemeine protestantische Liga sollte als Schutzbündnis der französischen und englischen Kirchen mit den evangelischen deutschen Fürsten und Städten aufgerichtet werden. Heinrich hatte zeitweise erwogen, persönlich die Fürsten in dieser Sache aufzusuchen, ein Gedanke, der angesichts der Verhältnisse in Frankreich jedoch undurchführbar war.[32] Es

30 Jean Pierre Babelon, Henri IV., Paris 1982, S. 299.

31 Henry M. Baird, The Hugenots and Henry of Navarre, 2 Bde., hier Bd. 1, New York 1903, S. 246.

32 Ebd., S. 245 f., so Heinrich in Schreiben an den König von Schweden und an den Kurfürsten von Sachsen, s. u.

wurde daher beschlossen, Botschafter zu den protestantischen Höfen und Fürsten Europas zu senden. Für eine solche Aufgabe prädestiniert war Philippe Duplessis Mornay (1549–1623), der wichtigste Vertraute von Heinrich von Navarra, durch dessen Hand die diplomatischen Angelegenheiten seines Herrn liefen. Duplessis Mornay verfasste auch in dieser Angelegenheit die entscheidenden Schreiben an die europäischen Fürsten. Die auf die Dauer von Monaten angelegte wichtige Mission wurde ihm allerdings nicht persönlich anvertraut – vielleicht weil Heinrich von Navarra auf seine Anwesenheit nicht verzichten wollte. Vielmehr wurde der Vertraute des Königs, der Oberaufseher des Hofes von Navarra und der königlichen Finanzen, Jacques de Ségur, Sieur de Pardaillan zum Legaten ernannt, der zusammen mit Jacques Bongars (1554–1612) unter den europäischen Fürsten und Städten Unterstützer für ein Bündnis suchen sollte.[33]

Ségur, der am Hof von Navarra über großen Einfluss verfügte und dem Heinrich voll vertraute[34], war nach dem Urteil von Zeitgenossen nicht unbedingt die Person, die mit der Autorität eigener diplomatischer oder gar theologischer Kenntnisse an diese Aufgabe gehen konnte. Als Mann von großer Umtriebigkeit beschrieben, der impulsiv, oft rau und gar gewalttätig im Auftreten charakterisiert wird, war er vielleicht nicht die beste Wahl für die Aufgabe, die vor ihm stand und die vor allem Geschick und Feinfühligkeit voraussetzte.[35]

Für den Erfolg des Unternehmens waren nicht nur die persönlichen Fähigkeiten des Legaten, sondern auch die Instruktionen und die Schreiben an die Herrscher maßgeblich. Die von Duplessis Mornay im Juli 1583 verfasste Instruktion für Ségur gab detailliert die diplomatische Richtung vor, in der die Verhandlungen zu führen waren. Sie zeigt, dass es sich zwar um ein religiös motiviertes Projekt handelte, dass aber nichts weniger als ein politisches und militärisches Bündnis in Europa verabredet werden sollte, das auf eine potente Gegenmacht zu Rom und Spanien zielte. Die Instruktion ging dabei bis hin zu Details der finanziellen Unterstützung militärischer Aktionen im Ausland.

Eine zentrale Rolle kam in dem Plan den Verhandlungen mit der englischen Königin zu. Von ihr wurde erhofft, dass sie auch auf die zerstrittenen protestantischen Fürsten im Reich Einfluss nehmen würde.[36] Im Reich schien der Zeitpunkt für eine solche Mission auch deshalb günstig, weil sich mit dem Erzbischof und Kurfürsten von Köln, Gebhard Truchsess von Waldburg, der sich zum Calvinismus bekannte und versuchte, das Erzstift Köln zu säkularisieren, die Gelegenheit ergeben hatte, im Kurfürstenkolleg eine protestantische

33 Diplomatisch gänzlich unerfahren war auch Ségur nicht, er hatte bereits 1577 eine Gesandtschaftsreise unternommen. Zu Ségur vgl. Archives biographiques françaises, Art. Ségur, Bérard: 950, 369 f. ohne Lebensdaten, Gesandtschaftsreisen 1577 und 1583/84. Vgl. hierzu Wetzel, Pezel (wie Anm. 13), S. 513, Anm. 218; Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 112.

34 Baird, Hugenots (wie Anm. 31), S. 248.

35 Ebd., S. 247, die sehr kritische Zeichnung seiner Person ist vor allem von Duplessis Mornay überliefert.

36 Ebd., S. 248 f., Instruktion an Elisabeth I. von England.

Majorität zu erreichen.[37] Das einer Einigung im Weg stehende Problem der Abendmahlstreitigkeiten unter den deutschen Protestanten sollte nach den Vorstellungen der französischen Hugenotten auf einer allgemeinen Synode (*Totius Europae Ecclesiarum synodum*) bereinigt werden, bis zu deren Einberufung man sich aber aller Streitigkeiten enthalten solle. Eine von Elisabeth I. unterstützte Konföderation würde – so erwartete man – dann auch die Zustimmung der wichtigen Reichsfürsten, so v. a. des Kurfürsten von Sachsen finden und die anderen Fürsten, die Reichsstädte und die Schweiz in das Lager ziehen. Zusammen mit den Niederlanden würde damit ein politisch und militärisch potentes Bündnis entstehen, das jedem Mitglied in Falle von Feindseligkeiten Beistand und Schutz garantieren könnte. Damit dieser Schutz nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bestand, wurde die Hinterlegung von Finanzmitteln für den Fall militärischer Aktionen vorgeschlagen.[38] So sollte England bis zu 300.000 Kronen zur Verteidigung der protestantischen Sache hinterlegen. Auch der König von Navarra unterstrich seine Bereitschaft, Geld nach Deutschland zu senden, ebenso wie eine große Menge Juwelen, die zum Nutzen der protestantischen Sache eingesetzt werden sollten.[39] Eine von Ségur mitgeführte »*justification*« Heinrichs führte die Leiden der Hugenotten und die Feindseligkeit Roms und der Jesuiten als Begründung für das Vorgehen an.

Am französischen Hofe wiederum konnte durch König Heinrich III. von Frankreich ein derartig weitgespanntes diplomatisches Unternehmen nur als Verrat angesehen werden. Dem setzte Heinrich von Navarra in einem Schreiben an Heinrich III. von Frankreich die Souveränität der Handlungen des Hauses Navarra und seiner königlichen Person entgegen. Überhaupt verstand man die Mission Ségurs und den Plan der Deponierung von Geld und Juwelen in Deutschland weniger als konspirativen Angriff denn als Reaktion, als Teil der protestantischen Abwehr gegen die Heilige Liga, die mit ähnlichen Verfahren vorangegangen war.[40]

Es sei hier vorweggenommen, dass ungeachtet aller detaillierten Planung der Mission, praktische Ergebnisse fast gänzlich ausblieben. In England, Schottland, den Niederlanden und bei einigen wenigen deutschen Fürsten konnte zwar die Aussicht auf Unterstützung erreicht werden, doch war im Deutschen Reich der Kernpunkt des innerprotestantischen Zwists, der Abendmahlsstreit, nicht so leicht zu überbrücken, wie dies von Navarra aus erhofft wurde.

37 Diese Hoffnungen zerschlugen sich allerdings schnell, der u. a. von Pezel theologisch beratene Gebhard von Waldburg wurde noch im Jahr 1583 als Erzbischof von Köln abgesetzt.

38 Ein ähnlicher Plan war bereits von König Heinrich VIII. von England erwogen worden.

39 Baird, Hugenots (wie Anm. 31), S. 249, Anm. 1. Instruction pour traicter avec la royne d'Angleterre et aultres princes estrangers protestans, baillée par le roy de Navarre au sieur de Ségur, y allant de sa part an juillet 1583; dressée et minutée par M. Duplessis.

40 Ebd., S. 250 f., Schreiben Heinrichs II. von Navarra an König Heinrich III. vom 8. Februar 1584.

Die Reise führte die Legation zunächst nach Schottland, wo sie von Jakob VI., dem Sohn Maria Stuarts empfangen wurde, danach nach England, wo die Beziehungen Navarras zu Elisabeth I. in London bereits gut ausgebaut waren, weiter an den Hof von Wilhelm von Oranien in die Niederlande.[41] Von dort kommend (*ex Anglia et Belgia*) erreichten die Hugenotten Ende 1583 Bremen.

Bremen spielte in den Planungen eine besondere logistische Rolle. Es sollte im Reich in den nächsten Monaten für die Legation von Ségur – vermittelt über das theologische Ansehen und die persönlichen Kontakte Pezels – zur zentralen Anlaufstelle für Nachrichten und Kontakte im europäischen protestantischen Lager werden.[42]

IV.

Dem Legaten war auch ein Schreiben Heinrichs von Navarra an den Bremer Rat mitgegeben worden[43]. In dem am 18. Juli 1583 für Ségur ausgestellten Credentiale an die Adresse der »*Nobilibus magnificis et prudentibus consulibus et senatorii Reipublicae Bremensis*« beschrieb Heinrich seine Beweggründe zu der diplomatischen Initiative zugunsten der christlichen Kirchen Europas, zu der er seinen vertrauten Rat Ségur (*Dominum Segurium domus nostrae atque adeo intimi consilii praefectum*) entsandt habe.[44]

Von Bremen aus wurden über Hamburg die protestantischen Königreiche Skandinaviens – mit Besuchen bei Friedrich II. von Dänemark und Johann III. von Schweden – bereist. Am 27. März 1584 beendete man die diplomatische Tour wiederum in Bremen.[45] Weitere deutsche Fürsten und Städte wurden im Verlauf des Frühjahres 1584 kontaktiert. Gegenüber der zentral wichtigen Person im lutherischen Lager, August von Sachsen, nahm Heinrich von Navarra in seinem Schreiben die Idee auf, dass er lieber eine persönliche Reise zu den protestantischen Höfen Deutschlands unternommen hätte, zu der ihn ein »*désir étonnant et inexprimable*« treibe, »*de visiter les princes dont Dieu se sert pour propager la gloire de son nom*«.[46] Doch konnte auch dies nicht

41 Babelon, Henri IV. (wie Anm. 30), S. 300.

42 Für die »europäische Hoffnung, die die Calvinisten bis nach Frankreich mit Pezels Mission in Bremen und seiner philippistisch-reformierten Unionstheologie verbanden«, führt Moltmann die Beziehungen zwischen Pezels und Ségur mit dem venezianischen Apokalyptiker und Visionär Jacob Brocard an, der die Ankunft eines protestantischen Fürsten prophezeit hatte, der den Papst vertreiben werde. Brocards Werk ist Pezel in Bremen gewidmet worden, Pezel ließ Brocards Werke in Bremen zusammen mit seiner Korrespondenz an Ségur drucken. In Frankreich wurden Brocards Visionen hingegen theologisch verworfen und verurteilt. Vgl. ebd., S. 113.

43 Das Schreiben an Bremen in StAB 2-B.10.a.1.

44 Abschrift des Briefes auch im Nachlass Pezels in der Lippischen Landesbibliothek im Band »Ex Legatione Segurii«, der auch die Korrespondenz mit Ségur enthält. Molmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 114. Vgl. hierzu auch R. Breuer, Der Berner Codex 149 b. Ein Beitrag zur Biographie des Bongars und seiner diplomatischen Tätigkeit in Deutschland 1589 bis 1606, Heidelberg 1905.

45 Das Datum im Schreiben des Paulus Marbusus in StAB 2-B.10.a.1.

46 Ebd.

die harsche Ablehnung mildern, die den französischen Calvinisten zuteil wurde. Der Kurfürst weigerte sich, Ségur eine Audienz zu gewähren, für die abschließende gemeinsame Antwort der lutherischen deutschen Fürsten an Heinrich von Navarra nahm man sich ein volles Jahr Zeit!

Zunächst hatten von Dezember 1583 bis Mai 1584, als erkennbare Frucht der Bemühungen des Legaten, Schreiben der skandinavischen Fürsten sowie einiger deutschen Fürsten und Städte Heinrich von Navarra erreicht.[47] Schon der Tenor dieser Schreiben war – wie in der politischen Situation Deutschlands nicht anders zu erwarten – sehr heterogen und überwiegend ablehnend. Während August von Sachsen das Vorhaben grundsätzlich abgelehnt hatte, begründeten auch andere Fürsten und Städte aus dem lutherischen Lager ihre ablehnende Haltung mit theologisch-dogmatischen Überlegungen. In welchem Maß auf Seiten der Lutheraner das Beharren auf der eigenen Position eine unvoreingenommene Prüfung der Unionspläne unmöglich machte, erhellt aus der Tatsache, dass die lutherischen Fürsten mit ihrer Antwort bis zum März 1585 warteten und Heinrich von Navarra dann ein Exemplar der lutherischen Konkordienformel übersandten. Sie verbanden dies mit der Aufforderung, dass die Anerkennung der Konkordienformel vor der Aufnahme jeder politischen Verhandlung zu stehen hätte. Zudem sahen sie den Vorschlag, die theologischen Streitigkeiten unbeendet ruhen zu lassen, bis sie vor eine Synode kämen, als unvereinbar mit ihrem Verständnis von Schrift und Glaube an. Die sofortige Verdammung falscher Lehren und die ungehinderte Verbreitung des rechten Glaubens waren ihnen wesentlich wichtiger als ein diplomatischer Sieg über den Katholizismus in Europa. So unterstrichen sie, zwischen den von Duplessis und Ségur vertretenen Vorschlägen auf der einen und ihren eigenen Positionen auf der anderen Seite gebe es keine Basis für eine gemeinsame Übereinkunft. Damit war die Idee der europäischen protestantischen Konföderation ebenso wie die einer allgemeinen Synode der evangelischen Kirchen Europas tot.[48]

Anders hatten zuvor die nicht-lutherischen Fürsten und Städte votiert, die sich offenbar von einer allgemeinen Synode zur Beilegung der Streitigkeiten und zum Zusammenschluss des evangelischen Lagers mehr Vorteile versprachen. Ihre Antworten – darunter auch die Bremens – waren positiv und zustimmend ausgefallen.

Die Bremer Antwort an Heinrich von Navarra vom 14. Mai 1584 wird redaktionell überwiegend Pezel zuzuschreiben sein.[49] In ihr wird nicht nur der französische Vorstoß begrüßt, sondern betont, dass Bremen selbst in seinen

47 Antworten liefen ein von Julius von Braunschweig, Wilhelm von Hessen, August von Sachsen, Ernst von Sachsen, Adolf von Holstein, dem Herzog von Mecklenburg, Otto und Wilhelm von Lüneburg, Georg Friedrich von Brandenburg, von den Städten Hamburg, Magdeburg, Lübeck und Bremen sowie von Friedrich II. von Dänemark und Johann III. von Schweden.

48 Eine Antwort auf dieses Schreiben durch Heinrich II. erfolgte erst vier Jahre später, im Februar 1589, Baird, vgl. Hugenots (wie Anm. 31), S. 256, Anm. 1.

49 StAB 2-B.10.a.1.

Kämpfen um die Verteidigung des Evangeliums schon immer auf eine solche Synode gedrängt habe. So sei man sich mit den Hugenotten einig in der Anerkennung der reformierten Religion und im Bekenntnis zur reineren Lehre des Evangeliums (*cofessione purioris doctrinae Evangelii*). Frieden und Eintracht unter den getrennten Kirchen sei das Ziel des Bremer Strebens, wobei der Rat die Generalsynode (*Synodum Generalem*) für das beste Heilmittel halte, um den Streit beizulegen.[50]

Sowohl die politische als auch die theologische Dimension des Vorhabens wird in der Antwort berücksichtigt, die Gefährdung durch den Papst als römischen »Antichrist« findet in ihr ebenso Erwähnung wie die Rolle des dänischen Königs und der englischen Königin, die aber ebenso wenig wie die deutschen Fürsten die evangelische Einigkeit in Europa herstellen konnten. Bemerkenswert an dem Schreiben ist, dass der Rat – wohl angesichts seines politisch-militärisch geringen Gewichts – zumindest versuchte, ein besonders freundliches Verhältnis der Stadt Bremen zur Mission Heinrichs von Navarra hervorzuheben. So rekapitulierte man genau die Anreise des Legaten »*ex Anglio et Belgio*« und unterstrich die Aufnahme in der Stadt Bremen in fast biblischen Metaphern (*in urbe nostra hospitio excepimus*), die den späteren Ehrentitel der Stadt als *Hospitium Ecclesiae* der Reformierten vorwegnahmen. Natürlich vergaß man auch nicht daran zu erinnern, dass Bremen Zentralort der Reise war, dass der Weg zunächst nach Dänemark und zu den deutschen Fürsten geführt habe, um wiederum nach Bremen zu führen, wo der Legat dann »*sub fide Reipub. nostrae*« bis zur Weiterreise verweilt habe.

Das Schreiben des Rats ist in der Forschung durchaus unterschiedlich beurteilt worden. Man wird ihm jedoch nicht gerecht, wenn man es als unverbindlich und als für Ségur unerfreulich klassifiziert.[51] Eher diktierte rationale Einschätzung der Bremer Möglichkeiten die Feder. Denn so freundlich und in der Sache eindeutig zustimmend die Stellungnahme des Bremer Rats war, das politische und militärische Gewicht, das hinter seiner Einschätzung stand, war gemessen an der gesamteuropäischen Dimension der Pläne Heinrichs von Navarra minimal. Dass Bremen an das Vorangehen der mächtigeren Fürsten im Reich gebunden war, ist hierbei nur realistisch. Trotzdem kommt Bremen und Pezel im Verlauf der Legation Ségurs eine besondere Rolle zu, die sich nicht nur am Verhältnis Pezels und Ségurs und dem Bremer Antwortschreiben, sondern auch am tatsächlichen Ablauf der Gesandtschaftsreise erkennen lässt.

Zunächst wird die hugenottische Gesandtschaft Bremen allein deshalb besonders zugetan gewesen sein, weil sie in einer reformierten Stadt mit weniger

50 Das Antwortschreiben in Konzept und mehreren Entstehungsstufen in StAB 2-B.10.a.1.

51 So Schwebel, Handelsbeziehungen (wie Anm. 8), S. 21, der sogar von einer »unerquicklich (...) ablehnenden Antwort des Rates« spricht. Dem folgt Patemann, Frankreich (wie Anm. 7), S. 48: »höflich-unverbindliche Antwort, die einer Ablehnung gleichkam«. Eine solche Beurteilung geht aus den Quellen nicht unbedingt hervor.

Vorbehalten als im lutherischen Umfeld rechnen musste. Zudem war Bremen als Hansestadt, die für sich den Status einer Freien Stadt propagierte, ein im komplizierten Umfeld der deutschen Fürstenhöfe vergleichsweise neutraler Boden. Nicht zuletzt war die Stadt, die im deutschen Nordwesten eine selbstbewusste Stellung einnahm, ein sicherer Ort, in dem man vor Nachstellungen relativ unbehelligt bleiben konnte. Die Stadt baute ihre Verteidigungsanlagen mächtig aus, im Jahr 1583 war gerade die Mauer um das Kastell »Braut« fertiggestellt worden, der Stadtwall wurde im folgenden Jahr 1584 verbreitert.[52] Es war dies ein Aspekt, der wegen der persönlichen Sicherheit des Legaten und seines Gefolges eine Rolle gespielt haben mochte – immerhin hatte Heinrich III. von Frankreich die Verhaftung Ségurs gefordert[53] – und der auch wegen der mitgeführten Kriegskasse der Hugenotten, den Juwelen des Königs von Navarra, wichtig war.

Der gewaltige geographische Bogen, den die Gesandtschaft beschrieb und der das gesamte nordwestliche Europa umfasste, macht den Stellenwert deutlich, den diese Mission für die diplomatischen und kirchenpolitischen Pläne Heinrichs von Navarra hatte. Ein solches diplomatisches Unternehmen musste, besonders wenn man Fürsten und Städte von ganz unterschiedlicher finanzieller und militärischer Potenz in ein gemeinsames Lager ziehen wollte, nicht nur sorgfältig geplant und vorbereitet werden, sondern auch mit einem angemessenen Budget ausgestattet sein, das den Gesandten erlaubte, auf die finanziell unabhängigen und aktiv gestaltenden Möglichkeiten ihres Herrn hinzuweisen. Zu diesem Zweck waren der Legation die Juwelen Heinrichs von Navarra mitgegeben worden – wie der Instruktion vom Juli 1583 zu entnehmen war, zumindest in der Hoffnung, im Reich einen dauerhaften Platz für dieses Depositum zu finden, das im militärischen Ernstfall der protestantischen Sache helfen sollte. Ausgestattet mit zwei Kisten voller kostbarer Kleinodien zog die Gesandtschaft von Land zu Land – eine im unruhigen Europa der Glaubenskriege nicht ungefährliche Sache, die besonders im konfessionell und politisch zersplitterten Reich zu einer höchst riskanten Angelegenheit werden konnte. Die Tatsache, dass man Bremen zu einer Hauptstation der Reise machte, zu der man nach dem Besuch der skandinavischen und eines Teils der norddeutschen Fürsten wiederkehrte, erklärt sich somit auch aus dem Wunsch zur Minderung des Reiserisikos. In Bremen verblieben nach der Weiterreise von Ségur und Bongars in den Norden die Juwelen und ein Teil der Legation, man hatte zum Rat der Stadt genug Vertrauen, um die Schatzkisten in seine Obhut zu geben. Die Übergabe und Auslösung der Schatzkisten wiederum erweist die enge Einbindung Pezels in die Behandlung der französischen Delegation in Bremen.

Die Schatzkisten wurden von den Hugenotten am 3. Dezember 1583 in die Hände des Bremer Rats übergeben. Da es sich hierbei um erhebliche Sachwerte handelte, die mit dem Ziel einer ungeminderten Auslösung zu treuen Händen übergeben wurden, wurde neben einem beglaubigten Übernahmeprotokoll, das der Rat mit seinem Sekretsiegel beglaubigte, auch ein Inventar

52 StAB 2-P.1.-64, anno 1583.
53 Babelon, Henri IV. (wie Anm. 30), S. 300.

der Juwelen angefertigt, das später mit dem Protokoll in den Akten verblieb.[54] Damit hat sich im Staatsarchiv Bremen ein außergewöhnliches Dokument erhalten, das in detaillierter Form Einblick in die Juwelensammlung erlaubt, die von den französischen Hugenotten und von Heinrich von Navarra für die Finanzierung der evangelischen Sache in Deutschland vorgesehen war.

Der Ratssekretär und Notar Henrich Haucken hatte das Inventar verfasst, unter Beglaubigung der Richtigkeit des Inventars durch Christoph Pezel und Ratsherr Eilard Esich[55] wurden die beiden Kisten vom Rat zur Verwahrung angenommen. Die von Ségur übergebenen »*clenodia ex auro et preciosissimis gemmis confecta*«, also aus Gold und wertvollsten Steinen gemachten Juwelen, sollten nur von Ségur oder anderen durch den König von Navarra autorisierten Personen wieder ausgelöst werden können.

Die Juwelen befanden sich in zwei Kisten (*cistis sive arcis*), die mit Namen bezeichnet waren. Die eine Kiste war als DAVID bezeichnet, die andere als SALOMON. Dass man die Kisten mit Bezügen zu biblischen Gestalten versah, zeigt, dass man auch in den um eine Abschaffung des Heiligenkults bemühten calvinistischen Kreisen nicht um die Bemühung höherer Mächte verlegen war, wenn dies der eigenen Sache diente. Dass man sich auf die beiden wichtigsten Königsgestalten des alten Testaments berief, die als königliches Gründergeschlecht sowohl für Wehrhaftigkeit wie auch Glaube und Gerechtigkeit standen, ist auch ein Stück politisches Programm.

Ségur hatte die Kisten zur Inventarisierung an die Bremer Ratsherren und Bürgermeister Christian Steding[56], Daniel von Büren und Erich Hoyer[57] übergeben.

Innerhalb der Kisten bezeichnete der Ratsschreiber die Juwelen nach lateinischen und griechischen Buchstaben. Da sowohl Einzelstücke als auch Sammelgruppen mit Signaturen belegt wurde, werden diese in Tuchstücken oder Säckchen, vielleicht auch weiteren kleinen Kästchen verwahrt worden sein. Für DAVID listete Haucken 30 Einzelpositionen auf, für SALOMON 22. Das Inventar bezeichnet die Juwelensammlung als *presciosis materiis*, die aus Gold, Kristall, Amethyst, Jaspis, Achat geschaffen seien.

Das Inventar lässt erkennen, dass Heinrich von Navarra seiner Delegation erhebliche Werte mit auf den Weg gegeben hatte. Die Anzahl der Signaturen gibt den Umfang der Sammlung nur unvollkommen wieder, immerhin verbargen sich unter den 30 Positionen in DAVID 96 einzeln beschriebene größere Goldschmiedearbeiten, zu denen noch Dutzende nicht einzeln aufgeführte Bruchstücke und Fragmente sowie gemünztes Gold und Silber kamen. Ähnliches gilt für die Kiste SALOMON. Es handelte sich bei den Juwelen um durchweg hochwertige Stücke, silberne Gegenstände kamen so gut wie nicht vor, Gold, Vergoldungen und Edelsteine waren die Regel. Auch das in DAVID verwahrte Bargeld war überwiegend aus Gold, 90 frisch geprägten (*novem numismata*) Goldmünzen von verschiedener Größe und Gewicht standen nur vier ältere Silbermünzen gegenüber.[58]

54 Konzept und Reinschrift sowie alle hierzu gehörigen Vorgänge in StAB 2-B.10.a.1.
55 Eilard (Eler) Esich, Ratsherr 1.2.1580, gest. 23.12.1591.
56 Christian Steding, Ratsherr 1562, Bürgermeister 1574, gest. 1597.
57 Erich Hoyer, Ratsherr 1562, Bürgermeister 1564, gest. 1597.
58 Inventar, fol. 11.

Ein näherer Blick auf die inventarisierten Juwelen zeigt, dass es sich bei ihnen keineswegs um Schmuck im Sinne einer privaten Nutzung handelt, wie man sie an einem wohlhabenden Hof vermuten könnte. Nur ein einziges Stück lässt sich nach seiner Herkunft dem privaten Besitz des Königshauses Navarra zuordnen. In SALOMON wird »*Sub Signatura III*« eine in Gold gefasste und mit Edelsteinen besetzte Kristallkanne als mit dem Zeichen der Königin von Navarra versehen, beschrieben.[59]

Viele andere einzeln beschriebene Stücke mögen ebenso als Schmuckstücke gelten, die man dem privaten Gebrauch oder Repräsentationssinn zuordnen mag. Hierzu zählen Kannen, Bildnisse oder Skulpturen mit Ornamenten oder auch antik mythologischen Darstellungen. Dies mag auch für einige der Stücke gelten, die mit christlich-biblischen Motiven verziert waren und die als Zeugnisse privater Frömmigkeit gar liturgischen Charakter haben mögen. Der überwiegende Teil der Juwelen ist jedoch als ehemaliger Bestandteil von Kirchenausstattungen anzusprechen, es handelt sich dabei um alle erdenklichen Arten von sakralen und liturgischen Schmuckstücken, die aus Kirchenschätzen oder Altarschmuck bestanden.

Hier hatte man ohne Zweifel Kirchenschätze an sich gebracht, deren wertvolle Materialien nun im Dienst der evangelischen Sache in klingende Münze und in protestantische Politik umgesetzt werden sollten. Dass die als höchst wertvoll beschriebenen und aus den seltensten Materialien hergestellten Gegenstände einer unter Umständen pietätlosen Verwertung zugeführt werden sollten, erhellt sich aus einigen Positionen des Inventars. Nicht nur vollständige und unversehrte Schmuckstücke, sondern auch Bruchstücke, die auf das Zerlegen und Einschmelzen der Kunstschätze hindeuten, finden sich darin. So die Trümmer (*fragmenta*) von elf goldenen Gefäßen, die mit Perlen, Saphiren und Brillianten besetzt waren, aber auch schon Fehlstellen aufweisen (*quaedam vero loca gemmis vacua sunt*)[60] und zusammen mit kleineren Trümmern lagen, die man einzeln gar nicht mehr aufführen konnte.[61]

Man wird schwerlich umhinkönnen, in den hier zusammengeführten Reichtümern die Frucht von Beschlagnahmungen und kalvinistischen Bilderstürmereien in katholischen Kirchen in Frankreich zu sehen. Dass die Kirchenschätze, von dem an der Inventarisierung beteiligten Theologen Pezel in Bezug auf die Bremer Kirchen noch als »Götzenbilder« bezeichnet, nun einer Verwendung für die gute Sache des Protestantismus zugeführt wurden, wird dafür gesorgt haben, dass eventuelle Bedenken gar nicht erst aufkamen. Immerhin waren die reformierten Führer Bremens Pezel und von Büren gerade damit beschäftigt, die Bremer Kirchen um ihre Schätze zu erleichtern.

Die Anordnung des Inventars lässt keine sachliche Systematik erkennen. Überhaupt sprach man von den Stücken nicht als Kunst- oder Kultgegenständen, sondern nur von Wertgegenständen (*clenodia*), die aus Gold und Edelsteinen bestanden. So gilt auch die Inventarisierung weniger ihrer Beschreibung als ihrer Taxierung und Wiedererkennbarkeit. Nur die hierzu nötigen Hinweise

59 Inventar, fol. 14: in cuius fastigio Reginae Navarreae insignia.
60 Inventar, fol. 8.
61 Ebd.: Insuper alia quaedam fragmenta exigui precii.

auf Heiligenbilder und die Form der Gegenstände lässt die alte Nutzung erkennen. So kam in den einzelnen Positionen ganz Unterschiedliches zusammen, was Zufall sein kann, aber auch auf eine gemeinsame Herkunft verweisen kann. Allein unter der Signatur F in DAVID findet man z.B. ein genau beschriebenes Gefäß (*Fontis*) aus Gold und Edelsteinen zusammen mit einem goldenen Bildnis der hl. Katharina mit Edelsteinen, einer verzierten goldenen Tafel mit Bildern von Karl dem Großen und Ludwig dem Frommen, einem Goldkruzifix, einem »*Liber aureus quadratus*« mit reich verziertem Einband, über den man natürlich gerne mehr wüsste, einer goldenen Schale mit dem Bildnis von Johannes dem Täufer, weitere Einzelstücke wie Ketten, Ringe und Schalen, die auf zerteile Bildnisse hinweisen, eine goldene Bildtafel mit einer kunstvollen Darstellung der Auferstehung (*Christi resurrectione artificiose sculpta*) und eine kleine goldene Gemmensammlung (*dactiliotheca parvula ex auro*)!

Unter der Signatur X tauchen zwei weitere Buchschätze auf, ein *Libellus aureus* mit dem Evangelium des Johannes, umgeben von einer Kette und ein *Libellus aureus cum gemino jaspide*, auch sie zusammen mit anderen Stücken, Schalen, goldenen Bildnissen der hl. Maria und Elisabeth, Christusbildnissen und zahllosen Bruchstücken (*fragmenta*) anderer Gegenstände.

Während die zahlreichen Bildnisse der hl. Maria und Katharina, des hl. Franziskus und Johannes des Täufers auf ehemalige Reliquiare hinweisen, werden unter der Signatur *aleph* in SALOMON ausdrücklich Christusreliquien verzeichnet. Es handelt sich hierbei um Goldtafeln, in die umgeben von Edelsteinen Teile der Geißeln Christi eingeschlossen waren, sowie eine weitere mit einer Kreuzreliquie.[62]

Unversehrte Reliquiare waren jedoch eine Ausnahme, den größten Anteil unter den Schmuckstücken stellten figürlicher Schmuck sowie wertvoll eingefasste Tafelgemälde und Pokale, Kannen, Schalen und Gefäße aller Art aus Gold oder Kristall. Dass die *tabulae* und Patenen zumeist auch aus Kirchenschätzen stammten, wird man als sicher annehmen dürfen.

Bei allem Glanz, den das Inventar noch heute spüren lässt, war der Nutzen der Kleinodien für die Legation eher gering. Aus Sicherheitsgründen verwahrte man sie einige Monate in Bremen, dann verließen sie die Hansestadt mit der Legation, ohne dass man im Reich einen dauerhaften Ort für den vorgesehenen Zweck fand. Für die unmittelbaren Aufwendungen der Legation waren sowohl die Juwelen als auch das gemünzte Gold und Silber offenbar tabu. Zumindest war die Legation ausweislich eines weiteren im Ratsarchiv dokumentierten Vorgangs eher knapp bei Kasse.

Die weiteren Umstände des Aufenthaltes der französischen Delegation in Bremen sind gut dokumentiert dank einiger an den Bremer Rat gerichteten Schreiben, die der Bremer Gastwirt der Delegation, Berendt zum Bohne, nach ihrer Abreise verfasst hat. Zum Bohne fühlte sich von den Gästen um einen Teil seiner Aufwendungen geprellt und versuchte, seine Rechte in ebenso erbosten wie detailfreudigen Eingaben geltend zu machen.[63]

62 Inventar, fol. 15, 16.
63 Auch diese Dokumente in StAB 2-B.10.a.1.

Demzufolge hatte Ségur bei Alexander Bicker in Bremen Herberge genommen. Wenige Tage später waren Eberhard von Martfeld von Amersfort und Jacobus Broradus (*et quidam Gallo ex familia praedicti Legati*) aus der Delegation Ségurs zu zum Bohne »in meine Behausunge« gekommen und hatten ihn gefragt, ob er einen Dominus Meier aus Limburg, den Brorardus und weitere drei Personen »zu Tisch und zur Herberge« aufnehmen wolle. Diese fünf Personen blieben nach der Weiterreise Ségurs in den Norden in Bremen zurück. Später erhielt zum Bohne über von Martfeld noch einen Brief, in dem der abgereiste Legat selbst durch einen Heinrich Petersen anfragen ließ, ob zum Bohne den Legaten »*cum sua familia*, so eine Zeitlang in Bremen verharren werde, auch für und nach (nach Verrichtung seiner Werbung) in *hospitium* nehmen muchte«. Da der Brief den Wirt nicht zeitig genug erreichte, zog Ségur nach der Rückkehr nach Bremen jedoch wieder bei Alexander Bicker ein. Während für die Herberge der fünf Gäste nach Verhandlungen zwei Gulden pro Woche vereinbart wurden, ließ Ségur »mit seinem *oratore Griphio et alio nobili*, vom Emmerich geboren«, von Bohnes Haus nochmals besichtigen und ihm mitteilen, dass er das Haus, »wan er nach Verrichtung ihres hern konings von Navarra sachen wedderumb zu Bremen angekommen« gänzlich mieten wolle. Dafür wurden Umbauten vorgenommen und das Haus bis zum dritten Stock (auff der dritten Lucht) mit Schlafstuben belegt. Zwischenzeitlich forderte der Wirt von Ségur Geld an, wurde aber statt der gewünschten Zahlung von »100 Kronen auf die handt« mit der Aussicht auf weitere 1000 Kronen hingehalten, was ihn zunächst zu »untertennichlichem« Dank rührte. Aus dem Verlauf der Schilderung geht hervor, dass Ségur Bremen mehrfach zu diplomatischen Missionen verließ. In einem weiteren Schreiben, das Ségur von einer Reise an zum Bohne richtetet, fragte er, wieviel Personen insgesamt sein Haus aufnehmen könne, was dieser mit einer Höchstzahl von 31 Personen beantwortete. Hierauf ging der Umbau der Herberge weiter, zwei Kammern wurden angebaut und »selbige mit betten, kussen, lachenn, decken und andern zugehoerich dingen« ausgestattet. Der angemessene Ausbau der Herberge für die Diplomaten war auch der Bremer Obrigkeit angelegen. Immerhin kam Bürgermeister Ewich mehrfach vorbei, prüfte den Fortschritt und ließ nach Aussage des Wirts »sich das gebauw wohl gefallen (...) das man gute leute vom adell und andere wohl darauff lagirn kondte, wie zum bestehn bebauwet«. Der Hinweis auf den Ratsherrn, Arzt und Stadtphysikus Johann von Ewich zeigt, wie stark das Wohlergehen der Delegation ein Anliegen des engeren Kreises um von Büren und Pezel war, zu dem auch Ewich zu zählen ist.[64] Dieser hatte in jungen Jahren in Paris und in Toulouse studiert und hatte Südfrankreich bereist. Er hatte sich später einen Namen als Mediziner und Rechtsgelehrter gemacht, 1582 war er mit einer großen

64 Zu seiner Person vgl. Klaus Schwarz, Der Bremer Stadtarzt Johann von Ewich als Verfasser von Pestschriften, in: Brem. Jb. 72, 1993, S. 98-116. Ewich wurde 1525 am Niederrhein geboren. Nach dem Studium in Frankreich und Italien und der Promotion in Padua ließ er sich in Bremen nieder, 1584 wurde er zum ersten Medizinprofessor am neu reformierten Gymnasium ernannt. Er war Ratsherr und Bürgermeister und starb 1588.

Untersuchung über die Pest hervorgetreten, 1583 erschien von ihm eine aufgeklärte Schrift gegen die Wasserprobe bei Hexenprozessen. Berühmt machen sollten ihn aber seine Schriften über die Gefahren der Pest.[65] Hierin hatte er u.a. am Beispiel der baulichen Situation von Toulouse auf den Zusammenhang zwischen Luftreinheit und Pestausbreitung hingewiesen.[66] Dass er, der die Hygiene und die Wohnumstände als wesentlich für das Wohlergehen und die Gesundheit des Menschen erkannt hatte, mehrfach die Herberge der Navarreser Delegation überprüfte, war – in den starken Bremer Pestjahren 1582–1584 – sicher kein Zufall.

Der Wirt wusste sich zudem auch für das leibliche Wohl der ausländischen Gäste dienstfertig anzubieten, indem er dem Legaten im Haus von Bicker »einen guten drunck weins im großen römer (nach meiner gelegenheit geschenckt)« kredenzte. Der Wein schmeckte dem Legaten so gut, dass er fortan nach Aussage des von Bohne begehrte, nicht von Ratskeller beliefert zu werden, sondern für seinen Tisch auch außerhalb des Hauses von dem Wirt bedient und »auff einen kerbstocklohn« angeschrieben zu werden.

Am 27. März 1584 – wohl nach der Reise nach Skandinavien – zog auch der Legat mit Gefolge bei zum Bohne ein. Dieser war durch die ständigen Aufwendungen mittlerweile in arge finanzielle Bedrängnis geraten und brauchte nun umso dringender Bargeld. Er war »durch dieses schwerliche gasthaltunge meiner hauslichenn Narung (...) beynah gar entschlagen« und auch mit seinem »kauffhandell« aus dem eigenen Haus vertrieben »und das ohne ein gudt stucke geldes«. Er forderte daher 2000 Gulden Vorschuss bzw. Bezahlung. Wie zu erwarten, fruchtete auch dies wenig. Vielmehr vertröstetet ihn nun nach langem Hin und Her des Legaten »*praefectum Pelizonium*«, er solle noch »vier wochen oder fünff geduld dragen«, dann werde der Legat »vom keyser bescheidt, und von seinem hern, dem konink von Navarra schreibendt bekommen«, dann wolle der Legat »in allen so viell muglich nur zu willen sein und vorstreckunge thun«.

Dass der Kaiser und der König von Navarra um die Rechnung des Bremer Gastwirts besorgt waren, wird wohl kaum wahrscheinlich sein, offenbar stand aber Ségur mit dem Kaiser und seinem Herrn in Navarra von Bremen aus in Kontakt und wartete auf weitere Bescheide.[67] Ähnliches geht auch aus einem weiteren Schreiben hervor, in dem Bremen als der Standort der Delegation bezeichnet wird, an dem man »*literas ex Gallia et responsa illustrissimi principum germaniae, ad quos scripserit*«, erwartet hätte. Hierüber verging fast ein halbes Jahr.

Den Wirt kamen die fünf Monate, in denen er die französische Delegation beherbergte, teuer zu stehen. Der Streit um die Bezahlung zog sich mit gegenseitigen Beschuldigungen und Schreiben noch lange hin, zu guter Letzt

65 Eine Ewich zugeschriebene anonyme Pestschrift aus Basel, 1582, deren Verfasser sich rühmt, bei der Pest in Genf mit dem Reformator Calvin zusammengekommen zu sein, ist allerdings nicht von Ewich verfasst worden. Vgl. ebd.

66 Ebd., S. 106 f.

67 Das Schreiben an den Kaiser wird erwähnt bei Baird, Hugenots (wie Anm. 31), S. 253.

flüchtete sich der Wirt zu einem Appell an Ségurs »beiwohnenden verstand und christliche liebe und billicheit«, was aber wenig fruchtete. Die Diplomaten hatten in Bremen auf großem Fuß gelebt, doch wollten sie »vur solche stadtlicher saall und gemacher die gebuhnuße« nicht zahlen. Auch als der Wirt sich bei Bürgermeister Ewich beschwerte, fruchtete dies offenbar wenig, auf die Eingabe des »armen burgers«, als der sich der Wirt nun bezeichnete, geschah wenig. Vielmehr sah der Rat sich nun in die sehr unangenehme Lage gebracht, dass er eines Bremer Bürgers Rechte gegen die von ihm politisch so protegierte französische Delegation durchsetzen sollte.

Diese antwortete nach der Abreise, indem sie, wie der Wirt sagte, statt »einer richtigenn andtworte (...) ein unbesunnen lateinisch schreiben« aufsetzte, in dem ein Paulo Marbuso aus des Legaten Gefolge seinerseits mit Beschuldigungen vorstellig wurde, aber diese eben nicht an von Bohne, sondern direkt an Bürgermeister Daniel von Büren richtete.[68] Offenbar wollten die Diplomaten nach ihrer Abreise aus Bremen sich der lästigen Forderungen des Wirtes entledigen, indem sie das Problem an die Bremer Obrigkeit verwiesen – ein taktisch nicht unkluges Vorgehen, in dem man auch geschickt verstand, die religionspolitischen Implikationen der Mission in den Vordergrund zu rücken. So antwortete man im Tone gekränkter Ehre, dass man sich in Bremen unter der Aufsicht des Rats feindseliger Verfolgungen ausgesetzt sehe, während der Legat doch »*cum hospitalitatis nomine et propter religionem puriorem commendate fuerit*« und in »*causam Ecclesiae publicam*« tätig gewesen sei. Zu den Bremer Zeugen der Lauterkeit des Legaten wurden in dem Schreiben an von Büren zunächst die beiden »*viri fide dignissime D. Pezelius et D. Ewichius*«, beides Vertraute von Bürens, berufen. Vor allem die Inspektionen durch den Pestarzt Johann von Ewich, der die aufgeklärten Ideen über den Zusammenhang von häuslicher Hygiene, Luftreinheit und Gesundheit in Wort und Schrift vertreten hatte, werden hier die Grundlage für Beschwerden abgegeben haben. Wütend beschwerte man sich über die Belästigungen, denen die Delegation in ihrem Bremer Quartier von einer *cloaca vicina* ausgesetzt gewesen sei (*quod et in ipsa aestate multo incommodius fuisset*).

Was und wieviel der Bremer Wirt von den Ausständen der hugenottischen Delegation noch bekam, geht aus den Quellen nicht hervor. Dass er zunächst über Monate mit seinem Gesinde der Delegation eifrig diente und sie auf Kredit beherbergte, mag nicht nur dem hohen Ansehen der adligen Gäste und ihrer bevorzugten Behandlung durch Bremens Obrigkeit zuzuschreiben sein, sondern vielleicht auch dem wertvollen Gepäck, das Ségur in Bremen deponierte und das auf zahlungskräftige Gäste hoffen ließ.

V.

Ob die Tatsache, dass Bremen sich kurzzeitig im Zentrum bedeutender religionspolitischer Vorgänge befand, ansonsten von den Zeitgenossen in der Stadt entsprechend wahrgenommen wurde, darf bezweifelt werden.

68 Schreiben in StAB 2-b.10.a.1.

Die Legation Ségurs war, wenn nicht geheim, so doch vertraulich, sie korrespondierte mit dem Rat, allenfalls bedeutende Theologen wie Pezel wurden zu den Beratungen hinzugezogen. Aus den Einlassungen des Gastwirts geht hervor, dass die Mitglieder der Legation sich in Bremen eingerichtet und offen unter der Bevölkerung gelebt hatten. So mögen sie durchaus mitbekommen haben, dass auch in Bremen der Abendmahlsstreit zumindest für den Rat und die Theologen der Stadt eine wichtige Rolle spielte. Während in dem sogenannten Tagebuch des Bremer Ratsherrn Heinrich Salomon für 1583/84 die Legation Ségurs mit keinem Wort erwähnt wird, füllt ein Bericht über den Abendmahlsstreit mit dem wiedertäuferisch orientierten Prediger an St. Martini Joseph Naso ganze Seiten.[69] Gleiches gilt für Pezels Auseinandersetzung mit einer gegen Bremen gerichteten Schrift des Jacob Andreä, des Verfassers der Konkordienformel, die in den Jahren 1583/84 die Stadt beschäftigte. Mehr noch als Fragen des Abendmahls wird aber die Bevölkerung und auch die französischen Gäste bedrängt haben, dass 1583/84 in Bremen schlimme Pestjahre waren.[70] Die Klagen der Legation über die hygienischen Zustände und Gestankbelästigungen in ihrem Bremer Quartier werden somit nicht ganz unberechtigt gewesen sein.

Doch weder die hugenottischen Pläne für ein europäisches Bündnis noch die Details des Streits zwischen Lutheranern und Calvinisten um die Art der Präsenz von Blut und Leib Christi im Abendmahl werden der einfachen Bevölkerung im Detail verständlich gewesen sein. Dennoch war auch sie in dieser vom Glauben beherrschten Zeit in mancherlei Form von Ideen beseelt, die auf die wundersame und aus Blut und Wandlung bestehende Präsenz Gottes im Alltag verwiesen. Dies zeigt ein in Salomons Tagebuch für 1584 »im Beysein vieler guten Leute« bezeugter Fall von »Blutwunder«, das sich zutrug, als ein Bremer Schiffer und ein Kaufmann in einem Haus in der Sögestraße vor Zeugen in Streit um Geldschulden gerieten und unvorsichtig Gott um ein Zeichen baten und dabei offenbar einen Meineid leisteten: in der Stube erschienen sogleich zwei gegen sie gerichtete gekreuzigte feurige Regenbogen und drei Blutstropfen fielen auf den Tisch! Das Blut ließ sich zunächst nicht entfernen und verwandelte sich, sobald es auf ein Schnupftuch genommen wurde.[71]

In dieser spektakulären und doch naiven Form kamen also die theologischen Versatzstücke von Blut, Kreuz, Erscheinung, Wandlung und Dreifaltigkeit, für die man in der Obrigkeit bereit war, diplomatische und militärische Kriege zu führen, beim Volk an.

Im Feld der großen Politik blieb die diplomatische Offensive von Heinrich von Navarra nicht ganz ohne Folgen. Am 18. Juli 1586 wurde in Lüneburg als Frucht der Bemühungen von Ségur im Reich der Lüneburger Fürstentag ge-

69 StAB 2-P.1.-64. Anno 1583. Das Buch ist weniger ein Tagebuch als eine aus verschiedenen Quellen gespeiste Fortsetzung der Bremer Chronik von Johann Renner, die bis zum Sommer 1583 reichte.

70 Klaus Schwarz, Die Pest in Bremen (VSTAB 60), Bremen 1996, S. 125 ff.

71 StAB 2-P.1.-64. Anno 1584.

halten. Friedrich von Dänemark, der Kurfürst von Brandenburg, Christian von Sachsen, Johann Casmir von der Pfalz, Wilhelm von Hessen und Julius von Braunschweig trafen sich mit den Gesandten Heinrichs von Navarra und von Königin Elisabeth I. von England. Für Bremen nahm Christoph Pezel an dem Treffen teil, das aber die französischen Bemühungen um eine Union nicht voranbringen konnte.[72] Auch eine groß angelegte, aber erfolglose militärische Intervention der deutschen protestantischen Fürsten in Frankreich im Jahr 1587 gehört noch zu den Folgen der unermüdlichen Diplomatie von Ségur und Bongars, die nun Frankfurt zu ihrem Stützpunkt im Reich gemacht hatten. In den folgenden Jahren blieb Pezel von Bremen aus mit Ségur und Bongars in Verbindung und nahm an einem reformierten Nachrichtennetz teil, das weiterhin Unionspläne verfolgte und in das neben den französischen Hugenotten und den Reformierten aus dem Reich auch Teilnehmer aus den Niederlanden und der Schweiz eingebunden waren.[73]

Bremen unterstützte auch weiterhin die Pläne zu einer reformierten Union wenigstens im Reich. Nach 1596 wurde Bremen sogar unter der Leitung Pezels und des Bürgermeisters Heinrich Kreffting zu einer »norddeutschen Nachrichtenzentrale der calvinistischen Agitation und Konföderationspolitik«.[74]

Bis dahin war das Verhältnis Bremens zu Frankreich und zu den Ambitionen der Hugenotten unter Heinrich von Navarra auf der europäischen Ebene erheblichen Schwankungen ausgesetzt, deren Höhepunkt zweifellos der Übertritt Heinrichs – seit 1589 Heinrich IV. von Frankreich – zum Katholizismus im Jahr 1593 war.

Auch nachdem Heinrich von Navarra 1589 als Heinrich IV. den französischen Thron bestiegen hatte, wurden von seinen Räten Nicolas de Harlay a Sancy und Jacques Bongars die Bemühungen um Unterstützung durch die protestantischen Reichsstände fortgesetzt. Nun galt es, den protestantischen König von Frankreich gegen die Liga zu unterstützen! Vor allem Geld für die Ausrüstung eines Heeres versuchten die Räte Heinrichs im Reich aufzutreiben. So wurde schon im Oktober 1589 dem Bremer Rat durch de Harlay ein Besuch von Bongars angekündigt, der im Auftrag seines königlichen Herrn bei den deutschen Fürsten gegen die Feinde der Religion tätig sei.[75] Bongars musste jedoch schon wenige Tage später aus Hamburg melden, dass sein Besuch nicht erfolgten könne[76], so dass die persönliche Bitte König Heinrichs IV. um Unterstützung gegen seine Feinde bei den nach der Thronfolge eingetretenen Schwierigkeiten nur auf dem Schriftwege dem Bremer Rat vorgetragen wurde[77].

Der Bremer Rat wird nicht traurig gewesen sein, dass er den Legaten nicht persönlich empfangen konnte, denn so sehr Heinrich IV. auch um der Wahrheit

72 Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 115.

73 In den Grußadressen der französischen Legaten an Pezel tauchen 1586–1600 die Namen der Bremer auf, die 1583/84 bereits eine Rolle spielten, so Daniel von Büren, Dr. Ewich und Johann Esych. Moltmann, Pezel (wie Anm. 13), S. 115.

74 Ebd., S. 116.

75 StAB 2-R.1A.10.d.2.c.1. Schreiben vom 12. Oktober 1589.

76 Ebd., Schreiben vom 28. Oktober 1589.

77 Ebd., Schreiben Heinrichs IV. vom 27. August 1589.

des Evangelii willen um die Unterstützung der Bremer Bürgermeister und Ratsherren, seiner *tres chers et bons amys*, bat, sahen sich diese nicht in der Lage, Gelder zuzusagen.

Die Begründung, die man nach fast drei Monaten an Heinrich IV. sandte, brachte eine Vielzahl von Gründen vor, macht aber vor allem deutlich, dass im Bremer Rat zwar noch Glaubenseifer vorhanden war, aber auch kaufmännische Berechnung die Feder führte.[78] Offenbar fühlten Bürgermeister und Rat sich nicht ganz wohl dabei, dass man einer befreundeten Macht, deren »beschwerlichen und unseligen Zustand« man »ungern und mitleidenlich vornommen« habe und die sich zur »wahren reformierten Religion bekenne«, die Bitte um dringend vorgebrachten Beistand rundweg abschlug. Sie bedauerten, »verhindertt und abgehalten« zu sein, »dass sie also seiner Majestät, wie gerne sie auch imerda wollten, in dem begerten vor dießmal nicht wilfahren konnten« und unterzogen sich immerhin der Mühe, eine Vielzahl »ursachen« anzuführen, die mehr durch das schlechte Gewissen als durch schlichte Notwendigkeit diktiert wurden. Dabei griff man so weit zurück, dass man sich selbst kaum erinnern konnte, wann die Misere ihren Anfang genommen hatte. So schrieb der Schreiber von der vor 40 Jahren erfahrenen »uberfahrung« Bremens durch den ostfriesischen Gewaltmenschen Junker Balthasar von Esens, was man der Richtigkeit halber in »50« verbessern musste! Auch die Belagerung Bremens »von wegen der bekantnüße der gotlichen warheit« 1547, immerhin auch über 50 Jahre vergangen, musste mit ihren Folgen für Defension und Munition herhalten, ebenso wie die bürgerkriegsähnlichen (*civile bellum*) Zustände der sechziger Jahre und nicht zuletzt Bremens Beitrag an Kaiser Maximilian zur Bekämpfung des Türken, »dem Erbfeinde des christlichen nahmens«. Auch den Krieg in den Niederlanden mit seinen Folgen für den Handel, die »hochvorhasten piraten und seeräuber« und den nachbarschaftlichen Zwist mit dem Grafen von Oldenburg vergaß man nicht zu erwähnen.

Auch ansonsten ist die Resolution des Rats weniger ein diplomatisches Glanzstück als ein Dokument der Kleingeistigkeit. Dass man dem französischen König auf seine Bitte nicht nur wenig, sondern gar nichts gab, begründete man spitzfindig mit der Argumentation, dass dem König »nur mit einem geringen begegnet werden konnte, das doch Ihrer Majestät mit demselbigen in ihren hochwichtigen sachen und anligen weinich würde gedienet sein« und dass dies sogar der guten Stadt und dem König »zu hogster verlegenheit« gereichen könne. Denn wenn Bremen sich seiner ganz wenigen Mittel zugunsten Heinrichs IV. entblöße und vielleicht selbst Opfer »allerhandt frevendtlichen uberfalls und thatlicher beschwerung« werde und »uns etwas widderwertiges und feindliches« zustoße, sei es genötigt, bei den Fürsten im Reich um Hilfe und Beistand nachzusuchen. Wenn diese dann ihre Mittel in ihrem eigenen Vaterland und »alhir in teutschem lande behalten« müssten –

78 Ebd., Schreiben des Rats vom 22. Januar 1590. Allerdings kann man kaum sagen, der Rat habe Heinrich IV. einfach »die kalte Schulter« gezeigt, so Schwebel, Handelsbeziehungen (wie Anm. 8), S. 211; ähnlich auch Patemann, Frankreich (wie Anm. 7), S. 485.

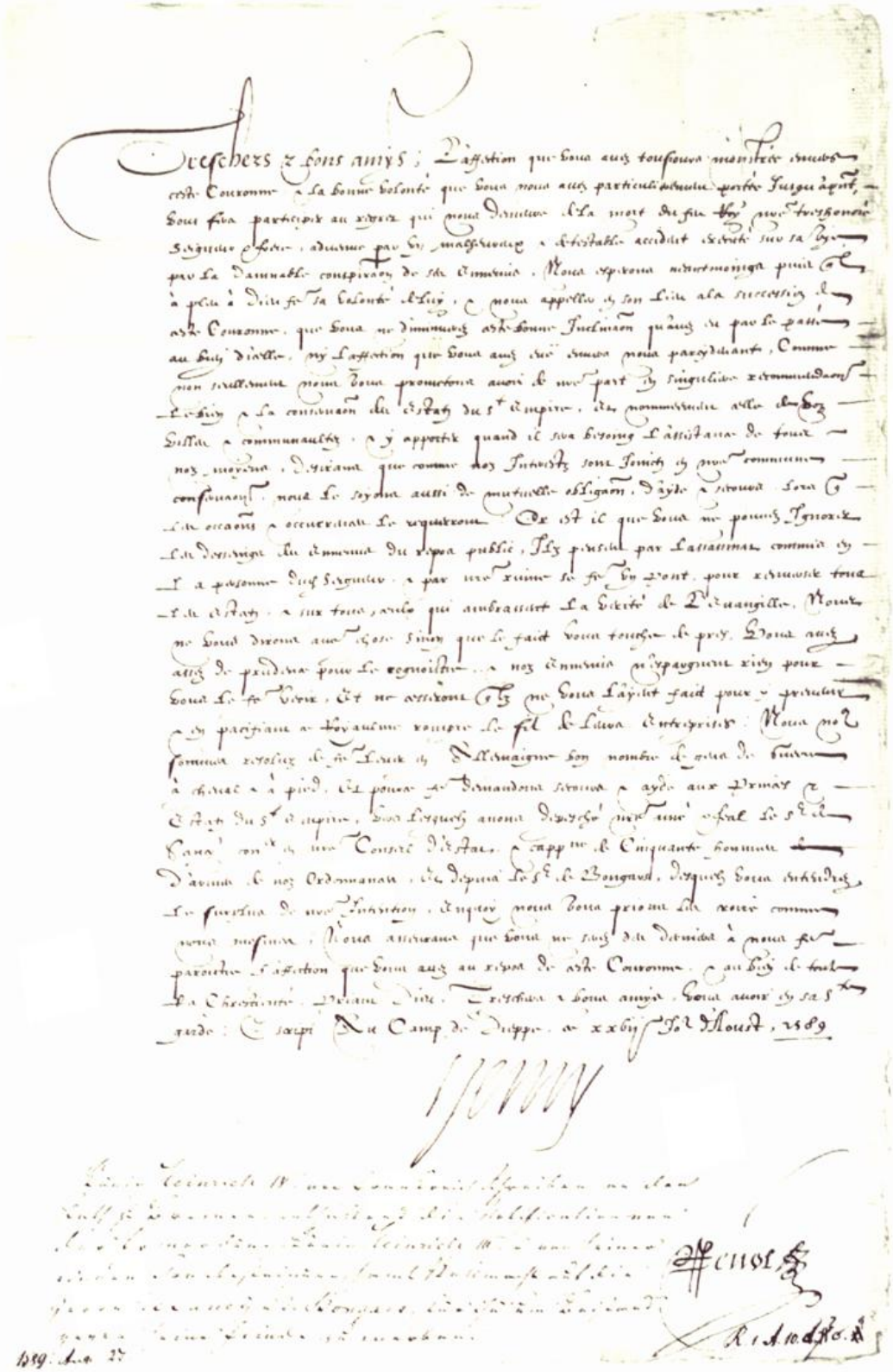


Abb. 2: Schreiben König Heinrichs IV. an den Rat zu Bremen. Dieppe, 1589, August 27. (Foto: StAB)

anstatt den König von Frankreich zu unterstützen –, könne dies von »ire Majestät zweifels selbest nicht vor gudt ansehen« werden.

Was konnte man also anbieten?

In dieser Situation scheint man sich im Rat der Handelsbeziehungen erinnert zu haben und nutzte dies zu einem großzügigen Angebot. »Damit aber gleichwoll ihre Majestät unsern guten und geneigten unterthenigsten willen« erkennen, war man »des erbietens, da etwan ihre Majestät underthanen mit ihrer navigation und commerciis, alhier dieser orter ankommen und zu thuende haben würden, den selbigen soviell an uns alle guete befürderung zuer zeigen, alse auch sonsten ihrer Majestät zugehorigen und verwanten jeder zeitt einen freyen paß und wandell zu gestatten.« Dass Heinrich IV. mit diesem Angebot die »unterthenigste entschuldigung« der Bremer annehmen werde und der guten Stadt mit allen königlichen Gnaden gewogen sein und bleiben werden, dessen war man sich auch im Rat offenbar nicht gewiß. Immerhin bot man hier nicht mehr, als was auf der Basis der seit Heinrich II. nicht erneuerten Handelprivilegien lange geregelt war und was die Bremer bislang beim französischen Hof zu erbitten gewohnt waren. Dem französischen König, der um Geld verlegen war, die Förderung des Commercium und freies Geleit seiner Untertanen in Bremen anzubieten, schien fast wie eine Brüskierung – es wurde daher aus dem Konzept gestrichen. Damit blieb nichts übrig, was man bieten konnte und die Resolution schloss mit der Versicherung, dass man die Sache Ihrer Majestät wie auch aller ihrer Untertanen und Verwandten bereit und willig fördern werde und hoffe, dass die »jetzige entschuldigung und unterthenigste erwiderung« von Heinrich IV. gnädig aufgenommen werde.[79]

Zumindest was den Emissär des Königs anging, wurde diese Hoffnung nicht erfüllt. Bongars, der auch von Hamburg und Lübeck in dieser Sache ablehnende Antworten erhalten hatte, äußerte sich deutlich über den in den Hansestädten vorherrschenden Krämergeist, der nach seiner Meinung von wenig politischer Weitsicht geprägt war: »*J'ay sollicité les villes, en vain. Elles sont composées de marchans qui ne voyent par plus loing que leur nez!*«[80]

VI.

Erst der weitere Verlauf des Jahres sollte im Reich einen Stimmungswandel bringen. Unter den protestantischen Reichsfürsten setzte sich 1590 die Einsicht durch, dass man den König von Frankreich tatkräftig unterstützen müsse. Anfang 1591 wurde bei einem Treffen von Räten aus den wichtigsten protestantischen Höfen – Brandenburg, der Landgrafschaft Hessen, Kursachsen, Kurpfalz und Braunschweig-Wolfenbüttel – in Torgau die Finanzierung eines Heeres zugunsten von Heinrich IV. von Frankreich beschlossen. 6000 Reiter und 8000 Landsknechte sollten unter der Führung des Fürsten Christian von Anhalt nach Frankreich entsandt werden. Eine Anstrengung, zu der man selbstverständlich auch auf die Unterstützung weiterer protestantischer Stände hoffte.[81]

79 Ebd.
80 Schwebel, Handelbeziehungen (wie Anm. 8), S. 212.
81 Ebd.

Ein Geheimrat des Landgrafen Wilhelm des Weisen von Hessen kontaktierte in dieser Sache im Frühjahr 1591 auch Bremen.[82] Bremen, wie meist bemüht, eine mit den Nachbarstädten abgestimmte Position einzunehmen, musste zu einer Entscheidung kommen. Hamburg und Lübeck waren wegen ihrer lutherischen Ausrichtung schnell bereit gewesen, das Ansinnen um Unterstützung des reformierten französischen Königs abzulehnen. Lüneburg – Tagungsort des Fürstentages von 1586 – meldete auf Nachfragen der Bremer, dass es sich in dieser nicht nur dem französischen König, sondern auch dem geliebten Vaterland wichtigen Sache zu einer Beisteuer von 1000 Talern bereitgefunden habe.[83] Auch Braunschweig verwies zunächst auf die betrüblichen Zeiten und die Beschwernisse, die auf der Stadt lasteten, war aber bereit, da etliche Reichsfürsten »so der Augsburgischen confession vorwandt« in dieser Sache vorangegangen waren, ihr beizutreten, wenn sie »geheimb gehalten und nicht weitläufig gemacht würde«. In diesem Sinne antwortete man »nachbarlich und vertraulich« den Bremern.[84]

Ganz ähnlich war auch die Interessenlage der Bremer, die sich bei der Formulierung ihrer Antwort im Mai 1591 an den hessischen Landgrafen teilweise fast wörtlich der Braunschweiger Vorlage bedienten. Sie wollten sich der guten Sache nicht gänzlich entziehen, fürchteten aber, bei einer öffentlichen Unterstützung des französischen Königs bei einem eventuellen Sieg der Liga arge Schwierigkeiten zu bekommen. Man bemühte hierzu die üblichen Beschwernisse und Hemmnisse des Commercium, führte aber auch die Kosten an, die den Bremern durch den Unterhalt der Orlochschiffe genannten Kriegsschiffe im Auftrag des Reichs beim Schutz »unsers priviligiirten straumeß der Wieser« gegen die Piraten entstünden. Eine offene Unterstützung der Kriegsexpedition Heinrichs IV., die »den Hispanischen zu wißenn werden sollte«, gebe diesen die »lang gesuchte gelegenheiit, wie sie dieser stadt und des Wieserstraumes mechtig werdenn möchten«. Die Weser war tatsächlich die Lebensader der Stadt, die erst 1541 durch ein Privileg Karls V. erlangte Hoheit auf ihr war ein Eckstein der angestrebten staatlichen Souveränität Bremens. Sie war gerade um diese Zeit durch Ansprüche anderer Anrainer wie der Oldenburger Grafen bedroht.

Andererseits erkenne man, so der Rat, dass die Sache Heinrichs IV. nicht nur sein Königreich, sondern die ganze Christenheit betreffe, und trete der Sache bei, da sie von Kurfürsten und Ständen des Reichs betrieben werde. Allerdings betonte man, dass dem Rat aus den genannten Gründen an Geheimhaltung höchst gelegen sei und »dass dieses Dinge nicht weittläuffig gemacht oder auch für eine Confoederation angesehen werden, dass wie solch darleyhenn (...) nicht denn Navarschenn gesantenn, sondern Euer fürstliche Gnaden auf anerbottene caution undertheniglich folgenn« solle.[85]

Ganz anders als noch vor wenigen Jahren, wo man bedauerte, zur protestantischen Konföderation von Heinrich von Navarra weder Mittel noch Namen

82 StAB 2-R.1.A.10.d.2.c.1. Beglaubigungsschreiben des Landgrafen Wilhelm von Hessen für Hans Ludwig von Harstall vom April 1591.
83 Ebd., verschiedene Schreiben von April bis Mai 1591.
84 Ebd., Schreiben des Rats von Braunschweig vom 23. April 1591.
85 Ebd., Schreiben des Bremer Rats an den Landgrafen von Hessen vom 16. Mai 1591.

hergeben zu können, war man nun bestrebt, lediglich eine durch einen Reichsfürsten vermittelte finanzielle Anleihe und kein politisches Geschäft oder gar eine Konföderation mit Frankreich geschlossen zu haben. Die Zeiten hatten sich geändert, 1591 resignierte Daniel von Büren, für ihn rückte Heinrich Krefting in den Rat auf, ein Mann, der in den nächsten Jahren als Pragmatiker die Bremer Politik bestimmte. Er war bereit, im Zweifel die Interessen von Hanse und Handel vor die protestantischen Unionspläne zu setzen und einer bremischen Staatskirche den Vorrang vor einer reformierten europäischen Glaubenskonföderation zu geben.[86] Evangelische Solidarität bei diplomatischer Distanz bestimmte das Vorgehen.

4000 Reichstaler als Darlehen für die Kriegsexpedition zugunsten Heinrichs IV. von Frankreich wechselten im Juni 1591 den Besitzer, den Bremern quittiert durch den Fürsten Christian zu Anhalt und den französischen Schatzmeister Vicomte de Turenne.[87] Im Oktober des gleichen Jahre schrieb auch König Heinrich IV. persönlich an die *tres chers et bons amys* in Bremen und dankte für die *assistance*, die man der königlichen Sache erwiesen habe.[88] Er versicherte die Bremer seines guten Willens und im Mai des Jahres 1592 langte auch die mit dem Majestätssiegel versehene Hauptschuldverschreibung des Königs, ausgestellt im Feldlager zu Moteville, in Bremen an.[89] 4572 Gulden zu 15 Batzen deutscher Rechnung sollten zu 5 % verzinst werden und innerhalb drei Jahren in Bremen oder Frankfurt zurückgezahlt werden.

In die bis Juni 1594 laufende Leihfrist fielen allerdings zwei entscheidende Ereignisse: Zunächst der erfolglose Auftritt des deutschen Expeditionsheeres 1591/92 und dann sehr viel entscheidender am 25. Juli 1593 der Übertritt König Heinrichs IV. zum Katholizismus! Verbanden bis dahin noch gemeinsamer Glaube und parallele politische Interessen Bremen und den König, so blieb nun nur noch das dünne Band finanzieller Verpflichtungen, deren Einlösung entsprechend schleppend bzw. letztlich niemals erfolgte.

In den folgenden Jahren trat der Bremer Rat immer wieder an den französischen König bzw. dessen Gesandte im Reich heran, um an die ausstehenden Gelder zu erinnern, aber außer freundlich hinhaltenden Schreiben von Bongars – aber auch aus der Hand des Königs persönlich – war nichts zu erlangen.[90]

86 Heinrich Krefting, geb. 5.10.1562 in Bremen, Studium der Rechte in Heidelberg, Promotion, kurpfälzischer Rat und Professor der Rechte in Heidelberg, 1591 Ratsherr in Bremen, deutscher Kanzler des dänischen Königs, Syndikus der Hansestädte, Rat verschiedener Reichsfürsten. Diplomatische Missionen nach Den Haag 1603, England und Frankreich 1604, 1605 Bürgermeister, gest. 1. 8. 1611. Vgl. zu ihm Wilhelm von Bippen, Heinrich Kreffting und das engere Bündnis der sechs korrespondierenden Hansestädte, in: Bremisches Jahrbuch 18, 1896, S. 151-174.

87 Ebd., Quittung des Fürsten von Anhalt vom 29. Juni 1591.

88 Ebd., Schreiben König Heinrichs IV. vom 20. Oktober 1591.

89 StAB 1-Bs 1592 Mai 18.

90 StAB 2-R.1.A.10.d.2.c.1. Schreiben des Jacques Bongars vom Juni 1955 und von Heinrich IV. vom Februar 1599.

VII.

1604 knüpfte Bremen zusammen mit Lübeck, Hamburg, Danzig und Köln in den Beziehungen zu Frankreich an der Stelle an, wo man in den Jahrhunderten vor der Reformation die eigentlichen Berührungspunkte gehabt hatte. Handel und Commercium waren im bewegten 16. Jahrhundert wiewohl nie vergessen, so doch in den Hintergrund getreten.

Auf dem Hansetag in Lübeck wurde am 1. März 1604 eine hansische Delegation bestimmt. Zu ihr gehörte der fähigste Mann, den der Bremer Rat aufbieten konnte, der Bürgermeister Heinrich Krefting, den der Ratsherr Diedrich Hoyer begleitete.[91] Die Delegation bemühte sich am Hofe Heinrichs IV. erfolgreich um die Erneuerung der hansischen Handelsprivilegien. Ende 1604 bestätigte Heinrich IV. die Privilegien seiner Vorgänger für die Hanse, was seit Heinrich II. von Frankreich nicht mehr geschehen war.[92] Paris war allerdings nur der Endpunkt der diplomatischen Tour der Hansedelegation, die insgesamt keineswegs erfolgreich verlaufen war. In England hatte die Hanse nach dem Tod von Elisabeth I. bei ihrem Nachfolger König Jacob VI. 1604 erfolglos versucht, ihre alten Handelsprivilegien wieder zu erlangen. Dass ein Teil der Delegation auf dem Rückweg von London in Brüssel und Antwerpen erfolgreich mit Spanien verhandelt hatte und dass man auch in Paris gemeinsam sein Verhandlungsziel erreichte, war nur ein schwacher Trost. Die englischen Interessen der Hanse überwogen diejenigen in Frankreich bei Weitem, und der Entzug der Privilegien in England verwies wie bereits in Skandinavien und in Russland auf die neuen Geschäftsbedingungen im europäischen Handel: Das Zeitalter des privilegierten Handels der Hansestädte neigte sich unwiederbringlich dem Ende zu.[93]

Natürlich hatten Bürgermeister Krefting und Ratsherr Hoyer die gute Atmosphäre bei den Verhandlungen in Paris auch genutzt, um auf die immer noch ausstehende Rückzahlung der Bremer Anleihe hinzuweisen. Mit einem wohlformulierten Mahnschreiben des Rats versehen und auch mit einer Vollmacht des Lüneburger Rats ausgestattet, der ebenso noch immer auf sein Geld wartete, wurde man in Paris in eigener Sache vorstellig.[94] Doch so freundlich und wohlgewogen Heinrich IV. der Hanse als Handelspartner gegenüberstand, zu einer Rückzahlung an die Bremer konnte er sich nicht durchringen. Am 13. November 1604 bestätigte Heinrich IV. den Hansestädten in einem Handschreiben aus Fontainebleau das gute Verhältnis zum Königreich Frankreich und sein Interesse an einer weiteren Fortsetzung dieses Zustandes[95]. In der Sache der Obligation hatte er sich weniger geneigt gezeigt, so dass Bremen wenige Tage später dem König unter Bezug auf sein freundliches Schreiben

91 Diedrich Hoyer, geb. 6. 7. 1568, Ratsherr 5. 8. 1597, Bürgermeister 10. 3. 1608, gest. 29. 10. 1623.

92 StAB 2-B.10.a.1. Druck der Privilegienbestätigung, Paris 1605.

93 Wilhelm von Bippen, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 2, Bremen 1898, S. 247 ff.

94 StAB 2-R.1.A.10.d.2.c.1. Mahnschreiben des Rats vom 6. März 1604, s. a. Unterlagen von Krefting mit Lüneburger Vollmacht ebd.

95 StAB 2-B.10.a.1. Handschreiben von Heinrich IV. vom 13. November 1604.

mitteilte, dass nunmehr der Gesandte des Landgrafen Moritz von Hessen, Johann Zobel, die Bremer Interessen vertreten werde.[96]

Zobel hat sich der »französische Schultsachen« der Bremer tatsächlich tatkräftig angenommen, er berichtete in den folgenden Jahren von seinen Vorstößen bei Hofe und beim französischen Finanzminister Sully, die keineswegs gänzlich hoffnungslos erschienen, denn Heinrich IV. begann unter seinen zahlreichen deutschen Gläubigern mit der Rückzahlung von Schuldsachen. Allerdings gehörten die Bremer offenbar nicht zu den Gläubigern, an deren Befriedigung man bei Hofe besonders interessiert war – Zahlungen gingen trotz aller Bemühungen nie ein. So sehr Zobel auch zunächst der Meinung war, dass die Sache nicht auf Dauer hoffnungslos sei (»so muß sie continuo getrieben werden, oder gehet man der gelde verloren«), am Ende hing sie an Personen, die er in Paris und Fontainebleau zwar ansprach, die ihn aber vertrösteten (»Der ausschlag der ganzen sachen dependiret von Mr. Le Duc de Sully, welcher mich gleichwoll zimlicher maßen vertröstett, aber ich traue ihn fast übell.«).[97] Auch Zusammenschlüsse der Städte, wie sie Zobel bei Hofe empfohlen wurden, nützten wenig[98], ganz zu schweigen von den Problemen, die das ständige Antichambrieren bei Höflingen und Räten in Paris mit sich brachte: »ist die confusion und unortnung in allen sachen allhie so groß, das es beschwerlich zu glauben, wie sich die boßheit der räthe (so alle ihre ämpter umd bar gelt an sich gekaufet) so hoch über alle christliche policy erhoben«.[99]

Auch im Todesjahr Heinrichs IV. verfolgten die Bremer ihre Sache noch mit Nachdruck. Erst wenige Tage vor der Ermordung Heinrichs in Paris durch die Hand des Attentäters Ravaillac am 14. Mai 1610 hatten sie aus Paris einen Bericht erhalten. Auch noch nach dem Tod des Königs wurde der Bremer Rat mit Schreiben an den Herzog von Sully, an de Villeroy und auch mit einem schmeichelnden Schreiben an die Regentin Maria von Medici vorstellig.[100] Bis 1617 zog sich der regelmäßige Wechsel von Berichten und Nachfragen, dann ruhte der Vorgang einige Jahre, bis man 1629 wiederum Johann Zobel, der mittlerweile im Dienst des dänischen Hofes stand, reaktivierte. Doch vergebens, Geld war aus Paris nicht zu erlangen. Nach einem abermaligen Anlauf über den hansischen Residenten in Den Haag 1656

96 Ebd.

97 Ebd., Schreiben von Johann Zobel vom 19. Dezember 1607. Die Hoffnung auf Rückzahlung der Schulden Frankreichs war keineswegs unrealistisch. Durch die rigide Steuerpolitik unter Heinrich IV. konnte Frankreich seien defizitären Haushalt ausgleichen, seine Auslandsschulden bei den größten Schuldnern zurückzahlen und bis 1610 einen beträchtlichen Staatsschatz anhäufen. Uwe Schultz, Henri IV. Machtmensch und Libertin, Berlin 2010, S. 173.

98 Ebd., Schreiben von Johann Zobel vom 13. Februar 1609: Die stätte Nunberg, Erfurt, Northausen etc. haben zusammen gethan, fordern in das dritte Jahr, seint eben so weit kommen als wir auch, sollicitiren eher umb audienz, unt haben sich zu ungeduldigen schreiben bewegen lassen, als wan sie die obligation ins feuer werfen unt also dem konig die schult quitiren wolten.

99 Ebd.

100 Ebd., Schreiben des Rats vom 1. November 1610.

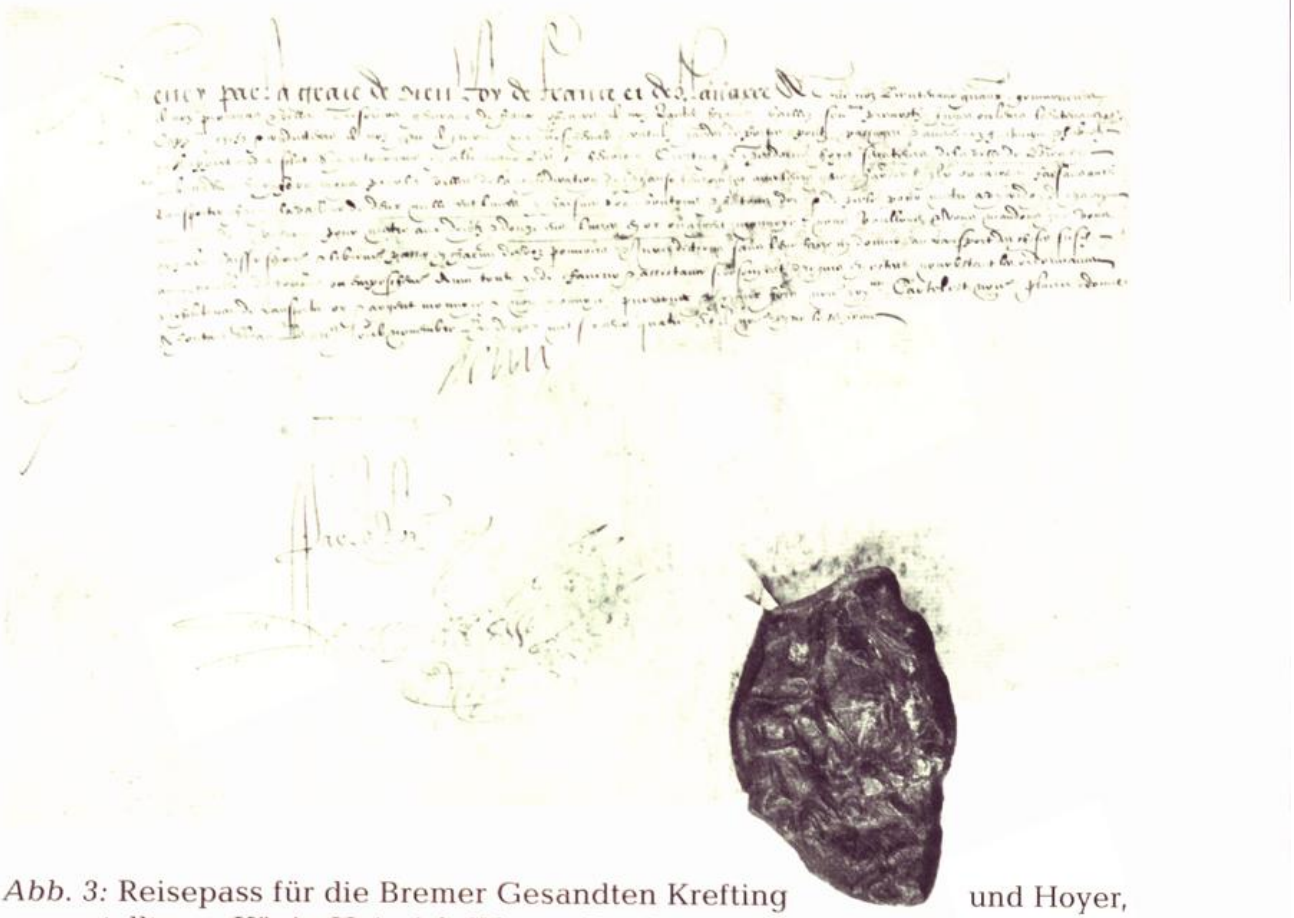


Abb. 3: Reisepass für die Bremer Gesandten Krefting und Hoyer, ausgestellt von König Heinrich IV. von Frankreich. Fontainebleau, 1604, November 11. (Foto: StAB)

richteten die Bremer 1671 ein letztes Schreiben an Ludwig XIV. Es blieb unbeantwortet.[101]

VIII.

Als die beiden Bremer Krefting und Hoyer im November 1604 nach erfolgreichen diplomatischen Geschäften Fontainebleau verlassen hatten, waren sie von Heinrich IV. mit einem Reisepass mit dem großen Majestätssiegel des Königs versehen worden. Über einhundert Jahre nach der Reise und lange nach dem Ende der Hanse tauchte der Pass im Bremer Rathaus offenbar zufällig als kurioser Urkundenfund wieder auf. Zu der Wittheitssitzung vom 4. Mai 1729 vermerkt das Protokoll erstaunt und zugleich erfreut, man habe ein »Privilegium von Henrico IVto von Frankreich aufgefunden«, aus dem hervorgehe, dass schon zu dessen Zeiten Bremer Delegierte »Ambassadeurs gehießen«.[102] Dem Senat der mittlerweile durch die Reichsunmittelbarkeit eigenstaatlich

101 Alle weiteren Vorgänge ebd.
102 StAB 2-P.6. Wittheitsprotokoll vom 4. Mai 1729.

konsolidierten Stadt diente dieser Fund als Urkundenbeweis seiner uralten Ansprüche auf Unabhängigkeit und politisch-diplomatisches Gewicht. Der zum staatlichen Privilegium geadelte Diplomatenpass wurde freudig zu den französischen Betreffen im Ratsarchiv genommen, wo er sich noch heute befindet.[103]

IX. (Anhang)

Inventar der von Jacques de Ségur, Legat König Heinrichs von Navarra, dem Bremer Rat anvertrauten Kleinodien. 3. Dezember 1583.
StAB 2-B.10.a.1.
Ausfertigung, Papier. 6 Doppelblatt, gefaltet zu 12 Blatt folio,
mit rot-gelber Schnur gebunden, auf S. 2 Sekretsiegel der Stadt Bremen
(Grünes Wachs auf Papier).
Beschrieben S. 1-19, frei S. 20-23, auf S. 24 Dorsualvermerk:
Inventariu[m] Depositi R[egis] Navarreni d[atum] 3 Decemb[ris] 1583.

1
NOS CONSULES et SENATORES civitatis Bremensis notum facimus universis et singulis, ac testamus per praesentes, quod generosus ac clarissimus dominus Jacobus Segurius, Pardalianus, serenissimi Regis Navarrae Henrici, huius nominis secundi, legatus, consiliique et domnis eiusdem praefectus aliquot clenodia ex auro et preciosissimis gemmis confecta, in duabos cistis sive arcis iuxta tenorem inventarii, per secretarium nostrum Henricum Houcken, praesentibus domino Christophoro Pezelio, sacry theologyie doctore, et Eilardo Esichio testibus anno millesimo quingentesimo octuaegesimo tertio, die tertia mensis decembris consripti, seclusa, fidei nostrae concredidit, ac penes nos ad fideles manus deposuit. Idcirco favete pollicemur ac promittimus, nos supradicta nobis concredita clenodia in fideli custodia, uti bona nostra propria, conservaturos, ac illa praememorato domino Segurio aut etiam serenissimo Regi, vel haeredibus ipsius, vel denique ei, qui vel ab eodem domino Segurio, vel serenissime Rege, aut eius haeredibus, ad exigendum, et repetendum idem depositum procurationem, sive mandatum habebit (dummodo idem dominus Segurius vel serenissimus Rex Navarrenus, aut etiam alterutius mandatarius, hanc nostram cautionem, una cum inventario per transfixum huie cautioni annexo ad nos refe-

103 StAB 2-B.10.b.

2
rat). Sincera fide esse restituturos in cuius rei evidens testimonium nos consules et senatores supradicti civitatis nostrae secreto has literas scienter communivimus. Quae datae sunt anno a nativitate Christi Salvatoris nostri millesimo quingentesimo octuagesimo tertio, die vero sexta mensis decembris.

[L. S.]

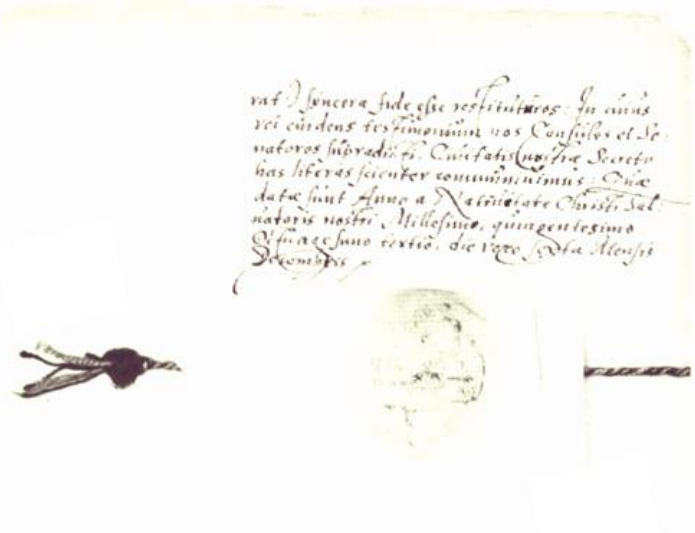
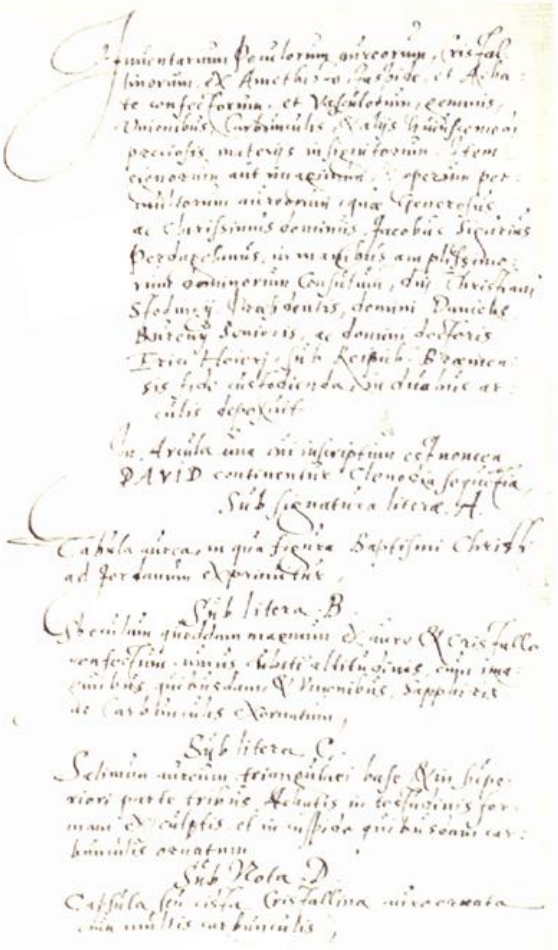


Abb. 4 a und b: Bestätigung des Bremer Rats über die Anlage des Schatzinventars für Jacques Ségur und Beginn des Inventars, Bremen 1583, Dezember 3. (Foto: StAB)

3
Inventarium poculorum aureorum, cristallinorum, ex amethisto, jaspide et achate confectorum, et vasculorum, gemmis, unionibus, carbuniculis et aliis huiusce modi preciosis materiis insignitorum: Item signorum aut imaginum [vel] operum permultorum aureorum, quae generosus ac clarissimus dominus Jacobus Sigurius Perdagesanus in manibus amplissimorum dominorum consulum, domini Christiani Stedingii praesidentis, domini Danielis Burenii Senioris, ac domini doctoris Erici Hoieri, sub rei publice Bremensis fide custodienda, in duabus arculis deposuit.

In arcula una cui inscriptum est nomen DAVID continentur clenodia sequentia

Sub signatura literae A
Tabula aurea, in qua figura baptismi Christi ad Jordanum exprimitur.



Sub litera B

Speculum quoddam magnum ex aure et cristallo confectum, unius cubiti altitudinis, cum imaginibus quibusdam et unionibus, sapphiris ac carbunculis exornatum.

Sub litera C

Salimun aureum triangulari base, et in superiori parte tribus achatis in testudinis formam exsculptis et cuspide quibusdam carbunculis ornatum.

Sub nota D

Capsula seu cista cristallina auro ornata cum multis carbunculis.

4

Sub litera E

Speculum ex chalibe auro ornatum, ad cuius basis aliquot carbunculi, adamantes et uniones exstant.

Sub signatura literae F

Fontis signum ex auro confectum, in cuius basi multi sunt lapilli achatae et smaragdorum radices, in ipso vero fontis tubulo carbunculi quinque magni et sapphirus magnus, item minutiores duo adamantes et duo carbunculi, in supremo vero tubulo vasuilum ex achate et sex ex auro imaginunculae.

Sanctae Catharinae signum aurea catena suspensum unae crescenti insidentis, duobus carbunculis, duobus saphiris, unico smaragdo, et quatuor unionibus ornatae.

Tabula aurea imaginibus duabus Caroli Magni et domni Ludovici depicta cum arbore unionibus minutis ornata, et angelo arbori insidente.

Cruzifixi imago aurea cum clavis tribus ex adamante sculptis.

Liber aureus quadratus, ad speculum continendum comparatus, hederaciis foliis utrumque sculptus.

Carbunculus ex armilla suspensus.

Discus aureus, cum imagine capitis Sancti Johannis Baptistae.

Pixis quaedam aurea ad continentos odores parata et sculpta.

Annulus aureus in catenulae formam exsculptus et sex crucibus insignitus.

Decem cubi aurei, albo smalto obducti, cum

5

aurea pixide, heli lama asaphthani inscriptis et flagello aureo.

Alia pixis aurea cum catenula et annulo ambra referta.

Tabula aurea in qua Christi resurrectio artificiose sculpta.

Conus aureus parvulus et cophinus ex auro et dactiliotheca parvula ex auro.

Sub litera G

Signum aureus, cum unionibus aliquot carbunculis, adamantibus et turcosus ornatum, cum figura dei, Adam et Evae.

Sub litera H

Tabula aurea magna in cuius umbitico sub cristallis lamine infixus est achates

in formam Capitis Johannis Baptistae exsculptus, et in ambitum est totu historia conniuris Haerodis.

Sub litera I

X lanis ex jaspide et auro, cum operculo ibidem ex jaspide et auro, carbunculis, saphiris et unionibus ornata, in cuius basi angeli et Mariae effigies et super operculum turris cum magno saphiro et tribus unionibus,

Orbis aureus oderata ambra plenus, sex fasciis constans.

Insigne aureum ordinis Sancti Michaelis.

Sub litera K

Tabula magna aurea cum Magdalenae figura, in quius tabulae limbo sunt infixi alquot saphiri, carbunculi et uniones magni.

6

Sub litera L

Tabula magna aurea, ubi figura trinitatis, sursum crux aurae, omnia magnis saphiris, carbunculis et unionibus ornata.

Sub litera M

Tabula quadrata cum figura Mariae lactantis infantem, multis carbunculis, unionibus et sapphiris ornata, deficiente tamen una gemma.

Sub litera N

Catharinae effigies aurea satis magna in septo aurae stans, cum arboris et rotae effigie, regem consultans cuius signi rota, arbore et septum, unionibus, carbunculis et adamantibus ornata sunt.

Sub litera O

Tabula aurae, circulari figura, in qua sunt tres achatae et carbunculi quatuor, uniones et smaragdi, in catena aurae dependens.

Sub P

Signum aureum in quo duo equites pugnante, tertius equo excursus, et aureo composteatus.

Sub Q

Paterna ex achate aureo suffulta, cum operculo, in quo sunt quidam carbunculi et turcosii.

Sub R

Calix magnus cristallinis, basi et operculo aureo, quatuor orbinibus unionum et carbunculorum ornatus, in cuius operculi fastigio funt quatuor carbunculi.

Sub S

Dina aurae fatis magna fluvio argenteo

7

incumbens, manu sinistra corum copiae tenens, et dextra urnae invitens, cuius fluvii alveus argenteus est

Sub litera T

Tres vasei sine amphorae, duae ex cristallo et auro, tertia ex auro et lasulo.

Et viginti quinque ex auro signa, inter quae nonummae species instrumentorum domesticorum exstans.

Sub litera V

Duo ordinis Sancti Michaelis isnsignis, adamantibus ornata.

Margaretha draconis es Margarito insidens in tabella aurea.

Sub litera X

Tabula aurae, capsulis quibusdam inscriptis distincta, ac ornata unionibus duodecim et quatuor adamantibus, catena aurea suspensa.

Tabula quaedam aurae complicatilis, in cuius uno latere annunciatio Mariae, in altera salutatio Elisabetae, multis circum unionibus, sapphiris ornata, catena aurea usupensa

Alia figura aurea, in qua figura Christi ex cameiole facta, cum suis operculis aureis.

Alia tabula aurea in cuius uno latere Franciscus exsculptuts est, in altero vero effigies quaedam cardinalem ante crucifixum procumbentem referens.

Libellus aureus, catena aurea suspensus, cum

8

Evangelio Johannis et aliis preculis.

Reticulum aureum, ad pilae lusum comparatum, cum quatuor unionibus et tribus carbunculis

Fragmenta undecim vasis aurei fracti, quorum aliqua unionibus, sapphiris et carbunculis ornata, quaedam vero loca gemmis vacua sunt.

Insuper alia quaedam fragmenta exigui precii.

Sub signatura literae ß

Camelus ex unione magno et auro, arbori alligatis et in septo aureo conclusus.

Duo calicthi aurei, cum operculis auraeia in quibus uniones magni continentur, et ipsum operculum carbunculo ornatum.

Camelus alius ex auro.

Luna ex aureus unionem magnum gestans.

Parvula pixis continens annunciationum angeli duobus carbunculis et auro ornata.

Lamina aurea ovali figura, in cuius uno latere sunt tres gratiae, in altero latere imagino Reginae

Sagittarius aureus, duobus magnis carbunculis et sapphiro ornatus.

Achates aureo limbo circumdatus, habens effigiem viri prostrati ante Christum, cum grandi hiachinto.

Aliis achates circulari figurati in hominis effigiem exsculptus cui laesulus appensus.

Exigua crux aurea, cum quatuor minutis unionibus.

Libellus quidam aureus cum gemino jaspide.

9

Tabula holoferica in qua duae sunt imagines una foemina, altera procumbentis ante crucem cristallinam.

Sub signatura literae Z

Effigies Marie Christum lactantis jaspide substrato, in cuius limbo carbunculis ornatis et septem unionum minutorum spirae, auro circumdata.

Duo vascula ex auro et achate eisudem formae.

Tabula aurea cum gemino operculo cristallino et tribus imaginunculis, cum septem unionibus et quatuor sapphiris.

Foencina insidens equo ex conchilio unionis, imposita septo aureo, carbunculis, unionibus et turcosiis distincto.

Effigies aurea Francisci .I. Regis Galliarum ex catenula suspensa.

Capsula quaedam aurea quadrangula unionibus circumdata.

Citharis triae imago aurea sapphiro, carbunculo et tribus unionibus ornata.

Duo parva candelabra ex achate et auro.

Parvum gulturnium ex auro.

Pixis serica rubea aureo limbo circumdata,

tribus carbunculis, adamante unico et unionibus minutis nonnullis ornata, cum appenso pomo aureo, adamante, sapphiris et carbunculis intertexto.

Achates in Herculis effigiem sculptis, aureo limbo circumdatus.

Carneolus effigiem viri repraesentans auro circumdatus.

Tredecim alia exigua partim signa, partim vascula ex auro et gemmis.

10

Sub litera *E*

Poculum ex alebastro, cum operculo et base aurea multis ornata carbunculis

Sub signatura Es

Grande poculum tribus partibus distinctum quarum infima basis habet partim auream, partim ex jaspide, cui columna ex jaspide invititur, et eidem columnae scyphus ibidem ex jaspide et auro addito gemino dracona.

Altera pars Sabinum est ex aureo et multis gemmis grandioribus, tertia vero est operculum ex jaspide, aureo et gemmis distinctum, quae omnia multis carbunculis sapphiris et unionibus ornata et circum varia animalium signa coelata sunt.

Sub signatura gallici verbi sanctifie

Poculum partim aureum, partim cristallinum, cum operculo multis carbunculis, unionibus, turcosiis distincto et grandi in vertice sapphiro.

Sub signatura verbi soit

Grandius poculum in formam navis, cuius basis est aurea, magnis unionibus ornata, scyphiis vero amethistinus in navigii forma cui alabastrinus cupido insidet.

Sub signatura que nous

Citharis tria aurea, sub aurea arbore sedens et septo aureo conclusa, unionibus parvis ornata.

Sub signatura ta volunte

Patera cum operculo, partim ex aureo, partim ex cornu unicornis confecta, unionibus

11

et carbunculis distincto.

Sub signatura PP

Tabula ex auro, cum gemino operculo cristallino, continens effigiem Johannis Evangelistae, multis sapphiris, unionibus et carbunculis grandioribus ornato.

Sub signatura nos offensas

Nonaginta novem numismata aurea et quatuor argentea antiqua, diversi ponderis et magnitudinis

Praecedentia omnia (ut supra dictam) reposita sunt in arca DAVID.

Reliqua quae sequuntur asservantur in arca, cui inscriptum nomen SALOMON.

Sub signatura AA

Paterna magna cuius calix ex amethisto, aureo limbo, base, capsulo et operculo, in cuius vertice Bacchus dolno aureo insidet, ac opalis et aliis lapidibus distincta et pampineis foliis coelata.

Sub signatura BB

Tabula magna in qua Christi figura ex amethisto sculpta est, cuius aureo limbo hederaciis foliis ornato, in cuius vertice trium angelorum simulacra.

Sub signatura CC

Duo cochlearia ex achate et auro coelato in imagines, quarum ex manibus et ca-

12

pitum operculo octo carbunculis minores exstant.

Sub signatura DD

Turris cristallina ad cuius basis Haerodius discum cum Johannis capite ferens, et carnificis imago ipsius Johannis capite truncato. Septo aureo, unionibus nonnullis distincto, omnes conclusi.

Sub signatura FF

Alia turris aurea, ad cuius basis duo angeli genibus advoluti, in fastigio ipso lamina cristalli circulari figura circumdata, limbo aureo gemmis distincto. Et in vertice ipso circuli crux quatuor adamantibus et tribus carbunculis insignita. Turris vero ipsa sapphiris, carbunculis et unionibus grandibus ornata et lamina aurea obducta. Hinc porro circulo cristallino additus est, alius eiusdem materiae.

Speculum praeterea auro ornatum. Et pixis aurea subtilissime ornata.

Sub signatura OO

Simulacrum aureum annunciationis Mariae in magna quaedam tabula exsculptum, tribus columnis ex achate suffultum, quarto vero columna collisa (cuius tamen fragmentum ibidem exstat) cuius e medio topazius est lapis grandior.

In vertice angelus carbunculum magnum sustinens, passim vero toto opere uniones magni et carbunculi sunt insiti et adamas praeterea cuspidatus.

13

Sub signatura SS
Tabula aurea cum simulacris duarum mulierum appictis.

Sub signatura VV
Candelabrum ex auro et cristallo

Sub signatura XX
Columna ex achate et auro

Sub signatura YY
Horologium solare ex auro, cui speculum induditur.

Sub signatura II
Effigies aurea Bersabeae in fonte aureo, e cuius centra exstat tubulus, smaragdum sustinens, in ipso vero fontis cuppa unionum multorum spirae.

Sub signatura PP
Patera cui basis aurea infinitis amethistis ornata. Scyphus vero ipse ex cristallo et auro coelatus, in navigii formam. Operculum ibidem ex cristallo et auro, amethistis ornatum. In cuius fastigio est Diana aurea.

Sub signatura AAA
Vas cristallinum aureae, basi invixum cum operculo aureo, in quibus smaragdi et hiachinti aliquot operculi porro fastigio cristallinus globus insidet.

Sub signatura BBB
Poculum ex alabastro, lymbo et operculo aureo, sapphiris, unionibus et smaragdo distincto.

14

Sub signatura DDD
Christi imago aurea, ligneae cruci infixa, cum tribus clavis adamantinis cuspidatis et inscriptione ex sapphiro magno, cuius crucis basis aurea est ornata topazio maximo et grandioribus carbunculis.

Sub signatura HHH
Gutturnium magnum ex cristallo sculptiti, elegantissime coelatum, ansa partim (?) aurea, partim argentea, minutioribus quibusdam lapidibus ornata.

Sub signatura III
Cantharus cristallinus, base cingulo et operculo aureo, carbunculis et unionibus ornatus, in cuius fastigio Reginae Navarreae insignia.

Sub signatura RRR
Poculum parvum ex jaspide, cum operculo ex eadem materia, cum base et limbis aureis, unionibus, adamantibus cuspidatis et carbunculis distinctis in cuius fastigio sapphirus exstat.

Sub signatura PPP

Fons aureus in quo Bersabea simulacrum cuius e medio tubulus, et ei insidens vasculum, e smaragdi rupe utriumque exstat. Fontis vero ipsius vas sive castellum achate multo, carbunculis, turcosiis et adamantibus operculum autem aureum gemino adamante grandiusculo duplici topazio, carbunculis et smaragdis insignitum est.

Sub signatura ℰℰℰ

Salinum base aurea et quatuor columnis ex

15

achate suffultum. In intervallo autem epistiliorum sunt vascula ex achate, quorum in medio onix est, oculi speciem referens. In media vero base topazius magnus quadratus, cui topazio imminet effigies bifrons ex ignoto lapide. Operculum vero ex auro multis carbunculis interius ornato. Exterius vero quatuor ex achate imagines, quarum in medio simulacrum ex achate, una cum tribus gemmis cuspidatis.

Sub signatura litera aleph

Tabula aurea nativitatis Christi in cuius limbo septem exstant carbunculi magni, sex uniones maximi et quinque rosarum species ex adamantibus compactae. Tabula ipsa ex catenula pendet, ex qua magna gemma exempta est.

Tabula aurea magna, in qua species Christi flagellis coesi, in ipsa vero tabulae ora, decem carbunculi magni et uniones viginti ex aurea cathena suspensa.

Alia tabula aurea magna, Christi effigiem ad columnam flagellati continens, cuius limbus unionibus multis, carbunculis et sapphiris maioribus praetextus est, ex cathena aurea dependens.

Tabula alia monumenti speciem referens, ex quo Christus resurrexit, in cuius tumuli superiore parte magnus est achates in Christi effigiem, et duorum angelorum exsculp-

16

tus, catena aurea suspensa.

Tabula aurea cum imagines Johannis inter animalia in deserto considentis, cum catena aurea.

Tabula aurea Christi speciem continens ex cruce devoluti et in tumulum deferendi, cum catena aurea.

Pulvinar aureum in cuius medio carbunculus maximus.

Sub signatura literae beth

Rupis effigies [aurea] in qua permulti uniones maximi, amethisti insignes, sapphiri, smaragdus magnus, in cuius fastigio [vero monachorum] inagunculae [et aliorum hominum et crucifixi ipsius species].

Samaritanae mulieris et Christi figura aurea, in septo aureo unionibus, turcosiis et carbunculis distincto, quatuor maioribus unionibus suffulto, quae species ad puteum adstant, in quo duae columnae et gemina scitula ex achate, gutturnium autem ex sapphiro, columnis vero puteallim positum adamantibus et carbunculis ornatum, puteus deniqae hiachintis et carbunculis distinctus.

Patella aureo pede, unionibus minutis et carbunculis ornata, cuius scyphus et operculum ex achate, operculum porro ipsum auro carbunculis et unionibus distincto ornatum.

Patella ex auro et cornu unicornis, cum operculo eiusdem materiae.

Imago crucifixi aurea, septo aureo conclusa, in quo Judaeorum et Romani militis simulacra.

17

Baptismus Christi ipsius et Johannis angelique et Dei imagines aureas, cristallinae laminae impositas, continens aureo limbo circumdatus octo unionibus ornato, ex quo pendet effigies gemina cum lapide jacintho.

Globus orbis terrarum ex auro, cum coelestibus circulis, serico inclusus.

Discus aureus Johannis caput ex achate coelatum continens, quod ab Herodia degestalur.

Unionibus circum in limbo aureo dispositis ornatus.

Martis imago ex alabastro, cuius pectus et venter ex conchilio, clypeus ex smaragdo, veneris et cupidinis imaginibus insignitus.

Discus alius ex achate, in quo caput aureum Johannis Baptistae et lymbus aureus.

Septum aureum in quo cignus ex conchilio, cum duobus pullis.

Pixis aurea coelata, in qua odoratae ambrae massa.

Simulacrum aureum mercatoris formam referens.

Discus alius aureus in quo caput Johannis, imago Sancti Georgii equo insidentis ex achate.

Africanae mulieris effigies ex achate aureo limbo circumdata.

Sancti Michaelis effigies ex achate, satanam opprimentis, cum aureo limbo.

Globus aureus duobus hemispheriis constans aurea clavicula coaptatus.

Salamandra ex achate aureum limbum habens.

18

Imago foeminae indicae ex achate cum aureo limbo et unione pendente.

Basis aurea, angeli species aurea, cum fragmentis quibusdam aliis aureis, ex poculo quodam aurea collisis.

Quadraginta unum sigilla, partim ex auro, partim ex gemmis confecta.

Sub signatura HE

Quatuor laminae aureae, coelatae octogena figura plana, turchosiis maioribus et carbunculis ornatae.

Duae naves aurea, aureis basibus suffultae.

Imago Mariae ex achate, cum infantulo, carbunculis, unionibus et sapphiro ornata.

Duo lebetes aurei, quorum alterum operculum habet aureum.

Duae parvae pixides aureae, una circulari, altera ovali figura.

Achates magno artificio exsculptus, in quo militis caput humanum proferentis species habetur, auro circumdatus

Imago mulieris ex achate aureo limbo coelato ornata, in quo tres carbunculi et magnus unio.

Imago aurea Sanctae Margarethae, draconi insidens, cuius venter ex smaragdo, auro et multis unionibus ornata.

Crucifixus aureus clavis adamantinis minutissimis et unionibus ornatus, cui inscriptio exempta.

Duodecim aurea sigilla, quorum nonnulla gemmis distincta sunt.

19

Cratinus magnus ex achate coelato aureo limbo, sed aliquo modo collisus, nulla litera signatus, sed in capsula sua repositus.

Praemissa omnia conservantur in arca cui inscriptum SALOMON.

Praemissum inventarium ex mandato senatus reipublicae Bremensis, praesentibus reverendo, clarissimo ac provido domino D. Christophorus Pezelio et domino Eilardo Esichis, ad hoc rogatis testibus, anno 1583 tertia die decembris, per me Henricum Haucken, sacra caesarea auctoritate publicum, et in camera imperiali approbatum notarium, ac reipublicae Bremensis secretarium fideliter conscriptum esse, id testor hac manus meae propriae spriptura ac subscriptione.

Henricus Hauckenn subscripsit

Das Bremer Gymnasium Illustre und seine Beziehung zu den Studenten der Brüderunität aus Böhmen und Mähren zu Anfang des 17. Jahrhunderts*

Von Markéta Růčková

Das Gymnasium Illustre als Organisationsschultyp in der Frühen Neuzeit

Das 16. und 17. Jahrhundert, also die Zeit der Reformation und Konfessionalisierung,[1] lieferte zahlreiche neue Anregungen für die Entwicklung des Partikular- und des höheren Schulwesens.[2] Das System der wissenschaftlichen

* Die folgende Arbeit ist zum Teil ein Ergebnis der Forschungsprojekte GAUK 46909 »Studenten der Brüderunität am Anfang des 17. Jahrhunderts« und MSM 0021620827 »Die böhmischen Länder in der Mitte Europas in Vergangenheit und Gegenwart« an der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag.

1 Zum Begriff Konfessionalisierung vgl. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Konfessionalisierung [zuletzt besucht am 7. 2. 2010] oder die zahlreichen Arbeiten von Heinz Schilling, Professor am Institut für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, die auch die Bildungsthematik berühren (Eine Bibliographie seiner Arbeiten befindet sich auf den Internetseiten des Berliner Instituts – vgl. URL: http://www.geschichte.hu-berlin.de/default.aspx?tabid=3484 [zuletzt besucht am 6. 2. 2010]). Vgl. weiter Anton Schindling, Utváření konfesí, konfesionalizace a multikonfesionalita jako základní problém evropských dějin v 16. a 17. století. Nová německá literatura k problematice [Konfessionsbildung, Konfessionalisierung und Multikonfessionalität als Grundproblem der europäischen Geschichte. Neue deutsche Literatur zur Problematik], in: Český časopis historický 1, 2008, S. 80-108. Andere Historiker, die sich mit dem Phänomen der Konfessionalisierung beschäftigt haben, sind beispielsweise Ernst Walter Zeeden (Die Entstehung der Konfessionen. Grundlagen und Formen der Konfessionsbildung im Zeitalter der Glaubenskämpfe, München / Wien 1965; ders., Konfessionsbildung. Studien zur Reformation, Gegenreformation und katholischen Reform, Stuttgart 1985), Volker Press (Stadt und territoriale Konfessionsbildung, in: Franz Petri (Hrsg.), Kirche und gesellschaftlicher Wandel in deutschen und niederländischen Städten der werdenden Neuzeit, Köln / Wien 1980, S. 251-296), Wolfgang Reinhard oder Walter Ziegler (zusammen mit Anton Schindling (Hrsg.), Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, 7 Bände, Münster 1992–1997).

2 Bereits Anton Schindling machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Ansichten der älteren deutschen Geschichtsschreibung zu widerlegen, die auf die Epoche der Konfessionalisierung herabgesehen und diese als »Rückfall« ins Mittelalter bewertet hatte, vgl. Anton Schindling, Schulen und Universitäten im 16. und 17. Jahrhundert. Bildungsexpansion und Laienbildung im Dienste der Konfessionen.

Bildung in der Frühen Neuzeit unterschied sich von den mittelalterlichen Schulformen, und im 16. Jahrhundert verwischten sich die Grenzen zwischen den einzelnen Schultypen noch stärker. Deshalb darf man nicht von einer festen Gliederung oder von einer Definition ausgehen, die diese oder jene Bildungsinstitution näher charakterisiert hätte.[3] Weitere für diese Epoche im Hinblick auf das Schulwesen bezeichnende Aspekte sind die konfessionell bedingte Zugehörigkeit der Schulen zu den einzelnen religiösen Strömungen[4] sowie die besonderen politischen Ziele der Schulgründer, denn gerade die weltliche Macht (aber nicht nur sie allein) war in dieser Zeit die entscheidende wirtschaftliche Kraft bei der Entstehung neuer schulischer Einrichtungen.[5]

Obwohl im Heiligen Römischen Reich bereits traditionelle Universitäten mit vier Fakultäten existierten oder diese neu gegründet wurden,[6] gelang es nur bei drei Einrichtungen – Heidelberg (1561, erneut 1584), Marburg (1605) und Frankfurt an der Oder (1616)[7] –, ihnen einen reformierten Stempel aufzu-

Eine Problemskizze in zehn Punkten, in: Norbert Richard Wolf (Hrsg.), Wissensorganisierende und wissensvermittelnde Literatur im Mittelalter. Perspektiven ihrer Erforschung. Kolloquium 5.–7. Dezember 1985, Wiesbaden 1987, S. 283-284; weiter vgl. Stefan Ehrenpreis / Christian Jaser, Auswahlbibliographie zur frühneuzeitlichen Erziehungs- und Bildungsgeschichte, in: Heinz Schilling / Stefan Ehrenpreis (Hrsg.), Erziehung und Schulwesen zwischen Konfessionalisierung und Säkularisierung. Forschungsperspektiven, europäische Fallbeispiele und Hilfsmittel, Münster 2003, S. 205-275.

3 Vgl. Walter Rüegg (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 2, Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500–1800), München 1996, S. 53-80.

4 Vgl. Stefan Ehrenpreis, Reformed education in early modern Europe. A survey, in: Wim Janse / Barbara Pitkin (Hrsg.), The Formation of Clerical and Confessional Identities in Early modern Europe (Dutch Review of Church History 85, 2005), Leiden / Boston 2006, S. 39-51; Gerhard Menk, Das Bildungswesen in den deutschen protestantischen Territorien der frühen Neuzeit, in: Schilling / Ehrenpreis (Hrsg.), Erziehung und Schulwesen (wie Anm. 2), S. 55-99, besonders S. 78-85; Arno Seifert, Das höhere Schulwesen. Universitäten und Gymnasien, in: Notker Hammerstein / August Buck (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Band 1, 15.–17. Jahrhundert. Von der Renaissance und der Reformation bis zum Ende der Glaubenskämpfe, München 2006, S. 197-374; Anton Schindling, Bildungsinstitutionen im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation als Ziele der studentischen Migration. Wanderungen im Zeichen von Konfessionen und geistigen Strömungen, in: Márta Fata / Gyula Kurucz / Anton Schindling (Hrsg.), Peregrinatio Hungarica. Studenten aus Ungarn an deutschen und österreichischen Hochschulen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 42.

5 Vgl. Schindling, Schulen und Universitäten im 16. und 17. Jahrhundert (wie Anm. 2), S. 278-280.

6 Für Literatur zu diesem Thema vgl. Anton Schindling, Die deutschen Universitäten im Zeitalter von Späthumanismus und Aufklärung, in: Cora Dietel / Dörte Helschinger (Hrsg.), Ars und Scientia im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Ergebnisse interdisziplinärer Forschung. Georg Wieland zum 65. Geburtstag, Tübingen / Basel 2002, S. 304, Anm. 3.

7 Vgl. Seifert, Das höhere Schulwesen (wie Anm. 4), S. 298; Notker Hammerstein, Schule, Hochschule und Res publica litteraria, in: Sebastian Neumeister / Conrad

drücken, ohne sie in ihren Rechten zu beschränken, so dass sie auch weiterhin gleichberechtigte Partner der lutherischen und katholischen Universitäten blieben. Wollten jedoch Landesherren oder Reichsstädte, die sich zum protestantischen, genauer gesagt zum reformierten Glauben bekannten, auf ihren Territorien eine vollgültige Universität einrichten und so das Angebot einer Bildung erweitern, um nicht nur das »gemeine Wohl« der Gesellschaft zu verfolgen, sondern auch jene politischen und religiösen Ziele,[8] so stießen sie auf ein grundlegendes Problem: nämlich die faktische Unmöglichkeit, das kaiserliche oder gar das päpstliche Privilegium zu erhalten, welches die neu entstandene Institution zu allen Amtshandlungen – einschließlich der Verleihung akademischer Grade – berechtigt hätte. Der Grund für diese Beschränkung lässt sich zum einen in der ständischen Zugehörigkeit der Gründer erblicken,[9] vor allem jedoch darin, dass die reformierte Konfession – obwohl nach Abschluss des Augsburger Religionsfriedens im Jahr 1555 im Hinblick auf das Bekenntnis die Formel »*cuius regio, eius religio*« galt[10] – bis zum Westfälischen Frieden (1648) keine legale Grundlage besaß; der Augsburger Frieden hatte nur die katholische und die lutherische Konfession anerkannt. Ähnliches galt auch für die Reichsstädte, die sich an das sogenannte »*ius reformandi*« hielten.[11] Die Bildung und die Schulen wurden zu einem wichtigen Instrument der weltlichen und kirchlichen Obrigkeiten bei der Durchsetzung des »wahren Glaubens« und gerieten so in den Strudel der

Wiedemann (Hrsg.), Res publica Litteraria. Die Institutionen der Gelehrsamkeit in der frühen Neuzeit, Teil 1, Wiesbaden 1987, S. 101-102.

8 Vgl. Matthias Asche, Über den Nutzen von Landesuniversitäten in der Frühen Neuzeit. Leistung und Grenzen der protestantischen »Familienuniversität«, in: Peter Herde / Anton Schindling / Matthias Asche (Hrsg.), Universität Würzburg und Wissenschaft in der Neuzeit. Beiträge zur Bildungsgeschichte. Gewidmet Peter Baumgart anlässlich seines 65. Geburtstages (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg 53), Würzburg 1998, S. 134-140; Notker Hammerstein, Die Obrigkeiten und die Universitäten: ihr Verhältnis im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, in: Ulrich Muhlack / Gerrit Walther (Hrsg.), Res publica litteraria. Ausgewählte Aufsätze zur frühneuzeitlichen Bildungs-, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte (Historische Forschungen, Bd. 69), Berlin 2000, S. 376-387; Anton Schindling, Universität und Verfassung in der Frühen Neuzeit, in: Hans-Jürgen Becker (Hrsg.), Interdependenzen zwischen Verfassung und Kultur. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hofgeismar vom 22.3.–24.3.1999, Berlin 2003, S. 51-90.

9 N. Hammerstein belegt ein solches Beispiel im Fall der Gründung der Herborner Hohen Schule, vgl. Hammerstein, Schule, Hochschule und Res publica litteraria (wie Anm. 7), S. 103.

10 Vgl. Heinz Schilling / Heribert Smolinsky (Hrsg.), Der Augsburger Religionsfrieden 1555. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 450. Jahrestages des Friedensschlusses, Augsburg 21. bis 25. September 2005 (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, Bd. 150 / Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 206), Münster / Gütersloh 2007.

11 Vgl. Bernd Christian Schneider, Ius reformandi. Die Entwicklung eines Staatskirchenrechts von seinen Anfängen bis zum Ende des alten Reichs (Jus ecclesiasticum, Bd. 68), Tübingen 2001.

religiösen Streitigkeiten und Spannungen, was in der Konkurrenz von Katholiken, Lutheranern und Calvinisten auf dem Territorium der jeweiligen Landesherren und Reichsstädte zu einer Intensivierung der Bemühungen im Bereich der Bildungspolitik führte.[12] Aufgrund dieser Umstände wurden Institutionen gegründet, die zwar keine Hochschultitel verleihen konnten, der Universitätsordnung jedoch nahe standen.

Die Akademien, Hohen Schulen, Gymnasia illustria, wie dieser Typ der höheren Schulen bezeichnet wurde,[13] entstanden nicht nur aus praktischen Bedürfnissen der Städte und Länder, sondern sie entsprachen auch den Vorstellungen der Humanisten und deren Konzept von der Wissensaneignung; zugleich standen sie für eine innovative Weiterentwicklung im Bereich der institutionellen wissenschaftlichen Bildung, die sich zugunsten ihrer Zugänglichkeit auswirkte.[14] In der ersten Entwicklungsphase ging das Gymnasium illustre – als bestimmter Typ der protestantischen Lehranstalt humanistischer Prägung – von einer Modellschule aus, als die das Gymnasium der freien Reichsstadt Straßburg angesehen wird. Diesem hatte in Bezug auf Organisationsform, Lehrplan und Lehr- und Lernmethode der aus Schleiden in der Eifel, aus der Grafschaft Manderscheid, stammende Johann Sturm (1507–1589)

12 Vgl. Zeeden, Die Entstehung der Konfessionen (wie Anm. 1); ders., Konfessionsbildung (wie Anm. 1); Heinz Schilling (Hrsg.), Die reformierte Konfessionalisierung in Deutschland. Das Problem der »zweiten Reformation.« Wissenschaftliches Symposion des Vereins für Reformationsgeschichte 1985 (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 195), Gütersloh 1986; Hans-Christoph Rublack (Hrsg.), Die lutherische Konfessionalisierung in Deutschland. Wissenschaftliches Symposion des Vereins für Reformationsgeschichte 1988 (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 197), Gütersloh 1992.

13 »In der Sprache der Frühen Neuzeit sind die Bezeichnungen für Institutionen der höheren, lateinischen Bildung nicht sehr scharf gegeneinander abgegrenzt. Die Benennungen Schule, lateinische Schule, Hohe Schule, Gymnasium, Gymnasium illustre, Gymnasium academicum, Hochschule, Akademie und Universität werden nebeneinander und oft austauschbar verwendet, einzig der Begriff der Universität ist durch den Besitz von päpstlichen oder kaiserlichen Graduierungsprivilegien einigermaßen klar definiert.« Zitiert nach: Anton Schindling, Der Straßburger Schulrektor Johannes Sturm, die Schule in Lauingen und die Jesuiten in Dillingen – Humanistische Bildungsreform an Oberrhein und oberer Donau, in: Wolfgang Wüst / Georg Kreuzer / David Petry (Hrsg.), Grenzüberschreitungen. Die Außenbeziehungen Schwabens in Mittelalter und Neuzeit, Augsburg 2008 (Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben, Bd. 100), S. 335, Anm. 41.

14 Vgl. Anton Schindling, Institutionen gelehrter Bildung im Zeitalter des Späthumanismus. Bildungsexpansion, Laienbildung, Konfessionalisierung und Antike-Rezeption nach der Reformation, in: Sabine Holtz / Dieter Mertens (Hrsg.), Nicodemus Frischlin (1547–1590). Poetische und prosaische Praxis unter den Bedingungen des konfessionellen Zeitalters. Tübinger Vorträge (Arbeiten und Editionen zur Mittleren Deutschen Literatur, Neue Folge, Bd. 1), Stuttgart-Bad Cannstatt 1999, S. 84 ff; ders., Bildungsreformen im Reich der Frühen Neuzeit – vom Humanismus zur Aufklärung, in: Armin Kohnle / Frank Engehausen (Hrsg.), Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wollgast zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 13-14.

seinen Stempel aufgedrückt, der selber in Lüttich, Löwen und Paris studiert hatte. Das Gymnasium vereinte die lateinische Partikularschule mit einem Angebot propädeutischer wissenschaftlicher Vorlesungen (*lectiones publicae*) besonders – aber nicht ausschließlich – der Artistenfakultät im Rahmen der Oberstufe, also üblicherweise in der zweiten und vor allem in der ersten höchsten Klasse.[15] Die Organisationsstruktur des Straßburger Gymnasiums wurde zum Vorbild gerade für die deutschen Territorien – auf ihrer Basis wurden Schulen in Hornbach neben Zweibrücken, Lauingen an der Donau, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Korbach gegründet,[16] während ein weiteres bedeutendes protestantisches Zentrum, die reformierte Lehranstalt in Genf, eher als Beispiel für die Einrichtung hugenottischer Schulen auf französischem Territorium diente.[17]

Sturms Gedanken konzentrierten sich jedoch nicht nur auf die oben erwähnte gymnasiale Ordnung, sondern seine Ideen hatten ein höheres Ziel. 1566 entwickelte er das so verstandene Modell der Bildungsinstitution weiter und schlug eine strikte Trennung der »Universitätsstufe« von den unteren Klassen vor, ohne sich von dem gemeinsamen Schema zu entfernen. Es war ihm allerdings nicht vergönnt, dieses Konzept in Straßburg zum Leben zu erwecken – vollständig entfaltete es sich erst bei der Gründung calvinistisch ausgerichteter höherer Schulen. Das wesentliche Unterscheidungskriterium lag in der Erschaffung der sogenannten »*schola publica*«, also des eigentlichen akademischen Gymnasiums, das aus mehreren universitären Lehrstühlen[18] (für Theologie, Philosophie / Pädagogik, Recht und manchmal unabhängig davon auch für Medizin) bestand, sowie seiner vorbereitenden Vorstufe, der

15 Gerhard Meyer, Zu den Anfängen der Straßburger Universität. Neue Forschungsergebnisse zur Herkunft der Studentenschaft und zur verlorenen Matrikel. Aus dem Nachlaß des Verfassers herausgeben und bearbeitet von Hans Georg Rott und Matthias Meyer, Hildesheim 1989, besonders S. 155 ff; Anton Schindling, Humanistische Hochschule und freie Reichsstadt. Gymnasium und Akademie in Straßburg, Wiesbaden 1977; ders., Institutionen gelehrter Bildung (wie Anm. 14), S. 93 ff; ders., Der Straßburger Schulrektor Johannes Sturm (wie Anm. 10); Zdisław Pietrzyk, W kręgu Strasburga. Z peregrynacji Młodzieży z Rzeczypospolitej polsko-litewskiej w latach 1538–1621 [Im Umkreis Straßburgs. Zur Peregrinatio der Jugend aus dem Königreich Polen-Litauen in den Jahren 1538–1621], Kraków 1997; Gerhard Menk, Die Hohe Schule Herborn in ihrer Frühzeit (1584–1660). Ein Beitrag zum Hochschulwesen des deutschen Kalvinismus im Zeitalter der Gegenreformation, Wiesbaden 1981, S. 116-118; Arno Seifert, Das höhere Schulwesen (wie Anm. 7), S. 292 ff.

16 Menk, Die Hohe Schule Herborn (wie Anm. 15), S. 116-117.

17 Ulrich Im Hof, Die Entstehung der reformierten Hohe Schule Zürich (1525) – Bern (1528) – Lausanne (1537) – Genf (1559), in: Peter Baumgart / Notker Hammerstein, Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen der frühen Neuzeit (Wolfenbütteler Forschungen, Bd. 4), Nendeln 1978, S. 243-261; Karin Maag, Seminary or University. The Genevan Academy and Reformed Higher Education 1560–1620, Aldershot 1995.

18 Wegen des fehlenden kaiserlichen Privilegs konnten diese Institutionen zum einen keine akademischen Grade erteilen oder verleihen, wie oben erwähnt wurde, und zum anderen keine Fakultäten bilden.

sogenannten »*schola privata*«, auch als Paedagogium bezeichnet. Deren höchste Klasse erreichte das Niveau der Artistenfakultät, wobei galt, dass das Paedagogium vollständig dem Gymnasium untergeordnet war. Außerdem wies das Gymnasium früher oder später universitäre Attribute auf wie beispielsweise Matrikeln, eigene Druckerei, Apotheke, Mensa und andere von seinen Gründern oder deren Nachfolgern gestiftete Erleichterungen.[19]

Die erste calvinistische Gründung auf Reichsterritorium, die der angeführten Dichotomie entsprach und zugleich die erste gräfliche Gründung war, fand 1584 in Hessen statt. Johann VI., Graf von Nassau-Dillenburg und Bruder Wilhelms von Oranien, bestimmte in enger Zusammenarbeit mit dem Theologen und Juristen Caspar Olevian die konzeptionellen Fundamente und die inhaltliche Ausrichtung der neu entstandenen »Hohen Schule« in Herborn,[20] die zu einem Reflexionsspiegel für die Ordnungen weiterer Lehranstalten wie der Gymnasia illustria in Neustadt an der Haardt (heute an der Weinstraße), Zerbst, Burgsteinfurt, Bremen, Hanau bzw. Beuthen an der Oder in Niederschlesien werden sollte.[21]

So entstand neben den privilegierten vollgültigen Universitäten im Heiligen Römischen Reich ein Netz von Bildungsinstitutionen, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten der kleinen, zumeist protestantischen Territorien und Städte entsprachen; sie bereiteten auf das Studium an der Universität vor oder ersetzten dieses zum großen Teil auch durch das Angebot fakultärer wissenschaftlicher Vorlesungen. Dabei wurden sie zugleich zu konkurrierenden Einrichtungen der einzelnen Konfessionen auf manchmal sogar recht engem Raum.[22]

In der Methodik der Lehre und der Auslegung des Lehrstoffs spiegelten sich die damaligen geistigen und philosophischen Strömungen wider. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts überwog an den meisten protestantischen Schulen das aristotelisch-melanchthonsche Bildungssystem, das auf Methoden,

19 Vgl. Menk, Die Hohe Schule Herborn (wie Anm. 15), S. 117-118; Andreas Mühling, Anmerkungen zur Theologenausbildung in Herborn, in: Janse / Pitkin (Hrsg.), The Formation (wie Anm. 4), S. 78-80.

20 Vgl. Menk, Die Hohe Schule Herborn (wie Anm. 15); ders., Die Hohe Schule Herborn im 16. und 17. Jahrhundert, in: Joachim Wienecke (Hrsg.), Von der Hohen Schule zum theologischen Seminar Herborn 1584–1984, Herborn 1984, S. 22-37; ders., Kalvinismus und Pädagogik. Matthias Martinius (1572–1630) und der Einfluß der Hohen Schule Herborn auf Johann Amos Comenius, in: Nassauische Annalen 91, 1980, S. 77-104; Mühling, Anmerkungen zur Theologenausbildung in Herborn (wie Anm. 19); ders., »Ein Garten junger Pflänzlein.« Ein Herborner Konzept zur Elitenbildung in europäischer Perspektive, in: Hermann J. Selderhuis / Markus Wriedt (Hrsg.), Konfession, Migration und Elitenbildung. Studien zur Theologenausbildung des 16. Jahrhunderts, Leiden / Boston, 2007, S. 311-320; Heinrich Schlosser, Die Bedeutung der Hohen Schule Herborn für die Geschichte des deutschen Geistes, in: Nassauische Annalen 55, 1935, S. 101-112.

21 Vgl. O. Weber, Reformierte Hohe Schulen in Deutschland, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5, Aufl. 3, Tübingen 1961, S. 883; weitere Literatur dazu: Wim Janse, Grenzenlos reformiert. Theologie am Bremer Gymnasium illustre (1528–1812), in: Janse / Pitkin, The Formation (wie Anm. 4), S. 92, Anm. 8.

22 Vgl. Schindling / Ziegler (Hrsg.), Die Territorien des Reichs (wie Anm. 1).

Philosophie und Schriften dieser beiden Persönlichkeiten basierte.[23] Dagegen setzte sich in den reformierten Gegenden immer stärker eine andere Richtung durch: der Ramismus. Das programmatische Motto dieser philosophischen Strömung, die nach dem französischen Philosophen und fundamentalen Kritiker der aristotelischen Lehre Pierre de la Ramée (lat. Petrus Ramus, 1515–1572) benannt und von dessen Freund Omer Talon (lat. Audomarus Taleus, 1510–1562) weiterentwickelt wurde, lautete: »*Praxis, non theoria studiorum est finis.*«[24] Die Vorzüge des Ramismus lagen in der Einfachheit, der Übersichtlichkeit der Veranschaulichung sowie in der engen Anbindung jeder Form der Wissenschaft an Nutzen und Verwendbarkeit in der Praxis. Die praktisch ausgerichtete Lehre verhinderte dann nicht nur eine Beschränkung auf das rein kognitive Vermitteln des Lehrstoffs, sondern verkürzte zudem das Studium erheblich. Der Einfluss des Ramismus zeigte sich besonders in der Entstehung von Schulbüchern, die eher den Charakter von pädagogisch-didaktischen Werken als von philosophischen Abhandlungen annahmen; zu seinen Wirkungsfeldern wurden überwiegend Logik, Dialektik und Rhetorik.[25]

Die »Illustris schola Bremensis« *bis zur Rektorenzeit des Matthias Martinius*

Als am 9. November 1522 der aus Antwerpen geflohene Augustinermönch Heinrich von Zütphen seine erste evangelische Predigt in der Kirche St. Ansgar in Bremen hielt, fielen seine Worte auf fruchtbaren Boden, und der neue, auf den Gedanken Martin Luthers basierende Glaube verbreitete sich sehr schnell in der Stadt. Bald wurde der Bremer Stadtrat zu seinem Verfechter, der das Recht des *ius reformandi* nutzte, um die Konfession frei wählen zu können. Die einmal gewählte Konfession sollte jedoch in der Stadt an der Weser im Verlauf des 16. Jahrhunderts erhebliche Veränderungen durchlaufen, die sich auch im Schulwesen niederschlugen.[26] Vier Jahre

23 Zum Einfluss Melanchthons vgl. Georg Mertz, Das Schulwesen der deutschen Reformation im 16. Jahrhundert, Heidelberg 1902, S. 119-126; Friedrich Paulsen, Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, Bd. 1, Leipzig 1919, passim; Hermann-Adolf Stempel, Melanchthons pädagogisches Wirken, Bielefeld 1979; Karl Hartfelder, Philipp Melanchthon als Praeceptor Germaniae (Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd. 7), Berlin 1889.

24 Menk, Die Hohe Schule Herborn (wie Anm. 15), S. 220, Anm. 12.

25 Vgl. Joseph S. Freedman, The Diffusion of the Writings of Petrus Ramus in Central Europe c. 1570–c. 1630, in: Renaissance Quarterly 46/1, 1993, S. 98-152; Menk, Kalvinismus und Pädagogik (wie Anm. 20); Jürgen Moltmann, Zur Bedeutung des Petrus Ramus für Philosophie und Theologie im Calvinismus, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte, vierte Folge 6, Bd. 68/3-4, 1957, S. 295-318; Howard Hotson, Commonplace Learning. Ramism and its German Ramifications 1543–1630, Oxford 2007.

26 Zu den konfessionellen Verhältnissen und ihrer Entwicklung in Bremen vgl. Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, Von den Anfängen bis zur Franzosenzeit (1810), Hamburg 1989, S. 171 ff.; Ortwin Rudloff, Bremen (Stichwort), in: Theologische Realenzyklopädie, Bd. 7, Berlin / New

nachdem Martin Luther seinen an die Stadträte aller deutschen Städte gerichteten Aufruf veröffentlicht hatte, auf ihren Territorien christliche Schulen einzurichten und zu unterhalten,[27] wurde 1528 auch in Bremen eine evangelische Lateinschule gegründet.[28] Hinter ihrer Gründung standen allerdings auch rein praktische Überlegungen, denn nachdem die katholischen Geistlichen ihren Platz in der damaligen Verwaltung sowie in der Kathedralschule geräumt hatten,[29] war im Bereich des Schulwesens ein Vakuum entstanden, das nun gefüllt werden musste. Die neue Schule wurde im säkularisierten Dominikanerkloster St. Katharina in der heutigen Sögestraße untergebracht. Bis zum Jahr 1563 besitzen wir nur wenige Informationen, aber bereits seit der Schulgründung waren hier bemerkenswerte Persönlichkeiten tätig, die sich um den Ruf der Schule verdient machten: Der erste Rektor Johannes Oldenburg, für kurze Zeit auch der Humanist Euricius Cordus aus Marburg († 1535) oder Melanchthons Schüler, der Theologe und Philosoph Johannes Molanus aus Flandern, der von 1563 bis 1583 an der Spitze der Schule stand.[30] Die zu Beginn vierzügige Schule wurde sechzehn Jahre später auf sieben Klassen erweitert, und dieser Zustand hielt mit kleineren Abweichungen bis 1584 an. Aus der Bremer Kirchenordnung von 1534 geht hervor, dass sie in der Tradition Melanchthons stand.[31] Unter dem Rektor Johannes Molanus

York 1981, S. 153-168; Johann Friedrich Iken, Die Entwicklung der bremischen Kirchenverfassung im 16. und 17. Jahrhundert, in: Brem. Jb. 15, 1889, S. 6 ff.; kürzer auch Thomas Elsmann, Reformierte Stadt und humanistische Schule. Nathan Chytraeus in Bremen (1593–1598), in: Thomas Elsmann / Hanno Lietz / Sabine Petke (Hrsg.), Nathan Chytraeus 1543–1598. Ein Humanist in Rostock und Bremen, Bremen 1991, S. 72-77; Hermann Entholt, Geistiges Leben Bremens in 400 Jahren, in: Abhandlungen und Vorträge 10, Bremen 1936–1937, S. 5-10.

27 Martin Luther, An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen (1524), in: Kurt Aland (Hrsg.), Luther Deutsch. Die Werke Martin Luthers in neuer Auswahl für die Gegenwart, 5. Schriftauslegung, Göttingen 1983, S. 70-78.

28 Thomas Elsmann, Humanismus, Schule, Buchdruck und Antikenrezeption. Anmerkungen zur Bremer Entwicklung bis 1648, in: Klaus Garber / Stefan Anders / Thomas Elsmann (Hrsg.), Stadt und Literatur im deutschen Sprachraum der Frühen Neuzeit, Bd. 1, Tübingen 1998, S. 216, Anm. 71.

29 Thomas Elsmann führt an, dass die evangelische Schule als Konkurrenz zur Domschule St. Peter entstanden sei, weist aber zugleich darauf hin, dass unbekannt ist, ob diese Schule damals überhaupt noch voll funktionsfähig oder nur ein bloßer Torso war, vgl. ders., Reformierte Stadt (wie Anm. 26), S. 80.

30 Vgl. Hermann Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, Bremen 1899, S. 2-4; ders., Das Gymnasium in Bremen und seine Lehrer, in: Festschrift zur Vierhundertjahrfeier des Alten Gymnasiums zu Bremen 1528–1928, Bremen 1928, S. 9-11.

31 Vgl. Elsmann, Reformierte Stadt (wie Anm. 26), S. 80; ders., Danziger akademisches Schrifttum im Umfeld des Bremer Gymnasium illustre, in: Hospitium ecclesiae 19, 1993, S. 107; Johann Friedrich Iken, Die bremische Schule von der Reformation bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte 6, 1896, S. 253-254; zur Kirchenordnung vgl. Anneliese Sprengler-Ruppenthal (Hrsg.), Die Bremer Kirchenordnung

setzte sich ihre viel versprechende Entwicklung fort, auch wenn diese niemals ganz ohne Probleme war, die sich zumeist aus den konfessionellen Streitigkeiten zwischen orthodoxen Lutheranern und Philippisten ergaben. Diese Konflikte gipfelten nach dem Augsburger Religionsfrieden unter dem niederländischen Theologen Albert Rizäus Hardenberg, der 1547 zum ersten protestantischen Prediger im Bremer Dom berufen worden war und sich als kategorischer Gegner der Lutherschen Abendmahlslehre erwies.[32] Obwohl sich die Mehrheit des Stadtrats – in erster Linie aus Furcht, sonst den Schutz des Augsburger Friedens zu verlieren – gegen Hardenberg stellte, neigte die Stadt unter der Führung des Bürgermeisters und Melanchthon-Schülers Daniel von Büren d. J.[33] immer stärker dem Philippismus zu, was ihr ermöglichte, auf der einen Seite die lutherische Konfession offiziell anzuerkennen und auf der anderen Seite allmählich zur reformierten Lehre Calvinscher Prägung überzugehen.[34] Als Johannes Molanus sein Amt als Schulrektor antrat, waren die Auseinandersetzungen um Hardenberg bereits zu Ende. Aus der Amtszeit des Molanus haben sich vier Lehrpläne erhalten, die deutlich auf einen humanistischen Charakter der Schule mit starkem Einfluss des griechischen Elements verweisen.[35] 1581 wurde der ehemalige Wittenberger Philippist und Theologieprofessor Christoph Pezelius nach Bremen berufen, der unter dem Patronat des Daniel von Büren und der Mehrheit des Stadtrates die Stadt in eine deutlich calvinistische Richtung führte und 1584 Superintendent der Bremer Kirche wurde.[36] Im selben Jahr wurde die Bremer Schule durch das Verdienst von Pezelius und Büren[37] auf acht Klassen nach dem Modell Johann

von 1534, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 113, Kanonistische Abteilung 82, 1996, S. 107-269.

32 Vgl. Wim Janse, Albert Rizäus Hardenberg und sein Wirken als Domprediger 1547–1561, in: Hospitium ecclesiae 22, 2003, S. 43-53.

33 Vgl. Friedrich Prüser, Büren von Daniel d. J. (Stichwort), in: Neue deutsche Biographie, Bd. 2, S. 742; O. Veeck, Daniel von Büren der Jüngere, in: Brem. Jb. 25, 1914, S. 184-189.

34 Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt (wie Anm 26), S. 232 ff.; Iken, Die Entwicklung der bremischen Kirchenverfassung (wie Anm 26), S. 13-15; Elsmann, Danziger akademisches Schrifttum (wie Anm. 31), S. 104-105.

35 Elsmann, Reformierte Stadt (wie Anm. 26), S. 81; zum weiteren Wirken Molans vgl. ders., Albert Rizäus Hardenberg und Johannes Molanus in Bremen. Zwei Humanisten im konfessionellen Zeitalter, in: F. Akkerman / G. G. Huisman / A. J. Vanderjagt (Hrsg.), Wesel Gansfort (1419–1489) and Northern humanism, Leiden / New York / Köln 1993, S. 195-209; Jürgen Moltmann, Johannes Molanus (1510–1583) und der Übergang Bremens zum Calvinismus, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 1, 1957, S. 119-141.

36 Vgl. zu Pezelius: Erich Wenneker, Pezel Christoph (Stichwort), in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 7, S. 403-408; Johann Friedrich Iken, Die Wirksamkeit des Christoph Pezelius in Bremen 1580–1604, in: Brem. Jb. 9, 1877, S. 1-54; Jürgen Moltmann, Christoph Pezel (1539–1604) und der Calvinismus in Bremen, in: Hospitium ecclesiae 2, 1958; Thomas Elsmann, Humanismus in Bremen. Christoph Pezel, Philipp Melanchthon und die *Institutio Traiani*, in: Hospitium ecclesiae 17 (1200 Jahre St. Petri-Dom in Bremen), 1989 S. 77-112.

37 Vgl. Iken, Die Wirksamkeit des Christoph Pezelius (wie Anm. 36), S. 30-37.

Sturms erweitert. Hinter dieser Erweiterung stand nicht nur das Bestreben, auf dem Territorium der Stadt über eine Institution zu verfügen, die sich der universitären Stufe zumindest annäherte, sondern sie darf als Schlusspunkt der breiter gestreuten religiösen Konflikte zwischen Lutheranern und Calvinisten zugunsten des Calvinismus angesehen werden.[38] Zugleich verwandelte sich die Bremer Schule in eine konkurrierende Bildungsinstitution zu der Lehranstalt einer weiteren Hansestadt, des nahe gelegenen lutherischen Hamburg. Elf Jahre später (1595) wurde für die Bremer Kirche der *Concenssus Ministerii Bremensis Ecclesiae* angenommen,[39] der endgültig das reformierte Bekenntnis bestätigte. Trotzdem darf die Bremer Kirche als gemäßigt gelten, auch wenn ihre Vertreter 1618/1619 an der calvinistischen Generalsynode in Dordrecht teilnahmen, bei der die Streitigkeiten innerhalb der niederländischen Kirche rund um die Prädestinationslehre beigelegt werden sollten.[40] Mit seiner Hinwendung zum Calvinismus nahm Bremen in Nordwestdeutschland eine Ausnahmeposition ein – mit seinen damals ungefähr 20.000 Einwohnern[41] wurde es zu einer reformierten Enklave im lutherischen Meer.[42]

Das Klassensystem am neu reorganisierten Gymnasium schritt nach dem ursprünglichen Straßburger Vorbild von der niedrigsten Klasse Octava, in der mit Lesen und Schreiben begonnen wurde, zur Secunda fort. Während des Studiums in den höheren Klassen beschäftigten sich die Schüler mit dem Katechismus, der lateinischen Sprache (Grammatik, Syntax und Etymologie), mit griechischen und römischen Autoren in Prosa und Poesie, mit Prosodie, Arithmetik, Musik, ab der Tertia mit dem Griechischen und ab der Secunda mit Dialektik und Rhetorik.[43] Die höchste Stufe war die »*classis prima*«, auch als »*publica*« bezeichnet, die eine Vorbereitungsphase auf die Universität darstellte und neben der Lektüre antiker Autoren, dem Üben von Dialektik, Rhetorik und den oben erwähnten Sprachen neu auch Grundkenntnisse des Hebräischen und Einführungen in das Studium (Propädeutik) der einzelnen

38 Es stellt sich die Frage, ob der Stadtrat zu dieser Zeit überhaupt die Einrichtung einer vollgültigen Akademie in Erwägung zog. Vgl. Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 5.

39 Vgl. Iken, Die Wirksamkeit des Christoph Pezelius (wie Anm. 36), S. 26-29; ders., Der Consensus Ministerii Bremensis Ecclesiae von 1595, in: Brem. Jb. 10, 1878, S. 84-105.

40 Vgl. Johann Friedrich Iken, Bremen und die Synode zu Dordrecht, in: ebd., S. 11-83; Janse, Grenzenlos reformiert (wie Anm. 21), S. 109-113; ders., Reformed Theological Education at the Bremen Gymnasium Illustre, in: Hermann Selderhuis / Markus Wriedt (Hrsg.), Bildung und Konfession. Theologenausbildung im Zeitalter der Konfessionalisierung, Tübingen 2006, S. 45-48.

41 Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt (wie Anm. 26), S. 307.

42 Vgl. Schindling / Ziegler (Hrsg.), Die Territorien des Reichs (wie Anm. 1), Bd. 3. Der Nordwesten, Münster 1995.

43 Vgl. den Lehrplan von 1590 und 1592, in: Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 44-47; für das Jahr 1592 auch Reinhold Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen des siebenzehnten Jahrhunderts, Gütersloh 1863, S. 618-619.

Wissenschaften – Philosophie, Theologie, Rechtswissenschaften, Naturwissenschaften, Physik, Philologie – vermittelte.[44]

Von 1600 bis 1610 stand Andreas Widmarius (Wedemeier)[45] an der Spitze des Gymnasiums, der wegen seines Verhaltens, besonders wegen der übermäßigen Belastung der Schüler, und wegen seiner Bemühungen, die Schule vom kirchlichen Einfluss zu befreien, vom Bremer Stadtrat nicht sonderlich geschätzt wurde. Das Missfallen des Stadtrats zeigte sich 1610 in vollem Ausmaß, und Widmarius wurde abberufen.[46] Zum neuen Rektor ernannte der Rat den Theologen und Philologen Matthias Martinius (1572–1630), einen ehemaligen Professor der Herborner Akademie, der in der Zeit zwischen seinen pädagogischen Wirkungsstätten (1607–1610) Prediger in Emden gewesen war.[47] Die Jahre von Martinius' Wirken an der Bremer Lehranstalt, die bis zu seinem Tod dauern sollten, dürfen als glückliche Epoche in der Entwicklung der Schule angesehen werden. Martinius wurde nicht nur zum Initiator, sondern auch zum eigentlichen Reformator des Gymnasiums. Inspiriert von seiner ehemaligen Alma mater wandte er deren Ordnung auf die Bremer Verhältnisse an[48] und schuf so einen miteinander verflochtenen Komplex, der sich aus dem Paedagogium und dem eigentlichen Gymnasium illustre zusammensetzte und weiterhin im Gebäude des Katharinenklosters residierte. Während dem Paedagogium die Räume im Erdgeschoss vorbehalten waren, befand sich das Gymnasium mit seinen Vorlesungssälen im ersten Stock.

Obwohl die »*Illustris schola Bremensis*« nicht das Recht besaß, akademische Titel zu verleihen und also nicht über das entsprechende kaiserliche Privilegium verfügte, zeichnete sie sich durch universitäre Attribute aus: Sie führte eine Matrikel (*album studiosorum*), in die sowohl die aus dem Paedagogium wechselnden als auch die ganz neuen Studenten eingetragen wurden,[49] sie

44 Johann Friedrich Iken, Das bremische Gymnasium Illustre im 17. Jahrhundert, in: Brem. Jb. 12, 1883, S. 8-9. Vgl. Leges promulgatae auctoritate Amplissimi Senatus Bremensis, cum manus Rectoris Scholae commendaretur viro clarissimo et doctissimo M. Joachimo Meistero, Bremen, Theodor Gluichstein 1585, in: Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 82-92; Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen (wie Anm. 43), S. 612-616.

45 Vgl. zu Widmarius: Wim Janse, Elitenbildung und Migration. Theologieprofessoren in Bremen (1584–1812). Ein komparativ-prosopographischer Versuch, in: Selderhuis / Wriedt (Hrsg.), Konfession, Migration und Elitenbildung (wie Anm. 20), S. 340, Anm. 68.

46 Iken, Das bremische Gymnasium Illustre (wie Anm. 44), S. 10-11.

47 Vgl. zur Persönlichkeit von Matthias Martinius Janse, Elitenbildung und Migration (wie Anm. 45), S. 338, Anm. 52 (mit weiterer Literatur).

48 Vgl. Menk, Die Hohe Schule Herborn (wie Anm. 15), S. 183-187; Elsmann, Danziger akademisches Schrifttum (wie Anm. 31), S. 108: Hier findet sich ein Verweis auf das Memorandum des Matthias Martinius zur Durchführung der Schulreform, mit dem er sich an den Bremer Stadtrat wandte und wo er als weitere Vorbilder Zerbst, Burgsteinfurt und Danzig nennt.

49 Thomas Otto Achelis / Adolf Börtzler (Hrsg.), Die Matrikel des Gymnasium Illustre zu Bremen, in: Brem. Jb. 3, 2. Reihe, 1968.

betrieb eine eigene Druckerei[50], eine Mensa und besaß eine Bibliothek. Außerdem verfügte die Schule über eine eigene Jurisdiktion, ihre Angehörigen genossen die akademischen Freiheiten und waren von städtischen Abgaben und Steuern befreit.

Das Gymnasium war de facto in vier Fakultäten unterteilt, an denen eine bestimmte Anzahl ordentlicher Professoren Vorlesungen hielt. Besonders umfangreich, zugleich allerdings auf dem niedrigsten Niveau stehend, war die philosophische Fakultät (fünf Professoren). Ihr Besuch galt – im traditionellen Sinne – als notwendige Vorstufe für das Studium an den höheren Fakultäten. Unter diesen war die medizinische Fakultät die kleinste (ein oder zwei Professoren), da sie sich erst in ihren Anfängen befand. Den bedeutendsten Rang nahmen jedoch Theologie und Recht ein (zwei oder drei Professoren). An der theologischen Fakultät lehrten zumeist zwei Professoren gemeinsam mit dem Rektor. Diese wirkten zugleich als Geistliche an einer der Bremer Kirchen und hielten Vorlesungen an der philosophischen Fakultät, so beispielsweise auch Matthias Martinius.[51] »*In schola publica*« fanden kostenlose öffentliche Vorlesungen (*collegium publicum*), Disputationen und Deklamationen (Rednerübungen) statt. Diese wurden durch gebührenpflichtige Privatvorlesungen (*collegium privatum*) der einzelnen Professoren ergänzt, die zum Teil in der Schule und zum Teil in den Unterkünften der Lehrenden abgehalten wurden.[52] Falls ein Student vom Rektor oder einem anderen Professor zur Disputation oder Deklamation aufgefordert wurde und diese ohne ordentliche Begründung ablehnte, setzte er sich der Gefahr einer Bestrafung aus, die zumeist finanziellen Charakter hatte.[53] Dem Studenten wurden Disputationsthesen vorgelegt, die wohl in der Regel von den Professoren stammten, welche den betreffenden Studenten zur Disputation aufgefordert hatten und dieser auch vorsaßen. Der Student musste dann vor dem versammelten Auditorium auf diese Thesen antworten. Bei diesen feierlichen Diskussionen waren für die Studenten neben der Rolle der Respondenten (*partes respondentis*) auch die Funktionen der Proponenten (Vorschlagende/Antragsteller), Opponenten

50 Die Druckerei wurde erst 1613 mit dem Gymnasium verbunden. Drucker war Thomas de Villiers, der vorher in Hanau tätig gewesen war. Die Hauptproduktion der Druckerei umfasste Schulliteratur, Lehrbücher, wissenschaftliche Werke, Disputationen und andere Gelegenheitsdrucke. Vgl. Elsmann, Humanismus, Schule, Buchdruck und Antikenrezeption (wie Anm. 28), S. 212-213, 222 ff; Gerhard Knoll / Dorette Frost, Die Buchdrucker des Alten Gymnasiums. Ausstellung anläßlich der 450-Jahrfeier des A. G., Bremen 1978; Josef Benzig, Die Buchdrucker des 16. und 17. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet, Wiesbaden 1982, S. 189.

51 Zur Aufteilung und Vertretung der Professoren und zur Lehre an den einzelnen Fakultäten vgl. Iken, Das bremische Gymnasium Illustre (wie Anm. 44), S. 12, 19-22.

52 Vgl. Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 19-20. Den Studenten war es verboten, private Lehrveranstaltungen bei nicht zur Schule gehörenden Personen zu besuchen.

53 Vgl. die Schulordnung von 1610 in: Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen (wie Anm. 43), S. 623.

und Abschlussredner (*partes perorandis*) vorgesehen.[54] Anlässlich der Änderung der Organisationsstruktur wurde für das Gymnasium auch eine neue Schulordnung eingeführt.[55] Die Studiosi, wie die Besucher des Gymnasiums genannt wurden, waren nicht zum Schulbesuch verpflichtet und konnten sich nach Bedarf ihren Fachstudien widmen. Trotz dieser freieren Verhältnisse, die am Gymnasium im Vergleich zu dem durch verschiedene Vorschriften eingeengten Paedagogium herrschten, bestimmte die Schulordnung, was die Studiosi vermeiden sollten.[56]

Im Unterschied zu den vorherigen Jahren umfasste die »niedere« Schule – das Paedagogium – nur sechs Klassen (*classis*) von der Sexta bis zur Prima und verfügte über eine pädagogische Kapazität von sieben[57] Lehrern (Präzeptoren), an deren Spitze der Paedagogiarch stand. Dieser hatte zugleich eine Professur (zumeist Philosophie) am Gymnasium inne und war direkt dem Rektor der Schule unterstellt. Einer dieser sieben Lehrer war zugleich Kantor und gab in allen Stufen Musikunterricht. In den höheren Klassen beteiligten sich auch Pädagogen des Gymnasiums an der Lehre. Um Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten, waren die Schüler in jeder »*classis*« zu zehnt in Dekurien eingeteilt, die üblicherweise von einem der älteren Schüler – dem Dekurio – angeführt wurden. Zu seinen Pflichten gehörte es, die übrigen Schüler aufzufordern, bei Gesprächen die lateinische Sprache zu verwenden, den auswendig gelernten Lehrstoff abzuhören und diejenigen, die ihre Pflichten vernachlässigten, beim Lehrer zu melden. Die Hauptunterrichtstage waren Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Am Mittwoch und am Samstag wurden schriftliche Arbeiten geschrieben, die Schüler wiederholten, übten den durchgenommenen Stoff oder nahmen an Rhetorik- und Disputationsübungen teil. Der Sonntag war dem Kirchenbesuch und der Religionslehre vorbehalten.[58]

Für 1639 wurde das Ziel des Unterrichts genauer angegeben: »Für das Paedagogeum ist es eine mässige Kenntnis der göttlichen Lehren, die zum ewigen Heile dienen; ferner eine fertige Beherrschung der lateinischen Sprache, im Griechischen eine nicht geringe Erfahrung, die Anfänge des Hebräischen, eine recht tüchtige (*exactae proxima*) Kenntnis der Rhetorik und Logik, sodann Arithmetik (zu deutsch Rechnen), die Anfänge der Geometrie, etwas Musik, endlich durch die Behandlung der guten Autoren einige Sachkenntnis und eine Fülle von heilsamen Lebensregeln.«[59] Es lässt sich kaum

54 Iken, Das bremische Gymnasium Illustre (wie Anm. 44), S. 22.

55 Leges illustris Scholae Bremensis a Peadagogeo publicis omnium facultatum linguarum et artium professionibus discretae et auctae auctoritate Magnifici et Amplissimi senatus lib. et imper. Reip. Brem. A. R. S. MDCX Bremae, Typis Bertholdi de Villiers, ibidem illustr. Gymn. typographo anno MDCLXIII, in: Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen (wie Anm. 43), S. 612 - 627.

56 Vgl. Iken, Das bremische Gymnasium Illustre (wie Anm. 44), S. 26 - 28.

57 Ebd., S. 13; H. Entholt nennt dagegen neun Lehrer, vgl. ders., Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 23.

58 Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 24; vgl. Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen (wie Anm. 43), S. 619 - 620.

59 Zitiert nach: Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 18.

bezweifeln, dass dieses Ziel auch von den früheren Lehrergenerationen angestrebt wurde.[60]

Im Unterschied zum Gymnasium wurde nach 1610 für das Paedagogium keine neue Schulordnung eingeführt; vermutlich galt die bisherige Ordnung von 1592 weiter.[61] Nach dieser Ordnung sollten für die Schüler jedes Jahr zwei Examina stattfinden – ein großes und ein kleines. Die große Prüfung begann vier Wochen vor Ostern und wurde an diesem Festtag beendet, das kleine Examen fand im Herbst statt und dauerte drei Wochen bis zu St. Michael (29. September). Wir wollen diese Prüfungen genauer betrachten, denn nach ihrer erfolgreichen Bewältigung konnten die Schüler in die höheren Klassen des Paedagogiums oder von der Prima auf das Gymnasium wechseln. Nachdem für die Jungen die »Prüfungszeit« begonnen hatte, wurden sie zunächst von ihrem Klassenlehrer im Lehrstoff nicht nur des letzten Jahres, sondern der gesamten vorherigen Schulzeit geprüft. Anschließend stellte der Lehrer dem Rektor die Schüler vor, die gut genug waren, um in eine höhere Klasse versetzt zu werden. Der Rektor prüfte dann erneut nicht nur sie, sondern die gesamte Klasse; die Jungen, die von ihm und dem Lehrer für gut genug befunden wurden, um eventuell die nächste Stufe zu erreichen, wurden von ihnen dem Inspektor und den Visitatoren der Schule zum letzten Examen übergeben. Nach Beendigung dieses Prüfungsmarathons kam das Schulkollegium gemeinsam mit dem Rektor und dem Paedagogiarch zu einer abschließenden Beratung zusammen. Im Anschluss daran wurden die Glücklichen verkündet, die dann in einem Festakt, bei dem sie allerdings erneut ihre Fortschritte beweisen mussten, für die höheren Stufen promoviert wurden.[62] Ohne diese ordentliche Entlassung durfte niemand in die höheren Klassen des Paedagogiums oder auf das Gymnasium wechseln, wie die einschlägige Schulordnung besagt. Hinzugefügt sei hier noch eine Erinnerung des Andreas Widmarius, den Inhalt der Prüfungen betreffend. Für die ersten vier höchsten Klassen beschrieb er, dass einen ganzen Tag lang Religionslehre geprüft wurde; danach examinierte man die Schüler mehrere Tage in der lateinischen, griechischen und hebräischen Grammatik, anschließend in Rhetorik, Dialektik und anderen Fächern sowie in der Übersetzung der Werke von Dichtern und Rhetorikern.[63] Die oben genannten Feiertage grenzten gleichzeitig auch die einzelnen Semester ein.

60 Die ersten bekannten Lehrpläne (*index lectionum*) stammen erst aus der Rektorenzeit des Johannes Molanus und haben den Charakter bloßer Aufzählungen. Umfangreichere Lehrpläne stammen aus den Jahren 1589, 1590, 1592, 1596/97, 1600, 1606 und 1639. Aus der Zeit des Martinius hat sich kein Lehrplan erhalten. Vgl. Elsmann, Humanismus, Schule, Buchdruck und Antikenrezeption (wie Anm. 28) S. 208-210; Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 44-52.

61 Eines Ehrbarn Raths der Stadt Bremen Schul-Ordnung, in: Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen (wie Anm. 43), S. 617-622.

62 Ebd., S. 621-622; Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 25-26.

63 Entholt, Geschichte des Bremer Gymnasiums (wie Anm. 30), S. 27.

Um gute Erfolge zu erzielen, nutzten die Schüler ähnlich wie die Studenten des Gymnasiums den Privatunterricht bei ihren Lehrern. Da das Gehalt eines Pädagogen in den Beiträgen seiner Schüler in Form einer Art »Schulgebühr«[64] in Höhe von sechs Groten pro Semester sowie in anderen Absicherungen bestand,[65] waren die Gebühren für diese »*collegia privata*« eine unverzichtbare Einkommensquelle für die Lehrer. Die Höhe des Gehalts betrug in der Regel einen, später auch zwei Taler pro Semester.[66]

Die direkt der Aufsicht des Stadtrats unterstehende Bremische »*schola illustris*« machte keinen streng reformierten Eindruck. Wie bereits bei der Bremer Kirche angedeutet wurde, hielt der »*rector perpetuus*« Matthias Martinius an der Schule ebenfalls ein gewisses Maß an Toleranz ein, obwohl auch hier religiöse Rücksichtnahmen eine Rolle spielten. Auf jeden Fall durften an dieser Schule auch Angehörige des lutherischen Bekenntnisses studieren; die einzige Voraussetzung war, dass niemand sich gegen die Heilige Schrift und die apostolischen Symbole äußerte.[67] Die Lehranstalt in der Stadt an der Weser wurde zu Antrieb und Zentrum des intellektuellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens,[68] und auch wenn sie nicht den Status und die Bedeutung einer Universität erreichen konnte,[69] strahlte sie eine enorme Anziehungskraft

64 Ebd., S. 29.

65 Diese Angaben stammen aus neu gefundenen Quellen – aus dem Archiv von Matouš Konečný (weiter: AMK), eines Bischofs der Brüderunität in Böhmen; vgl. dazu weiter unten die Informationen im Text. Die Zahlungen für den Privatunterricht sind in den Rechnungen der Studenten der Brüderunität ausgewiesen. »Preceptorovi dává se každého půl léta 6 grotů.« [Dem Präzeptor gibt man jedes halbe Jahr 6 Groten], in: AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/1; »Magistru Altenburgovi dávají žáci po 6 grotích.« [Magister Oldenburg geben die Schüler jeweils 6 Groten], in: AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/4); »Preceptorovi 2. classis na sloupek dávali po 6 [gr.].« [Dem Präzeptor der 2. Klasse gaben sie für eine Kerze jeweils 6 Groten], in: AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/3.

66 Vgl. »Preceptori suo magistro Altenburgio pro privata institutione 1 [taler].« in: AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/4; »Pro privatam collegium 1 [taler].« in: AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/6; »Domino rectori a privato collegio [qui me etiam in Graecis instituit] 2 [taler].« in: AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/6.

67 Iken, Das bremische Gymnasium Illustre (wie Anm. 44), S. 15-16; vgl. Leges Illustris Scholae Bremensis von 1610, Abt. I., Artikel 7, in: Vormbaum (Hrsg.), Die evangelischen Schulordnungen (wie Anm. 43), S. 621.

68 Janse, Grenzenlos reformiert (wie Anm. 21), S. 97.

69 Vgl. Elsmann, Reformierte Stadt (wie Anm. 26), S. 83, Anm. 69; Alfred Schmidtmayer vermutet, dass das Bremische Gymnasium bereits in den Augen der damaligen Zeitgenossen auf einer Stufe mit einer Universität stand, obwohl ihm das Recht zur Verleihung akademischer Titel verwehrt war. Er belegt dies am Studentenaustausch mit der Universität in Marburg und am Beispiel des Johann Sixt von Ottersdorf, der sich am 31. 3. / 10. 4. 1610 in Marburg und am 6. / 16. 11. 1610 in Bremen immatrikuliert hatte; im März 1611 ging er erneut nach Marburg, am 19. / 29. 10. 1611 schrieb er sich in Herborn ein und wechselte am 21. / 31. 10. 1613 erneut nach Bremen. Vgl. ders., Die Beziehungen des Bremer Gymnasium Illustre zu J. A. Comenius und den mährischen Brüdern, in: Brem. Jb. 33, 1931, S. 317-318. Vgl. zu den gegenseitigen Kontakten der Marburger und der Bremer Schule auch

aus, die nicht nur auf Norddeutschland beschränkt war. Ihr guter Ruf verbreitete sich auch in andere Länder.[70] Der Besuch ausländischer Studenten war übrigens beinahe eine Notwendigkeit, denn wenn Bremen mit seiner Monopolstellung[71] und als calvinistische Insel im lutherischen Meer in die Isolation geraten wäre, wäre es verletzbar gewesen und der Erfolg der Bremer Schule hätte mit der Zeit ausbleiben können.[72] Über die ausländischen Studenten konnten dagegen Kontakte unterschiedlicher Art zu anderen Ländern geknüpft werden. Die Attraktivität des Bremischen Gymnasiums im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts beruhte nicht nur auf der organisatorischen Veränderung, die zweifellos zu einem erhöhten Interesse führte, sondern lag auch in der Persönlichkeit des Rektors Matthias Martinius begründet, der bei der Lehre moderne pädagogische Methoden nutzte,[73] sowie in der Durchsetzung der praktischen und didaktischen Elemente des Ramismus.

Das erste belegte Zeugnis für die Rezeption ramistischen Gedankenguts an der Bremer Schule fällt in die Zeit des Rektorats von Johannes Molanus.[74] Dies bedeutet allerdings nicht, dass es zu einer völligen Abwendung vom aristotelisch-melanchthonschen Bildungssystem gekommen wäre, sondern der Ramismus existierte parallel dazu, da er besonders in der Dialektik und Rhetorik bevorzugt wurde. Als konsequenter Ramist galt Andreas Widmarius, der eine klare Trennungslinie zwischen diesen beiden Systemen einführte. Während in den unteren Klassen für die Lehre der Dialektik und Rhetorik ausschließlich die Lehrbücher von Ramus und Taleus verwendet wurden, lehrte man in der Secunda und Prima Rhetorik nach Aristoteles, Melanchthon und Taleus; für die Dialektik verwendeten die Lehrer Lehrbücher von Aristoteles, Melanchthon und Ramus. Unter Matthias Martinius dominierten die Bücher von Ramus und Taleus vor allem am Paedagogium, und zwar nicht nur in Dialektik und Rhetorik. Vielmehr wurden auf ihrer Grundlage auch Schulgrammatiken des Lateinischen und Griechischen verfasst. Die Nutzung

Friedrich Prüser, Bremen und die Universität Marburg im ersten Jahrhundert ihres Bestehens, in: Brem. Jb. 31, 1928, S. 181-263.

70 Vgl. Friedrich Prüser, Das Bremer Gymnasium Illustre in seinen landschaftlichen und personellen Beziehungen. Erster Teil, in: Brem. Jb. 45, 1957, S. 52-78; Zweiter Teil. Studenten aus dem Auslande. Der Westen: die Niederlande, die Britischen Inseln, Frankreich und die Schweiz, in: Brem. Jb. 46, 1959, S. 134-155; Dritter Teil. Der Osten: Böhmen / Mähren, Polen, Ungarn, Rußland, in: Brem. Jb. 47, 1961, S. 64-98. Weitere Literatur dazu: Janse, Elitenbildung und Migration (wie Anm. 45), S. 326-327, Anm. 20.

71 »Das Gymnasium wird im 17. Jahrhundert zur norddeutschen Hochburg des wissenschaftlichen Calvinismus. Ihre zeitweilige Monopolstellung, lediglich bedroht durch die niederländischen Akademien und Universitäten, ließ ihm ein bis Böhmen reichendes Einflußgebiet angedeihen.« Zitiert nach: Thomas Elsmann, Bürgertum und Humanismus. Untersuchungen zum Einfluß des Humanismus auf Bildungsverständnis und Mentalität des Bürgertums in Städten des 16. und 17. Jahrhunderts, dargestellt an Bremen, Groningen und Danzig. Eine Forschungsskizze, in: Nordost-Archiv 24, 1991, S. 189.

72 Janse, Grenzenlos reformiert (wie Anm. 21), S. 100.

73 Vgl. Menk, Kalvinismus und Pädagogik (wie Anm. 20), passim.

74 Moltmann, Johannes Molanus (wie Anm. 35), S. 123 ff.

der Handbücher von Aristoteles und Ramus verlangte Martinius zudem für die philosophische Fakultät.[75]

Die Beziehung der Studenten der Brüderunität aus Böhmen und Mähren zur Bremischen Schule

Auch wenn die akademische Peregrinatio ein Vorzug war und in der Frühen Neuzeit de facto zum unverzichtbaren Bestandteil des Curriculum vitae eines jeden Adligen wurde,[76] war ein Hochschulstudium – und vielleicht sogar noch an einer ausländischen Universität – für die niederen, weniger vermögenden Schichten keine Selbstverständlichkeit. István Rácz, Kenner der Wanderungsbewegungen der ungarischen Studenten, geht davon aus, dass die Wissenschaft im Europa der Frühen Neuzeit zu einer Ware wurde. Diese Tatsache mussten die Studenten zur Kenntnis nehmen, wenn sie sich wenigstens zum Teil an der Formierung der *Res publica litteraria* beteiligen wollten. Mit der Wissenschaft als Ware wurde immer auf höchstem Niveau verfahren, deshalb mussten die Studenten nicht allein Begeisterung, Fleiß und Talent beweisen. Zu einer sehr gewichtigen Frage wurde für sie gerade die Finanzierung von Studienaufenthalten außerhalb des Heimatlandes. Man kann daher zu Recht behaupten, dass die Intensität ihrer akademischen Wanderung durch die finanziellen Möglichkeiten limitiert wurde.[77] Allerdings konnten bildungshungrige Studenten neben der eigenen Absicherung und der Unterstützung durch die Familie verschiedene Stiftungen und Stipendien nutzen, die einen Teil oder sogar die Gesamtheit ihrer Ausgaben abdeckten.[78] Manchmal schlossen sie

75 Thomas Elsmann, Das Bremer Gymnasium illustre und seine Vorläufer in ihrer Bedeutung für den Ramismus in Deutschland (1560–1630), in: F. Akkerman / A. J. Vanderjagt / A. H. van der Laan (Hrsg.), Northern Humanism in European Context 1469–1625. From the »Adwert Academy« to Ubbo Emmius, Leiden 1999, S. 99-108; ders., The Influence of Ramism on the Academies of Bremen and Danzig. A Comparison, in: Mordechai Feingold / Joseph S. Freedman / Wolfgang Rother (Hrsg.), The Influence of Petrus Ramus. Studies in sixteenth and seventeenth Century Philosophy and Sciences, Basel 2001, S. 54-62.

76 Für das böhmische Umfeld vgl. die neuesten Forschungen von Martin Holý, die er 2008 im Rahmen seiner Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag vorlegte: Výchova a vzdělání české a moravské šlechty (1500–1620) [Erziehung und Bildung des böhmischen und mährischen Adels (1500–1620)]; die Arbeit soll unter folgendem Titel im Druck erscheinen: Zrození renesančního kavalíra. Výchova a vzdělání české a moravské šlechty na prahu novověku (1500–1620) [Die Geburt des Kavaliers in der Renaissance. Erziehung und Bildung des böhmischen und mährischen Adels an der Schwelle zur Neuzeit (1500–1620)].

77 Réka Bozzay, Der finanzielle Hintergrund der »Peregrinatio academica« der ungarländischen Studenten an den niederländischen Universitäten, in: August den Hollander / István Monok / Ferenc Postma (Hrsg.), Studiosorum et librorum peregrinatio. Hungarian-Dutch cultural Relations in the 17th and 18th Century, Amsterdam / Budapest 2006, S. 25.

78 Vgl. Joachim Bahlcke / Thomas Winkelbauer (Hrsg.), Schulstiftungen und Studienfinanzierung. Bildungsmäzenatentum im Spannungsfeld von Konfession, Landes-

sich auch der Reisegruppe eines Adligen als dessen Präzeptoren oder als das Vertrauen ihres Herrn genießende Mitglieder des Gefolges an.

Neben den vom Adel eingerichteten Stiftungen oder der Erteilung von Stipendien und anderen Vorteilen unmittelbar durch die Universitäten und Akademien[79] existierten auch finanzielle Unterstützungen, welche die Städte ihren Einwohnern zur Verfügung stellten, damit diese ihre Kenntnisse erweitern konnten.[80] Das Motiv war jedoch – ebenso wie bei den Obrigkeiten – häufig rein utilitaristisch, denn so konnten die Städte qualifizierte und fachlich ausgebildete Beamte oder andere Angestellte für die Verwaltung ihrer Territorien und Angelegenheiten gewinnen. Deshalb mussten sich die unterstützten Stipendienempfänger unter anderem dazu verpflichten, die durch das Studium gewonnenen Qualifikationen in den Dienst der Stadt zu stellen – als Schullehrer, Pfarrer, Ärzte, Juristen oder städtische Beamte. Für die Stipendienempfänger war es obligatorisch, sich von den überwiegend ausländischen Studienaufenthalten im Rahmen einer Korrespondenz bei ihren »Vorgesetzten« zu melden; sie informierten in ihren Briefen über ihren Gesundheitszustand und den Stand der Studien, über die Verhältnisse an ihrem Studienort und über andere Ereignisse. Weiter äußerten sie ihren Dank, belegten die Verwendung der ihnen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel und baten um die Sendung weiterer Gelder.[81]

patriotismus und frühmodernen Nationsgedanken in den böhmischen, österreichischen und ungarischen Ländern 1500–1800, im Druck.

79 Vgl. z. B. Andreas Gößner, Die Studenten an der Universität Wittenberg. Studien zur Kulturgeschichte des studentischen Alltags und zum Stipendienwesen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Leipzig 2003; Anja-Silvia Göing, »In die Fremde schicken«. Stipendien für Studierende des Zürcher Großmünsterstifts an auswärtigen Hochschulen, in: Heinz Schilling / Stefan Ehrenpreis (Hrsg.), Frühneuzeitliche Bildungsgeschichte der Reformierten in konfessionsvergleichender Perspektive. Schulwesen, Lesekultur und Wissenschaft, Berlin 2007, S. 29-45; Walter Heinemeyer (Hrsg.), Studium und Stipendium. Untersuchungen zur Geschichte des hessischen Stipendiatenwesens (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 37), Marburg 1977; Ursula Machoczek, Der Armen Studierenden Jugendt zum Besten. Stipendienstiftungen an der Kurpfälzischen Universität Heidelberg 1386–1803, in: Armin Kohnle / Frank Engehausen (Hrsg.), Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 425-440; Milan Moškoř, Studentské nadace a jejich zakladatelé v Čechách (1583–1754) [Studentenstiftungen und ihre Gründer in Böhmen (1583–1754)], in: Folia Historica Bohemica 14, 1990, S. 229-255.

80 Vgl. z. B. Klaus Wriedt, Studienförderung und Studienstiftungen in norddeutschen Städten (14.–16. Jahrhundert), in: Heinz Duchhardt (Hrsg.), Stadt und Universität, Köln 1993, S. 33-49.

81 Vgl. z. B. die Edition des Briefwechsels von Leutschauer Stipendiaten mit dem dortigen Stadtrat: Tünde Katona / Miklós Latzkovits (Hrsg.), Löcsei stipendiánsok és literátusok. Külföldi tanulmányutak dokumentumai 1550–1699 [Leutschauer Stipendiaten und Literaten. Dokumente ihrer Auslandsstudien 1550–1699] (Fontes Rerum Scholasticarum II/1.), Szeged 1990; Max Siller, »Lasset sie nur ein wenig leiden, wenn sie nicht gelt haben, so studieren si desto vleissiger!« Briefe von Leutschauer Studenten des 16. und 17. Jahrhunderts, in: Südostdeutsches Archiv

Ähnliche Prinzipien und Zwecke, wie sie bei der Aussendung von Studenten durch den Stadtrat identifiziert wurden, galten auch beim Erwerb fachlicher Kenntnisse und Erfahrungen der künftigen Diener und Priester der Brüderunität (Unitas fratrum), einer seit Mitte des 15. Jahrhunderts in den Ländern der Böhmischen Krone wirkenden protestantischen (reformierten) Kirche.[82] Der Prozess der Ausbildung des Priesternachwuchses der Unität außerhalb der eigenen schulischen Einrichtungen,[83] d. h. an ausländischen Lehranstalten, vor der Schlacht am Weißen Berg (1620) und besonders im zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts[84] lässt sich detailliert anhand bis vor kurzem vollkommen unbekannter, einzigartiger Quellen nachvollziehen, die im August 2006 bei Restaurierungsarbeiten im ehemaligen Kloster Am Karmel in Jungbunzlau (Mladá Boleslav) gefunden wurden. Die Entdeckung von zwei Holztruhen, die das sogenannte Archiv von Matouš Konečný (1572–1622) bzw. dessen schriftlichen Nachlass als in Jungbunzlau residierender und einer der vier letzten Bischöfe der Brüderunität in der Epoche vor der Schlacht am Weißen Berg enthalten. Mit diesem Archiv, das sich gegenwärtig im Museum der Region Jungbunzlau (Muzeum Mladoboleslavska) befindet, eröffnete sich für die Wissenschaft ein Raum für gänzlich neu orientierte Forschungen. Es ist bereits jetzt offensichtlich, dass der Fund einen wertvollen Quellenkomplex darstellt, der nicht nur unsere Kenntnisse zur Geschichte der Brüderunität vor der Schlacht am Weißen Berg ergänzt und neu beleuchtet, sondern auch Informationen zur Kulturgeschichte der böhmischen Länder im europäischen Kontext liefert.[85] Den größten Teil des Archivs von Matouš Konečný nimmt

38/39, 1995/1996, S. 5-31; Jörg Meier, Deutschsprachige Briefe in Slowakischen Archiven (Teil 3). Briefe von Studenten aus dem 16. und 17. Jahrhundert, in: Karpatenjahrbuch 51, 2000, S. 68-77. Zu anderer studentischer Korrespondenz vgl. die folgenden Editionen: Hermann Hagen (Hrsg.), Briefe von Heidelberger Professoren und Studenten verfasst vor dreihundert Jahren, Heidelberg 1886; Goswin Freiherr von der Ropp (Hrsg.), Briefe eines marburger Studenten aus den Jahren 1606–1611, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 33, 1898, S. 294-408; Adolf Deißmann, Briefe eines Herborner Classicus aus den Jahren 1605 und 1606, in: Denkschrift des königlich preußischen evangelisch-theologischen Seminars zu Herborn für die Jahre 1893–1897, Herborn 1898, S. 3-60.

82 Vgl. zur Geschichte der Brüderunität Rudolf Říčan, Dějiny Jednoty bratrské [Geschichte der Brüderunität], Praha 1957; Ferdinand Hrejsa, Sborové Jednoty bratrské [Die Gemeinden der Brüderunität], Praha 1935.

83 Vgl. Hermann Ball, Das Schulwesen der böhmischen Brüder, Berlin 1898; Joseph Th. Müller, Die Deutschen Katechismen der böhmischen Brüder (Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd. 4), Berlin 1887; Amedeo Molnár, Českobratrská výchova před Komenským [Die Erziehung der böhmischen Brüder vor Comenius], Praha 1956.

84 Vgl. für das 16. Jahrhundert Josef Cvrček, Studenti bratrští v cizině [Studenten der Brüderunität im Ausland], in: Časopis Musea Království českého 83, 1909, S. 211-215, 401-406.

85 Gegenwärtig wird der Fund aus Jungbunzlau im Rahmen von zwei parallel verlaufenden Forschungsprojekten bearbeitet. Zum einen handelt es sich um das oben genannte Forschungsprojekt der Autorin dieses Aufsatzes GAUK 46909 »Studenten der Brüderunität am Anfang des 17. Jahrhunderts« an der Philosophischen

Korrespondenz aus den Jahren 1610–1618 ein; es handelt sich um 523 größtenteils an den Jungbunzlauer Bischof adressierte Briefe.[86] Davon entfallen 160 Briefe auf die einseitige Korrespondenz von Akoluthen und Diakonen, die sich durch Fleiß und Begeisterung in den Augen der Senioren der Unität so bewährt hatten, dass sie diese zur weiteren Ausbildung an ausländische Lehranstalten schickten, denn trotz der Existenz der Prager Universität gab es in den böhmischen Ländern aus Glaubensgründen keine geeignete Hochschule, welche die Anforderungen der Unität bezüglich der Ausbildung ihres Priesternachwuchses erfüllt hätte.[87] Die Nachrichten der Studenten enthalten zudem deren Rechnungen, d. h. die Ausgabenbelege für die Gelder, mit denen nicht nur die Bischöfe ihre Schützlinge versehen hatten, sowie die schriftlichen Eide, mit denen sich die Studenten verpflichteten, ihre Kenntnisse und ihr menschliches Potential zugunsten der Brüderunität zu nutzen und ihr auch nach Studienabschluss weiterhin treu zu dienen. Dank dieser Quellen können wir – zumindest für Böhmen – jetzt endlich tiefer in die Welt der weniger vermögenden, nicht-adligen und von ihrer Kirche unterstützten Studenten eintauchen.[88]

In der ersten Hälfte der 1610er Jahre führten die Schritte der jungen Studenten aus der Brüderunität nach Bremen und anschließend nach Beuthen an der Oder (heute Bytom Odrzański in Polen). Von den insgesamt zwanzig Studenten, von denen sich im Archiv von Matouš Konečný wenigstens ein Brief

Fakultät der Karlsuniversität in Prag; das zweite Projekt bearbeitet Mgr. Jiří Just Th.D. an der Evangelischen theologischen Fakultät derselben Universität unter dem Arbeitstitel GAČR 401/08/P544 »Bischofssitze der Brüderunität als Kommunikationszentren der nicht-katholischen Opposition zwischen Majestätsbrief und Böhmischem Aufstand.«

86 Für einen detaillierten Forschungsbericht zum Inhalt des Archivs von Matouš Konečný mit einigen edierten Quellen vgl. Jiří Just, Neue Quellen zur Geschichte der Brüderunität in der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berg. Der Fund des Archivs von Matouš Konečný in Mladá Boleslav, in: Acta Comeniana 22-23, 2009, S. 249-286.

87 Vgl. Markéta Růčková, Studium kněžského dorostu Jednoty bratrské v letech 1610–1618 [Das Studium des Priesternachwuchses der Brüderunität in den Jahren 1610–1618], in: Studia Comeniana et historica 81-82, 2009, S. 200-215.

88 Bisher wurden überwiegend die Peregrinatio academica und die Kavalierstouren der jungen Adligen untersucht; vgl. die Arbeiten von Martin Holý (wie Anm. 76), Zdeněk Hojda (Kavalírské cesty v 17. století a zájem české šlechty o Itálii [Kavalierstouren im 17. Jahrhundert und das Interesse des böhmischen Adels an Italien], in: Itálie, Čechy a střední Evropa, Praha 1986, S. 216-239; »Voyages des chevaliers« de Bohème au XVIIe Siècle, in: Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagielońskiego, Prace Historiczne 88, 1989, S. 99-105), Otakar Odložilík (Jednota bratrská a reformovaní francouzského jazyka [Die Brüderunität und die Reformierten französischer Zunge], Philadelphia 1964), František Hrubý (Hrsg., Etudiants Tchèques aux écoles protestantes de l'Europe occidentale à la fin du 16e et au début 17e siècle, Brno 1970) oder Luděk Rejchrt (Bratrští studenti na reformovaných akademiích před Bílou horou [Studenten der Brüderunität an reformierten Akademien vor der Schlacht am Weißen Berg], in: Acta universitatis Carolinae – Historia universitatis Carolinae Pragensis 13/1-2, 1973, S. 43-82).

erhalten hat, studierten in den Jahren 1610–1617 insgesamt elf in Bremen,[89] wobei sich weitere Namen sowohl in diesen Briefen als auch in der bischöflichen Korrespondenz finden lassen.[90] Nachdem die Studenten eine Vorbereitung im Haus der Brüderunität durchlaufen hatten, das als Erziehungs- und Bildungsinstitution für die künftigen Diener der Unität unter Anleitung erfahrener Priester bzw. Bischöfe diente, und die notwendigen »administrativen« Angelegenheiten erledigt waren, die zur Entlassung der Studenten zu ihrem Studium führten (Eingabe an die Senioren der Unität mit der Bitte um Entlassung, Genehmigung der Eingabe, Klärung der Finanzierung des Studienaufenthalts, Niederschrift des Eides),[91] konnten die jungen Männer an ihre neuen Wirkungsstätten aufbrechen. Ihr Weg in die Stadt an der Weser verlief manchmal direkt; manchmal versuchten sie sich auch im Studium an einer anderen Universität oder Akademie – vor allem in Marburg und Herborn –, bevor sie sich an der Bremer Lehranstalt immatrikulierten.[92]

In diesem Zusammenhang darf man die Frage nach den Motiven stellen und überlegen, warum die Senioren der Unität für die weitere Ausbildung ihrer Priesteranwärter Bremen auswählten. Weiterhin ist zu klären, ab wann wir deren Aufenthalt in der Stadt an der Weser und am dortigen Gymnasium illustre verfolgen können. Aus den bisherigen Feststellungen ergibt sich, dass das Hauptargument für die Senioren der Unität in der Persönlichkeit von Matthias Martinius lag. Dieser war den Vorstehern der Unität bereits als hervorragender Pädagoge von der Herborner Akademie bekannt, wo seine Seminare auch von Studenten aus den böhmischen Ländern einschließlich solchen aus den Reihen der Brüderunität besucht worden waren. Selbst Graf Johann VII. von Nassau-Dillenburg, Sohn des Gründers der Herborner Hohen Schule, fürchtete, dass Martinius nach seinem Wechsel an eine andere Bildungsinstitution zahlreiche bisher in Herborn studierende Personen ebenfalls dorthin ziehen könnte, und er versuchte, diesem durch eine Rückberufung des Professors entgegenzuwirken.[93] Als Martinius dann Rektor des Bremer

89 Die Namen der Studenten lauten: Mikuláš Achior aus Straßnitz (Strážnice / Straznicensis), Jan Apollo aus Horažďowitz (Horažďovice / Horazdovicensis), Matěj Cyrus d. J. aus Horažďowitz, Jan Činvic von Libín sonst aus Königgrätz (Hradec Králové / Regina Hradensis), Adam Hartman aus Moldauthein (Týn nad Vltavou / Muldatyneus), Pavel Hronovský aus Moldauthein, Jan Laubmann aus Glatz (Glacensis), Daniel Němčanský aus Chrást (Chrasticensis), Jan Stadius aus Hradischt (Hradiště / Hradiscensis), Daniel Vetter aus Weißkirchen (Hranice / Leucopolites), Jan Vetter aus Weißkirchen.

90 Dies betrifft die Briefe des Eibenschitzer (Ivančice) Bischofs Jan Cruciger und seines Amtsnachfolgers Jiří Erastus, des Prerauer (Přerov) Bischofs Jan Lanecký und des Prager (Praha) Bischofs Matěj Cyrus d. Ä.

91 Vgl. dazu ausführlich Markéta Růčková, Střípky ze života mládenců Jednoty bratrské aneb studenti z Archivu Matouše Konečného [Streiflichter aus dem Leben der Jugend der Brüderunität oder Die Studenten aus dem Archiv von Matouš Konečný], in: Zpravodaj Historického klubu 20/1-2, 2009, im Druck; dies., Studium kněžského dorostu (wie Anm. 87).

92 Ebd.

93 Menk, Kalvinismus und Pädagogik (wie Anm. 20), S. 102; Antonín Kostlán / Alena Hadravová, Carmina propemtica in honorem Johannis Opsimathis. Herbornská

Gymnasiums geworden war, behielt er weiterhin das Vertrauen der Unitätsbischöfe. Dazu trug vermutlich auch Karl der Ältere von Žerotín das seinige bei, der ein bedeutender Beschützer und Verteidiger der Brüderunität war und dank der Nachrichten des gebürtigen Mährers und Präzeptors mehrerer Adelssöhne Jan Opsimates[94] die Lehrmethoden von Martinius hervorhob.[95] Zu dem oben Gesagten lässt sich die Aussage der Studenten aus den Reihen der Unität hinzufügen, die noch 1610–1611 in Herborn verweilten und sich bei ihren Bischöfen über die schlechte Qualität der Schule und die zunehmende Teuerung in der Stadt beschwerten.[96] Auch der ehemalige Student der Herborner Hohen Schule Jan Vetter, der dort 1605–1607 studiert hatte und nach Bremen Anfang Juni 1611 als erfahrener Student und »Betreuer« der anderen Unitätsstudenten sowie später auch als Präzeptor der beiden Adelssöhne Friedrich und Zdeněk von Hoditz gekommen war, teilte Matouš Konečný gleich in seinem ersten Brief vom 25. Juni 1611 mit, dass die Lehre sowohl am Bremer Paedagogium als auch am Gymnasium ausgezeichnet sei und er sich freuen würde, wenn diejenigen, die bisher noch in Herborn seien, ebenfalls nach Bremen wechselten.[97] Und obwohl der Prerauer Bischof Jan Lanecký noch Anfang November 1611 die Anregungen der Studenten als Aufsässigkeit ansah,[98] erlaubte auch er schließlich seinen Schützlingen den Wechsel nach Bremen.[99]

pocta pro moravského učence z roku 1607 [Die Herborner Ehrung für den mährischen Gelehrten aus dem Jahr 1607], in: Acta universitatis Carolinae – Historia universitatis Carolinae Pragensis 47/1-2, 2007, S. 136-138.

94 Vgl. zu seiner Person: Vladimír Březina, Tři šlechtičtí preceptoři. Jan Roháč z Tejna, Jan Opsimates, Jan starší Jakartovský ze Sudic [Drei adlige Präzeptoren. Johann Roháč von Tejn, Johann Opsimates, Johann der Ältere Jakartovský von Suditz], in: Antonín Kostlán / Markéta Devátá (Hrsg.), Práce z dějin vědy 21, Praha 2009, S. 336-340; Kostlán / Hadravová, Carmina propemtica (wie Anm. 93); Jaroslav Hrubant, Památník Jana Opsimata [Das Stammbuch des Johann Opsimates], in: Časopis Matice moravské 40, 1916, S. 123-130. Detailliert setzt sich Antonín Kostlán mit Opsimates im Rahmen des Forschungsprojekts GAAV ČR IAA800630802 »Intellektuelle Kommunikation im 17. Jahrhundert: Johann Opsimates« auseinander.

95 Menk, Kalvinismus und Pädagogik (wie Anm. 20), S. 102, Anm. 139.

96 AMK, Sign. A 3251 / Philemon / 5; A 3251 / Stadius / 2.

97 AMK, Sign. A 3251 / Vetter / 1. Als Gegenstimme zu diesen Ansichten darf man die Nachricht des in Herborn studierenden Matthias Tournemann vom 21. Mai 1611 an seinen nach Bremen gewechselten Freund Johann Felix Coler ansehen, vgl. Gerhard Menk, Streiflichter aus dem Herborner Studentenleben am Anfang des 17. Jahrhunderts, in: Wienecke (Hrsg.), Von der Hohen Schule (wie Anm. 20), S. 50.

98 AMK, Sign. A 3251 / Lanecký / 11 »Co píšete o našich študentích herbornenských, a že sobě zlehčují školu tu, a jako by již všemu se naučili v Herbornu a neměli se čemu tu učiti více, a že chtějí do Brému. Rozumíme s B[ratrem] Crucigerem jejich šibalství... A protož potom pište jim o to, aby se z Herbornu nikam nehýbali, tu študovali pilně, dokud od otců jim jiného nětco poručeno nebude. Mnozí z našich v Herbornu samém byli, tu študovali a čistě prospěli.« [»Was ihr über unsere Herborner Studenten schreibt, dass sie die Schule hier herabsetzen, und in Herborn alles gelernt zu haben und nichts mehr lernen zu können glauben und dass sie nach Bremen wollen. Mit Bruder Cruciger verstehen wir ihre Schelmerei…

Ob es bereits vor Martinius' Amtszeit Studenten der Brüderunität an der Bremer Schule gab, lässt sich nur schwer feststellen. Alfred Schmidtmayer behauptet, dass sich in der Stadt an der Weser seit den Zeiten von Christoph Pezelius Unitätsstudenten aufhielten, da die Unität bereits während dessen Wirken in Wittenberg mit ihm in Kontakt stand.[100] Eine unbelegte Hypothese bleibt auch die Behauptung, dass der oben erwähnte Karl der Ältere von Žerotín bei seinem Besuch in Bremen im Jahr 1588 versprochen habe, Schüler an die dortige Schule zu entsenden.[101] Konkrete Zahlen und Namen von Studenten nennt erst die Matrikel des Gymnasiums von 1610,[102] obwohl man nicht mit Sicherheit davon ausgehen kann, dass hier alle Besucher der Schule – besonders die Schüler am Paedagogium – erfasst wurden. Die Studenten der Brüderunität bildeten sich entweder erst am Paedagogium und wechselten dann auf das Gymnasium (Jan Laubmann, Matěj Cyrus d. J., Jan Stadius, Daniel Němčanský) oder traten direkt in das Gymnasium ein (Jan Apollo, Daniel Vetter und sein eigener Bruder Jan Vetter, Pavel Hronovský, Adam Hartman). Der letzte, am 16./26. Oktober 1617 auf dem Gymnasium eingeschriebene Zögling von Matouš Konečný war Daniel Němčanský, Sohn des Bischofs Bartoloměj Němčanský († 1609), der dort vermutlich bis Ende 1617 oder Anfang des Folgejahrs verweilte.[103] Daniel Němčanský war allerdings bereits drei Jahre früher mit einer Gruppe von Studenten nach Bremen gekommen, die sich am 30. März/9. April 1614 am Gymnasium eingeschrieben hatten, während er selbst das Paedagogium besuchte. Die Mehrheit der Studenten bildete sich der überlieferten Korrespondenz zufolge in den Jahren 1610–1615 in Bremen weiter, so dass es sich bei Daniel Němčanský um eine das Jahr 1616 überschreitende Ausnahme handelt.[104]

Und schreibt ihnen deshalb, dass sie von Herborn sich nirgendwohin bewegen sollen, hier fleißig studieren, bis ihnen von den Vätern etwas anderes befohlen wird. Viele von unseren Studenten sind in Herborn gewesen, haben hier studiert und es hat ihnen gut getan.«]

99 AMK, Sign. A 3251/Lanecký/14.

100 Alfred Schmidtmayer, Über das Schulwesen der Böhmischen Brüder, in: Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts 26/1-2, 1936, S. 56-57.

101 Schmidtmayer, Die Beziehungen des Bremer Gymnasium (wie Anm. 69), S. 310-311. Die knappe Anmerkung in Žerotíns Reisetagebuch erlaubt jedoch keine nähere Interpretation, vgl. Moravský zemský archiv v Brně [Das mährische Landesarchiv in Brünn], G 11, Inventarnummer 328, Sign. 314, S. 349-350. Sein Versprechen sollte Žerotín noch in einem Brief an den Bremischen Senat vom 30. August 1613 wiederholt haben.

102 Vgl. Achelis/Börtzler (Hrsg.), Die Matrikel (wie Anm. 49); Die böhmischen und mährischen Studenten bearbeitete A. Schmidtmayer, Die Beziehungen des Bremer Gymnasium (wie Anm. 69), S. 344-345; Ergänzungen finden sich bei Otakar Odložilík in: Časopis Matice moravské 55, 1931, S. 583-588.

103 Der letzte Brief von Daniel Němčanský trägt das Datum des 22. Dezember 1617 (AMK, Sign. A 3251/NěmčanskýD/9).

104 Zu dieser Ausnahme müssen noch der Name des Jan Činvic von Libín und sein einziger Brief vom 29. November 1616 (AMK, Sign. A 3251/Činvic/1) hinzugefügt werden; weiter auch Mikuláš Achior ebenfalls mit einem einzigen Brief vom 31. August 1617 (AMK, Sign. A 3251/Achior/1).

Die Beziehungen zwischen Matthias Martinius und der Brüderunität waren sehr eng.[105] Außerdem scheint Martinius die Unitätsstudenten geschätzt zu haben, wie sich aus ihren Äußerungen in den Briefen sowie aus der Tatsache schließen lässt, dass sie selbst sich sehr bemühten, weiterstudieren und vom Paedagogium zum Gymnasium wechseln und Martinius' Vorlesungen hören zu dürfen.[106] Zweifellos hatten auch die Senioren – besonders Matouš Konečný – ein Interesse daran, dass die Studenten das gymnasiale Niveau erreichten und die Lehrmethoden des Martinius kennenlernten. Andererseits kam Martinius die Anwesenheit der Studenten zugute, um seiner Faszination für Sprachen nachzugehen; er konnte angeblich sogar etwas Tschechisch.[107] Als Beweis für die gegenseitigen Kontakte lässt sich die Zusammenarbeit zwischen Martinius und Jan Vetter anführen.[108] Dieser war an Martinius' Werk »*Analysis popularis cum indicio doctrinarum*« beteiligt, das Martinius Vetter sogar zum Zeichen seiner Freundschaft widmete.[109] Zugleich spielte Vetter im Kontakt mit den Bremer Druckern die Rolle eines Vermittlers bei der Herausgabe der unitätseigenen oder für die Unität geschriebenen Schriften. Noch zu Lebzeiten des Eibenschitzer Bischofs Jan Cruciger († 1612) wurde Vetter mit der Aufsicht über den Druck der sogenannten »*Summa*« betraut, d. h. eines Auszugs aus dem umfangreicheren Katechismus, der in vier Sprachen – griechisch, lateinisch, deutsch und tschechisch – erarbeitet worden war. Diese »*Summa catechismi in usum scholarum orthodoxarum Unitatis fratrum in Bohemia et Moravia*« erschien in der ersten Jahreshälfte 1613 bei Johann Wessel.[110] Laut Schmidtmayer wurde der genannte viersprachige

105 Dies belegt auch die erhaltene, an Matouš Konečný adressierte Korrespondenz des Matthias Martinius aus den Jahren 1611–1614 (AMK, Sign. A 3251/Martinius/1-14) und ein Brief von 1618 (AMK, Sign. A 3251/Martinius/15).

106 Vgl. AMK, Sign. A 3251/NěmčanskýD/6 »Me enim, o pater charissime, tota vita paeniteret, si doctissimum et celeberrimum dominum Mathiam Martinium, rectorem scholae Bremensis, non audirem, qui cum in linguis, tum in theologia excellit, qui tam doctissima omniumque optima collegia cum publica, tum etiam privata theologica, disputatoria philologica singulis semestribus (quorum utilitatem enarrare, verba non sufficiunt) habere solet.«

107 Schmidtmayer, Über das Schulwesen (wie Anm. 100), S. 59. Schmidtmayer belegt Martinius' Kenntnis der tschechische Sprache damit, dass dieser Autor bzw. Herausgeber des viersprachigen Lehrbuchs »Evangelia et Epistolae« (siehe unten) und damit auch von dessen tschechischem Teil gewesen sei. Aus Jan Vetters Brief geht jedoch hervor, dass dieser tschechische Teil von der Brüderunität selbst zusammengestellt, in Prag gedruckt und dann zur Komplettierung mit den anderen Teilen nach Bremen geschickt worden war, vgl. AMK, Sign. A 3251/VetterJ/8.

108 Vgl. zu Jan Vetter: Josef Hejnic/Jan Martínek (Hrsg.), Rukověť humanistického básnictví v Čechách a na Moravě 5 [Das Handbuch der humanistischen Dichtung in Böhmen und Mähren], Praha 1982, S. 478-479.

109 Matthias Martinius, Analysis popularis cum indicio doctrinarum, in evangelia et epistolas, quae diebus dominicis et Deo festis ad ecclesiam, anniversariis vicibus explicari solent, Bremen, Thomas de Villiers 1614, in: VD17 1:050692E, Bild 2.

110 Summa catechismi in usum scholarum orthodoxarum Unitatis fratrum in Bohemia et Moravia. Graece, Latine, Bohemice et Germanice, Bremen, Johann

Brüderkatechismus auch bei der Lehre am Bremer Paedagogium verwendet und war zugleich besonders in Norddeutschland recht beliebt.[111] Die Senioren der Unität waren allerdings mit den Druckexemplaren des Katechismus wegen der nachlässigen Ausführung unzufrieden und fürchteten, dass auch das andere Werk bzw. Lehrbuch, dessen Zusammenstellung die Brüdersenioren bei Matthias Martinius in Auftrag gegeben hatten, auf diese Art gedruckt werden könnte.[112] In welche Zeit die Anfänge der Entscheidung fallen, die ebenfalls viersprachigen »*Evangelia et epistolae*« drucken zu lassen,[113] oder wann überhaupt die Absprache der Bischöfe der Unität mit Matthias Martinius getroffen wurde, ist bisher nicht bekannt. Auch im Fall der Evangelien sollte sich Jan Vetter um Herausgabe, verschiedene Korrekturen – die brieflich mit den Senioren der Unität konsultiert wurden – sowie sprachliche Hilfe für Matthias Martinius kümmern. Vetter schlug zugleich vor, Innovationen in das Lehrbuch aufzunehmen, die den Schülern die Verwendung leichter machen könnten.[114] Nachdem Vetter 1613 zurück in die Heimat beordert worden war, übernahmen zwei Diakone aus Eibenschitz seine Aufgabe: Pavel Hronovský und Jan Irenaeus. Für die Ausgabe der Evangelien gab die Brüderunität 40 Taler aus, und wir wissen sogar genau, was davon bezahlt wurde, denn aus dem Rahmen der Ausgaben der Unitätsstudenten fällt eine Rechnung, die uns in die Offizin eines Buchdruckers führt und deren Datierung auf das Jahresende 1615 fällt.[115] Das gesamte Werk, an dessen Beginn ein Vorwort von Martinius steht, wurde vermutlich zu Beginn des folgenden Jahres fertig gedruckt und komplettiert.[116]

In einem Brief des Daniel Němčanský und des Prager Bischofs Matěj Cyrus d. Ä. vom Herbst 1616[117] ergibt sich noch eine gänzlich neue Information. Danach wurde in Bremen anscheinend eine unbekannte deutschsprachige Ausgabe der Schrift »*Kniha o povinnostech křesťanských*« [Ein Buch über die christlichen Pflichten] des Jungbunzlauer Bischofs Matouš Konečný

Wessel 1613. Die nächste Ausgabe stammt von 1615 (VD17 23:644482Q). Vgl. Müller, Die Deutschen Katechismen (wie Anm. 83), S. 294 ff; AMK, Sign. A 3251/VetterJ/7-8.

111 Schmidtmayer, Die Beziehungen des Bremer Gymnasium (wie Anm. 69), S. 335.

112 AMK, Sign. A 3251/Lanecký/26 (12. August 1613).

113 Matthias Martinius, Evangelia et epistolae, quae diebus dominicis per anniversarias vices in ecclesiis Unitatis fratrum in Bohemia et Moravia ad populum christianorum explicari solent. Graece, Bohemice, Germanice et Latine cum analysi difficiliorum vocum grammatica et populari textuum divisione in usum scholarum edita; una cum parvo catechismi in iisdem linguis, Bremen, Thomas de Villiers 1616, in: Knihopis K 02280; VD17 23:644480Z, vgl. Schmidtmayer, Über das Schulwesen (wie Anm. 100), S. 59; Müller, Die Deutschen Katechismen (wie Anm. 83), S. 339-340, 444 ff.

114 Vgl. AMK, Sign. A 3251/Vetter/6.

115 AMK, Sign. A 3255/Laubmann/4. Vgl. Anhang 1.

116 Vgl. Müller, Die Deutschen Katechismen (wie Anm. 83), S. 340; AMK, Sign. A 3251/Lanecký/49.

117 AMK, Sign. A 3251/Cyrus/52 (11. Oktober 1616); A 3251/NěmčanskýD/5 (3. November 1616).

gedruckt.[118] Vermittler dieser Ausgabe war Johannes Willius[119] und bezahlt wurde die Summe von 29 Talern.

Wenn die Studenten nach Bremen kamen, quartierten sie sich in Gasthäusern oder bei einzelnen Bürgern ein. Die Besorgung der Unterkünfte übernahm Matthias Martinius bzw. während seines dortigen Aufenthaltes auch Jan Vetter. Aus den Briefen der Studenten ergibt sich, dass sie für Kost und Logis in der Wohnung eines Bürgers – ohne die Kosten für Holz und Kerzen – 50 Taler pro Jahr zahlten.[120] Martinius und Vetter fanden für ihre Zöglinge auch solche Unterkünfte, deren Bezahlung die Studenten durch pädagogische Dienste an den Kindern der Bürger »abarbeiten« konnten.[121] Zu einem weiteren Patron der Unitätsstudenten wurde Johannes Willius, Professor für Logik und zugleich erster Paedagogiarch,[122] der seine Schützlinge im Bedarfsfall sogar mit finanziellen Mittel unterstützte.[123]

Sobald die Studenten eine Unterkunft gefunden und andere wichtige Dinge wie zum Beispiel die Eintragung in die Matrikel der Schule – für die ein Taler zu zahlen war – erledigt hatten, sollten sie vollkommen in ihr Studium eintauchen. Allerdings informierten sie Matouš Konečný nur sehr selten detaillierter über den Stand ihrer Studien und beschränkten sich zumeist auf die allgemeine Feststellung, dass sie fleißig studierten und sich einer normalen Gesundheit erfreuten.[124] Deshalb verdienen zwei Briefe von Schülern des Paedagogiums unsere Aufmerksamkeit. Das erste Schreiben stammt von dem bereits mehrfach erwähnten Daniel Němčanský, der nach seiner Ankunft in der Stadt an der Weser der zweiten Klasse zugeteilt worden war.[125] In seinem ersten von

118 Matouš Konečný, Kniha o povinnostech křesťanských z Písem svatých shromážděná každému pobožnému člověku všelikého stavu, řádu, věku a povolání velmi užitečná [...], Praha, Jan Schumann 1612 (erste Ausgabe), in: Knihopis K04282.

119 AMK, Sign. A 3251/Willius/1.

120 AMK, Sign. A 3251/Apollo/2; A 3251/Laubmann/1; A 3251/VetterJ/1; A 3255/Stadius/5.

121 Vgl. AMK, Sign. A 3251/Laubmann/8 »Praeterea R. T. facio certiorem ex judicio R. D. rectoris paedagogiam mihi obtigisse. Is enim mihi de commodo apud viduam aliquam honestam hospitio prospexit. Tres autem ejus filii meae fidei sunt commissi, quos diligenter et quidem sine studiorum meorum impedimento instituo.«

122 Vgl. zu Willius: Prüser, Bremen und die Universität Marburg (wie Anm. 69), S. 223.

123 Die Unterstützung durch Johannes Willius ist nur im Fall von Daniel Němčanský nachweisbar, der zu Ostern 1617 nach Hause beordert wurde. Obwohl Němčanský auch nach Ablauf der zum Studium bestimmten Zeit an der Bremer Schule verblieb, wurde er von den Senioren der Unität nicht mehr finanziell unterstützt und konnte sich nur dank Willius' Großzügigkeit weiter in Bremen aufhalten. Willius schuldete er seinen Rechnungen zufolge Ende 1617 über 90 Taler, vgl. AMK, Sign. A 3251/NěmčanskýD/8-9; A 3255/NěmčanskýD/7.

124 Vgl. AMK, Sign. A 3251/Laubmann/7 »Ego per Dei gratiam mediocriter valeo studiisque meis ita incumbo, ut nec optimas discendi occasiones negligam neque tempus illud gratiosum a R. D. senioribus mihi concessum, quo nihil carius, nihil preciosius, frustra aut impie impendam.«

125 Daniel Němčanský gehörte zu den weniger erfahrenen und vermutlich wohl auch zu den jüngsten Studenten, die nach Bremen reisten; deshalb wurde bis April 1615 der Diakon Pavel Hronovský zu seinem Betreuer ernannt.

insgesamt neun erhaltenen Briefen, datiert auf den 13. Juni 1614, teilte er Matouš Konečný mit, was gelehrt wurde. Seinen Angaben zufolge wurde vor Unterrichtsbeginn jeden Morgen ein Kapitel aus dem Alten Testament verlesen, und der zu der entsprechenden Klasse gehörende Lehrer rekapitulierte seinen Sinn. Anschließend beschäftigten sich die Schüler in den Stunden mit lateinischer und griechischer Grammatik, Rhetorik, Prosodie sowie mit Arithmetik und Musik; sie lasen Ovids Briefe aus der Verbannung, Gedichte des Phokylides von Milet, sie erhielten eine Auslegung des Briefs des hl. Paulus an die Kolosser und des Heidelberger Katechismus, sie interpretierten griechische

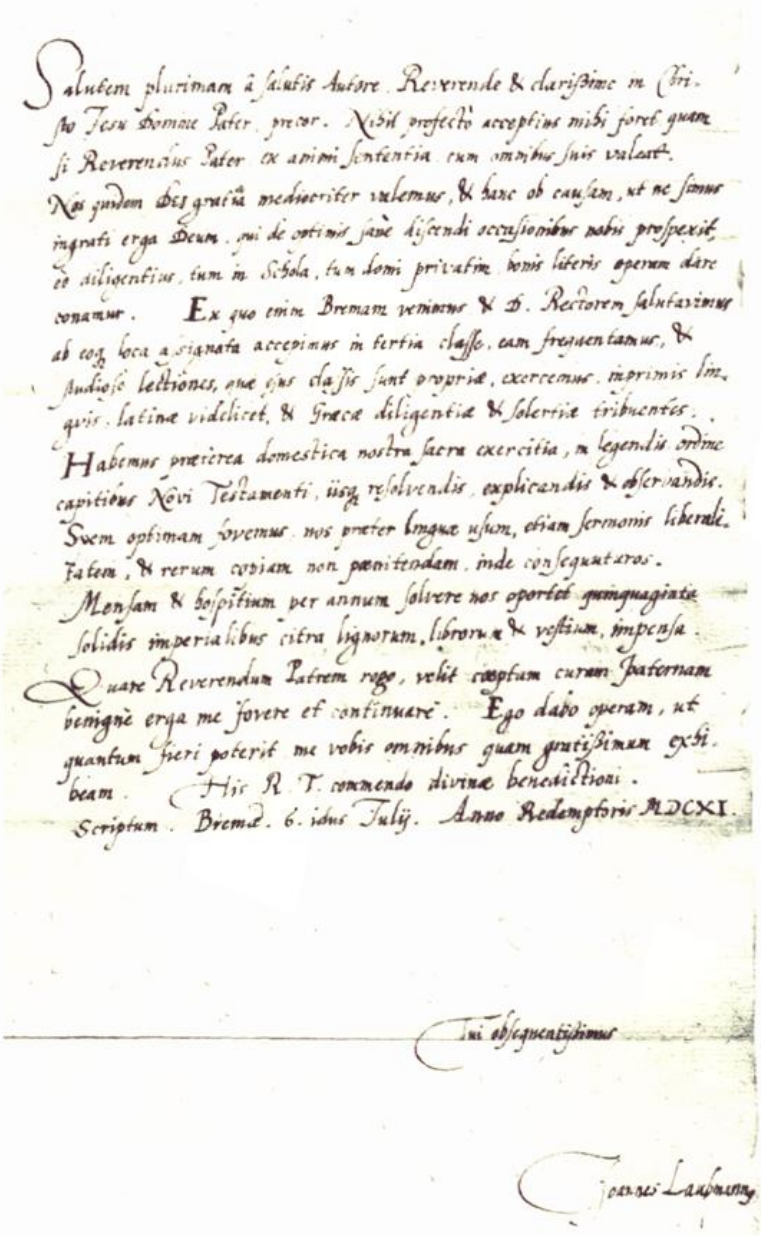


Abb. 1: Brief des Jan Laubmann, 10. Juli 1611. (Archiv Matouš Konečný)

Verse auf Latein und führten geistliche Übungen durch.[126] Der zweite Zögling des Matouš Konečný, Jan Stadius, kam von der Herborner Akademie nach Bremen, wo er die oberste Klasse des Paedagogiums besuchte. Auch er schrieb am 18. Dezember 1611 die Stunden heraus, die er besucht hatte. Konkret nannte er den Heidelberger Katechismus, die Auslegung der Perikopentexte für die Sonntage in griechischer Sprache und der Glaubensartikel, weiter die um Philipp Melanchthon ergänzte Dialektik des Petrus Ramus, Rhetorik, die Grundzüge des Hebräischen, Arithmetik, Musik, die Lektüre von Ciceros »*De officiis*«, Vergils Aeneis, Plutarchs Schrift über die Kindererziehung »*De liberorum institutione*« sowie Werke des Hesiod, Übungen in Latein und Griechisch und außerdem eine Einführung in die Disputation aus Katechese und Logik.[127] Diese singulären Aufzählungen lassen sich um zahlreiche Bücher ergänzen, die sich die Schüler zu ihrer Bildung beschafften und deren Titel sie dann in ihre Abrechnungen eintrugen. In aller Kürze seien hier genannt: Prosodia von Heinrich Smetius, Dialectica von Petrus Ramus, Rhetorica von Omer Talon, philologische und theologische Werke von Matthias Martinius, das hebräische Lexikon und die hebräische Grammatik von Johann Buxtorf, das Wörterbuch von Johann Scapula, Loci communes von Luca Trelcatius, Poemata von Horatius usw.[128]

Neben der Teilnahme an Vorlesungen und Lektionen unterzogen sich die Studenten verschiedenen Prüfungen, Übungen und die Schüler des Paedagogiums auch den »Semesterprüfungen«. Die Studenten des Gymnasiums nahmen außerdem, wie bereits oben angeführt, an den öffentlichen Disputationen und Orationen teil. Die Korrespondenz bietet hier leider ebenfalls nur sehr knappe Informationen in Gestalt einer bloßen Meldung, dass der betreffende Zögling bei einer solchen Disputation oder Oration mitgewirkt habe bzw. falls seine Äußerung in Druckform erschienen war, dass er diese als Beweis für seinen Fleiß und seinen Erfolg sowie aus Dankbarkeit mit einer Widmung an die Senioren oder andere Mäzene der Unität nach Böhmen schicke. Zu den Ergebnissen ihrer Arbeiten äußerten sich in dieser Form nur drei Studenten – Mikuláš Achior, Adam Hartman und Jan Apollo.[129]

Als Alfred Schmidtmayer seinen Auszug der in der bremischen Matrikel eingeschriebenen böhmischen und mährischen Studenten publizierte, fügte er auch ein Verzeichnis der öffentlichen Disputationen bei. Darin können wir lesen, dass von den Studenten der Unität unter Matthias Martinius in den Jahren 1610 und 1611 Bohuslav Jafet und Zachariáš Aristus und 1615 Adam Hartman und Jan Irenaeus disputierten. Diese Studenten absolvierten – mit Ausnahme von Zachariáš Aristus – außerdem Diskussionen bei einem anderen

126 AMK, Sign. A 3251/NěmčanskýD/1.

127 AMK, Sign. A 3251/Stadius/6. Die Aufzählung der Lektionen in den genannten Briefen wurde wegen ihrer Einzigartigkeit bereits abgedruckt in: Růčková, Studium kněžského dorostu (wie Anm. 87).

128 Vgl. dazu ausführlich mit einem Verzeichnis der Bücher Markéta Růčková, The Textbooks at the Academy of Bremen at the Beginning of the 17th Century. New Evidence from the Bohemian Brethren Archives in Mladá Boleslav, in: Acta Comeniana 24, im Druck.

129 Vgl. Růčková, Studium kněžského dorostu (wie Anm. 87), S. 209.

Professor der Theologie und Philosophie an der Bremer Schule: bei Ludwig Crocius.[130] Auch Jan Vetter war am 15./25. Februar 1612 einer der Respondenten bei einer umfangreicheren Disputation, die unter dem Vorsitz von Martinius stattfand und an der ebenfalls der Präzeptor der Secunda am Paedagogium, Heinrich Oldenburg, und Philipp Textor aus Herborn teilnahmen.[131] Weitere Disputationen Vetters und mehrere Sammlungen dieser wissenschaftlichen Diskussionen, an denen Daniel Vetter, Jan Apollo und Jan Stadius mitwirkten, werden bei Schmidtmayer genannt.[132] Die zweite dieser Sammlungen, die 1611 bei Johann Wessel in Bremen erschien und aus dreißig Disputationsthesen bestand, war von Martinius den Senioren der Brüderunität – Jan Lanecký, Jan Cruciger, Matouš Konečný und Matěj Cyrus d. Ä. – gewidmet worden, damit sie sich von der Arbeit der Studenten sowie der Art, in der sie unterrichtet wurden, überzeugen konnten.[133]

Sobald sich ein Student zur Rückreise in die Heimat anschickte, weil sich die Zeit, die ihm für den Aufenthalt an ausländischen Lehranstalten zugemessen worden war, ihrem Ende näherte, konnte er neben neuen Kenntnissen und Erfahrungen auch einen Beleg bzw. ein schriftliches Zeugnis über den Nutzen seiner Studien mitnehmen, damit sich auch seine Vorgesetzten von seinem Fleiß überzeugen konnten. Ein solches außergewöhnliches Dokument, das sich auf die Unitätsstudenten bezieht, ist die auf Pergament geschriebene Urkunde, die am 23. Februar/4. März 1616 von Matthias Martinius ausgestellt und durch seine Unterschrift sowie das Siegel der Schule beglaubigt wurde. Bestimmt war sie für den Diakon Jan Irenaeus, der dem Verwaltungsbereich des Eibenschitzer Bischofs Jiří Erastus unterstand und seit dem 30. März/9. April 1614 als Student der Theologie geführt wurde. Jan Irenaeus wird in der Urkunde als sehr frommer und strebsamer Student bezeichnet, der nicht nur seinen Landsleuten, sondern allen Studenten ein hervorragendes Beispiel gewesen sei. Außerdem fügte Martinius noch hinzu: »*In schola vero omnibus iis rebus deditissimus fuit, quae ad scopum studiorum ejus pertinebant, ut et auscultationibus publicis et privatis exercitationibus domesticasque diligentiam intra hoc, quo nobiscum degit biennium per Dei benedictionem eam doctarum linguarum theologo necessariarum et imprimis totius doctrinae christianae sit consequatus notitiam, quanta tantulo tempore vix cuiquam hic obtigit.*«[134]

Neben den Studienpflichten genossen die Studenten und Schüler der Brüderunität auch das Alltagsleben und die »Unterhaltungen«. Von den hierzu neu gewonnenen Erkenntnissen seien die Umstände erwähnt, die zu der abenteuerlichen Reise zweier Eibenschützer Brüder, nämlich Daniel Vetter

130 Schmidtmayer, Die Beziehungen des Bremer Gymnasium (wie Anm. 69), S. 346.
131 Vgl. G. Menk, Matthias Martinius (1572–1630) und seine Werke, in: Geschichtsblätter für Waldeck 76, 1988, S. 49.
132 Schmidtmayer, Über das Schulwesen (wie Anm. 100), S. 64-67.
133 Ebd., S. 63. Die Sammlung heißt »Fidei summa, hoc est symbolum apostolicum, XXX disputationibus eromatice, i. e. per quaestiones et responsiones, ordine et perspicue ac succinte ennarratum in schola Bremensi per M. Martinium«, Bremen, Johann Wessel 1611.
134 Archiwum państwowe Poznań, Akta Braci Czeskich, Sign. 46.

und Jan Salmon, nach Island geführt hatten. Als Initiator darf zweifellos Jan Salmon angesehen werden, der sich bereits während seines Studienaufenthalts in Herborn 1611 als ungehorsamer und eigensinniger Student erwiesen hatte.[135] Seine Aufsässigkeit gegenüber den Brüdersenioren zeigte sich auch im Herbst desselben Jahres, als er ohne Erlaubnis der Bischöfe eigenmächtig nach Bremen wechselte, wo er sich am 19./29. November 1611 am dortigen Gymnasium einschrieb. Von dort sollte er zu Ostern 1612 nach Mähren zurückgerufen werden, wozu es jedoch keine ordnungsgemäße bischöfliche Ankündigung gab. Trotzdem tauchte Jan Salmon von alleine um diese Zeit herum in Prerau auf und bat Jan Lanecký um die Erlaubnis, von neuem noch einmal für ein Jahr in die Stadt an der Weser zurückkehren zu dürfen. Da er offiziell nicht abberufen worden war, wurde ihm diese Bitte auch gewährt; als neues Datum seiner Rückkehr setzte man Ostern 1613 fest.[136] Allerdings hielt Salmon auch diese Frist nicht ein. Sein Verhalten erklärt ein Brief des Jan Vetter vom 5. Juli 1613 näher, der Matouš Konečný berichtete, dass Salmon Bremen verlassen habe, um Holland zu besuchen. Und obwohl Jan Vetter nicht sonderlich begeistert war, dass sein eigener Bruder Daniel mit Salmon reiste, war genau dies mit Genehmigung von Matthias Martinius geschehen.[137] Die Schritte der beiden Reisenden führten jedoch allem Anschein nach nicht in die holländischen Provinzen, sondern nach Island, denn die Zeit ihrer Abreise stimmt mit dem potentiellen Reisedatum überein, für das sich die mit Vetters »Islandia«[138] beschäftigten Wissenschaftler ausgesprochen haben.[139] Von der Expedition nach Island kehrten Vetter und Salmon nach Bremen zurück. Vermutlich prahlten sie nicht mit ihrem Ausflug, denn hätten die Bischöfe von ihrer Reise erfahren, wären sie vermutlich ebenfalls alles andere als begeistert gewesen. Selbst Jan Vetter wusste nicht genau, wo die

135 AMK, Sign. A 3251/Cruciger/3.

136 AMK, Sign. A 3251/Lanecký/14.

137 AMK, Sign. A 3251/VetterJ/8 »Salmon noster, quem domum absolute vocatis, peregre nunc abiit videndae Hollandiae gratia, ad nos ubi redierit, procul dubio, voluntati Vestrae sine mora obsecundabit. Et utinam id prius fecisset et meo hac in parte consilio morem laudabiliter gessisset! Videat vero, quemodo suam manifestam inobedientiam coram Vobis, reverendis patribus, excuset. Fratrem meum consensu domini rectoris cum Salmone dimisimus, quamvis ego non per omnia illud approbaverim, redibunt tamen his, ut spero, diebus.«

138 Islandia oder kurtze Beschreibung der Insul Eyßland, darinnen etliche wunderbare und sonderbare Dinge, so in diesen unsern Ländern nicht gesehen werden augenscheinlich zu sehen, und etliche so von glaubwürdigen Inwohnern solcher Insul gehört und warhafftig sind aufgezeichnet worden, 1640, in: VD17 14:080312W.

139 Vgl. Bohuslav Horák (Hrsg.), Daniel Vetter a jeho »Islandia« [Daniel Vetter und seine »Islandia«], Brno 1931; Otakar Odložilík, Daniel Vetter a jeho cesta na Island [Daniel Vetter und seine Reise nach Island], in: Časopis Matice moravské 55, 1931, S. 75-94; Dariusz Rott (Hrsg.), Daniel Vetter i jego »Opisanie Wyspy Islandyji.« Studium z dziejów staropolskiego podróżopisarstwa [Daniel Vetter und seine »Beschreibung der Insel Island.« Eine Studie zur Geschichte der altpolnischen Reisebeschreibung], Katowice 1993.

beiden gewesen waren, oder verschwieg das Ziel ihrer Reise aus Rücksicht auf seinen Bruder taktvoll.[140] Aus dem Erwähnten lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Wäre Jan Salmon nicht gewesen, hätte Daniel Vetter mit größter Wahrscheinlichkeit keine Reise nach Island angetreten, und seine Beschreibung der Insel wäre nicht entstanden. Und zugleich lässt sich durch die Verheimlichung dieser Reise vor den Senioren der Unität zu deren Lebzeiten erklären, warum die »Islandia« erst Jahre später im Druck erschien (zum ersten Mal 1638 in polnischer Sprache).

Erwähnt werden sollen auch noch die Rechnungen der Unitätsstudenten. Deren Studienaufenthalte wurden sowohl aus »eigenen« Mitteln, den Geldern der einzelnen Bischöfe bzw. Priester finanziert, als auch aus der gemeinsamen Kasse der Brüderunität. Die Bischöfe achteten immer darauf, dass ihre Zöglinge keine unnützen Ausgaben tätigten. Deshalb waren die Studenten verpflichtet, neben ihren pflichtgemäßen Meldungen auch Verzeichnisse ihrer Ausgaben in die Heimat zu schicken, aus denen hervorging, wofür sie die zur Verfügung gestellten Gelder ausgegeben hatten. Andererseits waren sich auch die Studenten bewusst, wie nützlich das Aufzeichnen ihrer Ausgaben war, denn sie konnten damit nachweisen, dass sie ihr Geld nicht für Ausschweifungen und andere Kurzweil ausgegeben hatten, und so die Bitte um die Sendung weiterer finanzieller Mittel glaubwürdig machen. Eine genaue Analyse dieser Register zeigte, dass die größten Ausgabeposten für die Studenten Kost und Logis waren; es folgte die Kleidung und an dritter Stelle in ihrem Haushalt Bücher und deren Bindung.[141] Außerdem stellen diese Rechnungen eine wertvolle Quelle zur Geschichte der finanziellen Verhältnisse in Bremen dar.[142]

Abschließend darf man sich die Frage stellen, warum die Unitätsstudenten nach 1615 nicht mehr in größerer Zahl die Bremer Schule besuchten und die Aufmerksamkeit der Senioren sich nun auf die Einrichtung im niederschlesischen Beuthen an der Oder richtete. Eine Antwort findet sich in dem unklaren Streit zwischen dem Jungbunzlauer Bischof Matouš Konečný – der ein Anhänger der Bremer Schule war – und dem Prerauer Bischof Jan Lanecký, dem das pädagogische Vorgehen von Martinius nicht gefiel, denn dieser wollte nach Laneckýs Worten die Zöglinge der Unität nicht aus der Secunda in die Prima des Paedagogiums und aus der Prima auf das Gymnasium vorrücken lassen, obwohl der Bischof überzeugt war, dass diese dort etwas lernten, was sie bereits vor ihrer Ankunft nach Bremen beherrschten. Deshalb schlug er vor, die Studenten nach Herborn oder an die Universität in Marburg zu verlegen, damit sie etwas Neues lernten. Seine Erklärung lautete: »Pan Piscator v Herbornu předešlých časů zexaminovav Tita mého a Amosa, kázal jim slýchat publicas lectiones, ježto s takovými znalostmi šli jako tito do Brém. Neposlal jich do classi, ale nechá svou napást ten Martinius. Nebudou mít moji, v čem na

140 AMK, Sign. A 3251 / VetterJ / 10.

141 Vgl. zu ihrer Analyse ausführlich Růčková, Střípky ze života (wie Anm. 91). Im Archiv von Matouš Konečný gibt es insgesamt fünfzehn Ausgabenregister der in Bremen Studierenden.

142 Siehe Anhang 2.

něj vzpomínat, leč že pýchu svou nad nimi provedl a učení jejich překážku učinil [Herr Piscator in Herborn, der in vergangenen Zeiten meinen Titus und den Amos (J. A. Comenius, Anm. d. Aut.) examiniert hatte, erlegte ihnen auf, publicas lectiones zu hören, und mit solchen Kenntnissen sind diese nach Bremen gegangen. Dieser Martinius schickte sie nicht in die classis, sondern beharrte zu ihrer Wehmut auf seinem Willen. Meine (Schützlinge, Anm. d. Aut.) werden nichts haben, worauf sie zurückblicken können, nur dass er seinen Stolz an ihnen ausließ und ihrem Lernen Hindernisse in den Weg stellte].«[143]

Anhang 1
Register der Ausgaben für den Druck der »Evangelia et epistolae«
(AMK, Sign. A 3255/Laubmann/4)

Outrata peněz poslaných k tištění Evangelií a epištol nedělních summy 40 říšských tolarů
[Ausgaben des für den Druck der Evangelien und der Sonntagsepisteln gesandten Geldes in Höhe von 40 Reichstalern].

	Reichstaler	Groten
Nejprve dáno za 20 rysů papíru, 1 rys po 2 kopšt[íkách] učiní [Zunächst gegeben für 20 Ries Papier, 1 Ries zu 2 Kopfstücken macht]	8	40
Na 3 knihy papíru k psaní těch textů dáno [Für 3 Buch Papier zum Schreiben dieser Texte gegeben]		15
Tovaryšům drukařovým při začátku dáno spropitného [Den Druckergesellen zu Beginn an Trinkgeld gegeben]		18
Za mosaz na linky dáno [Für Messing für die Linien gegeben]	1	
Od připravování linek [Für die Vorbereitung der Linien]		30
Po druhé za mosaz a dílo linek [Zum zweiten Mal für Messing und das Linienwerk]		36

143 AMK, Sign. A 3251/Lanecký/45 (11. August 1615).

Za kolík a udělání na oceli litery (»l«) dáno zlatníkovi [Für den Stift und die Fertigung der Stahlletter (»l«) dem Goldschmied gegeben]		15
Za měď na matricem též litery dáno [Für Kupfer für die Matritze dieser Letter gegeben]		3
Za lžičku malou měděnou dáno [Für einen kleinen Kupferlöffel gegeben]		4
Za lžičku větší železnou [Für einen größeren Eisenlöffel]		4
Za kolík a dělání litery (»ý«) dáno [Für den Stift und die Fertigung der Letter (»ý«) gegeben]		12
Za dělání matricem též litery [Für die Fertigung der Matritze dieser Letter]		3
Na olovo dáno [Für Blei gegeben]		6
Za 5 balů papíru, totiž za 50 rysů dáno [Für 5 Ballen Papier, nämlich für 50 Ries gegeben]	20	48
Od nošení téhož papíru dáno [Für das Tragen dieses Papiers gegeben]		11
Za 2 rysy postpapíru dáno [Für 2 Ries Postpapier gegeben]	5	12
Za 4 rysy schreibpapíru dáno [Für 4 Ries Schreibpapier gegeben]	6	
Tovaryšům drukařovým spropitnýho, když první sextern vytiskli, dáno [Den Druckergesellen an Trinkgeld gegeben, als sie die erste Sextern gedruckt hatten]		6
Summa všeho [Gesamtsumme]	**44**	**43**
Zůstává mně odtud, co sem z svých peněz přes to vynaložil [Mir bleibt von hier, was ich von meinem Geld dafür ausgegeben habe]	4	43

Anhang 2
Register der Ausgaben des Daniel Němčanský für das Studium im Jahr 1616
(AMK, Sign. A 3255/NěmčanskýD/6)

Rejstřík vydání z těch 40 tolarů. [Register der Ausgaben zu diesen 40 Talern]

	Reichstaler	Groten
Hospodářovi za stravu [Dem Hauswirt für die Kost]	14	
Za lozument [Für das Logis]	4	22
Od oprávky střevíc [Für die Reparatur der Schuhe]		7
Za svíčky [Für Kerzen]		6
Za střevíce nové [Für neue Schuhe]		36
Za hřeben [Für einen Kamm]		10
Od lázně [Für das Bad]		6
Za koženné punčochy [Für Strümpfe aus Leder]		40
Za kalamář [Für ein Tintenfaß]		7
Za svíčky [Für Kerzen]		6
Za víno [Für Wein]		14
Za přenešení věci [Für den Transport von Sachen]		5
Za krabici pro bílé šaty [Für eine Schachtel zu den weißen Kleidern]		12
Krejčímu od oprávek [Dem Schneider für die Reparatur]	1	
Za Orationes Livii [Für die Orationes des Livius][144]		26
Za privatam collegium [Für Privatunterricht]	1	
Za dříví [Für Holz]	1	20
Za knihu De unica Christi persona domini rectoris [Für das Buch De unica ...][145]		30
Za knížky in duodecimo quoque recto[ris] [Für die Bücher in 12° vom Rektor (geschrieben)]		23
Za papír domino Willio [Für Papier dem Herrn Willius][146]		28

144 Titus Livius, *Orationes ex Tito Livio selectae*, [1596] (VD16 L 2150).
145 Matthias Martinius, *Theologia de unica domini nostri Jesu Christi persona, [...]. Ex Scripturarum sanctarum apertis dictis [...], contra blasphemias, errores et calumnias haereticorum, imprimis Samosatenianorum, Socinianorum et Arianorum, etiam Ubiquitariorum, nominatim d. Balthasaris Mentzeri* [...], Bremen, Thomas de Villiers 1615 (VD17 1:081666E).
146 Johannes Willius.

Za Analyses evangeliorum [Für die Analyses evangeliorum][147]	12
Pradlí od praní šatů [Der Wäscherin für das Waschen der Kleidung]	1
Za Lexicon Joan[ni] Scapulae [Für das Lexikon des Johann Scapula][148]	3

Summa **30 tolarů a 35 krotů**
[Summe 30 Taler und 35 Groten]

Co se pak dotýče, pane otče, těch knich, o ni[ch]ž sem v prvnějším rejstříku psal, že jsem za ně dlužen, ještě sem jich nezaplatil, poněvadž mně peněz málo pozůstalo
[Was dann jene Bücher betrifft, Herr Vater, über die ich im ersten Register schrieb, dass ich für sie noch Geld schulde, so habe ich sie noch nicht bezahlt, da mir wenig Geld blieb]

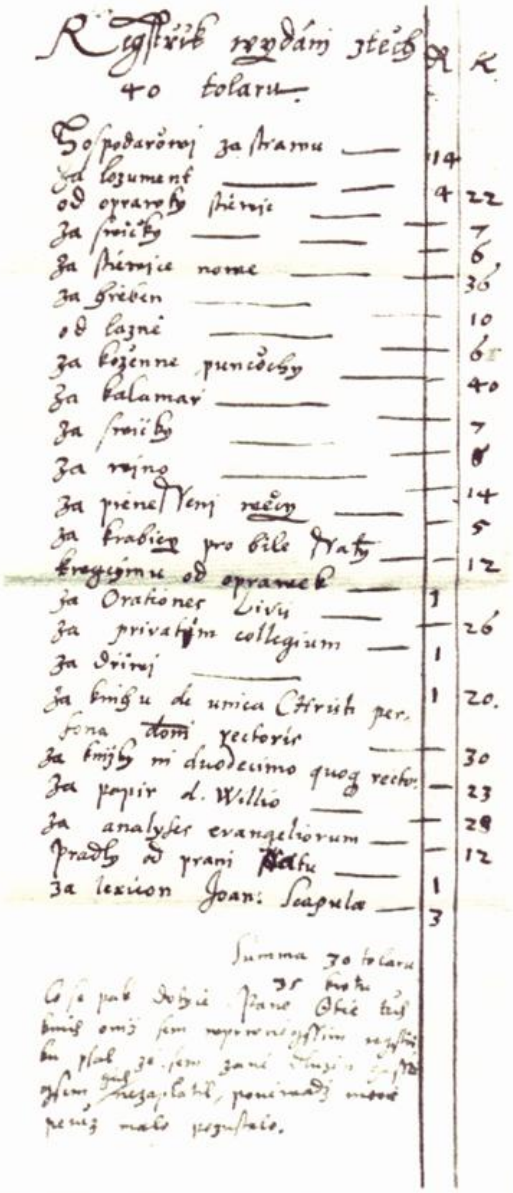


Abb. 2:
Register der Ausgaben des Daniel Němčanský, siehe Anhang 2.

147 [?] Conrad Dieterich, *Analysis logica evangeliorum dominicalium una cum observationibus et doctrinis e ss. Scripturae fundamentis, sanctorum patrum testimoniis et virorum doctorum sententiis*, [ca. 1611] (VD17 547:690751C).

148 Johann Scapula, *Lexicon Graeco-Latinum novum in quo ex primitivorum et simplicium fontibus derivata atque composita ordine non minus naturali, quam alphabetico breviter et dilucide deducuntur*, Basel, Sebastian Henricpetri 1615 (VD17 23:297564T).

Der schwedische Schriftsteller Carl Jonas Love Almqvist in Bremen 1865/66

Von Jan Osmers

Carl Jonas Love Almqvist (1793–1866) war einer der meistgelesenen Autoren seines Landes und gehört heute in die Reihe der schwedischen Klassiker. Daneben war er Redakteur im liberalen Aftonbladet. Im Juni 1851 wurden polizeiliche Ermittlungen gegen ihn wegen Schuldscheindiebstahls und Giftmordversuchs an seinem Geldverleiher eingeleitet. Almqvist wurde frühzeitig gewarnt und konnte sich durch Flucht dem Zugriff der Polizei entziehen. Der Fluchtweg führte ihn von Stockholm über Bremen nach Amerika. Die ihm vorgeworfenen Taten sind auf Grund der erdrückenden Indizien sehr wahrscheinlich.

Nach 14 Jahren in Amerika kehrte er nach Europa zurück. Als er im September 1865 in Bremen ankam, wurde er von seiner Familie gewarnt, dass in Schweden immer noch eine Festnahme drohe. Daraufhin brach er die Weiterreise ab und nahm eine Wohnung in Bremen. Hier lebte er unbehelligt bis zu seinem Tod am 26. September 1866. Erst danach wurde seine wahre Identität entdeckt. Über dieses letzte Lebensjahr in Bremen soll im Folgenden berichtet werden.[1]

Carl Jonas Love Almqvist wurde am 28. November 1793 in Stockholm als Sohn des Kriegskommissars Karl Gustaf Almqvist geboren. Er promovierte 1815 zum Dr. phil. und arbeitete danach in der Abteilung für kirchliche Angelegenheiten des Kultusministeriums. 1823 kündigte er den Staatsdienst und ging mit Freunden in die Wälder Värmlands, um dort in einer Landkommune ein idealistisches Bauernleben zu führen. Als das Projekt nach drei Jahren aus Geldmangel gescheitert war, kehrte er nach Stockholm zurück und wurde Rektor an einer Reformschule.

In den 1830er Jahren war er einer der bekanntesten und meistgelesenen Autoren Schwedens. Seine erfolgreichsten Arbeiten waren die Erzählungen aus dem Sammelband ›Das Dornenrosenbuch‹ (›Törnrosens Bok‹). In dem 1839 erschienenen Roman ›Es geht an‹ (›Det går an‹)[2] brachte er seine

1 Als Grundlage für diese Arbeit wurden folgende schwedische Publikationen benutzt: Johan Svedjedal, Frihetens rena sak. Carl Jonas Almqvists författarliv 1841–1866, Stockholm 2009. A. Hemming-Sjöberg, Rättegången mot C. J. L. Almquist, Stockholm 1929. Ruben Gustafsson Berg, C. J. L. Almquist i landsflykten 1851–1866, Stockholm 1928.

2 Der Roman erschien 2005 unter dem etwas irreführenden Titel »Die Woche mit Sara« im Rowohlt-Taschenbuchverlag. Das erfolgreiche Buch war für kurze Zeit in den Bestsellerlisten notiert. 2006 erschien im gleichen Verlag noch die dt. Übersetzung des Romans ›Drottningens juvelsmyke‹ (»Das Geschmeide der Königin«).

Überzeugung zum Ausdruck, dass nur die wahre Liebe und die Freiheit der Partner untereinander als alleinige sittlich legitimierte Gründe für eine glückliche Ehe akzeptiert werden könnten, nicht der Trauschein. Es brach ein Sturm der Entrüstung über ihn herein, der über Jahre anhielt. 1841 musste er wegen des Vorwurfs der Gefährdung der Sittlichkeit den Schuldienst kündigen.

Almquist reagierte auf die Anfeindungen zunehmend radikaler und wechselte von der Belletristik zum Journalismus, hauptsächlich schrieb er für die liberale Tageszeitung Aftonbladet. Damit verschlechterten sich aber auch seine finanziellen Verhältnisse und er nahm im Laufe der Jahre immer mehr Schulden bei dem Geldverleiher Johan Jacob von Scheven auf. Ende Mai 1851 entdeckte von Scheven, dass ihm die Almqvist-Schuldscheine gestohlen worden waren. Wenig später erhielt er gefälschte Schuldscheine von Almqvist. Als von Schevens Haushälterin schließlich Anfang Juni kurz nacheinander Arsen im Essen und im Branntwein von Schevens entdeckte, nahm die Polizei Ermittlungen wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Giftmordversuchs auf. Almqvist erfuhr rechtzeitig davon und verließ am 11. Juni überstürzt die Stadt. Er legte eine falsche Fährte über seinen Fluchtweg, der ihn angeblich über Göteborg nach London führen sollte. Stattdessen floh er per Schiff, Eisenbahn und Postkutsche über Helsingborg, Kopenhagen, Flensburg und Hamburg nach Bremen. Er kam am 24. Juni 1851 in Bremen an und hielt sich drei Tage in der Stadt auf.

Abb. 1: C. J. L. Almqvist 1865, ein Jahr vor seiner Ankunft in Bremen. (UUB, X 251 k 4 Nr. 24)

Noch am Tag der Ankunft schrieb er einen langen Rechtfertigungsbrief an den Verleger des Aftonbladets, Lars Johan Hierta. Der Brief führte den Poststempel Bremen, 26. Juni 1851.

Zwei Tage später erfuhr er aus der Weser-Zeitung erstmals Näheres über seine Verfolgung in Stockholm: »Stockholm, den 17. Juni. Eine Begebenheit ganz eigener Art hat in diesen Tagen ein ungewöhnliches Aufsehen erregt. Der als Schriftsteller auch in Deutschland durch Übersetzungen seiner vielen Romane[3] allgemein bekannte C. J. L. Almquist ist plötzlich verschwunden. Er soll sich über Oerebro, Hult und Gothenburg nach dem Auslande begeben haben. Seitdem haben sich die schrecklichsten Gerüchte über ihn verbreitet.

3 In den Jahren zwischen 1842 und 1846 erschienen in Berlin und Stuttgart sieben Almqvist-Titel in 13 Ausgaben in deutscher Übersetzung.

Er wird des Diebstahls, der Namens-Verfälschung, eines dreimaligen Versuches, den Bestohlenen, einen alten verrufenen reichen Wucherer, dessen vertrauter und als Sohn geliebter Freund er gewesen sein soll, mit Arsenik zu vergiften. Leider gewinnen diese Beschuldigungen durch die von der Polizei gehaltenen Untersuchungen, welche noch fortdauern, die größte Wahrscheinlichkeit.«[4]

Almqvist verließ noch am gleichen Tag die Stadt in Richtung Bremerhaven, wo am 1. Juli das Segelschiff Hudson nach New York abgehen sollte.[5] Wegen schlechten Wetters blieb das Schiff vom 1. bis 8. Juli vor Bremerhaven auf Reede. Inzwischen erschienen immer neue Enthüllungen über den Giftmordversuch und die Erfolge der Polizeiuntersuchungen in deutschen Zeitungen[6]. U. a. hatte die Polizei die Spur schon bis Kopenhagen aufgenommen und das schwedische Außenministerium bereitete Auslieferungsanträge vor.

Um seine falsche London-Fährte zu erhärten, schrieb Almqvist von Bord der Hudson einen mit »3. Juli 1851, London by Wilmington« datierten Brief an einen Bekannten in Göteborg. Der Brief enthielt einen Verteidigungsbrief an seinen Verleger Hierta, den er seinen Göteborger Bekannten bat, umgehend mit der Göteborg-Post nach Stockholm zu schicken. Der Brief war mit einer Art Rahmenhandlung versehen. »Dieser Brief«, so schrieb er, »wird von London mit einem Bremer Seekapitän [nach Bremen] gesandt, der versprach, ihn schneller zu befördern als mit der gewöhnlichen Post.« Almqvist wollte den Anschein erwecken, der Brief sei auf dem üblichen Postweg von London über Göteborg nach Stockholm befördert worden. Verleger Hierta veröffentlichte die mit London datierte Verteidigungsrede und erreichte, dass die Polizei die Verfolgung der richtigen Spur aufgab. Bis zu seinem Tod nahm man in Schweden an, er sei in England.

Almqvist kam am 28. August 1851 in New York an. Er nannte sich nun Abraham Jacobson und erhielt einen Monat nach der Ankunft einen amerikanischen Staatsbürgerpass auf diesen Namen. Jacobson war ein schwedischer Seemann, und Almqvist hat den Pass möglicherweise von diesem gekauft, vielleicht auch gestohlen. Almqvist reiste die ersten drei Jahre von New York bis New Orleans quer durch die USA. Nur in wenigen Städten hielt er sich länger als ein paar Wochen auf, eine Ausnahme war die deutsche Kolonie New Braunfels in Texas, in der er acht Monate lebte. Ab 1854 wurde er in Philadelphia sesshaft, nannte sich jetzt Lewis Gustawi und heiratete die Pensionswirtin Emma Nugents. In dieser unglücklichen Ehe hatte er ein hartes Leben wie aus seinen Aufzeichnungen hervorgeht: zur abendlichen Unterhaltung der Pensionsgäste musste er am Piano spielen, wurde »wie ein Hund behandelt« und mit erniedrigenden Spitznamen gerufen.

4 Weser-Zeitung, 27. Juni 1851.

5 Almqvist hat später einen genauen Reiseplan seiner Flucht aufgestellt: 24. Juni Ankunft in Bremen; 27. Juni von Bremen nach Bremerhaven; 28. Juni von Bremerhaven nach Stade; 29. Juni Rückreise nach Bremerhaven; 30. Juni Besuch bei Kapitän H. Hohorst.

6 U. a. Kölnische Zeitung, 2. Juli 1851.

In dieser amerikanischen Zeit lebte er in der erdichteten Welt seines Manuskripts ›Über den schwedischen Reim‹. An dem Manuskript arbeitete er ohne Unterbrechung bis zu seinem Tod in Bremen weiter.

Ende Juli 1865 verließ Almqvist Amerika mit dem Ziel Schweden und erreichte Bremen Anfang September. In seinem ersten, nicht mehr erhaltenen Brief aus Bremen schlug er seinem Halbbruder Fridolf Almqvist[7], der zu der Zeit hohe öffentliche Ämter in Stockholm bekleidete, vor, einen »anonymen oder Inkognito-Pass« für ihn auszustellen, um Schweden besuchen zu können. Fridolf Almqvist wies diese Idee zurück, sagte ihm aber seine finanzielle Unterstützung zu. Überhaupt sei Almqvist nicht erwünscht, er könnte aufgespürt und wiedererkannt werden und dadurch könnte das Gerichtsverfahren wieder aufgenommen werden. Er solle einfach verschwunden bleiben. Auch seine Frau und Kinder waren zu ängstlich, um ihn zurückzuwünschen: Seine Tochter riet ihm, von Bremen direkt weiter nach England zu reisen. In einem Brief an seine Tochter bat er demütig um Vergebung für seinen »unbedachten« Vorschlag: »Für das eigentliche Unglück rechne ich, dass ich den unbeschreiblich guten Bruder Fridolf durch den Vorschlag gekränkt habe, den ich ihm gedankenlos gemacht habe. Ich meinte es doch nicht böse damit; und da es ein wohlbekanntes Faktum in England, Frankreich und andernorts ist, dass ein inkognito oder anonymer Pass wiederholt unbeanstandet gebraucht und zugelassen wird, so schrieb ich deshalb nicht erwägend, dass die Regeln und Vorschriften in Schweden ganz anders sein könnten; und auch in den anderen Ländern, wo die Sachen vorkommen, es vielleicht von den Autoritäten dort mehr ignoriert wurde als eigentlich zugelassen. Wie auch immer, war es ganz unbedacht von mir, es vorzuschlagen; und ich bitte dich, kleine Maria, in meinem Namen Fridolf innig für diesen Fehler um Verzeihung zu bitten.

Abb. 2: Almqvist 1863. Die Originalfotografie wurde durch Retusche von Schnurrbart und Spitzbart manipuliert. (UUB: X 251 k 4 Nr. 24)

7 Gustaf Fridolf Almquist (1814–1886) war u.a. Stadtbevollmächtigter der Stadt Stockholm, Hofgerichtsrat und underståthållare (vergleichbar einem Regierungspräsidenten).

Dein Vorschlag, dass ich sofort hinüber nach England reisen sollte, könnte recht gut sein, aber undurchführbar. Mit den Mitteln, die ich jetzt habe, würden ich wohl die Überreise bestreiten können, könnte dann aber in dem vergleichsweise exorbitant teuren England nicht existieren (auch in Hull oder solchen Provinzorten), einen Monat, vielleicht. Was würde daraus? Es wäre auch so in Ordnung, sofort wieder über das Meer nach Amerika zurückzufahren, was ich sicher tun würde, wenn ich die Mittel hätte. Ach mein Gott, welch unglückliche Idee es von mir war, Amerika zu verlassen!«[8]

Abb. 3: Haus Seemannstraße 7 von der Wilhadistraße aus gesehen. Almqvist bewohnte den zweiten Stock. Der Garten war früher größer. (Foto: Berg, Almqvist (wie Anm. 1), S. 359)

Almqvist mietete bei der Schneiderfamilie Henke in der Seemannstraße 7 zwei Räume im zweiten Stock mit Blick in den Garten und auf den Dom. In der Seemannstraße wohnten Handwerker, Büroangestellte und mittlere Beamte, ein kleinbürgerliches Milieu also, in dem er sich niederließ. Er nannte sich jetzt Professor Jules Charles. Wie schon bei früheren Tarnnamen verwandte er seine Vornamen.[9]

Aus dem ersten Eintrag im Rechnungsbuch der Wirtin Doris Henke geht hervor, dass Almqvist am 9. September 1865 dort eingezogen ist.[10] In dem Rechungsbuch hat Frau Henke die täglichen Pensionskosten, u. a. über Almqvists Kaffee- und Teeverbrauch, aufgelistet. Bei der Familie Henke hat sich Almqvist allem Anschein nach sehr wohl gefühlt. An seinen Sohn Ludvig schrieb er am 11. Dezember 1865: »Also bleibe ich nun hier bei den bescheidenen Herrn und Frau Henke, die, wenn ich sie nach ihrer Freundlichkeit gegen mich beurteilen soll, sich scheinbar gleich ungern von mir trennen wollen, wie ich mich von ihnen. Sie erinnern mich in mehrfacher Hinsicht an

8 Undatierter Brief an die Tochter, etwa im September 1865 geschrieben, gedruckt in: Berg, Almquist (wie Anm. 1), S. 547 f.

9 Charles = 1. Vorname Carl. Der in den USA verwandte Name Lewis Gustawi entspricht Lewis = 3. Vorname, Gustawi = Vorname Gustaf des Vaters.

10 Uppsala universitetsbibliotek (UUB) X 251 k 4. Biographica betr. C. J. L. Almqvist, Nr. 17: Rechnungsbuch für C. J. L. Almqvists Pensionskosten in Bremen bei Schneider Henke (9. 9. 1865 – 8. 9. 1866) »Herrn Professor Charles«.

die guten Leute Öfverbergs[11] in der Bryggargränd. Herr Henke selbst ist drollig in seiner Art sich zu äußern, und sitzt gerne und macht trockne und kurze Geräusche in seinem Sofa, wenn er am Abend aus seiner Werkstatt hereinkommt, er ist ein sehr einfacher Bürger, gleichsam dem Alten Öfverberg, und unterscheidet sich am meisten nur dadurch, dass er Schneider ist, wohingegen Öfverberg Kachelofensetzer war. Frau Henke mit ihren Töchtern ist das eigentliche Faktotum im Hause, gleichsam der Alten Öfverberg in der Bryggargränd, und, obendrein, ganz wie Frau Öfverberg, hat sie einen Jan Hendrik (heißt jedoch auf Deutsch Heinrich). Der einzige Unterschied ist, dass dort Henrik in der Bryggargränd Pastor und schließlich Hofprediger war, dagegen dieser Heinrich in der Seemannstraße Buchhalter ist; aber das tut nicht viel zur Sache.«

Frau Henke erinnerte sich später an Professor Jules Charles: »Er beschäftigte sich fast ausschließlich mit Lesen und Schreiben und ging selten aus. Er hatte überhaupt keinen Umgang mit der übrigen Welt, aber er war freundlich, gutmütig und still und zeigte viel Zuneigung und Interesse für seine Wirtsleute. Er war mager und ganz weißhaarig, schien sehr verfroren zu sein, wollte es sehr warm in seinem Zimmer haben und trank gerne seine große Tasse warmen Kaffee, die ihn aufzumuntern schien.«[12]

Nachdem er ein Quartier gefunden hatte, galt es nun den Aufenthalt als Prof. Jules Charles durch eine Aufenthaltsgenehmigung zu legalisieren. Almqvist hatte bereits in Schweden die besondere Fähigkeit entwickelt, seine Umgebung für sich einzunehmen und nach Bedarf zu täuschen. Nicht ohne Stolz notierte Almqvist einmal, dass es ihm gut gelinge, Freunde und Einfluss zu gewinnen: »Ich kann versichern, dass ich nie in einer Stadt ankomme, ohne mir innerhalb von ein oder ein paar Tagen dort so viele Bekannte zu verschaffen, die ich je benötige – nicht intim natürlich, wer könnte das in einem solchen Augenblick verlangen? aber doch so gut wie es benötigt wird, zum Erlangen all der Informationen die ich wünsche, sowie der Hilfe und den Beistand die in fremden Orten nötig sind.«[13] Vom zuständigen Beamten der Bremer Fremdenpolizei spricht er als »dem redlichen und gesprächigen Polizeisekretär«. Das Geld für die Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung erhielt er von seinem Halbbruder. An seinen Sohn schrieb er am 11. Dezember 1865: »Mein geliebter Ludvig! Dein Brief vom 7. Dezember mit Einschreiben und mit beiliegenden 60 Taler Preußische Bank Noten, erhielt ich am 9., Sonnabend am Nachmittag, weshalb ich mich sofort am Montag zur Polizei begab und meine Aufenthalts-Karte erhielt, gültig für ein ganzes kommendes Jahr. Die Polizei gibt keine Aufenthaltsgenehmigung auf längere Zeit als für ein Jahr aus, aber wenn ich noch zur Zeit des Auslaufens hier bin und noch länger

11 Die Eltern des Jugendfreundes Jan Henrik Öfverbergs.

12 Mitteilung von Frau Henke, dargelegt im Brief von Axel Sigfr. Ulrich an Arvid Ahnfelt vom 17. Mai 1876, zitiert in Arvid Ahnfelt, C. J. L. Almqvist, hans lif och verksamhet, Stockholm 1876, S. 239.

13 Brief an die Tochter Maria Almqvist den 4. Oktober 1852, gedruckt in Berg, Almquist (wie Anm. 1), S. 428 - 446.

hier bleiben will, so bekomme ich da eine weitere solche Genehmigung, ohne jedes weitere Hindernis und Schwierigkeiten.«

Und er fuhr fort: »Wie dem auch sei, kann ich indessen nun sowohl lange wie gut hier leben und mich mit verdoppeltem Fleiß für die verlorene Zeit schadlos halten, da ich ungestört und sorgenfrei arbeiten kann.«[14] Das bezog sich auf sein großes literarisches Alterswerk ›Über den schwedischen Reim‹. Es ist ein mächtiges Werk von 1438 Folioseiten in 21 Büchern. Der Großteil ist während des amerikanischen Aufenthalts geschrieben worden. Als Almqvist Amerika verließ, war er bis Seite 1294 vorangekommen, in Bremen kamen noch 144 Seiten hinzu. Das Manuskript enthält durchgehende Änderungen mit Bleistift, die darauf hinweisen, dass Almqvist es hier systematisch überarbeitet hat. Insgesamt gibt es tausende solcher Änderungen, manchmal mit einer Datierung.

Die Rahmenhandlung spielt in einem Jagdschloss, in dem ein ständiger 24-köpfiger Staatsrat tagt und über alle Facetten des kulturellen Lebens diskutiert, im Wesentlichen aber über Literatur. Im gemütlichen Salon des Jagdschlosses, wo die ganze Welt und deren Angelegenheit Platz findet, verwandelte er sein eigenes Dasein in eine Nebensache. Literarisch hat es die Form einer gewundenen Erzählung, wo die Staatsratssitzung von Thema zu Thema springt. Viele der Diskussionen gelten der Verslehre und manchmal muss jemand im Staatsrat einen Vers improvisieren, um die Finesse einer Verstechnik zu illustrieren. In der bekanntesten Partie, im Manuskript ›Sesemana‹ genannt – dekliniert von dem poetischen Narren Hans Jacob Seseman[15] –, werden alle Arten Gedichte gemischt: Reimübungen, Nonsensgedichte, Scherze, elegische Lyrik, Alltagspoesie, Plattitüden, Absurditäten, Nonsens.

Die Darstellungen erscheinen oft so sonderbar, dass es schwer ist, das Werk zu beurteilen. Auch sein schwedischer Biograf Johan Svedjedal kann sich nicht festlegen: »Ist das riesige Manuskript ein Ausdruck des Wahnsinns, dem Heimweh nach der Muttersprache, der Verzweiflung, der Einsamkeit, oder ein Versuch, eine literarische Revanche am Heimatland zu nehmen? Ist es ein gigantisches Scheitern oder ein Rätsel, das noch niemandem zu lösen gelungen ist, ein listiges Bilderrätsel oder eine esoterische Schöpfung mit versteckter Botschaft, ungefähr wie innerhalb der Alchemie oder Kabbalistik?«[16]

Viele der 565 Gedichte handeln vom Heimweh nach Schweden und vom schwedischen Essen. Almqvist träumt ganze schwedische Büffets mit schwedischen Zutaten hervor:

14 Brief vom 11. Dezember 1865, gedruckt in: Berg, Almquist (wie Anm. 1), S. 548-551.

15 Hans Jacob Seseman (1751–1819) war ein Dichter in Almqvists Jugendzeit. Seseman studierte in Uppsala und zeigte einen Hang fürs Rechnen. Im Jahr 1777 scheiterte er damit, eine Dozentur in Mathematik zu bekommen, erhielt aber doch eine Anstellung als Lehrer in Vadstena. Schnell zeigte es sich, dass Seseman ungeeignet als Lehrer war und die letzten Jahre seines Lebens lebte er als Privatmann und Straßenoriginal in Stockholm.

16 Svedjedal (wie Anm. 1), S. 376.

»Wohl dem im weiten Erdenraum, der den Geschmack genossen
von grünen und von großen, süßen, roten Stachelbeeren
Und der dabei nicht ausruft: ich habe nie dergleichen gekostet!
Gegen die eine Schiffsladung dummer Apfelsinen nichts ist.
Selbst Pomeranzen
beachte ich wenig.
Was bietet uns aufrichtig Afrika?
Was kann Amerika zeigen?
Was Asien? Was ganz Europa?
Offen trotze ich allen zusammen.
Aber Skandinavien – das hat alles!
Nur Schweden hat schwedische Stachelbeeren.«

Die Arbeit am Manuskript ›Über den schwedischen Reim‹ schritt 1866 langsamer voran. Auf S. 1397 ist das Datum »Bremen, den 6. März 1866« verzeichnet. Am 8. April schloss er das 19. Buch ab und begann mit dem 20. Die Themen wurden nun immer sonderbarer. Im 20. Buch äußert der Vorsitzende des Staatsrates, Herr Hugo, den Wunsch nach einem Verslexikon über das Samische. Ein Mitglied des Staatsrates wünscht eine ausführliche Heptameterdichtung über das Apothekenwesen, während ein anderer die Küchenwissenschaft in Heptametern behandelt wissen möchte und hinzufügt: »Fünftausend Rezepte in Reimen, das würd ich ein Werk nennen wollen.«[17] Der letzte datierte Eintrag im Manuskript ist vom 6. Mai 1866.

In dem nur angefangenen Epos ›Tyskiaden‹[18] setzte sich Almqvist auch mit der deutschen Wirklichkeit vor dem Hintergrund der nationalen Einigungsbewegung und dem deutsch-deutschen Krieg 1866 auseinander. Er wollte auf eine teilweise parodistische Art Deutschlands Geschichte, die übertriebene Vorstellung der Machthaber über die Bedeutung des Landes und die Arroganz der Kleinstaatenfürsten darstellen.

›Tyskiaden‹ handelt davon, wie der Meistersänger St. Niklaus am Hof des Fürsten Albert Julius Ernst des Sechsunddreißigsten eintrifft. Nach Monaten mit schönen Versen aus der ganzen deutschen Literatur kommt der Fürst darauf, dass Deutschland ein eigenes Heldenlied fehlt, eines, das dem deutschen Volk deren rechtmäßigen Platz in der Weltgeschichte gibt. »Kann Deutschland nicht als ganzes besungen und beschrieben werden? Ja, gewiss, aber man hat bisher vergessen es zu tun. Karl der Große war Deutscher, ebenso Orlando Furioso, Géoffroy von Bouillon, Dollinger, Huss, Luther usw.:

Wenn alles Große deutsch ist, und alles Deutsche groß ist,
Braucht es ja nur einen Dichter, der dann alles was er erfuhr,
Ohne Langsamkeit und Furcht, flink und schnell
Rollt heran sein Rad, mit Pindars Öl geschmiert –«

17 Harald Wieselgren, Herr Hugos Akademi. Också ett femtiårminne. I: Bilder och minnen, tecknade af Harald Wieselgren, Stockholm 1889, S. 349 f.

18 Das schwedische Wort tysk heißt deutsch. Tyskiaden ist eine Wortschöpfung Almqvists und kann in etwa mit Deutschtum oder Deutschheit übersetzt werden.

Der Fürst wird als ein Feind der Zeitgeschichte geschildert. Er ist mediatisiert und deshalb gegen Kaiser und König erzürnt und rachsüchtig, im Übrigen ist er reich, stolz und umgeben von einer Gesellschaft Adliger, mit denen er Trinkgelage abhält. Die ›Tyskiaden‹ sollten die Fehler und unangenehmen Eigenschaften zeigen, die Almqvist bei den Deutschen kennengelernt hatte, vor allem die Prahlerei und Überheblichkeit sowie die Freiheitsfeindlichkeit und der Partikularismus, der dem deutschen Einheitswerk hinderlich war.

Almqvist war während seiner Zeit als Journalist in Stockholm engagiert für eine Parlamentsreform des schwedischen Reichstags eingetreten. Nun erfuhr er am 9. Dezember 1865 mit tiefer Genugtuung aus dem Bremer Courir, »der vornehmsten politischen Zeitung hier«, dass die Repräsentationsreform, die im Wesentlichen ein Zweikammersystem vorsah, gegen den jahrzehntelangen Widerstand der konservativen Kräfte beschlossen worden war. »Die kurze Nachricht schließt damit«, schrieb er seinem Sohn, »dass mehrere in Bremen ihre Freude dadurch zum Ausdruck geben werden, dass sie heute Abend ihre Wohnungen illuminieren.«

Der einzige, mit dem er scheinbar Umgang hatte, war der Schriftsteller, Verleger und Buchhändler Karl Tannen[19]. Tannen war wie Almqvist Liberaler und trat für mehr parlamentarische Freiheiten und die nationale Einigung ein. Als er 1865 seine Konzession als Buchhändler erhielt, wurde seine demokratische Gesinnung aktenkundig. In der Anlage des Senatsbeschlusses vom 12. April 1865 zur Konzessionserteilung heißt es u. a »gute Zeugnisse, guter Ruf, nichts Nachteiliges vorgekommen. Ausgenommen 1852 im Amt Bremerhaven: hat aus seiner demokratischen Gesinnung kein Hehl gemacht, auch in diesem Sinne Mehreres, u. a. Lobpreisungen der Schriften Dulons zum Druck befördert.«[20]

Tannen hatte seine Buchhandlung in der Pelzerstraße 11, in der er auch antiquarische Literatur verkaufte. Almqvist machte fast täglich längere Besuche in Tannens Geschäft und kaufte dort viele Bücher, besonders ältere antiquarische, die er gewöhnlich bar bezahlte. Sie unterhielten sich über die verschiedensten Themen, und Tannen staunte über den Geist und die großen Kenntnisse des Fremdlings in den unterschiedlichsten Wissensgebieten. Dass er Schwede war und aus Amerika kam, war alles, was Tannen über ihn wusste, sowie dass er ausgiebig in der Bremer Stadtbibliothek arbeitete.[21]

Die Bücher, die Almqvist bei seinem Tod besaß, verkaufte seine Tochter an den Antiquariatsbuchhändler Setzer. Im Ausleihejournal der Stadtbibliothek[22] findet sich der Name Jules Charles während der Zeit, in der Almqvist in Bremen

19 Biografische Angaben zu Karl Tannen: Joachim Böger, Tannen, Carl Heinrich Theodor, in: Martin Tielke (Hrsg.), Biographisches Lexikon für Ostfriesland, Bd. 3, Aurich 2001. Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts, Bremen 1912, S. 485, Herbert Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, Bremen 2002, S. 718.

20 StAB: Familiengeschichtliche Sammlung der MAUS, Graue Mappe ›Tannen‹, Ordner B, Sammlung Ültzen.

21 Ahnfelt, Almquist (wie Anm. 12), S. 239.

22 Nach Angaben von Berg, Almquist (wie Anm. 1), der in den 20er Jahren in Bremen zu Almqvist recherchierte.

wohnte, nicht. Laut Überlieferung soll er hauptsächlich den Talmud und andere hebräische Literatur studiert haben. Ellen Key, die um die Jahrhundertwende für eine Almqvist-Renaissance in Schweden sorgte, berichtete[23], dass er Renans ›Die Apostel‹ (1866) las und dass er an dessen Rändern den Ausdruck der Freude darüber schrieb, dass er seine eigenen früheren Gedanken über Paulus bei Renan fand. Von der Library Company in Philadelphia hatte er ein Exemplar seiner eigenen Sprachlehre und eine Ausgabe der Odyssee in rotem Saffianleder mit nach Europa gebracht.

Der letzte erhaltene Brief aus Bremen ist ein Neujahrsgruß an seine Frau Maria Almqvist: »Bremen, auf das Neujahr 1866. Geliebte Anna Maria! Nun ist es Neujahr! möge Gott dir und uns alle miteinander durch die bevorstehende Zeit helfen! und abwesend wie ich bin, folge ich dem Brauch, der hier üblich ist, da ich keinen persönlichen Besuch machen kann, sende ich stattdessen meine Neujahrglückwunschkarte an euch. Vielleicht sollte es auch dir und Klein-Maria eine Freude machen zu sehen, welche Erfindungen die Deutschen hier im Gratulationsweg haben: und Herr Helmer (der Papier- und Kunsthändler) der mir das überlassen hat, hat wie ich finde einen guten Geschmack. [...]

Ich muss aufrichtig gestehen, dass nachdem die starke Hitze aufgehört hat, worunter ich so viel im letzten Sommer litt, und seit die Luft kälter wurde, bekam ich fast ganz meine frühere amerikanische Gesundheit zurück und kann jetzt unbehindert und frei umherwandern, wenn ich ausgehen muss oder es wünsche, was nicht oft ist. [...] Geliebte, gute Maria, lebe wohl nun für dieses mal! Anstelle meiner hast du hier mein Lesezeichen (eine kolorierte Blume).«[24]

Mit dem Jahr 1866 verlieren sich die Lebenszeichen mehr und mehr. Vom 8. März 1866 ist eine von ihm selbst geschriebene Rechnung erhalten[25], die von Doris Henke mit »Dankend erhalten« unterzeichnet ist:

»Prof. Jul. Charles bezahlt für	Caffe und The bis 8. März	336 gr
	Torf, 4 mal, bis 8. März	24 gr
		360 gr
	Miethe 4 Th. bis 8. April	288 gr
	Summa	648 gr«

Seinen Namen wechselte er 1866 noch ein letztes Mal. Auf dem Kuvert eines eingeschriebenen Briefes von Fridolf Almqvist vom 15. April 1866 ist noch der alte Name erwähnt: »Herrn Jules Charles. Bremen in Deutschland. Herrn E. H. Henke. Seemannstraße No. 7.« Dann nannte er sich aber Prof. Carl Westermann mit dem Zusatz »Sprach- und Schullehrer aus Westchester, Pennsylvanien.«[26]

23 Ellen Key, Sveriges modernaste diktare. Carl Jonas Love Almqvist, 1897, Reprint 1992, S. 21.

24 Gedruckt in Berg, Almquist (wie Anm. 1), S. 551-553. Die Briefe aus dem Jahr 1866 sind von der Familie vernichtet worden.

25 UUB X 251 k 4 Nr. 17: Rechnungsbuch.

26 UUB X 251 k 4 Nr. 18.

Carl war sein eigener 1. Vorname und Westermann könnte eine Anspielung auf die schwedische Landschaft Västman(-land) sein. Er behauptete, Jules Charles sei nur ein Pseudonym gewesen.[27] Der in Bremen ansässige schwedische Arzt Prof. Axel Sigfrid Ulrich teilte Jahre später mit: »Im Frühjahr (1866) sagte einer meiner Patienten zu mir, dass ein Schwede, ein älterer Herr, ein paar Häuser von ihm wohnte; es war ein Prof. Westermann, sagte er. Ich bezweifelte, dass es ein Schwede sei, weil meines Wissens kein Prof. Westermann in Schweden bekannt war. Ich dachte nicht weiter über die Sache nach, bevor einige Monate später, da ich zu meinem großen Erstaunen hörte, dass der sich so nennende Prof. Westermann im Krankenhaus der Stadt gestorben sei und dass dort entdeckt wurde, dass er unser großer schwedischer Dichter Almqvist war.«[28]

Anfang September ging es Almqvist so schlecht, dass er im Bett liegen musste. Er hatte Prostatabeschwerden und war allgemein geschwächt. Familie Henke rief den nächsten Arzt, Dr. Johann Eberhard Noltenius, der dafür sorgte, dass Almqvist in das städtische Krankenhaus eingewiesen wurde. Das geschah am 8. oder 9. September, denn am 8. September machte Doris Henke den letzten Eintrag in ihrem Rechnungsbuch.

Fridolf Almqvist kam nach Bremen, um Almqvist zu besuchen. Offenbar war für die Verwandten klar, dass er im Sterben lag. Der Halbruder soll nach dem Besuch von Almqvists Unschuld überzeugt gewesen sein.[29] Als es Almqvist zunehmend schlechter ging, wurde die Familie erneut informiert. Die Tochter Maria bekam Geld von Fridolf Almqvist, um nach Bremen zu reisen, aber ihr Vater starb am 26. September, am selben Tag, an dem sie von Stockholm abreiste. Auf dem Tisch in Almqvists Krankenzimmer soll das Manuskript zu ›Über den schwedischen Reim‹ gelegen haben. Der letzte Schriftsteller, den er las, soll Homer[30] gewesen sein.

Der vom Krankenhausarzt Dr. Fenner ausgestellte Totenschein hat folgenden Inhalt[31]:

> CARL WESTERMANN
> auch Jules Charles genannt
>
> gestorben den sechs und zwanzigsten September, nachmittags 3 Uhr,
> im Krankenhause
> Alter: 74 Jahr
> Gewerbe: Professor
> Geburtsort: Obscho Wohnort: Seemannstraße 7
> Ehegatte: Marie geb. Linder
> deren Alter: 69 Jahr

27 Hemming-Sjöberg, Rättegången (wie Anm. 1), S. 413.
28 Ahnfelt, Almquist (wie Anm. 12), S. 238.
29 Mitgeteilt von Fridolf Almqvists Enkelin Maj Lorents, in: Sune Stigsjöö, Ditt hjärta färger din ros. En roman om Carl Jonas Love Almquist och hans tid, Bromma / Stockholm 1991, S. 240 - 241.
30 Laut Aftonbladet, 19. 10. 1866.
31 StAB 4,60 / 3 Zivilstand 1866, Todesfälle, Sterberegister II, 1866, Nr. 1474.

Vater: Carl Gustav Westermann
dessen Gewerbe und Wohnort: Landmann in Amerika
Mutter: Louise geb. Gerber
muthmaßliche Todesursache: Marasmus senilis
Angezeigt durch Dr. Fenner und D. J. Lameyer, Hausverwalter

J. Wolters
Civilstandsschreiber

Im Totenschein wurde als Todesursache Marasmus seniles, also Altersschwäche festgestellt, eine unbestimmte Diagnose. Im Dokument befinden sich einige fehlerhafte Orts- und Namensangaben.[32]

Almqvists Leichnam wurde am 29. September in einem Armengrab (Nr. 7) auf dem Herdentorsfriedhof beigesetzt.[33] Frau Henke und Dr. Noltenius waren anwesend. Dr. Noltenius legte eine Rose in das offene Grab, bevor es zugeschaufelt wurde. Die Rose soll aus einer Vase genommen worden sein, die die Ehefrau von Dr. Noltenius an das Bett des Schriftstellers gestellt hat.

Die Tochter Maria kam in Bremen an, als die Beerdigung bereits vorbei war. Sie war betrübt darüber, dass sie ihren Vater nicht mehr hatte treffen können, aber Dr. Noltenius tröstete sie damit, dass ihr ein unangenehmer Anblick erspart geblieben war. Der Vater war »so schauerlich elend und arm gewesen und sein ganzer Anblick habe einen Menschen gezeigt, der die schwersten Leiden durchgemacht habe.«

Maria sammelte sein Manuskript und seine Habseligkeiten und verkaufte seine Bücher. Und sie besuchte jeden Tag das Grab. Aber es ging nicht an, den Körper ihres Vaters in einem Armengrab zu lassen, das als anonymes Grab schon bald wieder eingeebnet worden wäre. Das Ehepaar Henke und Dr. Noltenius redeten Maria zu, eine Grabstätte zu kaufen, wo die Erinnerung an ihn gepflegt werden konnte. An ihren Onkel Fridolf schrieb Maria, dass sie ihm nach dem Tod den Frieden geben wolle: »und da ich darauf dachte, wie arm mein armer Vater! so lange er lebte, immer hin und herreisen musste wie ein Geächteter, dachte ich, dass er zumindest nach dem Tod bedürfe, in Ruhe zu liegen, und deswegen mindestens ein eigenes Grab haben sollte.«

Maria kaufte eine einzelne Grabstätte auf dem Herdentorsfriedhof und bestellte ein Kreuz aus schwarzem Marmor für das neue Grab, mit dem richtigen Namen des Schriftstellers versehen (aber mit dem falschen Geburtsdatum, dem 27. November 1793). Die Grabstätte[34] und das Kreuz kosteten 30 Taler – die Summe, über die Maria Almqvist gegenüber ihrem Onkel genau Rechenschaft ablegte.[35] Die Umbettung des Sarges sollte in der Nacht zum 6. Oktober geschehen. Aber als Maria zum Friedhof kam, entdeckte sie, dass das

32 Berg, Almquist (wie Anm. 1), meint (S. 365), dass die Angaben die waren, die der Polizei für Almqvists Aufenthaltsgenehmigung gegeben worden waren, aber ein solches Dokument konnte nicht gefunden werden.

33 UUB X 251 k 4 Nr. 20. Dokumente betr. C. J. L. Almqvists Tod und Bestattung in Bremen, hier: Schreiben der Krankenhauses an E. H. Henke vom 27. September.

34 Die Grabstätte hatte die Nr. 3535 (UUB X 251 k 4 Nr. 20)

falsche Grab ausgehoben worden war – die Friedhofsarbeiter hatten das Grab Nr. 5 ausgehoben. Als sie sich beim Friedhofsinspektor Barlach beschwerte (»ich machte einen Heidenlärm« schrieb sie selbst), weigerte er sich, ihr Recht zu geben. »Mit dem Aussehen einer Leiche und kalt wie Eis brachte er das Begräbnis zu Ende und platzierte das Kreuz, schwankend und unsicher, auf dem neuen Grab.« Maria ging nach Haus und holte Dr. Noltenius, der sich sehr genau erinnerte, dass der Leichnam in Grab Nr. 7 lag. Er befahl, dass es aufgehoben werden sollte. Wenn er Recht hatte, würde eine Rose auf dem Kopf des Sarges liegen. Und als sich die Schaufeln ausreichend tief eingegraben hatten, fand man sie. Eine erdige Rose im Grab.

Weil es Sonnabend war, konnte kein neues Begräbnis stattfinden, und der Leichnam musste ins Leichenhaus geschafft werden, wo er mindestens noch bis zum 9. Oktober aufgebahrt blieb.

Maria Almqvist hatte viele Formalitäten zu erledigen. Insbesondere gab es Schwierigkeiten wegen der Ermittlung der wahren Identität ihres Vaters. »Viele Sachen bewirken, das ich nicht, wie ich glaubte, von hier abreisen konnte«, schrieb sie ihrem Onkel am 8. Oktober, »Vornehmlich ist der erwünschte Totenschein dafür eine Ursache und Gott weiß, wie es damit noch gehen wird, denn ich bin zu allen möglichen Stellen gelaufen, sowohl zur Polizei wie zu den Senatoren, ohne noch weitergekommen zu sein, und nun handelt es sich darum, dass ich ihn selbst wiedererkennen müsste und durch Eid, so glaube ich, bestätigen, dass er mein Vater ist. Das wird natürlich sehr unangenehm, da ich wohl lange hinterher den Anblick in meiner Erinnerung behalten werde.«[36] Ob sie ihren Vater noch gesehen hat, ist nicht bekannt, denn der Brief an ihren Onkel bricht hier ab.

Am nächsten Tag, dem 9. Oktober, wurden Korrekturen am Totenschein vorgenommen. Mehrere Angaben wurden mit Zusätzen versehen, die mit »höchstwahrscheinlich«, »wahrscheinlich«, »angeblich« usw. begannen. So wurde der Name Carl Westermann durch »höchstwahrscheinlich aber richtiger Carl Jonas Ludwig Almqvist« ersetzt. Die anderen Änderungen betreffen Angaben zu Almqvists Geburtsort und zu den korrekten Namen der Ehefrau und der Eltern. Auf dem geänderten Totenschein ist vom Beamten vermerkt: »NB. Zu Betreff obiger Zusätze siehe die Ermächtigung des Herrn Civilstandsbeamten im Actenconvolut von A66, Bremen, den 9.10.1866.«

Am 18. Oktober 1866, gut drei Wochen nach Almqvists Tod, veröffentlichte die Weser-Zeitung einen von Karl Tannen verfassten Nachruf auf Almqvist: »Laut Totenliste starb hier am 26. September d. J. ein Prof. Carl Westermann, 74 Jahre alt, eine Persönlichkeit von einigermaßen rätselhafter Erscheinung,

35 UUB X 251 k 4 Nr. 20. Maria Almqvist hat für ihre Reise nach Bremen 37 Positionen für entstandene Ausgaben aufgelistet. (u. a.: Bestattung: 17 Taler, Krankenpflege: 14 Taler, Arzthonorar für Dr. Noltenius: 5 Taler. Diese Rechnungen waren ursprünglich alle auf Eberhard Heinrich Henke ausgestellt.)

36 Brief Maria Almqvists an Fridolf Almqvist vom 8. Oktober 1866, gedruckt in: A. H. Bergholm, Studier öfver C. J. L. Almqvist, Helsinki 1902, S. 63 - 65.

fremdartigem Aussehen, aber, wie sich schon bei flüchtiger Bekanntschaft ergab, von umfassender Gelehrsamkeit und großer Belesenheit. Der Name Westermann ist, wie uns jetzt freundlichst mitgeteilt wird, pseudonym und hinter ihm versteckt sich ein schwedischer Schriftsteller, dessen Antezedenzien das Auffallende seiner Erscheinung wohl rechtfertigen. Der eigentliche Name des Verstorbenen ist Karl Jonas Ludvig Almquist, geb. 1793 in Stockholm.« Es folgen biografische Angaben.

Zu diesem Zeitpunkt war der Tod Almqvists in Schweden noch unbekannt. Erst am 23. Oktober 1866 erschien im Aftonbladet ein erster Nachruf. Die Zeitung berief sich auf den ominösen Bericht eines »Reisenden Schweden« (hinter dem sich Karl Tannen verbarg), der sich angeblich am selben Tag zufälligerweise auf Durchreise in Bremen befand. Dieser habe in einem Brief folgende Details mitgeteilt: »Almqvist war seit Anfang des Jahres in Bremen gewesen und wohnte in der Seemannstr. Ein Buchhändler in derselben Stadt, Herr Karl Tannen, selbst Schriftsteller und sehr intelligent, hatte dem Reisenden mitgeteilt, dass Almqvist seit Januar des Jahres unter dem Namen Westermann fast täglich lange Besuche in seinem Buchladen machte. Mehr als einmal sagte Tannen zu sich selbst: aber was kann das für ein Mann sein, dieser Westermann? Dass sich etwas Großes hinter dem Namen verbirgt, das ist ohne Zweifel. Dass er geborener Schwede war und dass er aus Amerika kam, war alles was Tannen ausforschen konnte. Erst nach Almqvists Tod erfuhr Tannen, dass seine Tochter unter dem Namen Almqvist seine hinterlassene Bibliothek beim antiquarischen Buchhändler Setzer verkaufte, bei dem er sich darüber vergewisserte, dass der Kaufvertrag von ihr mit M. Almqvist unterzeichnet war. Da ging auf einmal ein Licht für Tannen auf, und er sandte da an die Weser-Zeitung eine Notiz über Almqvists Tod und holte aus Pierers Lexikon Informationen über sein Leben und Schicksal.«

In Schweden erschienen im Anschluss zahlreiche Nachrufe. Dann wurde es still um Almqvist.

Der Herdentorsfriedhof befand sich nordöstlich des Bahnhofs. Als 1872 mit der Planung des Hamburger Bahnhofs[37] auf der Bürgerweide begonnen wurde, musste eine dreieckige Fläche im hinteren Bereich des Friedhofs, in der sich das Grab Almqvists befand, abgetrennt werden. Die Eigentümer der betroffenen Grabstellen wurden schriftlich über die Umbettung informiert. Die Verlegung der ca. 400 Gräber in den nordwestlichen Teil des Friedhofs war Ende Mai 1874 abgeschlossen.

Der bereits erwähnte schwedische Arzt Prof. Ulrich beschrieb 1876 das Grab: »Das Kreuz aus schwarzgrauem Marmor ist unbeschadet, aber ein Paar Zypressen, die auf beiden Seiten des Kreuzes standen, waren abgestorben, das Grab ist mit hohem, wildwachsendem Gras bedeckt.«[38]

37 Der Bahnhof wurde 1889 bereits wieder abgebrochen.

38 Ahnfelt, Almquist (wie Anm. 12), S. 238 f. Für die Grabpflege hatte Maria Almqvist 1866 die Bremer Firma F. & H. Warnecke beauftragt. (UUB X 251 k 4 Nr. 20: Brief der Firma F. & H. Warnecke an Maria Almqvist vom 12. November 1866.)

1901 wurde mit den Planungen für das Parkviertel begonnen und die Fläche des Friedhofs, auf der sich das Grab Almqvists befand, in die heute noch vorhandene Parkanlage mit dem Elefanten umgestaltet. Den Besitzern dieser Grabstellen wurde ermöglicht, die darin befindlichen Gebeine in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1901 auf eigene Kosten zum Riensberger oder Waller Friedhof überführen zu lassen.[39] Almqvists vierte Umbettung stand bevor.

In Schweden hatte sich mittlerweile die Stimmung für Almqvist gewandelt. Durch mehrere Publikationen und eine aufkeimende nationalromantische Bewegung war sein Ansehen gestiegen. Ein Kreis schwedischer Schriftsteller und Bewunderer Almqvists regte die Heimführung des Leichnams ins Vaterland an. Almqvists Neffe Fridolf Kehlberg besorgte die Überführung nach Schweden. Am 28. Oktober wurde der Leichnam unter Anwesenheit des Friedhofinspektors Beyer exhumiert und in einer mit Tuch ausgeschlagenen Holzkiste überführt.[40] Mit einer zweiten Kiste, in der sich das Kreuz befand, wurden die Gebeine nach Stockholm versandt. Kehlberg, der Vorsteher der schwedischen Münze war, bewahrte die sterblichen Überreste seines Onkels zunächst im Gebäude der Münze auf. Kehlbergs Sohn Erik berichtete später, dass er als 18-jähriger den Schädel in seiner Hand gehalten habe und sich über die stark nach hinten fliehende Schädelform gewundert habe.[41] Vor der endgültigen Beisetzung wurde der Schädel von dem bekannten Arzt Prof. Gustaf Retzius[42] untersucht. Er stellte fest, dass der Schädel unmöglich Almqvist gehört haben konnte. Der Schädel hatte eine niedrige, fliehende Stirn, während Almqvists Gesicht im Porträt eine hohe und gerade Stirn zeigt. Retzius soll sogar seine Zweifel ausgesprochen haben, dass es überhaupt ein männlicher Schädel war.[43] Die Wahrscheinlichkeit, dass die Gebeine irgendwann bei den vielen Umbettungen vertauscht worden sind, ist also groß. Möglicherweise liegen Almqvists Gebeine heute immer noch auf dem alten Herdentorsfriedhof.

Abb. 4: »Hier ruhet Carl Jon. Ludw. Almqvist, geb. 27. Nov. 1793, gest. 26. Sept. 1866«. Das Kreuz befindet sich heute im Nordischen Museum in Stockholm.

39 Alle Angaben zum Herdentorsfriedhof in: Harry Schwarzwälder, Das Begräbniswesen in Bremen im 19. Jahrhundert, Bremen 2002, S. 902-912; S. 1205-1215b.

40 UUB X 251 k 4 Nr. 20. Friedhofinspektor Beyer stellte am gleichen Tag ein amtliches Attest über die Exhumierung aus. Vom schwedisch-norwegischen Konsulat in Bremen wurde am darauffolgenden Tag bestätigt, dass Beyer berechtigt sei, eine solche Bescheinigung auszustellen.

41 Henry Olsson, Törnrosens diktare. Den rike och den fattige, Stockholm 1966, S. 216 f.

42 Gustaf Retzius (1842–1919), Mitglied der Schwedischen Akademie 1901–1919, war eine Zentralgestalt der Rassenbiologie in Schweden.

43 Folke Henschen, Kraniets kulturhistoria, Stockholm 1965, S. 89.

Die Beisetzung fand am 18. November 1901 im Familiengrab seines Großvaters C. C. Gjörwell in Solna bei Stockholm statt. Es war eine pompöse Familienfeier, mit Feierlichkeit und Versöhnung. In seiner Gedenkrede am Grab stellte der Pfarrer fest, dass die schwedische Kultur »beinah auf allen Gebieten des menschlichen Wissens tiefe Spuren von Almqvists weitumfassendem Genie trägt«. Der Tod habe nun, sagte der Pfarrer, Almqvist die Einheit mit Gott erreichen lassen, »da mag es gleichgültig sein, wie das menschliche Gerichtsurteil auch ausfällt.«

Zehn Tage später wurde das Gedenken an Almqvist öffentlich und mit nationalen Anklängen am Grab gefeiert. An Almqvists Geburtstag, dem 28. November, wurde eine große Aufwartung an seinem Grab veranstaltet. Der spätere Literatur-Nobelpreisträger Verner von Heidenstam hielt eine pathetische Grabrede und schloss damit, Almqvist heim im Vaterland willkommen zu heißen, den Weissager und Dichter, zurückgekehrt von einem schandbaren Platz zwischen rauchenden Fabrikschornsteinen dort unten in Bremen.

200 Jahre Theaterleben in Vegesack

Von Thomas Begerow

Einleitung[1]

Der älteste erhalten gebliebene Beleg für eine Theateraufführung in Vegesack ist genau 200 Jahre alt. Es handelt sich um einen Theaterzettel, wonach am Sonntag, den 18. März 1810 um 6 Uhr abends zum »Besten der hiesigen Armenanstalt im Hause des Herrn Daniel Helmer durch eine Gesellschaft von Freunden des Theaters« zwei Einakter aufgeführt wurden.[2] Gespielt wurde das 1781 entstandene Schauspiel »Blunt oder der Gast« von Carl Philipp Moritz und das 1791 erschienene Lustspiel »Der Stammbaum« von Anton Wall, alias Christian Leberecht Heyne. Es gab nur sechs Rollen, die zu besetzen waren, doch leider werden die Namen der Akteure nicht genannt. Daher ist nicht mehr festzustellen, wer neben dem Gastwirt Helmer vom Wirtshaus »Stadt Hamburg« hinter dieser Unternehmung stand. In jenen unruhigen Zeiten zwischen Kontinentalsperre und französischer Besatzung wird es sich wohl um eine einmalige Wohltätigkeitsveranstaltung und eine Art Liebhabertheater gehandelt haben, wie man sie auch schon aus Bremen kannte.

Als Folge der Aufklärung entstanden auf Initiative kunstsinniger Bürger Ende des 18. Jahrhunderts und Anfang des 19. Jahrhunderts neben den staatlich geförderten Hof- und Nationaltheatern zahlreiche privatwirtschaftlich geführte Stadttheater. Eine solche Initiative von Theaterliebhabern hatte in Bremen bereits 1792 zum Bau eines ersten Theaters geführt, das freilich erst zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein festes Ensemble bekommen sollte.[3] Unternehmungen dieser Art waren überwiegend in größeren Städten ab etwa 20.000 Einwohnern zu finden, während in kleineren Provinzorten noch bis zum Ersten Weltkrieg die volksnahen Wanderbühnen ihr Einkommen fanden.[4] An dieser Stelle kann und soll diese These nicht widerlegt werden, doch anhand der kleinen Hafenstadt Vegesack mit ihren kaum mehr als 4000 Einwohnern soll beispielhaft die sich hier vollzogene Entwicklung vom Wanderbühnen-Gastspiel zu einem zeitweilig festen Theaterbetrieb dargestellt werden.

1 Der hier abgedruckte Aufsatz ist die überarbeitete Fassung einer Arbeit des Verfassers, die 1992 am Institut für Theaterwissenschaft der Freien Universität Berlin entstanden ist. Biographische Daten stammen, wenn nicht anders angegeben, aus der genealogischen Sammlung des Verfassers oder aus der Online-Datenbank der Gesellschaft für Familienforschung in Bremen e.V. »Die Maus«.

2 StAB 2-P.13-Nr. 101. Vgl. Abbildung 1.

3 Michael Rüppel. Nur zwei Jahre Theater, und alles ist zerrüttet: Bremer Theatergeschichte von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Heidelberg 1996.

4 Bärbel Rudin (Hg.), Wanderbühne – Theaterkunst als fahrendes Gewerbe, Berlin 1988.

Mit Obrigkeitlicher Erlaubniß
Sonntag, den 18. März 1810.
zu Vegesack
zum Besten der hiesigen Armenanstalt
im Hause des Herrn Daniel Helmer
durch eine Gesellschaft von Freunden des Theaters
aufgeführt:

Blunt oder der Gast.

Schauspiel in 1 Act v. C. P. Moritz.

Blunt.
Gertrude, sein Weib.
Adelheit, ihre Tochter, ein Kind von 9 Jahren.
Der Bürgermeister Blunt.
Marianne, seine Tochter.
Der Fremde.

Hierauf folgt:

Der Stammbaum.

Lustspiel in 1 Act von Anton Wall.

Märten, ein Bauer.
Röschen, seine Tochter.
Görge, ihr Liebhaber.
Schnaps, ein Dorfbarbier.

Preise der Plätze:
Erster Platz 18 Grote.
Zweyter Platz 12 Grote.

Der Anfang ist um 6 Uhr.

Abb. 1: Theaterzettel von 1810. (Foto: StAB)

Aufgrund der besonderen Situation Vegesacks als bremische Enklave inmitten eines Wirtschaftsgebietes hannoverscher und später preußischer Gemeinden, ist diese Entwicklung jedoch als Sonderfall zu betrachten.

Vegesack liegt an der Unterweser, etwa 17 km von Bremen und 50 km von Bremerhaven entfernt. Der Ort mit seinem 1621 fertiggestellten Hafen gehört seit 1802 vollständig zur freien Reichsstadt Bremen und bildete damit eine

Enklave im Königreich Hannover. Er entwickelte sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zum beliebtesten Wohnort bremischer Schiffskapitäne und Steuerleute. Der Hafen diente eher als Winterlager und hatte wegen der Entfernung zur See nie eine größere Bedeutung als Umschlagplatz. Der Kleinhandel florierte, solange man unverzollte Waren anbieten konnte, denn Vegesack trat erst 1875 dem Zollverein bei. Darüber hinaus zog und zieht seit 1808 der »Vegesacker Markt« im Käufer aus dem Umland an, aber selbstredend auch Schausteller. Die Gründungen verschiedener gemeinnütziger Anstalten und höherer Schulen unterstreichen die kulturelle Bedeutung des Ortes für die Region. Die Sozialstruktur Vegesacks war stark von der Seefahrt geprägt und änderte sich erst mit der allmählichen Entwicklung des Schiffbaus vom Segel zum Dampf.[5] Bremerhaven, mit seinem Standortvorteil an der Wesermündung, war nun zur direkten Konkurrenz geworden. Trotzdem blieb Vegesack ein wichtiger Platz für Schiffswerften und deren Zulieferer. Mit der Ansiedlung größerer Industriebetriebe in der näheren Umgebung änderte sich die Sozialstruktur durch eine starke Zuwanderung von Arbeitern. Am rechtsseitigen Lesum- und Weserufer entstand so über die Landesgrenzen hinweg ein zusammengewachsenes Wirtschaftsgebiet, das im Zuge einer Gebietsreform 1939 dem Stadtstaat Bremen angegliedert wurde. Aufgrund des relativ kleinen Vegesacker Stadtgebietes stieg die Einwohnerzahl zwischen 1800 und 1929 zwar lediglich von rund 1400 auf 4360 an, jedoch wuchsen im gleichen Zeitraum besonders die umliegenden Ortschaften, sodass im gesamten Gebiet des heutigen Bremen-Nord[6] um 1910 bereits mehr als 20.000 Einwohner gelebt haben dürften.

Theaterlokale und ihre Wirte

Üblicherweise traten reisende Schauspieltruppen in größeren Sälen von Gasthöfen auf. Der Wirt übernahm dabei das finanzielle Risiko, weil er die Künstler bezahlen musste, erhielt aber auch einen Teil der Einnahmen und verdiente noch dazu an den konsumierten Speisen und Getränken. In Vegesack gab es nacheinander zwei Theaterlokale: zuerst den Gasthof »Stadt Hamburg« und später die »Tonhalle«, auf deren Geschichte hier näher eingegangen werden soll. Beide Lokale waren gleich zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegründet worden, zu jener Zeit als Vegesack bremisch wurde und der Ort einen bedeutenden Aufschwung erfuhr, der anfangs nur durch die französische Okkupation gebremst wurde und der 1852 mit der Erhebung Vegesacks zur Stadt seinen Höhepunkt erlebte.

5 Zur Entwicklung der Sozialstruktur vgl. Thomas Begerow, Vegesack als Rekrutierungsmagnet bremischer Segelschiffskapitäne, in: Heide Gerstenberger / Ulrich Welke (Hg.), Zur See? Maritime Gewerbe an den Küsten von Nord- und Ostsee, Münster 1999, S. 91-106.

6 Bremen-Nord setzt sich seit 1939 aus den drei Ortsamtsbereichen Blumenthal, Vegesack und Lesum zusammen. Zu Vegesack gehören seitdem auch die ehemals preußischen Landgemeinden Aumund, Hammersbeck, Fähr-Lobbendorf, Grohn und Schönebeck.

»Stadt Hamburg«

Der aus Billwerder bei Hamburg stammende Johann Daniel Helmer(s) (* um 1753, † Vegesack 1834) erwarb im Februar 1802 die Gebäude einer ehemaligen Fayencefabrik an der Bremer Straße (heute Uhthoffstraße) und eröffnete hier die Gastwirtschaft »Stadt Hamburg« mit Ausspann. Im März 1810 fand hier die wohl erste und bereits erwähnte Theateraufführung in Vegesack statt. Im darauffolgenden Dezember wurde Nordwestdeutschland durch die Franzosen besetzt und die hauptsächlichen Wirtschaftszweige Vegesacks, die Schifffahrt und der Schiffbau, kamen fast vollständig zum Erliegen oder wurden von der Besatzungsmacht unterbunden. An das Theaterspielen dachte damals wohl keiner mehr und im Gasthof »Stadt Hamburg« wurden das französische »Friedensgericht« sowie eine Militärschule eingerichtet. Im November 1813 waren die Franzosen zwar vertrieben, doch dauerte es eine Weile, bis sich das wirtschaftliche Leben im Ort wieder erholt hatte. Gastwirt Helmer war Mitglied des Ortsvorstandes,[7] und sein Geschäft blühte langsam wieder auf, doch dann bekam er mit Amtmann Wilmanns[8] Schwierigkeiten wegen seiner Tanzveranstaltungen. 1823 betonte er in einem Brief, dass sein »theuer unterhaltenes Local mit einem großen Tanzsaale für die angesehensten Einwohner Vegesacks ein Vergnügungspunct anständigen Vergnügens« sei.[9] Leider geht Helmer nicht genauer auf diese Vergnügungen ein, doch werden auch wieder Schauspielgesellschaften in seinem Saal gastiert haben. Für die Schankwirte in Vegesack waren aber vor allem die Tanzvergnügen eine wichtige Einnahmequelle geworden, die nun dem Amtmann ein Dorn im Auge waren, weil er auf die Einhaltung der Sonntagsruhe pochte. Am 7. Januar 1833 wurde deshalb eine »Obrigkeitliche Verordnung zur Einschränkung der Tanzveranstaltungen« erlassen.[10] Fortan durften derartige Veranstaltungen nur noch an zwei Sonntagen pro Monat stattfinden. Außerdem bedurfte es einer Konzession, die gegen eine Zahlung von 6 Talern erteilt wurde.

Nach dem Tod Helmers übernahm dessen Schwiegersohn August Hartmann den Gasthof. Im Frühjahr 1835 richtete dieser gemeinsam mit dem Theaterunternehmer Johann Heinrich Lundt[11] aus Schleswig ein Gastspielgesuch an Amtmann Wilmanns, das von diesem abgewiesen wurde, weil er wohl einen verderblichen Einfluss des Theaters auf die Jugend befürchtete. Infolgedessen wandten sich beide Antragsteller an den Bremer Senat als übergeordnete Behörde. In einem Schreiben vom 3. März 1835 berichtete der beauftragte Dr. Schumacher für die Antragsteller:

7 StAB 2-P.13-Nr. 123.

8 Dr. jur. August Christian Wilmanns (* Bielefeld 1757, † Vegesack 1839), war 1816 bis 1836 bremischer Amtmann in Vegesack (über ihn vgl. D. Steilen, Geschichte der Stadt Vegesack, 1926, S. 136-138).

9 StAB 2-P.13-Nr. 219.

10 Ebd.

11 Genauere Angaben waren nicht zu ermitteln. Zu seinen Nachkommen gehörte wohl der Schauspieler Ferdinand Gustav Lundt jun., der um 1860 in Vegesack gastierte.

»Letzterer [Hartmann] besitzt in Vegesack ein Gasthause Stadt Hamburg [...] einen großen Saal welcher eigens für dergleichen Vorstellungen eingerichtet ist. [...] Bisher ist die Aufführung kleinerer Stücke durch einzelne Schauspielergesellschaften immer gestattet worden. Nie ist über eine bei dieser Veranlassung in seinem Saale begangene Unziemlichkeit Beschwerde gekommen. Mit nicht unbedeutenden Kosten hat er sich darauf eingerichtet. Die Mehrheit des Vegesacker Publicums liebt solche anständigen Unterhaltungen, in welchen bei der Gesellschaft von J. H. Lundt auf eine für ihre geringen Mittel seltene Auswahl guten Geschmack Rücksicht genommen wird. Es ist ihm wahrlich zu gönnen, dass die Ruhe ihres bürgerlichen täglichen Lebens durch diesen erlaubten Genuß unterbrochen wird. [...]«[12]

Lundt konnte, neben einer Konzession durch die Landdrostei Osnabrück, Zeugnisse von Behörden aus Melle, Löningen, Nordhorn, Neuenhaus, Papenburg, Vechta und Wildeshausen vorweisen, die ihm und seiner Gesellschaft Wohlverhalten attestierten. Bereits am 4. März 1835 wurde ihm vom Senat die Erlaubnis erteilt, in Vegesack für vier Wochen öffentlich aufzutreten. Ob und womit die Vegesacker aus der Ruhe ihres bürgerlichen Lebens gerissen wurden, hat sich leider nicht überliefert.

August Friedrich Wilhelm Hartmann (* Oesdorf / Pyrmont 1806, † Vegesack 1878) hatte 1829 Daniel Helmers Tochter geheiratet. Seitdem dürfte er die Schankwirtschaft seines damals bereits 76-jährigen Schwiegervaters geführt und vielleicht auch schon einen Theatersaal eingerichtet haben. In diese Zeit fällt die 1832 erfolgte Fertigstellung einer direkten und befestigten Chaussee nach Bremen, die fortan an seinem Gasthof vorbeiführte. Über diese neue Chaussee, über eine Dampfschiffverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven sowie über die Fährverbindung nach Lemwerder im Oldenburgischen war Vegesack nicht nur für Besucher, sondern auch für Schauspieltruppen leichter zu erreichen. Hartmann bewarb sich am 6. Januar 1836 beim Senat um eine Nachfolgekonzession zum Betreiben der Gastwirtschaft, nebst den bisher damit verbundenen Nebenbetrieben wie »Einrichtungen für Bälle und kleine Schauspiele«.[13] Damals bestand das Anwesen aus drei Wohnhäusern mit Nebengebäuden, zwei überdachten Kegelbahnen und einer Flussbadeanstalt an der Aue[14]. Vorsorglich betonte Hartmann, dass die Wirtschaft eine der ältesten im Ort sei und nur von gebildetem Publikum besucht werde, das keinen Anlass zu Beschwerden gegeben habe. Der um Anstand und Sitte besorgte Amtmann Wilmanns scheint nichts mehr gegen die Erteilung der Konzession vorgebracht zu haben, die deshalb umgehend erteilt wurde. Hartmanns Saal war die erste und lange auch einzige feste Einrichtung für Schauspielaufführungen in Vegesack. Kurz nach der Lundt'schen Gesellschaft hat ein H. Walter mit seiner Theatertruppe hier ein viermonatiges Sommergastspiel

12 StAB 2-P.13-Nr. 115. Es handelt sich offenbar um das einzige Theatergastspielgesuch einer Wandertruppe, das sich für Vegesack erhalten hat.

13 StAB 2-P.13-Nr. 219.

14 Lüder Halenbeck, Geschichte der Stadt Vegesack, 2. erw. Auflage Vegesack 1893, S. 165.

gegeben.[15] Doch vor allem der in Nordwestdeutschland bekannte Schauspieldirektor Julius Basté (1788–1853)[16] besuchte Vegesack mit seiner Gesellschaft regelmäßig.[17] In seiner Eigenschaft als ehrenamtlicher Armenpfleger der Kirchengemeinde organisierte Hartmann seit 1842 alljährlich auch eine Benefizvorstellung zugunsten der Armenkasse, die meistens durch die Basté'sche Gesellschaft bestritten wurde.[18] Er öffnete seinen Saal im Januar 1849 aber ebenso dem Verein »Einigkeit« zur Feier der Erlangung der deutschen Grundrechte mit Weihung einer schwarz-rot-goldenen Fahne.[19] Kurz vor seinem Tod war Julius Basté im Januar 1853 wieder mit seiner Truppe in Vegesack und brachte an 27 Abenden Schauspiele, Possen, Lustspiele, Operetten und Opern auf die Hartmann'sche Bühne.[20] Im gleichen Jahr bemühte sich dessen Sohn Adolph Basté[21], der die Schauspieltruppe nach dem Tod des Vaters übernommen hatte, um eine feste Theaterkonzession für Bremerhaven, mit dem Hinweis, dass sein Vater hier bereits seit 24 Jahren, d. h. seit 1829, regelmäßig gastieren würde.[22] 1829 existierte in Bremerhaven jedoch noch keinerlei Infrastruktur und es gab auch kaum Bewohner, sodass er stattdessen vielleicht Vegesack meinte. Selbst im Vegesacker Kirchenbuch findet sich eine Spur der Familie, denn am 5. Februar 1857 ließ Adolph Basté seinen am 28. Dezember 1856 von der Schauspielerin Claudine Elise Meyer[23] unehelich geborenen Sohn Adolph taufen.[24]

15 Emanuel Kretschmar, Theater in Vegesack im Jahre 1835, in: Die Niederweser vom 16. 6. 1929.

16 Der Theaterdirektor Julius Basté, eigentlich Egidius Bastin (* Leuven / Belgien 1788, † Oldenburg 1853) hatte 10 Kinder, von denen alle auf dem Theater tätig waren (vgl. John Basté, Die Schaustellerfamilie Basté, in: Die Bühne, Jg. 1937, Heft 21, S. 539).

17 Nach Diedrich Steilen, Geschichte der Stadt Vegesack, 1926, S. 110. Anm. d. V.: Der hier erwähnte Theaterzettel von 1837 war im Archiv des Heimatmuseums Vegesack (Schloss Schönebeck) nicht aufzufinden.

18 Archiv der Evangelisch-Protestantischen Kirchengemeinde Vegesack: Protokolle des Schul- und Armenvorstandes 1840–1848. Hartmann fungierte 1836–1845 als Schul- und Armenpfleger, später war er Administrator des Waisenhauses.

19 Vegesacker Wochenblatt Nr. 4 vom 25. 1. 1849 und Nr. 5 vom 1. 2. 1849.

20 Im Archiv des Heimatmuseums Vegesack (Schloß Schönebeck) existiert eine handschriftliche Liste mit 28 Stücken, dazu Angaben zum Aufführungsdatum, Titel, Untertitel, Genre und Autor. Diese Liste aus der Hand von Heinrich Oebker (1899–1975), dem Vorsitzenden des Heimatvereins, dürfte anhand von Theaterzetteln erstellt worden sein, deren Verbleib 1992 nicht geklärt werden konnte.

21 Adolph Basté (* Lübeck 1835, † Leipzig 1908), 1861 ist er als Schauspieldirektor in Emden mit Konzessionen für die Provinz Ostfriesland und das Herzogtum Oldenburg am Stadttheater Oldenburg. Vgl. Wilhelm Kosch, Deutsches Theater-Lexikon, Klagenfurt / Wien 1953, Band 1, S. 82; A. Heinrich's Deutscher Bühnen-Almanach, 26. Jg., Berlin 1862, S. 284 f.

22 Basté gastierte hier sicher 1841 in einem umgebauten Lagerhaus mit 200 Plätzen (vgl. Fritz Ernst, Das Bremerhavener Theater, Bremerhaven 1981, S. 11-16).

23 Claudine Elise Meyer (* Döse / Cuxhaven um 1835, † Coburg 1882) wurde die Ehefrau von Adolph Basté (vgl. Gettkes Bühnen-Almanach 1883, S. 125).

24 StAB Zivilstandsregister Vegesack, Geburten 1856, Nr. 112; Evangelisch-Protestantische Kirchengemeinde Vegesack: Taufregister 1857, Nr. 10: Taufzeugen: Johann Peter Brunkhorst, Gustav Pahls, Wilhelm List.

Aus der Winterspielzeit 1861/1862 sind durch Zufall einige Theaterzettel der Wandertruppe von »H. L. Schäffer Wwe.«[25] erhalten geblieben, die im Dezember und Januar im »Stadt Hamburg« gastierte.[26] Die Mitglieder dieser Truppe waren teilweise auch an anderen Bühnen engagiert[27], darunter auch Ferdinand Gustav Lundt jun., der im Winter zuvor mehrere Wochen mit seiner eigenen Gesellschaft in Vegesack war.[28]

Die ungünstige Randlage seines Gasthofes sowie die größer werdende Konkurrenz unter den Tanzlokalen in Vegesack und der näheren Umgebung mögen Hartmann bewogen haben, seine Wirtschaft aufzugeben, um stattdessen als Buchhalter der Sparkasse tätig zu werden. Theatergastspiele fanden fortan im neuen Saal der zentral gelegenen »Tonhalle« an der Langenstraße statt, die sich zur wichtigsten Geschäftsstraße des Ortes entwickeln sollte. Von Hartmanns Tochter Johanne[29] erwarb schließlich die Sparkasse 1888 die große Immobilie. Man ließ die alten Gebäude abreißen, parzellierte das Grundstück und errichtete hier mehrere Wohnhäuser.[30]

»Tonhalle«

Der Gastwirt Johann Hermann Deitz (* um 1764, † Vegesack 1824) übernahm 1800 eine noch unbebaute Parzelle im damals dünn besiedelten Neu Vegesack und ließ hier ein Wohnhaus mit Schankwirtschaft errichten.[31] Seine Witwe Dorothea Elisabeth Deitz geb. Johannes (* Bremen 1762, † Vegesack 1845) führte das Etablissement mit Hilfe ihres Sohnes Louis weiter und ließ es 1837 durch einen Tanzsaal und eine Kegelbahn erweitern. Der Gastwirt Hartmann vom »Stadt Hamburg« versuchte daraufhin, Einfluss auf die Vergabe einer Lizenz zur Durchführung von Tanzveranstaltungen im neuen Saal zu nehmen, da er gerade im Winter auf Tanzpartien als Einnahmequelle angewiesen sei und nun Konkurrenz drohe. Er begründete seinen Einspruch mit der besseren Lage des Deitz'schen Lokals und der mittlerweile sieben in Vegesack

25 Deutscher-Theater-Almanach (im Folgenden: DTA), Jg. 1857, 1860 f.: Reisende Gesellschaft aus Nienburg. 1857 Direktor Ferdinand Gustav Lundt; ab 1860 Direktorin die verwitwete Frau H. L. Schäffer. Lundt scheint dann um 1860 seine eigene Gesellschaft geleitet zu haben, trat aber noch als Gast bei Frau Schäffer auf.

26 Die 12 Theaterzettel wurden in einer Truhe als Auslegepapier verklebt, die sich heute im Magazin des Vegesacker Heimatmuseums »Schloss Schönebeck« befindet (vgl. Vera Machon, Die Liebe im Eckhause … und andere Überraschungen in einer Seemannskiste, in: Die Norddeutsche vom 5. 11. 1988).

27 Musikdirektor Th. Nicolai war 1860 in Lüneburg engagiert, A. Wraske sen., F. Wraske jun. und Frl. Beckmann waren 1861 am Bremer Stadttheater (vgl. DTA, Jg. 1860 u. 1861).

28 Vegesacker Wochenschrift vom 28. 12. 1860.

29 Ihr Bruder Dr. phil. Daniel Hartmann (* Vegesack 1833) war 1874 mit seiner Familie nach Amerika geflüchtet, nachdem er als Stadtsekretär von Bremerhaven Geld aus der Stadtkasse unterschlagen hatte (vgl. StAB 2-P.13-Nr. 95, Testament 86 von A. Hartmann).

30 Heute Uhthoffstraße 40 bis 50.

31 Archiv der Ev.-prot. Kirchengemeinde Vegesack: Meierakte Nr. 303.

vorhandenen Tanzsäle. Außerdem hätte die Witwe Deitz ihm bereits die Musiker abgeworben.[32] Der Einspruch von Hartmann scheint erfolgreich gewesen zu sein, denn auch eine zweite Eingabe zur Erteilung einer Konzession der Witwe Deitz wurde abgelehnt. Diedrich Solte (1817–1859), der eigentlich Landmann war und die Gastwirtschaft 1848 von Hermann H. Bahle erworben hatte, bekam erst 1855 im zweiten Anlauf die begehrte Konzession. Diesmal hatte Hartmann die Lizenzvergabe befürwortet, denn bei Solte handelte es sich um seinen Schwager. Theatervorführungen gab es hier bis dahin aber noch keine. Das änderte sich erst unter der Ägide von Johann Friedrich Wilhelm Wicke (* Bremen 1816, † Vegesack 1874), der 1860 für 15.500 Taler die Gastwirtschaft an der Langenstraße 67, der heutigen Gerhard-Rohlfs-Straße, erworben hatte. Wicke war zwei Jahre lang Pächter der »Tonhalle« an der Kleinen Helle in der Bremer Doventorsvorstadt und wurde davor als »Musikus« bezeichnet.[33] Es ist anzunehmen, dass er bereits in Bremen Erfahrungen mit Schauspielergesellschaften gemacht hatte. Sicher ist, dass in seinem neuen Etablissement in Vegesack spätestens 1868 Gastspiele stattfanden. In seinem Gesuch an den Senat um Bewilligung einer Konzession vom 9. März 1860 wollte er das Lokal, »[...] in dem seit Jahren Gastwirtschaft verbunden mit Kaffee- und Weinschenke nebst Tanzsalon und Kegelbahnen betrieben wurde [...]«[34], zunächst unter dem Namen »Victoria-Hotel« fortführen, doch entschied er sich schließlich für »Tonhalle«.

1863 wurde die seit 30 Jahren bestehende »Verordnung zur Einschränkung der Tanzmusik« im Zuge der neu eingeführten Gewerbefreiheit aufgehoben. Die Verordnung hatte letztlich dazu geführt, dass sich Einheimische und Auswärtige in den Tanzlokalen der hannoverschen Nachbarorte amüsierten und laut Schreiben der Wirte: »Vegesack an diesen Tagen lediglich den größten Spectacel und nicht die Nahrung« hatte.[35] Damit dürften auch die Bedingungen für Gastspiele reisender Theatergesellschaften erleichtert worden sein, die nun über den neuen Eisenbahnanschluss schneller von Bremen nach Vegesack gelangen konnten. Für die Jahre 1869 und 1870 erscheint ein Theater in Vegesack dann erstmals im Deutschen-Theater-Almanach mit der »Tonhalle« als feste Spielstätte. Gastwirt Friedrich Wicke bezeichnete sich nun als Theaterunternehmer. Mit Hermann Gürcke[36] fand Wicke einen Schauspieldirektor, der zwar bereit war, in Vegesack erstmals ein privates Stadttheater zu etablieren, doch blieb er nur für eine Saison. Gürcke hatte zuvor eine

32 StAB 2-P.13-Nr. 219.

33 Die »Tonhalle« an der Kleinen Helle war ein Gasthaus und Konzertgebäude, das 1853 errichtet wurde und 1891 abgebrannt ist. Erste Pächter waren Louis F. Hartlage, 1857 J. R. Sowersby und ab 1858 J. F. W. Wicke (vgl. H. Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, Bremen 2002, S. 731; Adressbücher Bremen 1854–1860).

34 StAB 2-P.13-Nr. 220.

35 Ebd. Vor allem profitierte das Ausflugslokal »Raschens Weide« (später Grothusen) in Schönebeck.

36 Hermann Kampehl-Gürcke (* Frankfurt/Oder 1847, † Hamburg 1918) war 1877 bis 1904 Leiter des Tivolitheaters in Hamburg und gründete schließlich 1905 das Schillertheater in Hamburg. Vgl. den Nachruf, in: Deutsches Bühnen Jahrbuch (im Folgenden DBJ), Jg. 30, 1919.

reisende Theatergesellschaft aus Varel geleitet, die er wohl mitgebracht hatte. Zur nächsten Winterspielzeit übernahm der bei Gürcke als Held und Liebhaber agierende Schauspieler J. C. Herrmann die Leitung des 17-köpfigen Ensembles. Neben einem kleinen Chor gab es noch einen Theatermeister, Kassierer, Garderobier, Friseur, Inspizient und die Souffleuse. Die »Vegesacker Wochenschrift« weist im November 1869 auf die bevorstehende Spielzeit hin: »Herr Herrmann, uns vom vorigen Jahre her noch in bestem Andenken, hat nun die Direktion selbst übernommen [...] ihm zu wünschen ist, dass auch auf materielle Weise der Dank des Publikums nicht ausbleibt [...]«.[37] Der materielle Dank des Publikums scheint jedoch ausgeblieben zu sein. Vegesack wird nach nur zwei Jahrgängen nicht wieder in dem Bühnen-Almanach[38] erwähnt, und Friedrich Wicke wird im Adressbuch fortan wieder nur als Gastwirt bezeichnet. Zur gleichen Zeit begann eine wirtschaftliche Krise Vegesacks, weil der traditionell in der Region betriebene Holzschiffbau keine Zukunft mehr hatte und Bremerhaven mehr und mehr an Bedeutung gewann. Trotzdem fanden in der »Tonhalle« auch unter den späteren Inhabern Theatergastspiele statt, wenn auch unregelmäßig und ohne festes Ensemble. Erwähnt sei hier nur die beliebte Truppe des Bremer Volksschriftstellers Gottlieb Bünte (1840–1907).[39] Zum Vegesacker Markt gab es in einigen Lokalen Varietévorstellungen.[40] Im Herbst 1904 gastierte beispielsweise der bekannte Zauberkünstler Alfred Ufer (1863–1934), genannt »Uferini« in der »Tonhalle«, der am 31. Oktober 1904 in der Wohnung des damaligen Wirtes Michelsen seinen Sohn Arno taufen ließ.[41] Nach dem Tod des Gastwirts Wicke 1874 hatte dessen Witwe Catharina Dorothea geb. Köper (1835–1899) die »Tonhalle« weitergeführt. Sie war seit 1876 mit dem Schiffskapitän a. D. Johann Diedrich Hilmer (1837–1912) verheiratet. Zwar wird auch Kapitän Hilmer als Gastwirt bezeichnet, aber das eigentliche Geschäft dürfte seine Frau geführt haben, während er

37 Vegesacker Wochenschrift vom 20. 11. 1869.

38 Deutscher Bühnen-Almanach (Hg. A. Entsch), Berlin Jg. 33, 1869, S. 329, Jg. 34, 1870, S. 324 f.

39 Gottlieb Bünte gründete 1881 das »Bremer Volkstheater«, das hauptsächlich eigene, teils auf Plattdeutsch verfasste Stücke zur Aufführung brachte (Über ihn vgl. Hermann Tardel, in: Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts, Bremen 1912, S. 92 f.). Auch in der Nachbarschaft Vegesacks entstanden plattdeutsche Laienensembles: Lüssumer Volksbühne (1904), Lesumer Speeldeel (1934), Grohner Speeldeel (1936).

40 StAB 4,19-Nr. 234. Konzessionserteilungen für Varieté-Theater sind erhalten für: 1901 Christian Feldmann (Sedanplatz); 1909 Hermann Behrbohm (Gerhard-Rohlfs-Straße 30/31); 1914 August Reiß (Tonhallen, Gerhard-Rohlfs-Straße 67), 1920/1928 Friedrich Wieschendahl, (Brockmanns Hotel, Hafenstraße 22); 1921 Carl Hinze u. Johann Kriete, 1925 W. Braune (Vegesacker Lichtspiele, Breitestraße 24); 1924 Wilhelm Cemin (Weserstraße 35); 1930 August Schwabe (Lloydhalle, Rohrstraße 10).

41 Ev.-prot. Kirchengemeinde Vegesack, Taufregister 1904, S. 176, Nr. 81: Mutter: Luise Friederike geb. Kühne. Taufzeugen: Georg Michelsen, Franz Stagge in Scharmbeck. Der hier getaufte Arno Ufer alias »Arno Gatti« (1904–1953) trat später u. a. als Mitglied der »Alfred Uferini Compagnie« auf (vgl. Stephan Oettermann/Sibylle Spiegel, Bio-bibliographisches Lexikon der Zauberkünstler, Offenbach/Main 2004).

seit 1890 ehrenamtlich als Stadtverordneter tätig war.[42] Um 1898 folgte der Gastwirt Georg Michelsen aus Neu Rönnebeck, der das Etablissement zehn Jahre später an Johann Wilhelm Gottlieb Küsel (1865–1927) übergab. Von ihm konnte schließlich 1911 August Reiß die »Tonhalle« übernehmen.

In die Zeit um 1898 fallen verschiedene Aufführungen größerer Schauspiele mit Laiendarstellern, die der Opernsänger und Regisseur Franz Froneck (1853–1907)[43] für die Bühne der »Tonhalle« einstudierte. Eine amüsante Schilderung der damaligen Verhältnisse bietet uns ein rückblickender Zeitungsartikel:

»[...] Der findige, unternehmungslustige Direktor machte sich an den Vegesacker Turnverein heran, unter dessen Mitgliedern sich genügend bühnengewandte und theaterfreudige junge Leute fanden, die mit Eifer an das Studium ihrer Rollen herangingen. Nach mehrfachen Proben hatte der Direktor die neuverpflichtete ›Künstlerschar‹ – die am Schlusse der Spielzeit durch einen Kneipabend, zu dem der Direktor das Bier stiftete, entschädigt wurde – soweit zurecht gemodelt, dass er es wagen konnte ›Die Stedinger‹ von Georg Ruseler, ›Die Quitzows‹ von Wildenbruch und Schillers ›Wilhelm Tell‹ aufzuführen. Manch älterer Vegesacker, der dabei mitwirkte, wird sich noch mit Vergnügen dieser künstlerischen Betätigung erinnern. Der Direktor schlug dabei zwei Fliegen mit einer Klappe: er verschaffte sich ein billiges und dazu höchst arbeitsfreudiges Personal und konnte mit einem vollbesetztem Hause rechnen. Denn Eltern, Tanten und Onkel der mitwirkenden Turner ließen es sich natürlich nicht nehmen, ihre ›Künstler‹ auf der Bühne zu bewundern [...]. Welche Freude dann, wenn der Stolz der Familie [...] in einer kleinen Einzelrolle, oder auch nur als Teil des Volkshaufens, der im Hintergrunde aufgeregte Szenen und lebhafte Gesten und Gemurmel darstellte. Das ›Rhabarber‹-Gemurmel, das den Statisten selbstredend immer besonderen Spaß machte, war derzeit übrigens auch an großen Bühnen durchaus üblich. Die damalige ›Tell‹-Aufführung war mindestens so gut wie eine vor längeren Jahren vom Bremer Stadttheater hier gegebene, die nur mit Hängen und Würgen vor einem Mißerfolg bewahrt blieb. [...] Es war eine Wiederholung [...] und der Besuch war mies. Man konnte es den Künstlern eigentlich nicht verdenken, dass ihre Stimmung ebenso war. Der Tell leierte seinen Sermon herunter: ›Die Axt im Haus erspart den Zimmermann‹ – das klang als wenn er sagte: ›Ach, wär' ich doch zu Haus geblieben!‹. [...] Und der Attinghausen hatte sich nicht einmal die Mühe gemacht, seinen Bart festzukleben. Er mußte ihn alle Augenblicke festdrücken, damit er ihm nicht herunterfiel. Bei der Sterbeszene, als alle vor ihm knieten, war die Stimmung auf der Bühne in Galgenhumor umgeschlagen; der wacklige Bart tat ein Uebriges... genug: der Attinghausen brachte nur zweimal sein: ›Einig‹ heraus; hätte er es noch ein drittes Mal versucht, dann wäre er laut losgeplatzt vor Lachen. [...] Hätte der Verfasser dieses

42 Adressbücher 1890–1903.

43 Franz Froneck war seit 1887 am Bremer Stadttheater engagiert und führte hier zeitweilig auch Regie. 1904 bis 1907 war er Direktor des Theaters in Trier (vgl. DBJ 1887–1908).

Aufsatzes damals einen faulen Apfel bei sich gehabt, er wäre dem Attinghausen an die Nase geflogen! [...] Nach der Aufführung aber ist er starr gewesen: er sprach mit Bekannten und diese – die wahrscheinlich zum erstenmal den »Tell« gesehen hatten – äußerten sich entzückt über die Aufführung! – Na ja! ... der Verfasser hat sich natürlich gehütet, den Leuten die Illusion zu nehmen [...]«.[44]

Auf Anregung des Pastoren Ernst Baars (1864–1949)[45] und unter Mitwirkung von fast 100 Gemeindemitgliedern wurde im Februar 1897 mehrmals das »Melanchthon-Spiel« von Albrecht Thoma aufgeführt, das sich so großer Beliebtheit erfreute, dass man in Zeitungskritiken sogar vom »bremischen Oberammergau« lesen konnte.[46] Pastor Baars verfasste auch eigene christliche Laienspiele,[47] die er in Vegesack zur Aufführung brachte. Von einer anderen Unternehmung berichtet die Sopranistin Käte Plack-Borjes (1889–1979) in ihren Erinnerungen.[48] Der Vegesacker Kriegerverein veranstaltete im März 1909 eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Zur Aufführung gelangte das Singspiel »Die Heimkehr aus der Fremde« von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Musiklehrerin und Leiterin des Kirchenchores Gesine Stümcke (1832–1915) studierte die Stücke mit Mitgliedern der »dramatischen Abteilung« des Kriegervereins ein. Ihre Schülerin Käte Borjes wurde für die Hauptpartie der »Lisbeth« vorgeschlagen. Der damalige Stadtdirektor Dr. jur. Max Willmann (1860–1910) sang als Bass die Rolle des Vaters, den »Bürgermeister Schulz«. Eine Zeitungskritik hebt hervor, dass Gesine Stümckes »Heimkehr« so sicher einstudiert gewesen sei, dass ihre Aufführung eine wahre Freude bereitet hätte, wohingegen die Direktion des Bremer Stadttheaters es bisher noch nicht gewagt hätte, eine Oper in Vegesack aufzuführen.[49]

Stadttheater und Kino in den »Tonhallen«

Während im mittlerweile aufgeblühten Bremerhaven 1911 ein repräsentativer Theaterneubau mit 940 Plätzen eingeweiht werden konnte, erhielt auch im kleinen Vegesack das Theaterleben neue Impulse, indem die »Tonhalle« mit dem bisher in Bremen als Kellner tätig gewesenen August Reiß (* Osnabrück

44 G. S. [nicht aufgelöst], Aus dem Theaterleben Vegesacks, in: Norddeutsche Volkszeitung (im Folgenden N.V.), Jubiläumsausgabe vom 25. 5. 1928.

45 Ernst Baars war 1895–1917 Pastor in Vegesack, über ihn vgl. Fritz Peters, in: Brem. Biographien 1912–1962, 1969, S. 20; Diedrich Steilen, Kirche in Vegesack, 1921, S. 50-51.

46 N.V. vom 18. 2., 26. 2. und 28. 2. 1897 sowie N.V. vom 25. 5. 1928.

47 Ernst Baars, Sieg des Glaubens. Ein Pfingst- oder Reformationsfestspiel, Vegesack 1903; ders., Jesus. Drama in vier Aufzügen, Bremen 1906.

48 Handschriftliche Erinnerungen der Käte Plack-Borjes in Privatbesitz der Enkelin Frau Sibylla Bösenberg. Die Sopranistin konnte in Begleitung ihres Lehrers Dr. Eduard Nößler um 1920/30 Konzerterfolge feiern und trat auch in ihrem Geburtsort auf. Sowohl ihr Vater Gustav (1851–1914) als auch ihr Großvater Christopher Borjes (1826–1910) leiteten die in Vegesack und Umgebung bekannte Borjes'sche Kapelle.

49 N.V. vom 13. 3. 1909.

1880, † Vegesack 1939) eine neue Bewirtschaftung erhalten hatte. Mittlerweile gab es hier zwei Säle, von denen der eine für Tanzveranstaltungen und der andere für Theater- und Lichtspielvorführungen genutzt wurde, daher wurde das Etablissement jetzt im Plural »Tonhallen« genannt. Der neue Theaterwirt hatte im Juni 1911 eine Genehmigung zum Aufstellen eines Kinematographen bewilligt bekommen.[50] Damit reagierte er auf die Konkurrenz durch das Varieté und Lichtspieltheater von Christian Feldmann (1871–1932), der in seinem 1901 eröffneten Lokal am Sedanplatz seit 1907 auch Filme in einem kleinen Saal mit 160 Plätzen zeigen ließ.[51]

Reiß engagierte für die »Tonhallen« im November 1911 die reisende Gesellschaft des Theaterdirektors Otto Wills.[52] Damit begann das dauerhafteste Engagement eines Schauspielensembles in Vegesack und die Etablierung eines Stadttheaters. Zur Wintersaison 1912/13 entschied sich Wills für Vegesack als Winterstandort für seine Gesellschaft. Spielzeit war jeweils vom letzten September-Wochenende bis Palmsonntag. Im Sommer hatte der Tonhallen-Wirt den damals rund 800 Zuschauer fassenden Saal grundlegend renovieren und mit einer neuen Beleuchtungsanlage ausstatten lassen. Die Anzahl der von Wills engagierten Schauspieler schwankte in der Folgezeit kriegsbedingt zwischen 15 und 20 Personen. Außerdem standen als Gäste wieder Mitglieder des Bremer Stadttheaters auf der Tonhallen-Bühne, so auch der bereits erwähnte Franz Froneck oder die in Bremen beliebte Josefa Flora. Zusammen mit dem weiteren Bühnenpersonal, von den Technikern bis zur Souffleuse, hatte das Stadttheater in dieser Zeit bis zu 50 Mitglieder. Vorrübergehend gehörte ein kleiner Chor zum Ensemble, während die Borjes'sche Kapelle[53] als Orchester eingesetzt wurde. Die musikalische Leitung oblag 1912–1914 und 1919/20 der Konzertmeisterin Auguste Janson geb. Sager (* Meldorf 1875, † Bremen-Grohn 1954).[54] Otto Wills konnte sich mit seiner Gesellschaft bis April 1916 in Vegesack halten. Nach seinem Vegesacker Engagement war er 1916/17 Spielleiter in Zeitz und 1920/21 in Eisleben, dann verliert sich seine Spur.[55]

50 StAB 4,19-Nr.233. Der Kinobetrieb wurde später von Gustav Dähn, Hans Buchwald (ab 1925 »Deutsche Lichtspiele im Stadttheater Vegesack«) und zuletzt Willi Braune unterhalten.

51 Es handelte sich um das erste Kino in Vegesack, in dem 1919 übrigens auch ein Film wie »Anders als die anderen« lief, der zum ersten Mal die männliche Homosexualität thematisierte und der kurz darauf verboten wurde (StAB 4,19-Nr. 234; Staatsarchiv Bremen (Hg.), Mach dir ein paar schöne Stunden ... Kino in Bremen. Beiträge zu einer Bremer Kinogeschichte, Bremen 1984, S. 49 f.; N.V. vom 16. 9. 1919).

52 Otto Wills hatte 1875 sein Debüt als Schauspieler in Schleswig, später führte er auch Regie. 1897–1903 war er in Hamburg am »Theater in den Centralhallen« engagiert und 1905 wurde er Theaterdirektor am Stadttheater Wilhelmshaven. Ab 1907 gehörte er zur reisenden Gesellschaft »Salzwedel-Verden-Uelzen«, deren Leitung er 1910 übernahm (vgl. DBJ 1876–1910).

53 Zu Borjes vgl. Fußnote 48.

54 Auguste Janson-Mühlhaus war zuletzt von 1933–1950 Organistin der Vegesacker Kirchengemeinde. Sie war vermutlich die Ehefrau des 1912–1915 in Vegesack engagierten Operettenregisseurs Edwin Janson (vgl. DBJ 1912–1915).

55 DBJ 1917–1922.

Die Gründe für die Aufgabe eines dauerhaften Engagements in Vegesack sind wohl in den Begleiterscheinungen des Ersten Weltkriegs zu suchen, dem 1916 auch zwei Mitglieder des Ensembles zum Opfer gefallen waren.[56]

Gleich zu Beginn des unruhigen Jahres 1919, nachdem der Maler Carl Emil Uphoff (1885–1971) aus Worpswede über den »Kommunismus und das Recht der Besitzlosen« im überfüllten Tonhallensaal gesprochen hatte[57] und wenige Tage nachdem am 6. Februar in Vegesack der Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt worden war, wagte der Theaterdirektor Albert Palmbaum[58] einen neuen Versuch, ein festes Theaterensemble zu etablieren. Zuvor hatte das Bremer Stadttheater hier wieder einige Gastspiele gegeben. Während Otto Wills nur im Winter in Vegesack spielte und im Sommer in Walsrode oder in Schwedt/Oder gastierte, dehnte Palmbaum die Spielzeit auf das ganze Jahr aus. Er eröffnete am 16. Februar 1919 mit »Staatsanwalt Alexander« von Carl Schlüter.[59] Wie bereits Wills, so gastierte man regelmäßig in Blumenthal, in Lesum oder in Rekum. Palmbaum wurde Mitglied im Deutschen-Bühnen-Verband[60] und das »Tonhallen-Theater Vegesack« wurde forthin in dem vom Verband herausgegebenen Deutschen-Bühnen-Spielplan berücksichtigt.[61] Außerdem versuchte er sich als Autor von Bühnenstücken, die zum Teil auch in Vegesack zur Aufführung gelangten.[62] Mit seinem ehrgeizigen Ansinnen, in Vegesack eine ganzjährig bespielte Bühne zu etablieren, hatte sich Palmbaum aber verkalkuliert. Der Saal soll meist nur sonntags gut gefüllt gewesen sein.[63] Bereits Ende August 1920 musste Palmbaum nach nur anderthalb Jahren aufgeben und Vegesack verlassen, um dann 1922 als Direktor der reisenden Gesellschaft »Nordische Schaubühne« (Provinz Hannover) noch einmal in Erscheinung zu treten.[64] Zur Winterspielzeit 1920/21 gab es dann in Vegesack wieder die bewährten Gastspiele mit Schauspielern vom Stadttheater Bremen.

56 DBJ 1916, S. 564.
57 N.V. vom 18.1.1919.
58 Albert Palmbaum, der sich auch D'Albert oder P. Baum nannte, hatte 1896 sein Debüt am Deutschen Theater in München. Ab 1903 führte er auch Regie, u.a. in Stargard/Pommern, Quedlinburg, am Schöninger Kurtheater, am Residenztheater Hannover, und leitete zuletzt das Ost- und Westpreußische Provinztheater. 1917/18 stand er als Landsturmmann im Feld (vgl. DBJ 1896–1918). Nicht eingesehen wurde eine Akte im Bundesarchiv, die laut telefonischer Auskunft durch Herrn T. Zarvel vom 5.7.2010 den Briefwechsel aus dem März 1919 zu Streitigkeiten beinhaltet, die aber nicht Vegesack betreffen (Bundesarchiv Berlin, Signatur R 56-III/1281).
59 N.V. vom 13.2.1919.
60 Die Deutsche Bühne, 11. Jg., Heft 38/39 vom 22.9.1919.
61 Deutscher Bühnen Spielplan (im Folgenden: DBS), April 1919 bis August 1920.
62 Vgl. hier den Abschnitt Spielpläne und Fußnote 99.
63 N.V. vom 25.5.1928.
64 DBJ 1922.

Theatervereinigung – Anfangsjahre 1921–1932

Um die Gastspiele aus Bremen in den »Tonhallen« und damit auch eine konstante künstlerische Güte zu sichern, wurde von Vegesacker Bürgern zur Gründung einer »Theatervereinigung für Vegesack und Umgebung« aufgerufen. Diese wurde am 7. Juli 1921 gegründet und sollte durch Mitgliedsbeiträge regelmäßige Theatergastspiele ermöglichen. Als Vorsitzenden konnte man Professor Karl Engelhardt (* Nürnberg 1876, † bei Heidelberg 1955) gewinnen, der zusammen mit dem Direktor des Realgymnasiums Dr. Franz Nagel (1867–1957)[65], dem Postdirektor Heinrich Meyer (1868–1945), dem Druckereibesitzer Heinz Rohr (1885–1960), dem Gewerkschaftssekretär Otto Friese (1886–1947)[66] sowie Rektor Bade aus Aumund-Fähr die Gründung angeregt hatte.[67] Engelhardt war seit 1904 als Oberlehrer am Realgymnasium tätig. Am Ersten Weltkrieg nahm er aktiv als Offizier teil und war anschließend für die SPD Mitglied des Magistrats. 1928 wurde er vorzeitig pensioniert und zog aus Vegesack weg. Daraufhin übernahm Studienrat Otto Börner (* Niederdornfelden 1882, † Bruchhausen-Vilsen 1967) die Leitung des Vereins. Börner gehörte von 1909 bis 1949 ebenfalls dem Lehrerkollegium des Gymnasiums an. Einem Ausschuss war die Auswahl der Stücke übertragen worden, die an den geplanten 14 Abenden pro Wintersaison zur Aufführung kommen sollten. Nachdem bisher hauptsächlich Ensemblemitglieder des seit 1920 vollständig vom Fiskus getragenen Bremer Stadttheaters in Vegesack spielten, sollten nun auch Verhandlungen mit dem Ensemble des privaten Bremer Schauspielhauses und den Bühnen in Oldenburg und Bremerhaven stattfinden. Mit dem Stadtverordneten Engelhardt an ihrer Spitze konnte die Vereinigung ihre Interessen im Magistrat vertreten, wenngleich man auch in Bürgermeister Wittgenstein einen wichtigen Fürsprecher hatte. Der Verein erfreute sich eines großen Interesses unter der Bevölkerung, denn innerhalb kurzer Zeit waren die angepeilten 400 Mitglieder gewonnen, die mit einem Abonnement von 70 Mark zu je 5 Mark pro Vorstellung, eine gute Auslastung gewährleisten sollten.[68] Vor ausverkauftem Haus wurde am 17. Oktober 1921 mit dem Stück »Das Glück im Winkel« von Hermann Sudermann die erste Premiere gefeiert.[69]

Mit der Bitte um einen staatlichen Zuschuss berichtete am 14. Januar 1924 der Bürgermeister Dr. jur. Werner Wittgenstein (* Magdeburg 1882, † Berlin 1965) dem Bremer Senat von den Aktivitäten des nunmehr 700 Mitglieder zählenden Vereins. So seien je Spielzeit neben den 14 Theatervorführungen auch drei Konzerte des Bremer Symphonieorchesters sowie Dichterlesungen

65 Franz Nagel (»Reimsofein«) war zusammen mit Karl Engelhardt (»Idyll«) und Pastor Ernst Baars (»Phantasus«) Mitglied der Schlaraffenvereinigung »Brema«, der auch Schauspieler und Sänger in Bremen angehörten (vgl. Stammrolle der Schlaraffenreyche des Erdballs Anno Uhui 54 - 55, ediret von der Allmutter Praga, Prag [1913/14], S. 154 f.).

66 Über ihn vgl. Wilhelm Klevenhusen, in: Brem. Biographie 1912–1962, 1969, S. 168 f.

67 N.V. vom 25. 5. 1928.

68 N.V. vom 10. 7. 1921 und 24. 7. 1921.

69 N.V. vom 18. 10. 1921.

veranstaltet worden. Bei allen Veranstaltungen sei der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt gewesen. Wittgenstein begründete sein Anliegen damit, dass Vegesack als geistiger Mittelpunkt des Wirtschaftsgebietes gelte. Die Theatervereinigung sei auch gegründet worden, um die Bevölkerung vom Besuch minderwertiger Vergnügungsstätten fernzuhalten und die Wiederkehr minderwertiger Schaustellungen zu verhindern. Um nun den notwendigen Fundus an Requisiten anzuschaffen, die bisher von Mitgliedern der Theatervereinigung gestellt worden seien, reichten die Mitgliederbeiträge aber nicht aus. Die Beiträge sollten ohnehin nicht zu hoch angesetzt werden, um weiten Kreisen der Bevölkerung eine Mitgliedschaft zu ermöglichen. Die Vereinskasse sei außerdem durch die Anschaffung einer »Stilbühne« stark belastet worden, und auch die Stadtgemeinde sei nicht in der Lage gewesen, einen finanziellen Beitrag zu leisten.[70] Wittgenstein hatte langfristig Erfolg. In den nun folgenden Jahren wurde die Theatervereinigung Vegesack im Haushalt der Bürgerschaft mit einem jährlichen Zuschuss von 2000 RM berücksichtigt. So konnte 1924 der Umbau des Theatersaales erfolgen. Anlässlich der feierlichen Wiedereröffnung des neuen Stadttheaters mit einer Festaufführung von Goethes »Iphigenie« im Herbst 1924 hat der junge Heimatschriftsteller und Journalist Harry Wolff (* Vegesack 1901, † Auschwitz 1943)[71] eine Beschreibung der Räume gegeben:

»[...] Es ist nicht unbedingt gesagt, dass die Größe und wirtschaftliche Bedeutung einer Stadt ausschlaggebend ist für deren kulturelle und künstlerische Einrichtungen. [...] Dass eine Stadt von etwas mehr als viertausend Einwohnern, die knapp 18 Kilometer von der nächsten Großstadt entfernt ist, ein eigenes, modern erbautes Stadttheater errichtet, dürfte doch zu den Seltenheiten gehören. [...] Der an der Gerhard-Rohlfs-Straße gelegene Bau wurde durch Sammlungen und Mittel des Theatervereins ermöglicht. Eigentlich handelt es sich um einen völligen Umbau der Tonhallen, der jedoch den Gesamteindruck und die Raumaufteilung des Theaters so grundlegend geändert hat, dass man schon von einem Neubau sprechen möchte. Die Entwürfe des Gebäudes und der Inneneinrichtung stammen von dem Vegesacker Architekten Ernst Becker, der in geradezu vorbildlicher Weise unter denkbar beschränkten Mitteln und dadurch außerordentlich beeinträchtigten Möglichkeiten eine Stätte schuf, die unter ähnlichen Verhältnissen wohl kaum seinesgleichen hat. Beim Eintritt in das Theater werden wir durch einen Vorraum gefesselt: eine Halle, die durch drei schlank emporstrebende Spitzbogen in sanft gelber Tönung zu wunderschöner Raumwirkung kommt. Seitwärts befinden sich die Garderoben, zweckmäßig und schön eingefügt in den Raum, jeder Platz durch kunstgeschmiedete Arbeit ausgezeichnet. Der Fußboden des Raumes besteht aus rotbraun gebrannten Ziegelsteinen, die untereinander durch einen breiten weißen Strich getrennt werden, der dem Raum ein malerisches und eigenartiges Gepräge gibt. Stufen, die sich durch die ganze Raumbreite ziehen, steigen

70 StAB 3-V.5.h.21. /1/

71 Über ihn vgl. Claus Schuppenhauer, Das Buch, sein Autor und wir, in: Harry Wolff, Bremer Land, Bremen 1928, (Nachdruck Bremen 1996), S. III-XXI,

Abb. 2: Tonhallen-Stadttheater 1924. (Foto: Archiv Heimatmuseum Bremen-Vegesack)

symmetrisch [...] zum Bühnenhaus empor. Der Zuschauerraum birgt rund tausend Sitzplätze, die sämtlich für die diesjährige Spielzeit im Abonnement vergeben sind. Wände und die in sanfter Wölbung auf den Seitenmauern ruhende Decke zeigen das moderne Orange, das mit den schwarz gestrichenen Klappsitzen eine harmonische und unendlich traumhafte Farbwirkung ergibt. Überhaupt kommt es dem Künstler darauf an, durch große Flächenwirkungen dem Hause einen ganz ausgeprägten Stil der Ruhe und Feierlichkeit zu geben und die Gesamtwirkung zwischen Decke, Wänden und dem tiefschwarzen Grunde der Zuschauersitze durch eine vorzügliche Berücksichtigung aller Licht- und Farbenwirkungen zu einer denkbar schönen Harmonie vereinigt. [...] Selbst die aus gelber Raumweite zierlich nach oben führenden schwarzen Holztreppen möchte man nicht missen, und große weiße Flügeltüren schaffen eine wohltuende lichte Fülle des Raumes. Die Bühne selbst ist reichlich klein, gibt aber unter Berücksichtigung ihrer Größe alles nur Mögliche her. Spätere Zeiten mögen Gelegenheit geben, auch hier eine dem ganzen des Hauses entsprechende raumreichere Bühne zu schaffen. Trotz des versenkbaren Orchesters gelangt die Musik voll und schön zur Wirkung. [...]«[72]

72 Harry Wolff, Aus einer deutschen Kleinstadt. Das neue Stadttheater in Vegesack, in: ? (ohne Nachweis). Kopie im Besitz des Verfassers.

Soweit der offenbar sehr begeisterte Wolff. Für den hier erwähnten Architekten Ernst Becker (* Essen 1900, † Bremen 1968), der gerade in Vegesack ansässig geworden war, war der Umbau des Stadttheaters der erste öffentliche Auftrag. Er sollte für Vegesack noch zahlreiche Bauten im Stil der neuen Sachlichkeit entwerfen, die zum Teil noch heute das Stadtbild prägen.[73] Ein Grundriss des Saals aus der Hand Beckers vom 8. Sept. 1924 hat sich erhalten[74], demnach gab es 495 Sitze im Parkett und 136 Sitze auf dem Balkon, also insgesamt 631 Sitze, und keine 1000, wie Wolff geschrieben hat.

Die bald einsetzende Wirtschaftkrise erforderte auch im kulturellen Leben Bremens einschneidende Sparmaßnahmen. Für den Dreisparten Spielbetrieb des Bremer Stadttheaters beschloss der Senat daher 1932 eine Beschränkung der Spielzeit auf acht Monate, während die Zuschüsse der Theater in Bremerhaven und Vegesack bereits 1931 ganz gestrichen worden waren.[75] Die kulturpolitischen Aufgaben sollten die Gemeinden nun aus eigenen Kräften lösen. Da die Theatervereinigung durch ihre Mitgliederbeiträge finanziell relativ gut abgesichert war, gelang es ihr auch weiterhin, hochwertige Gastspiele nach Vegesack zu holen.

Okkupation durch die Nationalsozialisten – »Deutsche Bühne Vegesack«

Aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 war die NSDAP-Kreisleitung in Vegesack zunächst damit beschäftig, die Verwaltung des Ortes in ihre Hände zu bekommen. Als erstes traf es den verdienstvollen Bürgermeister Dr. Werner Wittgenstein, der sich in seiner langen Amtszeit seit 1915 in vieler Hinsicht für Vegesack eingesetzt hatte und auch die Theatervereinigung gefördert hatte. Bereits am 29. März 1933 wurde er beurlaubt und am 9. Juni 1933 in den Ruhestand versetzt, weil er zeitweilig Mitglied des Reichsbanners war und weil er im Februar 1919 bereit gewesen war, mit dem Arbeiterrat zu kooperieren.[76] Gegen den seit fünf Jahren nicht mehr im Ort lebenden ehemaligen Vereinsvorsitzenden Karl Engelhardt, der mittlerweile als Lehrer am Büchler'schen Pädagogium in Baden-Baden tätig war[77], leitete man von Vegesack aus ebenfalls Schritte ein,

73 Über ihn vgl. Nils Aschenbeck (Red.), Einfaches Bauen: Ernst Becker, Leben und Werk eines Architekten, Delmenhorst 1999.

74 StAB 4,19 Nr. 233.

75 StAB 3-V.5.h.21 /4/ hierin Artikel II. im Auszug der Verordnung zur Sicherung der Haushalte des Staates Bremen, der Gemeinde und des Kreises vom 5.9.1931.

76 STAB 3-V.5.h.3.; 4,1/4 B.4.Nr. W.656. Wittgenstein ist nach Berlin verzogen und wurde gleich nach dem Zweiten Weltkrieg Bezirksbürgermeister von Berlin-Zehlendorf. Außerdem zählte er zu den Mitbegründern des Kulturbundes in der sowjetischen Besatzungszone und leitete später das Bühnenschiedsgericht in Berlin-Charlottenburg (vgl. Jens Wener, Kulturbund und Volksfront. Ein Beitrag zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Frankfurt/M. 1992, S. 1199; DBJ 1957, S. 106). Seine letzte Ruhestätte fand er 1964 auf dem Friedhof in Vegesack, außerdem wurde hier eine Straße nach ihm benannt.

77 Schreiben des Direktors Klaus Büchler (Baden-Baden) an den Verfasser vom 18.5.1992.

die im Dezember 1933 zur Versetzung in den Ruhestand des damals 57-jährigen führten. Ihm wurden seine zeitweiligen Mitgliedschaften in der SPD, dem Reichbanner und der »Liga für Menschenrechte« vorgeworfen.[78]

Freilich blieb auch die Theatervereinigung selbst nicht von einer Okkupation verschont. Der NSDAP-Ortsgruppenleiter Otto Denker[79] nahm sich sogleich mit Verve der kulturpolitischen Aufgaben an. Der Verein wurde in »Deutsche Bühne Vegesack« umbenannt und nun von der NS-Volkswohl Kreisleitung verwaltet. Denker bemühte sich Anfang 1934 bei der Landesleitung der »Deutschen Bühne Niedersachsen« um die Bereitstellung eines Darlehens zum erforderlich gewordenen Umbau des Theatersaales. Der Antrag wurde vom Landesleiter Dr. Georg Grabenhorst[80] an den Bremer Senat weitergeleitet, dabei betonte er in seinem Begleitschreiben, dass durch die Initiative Denkers in Vegesack eine mustergültige Organisationsarbeit durchgeführt worden sei, die eine Anteilnahme des Staates in jedem Falle verdiene.[81] Das Fundament dieser Organisationsarbeit war freilich 12 Jahre früher durch die Initiative des Sozialdemokraten Engelhardt und Bürgermeister Wittgenstein gelegt worden. Mit welchen Mitteln schließlich der Einbau eines neuen Orchestergrabens erfolgt ist, geht aus den Akten nicht hervor. Im September 1935 dankt Denker dem Bremer Bürgermeister Otto Heider[82] für die Unterstützung und bittet erneut um finanzielle Hilfe für weitere Umbauarbeiten. Neben einem Zuschuss von 3000 RM wurde daraufhin auch eine alte Beleuchtungsanlage aus dem Bremer Stadttheater, jetzt Staatstheater, zur Verfügung gestellt[83]. Selbst in den Kriegsjahren 1940 und 1941 sollten weitere finanzielle Zuwendungen aus der Staatskasse von jeweils 2000 RM folgen[84], dann versiegte die Geldquelle.

Zur Winterspielzeit 1935/36 erkannte die NS-Kreisleitung die propagandistische Wirkung einer Saisoneröffnung, zu der forthin auch der Bremer Bürgermeister geladen war[85]. Vorausgegangen waren allerdings Spannungen zwischen der Kreisleitung und der Intendanz des Bremer Staatstheaters. Auf

78 StAB 4,111 Personalakte Nr. 44; 41,1/4 B.4.Nr. E.226. Über sein späteres Schicksal konnte nur ermittelt werden, dass er Heiligabend 1955 an einer Eisenbahnstrecke bei Heidelberg verunglückt ist. Ein Brief des Verfassers an den Sohn Dr. jur. Ludwig-Arwed Egelhardt blieb 1992 unbeantwortet.

79 Otto Denker (1900–1964) entstammte einer Vegesacker Kapitänsfamilie. Er war zunächst kaufmännischer Angestellter, seit 1931 Mitglied der NSDAP, seit 1937 NSV-Gauamtsleiter für den Gau Weser-Ems und zugleich NSDAP-Kreisleiter von Bremen-Lesum. Nach dem Krieg mehrjährige Internierung, dann Übernahme einer Handelsvertretung (vgl. Eckhard Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, Augsburg 1991, S. 427).

80 Dr. phil. Georg Grabenhorst (1899–1997) war Verwaltungsrat und Schriftsteller. 1942 Landesleiter der Reichsschrifttumskammer Hannover-Süd und nach dem Krieg Regierungsdirektor in Hannover (vgl. Kürschners Literaturkalender, Jg. 50, 1943 und Jg. 60, 1988).

81 StAB 3-V.5. h.21. /12/

82 Otto Heider (1896–1960), Bürgermeister von Bremen 1934 bis 1937 (über ihn vgl. Herbert Schwarzwälder, in: Brem. Biographien 1912–1962, Bremen 1969, S. 217-219).

83 StAB 3-V.5. h.21. /21/

84 StAB 3-V.5. h.21. /35/38/

85 StAB 3-V.5. h.21. /33/34/

Vegesack-Gastspiele der Bühnen aus Oldenburg und Bremerhaven reagierten die Bremer wiederum mit Aufführungen im benachbarten Blumenthal.[86] Infolgedessen kursierte das Gerücht, dass im damals noch preußischen Blumenthal eine eigene Theaterunternehmung ins Leben gerufen werden sollte. Beunruhigt von dieser drohenden Konkurrenz wandte sich Otto Denker im September 1934 über die Gemeindeaufsichtsbehörde an die Intendanz des Staatstheaters. Man einigte sich, indem zugesagt wurde die Bremer Staatsbühne bei der Auswahl wieder zu bevorzugen, wenngleich die anderen Bühnen weiterhin zu Gastspielen nach Vegesack eingeladen wurden. Für die Schlichtung ausschlaggebend dürften die Bestrebungen der Gauleitung Weser-Ems gewesen sein, im Rahmen einer vom Reich geplanten Gebietsreform die bremische Enklave Vegesack zum Mittelpunkt des Wirtschaftsraumes im Norden Bremens zu machen, während gleichzeitig die Führung des Nachbargaues Hannover-Ost versuchte, Blumenthal zu fördern. Die Gemeindeaufsichtsbehörde formulierte in einem Brief vom 29. Sept. 1934 an die Intendanz des Bremer Staatstheaters vertraulich: »[...] es ist infolgedessen sehr erwünscht der Stadt Vegesack in ihrem Kampf um die Vorherrschaft an der Lesum-Mündung jede nur mögliche Hilfestellung zu geben [...]«.[87] Fünf Jahre später konnte eine Gebietsreform mit der Bildung des Stadtteiles Bremen-Nord durchgeführt werden, dessen so genanntes Mittelzentrum Vegesack wurde und es bis heute geblieben ist.

Nachkriegszeit – Volksbühnenbund

Bremen-Nord blieb von Kriegszerstörungen weitgehend verschont. Somit blieb auch der Theatersaal in den »Tonhallen« unversehrt. August Reiß war 1939 verstorben, doch führten seine Söhne Hermann (1909–1984) und Otto (1912–1989) den Betrieb weiter. Die Spielstätten des Bremer Staatstheaters waren dagegen völlig zerstört worden, sodass ein normaler Spielbetrieb zunächst nur in Ausweichquartieren wieder in Gang kam. Für Vegesack genehmigte die amerikanische Militärregierung schon im Februar 1946 das Varietéprogramm »Künstlertreff im Metropol«, das im Saal der »Vegesacker Lichtspiele« (»Scala«) gezeigt wurde.[88] Im Juli 1946 konnte unter der Leitung von Dorothea Siekmann und einer Gruppe von etwa 10 Schauspielern auch im Stadttheater mit Goethes »Urfaust« wieder eine neue Spielzeit eröffnet werden. Die ursprüngliche Theatervereinigung lebte unter dem Namen »Volksbühnenbund Bremen-Nord« wieder auf. Im Sommer 1949 bewilligte die Finanzdeputation des Senates einen einmaligen Zuschuss von 3000 DM. In dem ehemaligen Schauspieler Wilhelm Eickhorst (* Schwerin 1903, † Bremen 1955)[89] fand man

86 Die Vorstellungen fanden im Theateranbau des »Richard-Jung-Heimes« statt, der 1996 abgerissen wurde (G. Pillnick, Das alte Richard-Jung-Heim verliert seinen Theatersaal, in: Die Norddeutsche vom 25.7.1996).

87 StAB 3-V.5.h.21.

88 Programm im Besitz des Verfassers. Veranstalter war ein Hubert Weber, Künstleragentur »Gondi-Booking«.

89 Wilhelm Eickhorst lebte seit 1946 in Vegesack. 1942–44 war er Inspizient und Hilfsregisseur in »Litzmannstadt« (Lodz/Polen). Seine Laufbahn begann 1930 als

einen engagierten Leiter für den Volksbühnenbund, der gemeinsam mit seiner Frau ab 1949 wieder regelmäßige Gastspiele organisieren konnte, bis die alte Bühne den gestiegenen Ansprüchen nicht mehr genügte. Im Frühjahr 1953 erfolgte noch ein Umbau[90], doch die Gerhard-Rohlfs-Straße hatte sich zur wichtigsten Einkaufsmeile des Ortes entwickelt und so musste das alte Tonhallen-Stadtthater 1961 dem Neubau des Kaufhauses »Kepa« weichen. Seit Oktober 1958 fanden bereits die Gastspiel-Aufführungen im dazu hergerichteten »Roxy-Kino« (ehemals »Brockmann's Hotel«) in der Alten Hafenstraße statt.[91] Auch der 1958 mit einer kleinen Bühne ausgestattete Saal im neuen Evangelischen Gemeindehaus oder die Aula des Gymnasiums wurden regelmäßig für Laienspielaufführungen oder Vorträge genutzt, so sprach 1953 der bekannte Regisseur und Intendant Heinz Hilpert (1890–1967) über Probleme des Theaters.[92] Einen vollwertigen Ersatz nach dem Verlust der Tonhallenbühne gab es lange nicht. 1963 musste auch die Theatervereinigung aufgelöst werden, und so wurde in den darauf folgenden Jahren der Zustand einer »Kulturwüste Bremen-Nord« beklagt. 1964 fragt Dr. Otto Schultz (1904–1990) in einem Zeitungsartikel: »Was ist aus dem einst so üppig ins Kraut schießenden Vegesacker Theaterleben zur Zeit des ›Stadttheaters‹ geworden? Eine Reise zu den Bremer Stadtmusikanten...«.[93] Erst mit der Eröffnung des »Gustav-Heinemann-Bürgerhauses« im Jahr 1977 bekam Vegesack und damit auch Bremen-Nord einen modernen Vielzwecksaal mit flexibler Bestuhlung für bis zu 500 Personen und einer großen Bühne, die seitdem von den unterschiedlichsten Gruppen genutzt wird. Auf Anregung des Studienrates Max Wölfl (1948–2004)[94] entstand hier aus der Theater AG des Gymnasiums das »Statt-Theater Vegesack«. Bei der Gründung dieses gemeinnützigen Vereins im April 1989 war man sich der Theatervereinstradition des Ortes durchaus bewusst, doch anders als früher, werden heute keine Gastspiele auswärtiger Ensembles mehr organisiert, sondern man erarbeitet eigene Produktionen, bei denen die Vereinsmitglieder als Laiendarsteller agieren können.[95] Zu den treibenden Kräften gehörte nicht zuletzt Gerd Linke (1938–2007), der als Musiklehrer und Chorleiter unzählige Schüler an die Musik herangeführt hat.[96] Als Veranstaltungsorte kamen neben dem Bürgerhaus zwischenzeitlich das »Kito« im Alten Packhaus mit 150 Plätzen hinzu und der Kulturbahnhof.

Chormitglied am Nationaltheater Weimar, dann an den städtischen Bühnen Köln. 1938 wurde er Schauspieler in Königsberg / Ostpr. (DBJ 1930–1944).

90 Das Kino wurde in »Tonburg« umbenannt, siehe Die Norddeutsche vom 7./8. 3. 1953.

91 Vgl. ausführlich Johannes Schütze, Kulturelles Leben in Bremen-Nord, in: Hanspeter Stabenau (Hg.), Lebensraum Bremen-Nord (Jahrbuch der Wittheit, Band 31), Bremen 1989, S. 303, (325-327), 328.

92 Die Norddeutsche vom 3. 3. 1953.

93 Otto Schultz, Reise zu den Bremer Stadtmusikanten..., in: N.V. vom 1. 11. 1964.

94 Albrecht-Joachim Bahr, Ein Leben für das Statt-Theater. Max Wölfl starb mit 56 Jahren, in: Die Norddeutsche vom 24. 8. 2004.

95 Die Norddeutsche vom 30. 9. 1990; Homepage: www.statt-theater-vegesack.de

96 Albrecht-Joachim Bahr, Er war stets die Idealbesetzung. Bremen-Nord trauert um Gerd Linke / Lehrer, Schauspieler, Musiker, in: Die Norddeutsche vom 20. 7. 2007.

Seit 2007 werden die Veranstaltungen aller drei Spielstätten unter der Dachmarke »Kulturbüro Bremen-Nord« koordiniert.[97] Man hat sich zum Ziel gesetzt, Kunstliebhaber aus der ganzen Region mit einem attraktiven Veranstaltungsprogramm anzusprechen, als Ergänzung zu den Kultureinrichtungen in der Innenstadt.

Spielpläne

Anhand der wenigen erhalten geblieben Theaterzettel[98] der Wanderbühnen aus dem 19. Jahrhundert kann man erkennen, dass in Vegesack die damals populären Vaudeville- und Lokalpossen von Louis Angely, Julius von Voß oder Carl Blum gegeben wurden. Beliebt waren außerdem die Dramen und Lustspiele von Ernst Raupach, Pedro Calderon de la Barca, Adolph L'Arronge und Roderich Benedix. Auch die Stücke der Charlotte Birch-Pfeiffer, die auf deutschsprachigen Bühnen fast 80 Jahre lang als Kassenschlager galten, kamen häufig zur Aufführung. Weit oben in der Gunst des Publikums standen die heiteren Opern von Friedrich von Flotow, Albert Lortzing oder Otto Nicolai. Abgesehen von Schillers »Wilhelm Tell« wurden Deutsche Klassiker erst unter der Ägide der Theaterdirektoren Otto Wills oder Albert Palmbaum und bei den Gastspielen des Bremer Stadttheaters zum Anfang des 20. Jahrhunderts gespielt. Carl Zellers »Vogelhändler«, Bizets »Carmen« oder der »Zigeunerbaron« von Johann Strauß erschienen jetzt auf dem Spielplan, wie auch Operetten von Walter Kollo, Leo Fall oder Stücke von Ludwig Ganghofer und Frank Wedekind. Eine Besonderheit sind sicher die selbst verfassten Stücke von Albert Palmbaum gewesen mit Titeln wie: »Die Glocken zu Breslau«, »Die Mexikanerin«, »Gib mich frei!« oder »Brautfahrt nach Lesum«.[99] Mit der Gründung der Theatervereinigung 1921, deren Ausschuss die Auswahl der Stücke aus den Spielplänen der Bühnen in Bremen, Oldenburg oder Bremerhaven vornahm, dürfte sich die Zusammensetzung aus Klassiker, Lustspiel und Oper oder Operette nur wenig geändert haben. Eine Zusammenstellung der Stücke aus dieser Zeit fehlt aber bisher.[100] Aus der Zeit zwischen 1933 und 1939 liegen wieder Informationen über die Gastspiele aus Bremen, Oldenburg und Bremerhaven vor.[101] In Vegesack waren weiterhin neben Klassikern von Schiller, Lessing oder Hebbel auch Opern von d'Albert, Humperdinck und Verdi, auch zeitgenössische Lustspiele von Benatzky und Lippl zu sehen.[102]

97 http://kulturbuero-bremen-nord.de
98 Auf den Abdruck der nur lückenhaft überlieferten Spielpläne wurde aus Platzgründen verzichtet.
99 Zum Teil unter dem Namen P. Baum (DBS, April 1919 – Aug. 1920).
100 Auf eine systematische Recherche in den Tageszeitungen wurde verzichtet.
101 DBS, Nov. 1933 – Mai 1939. Ab Juni 1939 findet Vegesack hier keine Erwähnung mehr, doch gab es weiter Gastspiele.
102 Eine Spielplananalyse der großen Bühnen findet sich bei: Thomas Eicher, Barbara Panse, Henning Rischbieter (Hg.), Theater im ›Dritten Reich‹, Theaterpolitik, Spielplanstruktur, NS-Dramatik, Seelze-Velber 2000.

Theaterpublikum

Über die Zusammensetzung des Vegesacker Theaterpublikums gibt es keine genauen Erkenntnisse, trotzdem soll dieser Punkt nicht ganz unbeleuchtet bleiben. Gastwirt Hartmann beteuerte 1836, dass sein Etablissement nur vom »gebildeten« Publikum besucht würde. Und auch schon 1810 bei Gastwirt Helmer gab es eine »Gesellschaft von Freunden des Theaters«, die sicher dem gebildeten Stand angehört hat. Die Bewohner des Hafenortes setzten sich damals überwiegend aus Seefahrern, kleinen Kaufleuten und Handwerkern zusammen, während die Umgebung stark von der Landwirtschaft geprägt war. Die Gründungen verschiedener gemeinnütziger Anstalten und die Ansiedlung von Industriebetrieben hatten schließlich auch Auswirkungen auf die Sozialstruktur des Wirtschaftsraumes im Norden Bremens. Die Schiffskapitäne und Steuerleute zogen Ende des 19. Jahrhunderts vermehrt nach Bremerhaven oder Geestemünde und damit näher zur Wesermündung. Stattdessen entwickelte sich Vegesack eher zum Verwaltungsort mit zahlreichen Geschäften. Außerdem wuchs der Anteil an Fabrik- und Werftarbeitern in den umliegenden Orten. Während diese ihr Vergnügen eher auf Tanzveranstaltungen, dem Jahrmarkt und später in Varieté- und Lichtspielaufführungen suchten, blieben die verhältnismäßig teuren Theatergastspiele den wohlhabenderen Bürgern vorbehalten. So tauchen im seit 1846 geführten Haushaltsbuch einer Kapitänsfrau neben Ausgaben des täglichen Bedarfs auch Aufwendungen für Konzert und Theater auf.[103] Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass sich die Theaterwirte zum Teil auch im öffentlichen Leben der Stadt engagierten und Ehrenämter bekleideten. Daniel Helmer vom »Stadt Hamburg« war Ortsvorsteher, dessen Schwiegersohn August Hartmann fungierte als Armenpfleger und der Wirt der »Tonhalle« Kapt. a. D. Hilmer hat sich als Stadtverordneter engagiert. Darüber hinaus zeugen auch die vielfältigen Aktivitäten bürgerlicher Vereine und der Kirchengemeinde, wie sie vor allem um 1900 anlässlich zahlreicher Amateurtheateraufführungen üblich waren, vom gesellschaftlichen Ansehen des Theaters. Es spricht wohl für sich, wenn selbst ein Stadtdirektor in einem Lustspiel auf der Bühne stand. Die Initiatoren der Theatervereinigung von 1921 kamen ebenfalls aus dem Kreis der Honoratioren, nur liegen über die Sozialstruktur der eigentlichen Mitglieder keine Erkenntnisse vor. Man hatte zwar durch verhältnismäßig geringe Mitgliederbeiträge den Anspruch, auch minderbemittelten Interessenten Theaterbesuche zu ermöglichen, doch ein Großteil der Arbeiterschaft wird hier keinen Zugang gefunden haben. Vielmehr wurde wieder das besser gebildete Publikum angesprochen, zumal sich die Arbeiter der Umgebung in Gesang- und Turnvereinen organisiert hatten.[104] Noch heute gibt es die »Chorgemeinschaft Aumund-Vegesack« von 1881[105] und den »Volkschor Vegesack«, der aus

103 Ulf Fiedler, Bremen-Nord. Porträt einer Stadtlandschaft, Bremen 1977, S. 84.

104 Zur Arbeiterkulturbewegung vgl. Willy Dehnkamp, Von unten auf. Die sozialistische Arbeiterbewegung in Blumenthal-Vegesack (Bremen-Nord), Bonn 1986, S. 87-90.

105 Gründungschor war der Gesangsverein »Euterpe« in Vegesack (vgl. Festschrift, 100 Jahre Chor Gemeinschaft Aumund-Vegesack 1881–1981, S. 9).

dem 1882 gegründeten »Vegesacker Theaterclub« hervorgegangen ist und der anfangs Theaterspielen mit Gesang verknüpfte, zugleich aber auch als Tarnverein für die verbotenen Sozialdemokraten diente.[106] Für die Jahre zwischen 1933 und 1945 sind andere grundlegende Untersuchungen heranzuziehen[107], doch ob die dort getroffenen Aussagen auch auf die Situation in Vegesack zutreffend sind, bedarf freilich einer intensiveren Untersuchung, die an dieser Stelle nicht möglich war.

Schluss

Die Versuche, in Vegesack ein dauerhaftes Stadttheater einzurichten, waren immer wieder zum Scheitern verurteilt, obgleich die Infrastruktur zuerst im »Stadt Hamburg« und dann in der »Tonhalle« vorhanden war. Dies mag zum einen an den ungünstigen Zeitläuften, aber auch an der uneinheitlichen Bevölkerungsstruktur des Wirtschaftsraumes gelegen haben, wenn man voraussetzt, dass das Theaterpublikum eher aus der kleinen Schicht des Bürgertums kam. Konnten die Bemühungen der Theaterwirte auch nicht zu einer dauerhaft bespielten Bühne führen, so hielten sie im bürgerlichen Milieu, trotz oder gerade wegen der Nähe zu Bremen, den Wunsch nach anspruchsvoller Unterhaltung aufrecht. Wegen der geringen staatlichen Unterstützung war man aber auf private Initiativen angewiesen, wollte man versuchen diesem Wunsch zu entsprechen. Sowohl die Amateurtheateraufführungen als auch die Gründung der Theatervereinigung 1921, die das Theaterleben der Stadt noch nach dem Zweiten Weltkrieg prägen sollte, und nicht zuletzt das »Statt-Theater« oder das neue »Kulturbüro Bremen-Nord« zeugen vorbildhaft von solchen Initiativen, die immer auch vom Idealismus der Beteiligten gelebt haben und leben.

106 Vgl. Die Norddeutsche vom 9. 5. 1992.
107 Vgl. Eicher / Panse / Rischbieter (Hg.) (wie Anm. 102).

200 Jahre Wilkens Bremer Silberwaren

Zur Geschichte eines bremischen Familienunternehmens

Von Lena Fellmann

Am 14. März 1995 musste ein Bremer Unternehmen Konkurs anmelden, dessen Name weltweit bekannt war und ist. Viel ist spekuliert worden über dieses Ende einer Ära. War die große Zeit des Silberbestecks und des silbernen Tafelgeräts schlicht vorbei? Die der halbindustriellen Fertigung hochwertiger Silberwaren in Deutschland, in Europa oder gar weltweit? Oder die großer Familienunternehmen?

Die mittelständische deutsche Silberwarenindustrie hatte ihren Ursprung in handwerklich ausgerichteten Familienbetrieben wie Bruckmann in Heilbronn (gegründet 1805) sowie Wilkens (1810) und Koch & Bergfeld (1829) in Bremen. Die Massenproduktion in neu erbauten Fabrikanlagen setzte bei Wilkens 1859 ein, bei Bruckmann 1864, bei Koch & Bergfeld 1875.[1] Um 1930, auf dem Höhepunkt des Silberwarengeschäfts, waren sie die drei bedeutendsten von fünf Großbetrieben in Deutschland, in denen sowohl Tafelgeräte (Großwaren) als auch Bestecke und Kleinwaren aus Silber hergestellt wurden.[2] Nun überwog dort die Besteckproduktion, fast zur Hälfte in versilbertem unedlen Metall[3] und nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich Edelstahl durch. Viele Silberwarenfabriken mussten in den folgenden Jahrzehnten schließen, letztendlich auch die Firma Wilkens Bremer Silberwaren, die 185 Jahre lang weitgehend der Familie gehört hatte. Der letzte Wilkens in der Leitung der Firma, Helmut Wilkens, hatte noch zehn Jahre vor dem Konkurs, anlässlich des 175sten Jubiläums, zuversichtlich vorausgeschaut auf »200 Jahre Wilkens im Dienst der Esskultur«.[4]

Selten überlebt eine Firma unter demselben Namen eine so lange Zeit – auch wenn der Name in diesem Fall nicht genau gleich blieb, so enthielt er doch immer das »Wilkens«:

1 Vgl. Reinhard W. Sänger, Das deutsche Silber-Besteck. Biedermeier – Historismus – Jugendstil (1805–1918). Firmen, Techniker, Designer und Dekore, Stuttgart 1991, S. 10-31.

2 Vgl. Erich Schlenker, Die Massenproduktion in der Deutschen Silberwarenindustrie, Dissertation, Heilbronn 1930, S. 121. Hierzu auch: Hans Kneer, Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Silberwarenindustrie auf dem Weltmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg, Dissertation [Maschinenschrift], München 1951.

3 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 68.

4 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren AG (Hrsg.), Mündlicher Bericht von Helmut Wilkens, Mitglied des Vorstands, anlässlich der Hauptversammlung der Wilkens Bremer Silberwaren AG, Bremen, am 6. 9. 1985, Firmenschrift, S. 1.

Jahr	Name	Form	Handels-register	Gesellschafts-Kapital	Vorgang
1810	M. H. Wilkens	Einzel-untern.	Bremen	(200 Thaler)	Gründung
ca. 1844	M. H. Wilkens & Söhne	OHG	Bremen		Söhne als Teilhaber
1859 – 1869			Bremen und Hemelingen		Umzug Hemelingen
1917	M. H. Wilkens & Söhne	AG	HRB Achim, ab 1937 zu HRB Bremen 4434	4.500.000 M	Gründung
1969	Wilkens Bremer Silberwaren	AG	HRB Bremen 4434	4.250.000 DM	Fusion mit BSF
1995	M. H. Wilkens & Söhne	GmbH	HRB Bremen 3924	15.000.000 DM	Übernahme durch ZWILLING
2006	Wilkens & Söhne	GmbH	HRB Bremen 23362	25.000 €	Neugründung

Die Entwicklung aus handwerklichen Traditionen zur halbindustriellen Fertigung, vom Juweliergeschäft zum Großbetrieb und dessen Weg in den Konkurs sollen hier dargestellt werden: Organisationsstrukturen, die historische Entwicklung von Beschaffung, Produktion und Absatz, die Rolle der Unternehmerfamilie in ihrem politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld und die der Arbeitnehmer. Ausgewertet wurden dafür vor allem die archivierten Geschäftsberichte sowie Firmenschriften. In diesem Rahmen konnte nur am Rande auf die kunsthistorische Bedeutung prunkvoller Einzelstücke oder von Besteckentwürfen aus Künstlerhand verwiesen werden. Auch die Geschichte der Unternehmerfamilie Wilkens sowie die weitere Entwicklung der ja noch immer bestehenden Silberwarenfirma Wilkens bleiben einer eigenen Veröffentlichung vorbehalten.

Die Anfänge in Bremen: »M. H. Wilkens« 1810 – 1844

Als Martin Heinrich Wilkens seine Tätigkeit aufnahm, unterlag sein Gewerbe noch dem Zunftzwang. Im Jahre 1810 gab es in Bremen etwa 16 Gold- und Silberschmiedemeister. Bis zu vier Gesellen konnten bei einem Meister beschäftigt sein. Zudem konnten einige »Freimeister« ohne Gesellen oder Lehrjungen zugelassen werden. 1801 hatte die Zunft beschlossen, nur alle drei Jahre einen

neuen Meister aufzunehmen.[5] Und ein neuer Meister hatte sich gerade etabliert, ein zweiter Name stand bereits auf der Warteliste, als Martin Heinrich Wilkens sich Ende 1809 in Bremen selbständig machen wollte.[6]

Der Firmengründer

Martin Heinrich Wilkens (21. 11. 1782 – 8. 5. 1869) entstammte väterlicher- wie auch mütterlicherseits der alteingesessenen Bremer Kimker- und Tonnenmacherfamilie Wilkens. Kimker oder Böttcher fertigten oben offene Holzgefäße, die von Reifen aus Weidenzweigen zusammengehalten wurden. Im Jahre 1768 ersteigerte Diedrich Wilkens (1739–1811) kurz vor seiner Hochzeit das Haus Ölmühlenstraße 9, unweit des alten Stadtzentrums, jedoch zur weniger wohlhabenden St.-Stephani-Gemeinde gehörend. Diedrich war dreimal verheiratet; der Sohn Hinrich aus erster Ehe sollte die Kimkerwerkstatt in der Ölmühlenstraße übernehmen, die unter der nächsten Generation bis 1862 fortgeführt wurde. Der Sohn Diedrich aus zweiter Ehe mit Anna Adelheit Wilkens (1750 – um 1786) gründete 1818 als Destillateur eine Weinhandlung und Likörfabrik in der Großen Waagestraße, während sein Bruder Martin Heinrich Goldschmied wurde. Dessen beide Großväter Wilkens waren Kimker in der Bremer Altstadt nahe der Böttcherstraße, so wie sein Vater, sein älterer Bruder und seine Schwäger.[7] Warum der jüngere Sohn aus der Familien-Tradition ausbrechen und unbedingt Goldschmied werden wollte, hat er in seinen Lebenserinnerungen mit seiner Neigung zum Zeichnen und zur Kunst erklärt. Vielleicht hatte er auch gehört von frühen Vorfahren, zwei Bremer Goldschmieden namens Johan Wilkens, Vater und Sohn, die ab 1634 in den Zunftakten erwähnt werden. Zwischen 1650 und 1660 fertigten sie silbernes Tafelgerät für den Rat der Stadt an.[8]

Die von Martin Heinrich Wilkens gegen Ende seines Lebens einem seiner Enkel diktierten Aufzeichnungen enthalten dankbare Erinnerungen an ein liebevolles, tief im protestantischen Glauben der reformierten Bremer Art verwurzeltes Elternhaus. Mit 15 Jahren misslang dem Sohn des Kimkers Diedrich Wilkens der erste Versuch, bei einem Goldschmied in die Lehre zu gehen, weil dieser nur grobe Arbeiten für die Bauern der Umgebung ausführte. Auf Wunsch des Vaters musste Martin Heinrich Wilkens sodann eine kaufmännische Lehre antreten, durfte nach dem Konkurs des Lehrherrn aber zu einem

5 Vgl. Gerd Dettmann und Albert Schröder, Die bremischen Gold- und Silberschmiede, in: Schriften der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, Reihe A. (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Heft 7), Bremen 1931, S. 14.

6 Vgl. Martin Heinrich Wilkens, Erinnerungen, Hrsg. M. H. Wilkens & Söhne GmbH, Privatdruck, Bremen 1982, S. 40 f.

7 Vgl. Martin Wilkens, Stammtafel der Familie Wilkens, Privatdruck, Hemelingen 1910, S. 1 ff.

8 Vgl. Johann Focke, Bremische Werkmeister aus älterer Zeit, Hrsg. Historische Gesellschaft des Künstlervereins, Bremen 1890.

zweiten Goldschmied in die Lehre. Er erlernte sein Handwerk in fünf Lehrjahren bei drei Bremer Goldschmiedemeistern: Flörken, Ronneberg und Wöllmann. Inzwischen hatte der Vater seine Kimkerwerkstatt an den ältesten Sohn Hinrich übergeben und übersiedelte mit seiner Frau als Ökonom, eine Art Hausvater, in das St. Johanniskloster, das zu jener Zeit ein Asyl für unbemittelte Alte sowie psychisch kranke Menschen war und wo Diedrich Wilkens von 1799 bis 1811 lebte.

Die Wanderjahre, die Martin Heinrich Wilkens ab 1805 in Braunschweig, in Berlin, in Paris (10 Monate) und Lyon sowie in Basel (4 Monate) verbracht hatte, erweiterten seinen Horizont. In den neun Monaten in Braunschweig hatte er die Familie seiner späteren Frau kennengelernt. In Berlin, wo er bei einem hugenottischen Goldschmied aus der französischen Kolonie Arbeit gefunden hatte, erlebte er die Niederlage gegen Napoleon und den Einzug der französischen Armee. Seine schon in der Jugendzeit erworbenen Französischkenntnisse halfen ihm durch die Zeit der französischen Besetzung. Bücher mit stets auch religiösem Hintergrund, die Bibel als »Buch der Bücher« und die Porträtmalerei als wichtigste Freizeitbeschäftigung begleiteten Martin Heinrich Wilkens in den zwei Berliner Jahren. Dann ging er das Wagnis ein, in die französische Hauptstadt weiterzuwandern. In Paris zogen ihn die Museen der Stadt an, allen voran der Louvre mit seinen antiken Kunstschätzen. Auch die eigene künstlerische Tätigkeit, vor allem die Porträtmalerei, wurde ihm immer wichtiger, und er wäre liebend gern Maler oder Bildhauer geworden, hätte er die finanziellen Mittel zu weiterer Ausbildung gehabt. So verwundert es nicht, dass Rom als Zentrum der antiken Welt sein nächstes Traumziel wurde, bis ihn in Lyon Gewissensbisse quälten und zur Umkehr zwangen. Über Genf gelangte er nach Basel und kam im Herbst 1809 nach vierjähriger Wanderzeit wieder in Bremen an.[9]

Um in der Heimatstadt Bremen nicht erst nach Ablauf von mindestens sechs Jahren Wartezeit Goldschmiedemeister werden zu können, mussten bürokratische Hürden überwunden werden. Schließlich wurde Martin Heinrich Wilkens zur Meisterprüfung zugelassen, die jedoch kostenträchtig war und finanziert werden musste, wie es Wilkens noch viele Jahre später genau beschreiben konnte: »180 dem Ältesten des Amtes für die Erlaubnis, mein Meisterstück antreten zu können, 25 für gesuchte Fehler am Meisterstück, 30 für Bewirthung des Amtes, 10 für die Amtstodtenlade und noch einige andere Posten, so daß mich der Eintritt in das Amt fast 300 kostete.«[10] Als Meisterstück fertigte Wilkens in der Werkstatt eines Amtsmeisters eine Kaffeekanne, eine Schnupftabakdose und einen diamantbesetzten Ring an.[11] Die Existenzgründung wurde erst möglich mit vom künftigen Schwager Kaufmann Schabbehard geliehenen 200 Talern. 1810 eröffnete Martin Heinrich Wilkens sein

9 Vgl. Wilkens, Erinnerungen (wie Anm. 6).
10 Ebd., S. 41.
11 Ebd.

Abb. 1: Der Firmengründer: Martin Heinrich Wilkens (1782–1869). (Foto: M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm. 15))

Goldschmiedegeschäft auf der Tiefer, in einer angemieteten Wohnung in der Balgebrückstraße 12. Wilkens warb in mehreren Anzeigen im Bremer Wochenblatt für sein Geschäft. Am 10. Dezember 1810 war in den »Bremer Wöchentliche[n] Nachrichten« zu lesen:

»Da ich mich vor kurzem hier etabliert habe, so nehme ich mir die Freyheit, solches meinen geehrten Gönnern und Freunden hierdurch anzuzeigen, mit der ergebensten Bitte, mich mit ihren Aufträgen auf Silber- und Goldarbeit, wie auch mit Einfassung von ächten Perlen und Steinen gütigst zu beehren. Ich verspreche die billigsten Preise und prompteste Bedienung. Meine Wohnung ist auf der Tiefer in der Balgebrückstraße No. 12.

Martin Heinrich Wilken«

Nun erst war die Grundlage für die Gründung einer Familie vorhanden und Martin Heinrich Wilkens heiratete 1810 Elise Keitel (1786–1820), Tochter eines Seifensieders in Braunschweig, die er dort auf der ersten Station seiner Wanderzeit kennengelernt hatte. In insgesamt drei Ehen wurden zweimal zwei Söhne und zwei Töchter geboren. Die Söhne Diedrich, Carl Philipp und Friedrich Wilhelm traten früh eine Lehre beim Vater an und bauten das Familienunternehmen auf. Auch der vierte Sohn, Johannes Friedrich, trat in die Firma ein und wurde Teilhaber, schied dann aber aus, um seine eigene Firma für Goldschmiedearbeiten zu gründen (»Wilkens & Danger«). Im Kreise seiner Familie erlebte Martin Heinrich Wilkens den Aufstieg von der Juwelierwerkstatt in der Bremer Altstadt zur Silberpräge in der Vorstadt und schließlich zur Silberwarenfabrik im niedersächsischen Hemelingen bei Bremen. 1860 feierte er sein fünfzigjähriges Meisterjubiläum zusammen mit allen Bremer Goldschmiedemeistern.[12] Noch im hohen Alter verzichtete der Patriarch nicht auf den morgendlichen Rundgang durch die Fabrik und nahm teil am Werdegang der Enkel.[13] Seine Lebenserinnerungen diktierte er einem von ihnen.

12 Vgl. Jacob Blankenburg, Chronik der Firma M. H. Wilkens & Söhne von 1810–1897, Manuskript, Hemelingen 1898, Privatdruck, S. 14.

13 Ebd.

Zunächst aber gingen die Geschäfte nicht gut für Martin Heinrich Wilkens; billigere Fabrikware kam aus England (vor allem das relativ billige Plated, bei dem eine dünne Silberschicht durch Erhitzung mit dem darunter liegendem Kupfer verbunden wurde)[14], erste maschinell geprägte Ornamente entstanden in Prägeanstalten und wurden von den Goldschmieden gekauft und aufgelötet oder aufgeschlagen. Das konnte Martin Heinrich Wilkens sich nicht leisten. Erst als die beiden ältesten Wilkens-Söhne, Carl und Diedrich, die ab 1825/26 beim Vater in die Lehre gingen, in der Lage waren, eigene Pressungen herzustellen, begann der Aufschwung. Diedrich bereitete die Stempel vor, Carl gravierte sie, mit einer auf dem Hof stehenden Ramme wurden die ersten Pressungen hergestellt. Bald konnten die Söhne mit Musterkarten Aufträge von außerhalb bringen.[15]

1830 schaffte Martin Heinrich Wilkens die erste Silberpresse an, die mit Dampfkraft die Umstellung auf eine halbindustrielle Fertigung ermöglichte. Neben den technischen Möglichkeiten blieb die Geschäftstätigkeit des Familienunternehmens Wilkens von den ersten Tagen an vom Silbermarkt abhängig, der von der vielseitigen Verwendung des Metalls als Zahlungsmittel und Kapitalanlage, als Werkstoff und Zierrat geprägt war. Silber war so teuer, dass bis zur Jahrhundertmitte Löffel und Gabel oft möglichst klein und leicht gehalten wurden.[16] Weil der Preis bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts konstant blieb, war es durchaus üblich, älteres Silber einzuschmelzen, wenn ein neues Stück bestellt wurde.[17] Silbermünzen durften in Bremen allerdings nur eingeschmolzen werden, soweit sie nicht aus Bremen stammten. Silber aus den Bergwerken im Harz oder aus den spanischen Kolonien wurde vorwiegend für die Münzprägung benützt, während größere Flächen zu dieser Zeit noch nicht gepresst werden konnten.[18] Eine Rechnung von 1734 zeigt,

14 Vgl. Alfred Löhr, Bremer Silber. Von den Anfängen bis zum Jugendstil, Handbuch und Katalog zur Sonderausstellung vom 6. Dez. 1981 – 18. April 1982 im Bremer Landesmuseum (Focke-Museum), in: Hefte des Focke Museums. Ausstellungen Berichte Wegweiser, Hrsg. Rosemarie Pohl-Weber, Nr. 59, Bremen o. J. [1981], S. 249.

15 Vgl. Martin Heinrich Wilkens & Söhne (Hrsg.), Hemelingen Bremen Hamburg: Kurze Geschichte der Gründung des Geschäfts und seiner Entwicklung in den 100 Jahren seines Bestehens. 1810–1910, Firmenschrift [1910], S. 8.

16 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 11.

17 Wegen der Praxis des Wiedereinschmelzens sind nur wenige Stücke des Gold- und Silberschmieds Martin Heinrich Wilkens aus den Anfangsjahren überliefert. Das Bremer Focke-Museum stellte 1981/82 in seiner Ausstellung »Bremer Silber« einige Exemplare der Hohl- oder Korpuswaren vor. Becher, Schalen und Kannen zum Schmuck der reich gedeckten Tafel, Dosen und Ehrengaben wie Pokale sowie Löffel waren darunter. Obgleich Martin Heinrich in seiner Zeitungsanzeige zur Geschäftseröffnung seine Dienste als Juwelier anbot, sind keine Schmuckstücke aus seiner Werkstatt öffentlich zugänglich. Vgl. Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14).

18 Ebd., S. 9.

dass auf den ursprünglichen Silberwert rund 10 % aufgeschlagen wurde als Arbeitslohn.[19]

Vom Gold- und Silberschmied zur Präge-Anstalt M. H. Wilkens & Söhne 1844–1859

Unternehmensentwicklung

Von der Balgebrückstraße zog man um in ein kleines Haus an der Sögestraße 6 (gegenüber der Pelzerstraße), was jedoch nach der Anschaffung der ersten Spindelpresse bereits zu eng wurde. Die Firma Wilkens war auf diesem Gebiet wegweisend; allgemein wurde die Spindelpresse erst nach 1850 von Goldschmieden eingesetzt.[20] So stand denn auch diese Prägepresse Pate bei der Wahl des späteren Firmenzeichens. 1833 wechselte die Familie in größere Räume an der Wasserlöse 5, in der späteren Birkenstraße (Ecke Große Weidestraße), wo ab 1834 erste Medaillen geprägt wurden. Allerdings lag die neue Werkstatt in der Vorstadt, außerhalb der bremischen Stadtmauern, was Proteste des Goldschmiedeamtes auslöste und auch auf eine Eingabe an den Senat hin zwar offiziell nicht gestattet, jedoch tatsächlich geduldet wurde. Die drei Söhne Martin Heinrich Wilkens' lebten mit ihren Familien neben der Fabrik in der Birkenstraße. 1851 waren hier bereits 24 Mitarbeiter angestellt. Die Prägeanstalt besaß nun schon fast 2000 Stempel. Man belieferte hauptsächlich Norddeutschland und Dänemark.[21]

Da die zweite Generation Wilkens (außer Carl und Diedrich wurde ab 1838 Friedrich Wilhelm Lehrling bei seinem Vater) als Graveur, Modelleur und an der Drehbank das Geschäft vorangebracht hatte, war die Firma seit vermutlich 1844 umbenannt worden in »M. H. Wilkens & Söhne«[22]. Seit dem 1. 9. 1844 waren Diedrich und Carl Philipp Teilhaber im väterlichen »Präge- und Fabrikgeschäft in Silber und anderen Metallen«, 1849 auch Friedrich Wilhelm.[23] Übernehmen konnte sie jedoch nur ein Goldschmiedemeister, der unter den Bedingungen der alten Zunftordnung seine Meisterprüfung abzulegen hatte.[24] 1851 beschrieben die Söhne von Martin Heinrich Wilkens in einer Eingabe an den Bremer Senat die neue Situation: »Zeichnen, Modelliren und Graviren«[25]

19 Ebd., S. 16.
20 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 20.
21 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm. 15), S. 12.
22 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434. Nachträglicher Zusatz »und Söhne« 1849 bei Eintragung des dritten Sohnes als Teilhaber. Vgl. auch Musterblatt M. H. Wilkens & Söhne, geschätzte Entstehungszeit um 1840, in: Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14), S. 19.
23 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434.
24 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm. 15), S. 11.
25 Ebd., S. 12.

sind, zusammen mit den »nöthigen mechanischen und technischen Kenntnissen«[26] die Grundlage der Arbeit in den neuen Präge-Anstalten, die inzwischen den Goldschmieden nicht mehr nur einzelne Ornamente, sondern »... fertig geprägte vollständige Silberarbeiten selbst verkaufen«[27]. Die Silberarbeiten eines Goldschmiedemeisters in seiner Werkstatt, mit Gesellen und Lehrlingen, aber ohne die neuen mechanischen Hilfsmittel, waren nicht mehr konkurrenzfähig mit den Silberwaren aus den Fabriken.[28]

Da der Bremer Senat bereits 1840 Martin Heinrich Wilkens zum Verwalter der Bremischen Münzanstalt bestellt hatte, war die Qualität der Arbeiten aus der Prägeanstalt Wilkens längst anerkannt. Trotzdem verlangte man 1852 von den Wilkens-Söhnen, Meisterstücke in einer zünftigen Werkstatt nach den alten Regeln herzustellen. Nachdem auch eine zweite Eingabe trotz ausführlicher Begründung, warum die geforderten Arbeiten nur in der Werkstatt des Vaters ausgeführt werden könnten, keinen Erfolg hatte, geriet die Angelegenheit in Vergessenheit und erledigte sich schließlich 1861 von selbst durch das Ende des Zunftzwanges.[29] Mittlerweile hatte man jedoch auch der Form Genüge getan: Friedrich Wilhelm Wilkens hatte sein Meisterstück abgeliefert.[30]

Die Unternehmer-Familie Wilkens und die Mitarbeiter des Unternehmens

Fünf Generationen lang hat die Familie Wilkens Silberwaren-Geschichte geschrieben. Diedrich, Carl Philipp und Friedrich Wilhelm Wilkens führten gemeinsam das Lebenswerk des Vaters fort. Diedrich und Carl Philipp wurden 1844 Teilhaber, Wilhelm 1849. Der vierte Sohn, Johannes Friedrich Wilkens, wurde 1855 Teilhaber, machte sich nach einigen Jahren im väterlichen Geschäft jedoch mit einer eigenen Firma als Goldwarenfabrikant (Wilkens & Danger) selbständig. Der zweitälteste Sohn, Carl Philipp Wilkens (1813–1874), trat sehr jung in das Geschäft ein und erwies sich als begabter Graveur. Er machte sich früh einen Namen durch Stempel für Medaillen mit Porträts.[31] Diedrich Wilkens (1811–1876) löste die technischen Probleme des Silberprägens und war für den kaufmännischen Bereich zuständig. Er leitete ab 1859 die neu eröffnete Besteckfabrik in Hemelingen. Die Silberwarenfabrikanten Deutschlands forderte er auf, sich zusammenzuschließen, um eine Vereinheitlichung der Vorschriften zur Legierung und Kennzeichnung von Silberwaren zu erreichen.[32] Friedrich Wilhelm Wilkens (1823–1895) brachte nach seiner Lehre beim Vater von einem Jahr in Paris neue Ideen zur Herstellung gegossener

26 Ebd.
27 Ebd.
28 Ebd.
29 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm. 15), S. 14 f.
30 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 14.
31 Vgl. Johann Hermann Duntze, Geschichte der Freien Stadt Bremen, 4 Bände, Bremen 1845–1851, Bd. 4, S. 606.
32 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 41 ff.

und ziselierter Ornamente mit. Er war schließlich derjenige unter den Söhnen des Gründers, der im Rahmen der alten Zunftgesetze sein Meisterstück zu machen hatte, nämlich »eine achteckige Zuckerschale und Rahmkanne, welche er selbst drücken, schlagen und löthen musste.«[33] Gemeinsam mit der nächsten Generation leitete der zum Kommerzienrat ernannte Friedrich Wilhelm Wilkens von 1876 bis 1892 als Seniorchef die Firma, aus der er sich erst als 70-jähriger zurückzog. Johannes Friedrich Wilkens (1828–1875) führte als Teilhaber und kaufmännischer Mitarbeiter die kaufmännische Buchführung ein, ein erstes Kontor wurde für ihn eingerichtet und er betrieb die Einrichtung eines richtigen Ladengeschäftes an der Birkenstraße.[34]

1842, 1844 und 1851 verheirateten die drei älteren Brüder Wilkens sich mit den drei Schwestern Minna, Marie Luise und Bertha Storck, Töchter eines Färbers aus Osnabrück. Die ungewöhnliche Konstellation, dass hier drei Brüder drei Schwestern heirateten und alle drei Familien im Wohn- und Geschäftshaus der Prägeanstalt an der Birkenstraße wohnten, war sicher Stoff für Legendenbildungen. So war der Grund gelegt für eine ungebrochene Tradition vom im Kreise der Familie lebenden und bis ins hohe Alter am Geschäft wie an der Familie regen Anteil nehmenden Patriarchen zu seinen doppelt miteinander verwandten Enkeln.

Die Zahl der Mitarbeiter nahm bis 1848 zu, fiel dann allerdings kurzfristig auf lediglich drei.[35] 1851 waren in der Birkenstraße bereits wieder 24 Mitarbeiter angestellt, 1857 waren es dreimal so viele.[36] Der spätere Betriebsleiter J. Blankenburg erinnerte sich an etwa 50 Namen von Arbeitern aus seinem ersten Jahr bei Wilkens (1857) und daran, dass ihr Lohn 180 bis 200 Thaler Gold betrug: Gesellen, die nach den Zunftgesetzen nicht Meister werden konnten, heruntergekommene Handwerksmeister aus anderen Bereichen, Hilfskräfte.[37] Weniger als ein Dutzend Leute waren mit der Herstellung von Bestecken beschäftigt.[38] Die Firma Wilkens ergänzte schon früh die hauseigenen Modelle mit Künstlerarbeiten, die man hinzukaufte. Beispielsweise war der Landschafts- und Tiermaler sowie Radierer und Modelleur Sebastian Habenschaden (1813–1868) in München mit einer von ihm modellierten Figur (der sog. große Hirsch) an dem für Fürst Bismarck entstandenen Tafelaufsatz beteiligt.[39]

33 Ebd., S. 14.
34 Ebd., S. 13.
35 Ebd.
36 Vgl. Reinhard Sänger, Silberwaren – Zur Geschichte ihrer Herstellung im 19. Jahrhundert, in: Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14), S. 240.
37 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 15.
38 Ebd., S. 25.
39 Ebd., S. 35. Für weitere Angaben zu Künstlern, die für Wilkens tätig waren, vgl. Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14), S. 31 f.

Zwischen 1851 und 1857 hatte sich die bei Wilkens verarbeitete Silbermenge mehr als verdoppelt. Das Arbeitssilber bestand bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts vornehmlich aus Silbergeld mit einem Feingehalt von etwa 900/1000.[40] Der Silberpreis blieb durch die Verwendung als Währungsmetall insgesamt weitgehend stabil.

In der Depression der ersten weltweiten Wirtschaftskrise ging zwischen 1857 und 1859 die Nachfrage allerdings allgemein zurück, weil alle auf weiter sinkende Preise spekulierten. Der Konsum stagnierte, die Lagervorräte stiegen. Käufer waren nur noch für Dinge des täglichen Bedarfs zu finden, wozu Silberware sicher nicht gehörte. Außerdem war viel europäisches Silber gegen Importwaren nach Asien geflossen, wo es gehortet wurde, während Amerikaner und Europäer in hochspekulative Papiere investierten, bis es 1857 zum Börsenkrach kam. Dänemark, Schweden und Norwegen, wichtige Exportländer für Silberwaren, wurden zahlungsunfähig. Deutschland geriet in eine Außenhandelskrise; ganze Industriezweige mussten sich umorientieren auf die Produktion billiger Massenware für den Binnenmarkt.[41] Der Betriebsleiter Jacob Blankenburg erinnerte sich, dass die Handelskrise des Jahres 1857 bei Wilkens Anlass gab zur Herstellung erster Neusilber-Waren (dem echten Silber ähnlich sehende Kupfer-Nickel-Zink-Legierung, auch »German Silver«, »Alpacca«/»Alpaka« oder »Nickelsilber« genannt). Bis die Verarbeitung der Legierung gelang, sprang so manches Werkstück entzwei.[42] Doch auch ungewöhnliche Wege wurden beschritten: Als 1858 der Dampfer »Hudson« des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven ausgebrannt war, kaufte Wilkens körbeweise das halb geschmolzene Neusilber, um es wieder zu verarbeiten.[43]

1855 entstand in gemeinsamer Arbeit des Firmengründers mit seinen drei Söhnen der erste große Tafelaufsatz, der privat in Auftrag gegeben war und die Freuden der Tafel versinnbildlichen sollte. 1862 wurde er mit Erfolg auf der Weltausstellung in London gezeigt. 1890 kaufte die Firma ihn nach mehrmaligem Besitzerwechsel zurück als Erinnerungsstück.[44] Weitere Tafelaufsätze entstanden in den Folgejahren, waren mit Weinlaub oder Eichenlaub verziert oder mit Pflanzen und Tieren jeder Art.[45] Tee- und Kaffeeservice, sogenannte Korpuswaren, bildeten als das typische Tafelsilber des 19. Jahrhunderts eine der Hauptumsatzquellen des Unternehmens. Mit dünneren Wandstärken oder als kleine Schalen wurde Silber auch für eine städtische Mittelschicht erschwinglich.[46] Im Krisenjahr 1857 versuchte man, nicht nur Bestecke, sondern

40 Vgl. Heinrich Wilkens, Das Silber und seine Bearbeitung im Kunstgewerbe, Bremen 1909.
41 Vgl. Hans Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859. Mit einem Vorbericht, 2. Auflage, Göttingen 1974.
42 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 14.
43 Ebd.
44 Ebd., S. 11.
45 Ebd., S. 35.
46 Vgl. Alfred Löhr, Formgebung in der Geschichte der Firma Wilkens, in: Rosemarie Pohl-Weber (Hrsg.), Form und Glanz. Design aus der Bremer Silbermanufaktur

auch Tafelgeräte jener Zeit, »Fassonsachen als Weinkühler, Bratenglocken, Leuchter, Theekessel u. Theebretter«[47] sowie Tafelservices, Teeservices und Körbe aus Neusilber (Alpacca/Alpaka) herzustellen und anschließend zu versilbern. Es sollte einige Zeit dauern, bis man herausfand, dass dabei die Qualität des Neusilbers eine entscheidende Rolle spielte.[48] Laut den Auftragsbüchern wurden erst ab 1886 Korpusartikel aus Neusilber bei Wilkens bestellt.[49]

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts handelte es sich bei silbernen Bestecken, dem zweiten Standbein des Unternehmens, mehr um Vorlegebestecke; entsprechend übersichtlich waren die hergestellten Warenmengen. Martin Heinrich Wilkens berichtete in seinen Lebenserinnerungen, dass ein Bremer Senator bei ihm sechs silberne Löffel bestellt habe, womit er die in der Vorstadt liegende Niederlassung in der Birkenstraße quasi legitimierte. Vor dem Umzug nach Hemelingen war nur eine Handvoll Arbeiter mit der Besteckherstellung beschäftigt.[50] Dies änderte sich, als mit Hilfe der galvanischen Versilberung unedler Materialien die Kosten der Herstellung von Bestecken im Vergleich zum massiven Silber um 90 % gesenkt werden konnten.[51] Ein gigantischer neuer Markt schien eröffnet, die hierfür benötigten Produktionsanlagen waren aber nicht in der Birkenstraße unterzubringen.

Eine besondere Rolle für die Entwicklung des Unternehmens spielte die Produktion von Medaillen und Münzen: Ab 1830 gab es Medaillen aus dem Hause Wilkens auf Bremer Persönlichkeiten wie den Arzt und Naturforscher H. W. M. Olbers 1830, den Pastor Gottfried Menken 1831, den Pastor J. H. B. Dräseke 1832 und den Arzt Dr. Joh. Heineken 1833. Mit der ebenfalls von seinem Sohn Carl Philipp gravierten sog. Rolandmedaille wollte der Vater seine Freude ausdrücken über die Rücknahme einer 1833 beabsichtigten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Bremen, welche auch seine Söhne betroffen hätte.[52] Elf weitere Medaillen entstanden teils auf Bestellung, teils zum freien Verkauf.[53] 1842 wurde die Bremische Ehrenmedaille in Gold vom Bremer Senat gestiftet, von Theodor Neu in Berlin entworfen, bei Wilkens geprägt und 1843 die erste an den Bremer Bürgermeister Johann Smidt für

Wilkens. Zur Sonderausstellung 31. 5. – 30. 8. 1987, in: Hefte des Focke-Museums Nr. 15, Bremen o. J. [1987], S. 4.

47 Ebd., S. 14.

48 Ebd.

49 Vgl. Sänger, Silberwaren (wie Anm. 36), S. 245.

50 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 25.

51 Vgl. Gertrud Benker, Alte Bestecke: ein Beitrag zur Geschichte der Tischkultur, München 1978, S. 31. Zur Beschreibung von Galvanotechnik und Galvanoplastik siehe auch: Neue Technik für altes Handwerk: Galvanotechnologie in der Bremer Silberwarenindustrie / Alfred Löhr, in: Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, Veröffentlichungen des Bremer Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte, Focke-Museum [Hrsg. Jörn Christiansen], Nr. 92. Bremen wird hell, Bremen 1993, S. 266 - 273.

52 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm. 15), S. 10.

53 Ebd.

seine Verdienste um die Gründung Bremerhavens verliehen. Auf dieser Medaille ist ein Hinweis auf den Hersteller zu sehen: WILKENS F[ecit], das bedeutet »Wilkens hat (es) gemacht.[54] 24 dieser bremischen Ehrenmedaillen in Gold sind seitdem verliehen worden, die vorerst letzte wurde im Jahre 2007 bei Wilkens geprägt. 1858 wurde ein Stempel zu einer Prämien-Medaille des Bremer Gartenbauvereins zwar in Paris angefertigt, aber doch bei Wilkens in Bremen geprägt, wo er allerdings beim ersten Versuch beschädigt wurde, so dass Carl Philipp Wilkens einen neuen Stempel herstellen musste. Mit der Beendigung der Münzprägung für Bremen kam auch die Herstellung von Medaillen weitgehend zum Erliegen.[55]

Schließlich betraute der Bremer Staat die Firma Wilkens ab 1840 auch mit der Prägung von Silbermünzen. Der Senat kaufte die dazu notwendigen Werkzeuge, vor allem eine Prägepresse, und zahlte eine Monatsmiete für die Nutzung der Firmenräume sowie eine monatliche Vergütung für Martin Heinrich Wilkens und jeden seiner Söhne. Für einen Gesamtbetrag von 300.495 Talern und 17 Groten wurden in den folgenden fast zwanzig Jahren etwa 1,7 Millionen bremische Münzen bei Wilkens geprägt.[56] Martin Wilkens beschrieb 1871 im Rückblick die Situation vor der Auftragserteilung: In Bremen mangelte es vor 1840 an Scheidemünzen, Silbergeld im Wert von unter 5 Goldthalern, die man auch »Pistolen« nannte, aber nie in Bremen geprägt hatte. 1839 fragte der Senat bei Wilkens an, deren Medaillen Beifall gefunden hatten. Ein-, Sechs-, Zwölf- und Sechsundreißiggrotenstücke sollten aus feinem Silber geprägt werden, dem je nach Wert unterschiedliche Kupferanteile beigemischt wurden. 900–1000 Mark Silber (ca. 250 Kilogramm in Silberbarren aus Hamburg oder London) wurden in zwei bis drei Arbeitsgängen geschmolzen. Zur Legierung wurde vorwiegend altes Schiffskupfer benutzt. Die Prägestempel für Vorder- und Rückseite wurden von Hand geschnitten, auf der einen Seite versehen mit der Grotenzahl im Eichenkranz mit Schleife und der Loth-Angabe, auf der anderen Seite mit dem Bremer Schlüssel oder, bei der höchsten Münze, mit dem Bremer Wappen. Diese Matrizen wurden nun erst auf eine sogenannte Patrize übertragen, von der wiederum unter einer schweren Presse die eigentlichen Prägestempel hergestellt wurden. So konnte man beschädigte Prägestempel und Patrizen leicht durch neu gepresste ersetzen und erreichte eine vollkommene Gleichheit aller Münzen, die es den Münzfälschern schwermachte. Zwei bis drei Männer bedienten die beiden Prägepressen, indem sie den sogenannten »Balancier« in regelmäßigem Abstand herumwarfen. 30–50 Münzen konnten so pro Minute geprägt werden.[57] Silbermünzen wurden in den Jahren 1840, 1841, 1845, 1846 und 1857 bei Wilkens geprägt, Kupfermünzen in den Jahren 1841, 1853, 1859 und 1861.[58] Die Bitte um Aufhebung des Vertrages

54 Vgl. Hermann Jungk, Die bremischen Münzen, Hrsg. Historische Gesellschaft des Künstlervereins, Bremen, C. E. Müller, 1875, S. 378 f.
55 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 10.
56 Ebd., S. 11.
57 Vgl. Martin Wilkens, Das bremische Münzwesen seit 30 Jahren, Privatdruck, 1871.
58 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 8.

seitens der Wilkenschen Prägeanstalt beendete die Zusammenarbeit; die Schwerpunkte des Unternehmens, nämlich die Produktion von Korpuswaren und Bestecken, erlaubten die Fertigung dieser Randprodukte nicht mehr.[59]

Um seine Waren abzusetzen, arbeitete Wilkens Mitte des 19. Jahrhunderts für so gut wie alle bekannten Juweliere Deutschlands, im Einzelfall auch ohne Firmenzeichen, nur mit der Namens-Punze des Juweliers. 1902 gab es rund 6000 solcher Handelsgeschäfte in Deutschland, die etwa drei Viertel der dort hergestellten Silberwaren absetzten.[60] Demgegenüber trat der Direktverkauf, wie er für die zünftisch geprägten Goldschmiede wichtig war, in den Hintergrund.[61]

Um 1854 entstand das erste Musterheft mit geprägten, daneben aber auch gegossenen und ziselierten Ornamenten in einem bislang bei deutschen Silberwarenfabriken unbekannten Umfang.[62] Das Musterheft war zu dieser Zeit ein wichtiges Marketing-Instrument, denn die ersten Aufträge von außerhalb konnten die Wilkens-Söhne mit Musterkarten hereinbringen.[63] Auch die Präsentation auf Messen diente der Förderung des Absatzes. 1844 war die »Prägeanstalt« Wilkens mit einem Pokal und mit Mustern von Pressungen auf der Deutschen Gewerbe-Ausstellung zu Berlin vertreten und bekam eine Preis-Medaille für die in Zeichnung und Ausführung gelobten Produkte.[64] Zwei Drittel der in Bremen verkauften Silberarbeiten stammten nun bereits von der Firma Wilkens. Die Prägeanstalt verkaufte nicht mehr nur Ornamente, sondern fertige Waren an die Goldschmiede.[65] So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Waren in ganz Europa Absatz fanden. Während die Firma Wilkens zunächst vorwiegend in den Norden Deutschlands und nach Dänemark exportiert hatte,[66] so blieben direkt vor der Auslagerung der Besteckproduktion nach Hemelingen nur noch 25 % der Waren in Bremen, 37,5 % gingen in den Zollverein, 25 % nach Hamburg, Mecklenburg, Österreich und 12,5 % nach Übersee.[67]

59 Vgl. Jungk, Münzen (wie Anm. 54), S. 349 f., und Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 10.
60 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 36.
61 Vgl. Löhr, Neue Technik (wie Anm. 51), S. 273.
62 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 11.
63 Vgl. Martin Heinrich Wilkens & Söhne (wie Anm. 15), S. 8.
64 Vgl. Sänger, Silberwaren (wie Anm. 36), S. 238 f.
65 Ebd., S. 240.
66 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm 15), S. 12.
67 Ebd., S. 39.

Von der Präge-Anstalt zur Silberwarenfabrik: »M. H. Wilkens & Söhne« 1859 – 1917

Unternehmensentwicklung

Um die verstärkte Bestecknachfrage befriedigen zu können, plante die Unternehmensleitung 1859 außerhalb der Bremer Landesgrenze in Hemelingen, das erst zu Hannover und ab 1866 zu Preußen gehörte, eine eigene Fabrik zu errichten. Bremen war zu diesem Zeitpunkt nämlich noch nicht dem deutschen Zollverein beigetreten, was zu erheblichen Nachteilen bei Exporten geführt hatte.[68]

Im Mai 1858 wurde in der Nähe des Hemelinger Bahnhofs ein Grundstück gekauft und noch im Sommer 1858 an der Ecke Bahnhofstraße / Diedrichstraße das erste Fabrikgebäude errichtet. Damit befand es sich an der Hauptverbindungsstraße zwischen Hamburg und Bremen sowie Bremen und Verden. Die Bremer Firma C. Waltjen & Co. (die spätere AG Weser) stellte die erste durch Dampfkraft getriebene Besteckpresse her, die mit ganzen Stempeln ein Besteckteil in einem Arbeitsgang fertigte. Daneben nutzte man noch die »Ballancierpresse«, unter der weiter mit halben Stempeln gepresst wurde, bis Diedrich und Carl Wilkens alle neuen Stempel für die gängigen Besteckmuster vorbereitet hatten. Im Prägeraum befanden sich auch die Dampfmaschine mit ihren 6 PS und die Besteckwalzen sowie die Silberbäder für die Versilberung von »plattierten Bestecken«, mit deren Herstellung die große neue Anlage besser ausgelastet werden konnte. Die Einrichtung besorgte ein aus Frankreich stammender Galvaniseur mit zwei ebenfalls eigens dafür angestellten Hilfskräften.[69] Außerdem gab es ein Kesselhaus in einem Anbau, in dem die Schmelzöfen standen. [70]

Zur selben Zeit, als die Besteckproduktion nach Hemelingen zog, wurde in der Birkenstraße das Ladengeschäft durch einen Anbau erweitert, damit die silberplattierte Ware in einem eigenen Raum untergebracht werden konnte. Über dem Anbau entstanden eine Glaskammer und darüber eine Zeichenstube neben dem Gravier- und Ziseliersaal. J. Blankenburg konnte sich 40 Jahre später allerdings nicht daran erinnern, dass dieses Zeichenatelier häufig benützt worden wäre. Für die ersten 400 bestellten Korpuswaren gab es in jenen Jahren wohl nur Skizzen, keine detaillierten Entwürfe.[71] Wilhelm Wilkens leitete das Bremer Geschäft in dieser Zeit und man war auch in Kriegs- und Krisenzeiten voll ausgelastet. Die Arbeiterzahl stieg, bis zu 23 Kilogramm Silberwaren wurden wöchentlich ausgeliefert. Kontor und Ladengeschäft wurden 1861

68 Vgl. Ute Hellwege, Auch Staatsoberhäupter als Kunden, in: Bremer Nachrichten, 10. 9. 1984. Ein Thaler courant musste pro Pfund Silberwaren an Zoll an der Bremer Grenze gezahlt werden, wobei Stahlklingen und Kitt der Messer mitgewogen wurden. Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 25.

69 Ebd., S. 26 f. Anm.: Den detaillierten Erinnerungen des späteren Werkleiters zufolge wurde die Galvanotechnik bei Wilkens schon wesentlich früher eingeführt als in der Fachliteratur angenommen.

70 Ebd., S. 27.

71 Ebd., S. 23 f.

von Fr. Gehrold übernommen, nachdem der jüngste der Brüder Wilkens sich als Juwelier selbständig gemacht hatte.[72] Der Fabrikleiter Diedrich Wilkens verlegte 1861 seine Wohnung nach Hemelingen.[73] Aber schließlich sollte auch die Korpusfabrikation in Hemelingen neu aufgebaut werden, da Bremen sich nicht dem Zollverein anschloss und die Zollschranken weiterhin jede Ausfuhr von Silberwaren verteuerten. Ab Herbst 1868 wurde daher die bestehende Fabrik in Hemelingen erweitert und um eine eigene Gasanstalt sowie ein Wohnhaus für Wilhelm Wilkens ergänzt. Noch in den Bremer Räumen wurden neu angestellte Hemelinger Arbeiter angelernt. Eine Zeitlang gingen die Silberarbeiten zwischen Bremen und Hemelingen hin und her für die verschiedenen Bearbeitungsschritte, bevor die gesamte Fertigung von Korpuswaren und Bestecken ab 1869 in Hemelingen stattfand.[74] Nur das Detailgeschäft blieb in Bremen, Am Wall 143.

Gleichzeitig wuchs auch die Besteckproduktion. Bereits 1863 wurde die zweite, 1869 die dritte und 1890 die vierte Besteckpresse in Betrieb genommen. Eine neue Dampfmaschine mit 15 PS wurde ab 1865 benötigt. Sie wurde zusammen mit einem starken Dampfhammer, den Schmelzöfen und Glühöfen in einem ersten Anbau untergebracht.[75] 1873 wurde eine neue Dampfmaschine mit 30 PS in einem neu angebauten Maschinenhaus mit Walzraum aufgestellt. Da der dazugehörige Röhren-Dampf-Kessel sehr reparaturanfällig war, wurde die Dampfmaschine bereits 1882 ausgewechselt und die Gasanstalt wesentlich vergrößert. Um 1875 wurde die Galvanoplastik eingeführt und erleichterte die Fertigung von Korpuswaren,[76] 1884 zogen Klempner, Monteure und Ziseleure in ein neues Fabrikgebäude. Auf zugekauften Grundstücken wurde 1889 ein neues Gebäude errichtet mit großen Kontoren und einem erweiterten Zeichensaal darüber. Dieses Gebäude erhielt eine Tunnel- und eine Brückenverbindung zu dem übrigen Betrieb.[77] 1894 wurde eine große Presse für Korpuswaren aufgestellt und 1896 die erste große Ziehpresse sowie eine Reihe von Hilfsmaschinen in einem eigenen Anbau, da man seit 1889 Großaufträge an versilberten Tafelgeräten für den Norddeutschen Lloyd auszuführen hatte.[78] Im Sommer 1895 wurde nach einer Explosion in der Gasanstalt im Vorjahr diese neu und größer aufgebaut in der Ludwigstraße.[79]

1897 wurde die Besteckfabrik in neue, helle Fabrikräume mit Oberlicht verlegt. Für diesen Bau musste das alte Wohnhaus von Diedrich Wilkens, das erst 1860 erbaut worden war, wieder abgebrochen werden. Auch in der

72 Ebd., S. 30 f.
73 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 45 ff.
74 Ebd., S. 31 f.
75 Ebd., S. 29.
76 Bei diesem Verfahren wurden von Bronzemodellen Guttapercha-Abdrücke genommen, mit Graphitpulver beschichtet und so leitend gemacht. In einem Bad aus Cyansilber lagerte sich das Silber nun in der Hohlform des Abdrucks ab und konnte schließlich wieder heraus gelöst werden. Vgl. Wilkens, Silber (wie Anm. 40), S. 37.
77 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 45 ff.
78 Ebd., S. 48.
79 Ebd., S. 48 f.

sogenannten Alten Fabrik wurde überall Oberlicht eingebaut.[80] Als 1914 nach einem Streik die Korpusabteilung von der Bremer Silberwarenfabrik AG geschlossen wurde, übernahm Wilkens sie.[81]

Seit 1875 gab es eine Betriebskrankenkasse, gegründet als eine der ersten in Deutschland und noch 100 Jahre später eine der günstigsten.[82] Die 10 % Beitrag des Jahres 1991 werden denn auch im Geschäftsbericht als soziale Leistung der Obergesellschaft für ihre Mitarbeiter herausgestellt.[83] 1883 wurde ein Detailgeschäft in Hamburg eröffnet, das der mit der Familie Wilkens verschwägerte Hermann Mallet übernahm.[84] Im Jahre 1908 wurde ein Auslieferungslager St. Petersburg eingerichtet, welches bis 1914 bestand.[85] Im zweiten Kriegsjahr machten die Zweigniederlassungen Bremen, Hamburg und Casalecchio Verluste, im Jahr 1916 liefen die Geschäfte jedoch wieder gut.[86]

Die dritte Generation der Fabrikanten-Familie Wilkens (ab 1875)

Die drei Söhne der nächsten Generation, die Vettern Martin, Heinrich und Wilhelm Wilkens traten ebenfalls eine Lehre im Familienbetrieb an. Die religiös fundierte Einheit von gemeinsamem Leben und Arbeiten über Generationen war die Grundlage der Firma, in der das Motto »Bete und Arbeite« in einer für das reformierte Bremen typischen Weise vorgelebt wurde. Dies schloss ein reges soziales Engagement für die Mitarbeiter und ihre Familien ein sowie für den Standort Hemelingen.

Im Gemeinderat Hemelingen war zwischen 1866 und 1933 fast durchgehend ein Mitglied der Fabrikanten-Familie Wilkens zu finden.[87] Martin wurde Gemeindevorsteher und Kreistagsabgeordneter, Heinrich förderte den Aufbau der örtlichen Feuerwehr und wurde Branddirektor.[88] Bis 1893 leiteten die drei Vettern gemeinsam mit Wilhelms Vater Friedrich Wilhelm als Seniorchef die Firma. Sie bildeten gemeinsam mit einem weiteren Fabrikanten vor dem Ersten Weltkrieg die Zweite Wählerklasse für die Gemeindewahl in Hemelingen.[89]

80 Ebd., S. 49.
81 Vgl. BSF Bremer Silberwarenfabrik (Hrsg.), Handelsregisterakten 1905–1968, StAB 4,75/5 HRB 218, Geschäftsbericht 1914.
82 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv »Wilkens & Söhne«, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1977.
83 Ebd., Geschäftsbericht 1991.
84 Vgl. Helmut Wilkens, Mündlicher Bericht anlässlich der Hauptversammlung der Wilkens Bremer Silberwaren AG, Bremen, am 6. 9. 1985, in: Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv »Wilkens & Söhne« Bremen-Hemelingen.
85 Ebd.
86 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Prüfungsbericht der Revisoren vom 24. 11. 1917, in: M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957.
87 Ebd., S. 27.
88 Vgl. Dierk Wolter, Hemelingen. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde, Bremen-Hemelingen 1974, S. 204.
89 Vgl. Arbeitskreis Geschichte der KuFAG, Kultur- und Freizeit-Arbeitsgemeinschaft Hemelingen, Historischer Rundgang durch Hemelingen und ein Stück Sebaldsbrück, Stand Mai 1987, S. 6.

Erste und zweite Wählerklasse brachten jeweils ein Drittel der Steuern im Wahlkreis auf und hatten jeweils genauso viel politischen Einfluss wie die dritte Wählerklasse.

Die steuerliche Belastung jener Zeit ließ jedoch den Spielraum für großzügiges soziales Engagement. Eine ganze Reihe öffentlicher Einrichtungen im Stadtteil Hemelingen entstand auf Initiative oder mit Hilfe der Familie Wilkens. 1874 legte Fabrikant Diedrich Wilkens erste Pläne für einen Schulneubau an der Glockenstraße vor. 1880 wurde das von seiner Frau Minna erbaute Pflegeheim eröffnet, 1895 das große Krankenhaus; 1897 schenkte sie Grundstück und Inventar der Gemeinde Hemelingen, und 1911 erhielt die Gemeinde von ihr ein Grundstück zur Erweiterung des Krankenhauses. 1886 schenkte Minna Wilkens dem Hemelinger Kirchenverein ein Grundstück an der Westerholzstraße für den Bau einer Kirche und eines Pfarrhauses, dessen Baukosten der 1889 zum Königlichen Kommerzienrat ernannte Friedrich Wilhelm Wilkens übernahm.[90] Die Baukosten für die 1890 fertig gestellte Hemelinger Kirche wurden ebenfalls von der Familie getragen sowie Fenster, Altar, Kanzel und Orgel von verschiedenen Familienmitgliedern gespendet. 1891 ließ Heinrich Wilkens das evangelische Vereinshaus an der Christernstraße bauen (1944 zerstört, heute Gemeindehaus). 1897 hinterließ die Witwe von Diedrich Wilkens eine Stiftung für die Witwen und Waisen der Firmen-Mitarbeiter.[91] 1899 schenkte Minna Wilkens der Kirchengemeinde ein Grundstück in der Christernstraße für den Bau einer »Kinderbewahranstalt«, um der in Hemelingen damals hohen Kindersterblichkeit zu begegnen.[92]

Martin Wilkens (1850–1937) trat schon 1865 als Lehrling in den Familienbetrieb ein. 1897 wurde er ebenfalls zum Kommerzienrat ernannt.[93] 1917 besaß Martin Wilkens ein Drittel der Anteile an der neu gegründeten Aktiengesellschaft, in deren Aufsichtsrat er bis 1930 blieb. Er übernahm die sog. Wilkens-Villa an der Hemelinger Bahnhofstraße von seinem Onkel Friedrich Wilhelm Wilkens. Als der Kommerzienrat Martin Wilkens 1937 beigesetzt wurde, geschah dies unter großer öffentlicher Anteilnahme. Gemeingeist und ein christlich-patriarchalisches Verantwortungsbewusstsein den Arbeitern gegenüber wurden ihm nachgesagt. Dazu passten entsprechend den Gepflogenheiten der Zeit auch die Kriegerkameradschaft aus Hemelingen und die Fahne des Kyffhäuserbundes auf dem Sarg.[94] Im Oktober 1910 richtete Marie Wilkens in ihrem eigenen Haus in der Diedrich-Wilkens-Straße 1 eine Schulküche ein, nachdem eine öffentliche Gründung zunächst nicht zustande kam. In den zwanziger Jahren wurde die Kochschule von der Gemeinde übernommen, aber erst 1938 kündigte die Familie der Gemeinde die Räumlichkeiten wegen Eigenbedarfs. Gleichzeitig spendete man 2000 Mark, von denen Einrichtungsgegenstände für eine Haushaltungsschule angeschafft werden sollten.[95]

90 Vgl. Wilkens, Stammtafel (wie Anm. 7), S. 7.
91 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 49.
92 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv »Wilkens & Söhne«, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1991.
93 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 49.
94 Vgl. Arbeitskreis Geschichte der KuFAG (wie Anm. 89), S. 27.
95 Vgl. Wolter, Hemelingen (wie Anm. 88), S. 201.

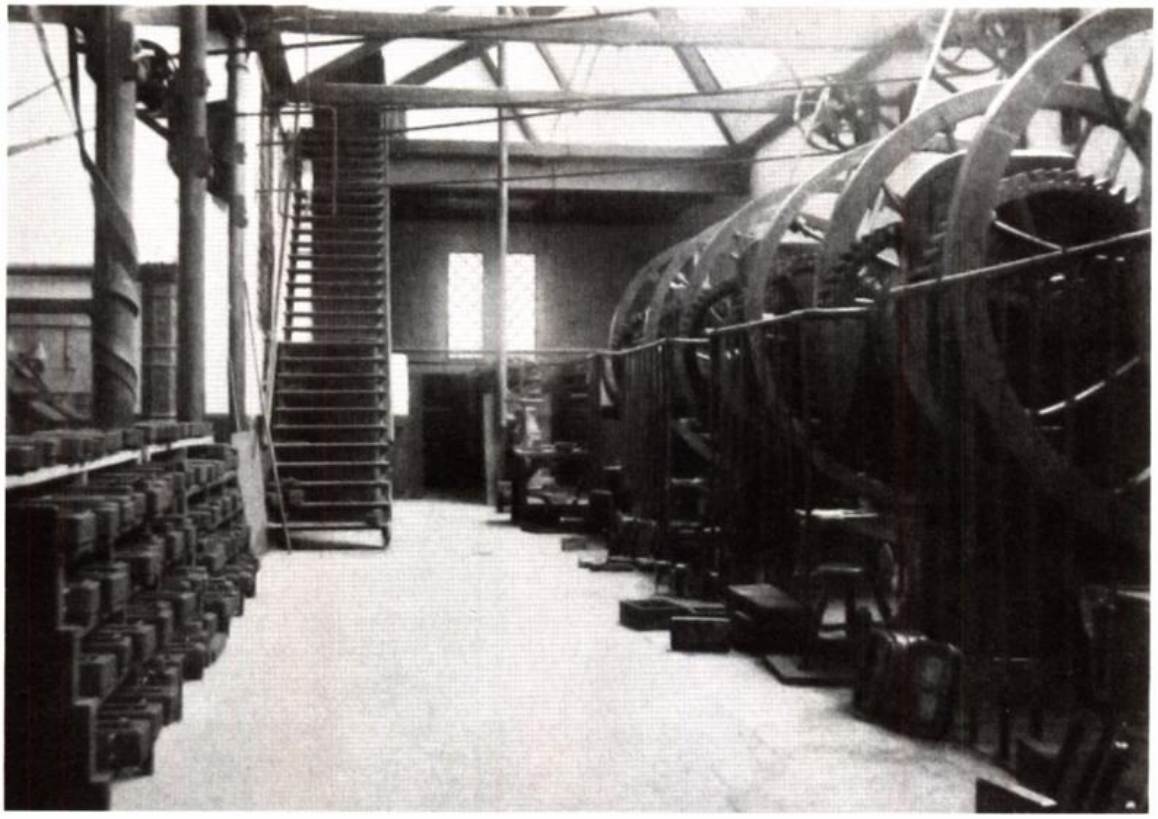


Abb. 2: Ein Blick in den Besteck-Prägeraum ... (Foto: Heinrich Wilkens, Silber (wie Anm. 40))

Heinrich Wilkens (1850–1912) setzte sich für die Einführung der galvanischen Technik zur Vervielfältigung von plastischen Formen ein.[96] Er sah wie schon sein Vater Carl Philipp seinen Schwerpunkt im künstlerischen Bereich und stand später auch in familiären Beziehungen zu den Worpsweder Künstlern.

Zum 100. Geburtstag des Unternehmens beschrieb er in einem reich bebilderten Büchlein voller Stolz die Silberschmiedekunst, wie sie in dem Kunstgewerbebetrieb seiner Familie von Generation zu Generation weitergegeben worden war. Er stellte dar, wie Modelleure und Graveure Künstlern gleichzustellen seien, sofern sie auch »... ein feines Verständnis für Form und Linie ...«[97] besäßen. »Das Silber ist ein edles Metall, es verlangt mit Recht eine edle Bearbeitung...«[98], wie Heinrich Wilkens es in der eigenen Werkstatt verwirklicht sah. Der Verfasser wandte sich damit gegen manche Tendenzen des Zeitgeschmacks, die auf einfache, nur grob bearbeitete Stücke zielten, in denen der Prozess der Arbeit gar noch sichtbar sein sollte.[99] Die Familie lebte in einem um 1875/76 neu erbauten Wohnhaus hinter der Wilkens-Villa.[100]

96 Vgl. Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14), S. 9.
97 Vgl. Wilkens, Silber (wie Anm. 40), S. 15.
98 Ebd., S. 67.
99 Ebd.
100 Vgl. Friedrich Rauer, Hemelingens Straßen. Ihre Geschichte, Bremen 1999, S. 106.

Wilhelm Wilkens (1856–1913) trat 1872 als Lehrling in das Familienunternehmen ein, wurde 1881 Teilhaber gemeinsam mit seinem Vater und den Vettern, ab 1893 nur mit seinen Vettern. Wilhelm Wilkens interessierte sich schon früh für die physikalischen Vorgänge bei der galvanischen Versilberung plastischer Ornamente[101], auch favorisierte er muschelförmige Dekorationen in Anlehnung an Rokoko-Formen, während Vetter Heinrich eher im Renaissance-Stil arbeitete, bevor er sich den neuen Kunstrichtungen der Jahrhundertwende zuwandte.[102] Die Familie lebte im 1868 für die Familie erbauten Hemelinger Haus bei der Korpusfabrik, der Vater Friedrich Wilhelm übernahm als Seniorchef die »Wilkens-Villa«.[103]

Die Mitarbeiter der Silberwarenfabrik

Die Belegschaft der Fabrik gliederte sich im Wesentlichen in leitende Angestellte, die Entwurfsabteilung und die mit dem operativen Geschäft betrauten Angestellten und Arbeiter. Hermann Mallet (1853 Bremen – 1917 Hamburg) trat am 1. 10. 1882 in die Firma ein und war ab 1883 gemeinsam mit seinem Schwiegervater Martin und Schwager Martin Heinrich Wilkens Prokurist und Teilhaber an der Offenen Handelsgesellschaft der Niederlassung Hamburg.

Abb. 3: ... und in den Zeichensaal, den »Olymp«. (Foto: Heinrich Wilkens, Silber (wie Anm. 40))

101 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 41.
102 Ebd., S. 46.
103 Ebd., S. 31 f.

Als Mallet Anfang 1917 starb, wurde das Vermögen der Gesellschaft auf die Aktiengesellschaft übertragen, statt eines Aktienanteils erhielt die Familie eine Abfindung.[104] Kontor und Ladengeschäft in der Bremer Birkenstraße wurden um 1862 von dem Prokuristen Friedrich Heinrich Gehrold (1838 Detmold – 1919 Bremen) übernommen, nachdem der jüngste der Brüder sich als Juwelier selbständig gemacht hatte.[105] Ab 1913 wurde er Teilhaber der Bremer Niederlassung und damit der erste Mitinhaber, der nicht der Familie Wilkens angehörte. Er brachte das Vermögen der Offenen Handelsgesellschaft 1917 in die Aktiengesellschaft ein und erhielt einen Anteil von rund 3 % am Stammkapital in Aktien.[106]

Nach Schätzungen stammten nie mehr als ca. 5 % der Besteckentwürfe bei den deutschen Silberwarenfabriken von Künstlern[107]; das Gros wurde von Entwerfern und Modelleuren erstellt. Ab 1889 gab es in Hemelingen einen erweiterten Zeichensaal im Neubau, über dem Kontor gelegen und daher firmenintern als »Olymp« bekannt. Bis zu 22 Arbeitsplätze waren hier entstanden für weitgehend namenlos bleibende Entwerfer, die »Olympier« der Firma Wilkens.[108] Am besten verdienten Stahlgraveure, die häufig gleichzeitig Entwerfer und Modelleur waren, und Ziseleure.[109] Heinrich Wilkens stellte zumindest die Modelleure und Graveure in den Kunstgewerbebetrieben Künstlern gleich, soweit sie mit einem besonderen Gefühl für Form und Linie begabt waren. Bilder vom Zeichensaal bezeugen die Ausrichtung am künstlerischen Vorbild.[110] Hatten in der alten Silberpräge kaum mehr als ein halbes Dutzend Leute Bestecke hergestellt, so gab es in der neuen Hemelinger Fabrik Feiler, Schleifer und Polierer sowie einen Versilberer, einen Mechaniker und einen Tischler neben dem Präger und dem Schmied. Auch einen Buchhalter und einen Ausfahrer beschäftigte man dort. Insgesamt nahmen etwa zehn Leute die Arbeit Anfang 1859 in Hemelingen auf, von denen acht aus Bremen mitgekommen waren.[111] Silberschmiede arbeiteten vornehmlich in der Korpusabteilung und fertigten nur solche Besteckteile, die selten gefragt wurden.[112] Als zehn Jahre später der Rest der Firma nach He-

104 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Prüfungsbericht der Revisoren vom 24. 11. 1917, in: M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849 – 1957.
105 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 30 f.
106 Ebd.
107 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 88, der auch die Tätigkeit der Künstler für Wilkens aufgearbeitet hat. Vgl. außerdem Wilkens, Silber (wie Anm. 40), S. 79 ff., sowie Annette Denhardt, Das Metallwarendesign der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) zwischen 1900 und 1930. Historismus, Jugendstil, Art Déco, Münster, Hamburg 1993, S. 186 (zur Tätigkeit Karl Berghoffs von 1902 bis 1905 und Peter Behrens), und Prof. Karl Hoffacker (Hrsg.), Kunstgewerbeblatt, Neue Folge 13, Leipzig und Berlin 1902, S. 246 (zur Tätigkeit von H. Allerding junior).
108 Vgl. Wilkens, Silber (wie Anm. 40), S. 47 ff.
109 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 66.
110 Vgl. Wilkens, Silber (wie Anm. 40), S. 67 f.
111 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 27 ff.
112 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 55.

melingen umzog, kamen nacheinander die Walzer, Drücker, Klempner, Silberarbeiter mit ihren Werkzeugen im Linienwagen nach Hemelingen. Former und Ziseleure folgten zuletzt. Auch die beiden von einem Schweizer Mechaniker namens Widmer in der Bremer Fabrik selbst gebauten Guillochierbänke kamen mit. Damit konnte man Linien in verschiedener Musterung eingravieren, wie z.B. auf Uhrdeckeln weit verbreitet. Ein Jahr Zeit hatte die Firma den Bremer Arbeitern gegeben, um eine Wohnung in oder um Hemelingen zu finden, bis dahin wurde ihnen die tägliche Bahnfahrt bezahlt.[113] Die Arbeit auf der Silberpräge war begehrt im weiten Umkreis, denn die Wilkens-Arbeiter profitierten von vergleichsweise hohen Löhnen und damals nicht selbstverständlichen Sozialleistungen wie der Betriebskrankenkasse, Witwen- und Waisenkasse.[114] Eine silberne Medaille mit dem Firmenwahlspruch: »Bete und Arbeite« und der Silberpresse als Fabrikmarke wurde ab 1885 als Ehrengabe für 25-jährige Arbeitsjubiläen an Mitarbeiter verliehen, von denen 16 in jenem Jahr mit der Medaille ausgezeichnet wurden.[115] Der Werkführer Jakob Blankenburg erinnerte in seiner Wilkens-Chronik auch an die altgedienten Mitarbeiter und an die Originale unter den Arbeitern, an deren Scheitern wohl oft der Alkohol seinen Teil hatte, und er zeichnete das anrührende Bild der drei »Herren« und »Meister«, die stets im Kreis ihrer Arbeiter mitarbeiteten und auch selbst für die Ausbildung der Lehrlinge sorgten: »Inmitten ihrer Arbeiter sitzend haben sie modelliert, ciseliert, graviert und gezeichnet.«[116]

Und nicht nur die Fabrikantenfamilie hing mit Herzblut an der gemeinsamen Sache. Die persönliche Beziehung zwischen Mitarbeitern und Firmenchefs sollte eines der Merkmale der Firma Wilkens bleiben. Das zeigte sich z.B. in der individuellen Form der Ehrung langjähriger Mitarbeiter, um deren Stärken und Schwächen der Patriarch gewöhnlich genau wusste, der auch wohl helfend eingriff in schwierigen Lebenslagen. Die offizielle Jubiläumsschrift von 1910 enthielt folgerichtig die Bilder der sechs Mitarbeiter, die ein halbes Jahrhundert in der Firma gewesen waren und von denen auch Blankenburg in seiner Chronik zu berichten wusste.[117] Um das Jahr 1890 beschäftigte Wilkens 360 Arbeiter, am Ende des folgenden Jahrzehnts waren es rund 400, davon waren allein 52 Mitarbeiter seit mehr als 25 Jahren im Betrieb.[118] Zum Vergleich: Um 1913 gab es in ganz Bremen und Umgebung 1000 Arbeiter in der Gold- und Silberwarenbranche, darunter 800 in der Gold- und Silberverarbeitung und 200 im unedlen Bereich.[119]

113 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 32 ff.
114 Vgl. Arbeitskreis Geschichte der KuFAG (wie Anm. 89), S. 27.
115 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 47 f.
116 Ebd., S. 23.
117 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (wie Anm. 15).
118 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 47 f.
119 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 62.

In der zweiten Jahrhunderthälfte kam Bewegung in den Silberpreis, der sich von 1870 bis 1905 halbierte. Silbermünzen wurden zugunsten der Goldwährung in immer mehr Ländern abgeschafft. So wurden 1893 die indischen Münzstätten geschlossen und die amerikanischen Silberkäufe eingestellt.[120] Gleichzeitig stieg die Weltproduktion von Silber auf das Fünffache. Die Bevölkerungsexplosion, der Aufstieg der Industrie mit ihrem enormen Arbeitskräftebedarf in den Städten sowie ein allgemeiner Anstieg der Kaufkraft bildeten die Grundvoraussetzungen für einen steigenden Absatz von preiswerten Silberwaren.[121] Der sprichwörtliche »silberne Löffel«, mit dem man vordem geboren werden musste, sollte laut einem Wilkens zugeschriebenen Bonmot für jedes Dienstmädchen erschwinglich werden. Im 20. Jahrhundert wurden ein silberner oder wenigstens versilberter Löffel und vielleicht noch eine Gabel als Geschenk der Taufpaten üblich.

Im Deutschen Reich löste ein einheitliches Gesetz zur Einprägung als Qualitätsausweis von Gold und Silber (Punzierung), das sogenannte Stempelgesetz vom 18. Juli 1884, die alten Zunftregeln ab. Seit 1888 dürfen Gold- und Silberwaren zu jedem Feingehalt angefertigt und angeboten werden; allerdings musste Mindestanforderungen Genüge getan werden, damit Geräte aus Silber das Mondsichelzeichen als Ausweis ihrer Qualität führen durften. Da das bisherige Firmenzeichen von Wilkens ein ebensolches Mondsichelzeichen war, ersetzte man es nunmehr durch die Silberpräge.[122] Durchschnittlich machte der Rohstoffanteil damals knapp 40 % des Warenwertes aus, weswegen Spekulationen am Silbermarkt die Kalkulation für alle Silberwarenfabriken erschwerten. Nach Blankenburg war es Diedrich Wilkens, der die deutschen Silberwarenfabrikanten im Jahre 1872 veranlasste, sich zusammenzuschließen. Anlass seien betrügerische Punzierungen gewesen, wie Juweliere sie auch von Wilkens verlangt hatten. Wilkens habe den Gesetzesentwurf selber ausgearbeitet und mit allen beteiligten Parteien in langwierigen Verhandlungen zur Vorlage an den Reichstag vorbereitet haben. Es sollten jedoch noch 16 Jahre vergehen bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung.[123]

Dagegen kam es bereits in den 70er Jahren zu einer ersten Preisabsprache, der sogenannten Silberpreiskonvention: Erst monatlich, später wöchentlich wurde ein Mindestpreis festgesetzt und in den Fachblättern veröffentlicht. Man nahm hierfür den achttägigen Durchschnitt des an der Hamburger Börse notierten Feinsilberpreises (800/1000). Dieser Konventionspreis wurde ohne Ausnahme eingehalten, die Preisgestaltung beschränkte sich folglich auf den Arbeitsanteil, den Fassonpreis.[124] Lediglich in Krisenzeiten wurde wieder davon abgesehen, im Ersten Weltkrieg und in der Inflationszeit etwa, da damals

120 Ebd., S. 54 f.
121 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 11.
122 Marc Rosenberg, Der Goldschmiede Merkzeichen, Bd. 3, Deutschland N–Z, 3., erw. und ill. Auflage, Frankfurt/Main 1925, Nachdruck Taunus o. J. [1985], S. 279.
123 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 41.
124 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 122.

ohnehin nur gegen Lieferung des Ausgangsmaterials produziert wurde. Weitere bindende Vorschriften für alle im »Verband der Silberwarenfabrikanten Deutschlands e.V.« organisierten Hersteller betrafen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen. Für Bestecke wurde außerdem ein Mindestfassonpreis festgesetzt, bis zum Ersten Weltkrieg eingeteilt in fünf Gruppen, je nach dem Reichtum an Dekoration. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dies zugunsten einer Einteilung nach der Produktionsmenge für ein bestimmtes Muster ersetzt, und man kam so zu drei verschiedenen Preisgruppen.[125]

Diese Absprachen wurden damit gerechtfertigt, dass sie dem Endkäufer gleichbleibende Preise für sein teures Familiensilber garantierten, dessen Anschaffung sich oft über einen langen Zeitraum erstreckte. Konnte man bei Korpuswaren noch Preiserhöhungen mit abweichenden Ausführungen begründen, so war dies beim Besteck nicht möglich. Und angesichts des wenig stabilen Silberpreises würden unmittelbar an den Kunden weitergegebene Preisänderungen das Vertrauen in »seinen« Markenartikel empfindlich stören, wenn nicht alle Silberwarenfabriken am gleichen Strang zögen, auf spekulative Preisgestaltung verzichteten und nur bei starken Schwankungen Anpassungen gemeinsam vornähmen. In Deutschland wurden daher auch dem Detaillisten Endverkaufspreise vorgeschrieben; im Export wurden durch die Absprachen ruinöse Preiskämpfe vermieden.[126] Ob die Wettbewerbsbeschränkung nicht auch Preise künstlich hochhielt und dadurch die Erschließung neuer Kundenkreise erschwerte, mögliche Umsatzsteigerungen ausschloss und Rationalisierungsmaßnahmen oder Modernisierungen ausbremste, bleibt eine theoretische Frage der Nachgeborenen.[127] Die Auftragsbücher sind ab Mai 1866 erhalten, und sie zeigen die Namen »alle(r) renommierten Juweliere Deutschlands«[128] als Abnehmer von Korpuswaren. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verkauften sie auch Tafelsilber an den privaten Kunden, der immer seltener als Auftraggeber auftrat. Ihr Zeichen wurde zumindest neben dem Firmenzeichen eingeschlagen, wenn nicht sogar als alleiniges Zeichen, womit eine handwerkliche Arbeit vorgetäuscht wurde.[129] Auch gab es Besteckmuster, die als Privatmuster in Auftrag gegeben wurden, teils nach eigenen Zeichnungen unter Übernahme der Werkzeugkosten und mit alleinigem Verkaufsrecht.[130] Die Auftragsbücher der Firma Wilkens beginnen mit der Nr. 7293. Unabhängig davon wurden Modellnummern für den internen Gebrauch vergeben, die auch in den gedruckten Musterbüchern erscheinen und zehn weitere Jahre zurückreichen. Bis 1871 wurden jährlich durchschnittlich um

125 Ebd., S. 123 f.
126 Vgl. Kneer, Wettbewerbsfähigkeit (wie Anm. 2), S. 158 f.
127 Vgl. eine Diskussion der Kartellproblematik: Art. Kartell, in: Deutsches Staatslexikon, Bd. 3, Freiburg / Breisgau 1929, S. 19 - 27.
128 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), S. 36.
129 Vgl. Löhr, Neue Technik (wie Anm. 51), S. 273. Anm.: Der vorgestellte Tafelaufsatz für Ludwig Windhorst ist ein Beispiel für diese Praxis. 1875 im Auftrag des Münsteraner Juweliers I. C. Osthues entstanden und mit seinem Namen versehen, zeigt er neben dem Silbergehalt nur einen Halbmond, zu der fraglichen Zeit noch das Firmenzeichen von Wilkens.
130 Ebd., S. 36 f.

die 2000 neue Auftragsnummern vergeben, bis 1885 jeweils ca. 3000, bis 1903 um die 5000, 1912 wurden erstmals in einem Jahr über 10.000 Aufträge vermerkt, was in den Kriegsjahren allerdings zurückging.[131] Dem Gewicht nach vermehrten sich die ausgelieferten Silberwaren (ohne Bestecke) in den ersten Jahren nach der Reichsgründung von 1.100 kg für 1870 auf 1.900 für 1873. Besonders stieg die Nachfrage nach Tafelaufsätzen, silbernen Prunkschalen z.B. für Blumen oder Obst zur Zierde der Tafel.[132] Zudem gab es bestimmte Großkunden und besondere Einzelaufträge: Zwischen 1863 und 1891 verkaufte der Goldschmied L. Boasi in Genua beispielsweise jährlich für 3.000 bis 4.000 Francs Silberwaren von Wilkens. Eine Ewige Lampe mit gegossenen Engelsfiguren und ein Service gingen nach Südamerika, vergoldete Tafelaufsätze nach Ostindien. Auch für den Norddeutschen Lloyd und andere Firmen gab es größere Aufträge.[133] Legendär sind die Schiffsmodelle, die bei Wilkens entstanden. Teile des 1868 in Hildesheim gefundenen römischen Silberschatzes wurden ebenfalls bei der Firma Wilkens nachgebildet.[134] Bis zum Ersten Weltkrieg wurde Wert gelegt auf Korpuswaren als Aushängeschild der Silberwarenfabriken, sie waren der ganze Stolz des Unternehmers. Demgegenüber war die Besteckherstellung eine Massenherstellung, denn bewegte Matrizen erlaubten eine Produktion von bis zu 8 Dutzend pro Tag.[135] Heinrich Wilkens beschrieb die modernen Methoden 1909 so: »Das Prägen von Bestecken gleicht heutzutage sehr dem Münzprägen.«[136] Da die Herstellungskosten für die Stahlmatrizen hoch waren, ergab sich anfangs trotz des Maschineneinsatzes keine wesentliche Preisreduktion.[137] Wilkens-Bestecke hatten eigene Nummern, die nicht eingestempelt wurden. In den Musterbüchern aus der Hemelinger Anfangszeit finden sich schon dieselben Nummern, die ebenso in 100 Jahre später aufgelegten Verkaufskatalogen erscheinen.[138] Um 1860 wurden bereits neun verschiedene Muster von der Prägeanstalt Wilkens angeboten, mit durchlaufender Nummerierung versehen.[139] Über Jahrzehnte versorgten die beiden Bremer Konkurrenten Koch & Bergfeld und Wilkens den Norddeutschen Lloyd mit Bestecken und Tafelgerät für ihre Dampfschiffe. Bereits 1882 waren dies 36 Passagierdampfer von insgesamt 98 Schiffen, die für jeweils 500–800 Passagiere ausgerüstet werden mussten. Reparaturaufträge und Nachbestellungen füllten die Auftragsbücher über lange Zeit.[140] Daneben verblieben noch die Produktion von Medaillen, so unter anderem das vom Bremer Senat gestiftete Offizierskreuz, und die Herstellung von Schmuck als Randprodukte.

131 Vgl. Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14), S. 41 f.
132 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 37 f.
133 Vgl. Blankenburg, Chronik (wie Anm. 12), S. 36.
134 Vgl. Gertrud Benker, Das Wilkens-Brevier vom silbernen Besteck. Wissenswertes von A–Z, Hrsg. M. H. Wilkens & Söhne GmbH, Firmenschrift, Bremen o. J., S. 41.
135 Vgl. Sänger, Silberwaren (wie Anm. 36), S. 240.
136 Vgl. Wilkens, Silber (wie Anm. 40), S. 25.
137 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1), insbesondere auch zu den Entwürfen.
138 Vgl. Löhr, Bremer Silber (wie Anm. 14), S. 139.
139 Ebd.
140 Vgl. Sänger, Silberwaren (wie Anm. 36), S. 245.

Auch die Absatzorganisation war einem Wandel unterworfen. Um die Jahrhundertmitte übernahmen Grossisten mit ihren riesigen Lagern die Vermittlung zwischen Herstellung und Endverkauf; die Juweliere versuchten sie jedoch nach Möglichkeit durch Groß- und Sonderaufträge zu umgehen. Um 1870 spielten Grossisten bereits keine wichtige Rolle mehr, da die Silberwarenfabriken sich nun anstrengten, die Versorgung durch Niederlassungen in den Großstädten zu sichern.[141] Neben die eigenen Niederlassungen (Bremen, Hamburg, ab 1912 Casalecchio / Italien) traten die regelmäßigen Reisen der Handelsvertreter. Um 1870 / 80 wurden bei Wilkens zweimal im Jahr Waren zusammengestellt, die auf einer Rundfahrt durch Deutschland größeren Juwelieren direkt, kleineren in Präsentationen in Hotels und Gaststätten gemeinschaftlich vorgestellt wurden.[142] Seit 1887 ging zweimal jährlich ein Reisender nach Italien, für das man zwei Jahre darauf ein Reiselager einrichtete.[143] Der Export in Länder wie Italien, das im 19. Jahrhundert ohne eigene bedeutende Silberwarenfabriken war, bot sich an. Die absatzstarken Länder Frankreich und Großbritannien verfügten hingegen über eine eigene erfolgreiche Silberwarenindustrie, die gegenüber den deutschen Unternehmen einen Entwicklungsvorsprung von 30 – 50 Jahren hatte.[144] Im Jahre 1908 wurde ein Auslieferungslager in St. Petersburg eingerichtet, welches bis 1914 bestand.[145]

Abb. 4: Die Fa. Wilkens fertigte auch Teile des Bremer Ratssilbers, hier ein Pokal aus dem Jahr 1906. (Foto: StAB)

141 Ebd., S. 37.
142 Ebd., S. 39.
143 Ebd., S. 95 Anm. 147.
144 Ebd., S. 21.
145 Ebd.

Der Familien-Konzern: »M. H. Wilkens & Söhne AG« 1917–1969

Unternehmensentwicklung

Einhundert Jahre nach Firmengründung durch seinen Großvater Martin Heinrich Wilkens leitete der Kommerzienrat Martin Wilkens gemeinsam mit seinen Vettern Wilhelm und Heinrich das Familienunternehmen. Um 1910 waren rund 500 Mitarbeiter beschäftigt. Wilkens war der zweitgrößte Silberwarenproduzent Deutschlands nach der Firma Bruckmann in Heilbronn und einflussreich im Verband der Silberwarenproduzenten. 1917 wurde die offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt als M. H. Wilkens & Söhne AG, Hamburg, Bremen, Casalecchio. Die 4500 Aktien à 1.000 Reichsmark waren auf acht Gesellschafter verteilt und blieben weitgehend in Familienbesitz.[146] Martin Wilkens' Schwager Hermann Mallet in Hamburg, der neben dem Kommerzienrat Martin Wilkens und dem Fabrikbesitzer Martin Heinrich Wilkens an der dortigen OHG beteiligt war, übertrug deren Vermögen zwar, erhielt aber keinen Aktienanteil, da er anderweitig abgefunden worden war. Friedrich Heinrich Gehrold war ausschließlich an der OHG Bremen beteiligt. Inhaber der OHG in Italien waren neben Martin und Martin Heinrich Wilkens auch Wilhelm und Carl Wilkens. Der Aufsichtsrat sollte aus mindestens drei Mitgliedern bestehen, von denen jährlich eines ausscheiden sollte, jedoch wieder wählbar war.[147] In der Eröffnungsbilanz standen 4,5 Mio. plus 279.762,69 Reichsmark des Arbeiter-Unterstützungs- und Witwenfonds der Fabrik Hemelingen zu Buche. Die Aktionäre erhielten grundsätzlich 4 % Dividende in den ersten Jahren. 5 % wurden als Reserve zurückgestellt. Vom verbleibenden Gewinn gingen 10 % an Martin Wilkens, 10 % an Wilhelm Wilkens, 10 % an Fr. H. Gehrold, je 3 % an andere Aufsichtsratsmitglieder, 10 % vom Gesamtgewinn an Martin Heinrich Wilkens und 30 % vom Gewinn der Hemelinger Firma sowie 10 % vom Gesamtgewinn an Carl Wilkens zuzüglich 15 % des Gewinns aus dem Hamburger Zweigbetrieb. Zwischen 1918 und 1922 und Ende der Zwanziger Jahre wieder wurde über die festgesetzten 4 % Dividende hinaus eine sogenannte »Überdividende« von zumeist 1 %, in der Inflationszeit jedoch bis 296 % an die Aktionäre gezahlt. 1921 beschloss die Hauptversammlung eine lebenslängliche, unvererbliche Rente für die Gründer der Aktiengesellschaft auszusetzen: 7 % für Kommerzienrat Martin Wilkens, je 10 % für Wilhelm, Martin Heinrich und Carl Wilkens.[148] Mit der 1927 erfolgten Aufhebung der Zweigniederlassung in Hamburg und dem Ausscheiden

146 Anm.: Kommerzienrat Martin Wilkens 1.563 Tsd.; sein Sohn Martin Heinrich Wilkens 218 Tsd.; der Sohn seines Vetters Wilhelm, Wilhelm Wilkens 634 Tsd.; der Sohn seines Vetters Heinrich, Carl Wilkens 362 Tsd.; Friedrich Heinrich Gehrold (gestorben 1919), Kaufmann in Bremen, als einzig Familienfremder 149 Tsd.; Martin Wilkens' Schwester Wilhelmine 120 Tsd.; die Witwe von Heinrich Wilkens 973 Tsd.; Ilse Deuerlich, Wilhelm Wilkens' Tochter, 481 Tsd.

147 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434.

148 Ebd., Geschäftsbericht 1921.

von Carl Wilkens aus dem Vorstand wurde das Stammkapital herabgesetzt auf 3,7 Millionen Reichsmark. 1929 wurden die »Gründerrenten« mit einer Abfindung aufgehoben.[149] Die Aktiengesellschaft geriet im ersten Jahr aufgrund der hohen Nachfrage aus dem neutralen Ausland in Lieferschwierigkeiten, zumal die Produktion teilweise auf Kriegsbedarf umgestellt worden war. Erst Ende 1918 wurde diese wieder eingestellt, die dafür angeschafften Maschinen abgeschrieben. Ein Drittel des Vorkriegsexports war weggebrochen, Russland ausgefallen, die Umsatzsteuer in Deutschland sowie Zölle und Stempelgebühren im Ausland erschwerten die Wiederankurbelung des Exports.[150] Die Zeiten waren nicht gut für Luxusprodukte. Die Preise für Korpuswaren sanken um 12,3 %, die für Silberbestecke sogar um 25,5 %, was damals dem knapp Zweifachen des reinen Silberwertes entsprach.[151] Einerseits musste man sich bemühen, mit diesen gesunkenen Silberpreisen neue Käufer anzuziehen und die Besteckproduktion rationeller zu gestalten, auf der anderen Seite schien es vielversprechender, »unechte Ware« zu produzieren.

Doch wie war es um die Bremer Konkurrenz bestellt? Im Bremer Adressbuch von 1922 waren sechs Silberwarenfabriken verzeichnet: An der »BSF AG«, die ausschließlich Bestecke herstellte, hatte Wilkens bereits eine Mehrheitsbeteiligung erworben; »Brinckmann und Lange« in der Obernstraße 5 sollte keine zehn Jahre später unter dem Einfluss von Wilkens stehen; der »Bremer Metallhandel« war lediglich ein Fabriklager der Besteckfabrik »Köberlin« aus Döbeln in Sachsen und die »Bremer Werkstätten für kunstgewerbliche Silberarbeiten« »B-W-K-S GMBH« waren ein kunsthandwerklich ausgerichteter Betrieb. Nur »Koch & Bergfeld« am Kirchweg in der Bremer Neustadt war ein ernstzunehmender Konkurrent – und sollte es bleiben.

Die Markentwertung brachte 1922 verstärkt Absatzmöglichkeiten für die in den Geschäftsberichten weiterhin »unechte Ware« genannten versilberten Produkte. Trotz der Inflation gab es 1923 keine Arbeitseinschränkung und der Absatz versilberter Waren konnte beträchtlich gesteigert werden. Wegen der hohen Steuerbelastungen im Inland und der niedrigen Gewinnmargen im Ausland lohnte sich der Export jedoch kaum. Den Aktionären konnte nur 1 % Dividende ausgeschüttet werden. 1924 wurde die Bilanz auf Goldmark umgestellt. Hohe Steuerbelastung und ein fünfwöchiger Streik sowie weiterhin eine schwierige Situation für den Export belasteten das Ergebnis. Bankkredite wurden benötigt, um den inländischen Abnehmern längere Zahlungsziele einzuräumen. 1925 war der Absatz noch befriedigend, jedoch mit abnehmender Tendenz. 1926 gab es Kurzarbeit, Arbeiter und Angestellte wurden wegen der Absatzkrise entlassen. Die reine Fabrikation trat bei Wilkens wie auch bei den anderen Silberwarenproduzenten gegenüber dem Kunstgewerbe eindeutig in den Vordergrund.[152] 1927 bestanden Kommanditbeteiligungen

149 Ebd., Geschäftsbericht 1929.
150 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 77.
151 Ebd., S. 81.
152 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849 – 1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsberichte 1924 – 1926. 1927 gab es in Deutschland insgesamt

an den Firmen M. H. Wilkens & Söhne, Hamburg (1929 beendet), Franz Mosgau in Berlin, Guglielmo Haufler in Mailand sowie Michelangelo Clementi & Cie in Casalecchio. Noch 1928 nennt der Geschäftsbericht den Absatz von silbernen wie versilberten Bestecken befriedigend.

Man beschloss 1929, sich auf »Artikel mit Bedarfscharakter«[153] zu konzentrieren. 1931 wurde das »weitaus schwerste Jahr seit dem Krieg«[154] ohne jegliche Anzeichen für eine baldige Besserung. Das Bremer Ladengeschäft wurde wegen der hohen Kosten geschlossen.[155] Besonders schlecht lief die Korpus-Abteilung. Sie musste bis 1932 erheblich verkleinert werden. Der Export war insgesamt stark gesunken. Die sinkende Kaufkraft veranlasste die Käufer, auf versilbertes Besteck in niedrigsten Preislagen auszuweichen. Gerade in diesem Bereich aber gab es noch keine Absprachen über Preise und Konditionen durch den »Verband der Silberwarenfabrikanten Deutschlands e.V.«, der 1933 von Wilkens geführt wurde. Er wurde als Preiskartell fortgesetzt, und 97 % der deutschen Silberwarenfabrikanten richteten sich 1934 für den Absatz ihrer echtsilbernen Bestecke danach. In den Wirren der folgenden Jahre wurde dies »marktordnende Kartell«[156] noch wichtiger. Neben dem ursprünglichen Fabrikzeichen, der Prägepresse, die für die silbernen Produkte steht, erschien um diese Zeit auf den Briefköpfen der Firma Wilkens ein Strichmännchen, sich auf einen Schild lehnend, eingerahmt von einem Siebeneck: Das Symbol für die versilberten Erzeugnisse mit dem Wort »VERSILBERT«, zu Beginn der 50er Jahre mit der Unterschrift »Martin«. Die virtuelle Abkopplung des Bereichs für versilberte Bestecke gelang so vollständig, dass viele Kunden an eine eigenständige Firma dieses Namens glaubten. Namen erhielten die »Martin«-Bestecke nach Kindern aus dem Kreis der Familie.

Steigende Rohstoffpreise und eine vorübergehende Materialknappheit führten 1934 zu Vorratskäufen der Händler, so eine trügerisch positive Tendenz bewirkend. Im Folgejahr wurde Silber kontingentiert, die zugestandene Menge musste jedoch um noch einmal dieselbe Menge ergänzt werden, nun aber zum doppelten Preis. Fabrikation und Absatz nahmen um 20 % ab. Die Situation verschärfte sich noch 1936: Das zugeteilte Silber reichte gerade für die Versilberung. So mussten die Kunden bei einer Bestellung Altsilber selber anliefern, was erstaunlicherweise halbwegs funktionierte. 1937 wurde das Grundkapital von 3,7 auf 3,5 Millionen herabgesetzt. Nach Inkrafttreten eines neuen Aktiengesetzes musste die Satzung angepasst werden. Um den Familiencharakter der Firma zu erhalten, wurden 1938 Aktien für 89.000 RM

56.300 Arbeiter in der Gold- und Silberwarenbranche, davon 1800 allein in Bremen. Diese wiederum verteilen sich auf 950 in der (Gold- und) Silberwarenherstellung gegenüber 850 in der Herstellung unechter Waren. Hierzu auch: Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 68.

153 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1929.

154 Ebd., Geschäftsbericht 1931.

155 Ebd.

156 Ebd., Geschäftsbericht 1936.

übernommen. Die Einladungen zur Hauptversammlung gingen an sieben Aktionäre, allesamt Urenkel des Gründers, Kinder aller drei Enkel. 1938 beschloss man eine weitere Herabsetzung des Aktienkapitals um 0,2 Millionen Reichsmark, damit das Kapital in der Familie blieb. Bei der Hauptversammlung von 1940 waren nur drei Aktionäre anwesend, die das gesamte Kapital vertraten. 1941 befand sich ein Zehntel der Aktien im Eigenbesitz der Firma.[157] Ab 1939 war die Nachfrage gestiegen, der Export sogar um 16 %. Auch das folgende Jahr blieb exportorientiert. Für 1940 wurde die Firma Wilkens von der Pflicht zur Bilanz befreit, denn 1941 gab es einen Bombenschaden und die nächste Bilanz umfasste die Jahre 1940/41. Trotz der Zerstörung mehrerer Werkstätten, aller Kontorräume, des Zeichensaals und des Buchinhalts der Tresore durch Feuer hatte man den Betrieb nach drei Tagen wieder aufgenommen, nach einem Jahr standen ein Teilersatzbau, nach zwei Jahren Ersatzbau und Ausbau zur Verfügung. Der Schaden an Maschinen, Werkzeugen und Inventar war vergütet worden. Man hatte sich allerdings auf die »Erfüllung wehrwirtschaftlicher Aufgaben«[158] umstellen müssen. Der Geschäftsgang wurde als befriedigend bezeichnet.[159] 1943 wurde die Akten- und Registereinsicht für die Dauer des Krieges offiziell untersagt, die Geschäfte liefen jedoch nicht schlecht: Es gab 6 % Dividende. Allerdings wurde die Hemelinger Fabrik beschädigt. Noch 1944 war man eine »reine Familien-Aktiengesellschaft mit Namensaktien«.[160]

Nach dem Kriege lief die Produktion bereits im Juni 1945 in Hemelingen wieder an, bei der BSF seit Ende 1945.[161] Allerdings gab es in diesem und im nächsten Jahr nur eine Dividende von 2 %. Bei einem geringen inländischen Bedarf, der nur gegen Lieferung von Arbeitssilber befriedigt werden konnte, soweit der Strom- und Brennstoffmangel es überhaupt zuließ, und ohne Exportmöglichkeit war 1946 ein Tiefpunkt erreicht.[162] Obgleich 1947 alle Forderungen aus Rüstungslieferungen[163] abgeschrieben werden mussten und das Grundkapital von 3,5 auf 3,15 Millionen Mark herabgesetzt wurde, stieg die Dividende wieder um ein halbes Prozent an. Im Juni 1948 wurden eine Reichsmark-Abschlussbilanz und eine DM-Eröffnungsbilanz erstellt. Der erste DM-Jahresabschluss folgte erst Ende 1949. Mit der Währungsumstellung setzte 1949 umgehend eine lebhafte Nachfrage ein. Die Firma übernahm nochmals eigene Aktien im Wert von 113.000 RM zu 70 %. Auch BSF-Aktien von 43.200 RM wurden übernommen. Der Absatz ging zurück bis zum Herbst

157 Ebd., Geschäftsberichte 1937–41.
158 Ebd., Geschäftsbericht 1940/41.
159 Ebd., Geschäftsbericht 1939–42.
160 Ebd., Geschäftsbericht 1944.
161 Ebd., Geschäftsberichte 1940/41–1944.
162 Ebd., Geschäftsberichte 1942–1946.
163 Offizielle Angaben zur Art der bei Wilkens gefertigten Teile für die Rüstungsproduktion fehlen. Der Bremer Mitbewerber Koch & Bergfeld wurde zum Zulieferbetrieb für feinmechanische Teile für die Flugzeugindustrie. Vgl. Bernhard Heitmann u. a, Handwerk und Maschinenkraft. Die Silbermanufaktur Koch & Bergfeld in Bremen, Hamburg 1999, S. 18.

des Jahres 1950 und belebte sich erst wieder mit Beginn des Korea-Krieges. 1951 betrug die Dividende 3 %; eindeutig wichtigstes Produkt waren nun Bestecke.[164]

In der Neufassung der Satzung von 1952 wurde dem Hauptvorstand Martin Heinrich Wilkens das Alleinvertretungsrecht bestätigt, während ein einfaches Vorstandsmitglied immer nur gemeinsam mit einem zweiten Vorstand oder mit einem Prokuristen vertretungsberechtigt war. Die Hauptversammlung sollte Entscheidungen mit einfacher Mehrheit treffen können. 4 % Dividende und 10 % vom verbleibenden Reingewinn für den Aufsichtsrat waren festgesetzt, über eine weitere Gewinnausschüttung konnte die Hauptversammlung entscheiden. In den 50er Jahren stand auf den Hauptversammlungen der Hauptaktionär Martin Heinrich Wilkens als Vertreter einiger weiterer Aktionäre oft nur einem oder zwei weiteren Aktionärssprechern gegenüber. Der Weitergabe von Aktien an Nicht-Aktionäre musste der Aufsichtsrat zustimmen. Mehrmals wurden Aktien aus Familienbesitz erworben, so auch in diesem Jahr 10 Aktien zum Kurs von 75 %. Die Firma musste 1952 Bankkredite in Anspruch nehmen, um den Händlern längere Zahlungsziele einräumen zu können. Die steigende Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte sollte jedoch der Beginn eines anhaltenden Aufstiegs sein.[165] 1953 wurden erneut Aktien zum selben Kurs erworben, damit die Anteile in der Familie blieben.[166] Im November 1954 wurde Helmut Wilkens Mitglied des Vorstands – er sollte der letzte aus der Gründerfamilie sein. Der weitere Aufschwung wurde insbesondere von der Nachfrage nach versilberten Bestecken getragen, auch der Export hatte daran teil.[167]

Die Nachkriegsjahre brachten wirtschaftlichen Erfolg, 1956 hieß es, dass »Produktion und Verkauf (sich) ... wiederum in aufsteigender Linie bewegt«[168] hätten. Auch das Exportgeschäft entwickelte sich günstig. In der Hauptversammlung des Jahres 1957 war die Familie erstmals weitgehend durch Rechtsanwälte und Notare vertreten. 200.000 DM konnten in eine Rücklage für einen Neubau eingestellt werden, der 1958 fertiggestellt wurde. Nun wirkte sich der Erfolg auch auf die Höhe der Dividende aus, die beachtliche 8 % betrug.[169] Die Geschäftsberichte der nächsten drei Jahre weisen ähnliche Tendenzen auf. 1961 setzte sich die Dividende aus 8 % plus 2 % Bonus zusammen.[170] 1962 wurde die Fertigung von Bestecken aus hochwertigem Edelstahl aufgenommen.

Im Jahresbericht 1963 wird erstmals von einer rückläufigen Konjunktur für die Branche gesprochen, die einen Rückgang der Inlandsumsätze bewirkt habe,

164 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsberichte 1947–1951.
165 Ebd., Geschäftsberichte 1951–1952.
166 Ebd., Geschäftsbericht 1953.
167 Ebd., Geschäftsbericht 1954.
168 Ebd., Geschäftsbericht 1956.
169 Ebd., Geschäftsbericht 1957.
170 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsbericht 1961.

wohingegen der Export ausgedehnt werden konnte.[171] Zwei Jahre später stellte sich die Situation jedoch wieder positiv dar mit einer Umsatzsteigerung von 17 %. Da sich der Verkauf von Edelstahl-Bestecken gut entwickelte, wurde die Aufnahme von Edelstahl-Tafelgeräten ins Verkaufsprogramm beschlossen. Die Preise wurden aufgrund der Kostensteigerung erhöht. 263.306,61 DM aus dem Ergebnis konnten der freien Rücklage zugeführt werden »zur inneren Stärkung«[172]. Gleichzeitig wurde das Kapital der Gesellschaft herabgesetzt auf 3.011.000 DM durch Einziehung der gesellschaftseigenen Aktien im Nominalwert von 139.000 DM.[173] Damit flossen die Dividenden wieder ausschließlich an die Anteilseigner. 1966 wies der Geschäftsbericht auf eine »abgeschwächte Konjunktur«[174] hin, besonders bei versilberten Bestecken. Der Vorstand fürchtete einen Preisanstieg beim Rohmaterial Silber und bildete Rücklagen, nahm Sonderabschreibungen auf Wohngebäude vor und schrieb Beteiligungen auf 1,00 DM ab; außerdem wurden der Wilkens Unterstützungskasse weitere 137.500 DM zugeführt.[175] Im folgenden Jahr stieg der Silberpreis ab Mai sprunghaft an von 172 DM per Kilogramm Feinsilber auf 287 DM am Jahresende, weshalb Silberbestecke im Preis um 35 % anzogen. Nur der Absatz der Edelstahl-Bestecke stieg um 22 %. Da die Deutsche Bank vereinbarungsgemäß für 274.000 DM Aktien der BSF erwarb, für die Wilkens eine Kursgarantie gegeben hatte, mussten 320.000 DM dafür gezahlt werden. Um den Familiencharakter des Unternehmens zu erhalten, wurde beschlossen, dass Aktien zwar vererbbar, aber nicht ohne Zustimmung übertragbar sein sollten.[176] Das Jahr 1968 brachte eine Verringerung des Gesamtumsatzes von 7 %, an der wegen weiterer Silberpreiserhöhung die echtsilbernen Erzeugnisse den höchsten Anteil hatten. Auch wurden noch einmal 100.000 DM für einer »Kursgarantie ähnliche Zwecke«[177] gezahlt. Über die Hälfte der Preissteigerungsrücklage vom vergangenen Jahr (1.025.824 DM) musste aufgelöst werden. Eine neue Rücklage aus den Erträgen wurde nicht gebildet, um eine Dividende von 12 % auszahlen zu können. Allerdings war ein Betrag von fast 1 Million DM aus einem Grundstücksverkauf in Hamburg als Rücklage passiviert worden. 1968 waren alle 3011 Aktien im Besitz der Familie Wilkens und der Nachkömmlinge der Firmengründer, 1225 Aktien waren vertreten in einer neu gegründeten »Wilkens Familiengesellschaft GbR«. Bei der außerordentlichen Hauptversammlung am 29. 8. 1968 vertrat Frau Mathilde Wilkens, Witwe von Martin Heinrich Wilkens, insgesamt sechs Siebtel des Aktienkapitals.[178]

Auf dieser Hauptversammlung wurde die Änderung des Gegenstands des Unternehmens beschlossen. War es bislang um Herstellung von und Handel mit »Gold- und Silberwaren, Bestecken und Tafelgeräten aller Art«[179] gegangen,

171 Ebd., Geschäftsbericht 1963
172 Ebd., Geschäftsbericht 1965.
173 Ebd.
174 Ebd., Geschäftsbericht 1966.
175 Ebd.
176 Ebd., Geschäftsbericht 1967.
177 Ebd., Geschäftsbericht 1968.
178 Ebd.
179 Ebd.

so hieß es nun: »Die Gesellschaft ist befugt, Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art des In- und Auslandes zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.«[180]

Daneben existierten noch eine Reihe von Tochtergesellschaften. Die vor dem Ersten Weltkrieg entstandenen Beteiligungen in Hamburg und Bremen (der Produktionsstandort Hemelingen gehörte erst ab 1939 zu Bremen) waren aus Verkaufsniederlassungen hervorgegangen. Bereits 1912 gelang die erste Produktionsverlagerung ins Ausland, nach Casalecchio di Reno in Norditalien, womit man der erst im Entstehen begriffenen nationalen Konkurrenz zuvorkam. Als Kommanditbeteiligung setzte sich das italienische Engagement zwischen den Kriegen fort.[181] Die wichtigste Beteiligung im Inland war die seit 1921 bestehende Aktienmajorität an der Bremer Silberwarenfabrik BSF AG, um die Jahrhundertwende in Sebaldsbrück nahe Hemelingen gegründet, die sich seit 1914 auf das Besteckgeschäft konzentriert hatte. Die beiden Bremer Unternehmen waren finanziell und personell miteinander verzahnt und kooperierten enger als nach außen sichtbar.[182] Über die BSF kam 1927 eine Mehrheits-Beteiligung an der Altensteiger Besteckfabrik Karl Kaltenbach & Söhne (KK&S), seit 1951 umbenannt in »Auerhahn«, hinzu.[183] An der zweiten Besteckfabrik in Altensteig / Schwarzwald, gegründet 1921 von Otto Kaltenbach (OKA), war Wilkens 1948 beteiligt durch die Umwandlung einer 1941 entstandenen Forderung.[184] 1962 hielt man die Mehrheitsanteile und 1967 schloss die OKA einen Betriebsüberlassungsvertrag mit der KK&S.[185] An der Hanseatischen Silberwarenfabrik in Bremen war Wilkens seit 1931 beteiligt, übertrug die auf 49 % aufgestockte Beteiligung jedoch 1937 auf die BSF.[186] Zwischen 1963 und 1973 wurden Korpuswaren im Werk Wildeshausen der ebenfalls von der BSF übernommenen Nord-Metall GmbH produziert,[187] bis die Produktion von Korpuswaren auf das neu erbaute Werk Sebaldsbrück konzentriert wurde.[188]

Die M. H. Wilkens & Söhne AG umfasste also vor dem Zweiten Weltkrieg vier inländische Produktionsgesellschaften: Das eigene Werk in Hemelingen, die Bremer Silberwarenfabrik BSF AG in Sebaldsbrück und über die BSF die Hanseatische Silberwarenfabrik in Bremen / Osterdeich und die KK&S / OKA in

180 Ebd.
181 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849 – 1957, StAB 4,75 / 5 HRB 4434, Geschäftsberichte 1917 – 1938.
182 Vgl. BSF Bremer Silberwarenfabrik (Hrsg.), Handelsregisterakten 1905 – 1968, StAB 4,75 / 5 HRB 218, Geschäftsberichte.
183 Ebd.
184 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849 – 1957, StAB 4,75 / 5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1948 / 49.
185 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958 – 1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsbericht 1968.
186 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849 – 1957, StAB 4,75 / 5 HRB 4434, Geschäftsberichte 1931, 1937.
187 Vgl. BSF Bremer Silberwarenfabrik (Hrsg.), Handelsregisterakten 1905 – 1968, StAB 4,75 / 5 HRB 218, Geschäftsberichte 1963.
188 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969 – 1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1973.

Altensteig, die kurz vor dem Zweiten Weltkrieg alle in Aktiengesellschaften umgewandelt waren, um damit eine klarere Organisationsstruktur zu erreichen.[189] Die 1964 gegründete Pacific Besteckdienst GmbH war eine gemeinsame Tochter von Wilkens und BSF, die Schubladen-Einbauteile speziell für silberne und versilberte Bestecke herstellte.[190] Für die Betriebsrenten zuständig war die 1965 gegründete Wilkens Unterstützungskasse GmbH, die 1969 mit der entsprechenden Einrichtung der BSF verschmolz.[191] Kurz vor der Fusion Wilkens/BSF wurden noch 1968 zwei getrennte Verkaufsgesellschaften gegründet,[192] die durch Gewinnabführungsverträge mit der Muttergesellschaft verbunden waren.[193] Die Organisationsstrukturen waren also recht unübersichtlich vor der Fusion: Die beiden eng verzahnten Bremer Silberwarenfabriken, Wilkens und BSF, wiesen jeweils eine Verkaufsgesellschaft und eine Unterstützungskasse zur Auszahlung von Betriebsrenten auf und führten gemeinsam eine Firma für Schubladen-Einbauten. Miteinander verbunden waren sie über eine Mehrheitsbeteiligung von Wilkens an der BSF, die ihrerseits an drei weiteren Produktionsgesellschaften maßgeblich beteiligt war.[194]

Die Unternehmer-Familie und die Mitarbeiter

Die drei Vettern Martin, Heinrich und Wilhelm Wilkens, die in der dritten Generation den Familienbetrieb zu einer der führenden Silberwarenfabriken Deutschlands gemacht hatten, hinterließen wiederum drei Söhne: Martin Heinrich (Sohn von Martin), Carl Martin Heinrich (Sohn von Heinrich) und Wilhelm (Sohn von Wilhelm) Wilkens. Die von der Generation der Väter noch vorgelebte Einheit von Leben und Werk wurde brüchig, die Interessen der Erben gingen auseinander.

Martin Heinrich Wilkens (1888–1966) lernte im Familienbetrieb den Beruf des Silberschmieds und Stahlgraveurs. Teilhaber wurde er 1914 und 1917 Hauptvorstand in der neu gegründeten M. H. Wilkens & Söhne AG. Unter seiner Führung stieg die Firma »...vom handwerklich geprägten Einzelbetrieb zum modernen Industrieunternehmen«[195] auf, und die Wilkens-Gruppe wurde der »zweitgrößte deutsche Produzent«[196] der Branche. Martin Heinrich Wilkens führte die Tradition der Familie fort, übernahm die repräsentative »Wilkens-Villa« in Hemelingen und engagierte sich politisch. In den Nachkriegsjahren

189 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434. Geschäftsbericht 1938.
190 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.). Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsberichte.
191 Ebd.
192 Ebd., Geschäftsbericht 1968.
193 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1969.
194 Vgl. Anhang 2: Tabellarische Gesamtübersicht zu Unternehmensbeteiligungen der Firma Wilkens.
195 M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsbericht 1966.
196 Ebd.

stellte er sich zur Verfügung für öffentliche Aufgaben in Politik und Wirtschaft Bremens, zu dem Hemelingen seit 1939 gehörte.[197] Martin Heinrich Wilkens war unbestrittener Patriarch in seiner Generation. Der nur ein Jahr jüngere Wilhelm Wilkens (1889–1950) trat mit 14 Jahren in die Familienfirma ein. Er wurde 1917 Mitglied des Aufsichtsrats und 1930 dessen Vorsitzender. Aus dem Tagesgeschäft der Firma hatte er sich jedoch zurückgezogen, lebte in Bremen als Kaufmann und Teilhaber einer Handelsfirma sowie als Landwirt, der auf seinem Gut Mansholt im Oldenburgischen verstarb.[198] Der dritte der Vettern zweiten Grades, Carl Wilkens (1891–1969), wuchs im Umfeld des Familienunternehmens auf und lernte dort. Er übernahm 1919 die Leitung der Hamburger Zweigniederlassung, die ab 1926 von ihm allein geführt wurde. Aus dem Vorstand des Bremer Familienbetriebs schied er 1927 aus. Er verwandelte den Hamburger Firmensitz in ein Vorzeigeobjekt zeitgenössischer Kunst und machte sich als Kunstmäzen einen Namen.[199]

Auch in der fünften Generation waren die Erben der Firmengründer am Familienunternehmen beteiligt, arbeiteten zum Teil dort in leitenden Positionen. Die Nachfahren der beiden Vettern von Martin Heinrich Wilkens verfügten zusammen über gut ein Sechstel der Anteile, während ihm selbst 1958 mehr als die Hälfte der Anteile an der »M. H. Wilkens & Söhne AG« gehörte, über zwei Drittel seiner Schwester Marie und ihm gemeinsam.[200] Nach dem Tod von Martin Heinrich Wilkens schlossen sich seine Erben in einer Familiengesellschaft zusammen. Erst ab 1969 konnten Aktien von Nicht-Familienmitgliedern erworben werden.[201] Von Martin Heinrich Wilkens' fünf Söhnen starben zwei früh. Der dritte, Henrich Wilkens, wurde Pastor. Der vierte Sohn, Manfred Wilkens (1926–2001) lernte im Familienunternehmen, dann wechselte er in ein Physikstudium und schlug eine universitäre Laufbahn ein. Als Mitglied des Kollegiums des Max-Planck-Instituts für Metallforschung in Stuttgart wurde er in den Aufsichtsrat der Firma Wilkens gewählt, dem er von 1983 bis 1987 angehörte. Die Schwester Dorte (1920–1989) heiratete Wolfgang Jacobskötter, der in den sechziger Jahren Vorstandsmitglied der BSF war und dann in den Vorstand der fusionierten Firmen wechselte. Im November 1954 wurde Helmut Wilkens (1929–2004) Mitglied des Vorstands.[202] Seit 1970 war er Vorstandsvorsitzender der Wilkens Bremer Silberwaren AG – und sollte der letzte Vorstandsvorsitzende aus der Gründerfamilie sein.

197 Vgl. Traueranzeigen für Martin Heinrich Wilkens, in: Bremer Nachrichten, 6. 6. 1966.

198 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1950.

199 Vgl. o. V., Juwelier und Kunstfreund, in: Hamburger Abendblatt Nr. 281, 2. 12. 1966, URL: www.abendblatt.de/extra/service/944949.html?url=/ha/1966/xml/19661202xml/habxml661012_6220.xml, Bearbeitungsstand: 7. 3. 2009.

200 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsbericht 1958.

201 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1969.

202 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1954.

1984 war Helmut Wilkens der größte Einzelaktionär mit 203.000 DM. Die von ihm vertretene Familiengesellschaft verfügte zusammen über Aktien im Wert von 1.744.500 DM.[203] Als Helmut Wilkens 1993 nach fast 50-jähriger Tätigkeit im Unternehmen ausschied, sprach der Aufsichtsrat ihm seinen »besonderen Dank«[204] aus. Als Mitglied des Aufsichtsrates blieb Helmut Wilkens der Firma allerdings bis zur letzten außerordentlichen Hauptversammlung am 27. 8. 2001 verbunden. Zu diesem Zeitpunkt war die »Wilkens Bremer Silberwaren AG« nur noch eine vermögenslose Gesellschaft, ein Aktienmantel, für den die Ablösung aller bisherigen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder und die Umbenennung der Firma sowie ein neuer Geschäftsgegenstand beschlossen wurden.[205] Als Helmut Wilkens 2004 starb, betonte die lokale Presse im Nachruf sein Engagement für das Unternehmen und dessen Belegschaft. Gegen sich wandelnde Märkte aber hatte er keine Chance gehabt.[206]

Die Prägung als Familienunternehmen blieb erhalten, denn ursprünglich war die Geschäftsführung zugeschnitten auf zwei alleinvertretungsberechtigte Hauptvorstände auf Lebenszeit. 1927 blieb nach dem Ausscheiden von Carl Wilkens die Vorstandsmacht über fast 40 Jahre bis 1962 in den Händen von Martin Heinrich Wilkens, zunächst mit Prokuristen als stellvertretenden Vorständen, später gemeinsam mit dem Ingenieur Gustav Henke. 1952 wurde das ausschließliche Alleinvertretungsrecht für den Hauptvorstand bekräftigt. Mit Helmut Wilkens trat 1954 die nächste Generation in den Vorstand der Firma ein, gemeinsam mit einem weiteren Vorstand aus der Firma.[207]

Für den Aufsichtsrat waren drei Mitglieder vorgesehen, er setzte sich Ende 1917 zusammen aus Martin Wilkens in Hemelingen, Wilhelm Wilkens in Bremen und dem Kaufmann Friedrich Heinrich Gehrold in Bremen. Für den 1919 verstorbenen F. H. Gehrold wurde Heinrich Wilkens' Schwiegersohn, Kommerzienrat Mackensen, in den Aufsichtsrat gewählt. Damit waren alle drei Familienstämme der Gründergeneration beteiligt. In den folgenden dreißig Jahren blieb der Aufsichtsrat von Familienmitgliedern aus der Gründerfamilie dominiert. Ab 1930 war jedoch Direktor Heinrich Friedrich Focken von der Deutschen Bank in Bremen stellvertretender Vorsitzender. Ihm folgten weitere Bankdirektoren. Nur zwischen 1962 und 1966 stärkte der Eintritt von Martin Heinrich Wilkens in den Aufsichtsrat wieder den Einfluss der Familie. In der Wahl des seit 1953 vorgeschriebenen Arbeitnehmervertreters zeigte die Belegschaft Kontinuität über fast zwanzig Jahre. 1968 wurde festgelegt, dass in den Aufsichtrat jeweils drei Mitglieder für vier Jahre gewählt werden sollen.[208]

203 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1984.
204 Ebd., Geschäftsbericht 1993.
205 Vgl. RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Geschäftsberichte ab 2001, URL: http://www.rwl-ag-bremen.de, Bearbeitungsstand 24.10.2007
206 Vgl. Hansjörg Heinrich, Helmut Wilkens verstorben, in: Weser-Kurier, 12. 8. 2004.
207 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsberichte 1965, 1967.
208 Ebd., Geschäftsbericht 1968.

Auch die Entwurfsabteilung bewahrte nach 1917 ihre Wichtigkeit. Mit den Namen Alfred Donant, Arthur Georgy und Walter Storr verbinden sich maßgebliche Designs, die in ihrer jeweiligen Zeit Aufsehen erregten.[209] Nach den Entwerfern waren die Modellbauer gefragt und danach die Stahlgraveure, die oft in wochenlanger Arbeit die nötigen Prägewerkzeuge fertigten. Das Gravieren, Riffeln und Schleifen im Stahl war äußerst zeitaufwändig. Die Korpus-Stahlgraveure hatten z. B. bis zu sieben Prägewerkzeuge für eine Kaffeekanne herzustellen, jeweils ein Unter- und ein Oberteil. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit ihren Reparationsleistungen an die Siegermächte, der Inflation bis 1923 und der Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte zunächst keine Auswirkung auf die Beschäftigung von Mitarbeitern bei Wilkens. Die Umstellung auf die Herstellung versilberter Bestecke erhielt Arbeitsplätze. Erst 1926 gab es Kurzarbeit; Arbeiter und Angestellte wurden wegen der Absatzkrise entlassen. Fast die Hälfte aller in der Gold- und Silberwarenbranche in Deutschland Beschäftigten war 1927 mit der Herstellung »unechter«, versilberter Ware befasst.[210] Einen tiefen Einschnitt bedeutete hingegen der Zweite Weltkrieg. In einer Feierstunde für Jubilare erinnerte Helmut Wilkens 1979 an die Zeit des Zweiten Weltkriegs: »Die meisten Mitarbeiter wurden Soldat, und viele kamen nicht zurück. Die anderen mussten zum größten Teil bald, statt friedliche Bestecke und Tafelgeräte anzufertigen, ihre Arbeitskraft für Dinge der Rüstungsindustrie einsetzen.«[211] Eine Liste der im Kriege in den Hemelinger Fabriken eingesetzten »Fremdarbeiter« zeigt, dass diese mit über 1.000 Personen vornehmlich bei Borgward, Focke-Wulf und der Deutschen Reichsbahn eingesetzt wurden. Aber auch Wilkens (19 Arbeiter, 22 Arbeiterinnen), die Bremer Silberwarenfabrik (58 Arbeiter, 68 Arbeiterinnen, Nationalität nicht angegeben) und die Hanseatische Silberwarenfabrik am Hastedter Osterdeich 241 (mit insgesamt 52 Arbeiter/-innen, vornehmlich Franzosen, auch Holländer und Belgier) setzten Zwangsarbeiter ein.[212] Waren um die Jahrhundertwende bereits rund 400 Menschen »auf der Silberpräge«, wie es ringsum nur hieß, tätig, so war deren Zahl 1949 auf 350 gesunken[213], stieg aber in der zweiten Jahrhunderthälfte auf etwa 600 an, dabei kamen fast fünf Arbeiter auf einen Angestellten. An Bewerbern herrschte kein Mangel, Familien und Freunde empfahlen einander weiter. Ein Arbeitsplatz bei Wilkens galt als Lebensversicherung. Nach dem Krieg arbeiteten etwa 30 Silberschmiede bei Wilkens. Es gab Werkmeister in der Prägerei, der Schleiferei, der Poliererei, der Galvanik, bei den Stahlgravierern, den Flachgravierern und den Werkzeugmachern sowie Handwerksmeister verschiedener Art wie z. B. Schlosser oder Tischler. Schleifer und Polierer waren ungelernte Arbeiter. Noch lange nach dem Krieg gab es zwei Schmelzer.

209 Vgl. Sänger, Silber-Besteck (wie Anm. 1); Pohl-Weber, Form und Glanz (wie Anm. 46), S. 10-11; Design aus Bremen – international ausgezeichnet, in: Bremer Journal. Magazin für Wirtschaft, Kunst, Kultur, Mode und Touristik, Nr. 3, März 1989, S. 16.
210 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 68.
211 Zitiert nach: ju: Dank für treue Mitarbeit, in: Bremer Nachrichten vom 20.1.1979.
212 Vgl. Arbeitskreis Geschichte der KuFAG (wie Anm. 89), S. 114.
213 Vgl. Kneer, Wettbewerbsfähigkeit (wie Anm. 2), S. 95.

Bei Gründung der Aktiengesellschaft 1917 stellten die Revisoren neben 3.250 kg Fertigwaren einen Vorrat an Feinsilber von 3.292 kg fest und legten einen Kilopreis von 155 Mark zugrunde.[214] Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stieg der Preis für Rohsilber an. 1921 sank er von 1.200 RM/kg auf 900, um gegen Ende des Jahres bei 4.600 RM/kg zu liegen. In der Inflationszeit stieg der Preis für 1 kg Feinsilber von 150.000 RM am Anfang auf 85–90 Billionen Reichsmark am Ende des Jahres 1923. 1929 sank der Preis von 78 RM auf 65 RM pro Kilo, belief sich 1930 auf 35 RM und sank auch in den nächsten beiden Jahren. Insgesamt gesehen war der Silberpreis in einem halben Jahrhundert um rund 50 % gesunken, allerdings hatte sich im selben Zeitraum der Silberwert im Vergleich zum Wert des Goldes ebenfalls halbiert. Die Silberproduktion war auf das Siebenfache gestiegen.[215] 1934 waren 97 % der Silberwarenfabrikanten Deutschlands organisiert, und man konnte einen einheitlichen Silberpreis durchsetzen, aber nicht für Neusilber/Alpaka.[216] Als 1935 Silber wie auch unedle Metalle kontingentiert wurden, konnten die Beschaffungsprobleme nur durch die Bereitstellung von Arbeitssilber durch die Kunden halbwegs gelöst werden.[217]

Zwischen 1933 und 1945 führten Zwangskartelle unter staatlicher Aufsicht und mit staatlichem Kartellgründungsrecht zu totaler Kontrolle. In der Nachkriegszeit galt das alliierte Recht der Dekartellierung und Entflechtung, welches 1957 in der Bundesrepublik Deutschland vom »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« (sog. Kartellgesetz) abgelöst wurde. Es enthielt ein Kartellverbot und eine Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, benannte aber gleichzeitig eine Reihe von Ausnahmen.[218] Bereits 1947 wurde in Pforzheim der »Verband der Deutschen Schmuck- und Silberwarenindustrie« gegründet, der 1999 aufging im »Bundesverband Schmuck, Uhren, Silberwaren und verwandte Industrien« unter dem Dach des »Bundesverbands der Deutschen Industrie« (BDI).[219]

Nach dem Zweiten Weltkrieg beherrschten zunächst die Notwendigkeiten des Wiederaufbaus den Markt. Silber wurde in den traditionellen Formen von Familien wiederbeschafft. Als andere Gebrauchsgüter (Möbel, Porzellan, technische Produkte) bereits in modernem Design daherkamen, galt Silber

214 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Prüfungsbericht der Revisoren vom 24. 11. 1917.

215 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 55 f.

216 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1934.

217 Vgl. BSF Bremer Silberwarenfabrik (Hrsg.), Handelsregisterakten 1905–1968, StAB 4,75/5 HRB 218, Geschäftsberichte 1921–1935.

218 Vgl. Gabler Wirtschafts-Lexikon, Bd. 3, G–K, Stichwort: Kartellgesetz, 12., vollst. neu bearb. u. erw. Aufl., ungekürzte Wiedergabe der zweibd. Original-Ausg., Wiesbaden 1988.

219 Vgl. Bundesverband Deutscher Industrie e.V. (Hrsg.), Mitgliedsverbände, URL: http://www.bdi.eu/Uebersicht-aller-Mitgliedsverbnde_2413.htm, Bearbeitungsstand 16. 7. 2010.

noch immer in erster Linie als Wertanlage, die für Generationen gewählt wurde. Daher ging man geschmacklich kein Risiko ein. Stilistisch sollte Tradition mit modernen technischen Mitteln fortgeführt werden. Erst nach 1960 spielte modernes Design eine größere Rolle. Unter der Bezeichnung »Gebrauchssilber« versuchte man, Silberwaren zu günstigeren Preisen für die tägliche Benützung anzubieten.[220] Das Punzierungsgesetz von 1884 ließ einen niedrigeren Silbergehalt als 800 nicht zu. Um 1969 strebte Wilkens eine Änderung der alten Regel mithilfe des Verbandes an (FAZ 29. 4. 1969). Parallel dazu wurde auch Edelstahl für die Besteckproduktion genutzt.

Bei den Produktsparten verlor Korpusware als Aushängeschild seine Bedeutung für die Silberwarenfabriken, da in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die kunstgewerbliche Produktion immer mehr hinter der reinen Fabrikware zurücktrat. Als eines der letzten Prunkstücke der Firma Wilkens entstand 1927 aus sechs Kilogramm Silber wiederum ein Schiff. Das Modell der SANTA MARIA, des Flagschiffs von Columbus, dient als Tafelaufsatz.[221] Anfang der 30er Jahre wurde die Korpusabteilung bei Wilkens noch weiter verkleinert, denn es bestand kaum Nachfrage mehr nach dieser Art Silberwaren.[222] Nicht nur für die Rüstungsindustrie wurde in den folgenden Jahren produziert: In den Kriegsjahren zwischen 1942 und 1944 wurde bei Wilkens eine Strahlenmonstranz für eine katholische Kirche im Münsterland geschaffen, die wahrscheinlich wertvollste Einzelarbeit, die die Firma je hervorgebracht hat. Sie war 1,5 m hoch, aus vergoldetem Silber, mit Brillanten und Perlen geschmückt.[223] 1965 wurde dann auch die Aufnahme von Edelstahl-Tafelgeräten ins Programm beschlossen. Nun entstand die Edelstahl-»FORM«-Kollektion des Designers Walter Storr, mit der modernere Formen in einem preiswerteren Material angeboten wurden.[224]

Wie entwickelte sich die Produktion von Bestecken? Die meisten Entwürfe für Bestecke sind in den Entwurfsateliers der Firmen entstanden. Hochwertige Silberbestecke mussten über längere Zeit angeboten werden, um nach und nach vom Käufer ergänzt zu werden. Das wiederum bedingte einen eher klassischen Stil, der über viele Jahre Anklang findet. In den wirtschaftlich schwierigen 30er Jahren, als man sich auf die Herstellung von Artikeln »mit Bedarfscharakter«[225] konzentrierte, wurden diese versilberten Bestecke mit einem neuen Fabrikzeichen versehen, was viele Käufer annehmen ließ, es

220 Vgl. Helmut Wilkens, Wandlungen der Silberformen seit 1945, in: Rosemarie Pohl-Weber (Hrsg.), Form und Glanz. Design aus der Bremer Silbermanufaktur Wilkens. Zur Sonderausstellung 31. 5. – 30. 8. 1987, in: Hefte des Focke-Museums. Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte. Ausstellungen – Berichte – Wegweiser, Nr. 75, Bremen o. J. [1987], S. 14.

221 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne GmbH (Hrsg.), WILKENS Silbermanufaktur seit 1810, Verkaufskatalog, Bremen o. J. [1999], S. 3.

222 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849 – 1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftberichte 1930 – 1933.

223 Vgl. Wilkens, Martin Heinrich, Reden als Präses der Handelskammer Bremen. 11. Juni 1945 – 31. Dezember 1950, Privatdruck, S. 16 f.

224 Vgl. Wilkens, Wandlungen (wie Anm. 220), S. 14.

handele sich um ein Zweitunternehmen von Wilkens oder gar um eine andere Firma namens »Martin«. 1960 wurde das Besteck CLASSIC zum wirtschaftlichen und designerischen Erfolg; es wurde bei nationalen und internationalen Design-Wettbewerben ausgezeichnet.[226] Bei Wilkens nahm man 1962 die Fertigung von Bestecken aus hochwertigem Edelstahl auf, deren Verkauf sich in den folgenden zehn Jahren gut entwickelte.

Die Produktion von Medaillen blieb nachrangig.[227]

Der Absatz wurde nach wie vor über eine Reihe von Niederlassungen abgewickelt, wobei dem Export eine immer größere Bedeutung zukam. Das Bremer Ladengeschäft wurde im Zuge der Umstellung auf die versilberte Ware 1931 geschlossen.[228] Die Hamburger Niederlassung wurde seit 1926 von Carl Wilkens auf eigene Rechnung geführt.[229] Der Vertrieb erfolgte über Fachhandelsgeschäfte. Nach dem Ersten Weltkrieg war der um ein Drittel geschrumpfte Export durch die Einführung der Umsatzsteuer in Deutschland sowie Zölle und Stempelgebühren im Ausland zusätzlich erschwert und fiel bis 1932 stark.[230] Der Export nach Skandinavien brachte Wilkens Verluste.[231] Die in Italien bis 1914 arbeitende Zweigniederlassung wurde zwischen den Weltkriegen von Wilkens fortgeführt als Kommanditbeteiligung.[232] An einer Vertriebsfirma in Mailand war man beteiligt bis zum Zweiten Weltkrieg. Auch an einer Berliner Firma mit Filialen in Paris und Wien hielt Wilkens zwischen den Kriegen Anteile. Erst mit Kriegsbeginn profitierte Wilkens von einer 16%igen Steigerung des Exports, bevor die Kriegsereignisse jeden Export unterbrachen. [233]

Der Handel mit Luxusgütern war in den ersten Handelsabkommen der Nachkriegszeit nicht vorgesehen, Zusatzabkommen für Silberwaren schwer zu erreichen, auch herrschte Devisenmangel.[234] In einigen Ländern war während des Krieges eine eigene Silberwarenindustrie erstarkt oder entstanden (z. B. Schweden und Dänemark), die nun durch erhöhte Einfuhrzölle geschützt wurde.[235] So war 1948 der Ausfuhrwert von westdeutschen Edelmetallwaren

225 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1929.
226 Vgl. Wilkens, Wandlungen (wie Anm. 220), S. 14.
227 Zwischen 1956 und 1965 wurden vier weitere Exemplare der Ehrenmedaille des Bremer Senats in Gold geprägt. Die Verdienstmedaille in Gold wurde zwischen 1915 und 1940 sieben Mal benötigt. Nach einem Entwurf des Bildhauers Prof. Ernst Gorsemann (1886–1960) aus Bremen entstanden zwischen 1950 und 1963 insgesamt vier Wiederaufbaumedaillen in Bronze bei Wilkens.
228 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1931.
229 Ebd., Geschäftsbericht 1926.
230 Vgl. Schlenker, Massenproduktion (wie Anm. 2), S. 77.
231 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1849–1957, StAB 4,75/5 HRB 4434, Geschäftsbericht 1931
232 Ebd., Geschäftsberichte 1917–1938.
233 Ebd., Geschäftsberichte 1939–1946.
234 Vgl. Kneer, Wettbewerbsfähigkeit (wie Anm. 2), S. 166 ff.
235 Ebd., S. 189-192.

insgesamt »äusserst minimal«.[236] Mit Abstand größter Abnehmer war jetzt die Schweiz (70 % der westdeutschen Silberwaren), die in eigener Währung bezahlen konnte.[237] Bis mindestens in die Mitte der sechziger Jahre blieb die Schweiz in dieser Position, vor den Niederlanden und den USA.[238] Tendenziell stieg in der Zeit von 1959 bis 1964 der Export von Tafelgeräten und Bestecken aus Silber stärker (um rund 100 %) als der von versilberter Ware aus unedlen Metallen (um 65 %).[239] Gleichzeitig war die Bundesrepublik Deutschland bis 1964 drittgrößtes Einfuhrland für Schmuck und Silberwaren geworden, hinter der Schweiz und den USA, vor Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien.[240]

Bei Wilkens entwickelte sich der Export in den 50er und 60er Jahren sogar besser als die Inlandsumsätze.[241] Ende 1963 setzte hier eine Werbekampagne ein in Verbindung mit volkstümlichen Schlagerstars der Zeit und dem bekannten Quizmaster und Entertainer Lou van Burg, der in insgesamt 195 Veranstaltungen quer durch Deutschland den »alleswissenden Sport-Champion« in mehreren Ausscheidungsrunden suchte – 220 Sieger bekamen eine Wilkens-Besteckkassette als 1. Preis, dem Endrunden-Sieger wurde ein echtsilberner Wilkens-Pokal überreicht. Auch das Publikum ging nicht leer aus: In jeder Veranstaltung wurde ein zusätzliches Quiz für die Zuschauer ins Programmheft eingebaut und der Sieger bekam ebenfalls Wilkens-Silber im Wert von DM 2500. Die Preise waren im örtlichen Fachhandel abzuholen, dem der Hersteller in diesem Zusammenhang Vorschläge machte für eine Sonderdekoration.[242] Eine eigene Verkaufsgesellschaft für die Marke Wilkens wurde vor der Fusion mit der Bremer Silberwarenfabrik BSF 1968 gegründet, parallel zur Einrichtung einer Verkaufsgesellschaft für die Marke BSF.[243]

236 Ebd., S. 198.
237 Ebd., S. 214.
238 Vgl. Erich Schäfer, Die Marktlage der deutschen Schmuck- und Silberwarenindustrie auf ihren wichtigsten Auslandsmärkten unter Berücksichtigung ihrer Hauptkonkurrenten, in: Berichte des Instituts für Exportforschung, Nürnberg 1966, S. 13.
239 Ebd., S. 8.
240 Ebd., S. 81.
241 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsberichte.
242 Vgl. WILKENS-iLLU, Sonderausgabe 6/1963, Firmenschrift.
243 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Handelsregisterakten 1958–1968, Amtsgericht Bremen, HRB 4434, Geschäftsbericht 1968.

Der fusionierte Konzern: »Wilkens Bremer Silberwaren AG« 1969–1995

Unternehmensentwicklung

1968 wurde vor der Verschmelzung mit der Bremer Silberwarenfabrik AG das Grundkapital um 484.000 DM auf 3,495 Mill. DM erhöht, wovon 451.650 aus Eigenmitteln stammten und 32.350 in Namensaktien zu 50 DM den Anteilseignern angeboten wurden. 1969 betrug das Grundkapital der fusionierten Gesellschaften 4.250.000 DM. BSF-Aktien wurden 1:1 eingetauscht. Beide Fabriken wiesen einen ähnlichen Umsatz auf, auch die Zahl der Mitarbeiter war mit jeweils um 500 vergleichbar. Bei der BSF war die Familie Wilkens mit Helmut Wilkens' Schwager Wolfgang Jacobskötter im Vorstand vertreten. Der Grundbesitz der Firma Wilkens war vor allem durch die dazugehörigen Wohngrundstücke größer. Im Namen der neuen Gesellschaft sollte dies sichtbar werden: »Wilkens Bremer Silberwaren AG«. In Hemelingen sollte nunmehr die Besteckherstellung konzentriert werden, im Werk Sebaldsbrück Tafelgeräte und Geschenkartikel. Erst 1982 wurde Sebaldsbrück aufgegeben, und das Gelände ist heute Teil der Mercedes Benz, während eine Erweiterung des Hemelinger Grundstücks den Bau moderner Lager- und Versandgebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zur Produktion ermöglichte.[244] Am 17. 10. 1969 erfolgte mit der Fusion der »M. H. Wilkens & Söhne AG« und der »Bremer Silberwarenfabrik AG« die Eintragung ins Handelsregister Bremen als »Wilkens Bremer Silberwaren AG«. Die Umorganisation der Produktionsstätten Hemelingen und Sebaldsbrück erforderte Investitionen. Diese Umstrukturierungsmaßnahmen fielen in eine Zeit schwacher Umsätze, die lediglich durch eine Umsatzsteigerung von 30 % bei Edelstahlbestecken sowie von 25 % bei versilberten und Edelstahl-Tafelgeräten an die des Vorjahres noch fast heranreichten. Im Geschäftsbericht sprach man von »Kostensteigerungen verschiedenster Art«[245], die ein ausgeglichenes Ergebnis nicht zugelassen hätten.[246] Der Konzern erwirtschaftete jedoch einen Bilanzgewinn von 851.919,82 DM, wovon 304.000 DM in eine freie Rücklage eingestellt wurde, 510.000 DM als 12 %ige Dividende ausgezahlt und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen wurde.[247] Auch nach der Kapitalerhöhung befanden sich noch 1971 sechs Siebtel der Aktien in Familienbesitz, das letzte Siebtel im Streubesitz, mehrheitlich vertreten durch Banken.[248] An der Spitze des Vorstands stand weiterhin ein Nachfahre des Gründers, Helmut Wilkens, der die Firma in der Tradition der vier Generationen Wilkens vor ihm und gleichzeitig in der Verantwortung für die Familie wie für die Mitarbeiter weiterzuführen versuchte.

244 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1969.
245 Ebd., Geschäftsbericht 1969.
246 Ebd.
247 Ebd.
248 Vgl. Anwesenheitsliste Hauptversammlung vom 30. 8. 1971, in: M. H. Wilkens & Söhne, Geschäftsbericht 1971.

Im Jahr 1971 zählte der Geschäftsbericht für 1970 zudem elf Tochtergesellschaften auf: Auerhahn Besteckfabrik GmbH und OKA Besteckfabrik GmbH, beide in Altensteig, Hanseatische Silberwarenfabrik GmbH, Bremen; Nord-Metall GmbH, Bremen; Pacific Besteckdienst GmbH, Bremen; M. H. Wilkens & Söhne, Verkaufs-GmbH, Bremen; BSF Bremer Silberwaren Verkaufsgesellschaft mbH, Bremen; Wilkens Silberwaren Verkaufsgesellschaft m.b.H., Wien; Gottlieb Hammesfahr, Solingen; Wilkens-Unterstützungskasse GmbH, Bremen; BSF-Unterstützungskasse GmbH, Bremen. Der Geschäftsbericht des Folgejahres nennt die österreichische Verkaufsgesellschaft nicht mehr, weist dagegen erstmals auf eine Grundstückgesellschaft in Solingen hin.[249] Nur eine neue Beteiligung an einer Produktionsgesellschaft gab es nach der Fusion: Die Gottlieb Hammesfahr GmbH in Solingen mit der Hälfte ihrer Anteile im Jahre 1969/70. Dort wurden Edelstahlbestecke zum Verkauf in Selbstbedienungs-Warenhäusern unter der Marke »Nirosta« produziert.[250] Als Fremdkörper im Sortiment wurde die Firma 1988/89 an den Haushaltswarenhersteller Fackelmann GmbH & Co verkauft.[251] Die weiteren neuen Konzerntöchter wurden gegründet als Verkaufsgesellschaft für die Produkte der Gottlieb Hammesfahr GmbH, Bremen, (1972)[252] sowie als Vertriebsgesellschaften in Wien/Österreich (1969)[253] und in Venlo/Niederlande (1975)[254]. Die Grundstücksgesellschaft Sebaldsbrück wurde ab 1982 nur wenige Jahre lang benötigt zur Abwicklung von Grundstücksgeschäften gemeinsam mit der Tochtergesellschaft Auerhahn.[255] Die kurz vor dem Konkurs gegründete Bremer Silberwaren Handelsgesellschaft mbH, Bremen,[256] war der zum Scheitern verurteilte Versuch eines Neustarts aus eigener Kraft und wurde noch im selben Jahr wieder aufgelöst.[257]

Die siebziger Jahre waren zunächst schwierig, das Interesse der Verbraucher an Silberbestecken ließ nach. Auch bedeuteten geburtenschwächere Kriegsjahrgänge eine Verminderung der neu zu gründenden Haushalte. Auf den seit 1960 ständig ansteigenden Import billiger Bestecke aus Asien wurde im Geschäftsbericht 1970 ebenfalls hingewiesen. Um dagegenzuhalten, hoffte Wilkens auf Kosten sparende Produktionsmethoden und Kaufanreize durch einen schnelleren Wechsel von Material und Dekor. Zwar bildeten mittlerweile Geschenkartikel 20 % der Produktion des Konzerns, aber man setzte weiterhin auf Bestecke unter Hinweis auf die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung.

249 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1971.
250 Ebd., Geschäftsbericht 1969.
251 Vgl.: Wilkens trennt sich von Nirosta, in: Bremer Nachrichten, 28. 7. 1989.
252 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1972.
253 Ebd., Geschäftsbericht 1969.
254 Ebd., Geschäftsbericht 1975.
255 Ebd., Geschäftsbericht 1982.
256 Vgl. Reuter, Silberwaren mit ersten Erfolgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. 3. 1995, S. 28.
257 Vgl. Bremer Silberwaren Handelsgesellschaft mbH (Hrsg.), Handelsregisterakten, Amtsgericht Bremen, HRB 15920.

Das »gerade noch zufriedenstellende Ergebnis«[258] von 1970 war vorwiegend auf eine Preissteigerung am Jahresanfang zurückzuführen, aber gestiegene Personalkosten sowie die noch nicht bewältigte Produktionsumstellung nach der Fusion mit der BSF machten jede Hoffnung auf einen Jahresgewinn zunichte. Mit Hinweis auf die zu erwartende positive Entwicklung wurde dennoch eine Dividende von 4 % gezahlt, die man aus einer Teilauflösung der freien Rücklagen nahm. Jedoch überstiegen die verbleibenden freien Rücklagen das Aktienkapital immer noch.[259] Die freie Rücklage konnte im Folgejahr wieder um den entnommenen Betrag aufgestockt werden.[260] Die Dividendenzahlungen übersprangen erst nach 1976 wieder die 10 %-Marke. Tatsächlich brachte das Geschäftsjahr 1971 eine Umsatzsteigerung von 3,5 %. Die asiatische Konkurrenz bot nunmehr auch Bestecke aus hochwertigem 18/8-Chromnickelstahl auf dem europäischen Markt an.

Trotz einer Umsatzsteigerung von 25 % waren auf einem umkämpften Markt Schwierigkeiten vorauszusehen. Echtsilberne Bestecke hatten den Vorjahresumsatz gehalten, versilberte einen Umsatzrückgang von 3 % zu verzeichnen. Im Geschenkartikelbereich konnte 1971 eine Steigerung von 10 % erreicht werden. Die Herstellungskosten waren im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen, und man führte dies auf Rationalisierungserfolge und die Auswirkungen der Fusion BSF – Wilkens zurück.[261] Im Jahr 1972 wurde eine minimale Umsatzsteigerung von 41,6 auf 41,8 Mio. DM erreicht, das Geschäftsergebnis wurde als »ausreichend«[262] bezeichnet. Das hochwertige Edelstahlbesteck und die Sparte Geschenkartikel, und zwar aus verschiedenem Metall sowie in Kombination mit anderem Material, wurden der Hauptversammlung als Hoffnungsträger genannt. Um die Produktion kostengünstiger zu gestalten, wurde die Fertigung von Geschenkartikeln in Wildeshausen aufgegeben zugunsten eines Neubaus in Bremen, eine eigene Kunststofffertigung aufgebaut und eine Spezialklinge aus widerstandsfähigem 18/8-Chromnickelstahl im Hause entwickelt. Steigende Personalkosten führten jedoch insgesamt zu gleichbleibenden Herstellungskosten. Für die Anteilseigner brachte das Jahr 1972 eine Dividende von 10 % auf das Grundkapital von 4.250.000 DM.[263] Im folgenden Jahr wurden jedoch alle Hoffnungen auf eine beständige Aufwärtsentwicklung zunichte gemacht: 1973 brachte die Ölkrise Kostensteigerungen in vielerlei Hinsicht. Es wurde ein gerade ausgeglichenes Ergebnis erreicht, und nur der Gewinn aus den Beteiligungen rechtfertigte eine Dividendenzahlung von 5 %. Einen Lichtblick bildete die Steigerung des Exports um 15 % gegenüber dem Vorjahr.[264]

Auch 1974 war die wirtschaftliche Gesamtsituation schwierig – mit Auswirkungen auf die Rohstoffkosten, Zinshöhe, Personalkosten (eine Arbeitsstunde

258 Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1970.
259 Ebd., Geschäftsbericht 1970.
260 Ebd., Geschäftsbericht 1971.
261 Ebd.
262 Ebd., Geschäftsbericht 1972.
263 Ebd.
264 Ebd., Geschäftsbericht 1973.

kostete 15 % mehr als im Jahr zuvor), Arbeitskämpfe (über drei Wochen Betriebsstilllegung im März 1974). Eine minimale wertmäßige Umsatzsteigerung war auf Preiserhöhungen zurückzuführen, während ein mengenmäßiger Rückgang beklagt wurde. Wilkens sah sich gezwungen, Teile der Produktion nach Asien auszulagern und dadurch die Belegschaft im Bremer Werk zu verringern.[265] Im folgenden Jahr wurden noch mehr Sortimentsteile im Edelstahlbereich in Asien hergestellt, das Umsatzergebnis sank um 5 %, ein ausgeglichenes Gesamtergebnis konnte nur erreicht werden, indem man der freien Rücklage 400.000 DM entnahm.[266] Der ursprünglich vorgesehene Verzicht auf die Zahlung einer Dividende wurde jedoch in einem zweiten, geänderten Geschäftsbericht revidiert zugunsten einer 5 %igen Dividende, zahlbar aus einer Teilauflösung von nunmehr insgesamt 800.000 DM der freien Rücklage, die allerdings im Folgejahr wieder neu eingestellt werden konnten. Fast 80.000 DM nachträgliche Steuer auf Beteiligungserträge konnten jedoch so vermieden werden, mehr als ein Drittel der Dividendenzahlung von 212.500 DM.[267]

1975 räumte Helmut Wilkens vor der Hauptversammlung ein: »Der Strukturwandel weg vom Silber trifft uns in ganz besonderem Maße, da wir bis vor rund 15 Jahren nichts anderes gemacht haben.«[268] Man habe sich »verhältnismäßig spät eingestellt«[269] auf die Entwicklung weg von Silber, hin zu Edelstahl, auch in Kombination mit Griffen aus Kunststoff, Keramik, Porzellan oder Holz. Die Situation änderte sich erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts: Eine Umsatzerhöhung von nominal 9,5 %, preisbereinigt 5,8 %, verzeichnet der Geschäftsbericht für das Jahr 1977. Neben den silbernen nahmen nun auch die versilberten Bestecke am Aufschwung teil. Die in den deutschen Werkstätten gefertigten höherwertigen Edelstahlbestecke konnten allerdings keine weitere Absatzsteigerung erzielen. Der Export war um 14,4 % gesteigert worden, wofür man auf die eigenen Vertriebsgesellschaften verwies. Die Einstellungen in die Rücklagen wurden entsprechend der guten Ertragslage wieder erhöht.[270] 1977 erlangte der Drogerie-Großkaufmann Dirk Rossmann knapp zehn Prozent des Grundkapitals, eine Aktion, die den enormen Anstieg der Wilkensaktie von 96 auf 318 DM mit verursacht haben dürfte. Die Familie Wilkens hielt noch 82 Prozent.[271] 1978 frohlockte man ob einer wahren »Renaissance der Tischkultur«[272], die den Umsatz um 10 % erhöhte gegenüber dem Vorjahr, was einem realen Zuwachs von immer noch 6,7 % entsprach.

265 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1974.
266 Ebd., Geschäftsbericht 1975.
267 Ebd., Geänderter Geschäftsbericht 1975.
268 Zitiert nach: Hansjörg Heinrich, Tafelsilber hat seinen Glanz verloren, in: Bremer Nachrichten, 15. 8. 1975.
269 Ebd.
270 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1977.
271 Vgl.: Über Wilkens liegt Silberglanz, in: Bremer Nachrichten, 25. 7. 1978
272 Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1978.

Silberne und versilberte Bestecke in zeitlosem Stil hatten Anklang gefunden. Der Export wuchs um 5,4 % und brachte am Ende des Jahrzehnts 10 % des Gesamtumsatzes.[273] Diese Entwicklung hielt auch im Folgejahr an, in dem die Dividende auf 15 % angehoben wurde. Der sprunghaft steigende Silberpreis und die Diskussion um die Unterbewertung des Metalls, die zu spekulativen Käufen führte, hatten eine positive Wirkung auf den Absatz echtsilberner und versilberter Bestecke, während silberne Tafelgeräte weniger nachgefragt wurden. Der Umsatzanstieg betrug jedoch insgesamt 10,6 %, der Export stieg sogar um 35 % auf 10 % vom Gesamtumsatz.[274]

1980 überschritt der Umsatz im Gesamtkonzern erstmals knapp die 100-Millionen-Grenze bei einer Umsatzsteigerung von 11,2 % bei der Muttergesellschaft.[275] Im Folgejahr wurde die magische Grenze mit einem Anstieg von nur 2,0 % wiederum erreicht, in der Muttergesellschaft betrug die Umsatzsteigerung sogar 2,9 %. Verglichen mit dem Branchen-Durchschnitt, sah Wilkens sich im Aufwind. Allerdings war auf der anderen Seite ein Rückgang von 10 % bei den versilberten Bestecken zu verzeichnen, der aber im Branchentrend lag. Man sprach von einer »insgesamt noch zufriedenstellenden Situation[276]« und schlug zum zweiten Mal in Folge eine Auszahlung von 18 % Dividende vor. Neuinvestitionen ging man allerdings zögerlich an, verwies aber auf Verhandlungen mit der Stadt Bremen über den Erwerb neuer Grundstücke, auf denen neue Produktionsanlagen entstehen sollten.[277] 1980 feierte man bei Wilkens das 75-jährige Jubiläum der BSF, die als Marke ein »außerordentlich wichtiges Standbein«[278] des Unternehmens geworden war. 1982 war jedoch der Umsatz wieder unter 100 Mio. gesunken. Unter Hinweis auf die allgemein angespannte Marktlage, die verringerte Kaufkraft sowie starke Schwankungen beim Silberpreis fasste der Geschäftsbericht dennoch die Situation als »insgesamt zufriedenstellend«[279] zusammen und schlug wiederum die Auszahlung einer 18 %igen Dividende vor.[280] Als die Verhandlungen mit der Stadt Bremen über den Grundstückserwerb kurz vor dem Abschluss standen, wurde der Hauptversammlung 1983 eine Satzungsänderung vorgeschlagen, um das Grundkapital zu erhöhen auf 5.100.000 DM. Die neuen Aktien im Nennwert von 50 DM (5.000 Aktien) und 1.000 DM (600 Aktien) sollten auf den Inhaber lauten und zunächst den Besitzern der alten Aktien im Verhältnis 5:1 angeboten werden für den dreifachen Nennbetragswert. Am Gewinn des Geschäftsjahres 1983 sollten diese Aktien mit 50 % beteiligt sein. Die Kapitalerhöhung zum Kurs von 300 % sollte den Bau von neuen Lager- und Versandgebäuden am Standort Hemelingen ermöglichen.

273 Ebd., Geschäftsbericht 1978.
274 Ebd., Geschäftsbericht 1979.
275 Ebd., Geschäftsbericht 1980.
276 Ebd., Geschäftsbericht 1981.
277 Ebd.
278 Ebd., Geschäftsbericht 1980.
279 Ebd., Geschäftsbericht 1982.
280 Ebd.

Lag 1983 der Umsatz auch noch über der 100-Mio.-Grenze, so wurde preisbereinigt jedoch ein Ergebnis nur knapp über dem des Vorjahres erreicht. Der Anstieg des Silberpreises konnte nicht durch entsprechende Preiserhöhungen aufgefangen werden. Trotzdem war man bei Wilkens mit einer Umsatzsteigerung von 5,0 % zufrieden, da man damit über dem Trend vergleichbarer Branchen lag. Der Anteil des Exports stieg sogar von 11,0 im Vorjahr auf 13,4 %. Erste Aufträge waren aus den arabischen Ländern gekommen. So sprach man von einer »insgesamt befriedigenden Situation«[281] und schlug wiederum eine Dividende von 18 % zur Ausschüttung vor.[282] Am 30. 6. 1983 war der Grundstückszukauf perfekt: Auf 12.000 qm neben dem Werksgelände Hemelingen wurde ab Dezember 1983 mit dem Bau eines zentralen Lager- und Versandgebäudes begonnen. Noch im Juni 1983 wurde ein weiterer Vertrag mit der Stadt Bremen geschlossen, mit dem das Gartengrundstück neben dem Werksgelände an die Stadt verkauft wurde. Man erreichte weiterhin die Zusage der Stadt, 1985 ein Grundstück für die Einrichtung von Mitarbeiter-Parkplätzen zu verkaufen.[283] 1984 war das neue Warenverteilzentrum mit einem Hochregallager betriebsbereit. Die Dividende musste jedoch für dieses Jahr halbiert werden auf 9 %.[284] Innerhalb von nur sechs Jahren hatten die Kapitaleigner damit von einer 96 %igen Amortisation des (vorwiegend ererbten) Einsatzes profitiert. 1985 litt die Besteck- und Tafelgerätebranche insgesamt unter mangelnder Nachfrage. Der Konzernumsatz hielt sich auf Vorjahresniveau, der Export allein brachte ein deutliches Plus von 11 %, bei der Muttergesellschaft sogar von 13 %. Insbesondere in der arabischen Welt erfreuten sich die Produkte des Unternehmens bis Mitte der 80er Jahre reger Beliebtheit.[285]

»Bestecke und Tafelgeräte aus Deutschlands ältester Silbermanufaktur«[286] fanden in Deutschland hingegen nur zurückhaltend Absatz. Auch »Das BSF-Besteck. Eine Klasse für sich«[287] brachte trotz einer Verbesserung des Markenzeichens und des Erscheinungsbildes nicht den erhofften Erfolg.[288] Innerbetrieblich waren die Umstellung der Datenverarbeitung auf eine eigene Anlage und gleichzeitig die Inbetriebnahme des neuen Hochregallagers zeitaufwändiger und kostenintensiver als vorgesehen. Im Zusammenhang damit begann die Diskussion um die Führungsstruktur.[289]

Von 1985 bis 1987 erhielten die Aktionäre keine Dividende. Aber noch hoffte man auf eine Trendwende, eine Wiederkehr des fein gedeckten Tisches, auf dem das silberne Besteck nicht fehlen darf. Eine Anzeigenserie stellte infrage:

281 Ebd., Geschäftsbericht 1983.
282 Ebd.
283 Ebd.
284 Ebd., Geschäftsbericht 1984.
285 Ebd., Geschäftsbericht 1986.
286 Ebd., Geschäftsbericht 1985.
287 Ebd.
288 Ebd.
289 Ebd.

Abb. 5: Das Produktionsgebäude in Hemelingen heute. (Foto: Lena Fellmann)

»Feines Auto vor der Tür und kein Silber auf dem Tisch?«[290] Aber trotz aller Marketingstrategien für den »schön gedeckten Tisch«[291] mit dem Schwerpunkt

290 Zitiert nach: »... und kein Silber auf dem Tisch?«, in: Bremer Nachrichten (Anfang 1987).

291 Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1986.

»Silbernes für Ihre Esskultur«[292] blieb der Konzernumsatz 1986 unter der 100-Mio.-Marke mit einem Zuwachs von 1 %. Das insgesamt günstigere Konsumklima hatte sich im Bereich langlebiger Konsumgüter nur für die Autoindustrie und die Unterhaltungselektronik positiv ausgewirkt. Der Export war um 4 % zurückgegangen.[293] Die innerbetriebliche Diskussion um die »Strukturmängel«[294] führte zu einem Konsolidierungsplan, in dem Kosteneinsparungen und die Gewinnung neuer Führungs- und Fachkräfte einander gegenüber standen. Kurz- und mittelfristige Planungsrechnungen, ein Management-Informationssystem sowie ein Maßnahmenkatalog für das gesamte Unternehmen, mit dem Aufgabenstellungen, Verantwortungsbereiche und Erfolgskontrollen festgeschrieben werden sollten, schienen die Schlüsselwörter für den Wiederaufstieg.[295] Der Neubau einer Produktionsstätte für Tafelgeräte sowie der Silberschmelze, des Walzwerks und von Teilen der Vorfabrikation von Bestecken wurde Ende 1986 begonnen und sollte im September 1987 beendet sein. Damit waren alle Produktionsstätten sowie die Verwaltung am Standort Hemelingen konzentriert. Der Verkaufserlös für das Grundstück in Sebaldsbrück deckte die Investitionskosten zu mehr als 50 %.[296] Für das Jahr 1988 wurde ein deutlicher Rationalisierungseffekt durch die Zusammenlegung der Betriebsstätten erwartet.[297] Im Jahr 1987 war die Ertragslage jedoch unbefriedigend, der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme war um 3 % auf 23,3 % zurückgegangen.[298] Mit einem Wachstum um 2,8 % ging es 1988 tatsächlich wieder bergauf, versilberte Bestecke und Tafelgeräte sowie hochwertige Edelstahlbestecke hatten den größten Anteil daran. Auch organisatorische Veränderungen und Kosteneinsparungen trugen zum besseren Ergebnis bei: Eine rechnergestützte Produktionsanlage war angeschafft worden.[299] In diesem und im folgenden Jahr wuchs der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme wieder (1989: 27,5 %). Der Maschinenpark wurde modernisiert, die Herstellung von Werkzeugmaschinen rationalisiert und Klingenschleifmaschinen angeschafft, um zuvor im Lohnauftrag extern durchgeführte Arbeitsgänge zu integrieren.[300]

Im Aufwind der deutschen Wiedervereinigung, kombiniert mit einem deutlich gesunkenen Silberpreis, konnte 1990 endlich wieder von Umsatzzuwächsen jenseits der 10 % berichtet werden (Konzern +12,7 %, Wilkens Bremer Silberwaren AG +14,5 %). Der Konzern versuchte, eigene Wege zu finden bei der Entwicklung einer Silberreinigung ohne umweltgefährdende Inhaltsstoffe.[301] Auch investierte man 1991 in die Rationalisierung von Fertigungsstufen.[302]

292 Ebd., Geschäftsbericht 1986.
293 Ebd.
294 Ebd.
295 Ebd.
296 Ebd.
297 Ebd., Geschäftsbericht 1987.
298 Ebd.
299 Ebd., Geschäftsbericht 1988.
300 Ebd., Geschäftsbericht 1989.
301 Ebd., Geschäftsbericht 1990.
302 Ebd., Geschäftsbericht 1991.

Der Schwung erlahmte jedoch rasch, die Konjunktur schwächte sich im zweiten Halbjahr 1991 deutlich ab, der Umsatz ging auch bei Wilkens zurück um 2,1 %.[303] Das Rezessionsjahr 1992 brachte noch einmal ein Minus von 1,6 %. Die Personalkosten waren gestiegen, die Vorräte erhöht worden in den Boom-Jahren, und jetzt trug man an der Zinsbelastung für Bankverbindlichkeiten. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme war mit 23,1 % unter den des Jahres 1987 gesunken. In den Bereichen »Investitionen« sowie »Forschung und Entwicklung« gab es nichts wesentlich Neues zu berichten im Jahr 1992.[304] Der letzte Geschäftsbericht vor dem Konkurs betont zwar, dass der Konzern auch mitten in der Rezession seine Marktanteile behaupten konnte, weist aber für die beiden Marken, Wilkens und BSF, auf Verluste durch den veränderten Produktmix hin. Trotz Preisen für das Design neuer Edelstahlbestecke bei beiden Marken erwies sich die Konzentration auf den Bestecksektor als problematisch. Unter dem Markenzeichen BSF versuchte man gegenzusteuern mit der Entwicklung weiterer Produkte rund um den gedeckten Tisch. Investitionen betrafen schwerpunktmäßig die Bereiche Marketing und Vertrieb (z. B. feste Messestände in Frankfurt und die erfolgreiche neue Vertriebssparte »Hotel / Restaurant«). In die CAD-Technik im Werkzeugbau, eine neue Fördertechnik und metallumformende Maschinen wurde im Bereich Produktion investiert. Auf Abwasservermeidung und eine neue Recyclingtechnik für Schleif-Abfälle war der Bereich Forschung und Entwicklung konzentriert. Das Fazit aber blieb unbefriedigend: Materialkostensteigerungen, denen keine entsprechenden Preiserhöhungen entgegengesetzt werden konnten, ein hohes Vorratsvermögen und zögerlicher Personalabbau erst im zweiten Halbjahr belasten das Ergebnis. Die Eigenkapitaldeckung war auf 17,5 % gesunken.[305] Allerdings lag man damit im westdeutschen Durchschnitt, welcher bereits seit 1980 unter die 20 %-Marke gesunken war.[306]

Bis 1993 wurde die Firma Wilkens Bremer Silberwaren AG von einem Mitglied der Familie geführt, zuletzt vom Ururenkel des Gründers. Dann wechselte Helmut Wilkens nach 50-jähriger Betriebszugehörigkeit vom Vorstand in den Aufsichtsrat. Für das Jahr 1993 musste die AG einen Jahresverlust von 3,2 Mio. DM bekannt geben. In Zeitungsberichten war die Rede von einem gut doppelt so hohen Verlust für das folgende Jahr.[307] Im Sommer 1994 scheiterte der Plan, die Kapitalbasis mit Hilfe einer Beteiligung der Firma Rosenthal zu stärken, allerdings konnte Wilkens eine Zusammenarbeit ohne Kapitalverflechtung vereinbaren.[308] Ein Kostensenkungsprogramm sah die Verringerung von 473 Arbeitsplätzen im Jahre 1993 auf etwa 420 vor. Man sah eine Chance, mittelfristig wieder führender Anbieter von Silberbestecken zu werden, und

303 Ebd.
304 Ebd., Geschäftsbericht 1992.
305 Ebd., Geschäftsbericht 1993.
306 Vgl. Hartmut Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, Paderborn 2004, S. 125.
307 Vgl.: Wilkens Silberwaren meldet Vergleich an!, in: Weser Report, 22. 2. 1995.
308 Vgl.: Wilkens kooperiert mit Rosenthal, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 7. 1994.

wollte 1996 wieder Gewinn machen.[309] Ende des Jahres 1994 war klar, dass Wilkens neue Bankkredite brauchen würde, um wenigstens als Silbermanufaktur zu überleben. Anstelle der eigenen Produktion von Edelstahlbestecken wollte man diese hinzukaufen und das Sortiment so wettbewerbsfähig machen. Ein Sozialplan (Kostenpunkt: rund 5,5 Millionen DM) sollte den für die nächsten drei Jahre vorgesehenen Abbau von 165 der nun noch 365 Arbeitsplätze abfedern. Auch von Beteiligungen und Grundstücksbesitz in Bremen wollte man sich trennen.[310] Doch diese Maßnahmen konnten nicht mehr greifen. 358 Arbeiter bangten damals um ihren Arbeitsplatz. Zum Vorstand zählte seit zwei Jahren kein Wilkens mehr, die Firmenanteile gehörten allerdings noch mehrheitlich den Nachkommen des Gründers.

Ende Februar 1995 wurde Vergleich angemeldet, geplant war ein Fortsetzungsvergleich, die Firma sollte entschuldet werden, 200 Arbeitsplätze abgebaut, Arbeitnehmer und Vorstand setzten sich für eine Umstrukturierung ein. Dazu war die Unterstützung durch die drei Bremer Hausbanken mit weiteren Krediten nötig, die wiederum von einer Bürgschaft des Senats über nach Zeitungsberichten bis zu 8 Mill. DM abhängig gemacht wurden. Die Bremer Landesregierung ihrerseits suchte die Rückversicherung durch die Kapitaleigner. Der Kurs der Aktie hatte 1994 zwischen 141 und 295 DM gelegen; die Aktiennotiz wurde am 17. Februar 1995 ausgesetzt, am Tag zuvor hatte er 143 DM betragen.[311] Die Beschäftigten der Firma Wilkens wandten sich vergebens in Briefen an die IG-Metall-Betriebsräte, die Politiker in der Bremer Bürgerschaft und die Öffentlichkeit mit einem Appell an das Bremer Traditionsbewusstsein.[312] Am 14. 3. 1995 musste der Vergleichsverwalter Dr. Hellmut Vogel schließlich das Anschlusskonkursverfahren beantragen. Die nach eigenen Angaben älteste deutsche Silberwarenmanufaktur hatte die Löhne und Gehälter für Februar nicht mehr bezahlen können. Bei einem Fortsetzungsvergleich hätten bevorrechtigte Gläubiger voll, die übrigen zu 40 % befriedigt werden müssen. Einer Gesamtverschuldung von 42,4 Mio. DM stand ein Aktienkapital von 5,1 Mio. DM gegenüber, von dem noch 68,5 % auf Namensaktien der Familienmitglieder beruhten.[313] Am 5. März belief sich der Kurs der Aktie auf 103 DM und wurde am folgenden Tag ausgesetzt.[314] Ende März sprach der Konkursverwalter vor der Presse bereits von ersten Erfolgen. Die »Bremer Silberwaren Handelsgesellschaft mbH«, Bremen, HRB 15920, eine neue Vertriebsgesellschaft mit frischem Kapital und 58 Arbeitsplätzen sollte zusammen mit der Produktionsgesellschaft (162 Arbeitsplätze) zunächst die Fortführung des Geschäfts sichern und dann einem Investor als Unternehmensverbund

309 Ebd.

310 Vgl.: Wilkens Silberwaren in der Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 12. 1994.

311 Vgl.: Wilkens Silberwaren im Vergleich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 2. 1995.

312 Vgl.: Silberschmiede kämpft gegen negative Schlagzeilen, in: Weser-Kurier, Februar 1995.

313 Horst Monsees, Silbermanufaktur in Konkurs, in: Weser-Kurier, 15. 3. 1995.

314 Vgl.: Anschlusskonkurs bei Wilkens Silberwaren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 3. 1995.

übergeben werden können.[315] Am 13. Oktober berichtete die Presse von der Übernahme wesentlicher Teile der Firma Wilkens durch den Schneidwaren-Hersteller »ZWILLING J. A. Henckels AG« aus Solingen.[316] Alle Vermögensgegenstände wurden verwertet und der Aktienmantel verkauft. Sämtliche bevorrechtigten Gläubiger konnten befriedigt werden. Ein Zwangsvergleich schloss den Konkurs mit einer Entschuldung ab. Damit wurde der Konkurs am 4. 4. 2001 aufgehoben und die noch immer börsennotierte Wilkens Bremer Silberwaren AG ging in die Abwicklung, welche am 18. 10. 2001 mit der Abwicklungsschlussbilanz beendet wurde.[317]

Die Mitarbeiter der »Wilkens Bremer Silberwaren AG«

Nach der Fusion waren die ehemalige BSF und Wilkens zunächst mit je einem Geschäftsführer aus der Familie und einem weiteren aus der jeweiligen Firma im Vorstand vertreten. Helmut Wilkens war Vorstandsvorsitzender der Wilkens Bremer Silberwaren AG.[318] Ab 1975 wurde mit der Berufung von Dr. Klaus Berthold die Bedeutung von Marketing und Design verstärkt. Zehn Jahre lang war er einer von drei Vorständen. Ab 1985 stand die Notwendigkeit einer Neustrukturierung im Vordergrund und man holte Dr. Karl Mahlert (1905–2008) als viertes Mitglied in den Vorstand. Mit dem neuen Vorsitzenden begann eine Diskussion um das »Unternehmensstrukturkonzept«[319], um »... Führungsstruktur, innerbetriebliche Organisation und das Informationssystem effizienter zu gestalten«[320]. Als er das Unternehmen Ende Oktober 1987 verließ, war Dr. Mahlert überzeugt, es wieder auf einen guten Weg gebracht zu haben.[321] 1993 schied nach fast 50-jähriger Tätigkeit im Unternehmen Helmut Wilkens aus dem Vorstand aus. Nun wurden der Diplom-Kaufmann Karlheinz Diesing (vorher Vertriebs- und Marketingleiter bei Arzberg-Porzellan)[322] und der Kaufmann Claus-Peter Oehlmann neu ernannt.[323] Sie sollten erst mit der Umbenennung des Aktienmantels zum 16. 7. 2001 ihr Amt offiziell niederlegen.[324]

315 Vgl.: Silberwaren mit ersten Erfolgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. 3. 1995.
316 Vgl. Hansjörg Heinrich, Zwilling will Wilkens, in: Weser-Kurier, 13. 10. 1995.
317 Vgl. RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG (Hrsg.), Lagebericht zum 18. Oktober 2001, in: Geschäftsberichte ab 2001, URL: http://www.rwl-ag-bremen.de, Bearbeitungsstand 24. 10. 2007.
318 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1969.
319 Ebd., Geschäftsbericht 1985.
320 Ebd.
321 Ebd., Geschäftsbericht 1986.
322 Vgl. absatzwirtschaft online, ASW Nr. 3 vom 1. 3. 1993, S. 142. http://www.absatzwirtschaft.de/Content/Print-Archiv/_pv/_p/1004040/an/039301034/default.aspx/document.html, Bearbeitungsstand 20. 7. 2009.
323 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1993.
324 Vgl. RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG: Geschäftsberichte ab 2001. http://www.rwl-ag-bremen.de, Bearbeitungsstand 24. 10. 2007.

Nach der Fusion gab es sechs Sitze im Aufsichtsrat. Bis 1988 hatte der Bankdirektor Peter Hartmann von der Deutschen Bank den Vorsitz inne.[325] Sein Stellvertreter war ein Syndicus mit Verbindung zur Handelskammer. Weitere Aufsichtsratssitze gingen an Vorstände anderer Firmen aus der Region (Nordmende, Varta AG, Bremer Wollkämmerei). Bei der Wahl der beiden Arbeitnehmervertreter aus den Bereichen BSF und Wilkens herrschte bis Ende der 80er Jahre Kontinuität. Die Familie Wilkens war von 1976–81 durch Wolfgang Jacobskötter vertreten,[326] 1983–87 durch Manfred Wilkens (Mitglied des Kollegiums des Max-Planck-Instituts für Metallforschung in Stuttgart)[327], und ab 1986 durch dessen Neffen Michael-Diedrich Wilkens, Sohn des früh verstorbenen ältesten Sohnes von Martin Heinrich Wilkens, mittlerweile Geschäftsführer der CEAG Dominit GmbH.[328] Eine Satzungsänderung brachte 1987 eine feste Jahresvergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die teilweise an die Höhe der erwirtschafteten Dividende gekoppelt war, und zwar verringert von den 1976 festgesetzten 3.000 DM auf 2.000 DM pro Prozent Dividende.[329] Eine ganz neue Zusammensetzung des Aufsichtsrats unter Leitung eines Rechtsanwalts und Notars entstand ab 1988. Er begleitete gemeinsam erst mit zwei Aufsichtsräten aus der Wirtschaft und ab 1993 mit einem Kaufmann sowie mit Helmut und Michael-Diedrich Wilkens den Weg des Familienunternehmens in den Konkurs.[330]

Auch in dieser Phase der Entwicklung verfügte das Unternehmen über ein gut arbeitendes Design-Team. Ab 1969 bis etwa 1985 arbeitete Friedrich Swoboda, zuvor Chefdesigner bei der BSF, als Entwerfer für Wilkens (Firmenauskunft vom 12. 9. 2002 an das Badische Landesmuseum). Der Graphiker illustrierte bereits 1950 die Firmenschrift zum 50. Geburtstag der Bremer Silberwarenfabrik. Doch auch ab Mitte der 80er Jahre waren zahlreiche, zum Teil preisgekrönte Designer für Wilkens tätig.[331] Der Edelstahl-Kollektion setzte

325 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1969.

326 Ebd., Geschäftsbericht 1975.

327 Ebd., Geschäftsbericht 1982/1987.

328 Ebd., Geschäftsbericht 1986.

329 Ebd., Geschäftsbericht 1987.

330 Vgl. RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Abwicklungseröffnungsbilanz zum 5. April 2001, Wilkens Bremer Silberwaren AG i.A. Bremen, http://www.rwl-ag-bremen.de, Bearbeitungsstand 24.10.2007.

331 An dieser Stelle können nur einige Designer erwähnt werden: Mitte der achtziger Jahre schuf Wolf Karnagel (1940 in Leipzig geboren), der zuvor bei Rosenthal (»Studio-Linie«) und dem Konkurrenten Hutschenreuther (»Tavola«) zu Klassikern gewordene Tafelprogramme entwickelt hatte, für Wilkens das Besteck EPOCA, das ebenfalls auf die Grundsätze des Deutschen Werkbundes und des Bauhauses zurückgeht. Geradlinige Formen in den überlieferten Maßen anstelle der zeitgemäß kleineren haben auch hier einen Klassiker geschaffen. Vgl. Grassimuseum (Hrsg.), 3. 5. – 17. 9. 2000 Rundum Form – Wolf Karnagel, http://www.grassimuseum.de/rundum_form.=.html, Bearbeitungsstand 23. 4. 2009. Weitere Designer wie Prof. Oswald Mathias Unger (1926 – 2007) arbeiteten um dieselbe Zeit für Wilkens. Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen,

allerdings die schwere Verformbarkeit des Materials Grenzen und in den 70er Jahren schlug das Pendel wieder um von schlichter Funktionalität zu nostalgischer Dekoration. Erst seit etwa 1980 ging der Trend im Korpuswaren- wie auch im Besteckbereich zurück zu schlichterem, modernem Design.[332]

In der Personalentwicklung folgte das Unternehmen dem dominierenden Trend der Zeit, nämlich der Rationalisierung. Durch die Fusion mit der BSF erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter zunächst auf rund 900. Korpus- sowie Besteck-Stahlgraveure von BSF und Wilkens wurden zusammengelegt. Bis 1986 sank die Zahl der Beschäftigten wieder auf etwa 600 und betrug im letzten Jahr vor dem Konkurs nur noch 380. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten verschob sich zugunsten letzterer, so dass z. B. 1971 auf 664 Arbeiter bereits 200 Angestellte kamen.[333] Doch im März 1974 legte ein über dreiwöchiger Streik der IG Metall auch Werkstätten und Versandabteilungen bei Wilkens still. Allerdings konnte sich die Firma damit trösten, dass es sich um den ersten Streik im Unternehmen seit 50 Jahren handelte.[334] 1975 mussten erstmals 90

Geschäftsbericht 1986. Ein Kaffee-Tee-Service entstand 1985 in der Serie NEUE KLASSIK aus 925er Silber, mit Ebenholz kombiniert. Vgl. Wilkens & Söhne GmbH (Hrsg.), TRADITION – STYLE – DESIGN, Broschüre, Bremen 2009, S. 71. 1986 entwickelte das Designerpaar Ulla und Martin Kaufmann (beide geboren 1941 in Hildesheim, Ausbildung zum Gold- und Silberschmied 1958 – 62) die Besteckserie PALLADIO für Wilkens. Vgl. Bundesverband Kunsthandwerk (Hrsg.), Kaufmann, Martin + Ulla, http://www.bundesverband-kunsthandwerk.de/fpdb/Schmuck/Default.htm, Bearbeitungsstand 15. 11. 2009. Das Edelstahlmodell wurde 1992 mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Auch das BESTECK 2000 (1998 entwickelt) und die Besteckserie CLASSICO (1999) erhielten Auszeichnungen. Vgl. inhorgenta europe (Hrsg.), Ausstellerdatenbank, URL: http://www.inhorgenta-mediaservices.com, Bearbeitungsstand 26. 4. 2009. 1991 begann für die Diplom-Designerin und gelernte Goldschmiedin Kerstin Nolte (geboren in Itzehoe) eine langjährige Zusammenarbeit mit der Firma Wilkens. Kerstin Nolte entwarf neben Bestecken auch Tafelgeräte, Accessoires und Schmuck für Wilkens. Vgl. Nolte, Kerstin, URL: http://www.kerstinnolte.de, Bearbeitungsstand 28. 4. 2009. 1993 errang die Marke Wilkens mit dem Edelstahlbesteck INVITO, entworfen von dem Chefdesigner Walter Storr, wiederum mehrere Design-Auszeichnungen. Vgl. o. V., Designpreis Deutschland, http://www.designpreis.de, Bearbeitungsstand 23. 4. 2009. Walter Storr arbeitete von 1962 – 2000 als Designer bei Wilkens (vgl. Abschnitt »Der Familien-Konzern«). 1986 entwarf er das Kaffee- und Teeservice GALA (925er Silber). Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Collection Gala, Firmenprospekt, Bremen o. J. [1986]. Als Entwerfer haben weiterhin mit Wilkens zusammengearbeitet: Peter Maly (geboren 1936), z. B. für ein Kaffeeservice aus Edelstahl, und Adelheid Zoller. Vgl. Carola Baumgarten, Peter Maly, ein Meister der Geometrie, in: Berliner Zeitung, Beilage vom 24. 2. 1995, http://www.berlin-online.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/0224/beilage/0010/index.html, Bearbeitungsstand 19. 11. 2009. Vgl. darüber hinaus Pohl-Weber, Form und Glanz (wie Anm. 46).

332 Vgl. Helmut Wilkens, Wandlungen (wie Anm. 220), S. 14.

333 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969 – 1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1971.

334 Ebd., Geschäftsbericht 1975.

Arbeitsplätze abgebaut werden, da Edelstahlbestecke des Unternehmens verglichen mit asiatischer Produktion nicht konkurrenzfähig waren. Zu einem guten Teil konnten Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand gehen.[335] »...Flexibilisierung, Sicherung des Nachwuchses von Fachkräften sowie vor allem Rationalisierung und Leistungssteigerung«[336] waren die Schlagwörter, mit denen in den 80er Jahren auf die fehlende Wettbewerbsfähigkeit reagiert wurde. Leistungslohn und Teilzeitbeschäftigung sollten für bessere Anpassung an saisonale Schwankungen sorgen; Arbeitsplätze sollten sozialverträglich abgebaut werden.[337] Für das Ergebnis des Jahres 1989 hatten sich Personaleinsparungen positiv ausgewirkt[338], ohne freilich der langfristig negativen Unternehmensentwicklung die Spitze brechen zu können.

Dessen ungeachtet kümmerte sich das Unternehmen nach wie vor um die Ausbildung von Fachkräften. 1985 waren beispielsweise unter den 29 Lehrlingen bei Wilkens sechs Werkzeugmacher, sechs Stahlgraveure, zwei Silberschmiede, ein Flach- oder Silbergraveur, fünf Galvaniseure sowie drei Büro- und sechs Industriekaufleute. Je zwei der jungen Leute stammten aus der Türkei und aus Vietnam. Fast alle Lehrlinge wurden später übernommen. Wer nicht die nötigen Voraussetzungen für eine Lehrstelle hatte, konnte seit 1980 ein siebenmonatiges Praktikum bei Wilkens absolvieren, bekam einen Praktikantenbrief am Ende und das Angebot, als angelernter Arbeiter auf der Silberpräge zu bleiben. Sieben Jugendliche wurden pro Jahr in dieses Programm aufgenommen.[339] Bis 1993 konnte man zudem Jahr für Jahr in den Bremer Zeitungen die Namen der langjährigen Mitarbeiter lesen, die mit einer persönlichen Ansprache des Vorstandes geehrt wurden, eine Aufgabe, der sich auch der letzte Wilkens in der Firmenleitung gern annahm. Und die Tatsache, dass z.B. im Jahre 1980 auf gut 600 Mitarbeiter 49 Jubilare kamen, von denen vier seit 40 Jahren bei Wilkens tätig waren und einer gar seit 50 Jahren, ist ein Hinweis auf das besondere Verhältnis zwischen den Mitarbeitern und der Firmenleitung, in dem die Kontinuität des Familienbetriebs sichtbar wurde.[340]

Vom Rohstoff zum Produkt

1972 blickte man vorsichtig optimistisch in die Zukunft auf dem Silbermarkt und hoffte auf größere Preisstabilität, da sich gestiegene Bezugspreise nicht im gleichen Umfang durch eine Erhöhung der Verkaufspreise auf die Kunden abwälzen ließen.[341] Allerdings stieg der Preis unerwartet im Jahresverlauf von 151 DM auf 215 DM, was auf Preisspekulationen auf dem Silbermarkt

335 Ebd., Geschäftsbericht 1975.
336 Ebd., Geschäftsbericht 1986.
337 Ebd.
338 Ebd., Geschäftsbericht 1989.
339 Vgl.: Gern Nachwuchs aus den eigenen Reihen. Beitragsreihe: Bremer Betriebe bilden aus (XXVIII), in: Weser-Kurier, 28. 9. 1985.
340 Vgl.: Bewährte Treue zum Betrieb, in: Bremer Nachrichten vom 19. 1. 1980.
341 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1971.

zurückgeführt wurde. Ende 1972 wurde daher eine Preissteigerungsrücklage von 240.495 DM gebildet.[342] Im nächsten Jahr erfüllte sich die Hoffnung auf Preisstabilität nicht: Der Silberpreis stieg um 30 % bis 50 %.[343] 1974 stieg der Silberpreis von 286 DM per Kilo auf 580 DM, sank dann aber wieder auf 375 DM. Wiederum wurde eine Preissteigerungsrücklage gebildet, diesmal von 440.000 DM.[344] Und der Silberpreis sollte noch weiter steigen im Jahr 1975[345], bis er erst 1977 wieder relativ stabil blieb.[346] Diese Stabilitätsphase dauerte ein weiteres Jahr, bis im ersten Halbjahr 1979 der Silberpreis wieder um 50 % stieg.[347] Und am Ende des Jahres erreichte der Preis das Vierfache dessen, was zu Jahresbeginn gefordert worden war. Im Januar 1980 kletterte der Preis noch einmal auf das Doppelte und bewegte sich zwischen 634 DM und 2.800 DM per Kilo. Für den Fachhandel musste man gestaffelte Tagespreise einrichten, um die Preisschwankungen aufzufangen.[348] 1981 dagegen folgte ein Jahr gleichbleibender Silberpreise.[349] Doch 1982 schwankte der Preis des Silbers pro Kilo wieder zwischen 401 DM und 894 DM,[350] im Folgejahr zwischen 724 DM und 1.158 DM (der Durchschnittskurs lag mehr als 50 % über dem des Vorjahrs).[351] 1985 lag der Jahresdurchschnittspreis mit 596 DM per Kilo wieder niedriger als 1984 und 1986 sank er auf 392 DM, im Folgejahr stieg er wieder geringfügig auf 415 DM.[352]

Von einem stabilen Preisniveau konnte Wilkens erst für 1989 wieder berichten.[353] Der Silberpreis blieb günstig, die Verbraucherpreise für Echtsilber wurden 1990 gesenkt und blieben 1991 niedrig.[354] Als sie 1993 wieder anstiegen, versuchte man durch Bewertung der Silbervorräte mit Hilfe der Lifo-Methode (»Last in, first out« – das jeweils zuletzt teuer gekaufte Silber wurde buchungstechnisch zuerst verarbeitet) das Vorratsvermögen zu verringern, während man bei der Bewertung der übrigen Vorräte die Methode wieder aufgab.[355] 1993 brachten silberne und versilberte Artikel dem Wilkens-Konzern 40 % des Umsatzes.[356] Preisschwankungen gab es auch bei Edelstahl und Zinn ab Ende des Jahres 1972.[357] Im Jahr 1974 stieg der Preis um 10 %.[358]

342 Ebd., Geschäftsbericht 1972.
343 Ebd., Geschäftsbericht 1973.
344 Ebd., Geschäftsbericht 1974.
345 Ebd., Geschäftsbericht 1975.
346 Ebd., Geschäftsbericht 1977.
347 Ebd., Geschäftsbericht 1978.
348 Ebd., Geschäftsbericht 1980.
349 Ebd., Geschäftsbericht 1981.
350 Ebd., Geschäftsbericht 1982.
351 Ebd., Geschäftsbericht 1983.
352 Ebd., Geschäftsberichte 1985/1986/1987.
353 Ebd., Geschäftsbericht 1989.
354 Ebd., Geschäftsbericht 1991.
355 Ebd., Geschäftsbericht 1993.
356 Vgl.: Wilkens kooperiert mit Rosenthal, (wie Anm. 308).
357 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1972.
358 Ebd., Geschäftsbericht 1974.

Wechselkursschwankungen machten ab 1980 Absatzprognosen für die importierten Edelstahlbestecke schwierig, nachdem in diesem Jahr der Absatz noch um 26 % gestiegen war. Eine Rückverlagerung der Produktion war jedoch nicht in der Diskussion.[359] Infolge einer günstigen Entwicklung des Yen-Kurses konnte Edelstahlbesteck der Marke BSF 1982 neue Marktanteile gewinnen.[360] Die Tendenz verstärkte sich noch im Folgejahr.[361]

Die einzelnen Produktsparten entwickelten sich sehr unterschiedlich. Geschenkartikel und Tafelgeräte aus Silber, versilbert, aus Edelstahl oder ab diesem Jahr auch aus Zinn machten 1970 20 % der Produktion aus.[362] 1971 entfielen bereits 23 % des Umsatzes darauf. Insbesondere Geschenkartikel aus Zinn verzeichneten eine 16 %ige Umsatzsteigerung.[363] Im Folgejahr stieg der Anteil der Geschenkartikelumsätze auf 24,2 %, woran Zinnartikel den größten Anteil hatten, aber auch versilberte Tafelgeräte hatten an der Umsatzsteigerung teil, während die echtsilbernen Artikel sich auf dem Vorjahresniveau bewegten und das Fehlen einer »geeigneten«[364] Edelstahl-Kollektion beklagt wurde.[365] 1975 war man bei Wilkens mit der Entwicklung von Geschenkartikeln aus Zinn, Edelstahl, Keramik und Messing zufrieden, wies aber auf die »Problematik der hohen deutschen Lohnstückkosten«[366] auch für diesen Geschäftsbereich hin, wo sie wegen zu geringer Stückzahlen nicht durch Teilautomatisierung oder Rationalisierung auszugleichen waren.[367] 1978 wurde der Umsatz von echtsilbernen und versilberten Tafelgeräten und Geschenkartikeln gegenüber dem Vorjahr gehalten.[368] Infolge der Silberspekulation stieg das Interesse an silbernen Tafelgeräten mit den wieder sinkenden Silberpreisen, die 1981 allerdings immer noch um 115 % höher lagen als 1978. So stand einer mengenmäßigen Steigerung von 30 % nur ein Plus von 9 % des Wertes gegenüber.[369] Bei weiter steigenden Silberpreisen wurde 1983 Tafelgerät aus Silber weniger nachgefragt, der Umsatz sank um 3 %, wohingegen versilbertes Tafelgerät und Geschenkartikel der Marke »Wilkens« erstmals seit Jahren einen Umsatzanstieg erreichten.[370] 1986 kam die neue Sterlingsilber-Kollektion »GALA«, entworfen von Walter Storr und handgefertigt, auf den Markt.[371] Auch versilbertes Tafelgerät der Marke »AMBASSADOR« fand höheren Absatz als im Vorjahr. Wilkens war mittlerweile nach eigenen Angaben

359 Ebd., Geschäftsbericht 1980.
360 Ebd., Geschäftsbericht 1982.
361 Ebd., Geschäftsbericht 1983.
362 Ebd., Geschäftsbericht 1970.
363 Ebd., Geschäftsbericht 1971.
364 Ebd., Geschäftsbericht 1972.
365 Ebd.
366 Ebd., Geschäftsbericht 1975.
367 Ebd., Geschäftsbericht 1976.
368 Ebd., Geschäftsbericht 1978.
369 Ebd., Geschäftsbericht 1981.
370 Ebd., Geschäftsbericht 1983.
371 Vgl. M. H. Wilkens & Söhne (Hrsg.), Collection Gala, Firmenprospekt, Bremen o. J. [1986].

der einzige bekannte Besteckhersteller, der gleichzeitig Tafelgerät und Geschenkartikel in Echtsilber und versilbert herstellte und vermarktete, und zwar sowohl unter der Marke »Wilkens« als auch »BSF« mit der Kollektion »PRINCE OF WALES«.[372] Versilbertes Tafelgerät erzielte 1987 ein weiteres Umsatzplus.[373] Im Zuge des sinkenden Silberpreises wurde echtsilbernes Tafelgerät wieder mehr nachgefragt, versilberte Produkte jedoch weniger.[374]

Anders stellte sich die Situation bei den Bestecken dar. 1972 waren die Edelstahlbestecke wiederum mit einer Steigerung von 23 % gegenüber dem Vorjahr erfolgreich, echtsilberne Bestecke erzielten einen Zuwachs von 3 %, während der Umsatz an versilberten Bestecken sich um 10 % verringerte.[375] Die hier erkennbare Tendenz wurde im Folgejahr noch verstärkt: 40 % Umsatzsteigerung für Edelstahlbestecke, 6 % bei Silberbestecken und ein Minus von 10 % bei versilberten Bestecken. Edelstahlbestecke, die bis 1970 ausschließlich aus diesem Material gefertigt worden waren, wurden drei Jahre später zunehmend in einer Kombination aus zwei Materialien angeboten: Holz, Kunststoff, Keramik, Porzellan, Zinn usw. wurden für die Griffe eingesetzt. Damit setzte eine Tendenz zum kurzlebigen Designprodukt mit einer breiten Preisskala ein.[376] Ab 1974 wurde die Produktion von Edelstahlbestecken nach Asien ausgelagert, im Folgejahr erweitert um andere Sortimentsteile.[377] Silberbestecke hielten in den Folgejahren den Umsatz zwar wert-, aber nicht mengenmäßig, versilberte Bestecke fielen weiter in der Käufergunst zurück, 1976 erzielte die Bestecksparte erstmals wieder höhere Zuwächse als die Geschenkartikel. Beim versilberten Besteck erklärte man sich die Trendwende mit der Rückkehr zu »traditionellen und zeitlosen Formen«[378]. Hochwertige Edelstahlbestecke wurden auch 1976 noch in den eigenen Werken produziert, jedoch wurde die Aussicht auf weitere Umsatzsteigerungen als schlecht eingeschätzt. Die Bestecke der niedrigen und mittleren Preisklasse dagegen wurden im asiatischen Ausland gefertigt, nach inoffizieller Auskunft zunächst in Japan und später in weiteren asiatischen Ländern.[379] Eine Ausnahme hiervon bildeten die Messer, denn die Fremdproduktion genügte den Ansprüchen in diesem Teilbereich nicht.[380] 1980 erzielten silberne (5 %), versilberte (17 %) und Edelstahlbestecke (26 %) Zuwächse.[381] 1981 brachte die Muttergesellschaft als Neuheit ein mit 150 g massiv-versilbertes Besteck auf den Markt, das 2/3 mehr Silber enthielt als die übliche 90 g-Auflage.[382] Allerdings konnte man damit nicht dem Branchentrend gegensteuern und hatte einen Umsatzrückgang

372 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1986.
373 Ebd., Geschäftsbericht 1987.
374 Ebd., Geschäftsbericht 1991.
375 Ebd., Geschäftsbericht 1972.
376 Ebd., Geschäftsbericht 1973.
377 Ebd., Geschäftsberichte 1974/1975.
378 Ebd., Geschäftsbericht 1976.
379 Ebd.
380 Ebd., Geschäftsbericht 1981.
381 Ebd., Geschäftsbericht 1980.
382 Ebd.

von 10 % zu verzeichnen. Die echtsilbernen Bestecke verkauften sich 1981 dagegen wesentlich besser und erbrachten eine wertmäßige Umsatzsteigerung von 9 %. Auch bei den Edelstahlbestecken erreichte man im selben Jahr trotz der Wechselkursschwankungen einen Zuwachs von 16 %. Stabilisierend wirkte hier die Messer-Fertigung in den eigenen Werkstätten.[383] Auch brachte die günstige Entwicklung des Yen-Kurses im Folgejahr neue Marktanteile für die Edelstahlbestecke der Marke BSF.[384] Der Verkauf von Edelstahlbestecken stieg 1983 um 15 %, was als Resultat der Werbe- und Marketingmaßnahmen zur Unterstützung des Fachhandels herausgestellt wurde. Auch die Umsatzsteigerung bei versilbertem Besteck führte man auf das erfolgreiche Konzept zurück.[385] In diesen Zusammenhang gehört die Markenkonzeption bei Edelstahlbestecken: »Die Ästhetik guten Designs«[386]. 1985 hingegen sank der Absatz bei versilbertem Besteck, für Edelstahlbestecke konnte nur die Marktstellung behauptet werden bei leicht gesunkenem Inlandsumsatz. Gleichzeitig aber erzielten echtsilberne Bestecke Umsatzzuwächse entgegen dem Branchentrend, was durch eine Sonderproduktion zum 175-jährigen Jubiläum begünstigt worden war.[387]

1987 erbrachten nur hochwertige Edelstahlbestecke der BSF noch eine leichte Umsatzsteigerung, die silbernen und versilberten Bestecke der Marken BSF wie auch Wilkens gingen im Umsatz zurück.[388] Von diesem Umsatzeinbruch erholte sich der Konzern nur langsam. Ab 1991 wurden die Edelstahlbestecke der Marke BSF auch in einfacheren Verpackungen angeboten, was für die Kunden einen deutlichen Preisvorteil brachte.[389] Eine Verkaufsaktion mit diversen Produkten rund um den gedeckten Tisch an zentralen Stellen in Einrichtungshäusern versuchte, neue Kundenkreise für die Edelstahl-Kollektion der BSF anzusprechen. Besonders guten Absatz fand das neue Modell TOGA. Im selben Jahr erwies sich das Edelstahl-Besteck PALLADIO unter der Marke Wilkens als Erfolgsmodell.[390] 1993 jedoch brach der inländische Besteckmarkt mit – 9,1 % ein. Auch wenn der Konzern im Branchenvergleich nicht schlecht dastand, so war die Konzentration auf die Besteckproduktion fatal (BSF: 95 %). Im Jahr 1993 war durch Wechselkurs-Erhöhungen der Preis für importierte Edelstahlbestecke gestiegen, aber dennoch fanden sie weit besseren Absatz mit einem Minus von nur 4 % gegenüber echtsilbernen (– 28 %) oder versilberten Bestecken (– 16 %).[391] Wilkens war nach WMF Württembergische Metallwarenfabrik »... der zweitstärkste Anbieter auf dem Markt für Edelstahlbestecke mittlerer und höherer Preislage...«[392].

383 Ebd., Geschäftsbericht 1981.
384 Ebd., Geschäftsbericht 1982.
385 Ebd., Geschäftsbericht 1983.
386 Ebd., Geschäftsbericht 1984.
387 Ebd., Geschäftsbericht 1985.
388 Ebd., Geschäftsbericht 1987.
389 Ebd., Geschäftsbericht 1991.
390 Ebd., Geschäftsbericht 1992.
391 Ebd., Geschäftsbericht 1993.
392 Deutscher Bundestag (Hrsg.), Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit

Im Jahre 1970 wurden Geschenkartikel aus Zinn neu ins Programm aufgenommen.[393] Im folgenden Jahr konnte ihr Umsatz um 16 % gesteigert werden.[394] 1974 stieg der Preis zunächst von 17 DM per Kilo auf 25 DM, ging zum Jahresende jedoch auf 18 DM zurück.[395] 1978 spielten Tafelgeräte und Geschenkartikel aus Zinn, Messing und Edelstahl keine große Rolle mehr in der Angebotspalette der Firma Wilkens.[396]

1978 wurde unter dem Namen WILKENS auch Silberschmuck auf der Frankfurter Frühjahrsmesse präsentiert.[397] Das Angebot der jeweils mit der Wilkens-Krone signierten Schmuckstücke wurde unerwartet gut angenommen.[398] 1980 sprach der Geschäftsbericht von einem »erfolgreichen Diversifikationsprojekt«[399]. Im darauf folgenden Jahr brach der Verkauf jedoch um 10 % ein, vielleicht in Zusammenhang mit einem Rückgang des Goldpreises, der Goldschmuck wieder attraktiver machte.[400] Einem weiteren Verkaufsrückgang beim Silberschmuck im Jahr 1982 versuchte man mit der Entwicklung einer neuen Kollektion zu begegnen.[401] Neben einer betrieblichen Rationalisierung reagierte die Unternehmensleitung auch mit Marketing-Maßnahmen auf die Absatzprobleme.

Anfang der 70er Jahre setzte man auf eine junge Käuferschicht mit kurzfristig wechselnden Vorlieben in Material und Dekor.[402] Edelstahlbestecke wurden zum Hoffnungsträger für den Aufschwung.[403] Einfachere Verpackungen bei der Marke BSF sollten das Preisniveau senken. Weitere Verkaufsgesellschaften für Nirosta-Produkte, für den Vertrieb in den Niederlanden und in Österreich wurden gegründet und schienen den gewünschten Erfolg zu bringen. Marketing-Kampagnen versuchten die Marken »Wilkens« (traditionsbewusste Esskultur) und »BSF« (jugendliche Trendkultur) im Bewusstsein potentieller Käuferschichten zu verankern. Die Bindung an den Fachhandel war problematisch geworden, denn der Marktanteil der kleineren und mittleren Geschäfte war in den vergangenen 20 Jahren um die Hälfte zurückgegangen auf rund 35 % um 1994.[404]

in den Jahren 1995/96 sowie über die Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet und Stellungnahme der Bundesregierung, Drucks. 13/7900 v. 19. 6. 1997, S. 104, URL: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/079/1307900.asc, Bearbeitungsstand 17. 12. 2009.

393 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1970.

394 Ebd., Geschäftsbericht 1971.

395 Ebd., Geschäftsbericht 1974.

396 Ebd., Geschäftsbericht 1978.

397 Ebd., Geschäftsbericht 1977.

398 Ebd., Geschäftsberichte 1978 ff.

399 Ebd., Geschäftsbericht 1980.

400 Ebd., Geschäftsbericht 1981.

401 Ebd., Geschäftsbericht 1982.

402 Ebd., Geschäftsbericht 1970.

403 Ebd., Geschäftsbericht 1972.

404 Vgl. Hartmut Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, Paderborn 2004, S. 356.

Mit der Entwicklung neuer Produkte rund um den schön gedeckten Tisch sollte eine junge Käuferschicht auch im Rahmen von Einrichtungshäusern angesprochen werden, eine eigene Vertriebssparte »Hotel/Restaurant« den Verkauf zielgruppenorientiert ankurbeln. Für die Frankfurter Messe investierte man in feste Messestände.[405] Noch 1994 wurde mit der Porzellan-Firma Rosenthal die Präsentation von Wilkens-Silber in deren Studios im Inland und die Vertretung im Ausland vereinbart.[406]

Fazit

200 Jahre Wilkens-Silber

Die Bremer Traditionsfirma Wilkens ist ein geradezu klassisches Beispiel für den Aufstieg eines eignergeführten Familienunternehmens aus handwerklichen Anfängen zum Großunternehmen, das spezialisiert war auf die Produktion von qualitativ hochwertigen Silberwaren. Eine religiös verwurzelte Unternehmerfamilie mit einem Patriarchen an der Spitze stand für die Mythen bildende Einheit von Leben und Werk. Die Generationen übergreifende Kontinuität kam vor der Renditeorientierung. Gegenseitige Loyalität prägte die Arbeitsbeziehungen.

Nicht am Nachfolger-Problem scheiterte dies Modell, nicht am Festhalten an der Tradition. Man war ausgewichen auf Neusilber, auf Edelstahl und Materialmix. Ob eine stärkere Hinwendung zum Geschenkartikelbereich in den 70er Jahren statt der weiteren Konzentration auf den Bestecksektor den Niedergang aufgehalten hätte, ist fraglich. Dass der Markt für Silberwaren jedoch eines Tages weitgehend gesättigt sein würde, ja mehr noch, wegbrechen könnte durch veränderte Konsumgewohnheiten, war auch mit Innovationen, neuen Organisationsstrukturen und Rationalisierungsmaßnahmen nicht aufzufangen, und gegen asiatische Anbieter auf dem Edelstahlsektor konnte das Unternehmen ohnehin nicht konkurrenzfähig bleiben. Eine Qualitäts- und Spezialproduktion von Silberwaren fortzusetzen, blieb nur noch in einer Nischensituation möglich, die einer Selbstamputation gleichgekommen wäre.

Nach 185 Jahren im Familienbesitz und 10 Jahren als Konzerntochter des Solinger Schneidwarenherstellers »Zwilling J. A. Henckels AG« wurde die Firma Wilkens, allerdings ohne die Markenrechte für »Wilkens« und »BSF«, von zwei ehemaligen Geschäftsführern übernommen. Das Nachfolge-Unternehmen »Wilkens & Söhne GmbH« stellt heute die nach eigenen Angaben älteste Silbermarke der Welt her. Produktion und Vertrieb von Wilkens-Silber und -Versilberungen, neuerdings auch wieder von Edelstahlbestecken der Marke Wilkens, werden von rund 50 Mitarbeitern fortgeführt. Klassische

405 Vgl. Wilkens Bremer Silberwaren (Hrsg.), Jahresabschlüsse 1969–1993, Firmenarchiv Wilkens & Söhne, Bremen-Hemelingen, Geschäftsbericht 1992.

406 Vgl.: Wilkens kooperiert mit Rosenthal (wie Anm. 308).

Besteckmuster der Traditionsfirma Wilkens sind auch heute noch im Angebot und werden »...soweit technisch möglich ... auf Originalwerkzeugen in höchster handwerklicher Vollendung...«[407] gefertigt. Besteckmanufaktur und Korpuswerkstatt sind stets in einer Hand geblieben. Die weltberühmten silbernen Tafelgeräte, wie sie noch die festlich gedeckten Tische anlässlich des Bremer Schaffermahls im Rathaus schmücken, sind jedoch Museumsstücke. Eine Silberschmelze, eine Schmiede hat es bis zum Konkurs und in den ersten Jahren danach noch gegeben, eine Silberwerkstatt gibt es im Zuge der verschlankten Organisation nicht mehr.[408] Im Jubiläumsjahr wird dennoch eines der Bestecke aus der Zeit, als Martin Heinrich Wilkens' Söhne noch Silberwaren außerhalb der Stadtmauern Bremens herstellten, in limitierter Auflage nachproduziert – in tradierter Weise Altes und Neues verbindend.

Anhang 1

Mitglieder der Familie Wilkens im Vorstand und/oder Aufsichtsrat der Firma:

Generation	lfd. Nummer (Sohn von)	Vorname	Lebensdaten
I	1	Martin Heinrich	21.11.1782 – 08.05.1869
II	2	Diedrich	11.10.1811 – 09.05.1876
	3	Carl Philipp	12.10.1813 – 24.01.1874
	4	Friedrich Wilhelm	03.07.1823 – 28.08.1895
	5	Johannes Friedrich	23.11.1828 – 05.02.1875
III	6 (2)	Martin	10.02.1850 – 03.01.1937
	7 (3)	Heinrich	21.02.1850 – 31.10.1912
	8 (4)	Wilhelm	21.03.1856 – 17.10.1913
IV	9 (6)	Martin Heinrich	26.09.1888 – 03.06.1966
	10 (8)	Wilhelm	12.06.1889 – 09.08.1950
	11 (7)	Carl Martin Heinrich	02.12.1891 – 03.03.1969
V	12 (9)	Manfred	12.04.1926 – 05.12.2001
	13 (9)	Helmut	05.09.1929 – 08.08.2004

407 Wilkens & Söhne (Hrsg.), Fine Accessories, Katalog, S. 39, URL: http://www.lotharjohn.de/pdf/Wilkens_Korpus_Broschuere.pdf, Bearbeitungsstand 19.11.2009.

408 Ebd.

Anhang 2

Niederlassungen und Tochtergesellschaften der Firma Wilkens

Nr.	Jahr	*Name / Form* Sitz	Art	Ende	Vorgang
M. H. WILKENS & SÖHNE OHG					
1	1869	*M. H. Wilkens & Söhne OHG* Bremen	Zweigniederlassung Bremen (Laden), Mehrheitsbeteiligung	1931	Aufhebung
2	1883	*M. H. Wilkens & Söhne OHG* Hamburg	Niederlassung in Hamburg	1929	Aufhebung der Beteiligung
3	1912	*(M. H. Wilkens & Söhne OHG)* Casalecchio / I	Produktionsstätte	1919	Löschung
M. H. WILKENS & SÖHNE AG					
4	1919	*Clementi fabbrica Argenteria srl GmbH* Casalecchio / I	Zweigniederlassung (Wilkens Kommanditär)	1947	Beschlagnahme (Beteiligung abgeschrieben)
5	1924	*Berliner Silberwarenfabrik Franz Mosgau GmbH* Berlin	Kommanditbeteiligung	1927	Beteiligung abgeschrieben
6	1926	*Guglielmo Haufler* Mailand / I	Beteiligung	1945	Beteiligung abgeschrieben
7	1921	*BSF Bremer Silberwaren-Fabrik AG* Bremen	Aktienmajorität	1969	Verschmelzung
8	1927	*Karl Kaltenbach & Söhne KK&S/Auerhahn AG (1928)* Altensteig	Mehrheitsbeteiligung der BSF	1994	Verkauf an WMF
9	1931	*Hanseatische Silberwarenfabrik GmbH* Bremen	Beteiligung	1937/8	Übertr. an BSF
	1938	*Hanseatische Silberwarenfabrik AG* Bremen	Beteiligung 49 % an BSF übertragen	1973	Verschmelzung

Nr.	Jahr	*Name / Form* Sitz	Art	Ende	Vorgang
10	1941	*Otto Kaltenbach OKA KG*			
		Altensteig	Qualifizierte Minderheits-beteiligung	1962	
	1962	*Otto Kaltenbach OKA GmbH*			
			Mehrheitsbeteiligung	1977	Verschmelzung
11	1963	*Nordmetall GmbH*			
		Wildeshausen	Übernahme	1973	Fertigung nach Sebaldsbrück
12	1964	*Pacific Besteckdienst GmbH*			
		Bremen	Gründung Tochterges.	1977	Verschmelzung
13	1965	*Wilkens Unterstützungskasse GmbH*			
		Bremen	Gründung Tochterges.	1978	Verschmelzung
14	1968	*BSF Verkaufsgesellschaft mbH*			
		Bremen	Gründung Tochterges.	1995	Verschmelzung auf »M. H. Wilkens & Söhne GmbH«
15	1968	*M. H. Wilkens & Söhne Verkaufsgesellschaft mbH*			
		Bremen	Gründung Tochterges.	1995	Umwandlung zu Nachfolgeges.
WILKENS BREMER SILBERWAREN AG					
16	1969/ 1970	*Gottlieb Hammesfahr GmbH*			
		Solingen	Übernahme 50, dann 100 %	1989	Verkauf
17	1969	*Wilkens Verkaufsgesellschaft mbH*			
		Wien	Gründung als 90 %ige Tochter	1995	
18	1972	*Gottlieb Hammesfahr Verkaufsgellschaft mbH*			
		Bremen	Tochter der Gottlieb Hammesfahr GmbH	1989	Verkauf
19	1975	*Wilkens BSF B.V.*			
		Venlo / NL	Gründung mit Zweidrittelbeteiligung	1995	
20	1982	*Grundstücksgesellschaft Sebaldsbrück GbR*			
		Bremen	Gründung Tochterges. mit Auerhahn (0,5 %)	1988	Auflösung
21	1995	*Bremer Silberwaren Handelsgesellschaft mbH*			
		Bremen	Gründung als Vertriebsges.	1996	Auflösung

»Wird nachmittags elektrisiert ... sodass Erbrechen erfolgt«

Psychiatrie im Bremer St. Jürgen-Asyl im Ersten Weltkrieg

Von Maria Hermes

Der Erste Weltkrieg ist als erster industrialisierter Massenkrieg in die Geschichtsschreibung eingegangen. Unter seinen Bedingungen erkrankten auch zahlreiche Soldaten psychisch: Der Sanitätsbericht des deutschen Heeres zählte allein beim Feldheer des Deutschen Reiches 313.399 Soldaten, die an »Krankheiten des Nervengebietes« während des Krieges erkrankten.[1]

Einige dieser Soldaten wurde in das bremische St. Jürgen-Asyl eingeliefert. Die Veränderungen in der Patientenstruktur sind jedoch nur ein Teil des Wandels, den dieses Krankenhaus während des Ersten Weltkrieges erfuhr. Diesen Wandel hat der folgende Artikel zum Thema. Er behandelt die Frage, inwiefern die Ereignisse des Ersten Weltkrieges eine Zäsur für die Psychiatrie am St. Jürgen-Asyl darstellten. Im Mittelpunkt stehen Veränderungen im Anstaltsbetrieb des psychiatrischen Krankenhauses Bremens sowie Veränderungen im Umgang mit den Patienten. Denn während die Geschichte des heutigen Klinikums Bremen-Ost zu anderen Zeiten bereits gut erforscht ist,[2] liegt bislang keine Publikation vor, die die Zeit des Ersten Weltkrieges auch unter Berücksichtigung einer größeren Anzahl psychiatrischer Krankenakten behandelt.[3]

Einer der soldatischen Patienten des St. Jürgen-Asyls war Ernst D. Der 22-jährige Regierungsreferendar wurde am 12. August 1914 in das »St. Jürgen-Asyl

1 Etwa 200.000 Soldaten waren an Krankheiten erkrankt, die auch gegenwärtig als psychische Krankheiten bezeichnet werden, vgl. Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918 (Deutscher Kriegssanitätsbericht 1914/18), 3. Band: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/1918, Berlin 1934, hier S. 148.

2 Vgl. Gerda Engelbracht, Achim Tischer, Das St. Jürgen-Asyl in Bremen. Leben und Arbeiten in einer Irrenanstalt 1904–1934, Bremen 1990; Gerda Engelbracht, Der tödliche Schatten der Psychiatrie. Die Bremer Nervenklinik 1933–1945, Bremen 2002; Gerda Engelbracht, Von der Nervenklinik zum Zentralkrankenhaus Bremen-Ost. Bremer Psychiatriegeschichte 1904–1977, Bremen 2004; sowie Maria Hermes, Hysterieauffassungen im ärztlichen Diskurs des Ersten Weltkriegs. Eine Untersuchung von Patientenakten des Bremer St. Jürgen-Asyls, Berlin 2008.

3 Der vorliegende Artikel stellt Ergebnisse meiner 2010 fertiggestellte Dissertation zur Psychiatrie in Bremen während des Ersten Weltkriegs vor. Die angegebenen Prozentzahlen basieren, soweit nicht anders angegeben, auf der Auswertung der Krankenakten von insgesamt 396 männlichen und weiblichen, zivilen und militärischen während des Ersten Weltkrieges im St. Jürgen-Asyl aufgenommenen Patienten.

für Geistes- und Nervenkranke« eingeliefert.[4] Seine Diagnose lautete auf manisch-depressives Irresein. Nachdem der Patient ein Jahr zuvor beim Militär ausgemustert worden war, hatte er sich nun wie viele andere Männer oberer Schichten als Kriegsfreiwilliger gemeldet. Nach einigen Tagen im Dienst, in denen er sich vor allem durch seine »lebhafte patriotische Bezeichnung« hervorgetan hatte, erkrankte D. Er verbrachte Nächte schlaflos und mit alkoholischen Exzessen, es war zur »Ueberanstrengung in den letzten 10 Tagen seit der Mobilmachung« gekommen. Aufgrund »kompromittierender, übermütiger Handlungen« wurde D. vom Militär entlassen und schließlich auf Umwegen in das St.Jürgen-Asyl eingeliefert. Hier sollte er beinahe acht Monate bleiben und auf seine Unruhe hin behandelt werden. Diese äußerte sich u.a. in der »Unruhe, sich als Kriegsfreiwilliger zu stellen«. – An D.s Weg in das St.Jürgen-Asyl wird ein im Ersten Weltkrieg häufig vorkommendes Muster deutlich: Der junge Mann aus einer oberen gesellschaftlichen Schicht, der sich begeistert freiwillig zum Krieg meldet[5], dann aber bald merkt, dass der Krieg weniger das erhoffte Heldentum mit sich brachte, sondern vielmehr psychisch belastend war. Nicht wenige dieser Kriegsfreiwilligen kamen in die Psychiatrie – manche wie D., bevor sie überhaupt an der Front gewesen waren, anderen wurde erst nach ihrer Ankunft dort klar, dass das öffentlich propagierte Bild eines leichten Krieges, in dem sich die jungen Männer rasch als Helden für ihr Vaterland erweisen könnten, von der Wirklichkeit in den Schützengräben weit entfernt war. Dieses vor 1914 propagierte Bild eines kommenden Krieges und die spezifischen Bedingungen des industrialisierten Massenkrieges, der entgegen den Erwartungen schon bald zu einem bewegungslosen Stellungskrieg werden sollte, führten dazu, dass zahlreiche Soldaten psychisch erkrankten.

In den folgenden mehr als vier Jahren bewegte sich die Psychiatrie zwischen Kriegsunterstützung und Verständnis für die seelisch erkrankten Soldaten, zwischen den Anforderungen der Wiederherstellung von Kriegsverwendungsfähigkeit und seelischer Gesundheit. Daneben waren es die Rahmenbedingungen des Krieges, durch die sich die Situation auch des bremischen psychiatrischen Krankenhauses im Krieg stark veränderte.

Die pflegerische und ärztliche Versorgung der Patienten

Das St.Jürgen-Asyl wurde zwischen 1900 und 1904 als städtisches und damit ziviles psychiatrisches Krankenhaus vor den Toren der Stadt in Ellen, 10 km vom Bremer Markt entfernt, gebaut. Wesentliches Argument für den Bau des

4 Vgl. zu den folgenden Angaben Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 57-6: Krankenakte Ernst D.

5 Vgl. zu den Kriegsfreiwilligen in Bremen Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Band 2. Von der Franzosenzeit bis zum Ersten Weltkrieg (1810–1918), Bremen 1995, hier S. 608 f.; sowie Romina Schmitter, Ein Weltkrieg ›bricht aus‹ – Bremen im August 1914, in: Helmut Donat, Andreas Röpcke (Hrsg.), »Nieder die Waffen – die Hände gereicht!« Friedensbewegung in Bremen 1898–1958. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, Bremen 1989, S. 33-36, hier S. 33.

Krankenhauses auf dem Land war die wohltuende Wirkung der ländlichen Umgebung auf die überwiegend aus der Stadt kommenden Patienten.[6] Das Krankenhaus war als sogenannte koloniale Anstalt nach damals hochmodernen Gesichtspunkten konzipiert worden: Die Kranken sollten sich durch ihre Tätigkeit in den anstaltseigenen Landwirtschaftsbetrieben und Werkstätten selbst versorgen können. Das Erscheinungsbild der Anstalt sollte an eine dörfliche Anlage erinnern: In ein bis zwei Stockwerke hohen, asymmetrisch über das Gelände verteilten Fachwerkgebäuden wurden seit der Eröffnung des Krankenhauses am 1. April 1904 psychisch Kranke in 330 Betten versorgt.[7] Da sich diese Anzahl von Betten bald als zu gering erwies, wurden zwischen 1907 und 1915 zusätzliche Gebäude errichtet. Nun gab es Platz für 558 Kranke.[8]

Die mehr als 500 Patienten wurden in den Vorkriegsjahren von etwa 130 Pflegern und Schwestern versorgt.[9] Doch bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn wurden die ersten männlichen Pfleger zum Kriegsdienst an die Front eingezogen. Das so entstandene Problem des Mangels an (männlichem) Pflegepersonal sollte für die gesamte Dauer des Krieges bestehen bleiben. Anstaltsdirektor Anton Delbrück klagte gegenüber dem Gesundheitsrat der Stadt Bremen immer wieder: »Zunehmende Schwierigkeiten bereitete die immer ausgedehntere Einberufung eingearbeiteter und geschulter Pfleger, zumal auch das Angebot männlicher Hilfskräfte wesentlich abnahm. Mit dem Ersatz durch Pflegerinnen kamen wir an die Grenze des Zulässigen.«[10] Zwei entscheidende Neuerungen in der pflegerischen Versorgung der Patienten des St.Jürgen-Asyls resultierten damit aus der Einberufung männlicher Pfleger zum Kriegsdienst: Erstens wurde nun die bis dato strikt durchgehaltene Geschlechtertrennung durchbrochen; zweitens wurde verstärkt ungelerntes Hilfspersonal zur Versorgung der psychiatrischen Patienten eingesetzt.

Eine Geschlechtertrennung hatte es seit der Eröffnung des Krankenhauses nicht nur bei den Patienten insofern gegeben, als das Krankenhausgelände zusätzlich zu den vorhandenen getrennten Männer- und Frauenstationen in eine Männer- und eine Frauenseite einschließlich einer Wegeordnung unterteilt war, die ein Aufeinandertreffen Angehöriger beider Geschlechter verhindern sollte. Diese Geschlechtertrennung musste auch vom Pflegepersonal des St.Jürgen-Asyls eingehalten werden: So versorgten männliche Krankenpfleger männliche Patienten und weibliche Krankenschwestern weibliche Patienten, das Pflegepersonal wohnte zudem, getrennt nach Geschlechtern, auf dem Gelände des Krankenhauses oberhalb der einzelnen Stationen. Zudem

6 Vgl. zur Konzeption des St.Jürgen-Asyls Engelbracht/Tischer, Das St.Jürgen-Asyl in Bremen (wie Anm. 2), S. 12-14.

7 Vgl. Anton Delbrück, Das St. Jürgenasyl für Geistes- und Nervenkranke in Ellen (Bremen) bei Hemelingen, in: Hermann Tjaden (Hrsg.), Bremen in hygienischer Beziehung, Bremen 1907, S. 264-275, hier S. 274.

8 Vgl. StAB 4,21-573: Bericht von der Besichtigung des St.Jürgen-Asyls durch die Medizinalkommission der Freien Hansestadt Bremen am 23. April 1915.

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. Ärztliche Berichte über die Wirksamkeit des St.Jürgen-Asyls für Geistes- und Nervenkranke in Ellen (Bremen) bei Hemelingen 1904–1920.

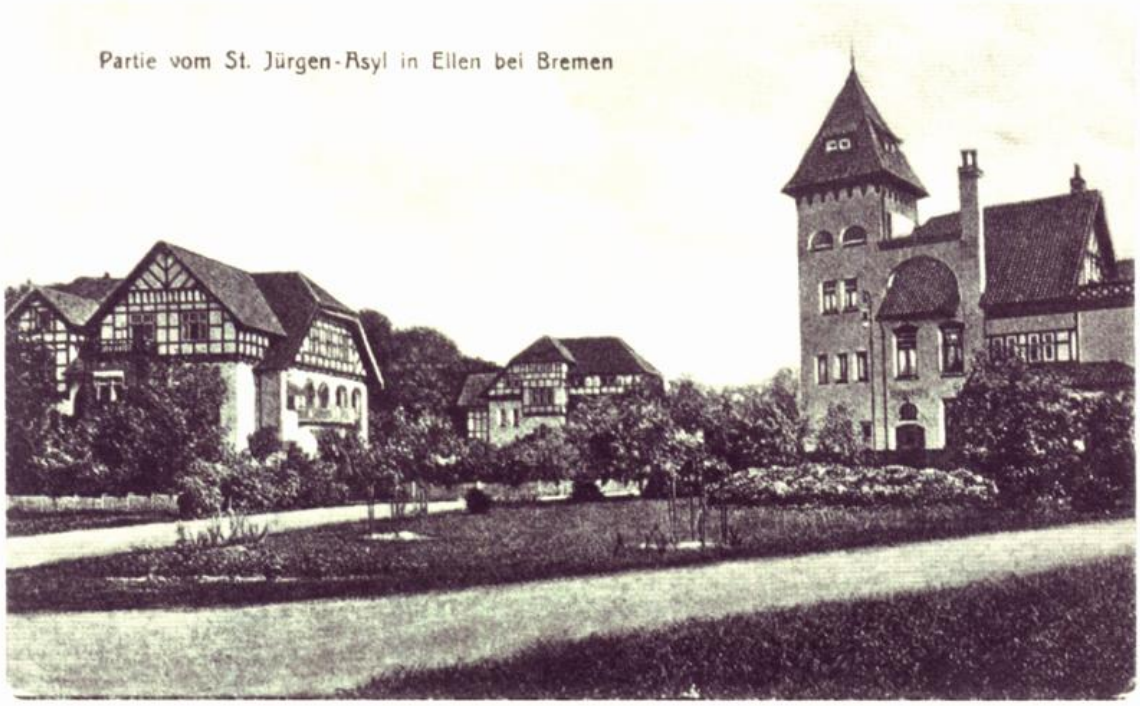


Abb. 1: St.Jürgen-Asyl in Ellen. (Foto: Krankenhaus-Museum, Bremen)

war die Wegeordnung für das Personal bindend.[11] Während des Krieges arbeiteten nun erstmals Frauen auf Männerstationen. Doch die Aufhebung der Geschlechtertrennung sollte von kurzer Dauer sein: Nach Kriegsende, als Pfleger nach »Ellen« zurückkehrten, wurde sie umgehend wieder eingeführt.

Auf die Einberufung zahlreicher Pfleger zum Kriegsdienst reagierte die Verwaltung des St.Jürgen-Asyls weiterhin durch die Einstellung von Hilfspersonal. Um 1900 hatten die »Ellener« Pfleger und Schwestern neben der Aushändigung der Dienstanweisung und einer Hausordnung bei ihrer Einstellung im Krankenhaus Unterrichtsstunden in der Pflege psychisch Kranker bekommen.[12] Während des Krieges wurden die Patienten zunehmend von Pflegepersonal ohne allgemein pflegerische oder gar speziell psychiatrische Ausbildung versorgt. Daher kam es zwischen 1914 und 1918 zu einer quantitativen und qualitativen Verschlechterung der Versorgung der Patienten.[13]

Denn auch der Mangel an Ärzten war eklatant. Da der Oberarzt des Krankenhauses, Otto Rehm, sich wenige Tage nach Kriegsbeginn an die Front versetzen ließ und erst zu Beginn des Jahres 1919 nach Bremen zurückkehrte, hatte das St.Jürgen-Asyl während der gesamten Dauer des Krieges keinen Oberarzt. Neben dem Direktor Anton Delbrück waren ab dem März 1915 nur

11 Vgl. hierzu Engelbracht / Tischer, Das St.Jürgen-Asyl in Bremen (wie Anm. 2), S. 15.
12 Vgl. ebd., S. 42.
13 Der in der Gesamtbevölkerung erst gegen Ende des Jahres 1914 spürbare Arbeitskräftemangel war im St.Jürgen-Asyl damit schon wenige Tage nach Kriegsbeginn unübersehbar geworden.

drei AssistenzärztInnen im St.Jürgen-Asyl beschäftigt, im ersten Kriegsjahr zusätzlich einige Medizinalpraktikanten. Die im März 1915 frei gewordene Stelle eines Sekundärarztes wurde am 1. Juli 1916 mit dem bisherigen Assistenzarzt Dr. Friedrich Husemann besetzt. Die dadurch vakant gewordene Assistenzarztstelle konnte erst ein Jahr später durch Oberstabsarzt a.D. Dr. Lindner besetzt werden, der sich auch bei der Versorgung der im St.Jürgen-Asyl eingelieferten Militärangehörigen beteiligte.[14] Damit wurden im Jahr 1915 durchschnittlich 149 Patienten von einem Arzt versorgt, 1917 kamen durchschnittlich 116,4 Kranke auf einen Arzt.[15] Eine individuelle Versorgung der Patienten war unter diesen Bedingungen nicht möglich, zumal die im St.Jürgen-Asyl beschäftigten Ärzte ab 1916 mit zusätzlichen Verwaltungsaufgaben betreut waren.[16]

Einrichtung eines Reservelazaretts

Denn das St.Jürgen-Asyl hatte seit Beginn des Krieges, spätestens jedoch seit Oktober 1916 erhebliche Veränderungen in der Patientenstruktur und, daraus resultierend, im ärztlichen Aufgabenbereich erfahren. Im Oktober 1916 hatte sich das Krankenhaus durch einen Vertrag mit dem Reservelazarett I verpflichtet, 60 Betten für erkrankte Militärangehörige, darunter drei für Offiziere, bereitzustellen.[17] Waren Militärangehörige zuvor vermittelt durch andere Reservelazarette Bremens nach Ellen gekommen, so kamen sie nun auch in Lazarettzügen direkt von der Front. Zu diesem Zweck wurde ein eigenes Haus bereitgestellt: Die offene Villa für Männer war als letztes Gebäude der zweiten Bauphase zwar bereits 1915 fertiggestellt worden, wurde jedoch bislang aufgrund des Personalmangels nicht in Betrieb genommen. Nun wurde sie mit männlichen zivilen Patienten belegt und das Haus II für die Einrichtung eines Reservelazaretts freigeräumt.[18] Damit waren mit Männern und Frauen, Zivilpersonen und Militärangehörigen nun unterschiedliche Patientengruppen im St.Jürgen-Asyl, allerdings getrennt voneinander, untergebracht: »Die Militärpersonen liegen getrennt von den übrigen Kranken, nur im

14 Vgl. zum Ärztemangel im St.Jürgen-Asyl Ärztliche Berichte von 1915 bis 1918 (wie Anm. 10).

15 Der Durchschnittsbestand betrug im Jahr 1915 597,34 Patienten, 1917 wurden durchschnittlich 582,16 Patienten von fünf Ärzten versorgt (Vgl. Ärztliche Berichte von 1915 und 1917 (wie Anm. 10)).

16 Wie sehr der Ärztemangel im St.Jürgen-Asyl während des Krieges spürbar war, wird daran deutlich, dass Delbrück im Februar 1917 die aufgrund hoher Verpflegungssätze für das St.Jürgen-Asyl lukrative Aufnahme von Privatpatienten aus der Privatanstalt Dr. Bennings mit dem Hinweis auf Personalmangel infolge der Einrichtung eines Reservelazaretts auf dem Gelände des St.Jürgen-Asyls ablehnte (Vgl. StAB 3-M.1.t.2. Nr. 130: Delbrück an die Deputation für das Gesundheitswesen der Freien Hansestadt Bremen am 23. Februar 1917).

17 Vgl. StAB 3-M.1.t.2. Nr. 126: Vertrag zwischen dem St.Jürgen-Asyl und dem Reserve-Lazarett I wegen Aufnahme erkrankter Militärpersonen in einer Abteilung des Asyls.

18 Vgl. Ärztlicher Bericht von 1916 (wie Anm. 10).

Notfalle, wenn die besondere Art der Erkrankung dies erforderlich macht, erfolgt eine zeitweise Umlegung in die Zivilabteilung der Anstalt.«[19]

Zivilpersonen und Militärangehörige waren zu gleichen Bedingungen im Krankenhaus untergebracht. Dieses verpflichtete sich zur ärztlichen Behandlung der erkrankten Militärangehörigen, zur Abgabe von Arzneien und sonstigen Heilmitteln, die Kranken »zu warten« sowie dazu, für »Befriedigung des religiösen Bedürfnisses und angemessene Beschäftigung« zu sorgen; weiterhin Bett und Bettwäsche zu liefern und dieselbe ebenso wie die Leibwäsche[20] zu reinigen.[21] Die soldatischen Patienten wurden zu einem zuvor festgelegten, von der Militärverwaltung gezahlten Verpflegungssatz verpflegt und verköstigt.

Ebenso wie die meisten der zivilen Patienten aus unteren gesellschaftlichen Schichten stammten und ihr Aufenthalt von der Krankenkasse bzw. der Armenpflege finanziert wurde handelte es sich bei den meisten der im St.Jürgen-Asyl untergebrachten Soldaten um einfache Feldgraue.[22] Der Aufenthalt der einfachen Soldaten und der Militärangehörigen höherer Ränge unterschied sich sowohl in der Art der Versorgung – letztere waren als Privatpatienten untergebracht und konnten dementsprechend viele Wünsche geltend machen – als auch in der Alltagsgestaltung. So spielten Militärangehörige höherer Ränge wie der Offizier Hans O. Billard im St.Jürgen-Asyl oder ließen sich jeden Sonntag nach Hause beurlauben[23]. Den Alltag der einfachen Soldaten bestimmte weniger die angenehme Freizeitgestaltung als vielmehr die Arbeit.

Obwohl mit den erkrankten Militärangehörigen, die meist nur kurze Zeit im St.Jürgen-Asyl blieben, das Krankenhaus eine neue Patientengruppe dazu bekam, nahm tendenziell die Anzahl der Kranken während des Krieges ab. Denn »es ist auch wohl anzunehmen, daß von den direkt am Kriege beteiligten Männern manche in auswärtigen Anstalten untergebracht wurden und daß überhaupt manche Erkrankte aus Sparsamkeitsgründen in den Familien zurückgehalten werden, solange es eben irgend möglich ist«[24], erklärte die Bremer

19 Vgl. StAB 3-M.1.t.2. Nr. 126, Vertrag zur Aufnahme erkrankter Militärpersonen (wie Anm. 17).

20 Weder Ärzte noch Patienten trugen während des Krieges militärische Uniform im St.Jürgen-Asyl. Den Patienten wurde offenbar gleich bei ihrer Einlieferung mitgeteilt, das Tragen von Uniform auf dem Krankenhausgelände sei verboten (vgl. Alt-Archiv Klinikum Bremen-Ost, A 87/5: Krankenakte Hermann-Andreas R.).

21 Vgl. StAB 3-M.1.t.2. Nr. 126, Vertrag zur Aufnahme erkrankter Militärpersonen (wie Anm. 17).

22 Die Militärverwaltung zahlte für die im St.Jürgen-Asyl untergebrachten Militärangehörigen einfachen Ranges die gleichen Verpflegungssätze wie für Zivilpersonen (Vgl. ebd. sowie Archiv des Krankenhaus-Museums am Klinikum Bremen-Ost: Stammlisten des St.Jürgen-Asyls 1912–1920).

23 Vgl. Alt-Archiv Klinikum Bremen-Ost, A 112/11: Krankenakte Hans O.

24 StAB 4,21-573: Bericht von der Besichtigung des St.Jürgen-Asyls durch die Medizinalkommission der Freien Hansestadt Bremen am 19. April 1916.

Medizinalkommission. Die Einrichtung eines Reservelazaretts auf seinem Gelände sicherte dem St. Jürgen-Asyl in einer Zeit, in der viele psychiatrische Krankenhäuser im Deutschen Reich aufgrund des Mangels an Patienten ihre Pforten schließen mussten, somit sein Überleben.[25]

Doch waren mit der Aufnahme erkrankter Militärangehöriger zusätzliche Aufgaben für die »Ellener« Ärzte verbunden. Zur Behandlung der erkrankten Militärangehörigen wurde Anstaltsdirektor Delbrück in einem Vertrag persönlich verpflichtet.[26] Wenn auch die anderen Ärzte der Anstalt in der Behandlung der soldatischen Patienten herangezogen wurden, so trug er doch die Verantwortung für sie. Als verantwortlichem Arzt oblag ihm ab 1916[27] die Feststellung der Dienstbeschädigung und der weiteren Kriegsverwendungsfähigkeit der Soldaten. Durch diesen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verkürzte sich die Zeit, die Delbrück mit den Patienten seines Krankenhauses verbringen konnte.

Trotz der hohen Anzahl im Ersten Weltkrieg seelisch erkrankter Soldaten nahm Delbrück nur in wenigen Fällen eine Dienstbeschädigung an, d. h. eine Verursachung der Erkrankung durch mit der Tätigkeit eines Soldaten im Krieg zusammenhängende Ereignisse. Dies war bei Hermann W. der Fall.[28] Der 25-jährige Glaser war bei seinem Aufenthalt im St. Jürgen-Asyl bereits vom Militär entlassen worden. Zuvor hatte er einige Zeit im Krieg verbracht: Eingezogen im November 1914, wurde er bald nach Russland ins Feld geschickt. Da er sich hier schwere Erfrierungen an den Füßen zuzog, kam er zunächst zum Ersatzbataillon und vier Wochen später an die Westfront. Hier wurde er bald durch eine Mine verschüttet. »Hierdurch ist bei W. ein Nervenleiden ausgelöst worden«, notierten die Bremer Ärzte. So sei »eine Hysterie, die sich z. Zt. noch in tickartigen [sic] Zuckungen der linken Gesichtshälfte äussert [sic]« durch die Verschüttung und die damit einhergehende Gehirnerschütterung entstanden; das zuvor erwähnte Bettnässen, das auch als Teil der Erkrankung betrachtet wurde, habe schon in der Kindheit bestanden. Entsprechend lautete die Diagnose »Kriegsneurose auf angeborener Basis«.

Obwohl die Krankheit als durch die Verschüttung verursacht galt und W. als kriegsdienstbeschädigt bezeichnet wurde, spielte diese Verschüttung bei der Behandlung des Patienten keine Rolle. W. wurde lediglich mit der Arbeitstherapie behandelt, in der Krankenakte finden sich keine Hinweise, dass eine seelische Verarbeitung seiner Kriegserlebnisse stattgefunden hätte.

25 Vgl. hierzu Hans-Ludwig Siemen, Menschen blieben auf der Strecke… Psychiatrie zwischen Reform und Nationalsozialismus, Gütersloh 1987, S. 33.

26 Vgl. StAB 3-M.1.t.2. Nr. 126: Vertrag zwischen Delbrück und dem Sanitätsamt IX. Armeekorps zu Altona wegen Verpflichtung des Dr. Delbrück als ordinierender Arzt der Abteilung.

27 Zur Feststellung der Dienstbeschädigung und der weiteren Kriegsverwendungsfähigkeit eines Soldaten musste Delbrück vor der Einrichtung des Reservelazaretts auf dem Gelände des St. Jürgen-Asyls die soldatischen Patienten in das Krankenhaus in der St. Jürgen-Straße überweisen, nun konnte er die Feststellungen selbst vornehmen.

28 Vgl. zu den folgenden Angaben Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 114/12: Krankenakte Hermann W.

Die Extremsituation des Krieges wurde bei ihm wie bei anderen einfachen Soldaten nur in den Fällen als Krankheitsursache berücksichtigt, in denen es »klassische« Kriegsereignisse wie Verschüttungen gegeben hatte. Das bei Ernst D. angenommene Deutungsmuster der Erkrankung infolge der »Ueberanstrengung [...] seit der Mobilmachung«[29] kam hier kaum zum Vorschein.

Da entsprechende »klassische« Kriegsereignisse hier nicht vorkamen, wurde eine Verursachung seelischer Erkrankung durch den Krieg bei Zivilpersonen kaum angenommen.[30] Hingegen galt knapp ein Viertel der im St.Jürgen-Asyl untergebrachten soldatischen Patienten als kriegsdienstbeschädigt. Doch bei 77% der Angehörigen dieser Patientengruppe wurde keine Dienstbeschädigung angenommen: Die meisten Militärangehörigen konnten nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst nicht mit einer Rente rechnen.[31] Bei der Feststellung der Kriegsverwendungsfähigkeit der erkrankten Militärangehörigen erwies sich die Psychiatrie des St.Jürgen-Asyls dennoch als Schutzraum. Denn kaum ein Soldat wurde hier wieder kriegsverwendungsfähig geschrieben und damit zurück an die Front geschickt. Die meisten wurden mit der Empfehlung eines Heimaturlaubes zunächst nach Hause entlassen, bevor sie zum Arbeitsdienst eingesetzt wurden.

Die Behandlung der Patienten

Noch in weiterer Hinsicht erwies sich die »Ellener« Psychiatrie als Schutzraum für ihre militärischen Patienten. So wurden im öffentlichen militärpsychiatrischen Diskurs propagierte, heute an Folter erinnernde Behandlungsmethoden seelisch erkrankter Militärangehöriger im St.Jürgen-Asyl kaum angewandt. Seit 1915 waren in psychiatrischen Zeitschriften von besonders engagierten Militärpsychiatern neue, radikale Behandlungsmethoden propagiert worden, die zum Ziel hatten, den erkrankten Soldaten entweder aus seiner Krankheit hinaus zu zwingen oder ihm zu zeigen, dass seine Krankheit nicht echt sei.[32] Damit reagierten die Psychiater auf die Schwierigkeiten, die sich aus der unerwartet großen Anzahl psychisch erkrankter Soldaten für die Heeres- und Sanitätsführung des Deutschen Reiches im Krieg ergaben: Sollte man bei den erkrankten Soldaten eine Dienstbeschädigung annehmen und ihnen daher eine Rente zahlen müssen, so die Befürchtung, käme es bald zum finanziellen

29 Vgl. Krankenakte Ernst D. (wie Anm. 4).

30 Nur bei 5,75 % der männlichen und bei 4 % der weiblichen Zivilpersonen wurde eine Verursachung der Erkrankung durch den Krieg angenommen, hingegen wurde bei 23 % der Militärangehörigen eine Kriegsdienstbeschädigung angenommen.

31 Die Zahlung von Renten an »Kriegsneurotiker« war eines der bedeutendsten Themen des öffentlichen militärpsychiatrischen Diskurses während des Krieges. Indem Delbrück kaum Rentenempfehlungen aussprach, befand er sich im Einklang mit zeitgenössischen militärpsychiatrischen Forderungen.

32 Vgl. zu dieser Systematisierung Paul Lerner, Rationalizing the Therapeutic Arsenal: German Neuropsychiatry in World War I, in: Manfred Berg / Geoffrey Cocks (Hrsg.): Medicine and Modernity. Public Health and Medical Care in Nineteenth- and Twentieth-Century Germany, Washington 1997, S. 121-148, hier S. 131.

Ruin des Deutschen Reiches.[33] Auch wurde eine »Ansteckungsgefahr« befürchtet: In den ersten Kriegsmonaten hätten die erkrankten Soldaten einen sekundären Krankheitsgewinn gehabt, indem sie bei einer seelischen Erkrankung zurück in die Heimat geschickt wurden. Dass andere sich dies abschauten, sollten die neuen Methoden ebenso verhindern wie eine Destabilisierung der Front und der »Heimatfront«.

Beispielhaft für besonders radikale Behandlungsmethoden der Kriegszeit war die später nach ihrem Erfinder Fritz Kaufmann benannte sogenannte Überrumpelungsmethode, die bei Soldaten mit psychogenen Bewegungsstörungen zur Anwendung kommen sollte.[34] Dabei wurden zunächst elektrische Ströme für die Dauer von mehreren Minuten am Körper des Patienten angewandt. Es erfolgte eine Pause, in der der Soldat unter Anwendung militärischer Befehlsstrukturen zur Aufgabe seiner Krankheit gebracht werden sollte, bevor wieder elektrisiert wurde. Diese Methode zeichnete sich nicht nur durch ihre Schmerzhaftigkeit für den betroffenen Soldaten aus, sie bildete in ihrer Radikalität auch ein Modell für viele im Krieg angewandte Behandlungsmethoden.

Diese Methode ist die einzige der radikalen militärpsychiatrischen Behandlungsmethoden, auf deren Anwendung im St.Jürgen-Asyl während des Krieges es vereinzelt Hinweise gibt: Bei vier Patienten finden sich Hinweise zur Behandlung mit elektrischen Strömen, von einem ausgefeilten Kaufmannschen Verfahren ist keine Rede.[35] Angesichts eines durchschnittlichen Patientenbestandes zwischen 477 und 643 PatientInnen in den Kriegsjahren[36] wurden somit mit vier Fällen nur sehr wenige Patienten im St.Jürgen-Asyl mit elektrischen Strömen behandelt.

Einer der in diesem Krankenhaus mit elektrischen Strömen behandelten Patienten war der Pionier Karl L., der im August des Jahres 1916 – also noch vor der Eröffnung des Reservelazaretts – sechs Wochen mit der Diagnose Hysterie in »Ellen« verbrachte. Er litt an Sprachstörungen, konnte bspw. zwar hören, aber sein Alter – er war bei seiner Einlieferung erst 21 Jahre alt – nur mit den Fingern andeuten. Noch am selben Tag, an dem er mit einem Lazarettzug direkt von der Front ins St.Jürgen-Asyl gekommen war (und damit vor jeder klinischen Exploration), wurde er mit elektrischen Strömen behandelt: »Wird nachmittags elektrisiert u. mit stumpfer Sonde am Halse berührt, sodass [sic] Erbrechen erfolgt; gibt dabei einen Ton von sich u. lässt sich weiteres

33 Vgl. Fritz Kaufmann, Die planmässige Heilung komplizierter psychogener Bewegungsstörungen bei Soldaten in einer Sitzung, in: Münchener Medizinische Wochenschrift, Feldärztliche Beilage, München 1916, S. 802-804, hier S. 802 f.

34 Vgl. hierzu Kaufmann, Heilung komplizierter Bewegungsstörungen (wie Anm. 33), S. 802-804.

35 Die Methode der Behandlung psychisch Kranker mit elektrischen Strömen wurde im öffentlichen Diskurs zur Therapie von Militärangehörigen empfohlen, im St.Jürgen-Asyl wurden je zwei (männliche) zivile und soldatische Patienten so behandelt (Vgl. Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 117/2: Krankenakte Karl L., A 102/12: Krankenakte Peter M., A 91/33: Krankenakte Friedrich B. sowie A 91/21: Krankenakte Karl K.).

36 Vgl. Ärztliche Berichte von 1915–1918 (wie Anm. 10).

Sprechen suggerieren. Spricht dann etwas stockend, nur manchmal zwischendurch schneller.«[37] Wie bei Karl L. wurden elektrische Ströme im St. Jürgen-Asyl ausschließlich bei männlichen Patienten unterer gesellschaftlicher Schichten bzw. einfachen Soldaten mit auffälligen Bewegungs- oder Sprachstörungen angewandt, sie dienten offenbar der Beseitigung eines einzelnen, auffälligen Symptoms. Nachdem dieses – die Sprachstörungen – bei Karl L. beseitigt war, war eine Behandlung mit elektrischen Strömen offenbar nicht mehr erforderlich: Der Patient wurde fortan mit der Arbeitstherapie behandelt.

Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges führten damit nicht zur Einführung radikaler Behandlungsmethoden im St. Jürgen-Asyl oder zu einer Umstellung der Psychiatrie ausschließlich auf scheinbare Erfordernisse des Krieges. Während des Krieges fanden dort überwiegend die Behandlungsmethoden Anwendung, die sich bereits vor 1914 etabliert hatten.

Eine der häufigsten im St. Jürgen-Asyl angewandten Behandlungsmethoden war die Bettbehandlung. Ziel dieser Therapiemethode war die Beruhigung des Patienten, der im Krankenbett zudem zur Krankheitseinsicht kommen sollte.[38] Hierzu wurden im St. Jürgen-Asyl Wachsäle mit bis zu 20 Betten für Patienten eingerichtet, zusätzlich waren in den Obergeschossen der einzelnen Pavillons Einzel- und Doppelzimmer vorhanden, in denen mittels der Bettbehandlung therapiert wurde. Die Bettbehandlung wurde zu Beginn jeder Erkrankung angewandt, aber auch in solchen Fällen, in denen die Kranken auffällig gewesen waren, indem sie »unruhig«[39] gewesen waren[40]. Sie wurde gleichermaßen bei allen Patientengruppen angewandt.[41] Da lediglich zwei Pfleger bzw.

37 Krankenakte Karl L. (wie Am. 35).

38 Grundlage dieser Behandlungsform war die – heute primär mit dem Namen Wilhelm Griesingers verknüpfte – Auffassung, psychische Krankheit sei stets als physische Erkrankung des Gehirns aufzufassen. Und ebenso »wie man jedem kranken Organ zu seiner Restauration Ruhe gönnt, so bedarf auch vor allem das Hirn derselben« (Iwan Flersheim, zitiert nach Christian Müller, Die Bettbehandlung Geisteskranker und ihre Folgen, in: ders. (Hrsg.), Abschied vom Irrenhaus. Aufsätze zur Psychiatriegeschichte, Bern u. a. 2005, S. 37-46, hier S. 39.

39 Als »unruhig« wurden in diesem Zusammenhang Kranke bezeichnet, die ein unruhiges *Verhalten* an den Tag legten. Die Dehnbarkeit des Begriffes der »Unruhe« zeigt eine Notiz in der Krankenakte des 21-jährigen Musketiers Friedrich St.: »Wollte heute nachmittag nicht zur Arbeit herausgehen, weil die Untersuchung so lange gedauert hatte. Gab dieses aber erst als Grund nachträglich dem Arzt an. War frech gegen Krankenwärter u. Feldwebel gewesen. – Kam darauf zu Bett.« (Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 104-17: Krankenakte Friedrich St.).

40 Mit der Bettbehandlung versuchten die Bremer Ärzte, mechanische Fixierung der Kranken zu vermeiden und so das hochmoderne »No-Restraint-System« aus England umzusetzen: Psychisch Erkrankte würden am besten dann gesund, wenn man ihnen nicht das Gefühl der Einschränkung gebe. Bei besonders unruhigen Patienten behielten die Bremer Ärzte sich dennoch die Anwendung von Zwangsmitteln wie Bettgurten vor (Vgl. Engelbracht / Tischer, Das St. Jürgen-Asyl in Bremen (wie Anm. 2), S. 12).

41 Es wurden 78 % der Frauen, 75 % der Militärangehörigen und immerhin 62 % der männlichen Zivilpersonen mit der Bettbehandlung behandelt.

zwei Schwestern zur Aufsicht eines Wachsaals benötigt wurden, entsprach diese wenig personalintensive Behandlungsmethode den Erfordernissen einer unter den Bedingungen des Krieges veränderten Personalsituation.

Weitere, selten im St. Jürgen-Asyl angewandte Behandlungsmethoden waren die kalte Packung und die Dauerbadbehandlung. Die erstere, bei der Patienten in nasse Tücher eingewickelt wurden, fand ausschließlich bei wenigen unruhigen Patienten Anwendung. Letztere, bei der Patienten bis zu 8 Tage in warmem Badewasser verbrachten, wurde häufiger angewandt, ist jedoch mit ca. 10 % der Patienten eher zu vernachlässigen. Beide – gegenüber der Bettbehandlung sehr personalintensive – Behandlungsmethoden dienten der Beruhigung unruhiger Patienten.[42] Eine psychologische oder psychotherapeutische Verarbeitung traumatischer Kriegserlebnisse der – soldatischen und zivilen – Patienten fand hingegen im St. Jürgen-Asyl nicht statt.

Als nützlich unter den Bedingungen eines Jahre andauernden Krieges erwies sich die Anwendung der Arbeitstherapie bei den zivilen und militärischen Patienten. Bereits bei der Konzeption des St. Jürgen-Asyls war an die Vorteile der Einrichtung der Arbeitstherapie gedacht worden, das Krankenhaus somit als wirtschaftlich autonomer Komplex mit Landwirtschaftsbetrieben, Werkstätten, sogar einer eigenen Energieversorgung konzipiert worden.[43] In diesen Einrichtungen arbeiteten die Patienten in dieser zeitgenössisch modernen Therapieform. Ebenso wie vor dem Krieg waren zwischen 1914 und 1918 etwa 50 % der Patienten in der Arbeitstherapie beschäftigt. Dabei spielte die Arbeitstherapie besonders bei Militärangehörigen eine Rolle[44], die ärztliche Auffassung psychischer Gesundheit war hier besonders an das bürgerliche Ideal der Arbeit und Leistung geknüpft.[45]

Der Arbeitstherapie kam während des Krieges auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, da so zusätzliche Nahrungsmittel erwirtschaftet werden konnten. Der sich in anderen psychiatrischen Anstalten bereits 1915 bemerkbar machende Nahrungsmangel[46] wurde aufgrund der so gegebenen Möglichkeiten der Selbstversorgung im St. Jürgen-Asyl erst, zeitgleich mit dem

42 Vgl. zu diesem Behandlungsmethoden Engelbracht / Tischer, Das St. Jürgen-Asyl in Bremen (wie Anm. 2), S. 54 f.

43 Die Möglichkeit der Arbeitstherapie war für den Bremer Senat auch ökonomisch reizvoll. So benötigte das St. Jürgen-Asyl bis 1927 kaum zusätzliche finanzielle Mittel von der Stadt (Vgl. Engelbracht / Tischer, Das St. Jürgen-Asyl in Bremen (wie Anm. 2), S. 7). Patienten bekamen für ihre Arbeit keine Entlohnung (Vgl. Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 88/14: Krankenakte Lorenz St.).

44 64 % der weiblichen Patienten, 49 % der männlichen Zivilpersonen und 73 % der Militärangehörigen wurden mit der Arbeitstherapie behandelt.

45 Dies deckt sich mit den Ergebnissen neuerer Forschung, das Ziel psychiatrischer Therapie von »Kriegsneurotikern« sei weniger die Wiederherstellung ihrer Kriegsverwendungsfähigkeit als vielmehr die Rückführung der soldatischen Patienten zur Arbeit gewesen (Vgl. Paul Lerner, Hysterical Men. War, Psychiatry, and the Politics of Trauma in Germany, 1890–1930, Ithaca, London 2003, S. 5 et al.).

46 Vgl. Heinz Faulstich, Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg im Breisgau 1998, S. 37.

schlimmsten Hungerwinter für die Allgemeinbevölkerung, im sogenannten Steckrübenwinter 1916/17 spürbar. In diesem Jahr kam es zu einer um 12,65 % gegenüber der durchschnittlichen Sterblichkeit in Friedenszeiten erhöhten Sterblichkeit psychiatrischer Patienten:[47] Im Februar 1917 hatte es einen Erlass des preußischen Kriegsministeriums gegeben, demzufolge die Patienten psychiatrischer Krankenhäuser die gleichen Nahrungsmittel bekamen wie die Allgemeinbevölkerung.[48] Da diese Patienten aber aufgrund ihrer meist auch körperlich schlechten Verfassung Nahrungszulagen benötigt hätten, führte dieser Erlass zu einer erhöhten Sterblichkeit in allen psychiatrischen Anstalten des Deutschen Reiches.[49] Nun schützten auch die im St. Jürgen-Asyl gegebenen Möglichkeiten der Eigenversorgung die Patienten nicht mehr vor diesen Kriegswirkungen in der Heimat.

Dass der Nahrungsmangel während des gesamten Krieges für Patienten spürbar war, verdeutlichen Hinweise in Krankenakten. So schrieb der Soldat Ludwig P. an seine Mutter: »Meine liebste Mutter! Fasse Dich liebste Mutter, wenn Du diesen Brief liest, denn er bringt Dir bitteres Weh. Man hat mich als einen Verrückten vom Krankenhaus i. e. Irrenanstalt gebracht, wo man mich zu Tode matern u. verhungern lassen will«. Und weiter: »jedenfalls haben sie von dort [dem Arresthaus, M. H.] Auftrag bekommen, mich hier verhungern zu lassen, wie sie es schon mit vielen gemacht haben [...] Bei Wassersuppe und trockenem Brot will man mich so langsam zu Tode quälen.«[50]

Dabei gehörte Ludwig P. als Militärangehöriger zu einer Patientengruppe, die am wenigsten von der erhöhten Sterblichkeit während des Krieges betroffen war. Soldaten bekamen als einzige Patientengruppe eine Nährsuppe bzw. Milch, wenn sie zu sehr abnahmen. So heißt es in der Krankenakte des Willy Sch.: »Beklagte sich sehr über das Essen [...]. Bekommt 2 x tgl. Milchzulage«.[51]

47 1917 starben 212 Patienten im St. Jürgen-Asyl. Zur Berechnung der »kriegsbedingten« Todesfälle des St. Jürgen-Asyls wurde eine von Ilberg 1922 entwickelte Methode angewandt. Aus dem Durchschnitt der Sterbeziffern der Vorkriegszeit ergibt sich eine (durchschnittliche) »Friedenssterblichkeit«. Dabei ist die Anzahl der in einem Jahr gestorbenen Menschen nicht in absoluten Zahlen anzugeben, sondern in Relation zum Gesamtpatientenbestand eines Krankenhauses. Dieser ergibt sich aus der Summe des Patientenstandes zu Jahresbeginn und der Zahl der Zugänge (Vgl. Faulstich, Hungersterben in der Psychiatrie (wie Anm. 46), S. 61). Diese Friedenssterblichkeit war im St. Jürgen-Asyl mit 6,85 % sehr hoch. Die Abweichung der Sterbeziffern während eines Krieges von der Friedenssterblichkeit wird als »Kriegssterblichkeit« bezeichnet, d. h. es handelt sich hierbei um Todesfälle, die wahrscheinlich auf Kriegsbegebenheiten wie die Nahrungsknappheit und schlechte hygienische Verhältnisse auch infolge von Heizmittelknappheit zurückzuführen sind.

48 Nur die Kranken, die einer diätetischen Behandlung bedurften, wurden den Kranken in öffentlichen Krankenanstalten gleichgestellt (Vgl. Faulstich, Hungersterben in der Psychiatrie (wie Anm. 46), S. 42).

49 Vgl. ebd.

50 Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 112/15: Krankenakte Ludwig P.

51 Vgl. Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 87/27: Krankenakte Willy Sch. Vgl. hierzu auch Alt-Archiv am Klinikum Bremen-Ost, A 111/4: Krankenakte Edwin P.

Aufgrund ihres durchschnittlich kurzen Aufenthaltes im St.Jürgen-Asyl waren Soldaten darüber hinaus der Nahrungsknappheit und den zunehmend schlechteren hygienischen Verhältnissen weniger stark ausgesetzt als ihre zivilen Mitpatienten: Wie in anderen Krankenhäusern waren in Bremen primär Langzeitpatienten von der erhöhten Sterblichkeit betroffen.[52] Bemühungen Delbrücks, zusätzliche Nahrungsmittel für seine zivilen Patienten zu bekommen, sind nicht bekannt.[53]

Fazit

Die Sterblichkeitsrate der Patienten des St.Jürgen-Asyls blieb über das Kriegsende hinaus hoch. Noch 1919 lag sie um 3,95 % über dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre.[54] Der gewöhnliche Anstaltsbetrieb hingegen normalisierte sich nach Kriegsende scheinbar schnell. Der Ärztemangel wurde bald behoben, auch die im Krieg tätigen Pfleger kehrten bald zurück; das Reservelazarett wurde in den 1920er Jahren geschlossen, damit wurden wieder ausschließlich zivile Patienten in das St.Jürgen-Asyl aufgenommen. Ermöglicht wurde die schnelle Rückkehr der Bremer Ärzte, Pfleger und Schwestern zum Normalzustand der Vorkriegszeit durch die geringe Umstellung der Bremer Psychiatrie auf den Krieg. Zwar hatte das Krankenhaus mit der Einrichtung eines Reservelazaretts auf dem Gelände des St.Jürgen-Asyls, dem Personalmangel, dem Heizmittelmangel und dem Nahrungsmangel bedeutende Veränderungen im Ersten Weltkrieg erfahren. Doch hatten diese Veränderungen nicht zu einer Reflexion über die von einer »Friedenspsychiatrie« grundsätzlich verschiedene »Kriegspsychiatrie« durch die Bremer Ärzte, Pfleger und Schwestern geführt, auch für Patienten einschneidende Kriegsereignisse wurden nur selten als Ursache seelischer Erkrankung antizipiert. Weder die individuell-lebensgeschichtlichen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, noch die Veränderungen im Anstaltsbetrieb wurden damit ausführlich thematisiert. Die Zäsur, die der Erste Weltkrieg aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen darstellte, unter denen auch hier Psychiatrie im Krieg stattfand, wurde von den »Ellener« Ärzten nicht reflektiert.

52 Vgl. Ärztliche Berichte von 1915 bis 1918 (wie Anm. 10) sowie für die Sterblichkeit in anderen psychiatrischen Anstalten Faulstich, Hungersterben in der Psychiatrie (wie Anm. 46), S. 37.

53 In den Berichten des Gesundheitsrates über seine jährlichen Visite wurde vielmehr betont, Delbrück bemühe sich stets, die Vorgaben hinsichtlich der Einschränkungen von Lebensmitteln einzuhalten (Vgl. StAB 4,21-573: Berichte von den Besichtigungen des St.Jürgen-Asyls durch die Medizinalkommission der Freien Hansestadt Bremen am 23. April 1915 und am 30. März 1915 sowie 8. April 1915).

54 Vgl. Ärztlicher Bericht von 1919 (wie Anm. 10).

Die vergessenen Akten – Max Warburg und die Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH

Von Gabriele Hoffmann

Max Warburg war ein bedeutender Hamburger Bankier, der aus der kleinen Bank *M. M. Warburg & Co.* vor dem Ersten Weltkrieg eine der größten Privatbanken Deutschlands machte. Im Alter von 66 Jahren – 1933 – begann er seinen größten Kampf, ein fast sechsjähriges Verhandeln mit Hitlers gefährlichen Großen: Er ermöglichte 75000 Juden die Auswanderung und rettete ihnen damit, wie wir aus der Rückschau wissen, das Leben.[1] Wie ist ihm das gelungen?

Dieser Frage bin ich in der Biographie nachgegangen, die ich über Max Warburg geschrieben habe. Über die Grundzüge seines Vorgehens sind in den letzten Jahren Forschungsarbeiten erschienen, deren Verfasser in Archiven gearbeitet haben, die westlichen Historikern lange fast verschlossen waren.[2] Warburg galt unter seinen Mitstreitern in den miteinander verflochtenen jüdischen Hilfsorganisationen als der »mächtigste Jude in Deutschland.«[3] Unbekannt aber war bislang, wie er konkret im Einzelnen vorging.

1 Die Zahl 75000 geht auf die Angaben jüdischer Hilfsorganisationen zurück. Der *Hilfsverein der deutschen Juden* hat 31399 Personen zur Auswanderung verholfen. In: Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941. Die Geschichte einer Austreibung. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main, unter Mitwirkung des Leo Baeck Instituts, New York. Frankfurt am Main 1985, S. 185 (nach Exponat Nr. 400), sowie in: Fritz Kieffer: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933–1939, Stuttgart 2002, S. 34. Über die *Palästina Treuhand-Stelle der Juden in Deutschland GmbH* wanderten mehr als 52000 aus, 39000 von ihnen mit Hilfe der Warburg-Bank. In: Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis und Ludwig Pinner: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972, S. 77f. Die *Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH* half über den Altreu-Fonds 2962 Personen. In: Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941, wie oben, S. 187 (nach Exponat 403). Wie vielen Personen die Treuhandstelle insgesamt half, ist unbekannt. Mindestens 2000 Personen oder Familien half die Warburg-Bank laut einem »Sonderbestand« im Warburg-Archiv: überschlägige Zählung von Dorothea Hauser am 8. 2. 2008. Wie vielen Personen insgesamt die Bank direkt half, ist unbekannt.

2 Hier ist insbesondere die Arbeit von Fritz Kieffer zu nennen (wie Anm. 1). Weitere Literaturnachweise finden sich in Gabriele Hoffmann, Max M. Warburg, Hamburg 2009.

3 Naomi Shepherd, Die Suche nach Wilfrid Israel, Berlin 1985, S. 129.

Bei meinen Recherchen durfte ich auch im Privatarchiv der Familie Warburg in Hamburg-Blankenese arbeiten. Herr Max Warburg – der Enkel des Max Warburg, dessen Lebensgeschichte ich erzählt habe – hat mit der Historikerin und Journalistin Dorothea Hauser Anfang 2007 die *Stiftung Warburg Archiv* gegründet. Zahlreiche Akten, die in der historischen Literatur als verloren galten oder von deren Existenz niemand mehr wusste, tauchen in den letzten Jahren wieder auf. Auch große Bestände melden sich sozusagen selbst, weil Sperrfristen abgelaufen sind – Herr Warburg und Frau Hauser haben mir erstaunliche Geschichten erzählt. Eine Spedition in einem kleinen Ort in Schleswig-Holstein zum Beispiel hat in der Warburg-Bank angerufen: Bei ihr stünden hundert Kisten in einer offenen Lagerhalle, seit Jahrzehnten, die Lagerzeit sei nun abgelaufen, und was mit den Kisten werden solle. In den Kisten fand Dorothea Hauser lose Blätter, schwer mit Pestiziden verseucht, ihre Hände bluteten beim Blättern, fand Tausende von Akten über Auswanderer. Niemand weiß, wer die Kisten eingelagert, wer für sie bezahlt hat und wann. Einige der Akten habe ich gelesen.

Max Warburg kam 1867 zur Welt als zweiter der fünf Söhne von Moritz Warburg, des Juniorteilhabers der Bank *M. M. Warburg & Co.* in Hamburg. Der Älteste – Aby – wurde später Kunsthistoriker und Gründer der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg. Paul, Felix und Fritz wurden, wie Max, Bankiers.

Die Familie lebte im Stadtteil Rotherbaum. Ein Fünftel der Bewohner war jüdischer Herkunft wie die Warburgs: erfolgreiche Kaufmannsfamilien, die in ihrer Lebensweise die Traditionen des Hamburger Großbürgertums und die Traditionen der jüdischen Religion verbanden. Der Vater der fünf Warburg-Brüder und ihrer beiden Schwestern lebte noch orthodox, das heißt, streng nach den Religionsgesetzen des Talmud. Aber seine Söhne entfernten sich mit den Jahren immer mehr vom Judentum.

Max Warburg machte Abitur am Johanneum und absolvierte eine zweijährige Banklehre in Frankfurt sowie ein Volontariat in Amsterdam. Nach dem Militärdienst in einem Kavallerieregiment in München wurde er Sekretär bei einer Bank in Paris und ging anschließend als Volontär zu Rothschild nach London. 1892, im Alter von 24 Jahren, trat er als Prokurist in die väterliche Bank ein. Ein Jahr später wurde er Teilhaber, und sein Bruder Paul begann als Prokurist.

»Ein Kaufmann soll nur der werden, der wirklich Kampflust hat«,[4] schrieb Max Warburg später. Er und sein Bruder Paul brachten Schwung in die alte Familienbank, festigten ihre Stellung im europäischen Netzwerk der Banken. Der Vater überließ, hochzufrieden, die Geschäftsführung mehr und mehr seinen Söhnen.

Ihre größte Geschäftsverbindung aber knüpften die Warburgs auf ganz altmodische Weise: durch zwei Heiraten. Felix Warburg heiratete Frieda Schiff, die einzige Tochter von Jacob Schiff, der die Firma *Kuhn, Loeb & Co.* leitete,

4 Stiftung Warburg Archiv. Bestand Max Warburg. Typoskript der Memoiren. Einige Konklusionen, S. 22

das zweitgrößte Emissionshaus an der Wallstreet in New York, und Paul Warburg heiratete Nina Loeb, die Tochter eines der Firmengründer. Max Warburg selbst heiratete einige Jahre später Alice Magnus aus Altona, eine Frau ohne Geld und Verbindungen. Sie bekamen einen Sohn und vier Töchter.

Max Warburg wurde ein »big linker«, wie die moderne Forschung sagt[5], ein Netzwerkspezialist der Eliteklasse[6], einer der ganz Großen im personell verflochtenen Netzwerk der Wirtschaft und Politik.

In Hamburg wurde er Bürgerschaftsabgeordneter, spielte eine große Rolle in der Handelskammer. Er hat eine Reihe wichtiger Institutionen in der Stadt gegründet oder mitgegründet: die Universität, das Institut für Auswärtige Politik, den Überseeclub – um nur einige zu nennen, die heute noch bestehen. In Berlin wurde er Mitglied des Vorstands des *Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes*, Mitglied des Börsenausschusses des Reichsinnenministeriums. Das Deutsche Reich nahm die Warburg-Bank in das Reichsanleihekonsortium auf, dem die fünfzig Banken angehörten, die bei Kreditaufnahmen des Reichs die Staatsanleihen zum Verkauf zugeteilt bekamen. Auch außerhalb Deutschlands baute Warburg direkte Kontakte zu Regierungen auf, insbesondere zum Außenministerium in London. Sein Bruder Paul, der nun in den USA lebte, betrieb dort die Gründung des Federal Reserve Board, der amerikanischen Zentralbank, und 1914 berief der amerikanische Präsident Wilson ihn zum Vizegouverneur dieser neuen Zentralbank.

Max Warburg war ein konstruktiver Kopf, ein unternehmender Bankier, charmant, humorvoll und sehr tapfer. Er gehörte mehrfach bei großen politischen Entscheidungen in Berlin zu den Beratern im Hintergrund. So schlug er dem letzten kaiserlichen Reichskanzler Max von Baden vor, sein Amt an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert weiterzugeben. Ulrich von Brockdorff-Rantzau forderte Warburg auf, ihn zu den Friedensverhandlungen nach Versailles zu begleiten, und Warburg übte erheblichen Einfluss auf die Zusammensetzung der deutschen Delegation aus. Den Versailler Vertrag lehnte er ab – die Delegierten, unter ihnen Warburg, legten aus Protest ihre Ämter nieder. Trotzdem griff der neugegründete *Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund*, der ein Hakenkreuz als Erkennungszeichen führte, ihn als Miturheber des »Schmachfriedens«[7] an und beschimpfte ihn als Juden

Als Walther Rathenau Außenminister wurde, bot er Warburg mehrfach ein Ministeramt an, doch Warburg lehnte ab. Er hielt es für zu gefährlich für einen Juden, Minister zu werden. Nach dem Mord an Rathenau, im Juni 1922, auf offener Straße, geriet Warburg in Lebensgefahr. Die Polizei erfuhr, dass Mitglieder der geheimen Organisation Consul den Auftrag hatten, auch ihn zu töten.

5 Martin Münzel, Zerstörte Kontinuität. Die jüdischen Mitglieder der deutschen Wirtschaftselite zwischen Weimarer Republik und früher Bundesrepublik, in: Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, Essen 2003, S. 219 - 240.

6 Ingo Köhler, Die »Arisierung« der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2005, S. 139.

7 Max M. Warburg, Aus meinen Aufzeichnungen, New York 1952 (Privatdruck), S. 87.

Hinter den Mordplänen für Rathenau und Warburg stand der Anführer des Freikorps Brigade Ehrhardt und Begründer der Organisation Consul: Kapitän Hermann Ehrhardt. Das hat die Forschung erst viele Jahre später herausbekommen: Ehrhardts Untergebene schwiegen bis zu seinem Tode 1971. Seit Verhörprotokolle der Polizei und Wehrmachtsakten für die Forschung freigegeben sind, zeigt sich, wie Freikorps, Nationalsozialisten und Reichswehr verstrickt waren. Die Organisation Consul wurde nach 1945 bei der Rentenberechnung von Dienstzeiten als inoffizielle Heeresformation wie die Wehrmacht[8] eingestuft.

Warburg verließ Deutschland auf Rat der Polizei bis die Attentäter Rathenaus gefasst waren. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Hamburg beglückwünschte ihn schriftlich, dass er trotz des gegen ihn geplanten Anschlags unverletzt geblieben sei, und Warburg antwortete: »Die auf mich wegen meines Judentums erfolgten Angriffe bringen mich diesem nur näher.«[9]

Er war seinem Vater nach dessen Tod, aus Tradition und weil die Gemeinde es von ihm erwartete, in den Vorstand der Gemeinde, der Talmud-Tora-Schule, des israelitischen Krankenhauses und des Waisenhauses gefolgt, doch er hatte sich bis dahin eher überkonfessionell engagiert. Nun, durch die Angriffe, rückte ihm sein Judentum näher, beschäftigte ihn. 1927 wurde er Mitglied des Hauptvorstands des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* und 1928 Vorsitzender des *Hilfsvereins der deutschen Juden.*

Er war tief getroffen davon, dass kaum jemand dem wachsenden Antisemitismus widersprach, und sagte über diejenigen, die den Mut nicht fanden, offen gegen die Schande des Antisemitismus aufzutreten, auf einer Versammlung des Hilfsvereins im Januar 1933: »Sie trifft unsere Verachtung, und wir empfinden als Deutsche Scham über solchen Mangel an ritterlichen Mut.«[10]

In den ersten Wochen nach dem Fackelzug der SA und Stahlhelmmänner für Hindenburg und Hitler am Abend des 30. Januars schob Warburg es noch einer bloßen Verkettung von Intrigen zu, dass Hitler an die Macht gekommen war. Er hielt es für vollkommen ausgeschlossen, dass dieser Mann jemals »zum Alleinherrscher eines der schöpferisch befähigsten, fleißigsten und mächtigsten Völker«[11] werden könnte. Er glaubte, alles wäre nur eine vorübergehende Erscheinung. Doch der Tag nach dem Reichstagsbrand, der 28. Februar 1933, veränderte Deutschland. An diesem Tag unterzeichnete Hindenburg eine Notverordnung, die alle bürgerlichen Grundrechte außer Kraft setzte, und sofort rollte eine wohl vorbereitete Verhaftungswelle über das Land. Tausende flohen in die Nachbarländer. Der Terror war von keiner staatlichen Gewalt mehr gezügelt.

8 Martin Sabrow, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Weimarer Republik, München 1994, S. 150.

9 Helga Krohn, Die Juden in Hamburg. Die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer jüdischen Großstadtgemeinde nach der Emanzipation 1848–1918, Hamburg 1974, S. 142 f.

10 Rede Max Warburgs auf der Generalversammlung des Hilfsvereins im Hotel Kaiserhof in Berlin am 23. 1. 1933, in: Ina S. Lorenz, Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. 2 Bde., Hamburg 1987, Bd. 2, S. 1072 f.

11 Max M. Warburg (wie Anm. 7), S. 146.

»Bei der Machtübernahme des Nationalsozialismus war seine erste Reaktion die des Kampfes gegen die Kräfte des Dunkels«, erzählte Warburgs Sohn Erich später über seinen Vater.[12] Aber Warburg wurde isoliert. Die Handelskammer warf ihn hinaus. Er verlor seinen Aufsichtsratsitz im Hamburger Wirtschaftsdienst, den er selbst gegründet hatte, die Philharmonische Gesellschaft warf ihn hinaus, die Hochschulbehörde, die Hapag entließen ihn aus ihrem Vorstand.

Aus dem Ausland kam Protest gegen die Terrorisierung von Juden. In London forderten Plakate vor den Geschäften im Westend die Kunden auf: »Boycott German Goods!«[13], kauft keine deutschen Waren. In New York fand eine Protestversammlung im Madison Square Garden statt, am 27. März 1933. Mit 55000 Teilnehmern – 20000 im Gebäude und 35000 auf den umliegenden Straßen und Plätzen – wurde sie zur größten Demonstration, die New York je gesehen hatte.

Die Nationalsozialisten nahmen sie zum Vorwand für den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April. Goebbels gab den örtlichen NSDAP-Verbänden dazu freie Hand. Doch am Abend davor richtete er einen Aufruf an die Terror-Kommandos, die Banken nicht in ihre Aktionen mit einzubeziehen, und nach dem Boykott verlangte Reichsbankpräsident Schacht von Hitlers Staatskanzlei, dass jeder Eingriff in das Bankwesen unterbleibe: Die Banken konnten über ihre internationalen Verbindungen dringend benötigte Devisen und Außenhandelskredite vermitteln. Die Warburg-Bank war vorerst sicher.

Doch am 7. April erging das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: Jüdische Männer und Frauen im Staatsdienst wurden entlassen – in Schulen und Universitäten, in Behörden, Ministerien, Gerichten, in Museen, Theatern. Das Gesetz wirkte wie ein Startschuss für die Entlassung von Juden durch jedermann[14]: Sportvereine entließen jüdische Trainer, Kassen entzogen Ärzten die Zulassung, Handwerkskammern wollten keine jüdischen Lehrlinge mehr prüfen. Etwa 200000 Juden wurden arbeitslos oder durften an keiner Berufsausbildung mehr teilnehmen.

Max Warburg und Carl Melchior – ein Teilhaber der Warburg Bank, Jurist und Jude – handelten ohne Zögern und mit dem Können, den Erfahrungen und den Verbindungen hanseatischer Kaufleute. Sie halfen, eine zentrale Institution für alle Juden zu schaffen, sie sahen sich nach Verbündeten um und sie entwickelten einen Auswanderungsplan. Sie machten alles gleichzeitig, und sie machten es keineswegs allein. Aber sie waren die treibenden Kräfte.

Als zentrale Institution für alle Juden gründete die *Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände* am 13. April 1933 den *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau*, eine Stabsstelle, die beriet und koordinierte. An ihrer Spitze stand

12 Eric Warburg im Vorwort zu Max M. Warburg (wie Anm. 7), S. VIII.

13 Kieffer (wie Anm. 1), S. 19.

14 Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997, S. 36-57; Avraham Barkai, Die Heimat vertreibt ihre Kinder. Die Nationalsozialistische Verfolgungspolitik 1933–1941, in: Heimat und Exil: Emigration der deutschen Juden nach 1933. Begleitbuch zur Ausstellung Heimat und Exil im Jüdischen Museum Berlin vom 29. 9. 2006 bis 9. 4. 2007, Frankfurt / M. 2006, S. 15.

Rabbiner Leo Baeck, ein hoch angesehener Gelehrter. Der Zentralausschuß sollte allen Hilfe bieten, die aus ihren Berufen hinausgedrängt worden waren oder nichts lernen durften, sollte Berufsberatung organisieren, jüdische Schulen ausbauen, Auswanderung unterstützen.[15]

Finanziert wurde die Arbeit durch Spenden jüdischer Gemeinden und ausländischer Hilfsorganisationen.

Auf der Suche nach Verbündeten nutzte Max Warburg seine Kontakte zu Großindustriellen, die Zugang zu Hitler hatten. Carl Bosch, der Vorstandsvorsitzende der *I.G. Farben*, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der Vorsitzende des *Reichsverbandes der deutschen Industrie*, Kurt Schmitt, Vorstandsvorsitzender der *Allianz AG*, waren bereit, Druck auf Hitler auszuüben. Doch sie versuchten vergeblich, mit Hitler über die Judenverfolgung zu sprechen: In Berlin hieß es, Hitler habe Bosch regelrecht hinausgeworfen.[16] Die übrigen Industriellen hatten keine Neigung, sich mit der neuen Regierung anzulegen, von der sie Großaufträge erwarteten.

Einen Auswanderungsplan und Modelle seiner Finanzierung entwickelten Warburg und Melchior seit März 1933. Von den über 25000 Juden, die in den ersten Wochen 1933 Deutschland verlassen hatten, kamen drei Viertel zurück.[17] Ihre wilde Flucht war sinnlos gewesen. Auch die europäischen Nachbarländer litten unter hoher Arbeitslosigkeit. Die Flüchtlinge fanden keine Arbeit, konnten sich nicht ernähren, hungerten, erhielten keine Aufenthaltsgenehmigung, wenn ihr Touristenvisum abgelaufen war. Leute ohne Einwanderungserlaubnis wurden aus allen Ländern ausgewiesen. Wer fort wollte aus Deutschland, musste einen Beruf haben, der im Einwanderungsland gefragt war, und Geld: Fast alle Länder verlangten ein Vorzeigegeld in Landeswährung, mit dem Einwanderer ihren Lebensunterhalt selbst bezahlen konnten, bis sie Fuß gefasst hatten. Landeswährung bedeutet Devisen, und die waren in Deutschland kaum zu bekommen. Käufer in zahlreichen Ländern boykottierten deutsche Exportwaren, das Reich hatte keine Einnahmen, die noch vorhandenen Reserven unterlagen seit der Bankenkrise einer strengen Bewirtschaftung.

Warburg und Melchior planten die Auswanderung eines Drittels der gut 520000 Juden in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. Die Jüngeren, die

15 Gudrun Maierhof, Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933–1943, Frankfurt/M., New York 2002, S. 50 ff. Zum ersten Mal fanden sich hier die großen jüdischen Organisationen in Deutschland zur praktischen Zusammenarbeit bereit: der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, der *Hilfsverein der deutschen Juden*, die *Zionistische Vereinigung für Deutschland*, der *Jüdische Frauenbund* und andere wie die mächtige Jüdische Gemeinde Berlin, die allein ein Drittel der deutschen Juden vertrat.

16 Avraham Barkai, Max Warburg im Jahre 1933. Mißglückte Versuche zur Milderung der Judenverfolgung, in: Peter Freimark, Alice Jankowski und Ina S. Lorenz (Hrsg.), Juden in Deutschland: Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung. 25 Jahre Institut für die Geschichte der deutschen Juden Hamburg, Hamburg 1991, S. 390-405; Peter Hayes, Big Business and »Aryanization« in Germany 1933–1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 3, (1994), S. 254-281, hier: S. 275, Anm. 18.

17 Maierhof (wie Anm. 15), S. 35 f und S. 48.

keine berufliche Zukunft mehr hatten, sollten Berufe und Sprachen erlernen, die in Einwanderungsländern gefragt waren, und Deutschland verlassen. Die Älteren sollten dableiben und die verlorenen Rechte zurückgewinnen. Die beiden Freunde prüften Wege, wie die Jüngeren so viel Kapital wie möglich in Einwanderungsländer transferieren konnten – einmal, damit die Länder Juden überhaupt hereinließen, und zum anderen, damit die Auswanderer sich dort eine neue Existenz aufbauen könnten. Warburg wollte die Auswanderung durch einen Kredit aus dem Ausland finanzieren, den er mit jüdischem Vermögen in Deutschland absicherte. Für die Absicherung sollte eine Liquidationsbank Immobilien – vom Häuschen und dem kleinen Laden bis zur Fabrik – und angelegtes Kapital von Auswanderern – Wertpapiere, Schuldverschreibungen, Pfandbriefe – liquidieren, verkaufen, flüssig machen und den Erlös bei nichtdeutschen Banken unterbringen.

Warburg und Melchior hatten erprobte Verbindungen zur Reichsbank und zu den Reichsministerien – Warburg war jahrelang einflussreiches Mitglied des Generalrats der Reichsbank gewesen. Aber ehe er Gespräche in Berlin aufnahm, wollte er sich im Ausland Unterstützung für den großen Auswanderungsplan sichern.[18] Besonders zwei mächtige Organisationen sorgten weltweit für jüdische Flüchtlinge: ein *American Jewish Joint Distribution Committee* in New York und ein *Central British Fund for German Jewry* in London. Doch beide reagierten mit Unverständnis. Als Melchior in London vortrug, der Boykott deutscher Waren sei widersinnig, die ausländischen Juden sollten ihn aufheben und zwar im Austausch gegen die Erlaubnis für Emigranten, Geld mitzunehmen, war der British Fund zwar bereit, den Boykott nicht länger zu unterstützen, doch viele seiner Mitglieder waren entrüstet, weil sie es feige fanden, nicht zu boykottieren.

Während Warburg und Melchior Finanzierungsmodelle für ihr Auswandererprojekt entwickelten, besuchte Sam Cohen, der Leiter der Siedlungsgesellschaft Hanotea in Palästina, das Auswärtige Amt in Berlin. Er wollte über seinen Vorschlag verhandeln, das Vermögen deutscher Juden ins Land zu holen, um den Anbau von Zitrusfrüchten zu fördern: Wer auswandern will, kauft in Deutschland Exportwaren für die Hanotea und bezahlt in Reichsmark – Cohen brauchte Röhren und Pumpen für Bewässerungsanlagen, landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel – und bekommt für die Waren in Palästina ein Haus oder eine Zitruspflanzung und ein kleines Startkapital.

Für Einwanderer nach Palästina hatte die britische Mandatsregierung elf Bedingungen vorgesehen, die Voraussetzung für ein Visum waren: Zehn hingen von Fähigkeiten des Einwanderers und Bedürfnissen Palästinas ab, nur eine – die erste – allein von Geld. Dieses sogenannte Kapitalisten-Zertifikat konnte jeder für sich und seine Familie bekommen, der in Palästina über ein Kapital

18 Max Warburg hat seinen Auswanderungsplan und die Möglichkeiten der Finanzierung den wichtigen Persönlichkeiten nur mündlich vorgetragen oder vortragen lassen. Aber seine Gesprächspartner haben sie in Notizen und Briefen niedergeschrieben, und sie finden sich in Denkschriften der Reichsvertretung: Kieffer (wie Anm. 1), S. 93. Ich halte mich an die Forschungen von Naomi Shepherd (wie Anm. 3) und Fritz Kieffer (wie Anm. 1), die sie aufgespürt und bewertet haben.

von 1000 Palästina-Pfund – oder englischen Pfund – verfügte: das Vorzeigegeld. Chaim Arlosoroff, der Leiter der Politischen Abteilung der *Jewish Agency for Palestine* – der Völkerbund hatte Großbritannien damit beauftragt, Palästina zu verwalten, und die Jewish Agency war die völkerrechtlich anerkannte Vertretung der Juden in Palästina – unterstützte Cohens Vorschlag: Die Zionisten forderten wohlhabende deutsche Juden zur Einwanderung auf, um das Land entwickeln zu können.

Wann genau Warburg sich in die Verhandlungen einschaltete, ist bis heute unklar. Die auffallend schnelle Reaktion des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank sowie der ihm aus Palästina gut bekannte Personenkreis legen nahe, dass er diese Möglichkeit schon sehr früh gefördert, wenn nicht sogar selbst mitprojektiert hat.[19]

Im Mai begannen die Verhandlungen zwischen Sam Cohen und Regierungsrat Hans Hartenstein, dem Leiter der Reichsstelle für die Devisenbewirtschaftung im Reichswirtschaftsministerium. Der Vorteil eines Abkommens lag für Deutschland darin, dass der Boykott deutscher Waren in dreißig Ländern ausgerechnet von Juden in Palästina durchbrochen wurde und Firmen vielleicht bald wieder mehr produzieren und Arbeitslose einstellen könnten. Das erste Abkommen lief über eine Million Reichsmark und war zeitlich begrenzt. Die Reichsbank war bereit, den Auswanderern die Devisen für das Vorzeigegeld zu verkaufen, 1000 Pfund für 12500 Reichsmark.

Mitte Juli erweiterte das Ministerium das Abkommen mit der Hanotea auf drei Millionen Mark. Bei diesem Vertragsvolumen verlangte nun die *Zionistische Vereinigung in Deutschland*, dass offizielle jüdische Stellen in Deutschland und Palästina die Verantwortung für den Transfer jüdischen Kapitals übernahmen. Ende August bestätigte das Ministerium das Transferabkommen mit der Jewish Agency.

Die Bank *M. M. Warburg & Co.* gründete mit der Bank *A. E. Wassermann*, Bamberg und Berlin, und der *Anglo Palestine Bank Ltd.* in Tel Aviv, die Paltreu, die *Palestina Treuhand-Stelle der Juden in Deutschland GmbH*, Sitz Berlin, Friedrichstraße 218. Die Paltreu nahm die Einzahlungen der Auswanderer in Reichsmark entgegen und kaufte mit ihnen deutsche Waren für den Export. Die Bank in Tel Aviv gründete die Treuhandgesellschaft *Trust and Transfer Office Haavara Ltd.*, abgekürzt Haavara – hebräisch für Transfer. Die Haavara verkaufte die importierten Waren in Palästina und zahlte dem Einwanderer den Erlös aus, mit dem er sich eine Existenz im neuen Land aufbauen konnte.

Das Haavara-Abkommen erleichterte Max Warburg, es war eine Variation der Finanzierung, aber es beseitigte seine Sorgen nicht. Palästina war klein, ein Wüstenland, und seine Wirtschaft konnte nicht viele Menschen ernähren.

Nach diesen Anfangserfolgen setzten die Misserfolge ein. Die britischen Juden hatten zwar ihre Regierung vom Elend der deutschen Juden unterrichtet, doch die lehnte jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands strikt ab.

19 Den Vermögenstransfer durch Exportwaren schildere ich nach dem Bericht von Werner Feilchenfeld, bis 1933 Syndikus der Berliner Handelskammer, der leitend daran beteiligt war (wie Anm. 1).

Den größten Misserfolg erlebte Max Warburg persönlich am 2. August 1933 bei einem Treffen der reichen jüdischen Organisationen in den USA und Großbritannien im Wobourn House in London. Er stellte ihnen seinen großen Plan einer geordneten Auswanderung vor, und sie lehnten es ab, das Projekt mit einem Kredit zu finanzieren. Seinen zweiten Vorschlag, den Export deutscher Waren als Mittel zum Transfer jüdischen Kapitals auch in andere Länder als nach Palästina zu fördern, wollte keiner anhören – den deutschen Export wollte man doch gerade boykottieren.

Ein weiteres Problem für Max Warburg war die Uneinigkeit unter den Verfolgten. Monatelang fehlte nun doch ein einflussreicher Dachverband: Leo Baeck war von der Leitung der *Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände* zurückgetreten, weil die große Berliner Gemeinde ihre Autorität zu oft angefochten hatte. Nach langen Verhandlungen wurde nun die *Reichsvertretung der deutschen Juden* gegründet, und fast alle jüdischen Vereine und Verbände waren Gründungsmitglieder oder traten ihr wenig später bei. Die Gründungsversammlung verlief spannungsreich, und nur dem energischen Auftreten Max Warburgs und Georg Hirschlands, dem Vorsitzenden der Gemeinde Essen, war es zu verdanken, dass die Gründung zustande kam. Seit September 1933 also waren die deutschen Juden aufgestellt:

- Die Reichsvertretung war ihre Repräsentantin gegenüber deutschen Behörden und ausländischen Institutionen.
- Der Zentralausschuß war ein großes verzweigtes Hilfswerk für Auswanderungswillige. Er koordinierte Berufsausbildung und Umschulung, Unterstützung der Bedürftigen, Vorbereitung auf die Emigration.
- Der Hilfsverein kümmerte sich um die Auswanderung in alle Länder außer nach Palästina.
- Das Palästina-Amt in Berlin war zuständig für die Auswanderung nach Palästina. Es verteilte die Einwanderungszertifikate, die die britische Mandatsregierung bewilligt hatte.

Max Warburg hatte die zentrale Position in diesem Geflecht von unterschiedlichen Organisationen. Er hielt sich stets im Hintergrund, war aber sofort da, wenn es nicht weiterging. Oft war von Chaos die Rede, manches klappte nicht, Bestimmungen änderten sich, man arbeitete unter Aufsicht der Gestapo und auch im Verborgenen. Warburgs Ruhe und Zugewandtheit, seine Stärke und Menschlichkeit erfüllten die Mitarbeiter mit neuem Mut und Elan, wenigstens eine Zeitlang bis zum nächsten Schlag der Nazis.

Nur 4000 deutsche Juden erhielten 1933 ein Einwanderungszertifikat nach Palästina, 3000 individuelle Auswanderungen – oder 75 % – bearbeitete die Warburg-Bank, 1000 – 25 % – die Wassermann-Bank. Jeder Transfer brachte andere Schwierigkeiten, jeder Einzelvorgang innerhalb eines Transfers musste für die Steuerbehörden penibel dokumentiert werden. Jede Woche gab es neue Probleme, die Max Warburg in Berlin mit Regierungsrat Hans Hartenstein klärte, einem verständnisvollen Mann, den Warburgs Begleiter sehr schätzten. Viele kleine Unternehmer wandten sich an die Warburg-Bank, deren Betrieb oder Ladengeschäft seit vielen Generationen bestand und die nun unter dem Druck der Nazis unter Wert verkaufen mussten und Devisen für die Auswanderung und für einen neuen Start in einem fernen, fremden Land brauchten.

Warburg versuchte, das Transferabkommen auf andere Länder als Palästina auszuweiten, durfte einmalig Bewässerungsrohre nach Syrien verkaufen, in den Irak und in die Türkei. Die deutschen Juden lebten von ihren Ersparnissen, wurden ärmer, immer mehr erkannten, dass nur noch die Emigration bleiben würde. Das eingezahlte Kapital bei der Paltreu lief innerhalb eines halben Jahres auf das Doppelte auf. Doch ein Land nach dem anderen lehnte es ab, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, und auch Palästina bewilligte weiter nur eine unzureichende Anzahl von Einwanderungserlaubnissen.

Im Herbst 1934 reiste Max Warburg in die USA, um geschäftliche Beziehungen zu ordnen und Spenden für die Emigration über den Atlantik zu sammeln. Die USA hatten zwar offiziell eine Einwanderungsquote von jährlich 23000 Deutschen, aber ihre Konsuln erteilten Visa nur so zögerlich, dass die Quote nie erreicht wurde, und auch in den USA müssen Einwanderer 3000 $ vorzeigen. Amerikanische Zionisten wollten das Haavara-Abkommen zu Fall bringen. Sie verurteilten es als Verletzung des Boykotts und Bruch der jüdischen Solidarität und griffen Max Warburg wegen seiner Kontakte zu deutschen Ministerien und Behörden an, wegen seines angeblichen Paktierens mit Nationalsozialisten.

Das Transfer-Abkommen Haavara und damit die Auswanderung drohten immer wieder zu scheitern. Das Reich verkaufte die 1000 Pfund Vorzeigegeld für immer höhere Reichsmarkbeträge, die Preise für deutsche Exportwaren mussten in Palästina subventioniert werden, damit man sie verkaufen konnte, diese Bonifikation mussten die Auswanderer bezahlen. Warburg versuchte jetzt, Sondergenehmigungen für die Ausfuhr von Autobussen und Lastwagen nach Ägypten, Syrien und in den Irak zu bekommen. Einmal sagte er im großen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsministerium, wo er als einziger Jude mit Beamten mehrerer Ministerien und Parteistellen verhandelte: »Wir Juden in Deutschland denken Tag und Nacht nur darüber nach, wie wir Ihnen in Ihrem Dritten Reich dazu verhelfen können, einen der wichtigsten Punkte Ihres Parteiprogramms durchzuführen, nämlich die Auswanderung der Juden.«[20] Er hielt dabei den Blick auf das lebensgroße Hitler-Bild gerichtet.

Hitler hatte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht im Sommer 1934 auch zum Reichswirtschaftsminister ernannt, und Warburg fand sich regelmäßig zu langen Besprechungen mit Schacht ein.[21] Schacht war auch Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft und so der mächtigste Mann in der deutschen Wirtschaft. Er sollte sie ankurbeln, damit sechs Millionen Arbeitslose von den Straßen verschwanden und Waffen produzierten, und er wollte Deutschland wieder in die internationale Wirtschaft eingliedern, um Rohstoffe für die Aufrüstung kaufen zu können. Das war Warburgs Chance: Die Nationalsozialisten brauchten die Juden. Die fünf größten deutschen »jüdischen« Privatbanken vermittelten 1935 über 14 Prozent der Außenhandelskredite[22] in das Deutsche Reich.

20 Nahum Goldmann, Mein Leben, München 1981, S. 122 f.
21 Christopher Kopper, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2006, S. 229.
22 Köhler (wie Anm. 6), S. 113.

Schacht stimmte seine Gespräche mit Warburg mit Hitler ab. Hitler gefiel der Gedanke, dass die Juden ihre Auswanderung selbst finanzierten, er übertrug die Federführung dieser Angelegenheit seinem Stellvertreter Rudolf Heß. Die Paltreu durfte die deutschen Exporte nach dem Haavara-Abkommen auf Ägypten, den Irak, Iran und Zypern erweitern.

Doch die Reichsbank beschloss im März 1935, für das Vorzeigegeld monatlich nur noch Devisen im Wert von einer Million Reichsmark zu verkaufen. Kurz darauf setzte sie die Devisenzuteilung für das Vorzeigegeld auf 350000 Reichsmark monatlich herab und gab diese Summe auch nur, wenn die Paltreu zumindest die gleiche Summe in ausländischer Währung vorzeigte. Im Mai 1935 beschränkte die englische Mandatsregierung die Einwanderung nach Palästina. 9000 waren 1934 aus Deutschland gekommen, nun würden es noch weniger sein.

Max Warburg diskutierte jetzt mit Schacht auch die Finanzierung der Auswanderung durch einen Auslandskredit, der mit jüdischem Vermögen in Deutschland abgedeckt wurde – für 20000 Auswanderer im Jahr, fünf Jahre lang: Eine Emigrationsbank im Ausland könnte ihnen Vorschüsse zur Gründung ihrer neuen Existenz geben gegen Übereignung des zurückgelassenen Vermögens an einen ausländischen Treuhänder. Schacht hatte Bedenken, überlegte: Eine derartige jüdische Auswanderung wäre ein schwerer Aderlass für den deutschen Wirtschaftskörper. Andererseits könnten einem Kredit aus dem Ausland vielleicht auch andere Kredite folgen. Er musste abwarten, was Hitler dazu sagte.

Auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg im September 1935 gab Reichstagspräsident Hermann Göring die Nürnberger Gesetze bekannt. Juden verloren das politische Stimmrecht und durften keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden. Sie waren von nun an Menschen zweiter Klasse.

Nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze waren englische Bankiers bereit, über die Finanzierung einer Auswanderung der deutschen Juden zu sprechen. Die Zeit für den großen Plan Max Warburgs – einer »meiner gewagtesten Pläne«, sagte er[23] –, mit dem er im August 1933 in London scheiterte, war gekommen.

In Berlin beauftragte Hitler seinen Stellvertreter Rudolf Heß, »die Eröffnung von Möglichkeiten der Vermögensmitnahme«[24] mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung zu prüfen. Zwischenergebnis der Prüfung: Das Prinzip des Haavara-Abkommens könnte auch auf andere Länder als Palästina ausgeweitet werden.

In London trafen sich große Finanziers und die Leiter des British Fund im Bankhaus Rothschild in New Court. Simon Marks, Besitzer des Kaufhauses *Marks & Spencer* und Zionist, trug seinen Plan für eine verstärkte Auswanderung nach Palästina vor, die er weiter aus Spenden finanzieren wollte. Lionel de Rothschild trug Warburgs Plan vor. Warburg wollte eine Massenauswanderung

23 Stiftung Warburg Archiv. Bestand Max Marburg. Notizen über verschiedene Personen und Themen. Menschen, die ich traf, S. 21.

24 Kieffer (wie Anm. 1), S. 95 und S. 484.

in alle Länder sowohl durch deutsche Warenexporte als auch besonders durch einen Kredit aus dem Ausland finanzieren, den er über eine Emigrationsbank absichern wollte.

Die Herren einigten sich darauf, die Finanzierungsvorschläge miteinander zu verbinden. Marks und Lord Bearsted von der Firma Shell sollten nach New York reisen, dieses gemeinsame Programm der englischen Zionisten und Nicht-Zionisten vorstellen und um die finanzielle Unterstützung der amerikanischen Juden für die Emigration von bis zu 100000 deutschen Juden innerhalb von vier Jahren werben.

Während die Verhandlungen in London noch liefen und Max Warburg in Berlin weiterverhandelte, bat sein Sohn Erich in New York, den organisierten Boykott deutscher Waren zu beenden: Schacht verlange bei allen Unterredungen mit seinem Vater, dass der Boykott aufhöre. Die Vertreter der amerikanischen Juden lehnten wieder ab. Die kommunistische Zeitung *Daily Worker* schrieb höhnisch, durch seine Ernennung zum »Ehrenarier« winke Max Warburg ein »ansehnlicher Lohn«.[25]

Eine Woche ehe Simon Marks und Lord Bearsted nach New York abreisten, brachte die *New York Times* auf ihrer ersten Seite einen Artikel mit der Überschrift »Weltjudentum soll großen Exodus der deutschen Glaubensbrüder finanzieren«: Das Projekt verfolge die Absicht, »dem Deutschen Reich erneut wirtschaftlichen und finanziellen Wohlstand zu sichern«.[26] Bevor die Londoner darlegen konnten, wie die Finanzierung aussehen sollte, hieß es in New York, die Juden sollten den Nazis Devisen geben, um ihre Glaubensbrüder loszukaufen. Dieser Irrtum setzte sich so fest, dass er sich niemals wieder aufklären ließ. Der Zeitungsartikel brachte den Plan zum Scheitern.

Eine weitere Folge: Das Reichswirtschaftsministerium lehnte den möglichen Kapitaltransfer in andere Länder als Palästina nun ab, weil dort durch den Boykott die Käufer für Transferwaren fehlen würden.

Die Reichsbank stellte vom 1. April 1936 an überhaupt keine Devisen mehr für das Vorzeigegeld bereit, und Paltreu und Haavara mussten für jeden Palästinaauswanderer einen zusätzlichen Transfer für 1000 Pfund Vorzeigegeld zustande bringen. Bis zum Eingang der Devisen verging nun fast ein Jahr.

Mitte April töteten Araber in Palästina zwei Juden. Die Folge: Generalstreik, Sabotageakte, Bombenanschläge. Die britische Mandatsmacht setzte die Zahl der Einwanderungszertifikate weiter herab.

Max Warburg gab nicht auf. Im Mai 1936 unterbreitete der Hilfsverein dem neuen *Council for German Jewry* und anderen Institutionen in London einen Plan, wie jährlich 12000 Juden außerhalb Palästinas eine Heimat finden könnten. Warburg brauchte dafür eine Million Pfund. Nun geschah das Wunder. Warburg beschrieb es später so: »Lord Burstead (sic) lud alle christlichen englischen Bankiers zusammen, und sie stimmten zu. Lord Burstead (sic) brachte mich zur Bank von England... Montagu Norman kam mir entgegen

25 Daily Worker vom 11. 12. 1935, nach Ron Chernow: The Warburgs. The Twentieth-Century Odyssey of a Remarkable Jewish Family, New York 1993. Deutsche Ausgabe: Die Warburgs. Odyssee einer Familie, Berlin 1994, S. 520.

26 New York Times vom 6. 1. 1936. Beurteilung nach Shepherd (wie Anm. 3), S. 167.

und führte mich hinein… Er war mit allem einverstanden, eine Million Pfund Anleihe wurde für den Zweck gestattet.«[27]

Aber Sir Montagu Norman, der Gouverneur der Bank von England, wollte zuerst Hitlers Zustimmung haben. Der Vorschlag des englischen Bankenkonsortiums ging mit Datum vom 24. August 1936 an den Reichswirtschaftsminister.

Max Warburg hatte endlich eine Anleihe von 1 Million Pfund zustande gebracht und konnte eine geordnete Auswanderung finanzieren. Alle beteiligten Stellen hatten ihre Zustimmung signalisiert. Aber der Plan scheiterte. Schacht lehnte ab. Niemand weiß heute, mit welcher Begründung Schacht ablehnte. Die Gründe stehen in seinem Brief vom 23. Dezember 1936 an den Bevollmächtigten der Bankengruppe Dr. Robert Kempner. Diesen Brief hat man in den Archiven bis heute nicht wiedergefunden.[28]

Auch nach diesem Misserfolg arbeiteten Warburg und die zahlreichen Männer und Frauen, die er repräsentierte, weiter. Der Hilfsverein hatte achtzehn Beratungsstellen – auch in Bremen gab es eine – und sie waren immer überfüllt. Der Verein beschaffte Einwanderungspapiere, finanzierte Auswanderungen mit Spendengeldern, bestellte Schiffspassagen, regelte den Transport von Haushalten. Er veranstaltete Vortragsabende über die Auswanderung nach Südamerika, Südafrika, Australien, Asien und die Chancen, dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Sein Netz war über die ganze Welt gespannt. 400 Korrespondenten an 400 Orten berichteten über die Arbeitsmarktlage je nach Alter und Beruf, über Mietpreise, und der Verein schickte Abgesandte auf Erkundungsreisen in neue mögliche Einwanderungsländer.

Die Suche nach Ländern wurde von Jahr zu Jahr schwieriger, die meisten Staaten wollten überhaupt keine Juden mehr und vor allem keine armen Juden aufnehmen. Im Januar 1937 schlug der französische Kolonialminister vor, die deutschen Juden nach Madagaskar zu schicken und auf die alten französischen Strafgefangeneninseln, nach Neukaledonien, auf die Neuen Hebriden im Pazifik, nach Französisch-Guayana.

Häufig erfuhr der Verein im Voraus, wo und wann Einwanderungsgesetze verschärft wurden. So gelang es ihm gemeinsam mit der Reichsvertretung, den gecharterten Dampfer STUTTGART mit 540 Flüchtlingen an Bord fünf Tage vor Inkrafttreten neuer Einwanderungsbeschränkungen in Kapstadt einlaufen zu lassen.

Max Warburg wurde vorgeworfen, er leite eine ineffiziente und inkompetente Organisation – im Mai 1937 bei einer Tagung der *Jewish Colonization Association* in London. Er antwortete, dass an dieser Kritik etwas Wahres sei: Der Hilfsverein sei, wie alle anderen jüdischen Organisation in Deutschland, schlicht und einfach überfordert. Die Zunahme antijüdischer Maßnahmen verwandele die Arbeit des Hilfsvereins in ein Notprogramm. Dennoch gaben er und seine Mitarbeiter das Prinzip geplanter Auswanderung nicht auf.

27 Stiftung Warburg Archiv. Bestand Max Warburg. Notizen über verschiedene Personen und Themen. Menschen, die ich traf: Montagu Norman.

28 Schachts »Hilfsbereitschaft« jüdischen Bankiers gegenüber ist weitaus geringer einzuschätzen als lange angenommen. Köhler (wie Anm. 6), S. 546 f.

Die Einzahlungen auf die Paltreu-Konten bei *M. M. Warburg & Co.* addierten sich manchmal auf sechzig, siebzig Millionen Reichsmark. Die Einzahler warteten nun länger als ein Jahr auf ihre Auswanderung, denn nach Palästina durften inzwischen 60 % der bis 1935 noch genehmigten Exportwaren nicht mehr ausgeführt werden. Für ihre Einzahlungen bekamen sie Jahr für Jahr geringere Beträge in Pfund ausgezahlt. 1937 kosteten 1000 Palästina-Pfund – oder englische Pfund – 20000 Reichsmark, ein Jahr später 40000 Reichsmark.

Über ein Drittel der Juden war nun ausgewandert. Die meisten waren zwischen 20 und 45 Jahre alt – über 60 waren keine sechs Prozent –, und es gab bedeutend mehr Männer unter ihnen als Frauen. Der Hilfsverein fand kaum noch ein Land für Leute mittleren Alters oder gar für Leute über 60. Aber selbst jüdische Facharbeiter ins Ausland zu vermitteln war nun schwer, Chile und Peru nahmen seit 1936 keine Einwanderer mehr auf.

1937 gelang es Warburg mit Unterstützung des Reichswirtschaftsministeriums die Altreu zu gründen, die *Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH*. Die Altreu durfte den Vermögenstransfer auch in andere Länder als nach Palästina nun doch endlich durchführen, konnte aber für eingezahlte Reichsmarkbeträge und die Warenexporte bedeutend weniger Devisen vermitteln: Beim Haavara-Transfer verlor ein Auswanderer 25 % seines Vermögens, beim Altreu-Transfer 1937, wenn er überhaupt genehmigt wurde, 78 %, später über 90 %. Von allen Auswanderern kassierte das Reich ab, strich jährlich mehrere hundert Millionen Reichsmark durch Steuern, Gebühren, Abgaben ein, diktierte immer schlechtere Wechselkurse. Doch auch Kolumbien, Paraguay, Uruguay, Australien verlangten bei der Einreise ein Vorzeigegeld in Devisen. Die Altreu bot eine Chance, überhaupt auszuwandern.

Jeden Monat gab es eine Fülle von neuen Bestimmungen für Juden, und in der Warburg-Bank in Hamburg saßen acht Juristen, die nur damit beschäftigt waren, diese Bestimmungen[29] zu verstehen und in die Alltagspraxis zu übersetzen und Arbeitsberichte für die Reichsministerien zu schreiben.

Viele jüdische Firmen und Familien baten weiter direkt in der Bank um Rat und Hilfe, und Max Warburg und seine Mitarbeiter halfen, Hunderte von Firmen zu verkaufen und Existenzen in einem neuen Land zu begründen. Die Auswandererabteilung bei *M. M. Warburg & Co.*, die Altreu, die Paltreu und die Reichsvertretung suchten und ersannen Transferprojekte, vermittelten Tauschgeschäfte, Arbeitsplätze, Ankäufe.[30]

Ein Transferprojekt war der Bau eines Kühlhauses in Rio de Janeiro, mit Lindes Eismaschinen. Nach Lettland gingen Dieselmotoren, eine Brauerei, eine Sulphat-Cellulose-Fabrik, ein Schwimmdock, die Brücke für den

29 Inhalte und Auswirkungen solcher Bestimmungen in Bremen finden sich eindrucksvoll bei Regina Bruss: Die Bremer Juden unter dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen. Band 49), Bremen 1983.

30 Stiftung Warburg Archiv. Ordner »Diverse Auswanderungsprojekte A–N. 1935–1936–1937« und Ordner »Diverse Auswanderungsprojekte O–Z. 1935–1936–1937« sowie Mappen »Transferprojekte«, nach Ländern geordnet.

Zentralbahnhof in Riga. Warburgs Mitarbeiter beschäftigten sich mit der Gründung einer Schuhfabrik in Ägypten, der Gründung einer Spinnerei und Weberei in Persien – über türkische Baumwollhändler –, mit dem Bau eines Wasserkraftwerks in Albanien, der sich allerdings zerschlug. Auch der Kauf einer Zinngrube in Brasilien zerschlug sich, aber der Bau eines Packpapierwerks in Kaschmir schien aussichtsreich zu sein: Es geht in der Korrespondenz darum, dass Auswanderer in Deutschland Anteile erwerben und nach Kaschmir mitnehmen können. Jemand, der in Deutschland sein Haus verkauft hat, kauft für den Erlös Stahldrahtseile für eine Firma in Seattle und ein anderer spezielle Elektromotoren.

Häuser und Grundstücke zum Tausch gegen Objekte in Deutschland bieten Leute an, die seit langem in Kanada leben und nun nach Deutschland zurückkehren wollen, ebenso Rückwanderer aus Nicaragua, Uruguay, Paraguay – eine Familie, die dort siebzehn Jahre in einer einsamen Gegend Yerba-Sträucher für das Tee-Getränk Mate anbaute und nun in Deutschland geerbt hat, bietet ihre Pflanzung an. Grundstücke in Brasilien gegen Grundstücke in Berlin werden angeboten, eine Mühle in Chile, zwei Kaffeefarmen in Venezuela, eine Kaffeefarm in Angola, eine Sisalfarm in Angola, in Sydney ein Delikatess-Geschäft, eine Schneiderwerkstatt in Tarunda bei Adelaide.

Arbeitsplätze im Ausland sind meist noch spezieller und nicht sehr zahlreich. In Neuseeland wird ein Konservenfachmann gesucht, in Panama ein Ölfachmann – dahinter verbirgt sich der Wunsch nach jemandem, der Öl aus Kokosnüssen presst. Eine Fliesen- und Emailwarenfabrik in Venezuela sucht Leute. Umgekehrt suchen deutsche Chemiker Arbeit, ein Mann vom *Hochofenwerk Lübeck* bewirbt sich als Metallfachmann in Australien.

Kaufangebote gibt es reichlich: Farmen in Argentinien für Viehzucht oder Weizen, die in Konkurs gegangen sind, ein Hotel in einer verlorenen Provinzstadt, Grundstücke in Brasilien – Max Warburg saß im Aufsichtsrat der *Jüdische Landarbeit AG*, die über die *Parana Plantations Ltd.* in London den Kauf von Kaffeeplantagen in Brasilien vermittelte.[31] Über den Kauf einer Pension in Kairo für eine Frau und ihre Tochter gibt es einen jahrelangen Briefwechsel, und als es so weit zu sein scheint, 1939, zerschlägt der Kauf sich, weil Ägypten eine Visa-Sperre für Juden erlassen hat.

Erich Warburg nannte seinen Vater einen »Freund hingebender Treue.«[32] Der Sohn wusste von vielen Menschen, die schwere Schicksalsschläge nur heil überstanden, weil sein Vater ihnen half und sich in ihr Schicksal vertiefte, als wäre es das eigene.

Er setzte nun auch ohne Kredite aus London und Spenden aus New York die Emigration von Menschen durch, deren Ersparnisse für ein Vorzeigegeld nicht mehr reichten: Im Rahmen der Altreu wurde ein Fonds eingerichtet, in dem ein prozentualer Anteil der Einzahlungen von Auswanderern gesammelt

31 Eckart Kleßmann, M. M. Warburg & CO. Die Geschichte eines Bankhauses, Hamburg 1998, S. 91.

32 Eric Warburg: Über Max Warburg, in: Max M. Warburg. Gedenkfeier seines 100-jährigen Geburtstages am 5. Juni 1967 im Hause Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, (Hamburg) 1967, S. 7-23, hier S. 13.

und zum Kauf von Devisen für Arme verwendet wurden. Ein Reicher, hieß es, solle zwei Arme mitnehmen.[33]

Grauen und Verzweiflung behielt Max Warburg für sich. »Mich hielt nur das Gefühl aufrecht, ich müsse meine Pflichten gegenüber den jüdischen Mitbürgern erfüllen, ich müsse ihnen darin beistehen, ihre Auswanderung in würdiger Form durchzuführen«, berichtete er später.[34] Nach außen gab er Kraft weiter, Zuversicht und die Hoffnung, die alle brauchten – die einen, um auszuwandern, die anderen, um ihnen zu helfen, unter Aufsicht der Gestapo und oft im Geheimen.

Er wusste, dass er die Bank verlieren würde. Noch war sie Mitglied im Reichsanleihekonsortium. Der Umfang der Bankgeschäfte verringerte sich, aber die Zahl der Kunden stieg: Jüdische Kunden kamen hinzu, die andere Banken am Eingang mit großen Schildern abwiesen. Die Warburg-Bank verwaltete immer mehr Kapital von Auswanderern. Ab 1937 sank die Zahl der Kunden durch Auswanderung. Auch die Zahl der jüdischen Mitarbeiter nahm langsam ab.

Max Warburg kämpfte weiter für seinen Plan, eine Massenauswanderung über einen Auslandskredit zu finanzieren. Er sprach mit Reichsinnenminister Frick, mit Fricks Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart, Jurist, Parteimitglied seit 1922 und SS-Standartenführer, der ihm zwei Stunden lang aufmerksam zuhörte. »Ob aus all dem praktische Folgen zu ziehen sind, vermag ich allerdings nicht zu beurteilen«, schrieb Warburg nach dem Gespräch einem Freund. »Auf jedem Fall fühle ich mich erleichtert.«[35] Er hatte alles versucht, was ihm möglich war.

Die SS war bislang für das Haavara-Abkommen gewesen, doch nun verlangten der neue Leiter des für Juden zuständigen Referats Herbert Hagen und sein Mitarbeiter Adolf Eichmann in einem Gespräch im Reichswirtschaftsministerium, an dem Warburg-Leute von der Paltreu teilnahmen, das Haavara-Verfahren abzuschaffen: Man könne die Juden einfach enteignen und ausweisen und sie so loswerden, ohne ihr Geld in Devisen transferieren zu müssen. Die Beamten wehrten sich gegen die SS und sagten, die Auswanderung nach Haavara sei die bequemste und billigste Art, Juden loszuwerden, der Führer wünsche, dass sie die Auswanderung förderten. Aber niemand wusste, ob Hitler das wirklich noch wollte, es gab keine schriftlichen Anweisungen.

33 Möglicherweise hatten Max Warburg und die Organisationen, die er leitete, vieles schon durchgeführt, ehe er es laut Überlieferung den Geldgebern vorschlug. Zufällig stieß ich auf eine Befragung von Zeitzeugen im kleinen Ort Sandstedt an der Unterweser: Der jüdische Besitzer des Dorfladens, Adolf Gottschalck, kaufte 1938 angeblich Mähdrescher und Trecker, schickte sie und sein Geld nach Bolivien und ist mit Frau und Sohn »nachgefahren«. Hinter diesen Rudimenten des Erinnerns steht möglicherweise Warburgs Vorhaben, kleinere Vermögen und Ersparnisse für größere Ankäufe zusammenzufassen. Vgl. Felicitas Gottschalk und Dietrich Diederichs-Gottschalk, »Ich hätt' ja auch Jude sein können!« Spurensicherung zur jüdischen Geschichte in Sandstedt, in: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern, 85, 2006, S. 129-182.

34 Max Warburg (wie Anm. 7), S. 151.

35 Max Warburg an Walter Dauch, 10. 8. 1937. Nach Bajohr (wie Anm. 14), S. 168.

Doch dann kam Nachricht aus der Mitte der Partei. Alfred Rosenberg, der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, erklärte im Auswärtigen Amt, Hitler habe seine Entscheidung, die Auswanderung nach Palästina und den Vermögenstransfer nach dem Haavara-Abkommen zu unterstützen, noch einmal mündlich bekräftigt.

Anfang 1938 teilte Hjalmar Schacht Warburg offiziell mit, die Mitgliedschaft der Warburg-Bank im Reichsanleihekonsortium sei unerwünscht. Warburg musste die Bank verkaufen. Der Verkaufserlös war geringer als die Abgaben, die die Teilhaber der Bank zahlen mussten. Die Beraubung hatte Namen: Reichsfluchtsteuer, Genehmigung der Arisierung, Judenvermögensabgabe, Auswanderungsabgabe.[36]

Max Warburg blieb in Deutschland, solange es ging: Er meinte, es sei die Pflicht eines reichen Bankiers, den Armen und Schwachen zu helfen. Gemeinsam mit seinem Bruder Fritz wollte er weiter den Verfolgten helfen. Die Übergabe der Bank unterbrach seine Bettelreisen nach London für den Hilfsverein und die Reichsvertretung nicht, die Brüder hatten mit den Behörden eine Reise- und Rückkehrerlaubnis ausgehandelt. Im August 1938 reiste Max Warburg mit seiner Frau nach New York, wo er den Vergabeausschuss um zusätzliche Gelder bat. Er wollte im Herbst wieder in Hamburg sein, obwohl seine Kinder jetzt emigrierten – sein Sohn Erich nach New York, seine Tochter Lola mit Familie nach England. Doch am Tag nach der Reichskristallnacht warnte ein Telegramm aus Hamburg Max Warburg vor der Rückkehr nach Deutschland, er müsse mit seiner Verhaftung rechnen. Die Gestapo verhaftete Fritz Warburg. Erst nach einem halben Jahr im Gefängnis Fuhlsbüttel kam er wieder frei.

Drei Tage nach der Pogromnacht gab Hitler die Weisung an Hermann Göring, in England über die Auswanderung der Juden zu verhandeln. Reichsbankpräsident Schacht reiste im Dezember nach London und legte George Rublee vom *Intergovernmental Committee of Political Refugees*, das 32 Staaten auf einer Flüchtlingskonferenz in Evian gegründet hatten, einen Vorschlag zur Finanzierung der Auswanderung von 400000 Juden aus Deutschland, Österreich und inzwischen auch der Tschechoslowakei vor – den Warburg-Plan in größtmöglicher Dimension. Zugleich übermittelte Schacht die Zusage, dass die zurückbleibenden alten Juden in Ruhe leben könnten.

Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, vergewisserte sich am 4. Januar 1939, ob Hitlers Verhandlungsangebot ernst gemeint sei: Er fragte Schacht, wer ihn zu den Rublee-Besprechungen autorisiert habe. Schacht sagte, er habe dem Führer vorgestern, am 2. Januar, Vortrag gehalten. Der Führer sei mit den Besprechungen in London einverstanden und habe ihn mit ihrer Fortsetzung beauftragt.[37]

Hitler wollte den Terror gegen Juden erst beenden, wenn er die Gewähr hatte, dass die Juden im Ausland aufgenommen werden. Das ließ er Rublee übermitteln. Im Reichstag sprach er am 30. Januar sowohl von der Möglichkeit

36 Bajohr, (wie Anm. 14), S. 298.

37 Notiz von Ernst von Weizsäcker am 4. 1. 1939 in: Die jüdische Emigration aus Deutschland (wie Anm. 1), Exponat Nr. 452.

einer »Einigung« über »dieses Problem«, wie auch von der »Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa«.[38]

Die britische und die amerikanische Regierung lehnten den Plan ab. Die Boykottbewegung warf Schacht vor, er wolle nur an das Geld der Juden im Ausland herankommen.

Max Warburg bemühte sich weiter, Leute aus Deutschland herauszuholen, was nach der Reichskristallnacht einfacher wurde, weil manche Länder sich jetzt öffneten. Warburg war nun völlig verarmt. Er musste sich scharfe Kritik von führenden amerikanischen Juden anhören: Er habe eine entschlossene Haltung gegenüber dem Naziregime vermissen lassen. Sie seien entsetzt über sein vertrautes Verhältnis zu Nazigrößen und seine Weigerung, deren Bösartigkeit entschieden die Stirn zu bieten, eine Weigerung, die deutsche Juden teuer zu stehen gekommen sei. Er äußerte sich nicht zu diesen Vorwürfen.

Die Haavara-Exporte und alle anderen Transferaktionen liefen bis Kriegsbeginn. Die Haavara-Exporte machten 0,5 % der deutschen Gesamtausfuhr aus. Transferiert wurden insgesamt ca. 140 Millionen Reichsmark oder 1 bis 2 % des Vermögens aller deutschen Juden 1933.[39] Am 23. Oktober 1941 verbot Himmler die Auswanderung von Juden.

1944 wurde Max Warburg Bürger der USA. Am 26. Dezember 1946 starb er, fast achtzig Jahre alt. Seinem Sohn gelang es nach dem Krieg, sich wieder in die Bank einzukaufen. Heute ist sein Enkel Max Warburg persönlich haftender Gesellschafter in der Ferdinandstraße.

Die historische Forschung hat erst in den 1970er Jahren zögernd begonnen, sich mit der Emigration der deutschen Juden zu befassen. Es ist also möglich, dass die Zahlen der Geretteten, die die jüdischen Hilfsorganisationen angegeben haben, von Historikern noch korrigiert werden. Ich habe sie trotzdem addiert, weil es mir darauf ankommt, die Größenordnung zu zeigen, in der Max Warburg und seine Mitstreiter gekämpft haben.

Die wieder aufgetauchten Paltreu- und Altreu-Akten im Warburg Archiv sind nicht komplett, letztere sind aber die einzigen, die es gibt. Es gibt auch einige Akten des Bankhauses A. E. Wassermann, das 25 % der Transferverfahren nach Palästina durchführte. Über die Tätigkeit der Wassermann-Bank ist kaum etwas bekannt.

Eine erste Auswertung der Warburg-Akten durch das Archiv hat eine Fülle von Namen und Kleinstdaten und Mini-Biographien erbracht, aber viele Fragen sind noch offen. Die Diskussion über mögliche Forschungsprojekte, zum Beispiel eine Datenbank auf der Basis eines Bestands,[40] beginnt erst.

38 Kieffer (wie Anm. 1), S. 25 und S. 486 ff.

39 Avraham Barkai, Das deutsche Interesse am Ha'avara-Transfer 1933–1939, in: ders., Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Hamburg 1998, S. 191 und 193.

40 Den neuesten Stand der Forschung auf Grundlage einer Datenbank am Beispiel der Verfolgung in Bremen zeigt das »Erinnerungsbuch für die als Juden verfolgten Einwohner Bremens« von Günther Rohdenburg und Karl-Ludwig Sommer (Kleine Schriften des Staatsarchivs der Freien Hansestadt Bremen, Heft 37), Bremen 2006.

Die Korrespondenzen in den Mappen »Transferprojekte« und in den beiden Ordnern »Diverse Auswanderungsprojekte« über mögliche Exporte, über Tausch und Kauf von Grundstücken und Geschäften, geben ein plastisches Bild der Tätigkeit der Helfer – von ihrer akribischen, beharrlichen und phantasievollen Arbeit für jeden einzelnen Auswanderer. Man versteht, weshalb Max Warburg jahrelang eine geordnete Massenauswanderung anstrebte statt dieser aufwendigen individuellen Auswanderungen, und man versteht, weshalb jede Auswanderung eines kompetenten Helfers ein großer Verlust für die Hilfsorganisationen war. Die Briefe erlauben auch, die außergewöhnliche Persönlichkeit Max Warburgs besser zu erkennen und besser zu verstehen, welch ein Kämpfer er war.

»Was wird aus dem Bunker Valentin?« Der geschichtspolitische Umgang mit dem ehemaligen U-Boot-Bunker Valentin in Bremen von 1946 bis 1989[1]

Von Julia Pörtner

Die Frage »Was wird aus dem Bunker Valentin?«[2] beschäftigt die Politik, das Militär und zuletzt auch die Bremer Öffentlichkeit bis heute. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde und wird darüber diskutiert, wie der circa 40.000 Quadratmeter große ehemalige U-Boot-Bunker in Bremen-Farge zukünftig genutzt und in welcher Form an seine Geschichte erinnert werden kann. Historisch lässt sich diese Diskussion in mehrere Phasen mit jeweils unterschiedlichen Akteuren und Schwerpunkten unterteilen, wobei der Beschluss des Bremer Senats vom März 2009, finanzielle Mittel für die »Konzeptionierung einer nationalen Gedenkstätte«[3] bereitzustellen (und die diese Entscheidung begleitenden geschichtspolitischen Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Bremen und dem Bund um die Immobilie Bunker Valentin und die weitere Finanzierung einer solchen Gedenkstätte[4]), den vorläufigen Höhepunkt der jüngsten Phase der Debatte darstellt.

Von 1943 bis 1945 erbaut, sollten jährlich 150 U-Boote des Typs XXI in der modernen Sektionsbausweise im Valentin fertiggestellt werden. Bis zu 12.000 KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene waren am Bau beteiligt und in mehreren Lagern im Umkreis der Baustelle untergebracht. Viele von ihnen kamen dabei ums Leben und wurden zum Teil in Massengräbern in der

1 Dieser Artikel basiert auf einer Magisterarbeit, die im Sommersemester 2009 im Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg bei Frau Prof. Dr. Sylvia Paletschek eingereicht wurde. Julia Pörtner, *Geschichtspolitik des Landes Bremen nach 1945 am Beispiel des Umgangs mit dem ehemaligen U-Boot-Bunker ›Valentin‹*.

2 StAB 9, S/0158, Auszug aus ZB ziviler Bevölkerungsschutz, 4. Jahrgang, Nr. 6/59, 1959.

3 Pressemitteilung der Pressestelle der Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen vom 3. März 2009, http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=23302 (Letzter Zugriff: 25. April 2010).

4 Die Förderung der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ist zuvorderst die Aufgabe der Länder und Kommunen. Der Bund kann Gedenkstätten und Projekte nur fördern, wenn sie von nationaler bzw. internationaler Bedeutung sind, ein wissenschaftliches und pädagogisches Konzept vorliegt und sich das jeweilige Land angemessen beteiligt. Weitere Kriterien für die Förderung durch den Bund sind die Authentizität des Ortes und seine Exemplarität. Für die Erläuterungen der Kriterien siehe Drucksache 14/1569 vom 27. Juli 1999 und Drucksache 16/9875 vom 19. Juni 2008 des Deutschen Bundestags.

Nähe des Bunkers begraben.[5] Wie kein anderer authentischer Ort aus der NS-Zeit in Bremen symbolisiert der Bunker Valentin sowohl den Größenwahn und die Verbrechen als auch die scheinbare Modernität des nationalsozialistischen Systems. Und ähnlich wie bei anderen noch erhaltenen NS-Baurelikten in Deutschland, um deren Nutzung nach dem Zweiten Weltkrieg lange gestritten wurde – zu nennen sind hier die Ruinen des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg und das ehemalige KdF-Bad in Prora auf Rügen – umweht diesen gigantischen Bunker, der sowohl ein Ort der Täter als auch der Opfer ist, eine merkwürdige Faszination, die ihren Ursprung in der Ästhetik des Erhabenen und Monumentalen finden mag. Damit ist wahrscheinlich auch zu begründen, warum nahezu alle wissenschaftlichen und populären Darstellungen über den ehemaligen U-Boot-Bunker Valentin[6] mit einer Aneinanderreihung von Maßangaben beginnen, womit dem Leser eine Vorstellung über die Größe des Bunkers vermittelt werden soll, angesichts derer es eigentlich unverständlich ist, dass er zeitweise völlig aus dem kollektiven Gedächtnis der Bremer Bevölkerung verschwinden konnte.

Der geschichtspolitische Umgang mit dem Vermächtnis Bunker Valentin von 1946 bis 1989 spiegelt ferner auf einer lokalen Ebene die Entwicklung im Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik hin zu einer modernen Erinnerungskultur wider. Der Historiker Edgar Wolfrum hat darauf hingewiesen, dass der Umgang mit der NS-Vergangenheit keinen einmaligen Akt darstellt, sondern ein andauernder Prozess ist, innerhalb dessen sich zeitliche Phasen unterscheiden lassen und der auf unterschiedlichen Ebenen stattfindet. Als die wesentlichen Akteure benennt Wolfrum die »offizielle Ebene der Politik«, »die Öffentlichkeit« sowie die Ebene der »politisch-kulturellen Mentalität«.[7]

Für den Umgang mit der Erinnerung an den Bunker Valentin ergeben sich daraus einige Fragestellungen: Welche Phasen gab es in der öffentlichen Erinnerung und im Gedenken an den Bunker Valentin und an dessen Opfer? Welche Debatten und Kontroversen begleiteten diese Phasen? Welche Initiativen, Interessensgruppen und politische Parteien waren daran beteiligt? Welche öffentlich-symbolischen und praktisch-politischen Maßnahmen beinhaltete diese Geschichtspolitik?[8]

5 Vgl. dazu: Barbera Johr u. Hartmut Roder, Der Bunker. Ein Beispiel nationalsozialistischen Wahns. Bremen-Farge 1943–45, Bremen 1989. Sowie Heiko Kania, *Dokumentations- und Gedenkstätte geplant: Das Konzept des Geschichtslehrpfads Lagerstraße/U-Boot-Bunker Valentin*, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, H. 7: Entgrenzte Gewalt. Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus, Bremen 2002, S. 166-168. Außerdem ders., *Neue Erkenntnisse zu Opferzahlen und Lagern im Zusammenhang mit dem Bau des Bunkers Valentin*, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte 10, 2002, S. 7-31.

6 Zuletzt Marc Buggeln, *Der U-Boot-Bunker Valentin in Bremen. Baustelle, Lager und Nachkriegsnutzung*, in: Inge Marszolek u. Marc Buggeln (Hrsg.), Bunker. Kriegsort, Zuflucht, Erinnerungsraum, Frankfurt a. M. 2008, S. 103-119.

7 Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, S. 104 ff.

8 Es wird angenommen, dass Geschichtspolitik die öffentliche Erinnerungskultur zum Gegenstand hat, geschichtspolitische Initiativen aber nicht nur auf Öffentlichkeit

In Anlehnung an Wolfrums Phasenmodell und auf der empirischen Grundlage einer breiten Quellenbasis[9] lassen sich die Debatten um den Umgang mit dem Bunker *Valentin* bis 1989 rekonstruieren und die verschiedenen Akteure und Argumente darstellen. Vor dem Hintergrund des Wechselverhältnisses zwischen nationaler und lokaler Erinnerung ist zudem die Frage interessant, ob im Umgang mit dem ehemaligen Bunker Valentin nach 1945 Besonderheiten in der Bremer Geschichtspolitik auszumachen sind, die nicht kongruent mit der nationalen öffentlichen Erinnerungskultur verlaufen.

I. In der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946–1949)

Im Umgang mit dem Bunker Valentin und den Zwangsarbeitsopfern gab es in dieser ersten Phase zwei Entwicklungen, die ungefähr gleichzeitig verliefen. Zum einen stellte sich unabhängig vom Bauwerk des Bunkers die Frage, wie mit den Leichen der Insassen des ehemaligen KZ-Außenlagers in Farge, die in den noch ungeöffneten Massengräbern lagen, umzugehen sei und wie man ihrer würdig gedenken könnte. Diese Frage wurde zunächst behördenintern besprochen, bevor sie die Bremische Bürgerschaft und damit auch die Öffentlichkeit erreichte. Zum anderen wurde zwischen verschiedenen Behörden und in der Bremischen Bürgerschaft über die Möglichkeiten einer weiteren Nutzung des Bunkers Valentin diskutiert.

Bereits ab Herbst 1945, kurz nachdem das Gräberfeld in Farge entdeckt worden war, hatte es Pläne gegeben, einen Ehrenfriedhof für die ehemaligen KZ-Insassen anzulegen und eine Gedenkstätte zu errichten. Darüber verhandelte die Baubehörde mit der US-Militärregierung. Der zuständige US-Offizier Captain Williams verlangte, dass die dafür notwendigen Arbeiten ausschließlich von »alten Nazis« ohne technische Hilfsmittel als Strafarbeit durchgeführt werden sollten. Ehemalige Gefangene sollten sie dabei beaufsichtigen. Dieses Projekt hatte allerdings keinen Erfolg. Zum einen fanden sich keine »alten Nazis« oder genügend andere Arbeiter, zum anderen sorgten örtliche Zuständigkeitsfragen für weitere Probleme, denn die Massengräber des ehemaligen

zielen und sich im Symbolischen erschöpfen, sondern ebenfalls verwaltungstechnische, finanzielle und gesetzgeberische Maßnahmen mit einschließen. Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999. Claus Leggewie u. Erik Meyer, »Ein Ort, an den man gerne geht«. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München u. Wien 2005, S. 13. Sowie Birgit Schwelling, *Politische Erinnerung. Eine akteurs- und handlungsbezogene Perspektive auf den Zusammenhang von Gedächtnis, Erinnerung und Politik*, in: Horst-Alfred Heinrich u. Michael Kohlstruck (Hrsg.), Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie, Stuttgart 2008, S. 99-121.

9 Der Quellenkorpus lässt sich in Archivalien und Periodika (lokale Tages- und Wochenzeitungen) unterteilen. Aber auch Broschüren, Reden und Texte von den beteiligten politischen Organen, Interessensgruppen und einzelnen Personen gehören dazu. Zu den Archivalien zählen Senatsakten, Vorlagen, Plenarprotokolle und Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft (Staatsarchiv Bremen, StAB) sowie Aktenbestände aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) in Freiburg i. Br.

KZ-Außenlagers Farge lagen nun zum Teil auf niedersächsischem Gebiet. Deshalb richtete sich der Senator für das Bauwesen, Emil Theil (SPD), am 17. Februar 1947 an den Landrat in Osterholz-Scharmbeck:

> »In der Nähe des ehemaligen KZ Farge befindet sich ein Gräberfeld, das sich teils aus Massengräbern, teils aus Einzelgräbern zusammensetzt. Dort sind eine unbestimmte Anzahl von Opfern aus den Konzentrationslagern bestattet worden. Über die Anzahl der Bestatteten können genaue Angaben nicht gemacht werden. Die vorgesehenen Schätzungen schwanken zwischen 1.000 und 5.000. Der Bremer Staat fühlt sich verpflichtet, dieses Gräberfeld als Gedenkstätte würdig herzurichten.«[10]

Damit verbunden war die Anfrage, ob der Kreis Osterholz-Scharmbeck dazu bereit sei, sich an den Kosten für die Herrichtung einer Gedenkstätte zu beteiligen. Der Landrat ließ lange auf eine Antwort warten und teilte auf nochmalige Anfrage am 18. April 1947 schließlich mit, dass eine Entscheidung des Kreisausschusses demnächst anstehe. Der Unterausschuss der Bremer Finanzdeputation hatte die Kosten für eine Gedenkstätte in Farge auf 92.000 RM veranschlagt und die Errichtung dieser Gedenkstätte darüber hinaus ausdrücklich begrüßt. In der Sitzung vom 5. September 1947 stimmte dann auch die Bremische Bürgerschaft den Plänen für die Farger Gedenkstätte zu.

Ziemlich genau ein Jahr später, am 23. September 1948, stellte der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU Bremen, Ernst Müller-Hermann, im Namen der Bremischen Bürgerschaft die Anfragen an den Senat, ob es, erstens, zuträfe, dass sich in der Gegend von Farge noch ungeöffnete Massengräber aus der Zeit der »Hitler-Regierung« befänden, und, zweitens, was der Senat zu tun gedenke, um die Identifizierung der Toten durchzuführen und ihnen eine würdige Gedenkstätte zu errichten.[11]

In seiner Antwort bestätigte der Senat die Existenz des Gräberfeldes, erklärte, dass die Identität der Toten aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr zu ermitteln sei und informierte die Bürgerschaft darüber, warum die Planungen für einen KZ-Ehrenfriedhof bis zu jenem Zeitpunkt noch nicht umgesetzt werden konnten: »Das Projekt scheiterte daran, dass keine Arbeitskräfte für ein solches Vorhaben zu beschaffen waren.«[12]

Wahrscheinlich scheiterten die Planungen auch, weil der Kreis Osterholz-Scharmbeck nicht dazu bereit war, sich an den Kosten für den Ehrenfriedhof und eine Gedenkstätte zu beteiligen. In der betreffenden Akte des Bausenats finden sich zumindest keine Hinweise auf eine finanzielle Beteiligung des Landkreises.[13] Somit wurden die Pläne für den Ehrenfriedhof und eine Ge-

10 StAB 4, 29/1-1109. Der Senator für das Bauwesen an den Landrat Osterholz-Scharmbeck, 17. Februar 1947.

11 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1948, 18. Sitzung am 23. September 1948, S. 376.

12 Ebenda, 20. Sitzung am 21. Oktober 1948, S. 406.

13 In der Chronologie auf der Internetseite zum *Denkort Bunker Valentin* (http://www.bunkervalentin.de/chronologie/1945-heute/. Letzter Zugriff: 28. April 2010.)

denkstätte in Farge aufgeben. Stattdessen sollten die Leichen auf den 35 Kilometer von Farge entfernten Bremer Osterholzer Friedhof überführt werden, wo bereits am 14. September 1947 in einem Staatsakt der Grundstein für das ›Bremer Ehrenmal für die Opfer des Faschismus‹ gelegt worden war.[14] Dieser Staatsakt bildete den symbolischen Höhepunkt der von der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN-Bremen) veranstalteten Gedenkwoche für die ›Opfer des Faschismus‹ vom 7. bis zum 14. September 1947. Geladen hatte der Präsident des Senats Wilhelm Kaisen (SPD), zu den Geladenen gehörten der Senat, die Militärregierung, Vertreter der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen sowie das Bremische Konsularkorps. Unter »starker Anteilnahme der Bremer Bevölkerung«[15] und nach den Klängen des *Trauermarsches* von Chopin begann Wilhelm Kaisen mit seiner Ansprache:

> »Wir trauern um die vielen, die auf den Schlachtfeldern in Europa und Asien und in den Bombennächten der Heimat gefallen sind. Wir gedenken der ermordeten Bekenner aller politischen Parteien und Konfessionen, wir gedenken der Vergasten und Vermissten. Wir gedenken unserer gefallenen, vermissten, vertriebenen und verschleppten Söhne, Väter, Mütter und Kinder. Mit uns trauern die Völker der Welt um Millionen Tote.«[16]

Kaisen erwähnte darüber hinaus den Widerstand Einzelner gegen das NS-Regime, betonte aber umso deutlicher, dass die »große Masse des Volkes der faschistischen Staatsgewalt in Gedankenlosigkeit bis zur Selbstvernichtung gefolgt« sei und erklärte das Bekenntnis zur »Mitschuld« der Deutschen als »schwere Pflicht«. Kaisens Gedenken, das deutsche Opfer ausdrücklich mit einschloss und gleichzeitig eine Mitschuld der Deutschen betonte, ist exemplarisch für die unmittelbare Nachkriegszeit. Der Begriff ›Antifaschismus‹ war zudem noch nicht ideologisch konnotiert, sondern wurde mit ›Antinationalsozialismus‹ gleichgesetzt. Erst die Verschärfung des Ost-West-Konflikts sorgte für eine Ideologisierung des Gedenkens an die NS-Zeit. Bei der offiziellen Einweihung am 30. September 1951 hieß der Gedenkort auf dem Osterholzer Friedhof offiziell ›Ehrenmal für deutsche Soldaten und KZ-Opfer‹.

Während die Bemühungen des Bremer Senats (zusammen mit der US-Militärregierung) um die Errichtung eines Ehrenfriedhofs und einer Gedenkstätte in Farge von den ersten praktisch-politischen Maßnahmen zeugen, sind die Veranstaltungen während der Gedenkwoche für die ›Opfer des Faschismus‹ ein Beispiel für die ersten bedeutenden öffentlich-symbolischen Handlungen zur Erinnerung an die NS-Opfer in Bremen während der Nachkriegszeit. Es

heißt es hingegen, auf der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 27. September 1948 sei festgehalten worden, dass die Bemühungen um einen Ehrenfriedhof in Farge gescheitert seien, »obgleich auch der Landrat des Kreises Osterholz die Planungen unterstützt hatte«. Dafür konnten keine Quellenbelege gefunden werden.

14 Die Leichen wurden allerdings erst 1954 exhumiert und umgebettet. Noch heute ist der Osterholzer Friedhof der zentrale Gedenkort der Stadt Bremen.

15 Weser Kurier, 16. September 1947, S. 1.

16 Ebd.

muss aber zugleich betont werden, dass während der gesamten Besatzungszeit die vergangenheitspolitischen Maßnahmen der Demokratisierung, Demilitarisierung und Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft im Unterschied zu den geschichtspolitischen Bemühungen um eine Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen im Vordergrund standen.

Den ersten Versuch, durch bürgerschaftliches Engagement eine Interessensgemeinschaft zur Erinnerung an die Opfer des KZ-Außenlagers Farge zu bilden, machte Josef Wanschura aus Bremen-Hemelingen. Im November 1949 beschwerte er sich schriftlich bei Wilhelm Kaisen über die »unhaltbare Lage der Gräber des früheren KZ-Farge«[17]. Durch ausländische Besucher sowie aus Kreisen der Verfolgten sei er darauf aufmerksam gemacht worden, dass an diesem Ort nichts an die Opfer, die dort zu diesem Zeitpunkt nach wie vor begraben lagen, erinnere. Durch dieses Versäumnis sah Wanschura das Ansehen der Stadt Bremen sowohl im In- als auch im Ausland als gefährdet an. Deshalb wolle er nun den »Weg in die Öffentlichkeit einschlagen«, um die Politik und die Bürger der Stadt zu mobilisieren, damit durch ein gemeinschaftliches Engagement das Gräberfeld zu einer würdigen Gedenkstätte umgewandelt wird. Dem Schreiben an den Präsidenten des Senats war dann auch ein »Aufruf an alle Bremer« beigefügt, der laut Wanschura ebenfalls an die gesamte Presse, an den Landeskommissar, die Konsulate und an »die einschlägigen Organisationen« gegangen sein soll. In diesem Aufruf beschreibt Wanschura zunächst den Zustand des Gräberfeldes, das nur durch einen »zerrütteten Drahtzaun notdürftig« vom Rest des Geländes abgegrenzt gewesen sein soll. Für Wanschura ist das das »trostlose Bild eines völligen Vergessens«. Er bat daher um Zuschriften und plante, ein Komitee zu bilden und einen Fond zur Errichtung einer Gedenkstätte einzurichten:

> »Ich bin überzeugt, wenn wir alle, mit Vater Staat an der Spitze, unser Scherflein beitragen, dass in kurzer Zeit auch für diese Opfer des Dritten Reichs eine Ruhestätte geschaffen wird, die Bremens würdig ist. Nicht der Staat allein darf der Träger einer solchen Aktion sein, nur ein Gemeinschaftswerk aller Bremer wird das Echo im In- und Ausland finden.«[18]

Tatsächlich erschien der Aufruf von Josef Wanschura am 25. November 1949 in den *Bremer Nachrichten* als Leserbrief. Allerdings blieb sein Vorstoß ohne großes Echo und ohne jegliche Resultate. Wanschura war 1949 seiner Zeit weit voraus. Genauso wie die Mehrheit der Deutschen, die sich als »Opfer Hitlers und der Alliierten«[19] empfanden, waren die Bremer zu dieser Zeit mehr mit der Neuordnung ihrer eigenen Gegenwart und dem Wiederaufbau ihrer Stadt beschäftigt, als mit der Bildung von Interessensgemeinschaften zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Zu einem wirklichen bürgerschaftlichen Engagement zur Erinnerung an die Opfer des KZ-Außenlagers Farge,

17 StAB 4, 29/1-1109, Josef Wanschura an den Präsidenten des Senats Wilhelm Kaisen, 23. November 1949.

18 Ebd.

19 Wolfrum, Geschichte als Waffe (wie Anm. 7), S. 106.

das dann auch eben jene Opfer mit dem Bau des Bunkers Valentin in Verbindung brachte, sollte es erst viel später kommen.

Fast gleichzeitig zu diesen erinnerungskulturellen Entwicklungen diskutierten verschiedene Behörden und die Bremische Bürgerschaft über die Möglichkeiten einer weiteren Nutzung des ehemaligen U-Boot-Bunkers Valentin.

Da eine Sprengung des Bunkers Valentin nicht in Frage kam, weil dabei zu große Schäden im gesamten Ortsteil Farge entstanden wären, kam es im Mai und Juni 1949 zu einem Streit zwischen dem Bremer Oberfinanzpräsidenten Heinemann, dem Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Hermann Apelt (BDV), und dem Bausenator. Dabei waren die Positionen klar verteilt: Der Oberfinanzpräsident, der den Bunker und das umliegende Gelände zuerst als Treuhänder für das Vermögen der ehemaligen Kriegsmarine und anschließend für das Land Bremen verwaltete, hatte ein großes Interesse an einer wirtschaftlichen Nutzung des Bunkers. Der Präsident der Hafenbauverwaltung beim Senator für Häfen, der Diplomingenieur Professor Dr. Arnold Agatz, wollte den Bunker ebenfalls für Hafen- und Industriezwecke benutzen. Agatz, dessen Büro 1943 die Bauplanung des Valentin übernommen hatte, leitete seit 1945 auf Wunsch der US-Militärregierung den Wiederaufbau und die Modernisierung der Bremer Häfen. Ab 1947 bis Ende 1953 bekleidete er das Amt des Hafenbauamtspräsidenten.[20] Er kämpfte besonders hart für den Erhalt dieses seiner Ansicht nach »am seeschiffstiefen Strom gelegene[n] wertvolle[n] Bauwerk[s]«[21]. Der Bausenator Emil Theil und sein Baudirektor Klaus-Dietrich Tippel hingegen wollten das Gelände um den Bunker mit Trümmerschutt anschütten und den Innenraum des Bunkers auffüllen. Für Tippel war dabei entscheidend, wo er den »nötigen Platz für die Unterbringung von nahezu 1 Million Kubikmeter Feinschutt«[22] findet. Deshalb lehnten sie die Pläne von Heinemann, Apelt und Agatz mit der Begründung ab, eine wirtschaftliche Nutzung des Bunkers und die dafür notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen am Bunker seien zu kostenintensiv. Hätte sich die Baubehörde damals durchgesetzt, stünde heute in Farge anstatt des grauen Bunkers wahrscheinlich eine Trümmerschuttpyramide, auf der man Obstbäume angepflanzt hätte.[23]

Seit dem Frühjahr 1948 war die Bauleitung Aufräumung (beim Bausenator) mit Instandsetzungsarbeiten des Geländes nördlich des U-Boot-Bunkers beschäftigt. Baudirektor Tippel und die Bauleitung Aufräumung hatten im April 1949 mit der näheren Planung begonnen, in Farge den Feinschutt aus der Trümmeraufbereitung zu lagern. Das veranlasste Oberfinanzpräsident Heinemann dazu, gegen diese Überlegungen zu protestieren und eine zukünftige wirtschaftliche Nutzung des Bunkers nicht gänzlich auszuschließen zu wollen. »Ich bin der Auffassung, dass sich eine Möglichkeit finden lassen müsste, das

20 Vgl. Karl Marten Barfuß, Hartmut Müller u. Daniel Tilgner (Hrsg.), Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005 (Bd. 1: 1945–1969), Bremen 2008, S. 251.

21 StAB 4, 29/1-963, Agatz an den Senator für das Bauwesen, 7. Juni 1949.

22 Ebd., Tippel an das Ortsamt Blumenthal, 22. Juni 1949.

23 Vgl. ebd., Stellungnahme der Bauleitung Aufräumung, 31. Mai 1949.

Innere des Bunkers als Lagerhaus, Kühlhaus, als Raum zum Einfrieren von Gemüse [...] und für ähnliche Zwecke zu verwenden.«[24] In einem Schreiben an den Senator für Häfen und an den Bausenator vom 4. Mai bzw. 6. Mai 1949 schlug er ein gemeinsames Entscheidungsverfahren der verschiedenen Behörden vor und bat insbesondere darum, auch das Hafenbauamt – also Agatz – in diese Gespräche mit einzubeziehen. Am gleichen Tag (4. Mai 1949) schrieb Arnold Agatz ebenfalls an den Bausenator und forderte die Einstellung der Arbeiten zur Einschüttung des Bunkers.[25] Offenbar hatten sie ihre Aktionen zuvor intern abgesprochen. Und es war dann wiederum Arnold Agatz, der für den Senator für Häfen die Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung zum Thema U-Boot-Bunker in Bremen-Farge für Mittwoch, den 25. Mai 1949 aussprach. Eingeladen waren der Senator für Finanzen, der Senator für Wirtschaft, der Senator für das Bauwesen, der Oberfinanzpräsident und das Hafenbauamt. Doch ausgerechnet der Vertreter der Baubehörde verpasste dieses Treffen, bei dem »nach Vortrag der Sach- und Rechtslage durch Prof. Dr. Ing. Agatz« übereinstimmend beschlossen wurde, dass die Anschüttung und Verfüllung des Bunkers mit Trümmerschutt abgelehnt wird. Die Möglichkeiten einer »friedensmäßigen Nutzung«[26] sollten erhalten bleiben. Nun drehte man den Spieß um und bezeichnete die geplanten Maßnahmen der Bauverwaltung als »unzweckmäßig und unwirtschaftlich«, da die Kosten für die Einschüttung und Verfüllung des Bunkers (Agatz hielt dafür circa eine Million DM für nötig) als annähernd ebenso hoch eingeschätzt wurden wie für die Instandsetzung zu Lagerungszwecken. Diese Schätzungen waren nach eigenen Angaben aber nur »grob und überschlägig«[27]. Erneut wollte man an den Senator für das Bauwesen herantreten, damit dieser veranlasste, die Arbeiten am Bunker zu stoppen.

Das war zu diesem Zeitpunkt indes gar nicht mehr nötig. Während sich die Herren am 25. Mai zu ihrer Besprechung trafen, kam es in Farge bei der Anfuhr von Erdmassen von dem nördlichen Weidegelände in den U-Boot-Bunker zu so starken Deichabbrüchen, dass die Arbeiten sofort eingestellt werden mussten. Die Einschüttung des Bunkers wollte die Bauleitung Aufräumung dennoch nicht völlig aufgeben.[28] Unterstützt wurde die Baubehörde darin vom Beirat Blumenthal. Am 7. Juni 1949 befassten sich der Beirat Blumenthal und der Unterausschuss Farge in einer gemeinsamen Sitzung mit dem U-Boot-Bunker Valentin. Einhellig waren die Beiratsmitglieder der Meinung, dass der Bunker so schnell wie möglich beseitigt werden sollte. In einem Schreiben an den Bausenator erklärte der damalige Ortsamtsleiter Blumenthal, Willy Dehnkamp (SPD), warum:

24 Ebd., der Oberfinanzpräsident an den Senator für Häfen und an den Bausenator, 4. Mai bzw. 6. Mai 1949.
25 Ebd., der Präsident der Hafenbauverwaltung an den Senator für das Bauwesen, 4. Mai 1949.
26 Ebd., Aktennotiz mit der Niederschrift der Ergebnisse der Sitzung vom 25. Mai 1949.
27 Ebd.
28 StAB 4, 29/1-963, die Bauleitung Aufräumung an Baudirektor Tippel, 7. Juni 1949.

»Ausschlaggebend für die Stellungnahme vom Beirat und vom Unterausschuss aber war die Tatsache, dass dieses Erzeugnis des Dritten Reichs heute, vier Jahre nach Kriegsschluss, immer noch militärischen Zwecken dient. Die noch immer erfolgenden Bombenzielwürfe der RAF hemmen nicht nur die Aufräumungsarbeiten [...], sondern auch die wirtschaftliche Bearbeitung der Umgebung des Bunkers. [...] Damit auch in diesem Teil des Landes Bremen die Erinnerung an die Kriegsschrecken nicht immer wieder wachgerufen wird, [...] ist die baldige Beseitigung des Bunkers eine Notwendigkeit.«[29]

Stellvertretend für den Bausenator antwortete Baudirektor Tippel dem Ortsamtsleiter einige Wochen später, allerdings nicht so, wie sich Willy Dehnkamp und die Farger Bevölkerung das gewünscht hätten. Tippel verwies auf die Beschlüsse der behördenübergreifenden Besprechung am 25. Mai. Dadurch hätte sich der Baudirektor veranlasst gesehen, die Arbeiten am Bunker einzustellen. Dennoch wies er ausdrücklich darauf hin, dass »es sich vorläufig nur um eine Einstellung der Einschüttungsarbeiten handelt und dass über den U-Boot-Bunker Farge und seine wirtschaftliche Nutzung bzw. Verfüllung noch nicht das letzte Wort gesprochen ist«[30]. Über die Zukunft des Bunkers Valentin sollte tatsächlich noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden sein. Aber vorerst führten die Intervention des Hafenbauamtspräsidenten Agatz zur Rettung des von ihm ehedem geplanten Bunkers und der anschließende innerbehördliche Streit zu einem Stillstand der Überlegungen zur Zukunft des Valentin. Er wurde weder für industrielle oder sonstige wirtschaftliche Zwecke genutzt noch wurde er in irgendeiner Form beseitigt oder unkenntlich gemacht. Stattdessen nutzten die Alliierten den Bunker und das umliegende Gelände zunächst weiterhin als eine Art ›Bombodrom‹, um neuartige Bomben zu testen.

Teile der offiziellen Bremer Politik unternahmen also schon während der Nachkriegsjahre erste Schritte, um an die NS-Opfer zu erinnern und ihrer öffentlich zu gedenken. Die politisch-kulturelle Mentalität eines Großteils der Bremer Bürger hingegen war zuallererst geprägt von den Bombennächten und den eigenen Opfern und Entbehrungen während der Kriegsjahre. Daher sollte alles, was daran erinnern und den wirtschaftlichen Wiederaufbau hätte stören können, beseitigt werden. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Bremer nicht sonderlich vom Rest der westdeutschen Bevölkerung. Interessanter ist vielmehr der Umstand, dass weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit die Opfer unter den Zwangsarbeitern mit dem Bau des Bunkers in Verbindung gebracht worden sind. Beides wurde völlig getrennt voneinander betrachtet. Nur so ist auch die enorme Fehlinterpretation der Geschehnisse in Farge in einem Artikel aus dem *Weser Kurier* vom 30. August 1949 mit dem

29 Ebd., der Ortsamtleiter Blumenthal an den Senator für das Bauwesen über den Senator für die innere Verwaltung, 8. Juni 1949. Willy Dehnkamp (1903–1986) wurde 1949 zum Ortsamtleiter in Blumenthal bestellt. Ab 1951 war er Bildungssenator. Im Juli 1965 folgte er Wilhelm Kaisen als Präsident des Senats.

30 Ebd., Baudirektor Tippel an das Ortsamt Blumenthal, 22. Juni 1949.

Titel »Was wird aus dem weltgrößten U-Boot-Bunker?« zu erklären, in dem es heißt: »Bis zu 8.000 Menschen waren zeitweilig daran [am Bunkerbau, J. P.] beschäftigt. [...] Diese Menschen fehlten an der Front bzw. in den Fabriken.«[31]

II. In den 1950er und 1960er Jahren

Eine Veränderung der Wahrnehmung des Bunkers *Valentin* in der Öffentlichkeit markiert den Anfang der zweiten Phase im Umgang mit dem Bunker nach 1945.

Nachdem die Bombenabwürfe zu Übungszwecken von den Alliierten eingestellt worden waren, entwickelte sich die Weserseite des Bunkers in den 1950er Jahren zu einem beliebten Ausflugsziel der Bremer. Am Ufer wurde nun gebadet, geangelt und kampiert. Währenddessen erzählte man sich allerlei mysteriöse Geschichten über die Vorgänge am ehemaligen U-Boot-Bunker. Diese Mythenbildung wurde von der Bremer Tagespresse zusätzlich angeheizt. »Der Valentin sei angeblich eine Versuchsstätte der Atomforschung«[32], schrieben die *Bremer Nachrichten* im März 1952. Auch das Gerücht, Josef Stalin, Harry S. Truman und General Dwight D. Eisenhower wären im Anschluss an die Potsdamer Konferenz nach Farge gereist, um sich den Bunker anzusehen, hielt sich hartnäckig in der Öffentlichkeit. Der gleiche Zeitungsartikel verklärte den Bunker zum »achten Weltwunder am Weserstrand« und verglich zudem die Bunkerbaustelle mit dem Pyramidenbau im alten Ägypten. Allein die Vorstellung, dass Stalin, Truman und Eisenhower dieses »achte Weltwunder« besichtigt und wahrscheinlich auch bewundert haben sollen, wertete das Bauwerk – und mit ihm den gesamten Ortsteil – im öffentlichen Empfinden erheblich auf, denn mit dem Systemwechsel der Nachkriegszeit von einer Diktatur zur Demokratie gingen der deutschen Bevölkerung so gut wie alle positiven historischen Bezugspunkte verloren, die der Ausbildung eines neuen Selbstwertgefühls und einer neuen Identität eine Basis hätten geben können. Der Krieg war verloren, Deutschland war verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg und damit für den Tod von Millionen Menschen, die Nation war geteilt. Im Zusammenhang mit dem Vergleich des Bunkers mit den alt-ägyptischen Pyramiden hat Inge Marszolek auf eine Derealisierung und Enthistorisierung des Bunkers hingewiesen.[33] Wollte man ein paar Jahre zuvor den Bunker am liebsten vollständig beseitigen, wurden nun das Bauwerk und die damit verbundenen technischen Leistungen glorifiziert. Die Erinnerung an die Umstände des Bunkerbaus und an die Zwangsarbeitsopfer wurde davon abgetrennt und verdrängt.[34]

31 Weser Kurier, 30. August 1949.
32 Bremer Nachrichten, 22. März 1952, S. 3.
33 Inge Marszolek, *Erinnerungslandschaft Bunker Valentin. Zur Verortung des Bunkers in der Topographie der Gedenkstätten in der Bundesrepublik*, in: Projekt Gedächtnisort ehemaliger U-Boot-Bunker Valentin in Bremen Farge. Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen, Bremen 2001, S. 7.
34 Vgl. Johr u. Roder, Der Bunker (wie Anm. 5), S. 63.

Die Wiederkehr des Verdrängten kann unter solchen Umständen dann umso erschreckender sein: Im Juni 1957 entdeckte man während Bauarbeiten zur Gewinnung von Bauschutt am Bunker Valentin ein menschliches Skelett. Der Arbeiter Martin Henke, ein ehemaliger Lehrling der Firma Tesch, die einst auf dem Gelände der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft (WiFo) ein eigenes Lager unterhielt, »prallte entsetzt zurück«, als ihm aus dem Loch »ein Totenschädel entgegen starrte«[35], wie die *Bremer Nachrichten* etwas reißerisch über den Vorfall berichteten. Diese Berichterstattung über den Leichenfund brachte zwar den Bunkerbau mit den Insassen des ehemaligen KZ-Außenlagers in Farge in Verbindung und bezeichnete den Fund als »eine bittere Erinnerung an eine unselige Zeit«, aber in der breiten Öffentlichkeit hatte sich diese Erkenntnis noch nicht durchsetzten können, wie eine spätere Äußerung des Arbeiters Henke über seinen Fund zeigt:

> »Das war natürlich eine Aufregung, und wir haben uns dann überlegt, wie kann denn so etwas passiert sein, wie kann dieses menschliche Skelett dahergekommen sein. Wir können es uns nur so erklären, dass ein Mensch verunglückt ist, von oben gefallen ist, der in diesen Betonmassen beerdigt worden ist. Ich… wir haben eine andere Erklärung nicht gefunden.«[36]

Der geschichtspolitische Umgang mit dem Bunker Valentin stand in den 1950er und besonders in den 1960er Jahren ganz im Zeichen der Wiederbewaffnung der BRD, des Kalten Krieges und des Atomzeitalters.

1959 stellte das Bundesverteidigungsministerium erste Überlegungen über eine militärische Wiederverwendung des Bunkers Valentin an. Bei einem Besichtigungstermin vor Ort am 3. Dezember 1959 erörterten Vertreter der Wehrbereichsleitung, der Oberfinanzdirektion und der Bundesvermögensverwaltung Bremen zusammen mit Vertretern der drei Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Marine), ob und wofür der Bunker und das umliegende Gelände zukünftig genutzt werden könnten. Einmal mehr stellte sich dabei heraus, dass das Land Bremen keinerlei konkrete Ideen für eine zivile Nutzung des Bunkers hatte. Überraschenderweise war aber auch das Militär zunächst ratlos, was es mit diesem riesigen Betonklotz anfangen sollte. Auf beiden Seiten galt das Hauptinteresse vielmehr dem circa 80 Hektar großen bundeseigenen umliegenden Gelände. Bremen hätte bei einer möglichen Übernahme den Bunker als »mehr oder weniger unangenehme Beigabe in Kauf«[37] genommen und sah ihn »eventuell für die Aufnahme von einem oder mehreren Atommeilern«[38] vor. Seitens des Militärs lehnten alle Streitkräfte (außer der Marine) eine

35 Bremer Nachrichten, 29. Juni 1957.

36 StAB 9, S 0-811, Filmprotokoll von *Der Bunker. Arbeitsstätte: Ein U-Boot-Bunker. Wohnstätte: Ein Treibstoffbunker*, zweiteilige Fernsehsendung von Thomas Mitscherlich, gesendet am 26. und 27. Dezember 1988 auf N3, S. 58 f.

37 BA-MA. BM 1/2839, Wiederverwendung, 1959–73, Bericht über den Erörterungstermin, das Marineabschnittskommando Nordsee an den Bundesminister für Verteidigung, Führungsstab der Marine III 4, 5. Januar 1960.

38 Ebd., in der Akte wurde das Wort »Atommeiler« unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

Wiederverwendung des Bunkers aufgrund seiner »taktisch wenig günstigen Lage« ab. Dennoch stellte das Bauwerk für die Marine offenbar einen »für Verteidigungsmaßnahmen derartigen Wert« dar, dass eine Erhaltung und Instandsetzung des Bunkers empfohlen wurde.[39] Eine Beseitigung des Bunkers zugunsten einer industriellen Nutzung des Geländes hätte so enorme Kosten verursacht, dass über einen Abriss des Gebäudes gar nicht erst diskutiert wurde.

Nachdem sowohl die Bundesvermögensverwaltung als auch die Oberfinanzdirektion Bremen aus wirtschaftlichen Gründen eine schnelle und endgültige Entscheidung über eine Wiederverwendung gefordert hatten, ordnete der zuständige Staatssekretär im Verteidigungsministerium am 31. März 1960 die militärische Nutzung an und wies den ehemaligen U-Boot-Bunker und das dazugehörige Gelände dem Führungsstab der Marine zur »Lagerung von Material der Marine, zur Lagerung des Geräts und zur Ausbildung einer Pipelinekompanie und zur späteren Verwendung für Instandsetzungszwecke der Marine«[40] zu. 15.000 Quadratmeter des mehrgeschossigen Ostteils des Bunkers sollten dazu sofort und »mit ausgesprochen provisorischem Charakter« hergerichtet werden, »um eine Nutzung tatsächlich in wenigen Monaten zu ermöglichen«[41]. Der Bund übernahm das Gebäude und aus dem ehemaligen U-Boot-Bunker Valentin wurde die Außenstelle für das Marinematerialdepot II Wilhelmshaven-Mariensiel der Bundesmarine.

Damit schien die besonders der Bremer Landesregierung mittlerweile lästig gewordene Frage nach der zukünftigen Nutzung des Bunkers endlich gelöst zu sein. Im Bundesverteidigungsministerium stritten sich unterdessen unterschiedliche Abteilungen des Führungsstabs der Marine sowohl untereinander als auch mit der Marinedivision Nordsee (Infrastruktur) über die stetig steigenden Instandsetzungskosten und über Ergänzungsbaumaßnahmen, die dem ursprünglich geforderten »provisorischen Charakter« längst nicht mehr entsprachen und die Übergabe verzögerten.[42] Von der Zuweisung zur militärischen Nutzung bis zur Inbetriebnahme am 1. Oktober 1966 vergingen über sechs Jahre. Die Frage, warum die Bundesmarine trotz der von Anfang an bestehenden Zweifel an der militärischen Tauglichkeit und trotz der finanziell aufwendigen Instandsetzungsmaßnahmen dennoch an der Nutzung des Bunkers Valentin festhielt, kann allerdings allein mit den in den Akten genannten Gründen (Verteidigungsmaßnahmen, Mangel an Lagerraum) nicht befriedigend beantwortet werden und muss offen bleiben.

In der Bremer Presse bekam das militärische Engagement in Farge ein geteiltes Echo. Der *Weser Kurier* bewertete bereits die Planungen der Bundesmarine negativ und meinte, »der hässlich-graue Bunker [...] wird weiterhin an

39 Ebd.

40 Ebd., Zuweisung Nr. 104/60, 31. März 1960.

41 Ebd., militärische Forderung für die Nutzung des Objekts, Fü M IV 2 an Fü M III 4, 9. September 1960.

42 In einem Schreiben von der Marinedivision Nordsee an das Bundesverteidigungsministerium vom 20. Dezember 1967 werden die »bisher entstandenen und genehmigten Kosten für den Bunker Valentin« mit 2.779.000 DM beziffert. Die Inbetriebnahme war ursprünglich für den 1. März 1966 geplant.

der Weser in Farge ein Schandfleck inmitten der Marschweiden bleiben«[43]. Die *Norddeutsche Volkszeitung* indessen begrüßte diese neue Entwicklung, denn bereits zu lange sei ein Millionenobjekt ungenutzt dem Verfall preisgegeben worden:

> »Demonstriert der Bunker einerseits die Leistungsfähigkeit einer zum Glück überwundenen Epoche, wird er andererseits auch heute noch von vielen Ausflüglern, ja sogar Reisegesellschaften bewundert, so kommt seit wenigen Monaten noch ein drittes Element hinzu: Der ›Valentin‹ ist wieder in Betrieb, wenn auch nur zu gut einem Drittel. [...] Man sollte sich bemühen, auch den restlichen Teil des Bunkers ›Valentin‹ wieder einer sinnvollen Bestimmung zuzuführen.«[44]

Damit fasste die *Norddeutsche Volkszeitung* die öffentliche Wahrnehmung des Bunkers in den 1950er und 1960er Jahren sehr treffend zusammen. Tatsächlich gab es seit 1966 im Bundesverteidigungsministerium Überlegungen, auch den restlichen Teil des Bunkers zu Lagerzwecken wieder instand zu setzen. Im Juli 1970 wurden diese Planungen wegen der hohen Instandsetzungs- und Betriebskosten aber endgültig aufgegeben.[45]

Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts machte die Bundesmarine den Bunker rund zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder zum »Rüstungsgeheimnis« und ließ ihn »aus Landkarten und Luftfotos wegretuschieren«[46]. Es ist anzunehmen, dass auch die Farger Bevölkerung erleichtert dieses lang ersehnte ›Verschwinden‹ des Bunkers zur Kenntnis nahm. Die Nutzung des Valentin als Marinematerialdepot führte zu einem völligen Vergessen des Bunkers und seiner historischen Bedeutung in der Öffentlichkeit. Auch die von der 1958 in Brüssel gegründeten *Amicale Internationale de Neuengamme* organisierten Pélérinagen nach Bremen-Farge blieben bis in die 1980er Jahre fast unbeachtet von der Bremer Politik und Öffentlichkeit.

An diesem Punkt verläuft die lokale Bremer Erinnerungskultur nicht parallel mit der nationalen. Gerieten die nichtdeutschen Opfer und die Orte des NS-Terrors in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik mit Beginn des Wirtschaftswunders und dem Anschwellen des Ost-West-Konflikts mehr und mehr in Vergessenheit, leiteten die 1960er Jahre eine erinnerungskulturelle Wende ein. Hans-Ulrich Wehler bezeichnet diese Phase sogar als »Dezennium des Umbruchs«[47]. 1960 fand im Deutschen Bundestag die erste Verjährungsdebatte statt, bei der es auch um die Verjährung des NS-Völkermords ging. 1961 wurde Adolf Eichmann in Jerusalem öffentlich der Prozess gemacht, und von 1963 bis 1965 verfolgte die bundesdeutsche Öffentlichkeit den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Erst seit diesem Prozess ist Auschwitz als Synonym für den industrialisierten Massenmord an Juden, Sinti und Roma

43 Weser Kurier, 11. August 1964.
44 Norddeutsche Volkszeitung, 17. Juni 1967.
45 Siehe BA-MA, BW 1/88566 u. BM 1/2839.
46 Buggeln, Der U-Boot-Bunker (wie Anm. 6), S. 116.
47 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990), München 2008, S. 277.

und anderen Gruppen während der NS-Herrschaft im Bewusstsein der Deutschen verankert. 1965 wurde die Gedenkstätte Dachau eröffnet sowie ein Jahr darauf die Gedenkstätte Bergen-Belsen. 1967 attestierten Margarete und Alexander Mitscherlich den Deutschen *Die Unfähigkeit zu trauern* und lieferten ein psychoanalytisches Erklärungsmodell für die ›Derealisierung‹ des Nationalsozialismus und die damit einhergehende mangelnde öffentliche Auseinandersetzung mit dem NS-System und dessen Erbe in den 1950er Jahren. Gleichzeitig fand ein Generationenwechsel in der Bundesrepublik statt. Das »geistige Klima der Zeit«[48] wandelte sich und mit ihm der erinnerungskulturelle (und damit auch geschichtspolitische) Umgang mit den Orten der NS-Verbrechen. Sie sollten nun wieder sichtbar gemacht werden. »Die ›Wieder-Verortung‹ sollte der Beginn einer Gedenkstätten-Politik sein, die sich als moralisch und politisch-pädagogische Aufgabe definierte.«[49] In Bremen geschah – zumindest im Umgang mit dem Bunker Valentin – genau das Gegenteil: er wurde unsichtbar gemacht und er blieb es bis in die 1980er Jahre hinein auch.

III. In den 1980er Jahren

Ausgehend von den gesellschaftspolitischen Umbrüchen in den 1960er Jahren veränderte sich der öffentliche Umgang mit der NS-Vergangenheit während der 1980er Jahre innerhalb der westdeutschen Gesellschaft immens. Nach der »Geschichtsvergessenheit« kam nun eine »Geschichtsversessenheit«[50] über die Deutschen, die mit einem multimedialen »Geschichtsboom«[51] erst in den letzten Jahren einen vorläufigen Höhepunkt finden sollte. Während dieser dritten Phase wurden etliche Gedenkstätten und Dokumentationszentren in der Bundesrepublik an Orten der NS-Verbrechen eröffnet. Ebenfalls symptomatisch für diese Entwicklung war das wachsende Interesse an lokalen und regionalen Aspekten der nationalsozialistischen Vergangenheit. »In vielen Orten entstanden Geschichtsarbeitskreise (›Werkstätten‹) und Initiativen, die nach verschütteten Spuren verdrängter Vergangenheit an ihrem Ort und in ihrer Region zu forschen begannen [...].«[52] So genannte ›alternative Stadtrundfahrten‹ gehörten dabei ebenfalls zum Programm. Geschichte wurde nun von unten betrieben.

Und auch in Bremen erinnerte man sich an die Geschichte des ehemaligen U-Boot-Bunkers Valentin. Dabei spielte Rainer W. Habel eine tragende Rolle. Der ehemalige (und mittlerweile verstorbene) persönliche Referent des Senators

48 Wolfrum, Geschichte als Waffe (wie Anm. 7), S. 110.
49 Ebd., S. 111.
50 Aleida Assmann u. Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 10.
51 Barbara Korte u. Sylvia Paletschek (Hrsg.), History Goes Pop. Zur Repräsentation von Geschichte in populären Medien und Genres, Bielefeld 2009, S. 10.
52 Ulrike Puvogel, *Einleitung*, in: dies. u. Martin Stankowski, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation (Bd. 1), Bonn 2005, S. 11.

für Gesundheit und Umweltschutz entdeckte 1975[53] in den alten Parlamentsprotokollen der Bremischen Bürgerschaft aus dem Jahr 1948 die Anfrage des damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU Bremen, Ernst Müller-Hermann, zum Gräberfeld in der Nähe des Farger Bunkers. Habel recherchierte weiter und präsentierte seine Ergebnisse in dem Radio-Feature *Keiner verlässt lebend das Lager – Die Geschichte des U-Boot-Bunkers in Bremen-Farge* am 20. Juni 1981 der Öffentlichkeit. Das war sowohl der Beginn einer Aufarbeitung der Realgeschichte des Valentin als auch der Ausgangspunkt für eine erneute und öffentlichkeitswirksame Diskussion darüber, in welcher Form man an diese Geschichte erinnern und der Opfer gedenken könnte. Es ist vor allem Habels Verdienst, dass die Geschichte des Bunkers und die des Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlagersystems in dessen Umgebung zusammengebracht und ab diesem Zeitpunkt auch öffentlich zusammenge*dacht* wurde.[54] Im Anschluss an Habels Radiofeature rückten Christoph U. Schminck-Gustavus' Bildband *Bremen kaputt* (1983) sowie Thomas Mitscherlichs zweiteilige Fernsehsendung über den Bunker Valentin und die Lager (1988) mit der begleitenden Broschüre von Barbara Johr und Hartmut Roder (1989) den Zweiten Weltkrieg, den Holocaust und die damit unmittelbar verbundene Geschichte des Bunkers nach und nach in das Bewusstsein der Bremer Bevölkerung.

Bereits im Oktober 1978 hatte sich Rainer Habel öffentlich über die mangelnde Thematisierung und Dokumentation der Bremer NS-Vergangenheit im Schulunterricht und in örtlichen Museen beklagt.[55] Zusammen mit dem *Antifaschistischen Arbeitskreis* des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses Vegesack[56] dokumentierte Habel ab 1980 die Umstände des Bunkerbaus und veranstaltete Ton-Dia-Vorträge im Bürgerhaus zur ›Aufklärung‹ über die Geschichte des Valentin. »Dass in Farge Massenmord geschehen ist, will der antifaschistische Arbeitskreis als Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit jetzt öffentlich bekannt machen«[57], berichtete *Die Norddeutsche* im Februar 1982. Damit verbunden war die Forderung nach einem Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer des Bunkerbaus. Das waren die Anfänge der Bürgerinitiative, die später den Namen *Blumen für Farge* bekommen sollte.

Diese Initiative war von Anfang an eng mit dem *Antifaschistischen Arbeitskreis* im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus verbunden, der wiederum der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen (VVN-BdA) nahe stand. Seit Mai 1980 veranstaltete

53 Rainer Habel, *Blumen für Farge. Erinnerungswege zum Bremer U-Boot-Bunker*, in: Silke Wenk, Erinnerungsorte aus Beton. Bunker in Städten und Landschaften, Berlin 2001, S. 174.

54 Aufgrund seines Engagements für die Erinnerungsarbeit wurde Rainer Habel 2000 von dem damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau zum Neujahrsempfang auf Schloss Bellevue in Berlin eingeladen. Habels Vater war Marineoffizier.

55 Bremer Bürgerzeitung, Oktober 1978.

56 Die Nachfolgeorganisation dieses Arbeitskreises heißt seit 1997 Internationale Friedensschule Bremen. Die Friedensschule ist ebenfalls im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus angesiedelt und wird von Gerd Meyer geleitet. Sie bietet bis heute Führungen durch den Bunker Valentin an.

57 Die Norddeutsche, 26. Februar 1982.

die VVN-BdA zusammen mit dem *Antifaschistischen Arbeitskreis* so genannte ›antifaschistische (alternative) Stadtrundfahrten‹ in Bremen, um insbesondere Jugendliche über die NS-Vergangenheit der Stadt und den ›antifaschistischen Widerstand‹ zu informieren, und forderte die Einrichtung eines Dokumentationszentrums zu Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Bremen. Dass die VVN-BdA außerdem gut mit der offiziellen Politik kooperierte, zeigt eine 1986 vom damaligen Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Horst Werner Franke (SPD), herausgegebene Broschüre mit dem Titel *Kunst gegen Krieg und Faschismus in Bremen*[58]. Diese Broschüre dokumentiert Beispiele künstlerisch gestalteter Mahnmale, die in den Jahren zuvor im Rahmen des vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst geförderten Programms *Kunst im öffentlichen Raum* entstanden waren. Dabei handelte es sich nicht ausschließlich um Mahnmale zur Erinnerung an den NS-Terror, sondern auch um Mahnmale zum Gedenken an die Opfer des blutigen Endes der Bremer Räterepublik 1919.

Der Senat für Bildung, Wissenschaft und Kunst unterstützte ebenfalls das bürgerschaftliche Engagement zur Erinnerung an die Geschichte des Bunkers Valentin und förderte – auch finanziell – die Pläne, vor Ort ein Mahnmal für die Opfer des Bunkerbaus zu errichten. Im Sommer 1982 wurden die Pläne für dieses Mahnmal öffentlich. Sie sahen vor, vor dem Bunker eine Plastik des Bremer Künstlers Fritz Stein mit dem Titel *Vernichtung durch Arbeit* zu errichten. Die Plastik stellt eine Betonsäule dar, in deren Bruchstelle Menschen von dem Beton erdrückt werden. 1983 sollte das Mahnmal feierlich enthüllt werden. Das Datum passte gut in den öffentlichen Gedenkkalender, denn im ›Erinnerungsjahr‹ 1983 beging man die fünfzigste Wiederkehr der nationalsozialistischen ›Machtergreifung‹ und außerdem jährte sich der Baubeginn des U-Boot-Bunkers Valentin in Farge zum vierzigsten Mal.

Der Antifaschistische Arbeitskreis im Bürgerhaus Vegesack wünschte sich eine öffentliche Diskussion über das geplante Mahnmal am Bunker – und wurde in diesem Anliegen auch nicht enttäuscht, denn der Errichtung von Mahnmalen und Gedenkstätten gingen und gehen meistens konfliktreiche öffentliche Kontroversen voraus. In diesem Fall fand zwar der künstlerische Entwurf für das Mahnmal in den einschlägigen Gremien viel Zustimmung, allerdings gab es unterschiedliche Auffassungen zum Standort des Mahnmals. Es musste entweder vor oder neben dem Bunker (dahinter wäre wenig sinnvoll gewesen) aufgestellt werden, da der Bunker weiterhin von der Bundesmarine militärisch genutzt wurde und daher weder der Bunker selbst noch das umliegende Gelände öffentlich zugänglich waren. Im Oktober 1982 stellte ein Vertreter des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Dr. Hans-Joachim Manske, dem Ortsausschuss Farge (einem Unterausschuss des Blumenthaler Beirats) die Mahnmalspläne für den Bunker Valentin vor. Manske sprach sich dafür aus, das Mahnmal »an der Längsseite des Bunkers in Höhe der vorderen Schmalseite vor dem Deich«[59] aufzustellen. Ein Vertreter der

58 StAB Af-9988-1a, Kunst gegen Krieg und Faschismus in Bremen, herausgegeben vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Bremen 1986.

59 DAS BLV, Oktober 1982.

SPD befürwortete im Ausschuss dagegen einen Platz links vor dem Bunkereingang (wo die Plastik dann auch aufgestellt wurde), ein weiterer SPD-Vertreter schlug vor, das Mahnmal dort aufzustellen, »wo das Leid am größten gewesen ist«[60], was sich als wenig praktikabel erwies. Einstimmig fasste der Ortsausschuss daraufhin den Beschluss, eine Ortsbegehung durchzuführen, um eine Entscheidung über den endgültigen Standort des Mahnmals treffen zu können. Grundsätzliche Kritik an dem Vorhaben, vor dem Farger Bunker ein Mahnmal zu errichten, äußerte auf der Ausschusssitzung nur Carl Schulken von der CDU: »Wir beschäftigen uns zur Zeit immer nur mit erdrückenden Problemen. Sollte man nicht darauf hinweisen, dass wir jetzt in einer anderen Zeit leben?«[61] Schulken gehörte offenbar zu denjenigen politischen Akteuren, die lieber einen historischen Schlussstrich ziehen wollten. Die CDU votierte im Ortsauschuss Farge dennoch für das Mahnmal. Laut der Berichterstattung einer lokalen Wochenzeitung wurde die Diskussion im Ausschuss über das Mahnmal erst wirklich kontrovers, als eine Vertreterin des *Antifaschistischen Arbeitskreises* vorschlug, an der Weserseite des Bunkers in vier Sprachen die Aufschrift »Nie wieder Krieg!« anzubringen. Ein paar Jahre zuvor hatte Rainer Habel genau den gleichen Vorschlag dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst für dessen Programm *Kunst im öffentlichen Raum* unterbreitet. Aber schon damals hätte die Bundesmarine als Nutzerin des Bunkers dieses Vorhaben sehr wahrscheinlich nicht gestattet. Jedenfalls kam es nicht zur Bemalung der Bunkerwand. Im Ortsausschuss Farge lehnten die SPD und die CDU gemeinsam den erneuten Vorschlag mit der Begründung ab, dass von dieser Phrase inflationär Gebrauch gemacht werden würde und sie dazu politisch nicht eindeutig definiert sei. Dr. Manske hielt diesen Vorschlag ebenfalls für sehr problematisch und wies auf die absehbaren Diskussionen und Probleme mit der Bundesmarine hin.[62]

Knapp einen Monat später, in der Sitzung des Blumenthaler Beirats Ende November 1982, bei der auch erneut Dr. Manske als Vertreter des Senats anwesend war, votierte die CDU-Fraktion dann gegen das Mahnmal und die SPD-Fraktion fällte die Entscheidung, dass das Mahnmal beim Bunker Valentin stehen soll, gegen die Stimmen der Christdemokraten. Begründet wurde dieser Sinneswandel von der CDU mit einer intensiv durchgeführten Meinungsbildung, die nun mal zu einem anderen Ergebnis geführt hätte als auf der Ortsausschusssitzung vier Wochen zuvor. »In Gesprächen mit Mitbürgern haben wir wiederholt das Argument gehört, der Bunker sei sich selbst Monument und Denkmal genug«[63], so ein Vertreter der CDU-Fraktion. Dr. Manske betonte nochmals den Willen des Senats, die Plastik vor dem Bunker aufzustellen und argumentierte, dass das Mahnmal nicht in Konkurrenz zum Bunker treten, auch nicht informieren, sondern als Merkpunkt Betroffenheit auslösen solle.[64] Der Erklärung der SPD, die Farger Bevölkerung stünde dem

60 Ebd.
61 Ebd.
62 Vgl. ebd.
63 Die Norddeutsche, 24. November 1982.
64 Ebd.

Vorhaben ebenfalls mehrheitlich positiv gegenüber, konterte Carl Schulken (CDU) mit dem Bericht über »30 negative Anrufe«, die bei ihm eingegangen seien, in denen die Farger die Pläne für das Mahnmal allgemein in Frage gestellt und insbesondere die entstehenden Kosten für das Mahnmal kritisiert hätten. Die CDU-Fraktion schlug daraufhin vor, auf die künstlerisch gestaltete Plastik zu verzichten und stattdessen in unmittelbarer Nähe des Bunkers Informationstafeln zu den Hintergründen der Bunkergeschichte aufzustellen.

Im August 1983 berichtete der *Weser Kurier*, dass die Deputation für Wissenschaft und Kunst 30.000 DM für das Mahnmal am Bunker Valentin bewilligt habe.[65] Einen Monat später sollte das Mahnmal *Vernichtung durch Arbeit* feierlich der Öffentlichkeit übergeben werden.

Kurz zuvor kam es aber zu einem kleinen künstlerisch und politisch motivierten Skandal. Eigenmächtig hatten Unbekannte die Idee Rainer Habels und des *Antifaschistischen Arbeitskreises* umgesetzt, am Bunker die Aufschrift »Nie wieder Krieg« in großen roten Lettern anzubringen. Anfang September 1983 konnte man dann vom Deich aus den Leitspruch »No more war« sehr deutlich an der Bunkerwand lesen. Die Bundesmarine veranlasste die sofortige Übermalung und pflanzte Efeu, um die Bunkerwand zu bedecken und um den noch durchschimmernden unerwünschten Spruch zu verstecken.[66]

Am 17. September 1983 übergab der Präsident des Senats, Hans Koschnick (SPD), in einem symbolischen Akt des Gedenkens und in Anwesenheit einiger ehemaliger französischer Häftlinge des KZ-Außenlagers Farge das Mahnmal am Bunker Valentin der Öffentlichkeit. Das Besuchsprogramm der Franzosen, das von Rainer Habel und André Migdal, einem ehemaligen Häftling in Farge und Mitglied der *Amicale International de Neuengamme*, organisiert wurde, trug die Überschrift *Blumen für Farge*. Teil dieses Programms war auch ein Empfang für die ehemaligen KZ-Häftlinge und deren Familien durch den Präsidenten des Senats im Bremer Rathaus und ein anschließendes Essen mit Senator Hans Werner Franke am Abend vor der Mahnmalseinweihung. Der Empfang und die Übergabe des Mahnmals durch den Präsidenten des Senats bedeutete eine offizielle Aufwertung der von den Franzosen und den Bremer Interessensgruppen begonnenen Erinnerungsarbeit. Trotz ihrer regelmäßigen Besuche in Bremen seit den 1960er Jahren waren die Mitglieder der *Amicale Internationale de Neuengamme* zuvor nie so öffentlichkeitswirksam von einem Vertreter der offiziellen Bremer Politik empfangen worden. Die lokalen Tages- und Wochenzeitungen berichteten ausführlich über den Besuch der Franzosen und über die Einweihung des Mahnmals. Dabei übernahm die Presse teilweise wortwörtlich Passagen aus den sehr umfangreichen Pressemitteilungen

65 Weser Kurier, 13. August 1983.

66 In der von Inge Marszolek und Marc Buggeln 2008 herausgegebenen Aufsatzsammlung (s. Anm. 6) ist auf Seite 117 ein Foto des Bunkers Valentin abgebildet, das die Weserseite des Bunkers vom Deich aus gesehen zeigt. Die Bunkerwand auf diesem Foto trägt die Aufschrift »Nie wieder Krieg und Faschismus«. Als Quelle für die Aufnahme ist der Autor Marc Buggeln angegeben, der das Foto 2006 gemacht haben will. Dabei muss es sich um einen Fehler handeln, denn der Bunker trug nie diesen Schriftzug. Das Foto kann folglich nur eine Montage sein.

der Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen.[67] Diese Pressemitteilungen lieferten die historischen Hintergründe und Zusammenhänge zum Bunker Valentin und dem KZ-Außenlager in Farge, betonten den Eindruck des historischen Moments jener Veranstaltung und vermittelten mit Nachdruck das Engagement des Senats in der Erinnerungsarbeit an die Opfer des Nationalsozialismus. Außerdem wurden die Ansprachen der Festredner vorab veröffentlicht. Auf diese Weise konnte der Senat die Berichterstattung über die Gedenkveranstaltung in den Bremer Medien positiv beeinflussen, so dass es nicht zu unangenehmen Fragen seitens der Medien kam. Beispielsweise hätte man fragen können, warum die Besuche der *Amicale Internationale de Neuengamme* in Bremen fast fünfzehn Jahre lang unbeachtet geblieben waren. Oder warum nur ehemalige französische KZ-Häftlinge an den Gedenkfeierlichkeiten teilnahmen, nicht aber die ehemaligen Häftlinge aus der Sowjetunion und aus Polen.

Bremen übernahm nun offiziell die Verantwortung für die Gräueltaten, die in Farge und Umgebung während der NS-Zeit stattgefunden hatten. Auf einer Seite des Mahnmalsockels wurde von der Stadt eine Tafel angebracht, auf der die Freie Hansestadt Bremen an die »Unmenschlichkeit der deutschen Faschisten« erinnert. Des Weiteren wird die Geschichte der Zwangsarbeiter und des Bunkerbaus in Farge kurz zusammengefasst:

> »Im KZ-Außenlager Farge [...] und in anderen Lagern hielten die deutschen Faschisten zwischen 1943 und 1945 mehr als 10.000 Arbeitssklaven zum Bau des U-Boot-Bunkers ›Valentin‹. Die meisten von ihnen kamen aus der Sowjetunion, aus Polen und Frankreich. Auch deutsche Widerstandskämpfer gehörten dazu.«[68]

Der Text endet mit dem Satz: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – jede Anstrengung für den Frieden in der Welt.« Im offiziellen Sprachgebrauch war der Begriff Faschismus – zumindest in Bremen – jetzt offenbar wieder gestattet, obwohl er nach wie vor ideologisch konnotiert war. Und der Leitsatz »Nie wieder Krieg!«, der zuvor noch von örtlichen sozialdemokratischen Vertretern als »politisch nicht eindeutig definiert« bezeichnet wurde und auch nicht an der Bunkerwand stehen durfte, war nun Bestandteil des offiziellen Gedenktextes der Stadt Bremen am Bunkermahnmal. Dadurch wurde deutlich die Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass »vor der Wiederholung der Geschichte nur ein Nichtvergessen schützt«[69], was der Prämisse einer sozialistisch-antifaschistischen Erinnerungskultur entspricht.[70] Erinnerungsarbeit wurde als politische Notwendigkeit zur Prävention weiterer Kriege

67 Vgl. StAB Ab-9998-25, Mitteilungen der Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen, 7. Ausgabe bis 10. Ausgabe, 13. bis 16. September 1983. Sowie Weser Kurier, 16. und 17. September 1983, Die Norddeutsche, 16. September, Bremer Nachrichten, 17. September und DAS BLV, 21. September 1983.

68 Puvogel u. Stankowski, Gedenkstätten (wie Anm. 52), S. 217.

69 Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München u. Wien 1995, S. 16.

70 Vgl. ebd.

und Völkermorde betrachtet. In dieser Auffassung standen sich die sozialistisch-antifaschistischen Interessensgruppen und die sozialdemokratische Bremer Politik sehr nahe. Im Vergleich mit der unmittelbaren Nachkriegszeit war das Gedenken an die NS-Opfer Anfang der 1980er Jahre in Bremen zwar differenzierter, schloss allerdings deutsche Opfer von Krieg und Gewalt nun grundsätzlich (mit Ausnahme der »deutschen Widerstandskämpfer«) von der Erinnerung aus.

In Anschluss an die offiziellen Feierlichkeiten zur Einweihung des Mahnmals nahm das Interesse der Öffentlichkeit am Bunker wieder ab. Aber immerhin hatten Opferverbände und andere Interessensgruppen nun einen Ort, an dem sie sich versammeln und der Opfer des Bunkerbaus gedenken konnten.

Während ihrer nachfolgenden Besuche in Bremen wurde die *Amicale Internationale de Neuengamme* weiterhin von Rainer Habel betreut und regelmäßig von offiziellen Vertretern der Stadt Bremen empfangen. Zum vierzigsten Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Mai 1985 besuchten ehemalige französische KZ-Häftlinge erneut die Stadt und legten einen Kranz am Mahnmal vor dem Bunker Valentin nieder. Insgesamt gab es zu diesem Anlass zahlreiche Gedenkfeiern in Bremen, beispielsweise eine Kundgebung auf der Bahrsplate, dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers in Blumenthal. »Vertreter der Kirchengemeinden, ehemalige Widerstandskämpfer, Mitglieder der jüdischen Gemeinde, viele Jugendliche und Politiker«[71] feierten – laut der lokalen Presseberichterstattung – die »Befreiung vom Faschismus« und erinnerten an die Opfer des Nationalsozialismus. Diese Gedenkveranstaltung wurde insbesondere durch die Repräsentanten der VVN-BdA, der *Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten* und des *Antifaschistischen Arbeitskreises* geprägt. Erneut formulierten sie ihre Ansicht, dass es der Zweck der Erinnerung an die NS-Vergangenheit sei, einen »neuen Holocaust« zu verhindern. Dies wurde abschließend in der *Hymne gegen den Dritten Weltkrieg* auch musikalisch unterstrichen.

Im September 1986 öffnete die Bundesmarine den Ruinenteil des Bunkers Valentin erstmals für eine Gruppe des *Antifaschistischen Arbeitskreises* zur Besichtigung. »Für den antifaschistischen Arbeitskreis im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus habe der Bunker angesichts der vielen Opfer beim Bau Mahnmalcharakter«[72], sagte bei dieser Gelegenheit der Leiter des Bürgerhauses, Gerd Meyer, der den Bunker deshalb gerne der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht hätte. Die Antwort der Bundesmarine auf Gerd Meyers Frage, ob ehemalige KZ-Häftlinge aus dem Ausland das Bunkerinnere besichtigen könnten, verdeutlichte den gelegentlichen Zwiespalt zwischen den Erinnerungsbemühungen der einschlägigen Gruppen sowie Teilen der Politik und den damaligen weltpolitischen Verhältnissen: Nur Bürger der NATO-Staaten durften den Bunker besichtigen, aber keine aus den Warschauer-Pakt-Staaten. Außerdem müsse in jedem Fall zuvor eine Anfrage an das Bundesministerium

71 Die Norddeutsche, 9. Mai 1985.
72 Die Norddeutsche, 13. September 1986.

für Verteidigung gestellt werden. Der Ost-West-Konflikt war während der 1980er Jahre bei sämtlichen erinnerungskulturellen Anstrengungen bezüglich des Bunkers hintergründig präsent.

Insgesamt bildeten die 1980er Jahre den Auftakt (und vielleicht bereits den Höhepunkt) des organisierten bürgerschaftlichen Engagements zur Aufarbeitung und Erinnerung an die Geschichte des Bunkers Valentin. Diese Interessengruppen setzten sich primär aus ehemaligen Verfolgten des Nazi-Regimes und organisierten Antifaschisten zusammen. Die Geschichtspolitik des Landes Bremen in diesem Jahrzehnt wurde von den regierenden Sozialdemokraten dominiert und war sozialistisch-antifaschistisch sowie pazifistisch geprägt. Genau deshalb gab es zwischen der offiziellen Geschichtspolitik und den Ansichten und Forderungen der verschiedenen Interessengruppen eine große inhaltliche und auch personelle Nähe sowie dementsprechende Wechselwirkungen und Übereinstimmungen in Fragen der öffentlichen Erinnerung. Die konservative Opposition hingegen vertrat eine andere Auffassung zu den Formen der öffentlichen Erinnerung an die NS-Verbrechen und setzte zudem das sozialistische System mit der NS-Diktatur gleich, was zu einer erheblichen Polarisierung führte und während dieser Phase eine Politisierung und Ideologisierung der Erinnerung an die NS-Vergangenheit zur Folge hatte.[73] In der Konsequenz gewannen im Kampf um die Deutungshoheit über dieses Kapitel der deutschen Geschichte die öffentlich-symbolischen Handlungen zur Erinnerung an die NS-Vergangenheit an Bedeutung, was wiederum eine zunehmende Inszenierung öffentlicher Gedenkveranstaltungen zur Folge hatte.

Viele Bunker in Norddeutschland wurden nach Kriegsende zu Wohnbunkern, Lagerräumen, Werkstätten, Hotels, Bars oder sogar zu Bordellen umfunktioniert.[74] In den meisten Fällen wurden sie später gesprengt, entfestigt oder als Kunst im öffentlichen Raum bunt bemalt. Der Bunker Valentin bildete dabei eine Ausnahme. Zu groß für eine wirtschaftliche Nutzung und zu stabil für eine Sprengung wurde er ab Mitte der 1960er Jahre wieder militärisch genutzt.[75] Erst während der 1980er Jahre erinnerten Teile der Bremer Bevölkerung zusammen mit der offiziellen Politik an die historische Bedeutung des Valentin und an die Opfer des Bunkerbaus.

In der Frage des geschichtspolitischen Umgangs mit dem ehemaligen U-Boot-Bunker Valentin in Bremen nach 1945 kann man somit von einem lokalen Gedächtnis sprechen, das phasenweise mit der nationalen Erinnerungskultur deckungsgleich ist, sich aber in zwei wichtigen Punkten von dieser unterscheidet: Zum einen während der 1960er Jahre, als der Bunker aufgrund der militärischen Nutzung aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwand,

73 Siehe Bremische Bürgerschaft (Landtag), 10. Wahlperiode, Plenarprotokolle (Bd. 6, 65. bis 76. Sitzung, September 1982 bis Juni 1983), 76. Sitzung, 27. Januar 1983, S. 5864.

74 Vgl. Michael Foedrowitz, Bunkerwelten. Luftschutzanlagen in Norddeutschland, Berlin 1998, S. 150.

75 Erst die Ankündigung der Bundeswehr, den Bunker 2010 verlassen zu wollen, setzte in Bremen Bemühungen um die Anerkennung des gesamten Bunkerkomplexes als Gedenkstätte von nationaler Bedeutung in Gang.

zum anderen durch die sozialistisch-antifaschistische Prägung des Gedenkens während der 1980er Jahre. Aber dieser Umstand dürfte für die politisch traditionell eher links orientierte Stadt Bremen keine große Überraschung darstellen.

Im Ausblick auf die vierte und letzte Phase im Umgang mit dem Bunker Valentin nach 1989 zeigt sich, dass das organisierte bürgerschaftliche Engagement durch eine Professionalisierung und Institutionalisierung der Erinnerungsarbeit ergänzt wurde. Die veränderte weltpolitische Lage, der beginnende Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis und die erweiterte Gedenkstättenförderung des Bundes veränderten die Voraussetzungen der Erinnerungsarbeit und dynamisierten und entideologisierten die Erinnerungskultur insgesamt. Mit der Anerkennung der moralischen Notwendigkeit des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus durch eine breite Öffentlichkeit verlor auch in Bremen die Erinnerung an die NS-Zeit zum Teil ihre politische Orientierungskraft. Dass Erinnerungsarbeit geleistet werden muss, ist spätestens seit den 1990er Jahren die vorherrschende Position und breiter politischer sowie gesellschaftlicher Konsens. Nur über die Art und Weise der Erinnerung gibt es nach wie vor politische und öffentliche Debatten. Dabei ist zu beobachten, dass die Erinnerung an die Vergangenheit mit tagespolitischen Vorhaben vermischt wird. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Land Bremen und dem Bund bezüglich des Bunkers Valentin sind exemplarisch für dieses Verhalten, bei dem die Vergangenheit das Mittel und nicht der eigentliche Gegenstand der Auseinandersetzung ist.

Lohnkämmerei und Wollhandel – Zur Überlieferung der Bremer Wollkämmerei im Staatsarchiv Bremen

Von Jörn Brinkhus

I.

Am 27. Februar 2009 stellte die Bremer Wollkämmerei (BWK), die seit 2000 zum australischen Elders-Konzern gehört hatte, ihre Produktion ein. Wolle wird in Bremen-Nord nun nicht mehr verarbeitet. Lediglich in den Bereichen Wollhandel und Chemiefaser geht ein Geschäftsbetrieb weiter – mit ungewisser Perspektive. Da wegen der Aufgabe der Hauptbetätigung auch der Überlieferung des Unternehmens eine unsichere Zukunft drohte, ging das Staatsarchiv in die Offensive, nahm Kontakt mit der BWK auf und bot die Übernahme von Schriftgut an. Dort traf dieser Vorschlag auf fruchtbaren Boden, war man sich in den Büros und Fabrikhallen des Unternehmens doch der langen eigenen Geschichte bewusst.[1] In mehreren Ablieferungen gelangten im Frühjahr 2009 und nochmals im Laufe des Jahres 2010 zahlreiche Unterlagen (insgesamt rund 15 laufende Meter) in das Staatsarchiv, mit deren Hilfe sich der Benutzer im Detail über die Unternehmensgeschichte informieren kann. So bietet sich der lokal- und unternehmensgeschichtlichen Forschung die Möglichkeit, neben der bislang vorhandenen Literatur zur BWK auch unveröffentlichtes Material auszuwerten.

Die Gliederung des Bestand vermittelt einen ersten Überblick:

1. Geschäftsführung
2. Einkauf, Verarbeitung, Verkauf
3. Rechnungswesen, Controlling, Recht
4. Personal
5. Betriebsfeuerwehr
6. Verschiedenes und Sammlungsgut

Hinter diesen sechs nach Aufgabengebieten gebildeten Gruppen verbergen sich eine ganze Reihe von Archivaliengattungen, angefangen von den Protokollen der Leitungsgremien über Korrespondenzakten und eine Vielzahl von Geschäftsbüchern sowie Sachakten bis hin zu Videofilmen, die aus Gründen der Bestandserhaltung bald digitalisiert werden. Dieser Beitrag soll den Quellenwert von drei Überlieferungsteilen – nämlich der Bildüberlieferung, der Serien von Geschäftsbüchern und der Unterlagen der Unternehmensleitung – aufzeigen, damit gleichzeitig Schlaglichter auf einzelne Aspekte der

1 Herzlicher Dank gilt dem damaligen Pressesprecher der BWK, Herrn Thomas Bolte.

Unternehmensgeschichte werfen und die bisherige, im engeren Sinne unternehmens- und sozialgeschichtliche Forschungsliteratur ergänzen.[2] Dabei soll zumindest skizzen- und thesenhaft das Branchen- und Marktumfeld der BWK beleuchtet werden; freilich bedarf das Zusammenspiel von Lohnkämmerei und Wollhandel noch einer gründlicheren wissenschaftlichen Darstellung, als dies hier möglich ist.

II.

So ist gerade der letzte Punkt der Gliederung – Verschiedenes und Sammlungsgut – für die Wirtschaftsgeschichte von Interesse, da er neben einer Zeitungsausschnittssammlung auch das Fotoarchiv der BWK umfasst. Mit Hilfe dieses umfangreichen Bildbestandes erschließen sich die einzelnen Phasen der Produktion von Kammzügen, die mit der Anlandung der zumeist aus Australien, Neuseeland, Südafrika oder Südamerika stammenden Rohwolle an der firmeneigenen 640 Meter langen Pieranlage begann.[3] Im nächsten Schritt wurden die zu einem Los gehörenden Ballen gewaschen, um sie von Wollfett, Schweiß, Erde und anderen Stoffen zu trennen. Diese Schmutzstoffe konnten bis zu 70 % des Ursprungsgewichts eines Ballens ausmachen. Eine Sortierung der Rohwolle nach Qualitätsstufen folgte. Anschließend lockerten Maschinen die gewaschenen Wollen durch das sogenannte Krempeln auf und bereiteten sie so auf den anspruchsvollsten Verarbeitungsschritt vor, das Kämmen. In diesem wurden die langen Wollfasern, der Kammzug, herauspräpariert und anschließend geplättet, bevor die Spinnereien (also die nächste nicht mehr zur BWK gehörende Verarbeitungsstufe der Textilwirtschaft) den Zug zu Qualitätswollen veredelte. Die kurzen Wollfasern, die sogenannten Kämmlinge, wurden zur Weiterverarbeitung zu Streichgarn, Tuch, Flanell oder Filz verkauft, und auch sonstige Wollstoffe, die sogenannten Abgänge, wurden noch veräußert.

Da das Fotoarchiv die einzelnen Arbeitsgänge, die dazu nötigen Maschinen und auch die Fertigungshalle dokumentiert, kann es zur Beantwortung industriearchäologischer Fragestellungen herangezogen werden und dokumentiert den rapiden Wandel der Arbeitstechniken. So vollzog sich in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein scharfes Rationalisierungs- und Automatisierungsprogramm. Diesem fiel u. a. die händische Sortierung und Qualitätseinstufung der Rohwolle zum Opfer, da die Rohwolle nun in den Herstellungsländern vorsortiert wurde.[4]

2 Vgl. Friedrich Jerchow: Die Geschichte der Bremer Wollkämmerei zu Blumenthal 1883–1983. Ein Jahrhundert im Dienste der Textilwirtschaft, Bremen 1983, mit einem Überblick über die verfügbare Literatur, sowie Volkmar Leohold: Die Kämmeristen. Arbeitsleben auf der Bremer Woll-Kämmerei, Hamburg 1986.

3 Susanne Schöß: Geschichte und Bedeutung der Bremer Wollkämmerei (BWK) in Bremen-Blumenthal, in: Denkmalpflege in Bremen 7 (2010), S. 67-76.

4 Leohold, Kämmeristen (wie Anm. 2), S. 61 f.

Abb. 1: Noch in den 50er Jahren wird aufwändig nach Qualitäten sortiert. (Foto: StAB 7,2135 - 256)

III.

Einen weiteren wichtigen Überlieferungskomplex bilden die Geschäftsbücher der BWK. Hier musste angesichts der Fülle des Materials eine Auswahl getroffen werden, wobei Unterlagen am wertvollsten erschienen, die das Zahlenwerk der Geschäftsberichte ergänzen. So sind die Hauptbücher, in denen auf Sachkonten gebucht wurde, nahezu komplett überliefert und erlauben es, die Bilanzanalyse zu vertiefen. Andere Unterlagen, beispielsweise zur Verwaltung der Barkasse, erschienen demgegenüber als vernachlässigbar. Damit informiert die archivische Überlieferung der BWK über eine Fülle von unternehmensgeschichtlich relevanten betrieblichen Kennzahlen.

Doch auch der weitere Zusammenhang des Wollhandels wird in einer zusammenhängenden Serie von Geschäftsbüchern, den sogenannten Einstandsbüchern, dokumentiert. Hier sind zu einzelnen Sortierlosen und Kammpartien die Einkaufspreise, die Einstandspreise (also inklusive der Kosten für Sortieren und Kämmen) und die (Mindest-)Verkaufspreise ebenso kalkuliert wie der Anteil der BWK an der Wertschöpfung, der sogenannte Sortier- und Kammlohn. Dabei errechnete das Unternehmen ebenso wie auch die anderen Lohnkämmereien in Deutschland seine Erträge für das Sortieren und Klassieren in Qualitäten nach dem Umfang der Rohwolle. Das eigentliche Kammgeschäft hingegen erbrachte Einkünfte für jedes Kilogramm Kammzug und Kämmlinge,

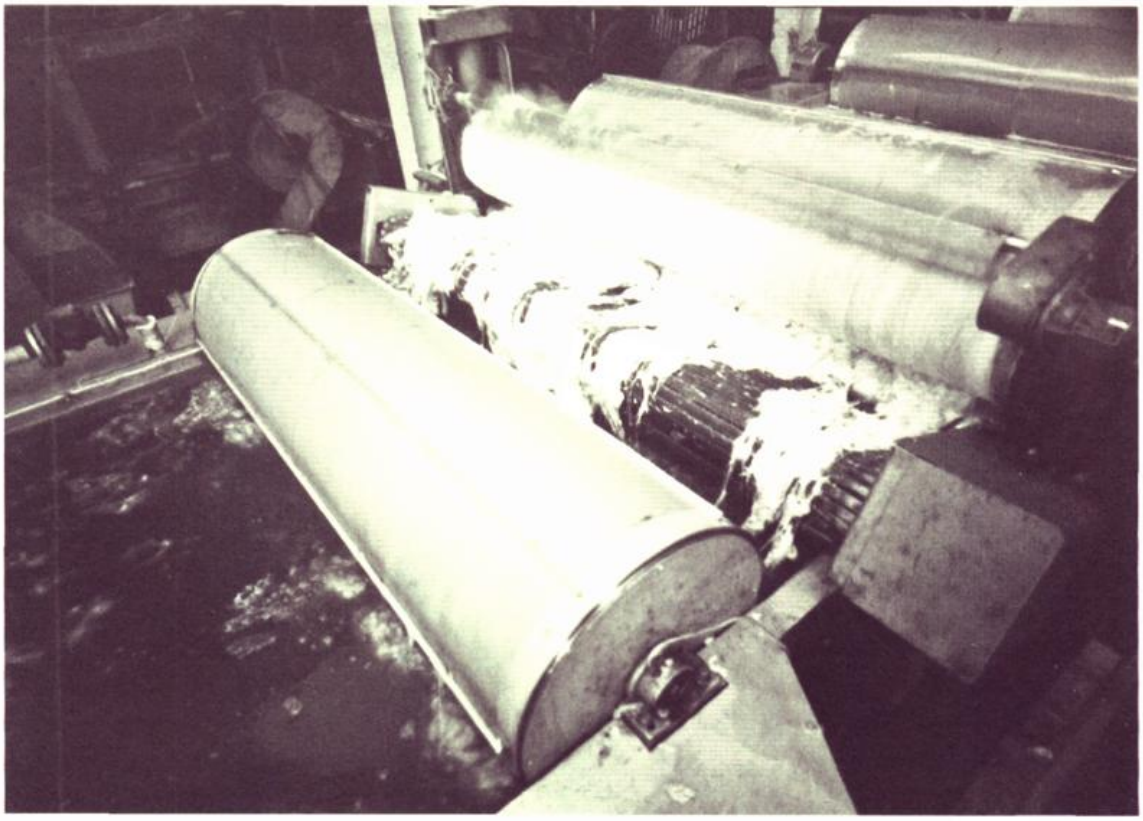


Abb. 2: Weite Bereiche sind später automatisiert, hier die Wäsche (80er Jahre). (Foto: StAB 7,2135 - 257)

das am Ende des Prozesses zur Verfügung stand. Die Höhe dieser Vergütung pro Kilogramm war von der geschätzten Qualität der Rohwolle abhängig.[5] Das Kämmen von Wolle mit guter Qualität (Merino, AAA bis B) zahlte sich in einem höheren Kammlohn aus als die Verarbeitung qualitativ niedriger Wolle (Crossbred, B bis D2). Aus diesem Grund war eine gut arbeitende Sortierung auch im Interesse der BWK, garantierte sie doch nicht nur dem Wollhändler eine satte Ausbeute an qualitativ hochwertigem Kammzug pro Ballen Rohwolle, sondern dem Unternehmen auch einen höheren Sortier- und Kammlohn. Entsprechend galt die Sortierung als qualitativ anspruchsvolle Tätigkeit mit einer langen Anlernzeit; einige Wollhändler vertrauten ihre Ware sogar nur bestimmten Sortiermeistern an, in deren Befähigung sie volles Vertrauen hatten.[6] Diese Orientierung der BWK hin zu einer hochwertigen Veredelung der Rohwolle wurde auch branchenpolitisch abgesichert. So bestand ab 1886 bis mindestens 1936 ein Kartell, das die BWK mit den anderen großen »reinen« Lohnkämmereien in Leipzig, Döhren und Mylau eingegangen war. Verträge legten Untergrenzen für den Kamm- und Sortierlohn fest und schlossen damit einen Wettbewerb durch gegenseitige Preisunterbietung aus. Später

5 Wool Combing Tariff, 1.1.1925, StAB 7,2135 - 238.
6 Leohold, Kämmeristen (wie Anm. 2), S. 57.

kämmten und sortierten die beteiligten Betriebe sogar alle zum gleichen Lohn.[7] Die vier wichtigsten deutschen Lohnkämmereien hatten sich damit auf den Weg festgelegt, im Wettbewerb miteinander und mit ausländischen Anbietern durch Qualität ihre Kunden für sich zu gewinnen.

Die Einstandsbücher spiegeln allerdings nicht nur die Entwicklung der Kamm- und Sortierlöhne wider, sondern auch einige Besonderheiten der Branche, die an dieser Stelle kurz ausgeführt werden sollen, da sie das wirtschaftliche Umfeld der BWK und damit Randbedingungen des unternehmerischen Handelns einer Lohnkämmerei bestimmten. Der Wollhandel war ein mit hohen Risiken behaftetes Geschäft.[8] Wenn ein Wollhändler in Australien oder in anderen überseeischen Ländern ein Los Rohwolle ersteigerte, so musste er zuvor nicht nur die Qualität, sondern auch den Gewichtsverlust in Folge des Sortierens und Waschens möglichst richtig einschätzen. Doch auch dieser Ertrag (im Wollhandel als Rendement bezeichnet) konnte nicht voll in verwertbaren Kammzug umgesetzt werden, da ihn noch die Kämmlinge und die sonstigen Abgänge minderten. Kalkulatorisch wurden hierfür diese sonstigen verwertbaren Wollstoffe ins Verhältnis zu den Kammzügen gesetzt (Romäne). Insbesondere bei Geschäften, die ein garantiertes Rendement umfassten, eine mögliche Ausgleichszahlung durchsetzen zu können, war eine umfangreiche und verlässliche Abrechnung durch die Lohnkämmerei notwendig[9], da nur so der Verkäufer gegenüber dem Käufer beweisen konnte, dass er seinen Verpflichtungen nachgekommen war.

Die vergleichsweise komplexe Kalkulationen zur Ermittlung der Einstandspreise – daher auch die Bezeichnung der Serie – sind überliefert und können herangezogen werden, um sich über das damalige, zum Teil hochspekulative und internationale Marktgeschehen zu informieren.[10] Da zwischen der Auktion in den Herstellungsländern (zum Beispiel Australien, Neuseeland, Südafrika und verschiedenen südamerikanischen Ländern), der Aufbereitung zu Kammzug durch die BWK und dem Weiterverkauf der Ware in der Regel mehrere Monate vergingen, war der Wollhandel im Kern ein Warentermingeschäft, bei dem auch Leerverkäufe gang und gäbe waren, Wollhändler also auf einen bestimmten Termin hin mehr Wolle verkauften, als sie aktuell besaßen. So war es durchaus nicht ungewöhnlich, dass Rohwolle in Südafrika in den 30er Jahren eingeschifft wurde und sich erst während der Fahrt vom Kap der Guten Hoffnung nach Europa entschied, in welchem Hafen die Ware ausgeladen wurde. Um die schnell aufeinander folgenden Geschäftsabschlüsse gemeinsamen Regeln zu unterwerfen und damit deren Gültigkeit zu garantieren, organisierten sich die Bremer Wollhändler seit 1870 mit Hilfe der Handelskammer

7 Traditionsbuch »Konvention der Wollkämmereien«, 1936, STAB 7,2135-1007; Wool Combing Tariff, 1.1.1925, StAB 7,2135-238.

8 Andreas Beckmann und Wiltert Wilts: 50 Jahre Bremer Wollhandel 1945 bis 1995. Eine Dokumentation, Bremen 1996.

9 Vereinigung des Wollhandels: Regulativ für das Schiedsgericht und die Sachverständigen-Kommission. Bremen 1938.

10 Die Preisentwicklung dokumentieren die Veröffentlichungen der Vereinigung des Wollhandels. Das Folgende nach: Historisches Archiv der Handelskammer Bremen (HAHKB): W II 38, Bde. 1 bis 3.

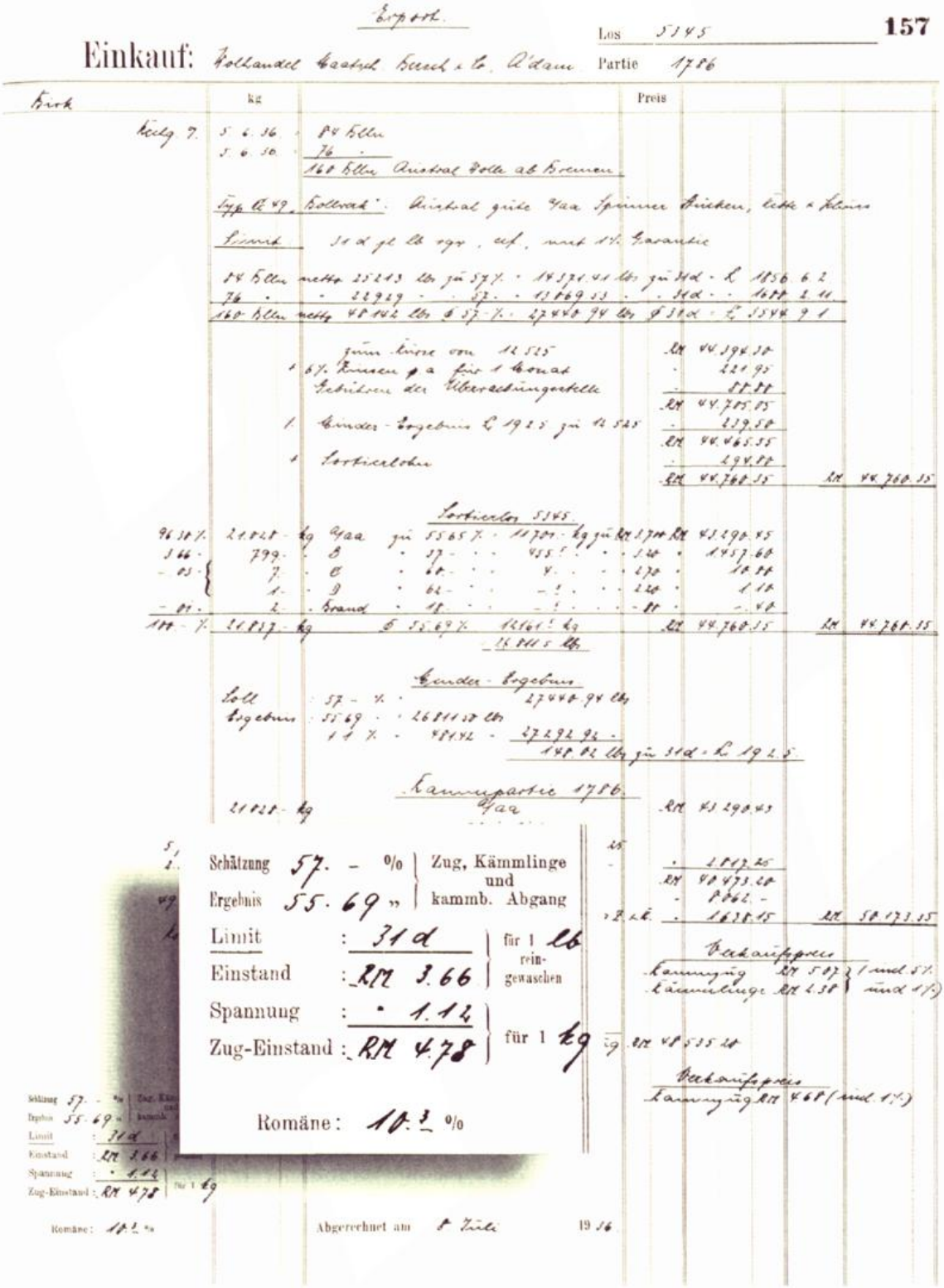


Abb. 3: Eine typische Seite eines Einstandsbuchs mit Berechnung von Sortier- und Kammlohn. Vergrößert: die Kalkulation von Rendement und Romäne. (Foto: StAB 7,2135 - 30)

und präsentierten sich auch gemeinsam auf einer Wollmesse in Leipzig. Eine erste bremische Marktordnung datiert aus dem Jahr 1880, es folgten öffentliche Auktionen ab 1905; das eigentliche internationale Termingeschäft fand allerdings in Antwerpen und Roubaix statt. Seit 1914 waren die Wollhändler im Verein des Wollhandels in Bremen zusammengefasst, der zusammen mit der Vereinigung des Wollhandels in Leipzig, dem Verband der Wollhändler Deutschlands und dem Verein des Hamburger Wollhandels den deutschen Wollhandel vertrat und den inländischen Geschäften einen festen Rahmen gab. In diesem hochvolatilen Markt bewährten sich genaue Kenntnisse über Waren, Marktregeln und Usancen einerseits, eine Verteilung von Kosten, Risiken und Gewinnen auf die unterschiedlichen Segmente der Textilwirtschaft (Herstellung, Wollhandel und Lohnkämmerei sowie Spinnereien) andererseits, wollte man den Unbillen plötzlicher Preisschwankungen trotzen und sein Unternehmen nicht gefährden. Wie prekär der Wollhandel war, zeigt ein Gegenbeispiel: der Untergang des Nordwolle-Konzerns.

Die ein Jahr nach der BWK 1884 gegründete Norddeutsche Wollkämmerei (NWK), die sich unter Leitung der Unternehmerfamilie Lahusen schnell zum wichtigsten Unternehmen des neu gebildeten Nordwolle-Konzerns entwickelte, war nämlich einem anderen Geschäftsmodell verpflichtet.[11] Seit den 1860er Jahren war die Familie zunächst im Wollhandel engagiert gewesen, bevor sie 1873 mit dem Erwerb einer Wollwäscherei und Kämmerei im böhmischen Neudek ihre Unternehmenstätigkeit auf die ersten Verarbeitungsstufen erweiterte. Ihren Abschluss fand diese Entwicklung hin zu einem industriellen Textilkonzern mit dem Aufbau der Industrieanlagen in Delmenhorst, wo schließlich auch Kammgarn gesponnen wurde.[12] Dass dieser Zusammenschluss von Handel und Verarbeitungsstufen in einem Konzern nicht nur die Erträge, sondern auch die Risiken bündelte, sollte der Konkurs unter Beweis stellen.

Neben dem aufwendigen Lebensstil der Brüder Lahusen und einer unsauberen Bilanzlegung führte den Konzern seine Geschäftspolitik in zweierlei Hinsicht in den Abgrund[13]: Erstens dehnte sich der Unternehmensverbund vertikal auf die anschließenden Verarbeitungsstufen aus, indem er 1928 eine Stickerei und eine Weberei erwarb. Bei beiden Unternehmen handelte es sich um vormalige Kunden der NWK, die in eine Schieflage geraten waren und die nun durch die Umwandlung von Schulden in Beteiligungen in den Nordwolle-Konzern aufgenommen wurden. Doch die zwei Betriebe blieben unrentabel; zudem verprellte die Nordwolle ihre eigene Kundschaft für Kammzug und Kämmlinge, trat sie doch mit ihren neuen Töchtern nun in Konkurrenz zu Webereien und Stickereien, denen sie ebenso ihr Kammgarn verkaufen wollte. Zweitens versteifte sich die Leitung des Konzerns auf eine Wachstumsstrategie und deckte sich, sinkender Rohwollpreise zum Trotz,

11 Dietmar von Reeken: Lahusen. Eine Bremer Unternehmerdynastie, 1816–1933, Bremen 1996, S. 72-85.

12 Prospekt der Norddeutschen Wollkämmerei, 1920, HAHKB: W II 38, Bd. 1.

13 Christian Müller: Der Zusammenbruch der »Nordwolle« im Jahr 1931. Die Ursachen des Konkurses und die Auswirkungen auf Delmenhorst, Ms., Oldenburg 1993 (StAB U 883).

massiv ein, so dass die Lagerbestände anwuchsen, lediglich mit Verlust auf dem freien Markt zu verkaufen waren und eigentlich zu satten Abschreibungen führten, die nur durch Scheingeschäfte mit einer Konzerntochter verschleiert werden konnten. Dem vertikal integrierten Textilkonzern fehlte die Flexibilität eines mittelständischen Wollhandelsunternehmens, das für die Bremer Branche typisch war und das je nach Marktlage sowie eigener Risikobereitschaft mal auf steigende, mal auf fallende Wollpreise spekulieren konnte.

Zwar war auch die BWK mit dem Wollhandel verbunden, immerhin waren es Bremer Wollhändler, die 1883 das Unternehmen aus der Taufe gehoben hatten. Doch der mittelständische Handel trat nur als Eigentümer auf und agierte über den Aufsichtsrat, eine unternehmenspolitische Verbindung mit einzelnen Handelshäusern existierte scheinbar nicht. So konnten der in der Stadt beheimatete Wollhandel und die in Blumenthal ansässige Lohnkämmerei unabhängig voneinander handeln. Im Kauf und Verkauf von Wolle engagierte sich das Unternehmen nur dann, wenn die eigene Auslastung schlecht war. Während solcher Zeiten geschäftlicher Flaute erwarb die BWK auf eigene Rechnung zu günstigen Preisen Rohwolle, kämmte diese und veräußerte den Zug, die Kämmlinge und die Abgänge wieder an den Wollhandel, der die Preise um seine Marge erhöhte und die Produkte an die textilverarbeitenden Betriebe weiterverkaufte. Freilich war auch die BWK deswegen von den Wechselfällen des Wollhandels betroffen, wie das Krisenjahr 1900 zeigt.[14] Ein erheblicher Einbruch der Nachfrage nach Rohwolle sorgte damals dafür, dass der BWK die Kämmereiaufträge fehlten, während sie gleichzeitig dem Wollhandel nur geringfügig mit besseren Konditionen entgegenkommen konnte, ohne gegen den Kartellvertrag zu verstoßen. Das Unternehmen reagierte mit zwei erprobten Mitteln, nämlich einerseits mit der Reduzierung von Arbeitskräften, also durch Abwälzung des Konjunkturrisikos auf die Belegschaft, andererseits mit der Verstärkung des Eigengeschäfts. Damit machte sich die BWK allerdings selbst vom hochgradig spekulativen Wollhandel mit Kammzug abhängig, fuhr wegen weiter fallender Preise einen Riesenverlust ein und wurde nur durch Garantien ihrer Aufsichtsratsmitglieder gerettet.

»Dass wir uns in der Beurtheilung der ganzen Marktlage und der Konjunktur überhaupt (mit der gesammten [!] Wollwelt) auf solche Weise täuschen konnten, beklagen wir selbst wohl am meisten…«, kommentierte der Vorstand im Geschäftsbericht zum Jahr 1900[15], bewertete sein Verhalten, sich in der Hoffnung auf steigende Preise im Wollmarkt zu engagieren, aber auch im nachhinein noch als alternativlos. Die einzige andere Option, über den Terminmarkt auf weiter fallende Preise zu spekulieren, hätte das Kerngeschäft der BWK wahrscheinlich weiter eingeschränkt, da mit einem »sehr kleinen Vorrathe [!] an Terminzügen jederzeit Manipulationen möglich waren«.[16] Ein

14 Jerchow, Geschichte (wie Anm. 2), S. 49-52.

15 Vgl. Geschäftsbericht der BWK 1900, S. 3

16 Ebd. Bei einer solchen Spekulation à la Baisse schloss das Unternehmen, also in diesem Fall die BWK, für einen späteren, bereits festgelegten Zeitpunkt den Verkauf von Kammzug ab, wobei der Preis pro Mengeneinheit des schon fest

solches Engagement à la Baisse auf dem Terminmarkt hätte – so die von den Unternehmenslenkern ex post vorgebrachte Begründung – zu diesem Zeitpunkt eine ungewollte Signalwirkung für die gesamte Branche entfaltet, die Preise abermals nach unten gedrückt und damit die Rentabilitätserwartungen des mittelständischen Wollhandels noch weiter geschmälert, so dass mit weniger Lohnkamm-Aufträgen zu rechnen und der Umsatz der BWK in ihrem Kerngeschäft der Lohnkämmerei entsprechend gesunken wäre.

Freilich weist diese offenherzige Einschätzung auch die Ertragsgrenzen des Geschäftsmodells aus: Das Unternehmen aktivierte nur dann seinen Eigenhandel, wenn die eigene Auslastung durch Lohnkämmerei schlecht war. Damit engagierte sich das Unternehmen während einer Baisse am Markt für Wolle und Zug, also während einer Zeit tendenziell niedriger Gewinne. Die Unternehmensleitung war darauf festgelegt, den richtigen Zeitpunkt abzupassen, um auf wieder steigende Preise zu setzen. Die BWK reagierte also auf die Konjunkturschwankungen und Spekulationen am Wollmarkt, indem sie selbst wie ein Spekulant auftrat, sich dabei aber immer der gleichen Taktik bediente, nämlich einer Spekulation à la Hausse. Von der gegenteiligen Spekulation à la Baisse nahm die Unternehmensleitung hingegen Abstand, um ihr Kerngeschäft nicht zu gefährden, womit sie sich allerdings die volle Bandbreite des Geschäfts versagte und nicht alle Ertragschancen des Wollhandels nutzen konnte.

IV.

Dass dieses Geschäftsmodell der BWK – Lohnkämmerei, ergänzt um Eigenhandel – nach dem Zweiten Weltkrieg seine Tragfähigkeit verlor, dokumentieren ausgesuchte Unterlagen der Unternehmensleitung. Zwei Kurzstudien von 1972 stellten eine Beschränkung der BWK auf die Lohnkämmerei explizit in Frage, da sie diese Tätigkeit durch eine Reihe von volkswirtschaftlichen und branchenspezifischen Entwicklungen als immer weniger rentabel einschätzten.[17]

So minderten steigende Löhne, im Zusammenhang zunächst mit den Aufwertungen der DM und einem nach der Aufhebung des Bretton-Woods-Abkommens sich weiter verschlechternden Wechselkurses, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der BWK. Ein besserer Kündigungsschutz kam den Arbeitern und Angestellten zugute; das Unternehmen konnte seine Kostenprobleme in Zeiten schlechter Wollkonjunktur nicht mehr so einfach wie zuvor durch Kündigungen lösen. Als das Management daraufhin die arbeitsintensive

vereinbarten Geschäfts unter dem aktuellen Tageskurs liegt (Kassakurs). Die Spekulation war dann erfolgreich, wenn der Kassakurs zu dem Zeitpunkt des Termingeschäfts noch unter dem für das Termingeschäft vereinbarten Kurs lag. Da Geschäfte am Terminmarkt gleichzeitig Hinweise auf die Einschätzung der zukünftigen Marktlage geben, kann eine Spekulation à la Baisse zu einem weiteren Preisverfall auf dem Kassamarkt führen.

17 »Lohnkämmerei – direkter Vertrieb« (o. D.), »Verkämmungsgeschäft der BWK« (April 1972), StAB 7, 2135-198. Vgl. auch Beckmann und Wilts, Bremer Wollhandel (wie Anm. 8).

auf eine kapitalintensive Produktion umstellte, entstanden neue Schwierigkeiten. Denn die Mechanisierung und Rationalisierung senkte zwar den Personalbestand, die hohen Investitionen in den Maschinenpark schlugen sich allerdings kalkulatorisch in erheblichen Fixkosten nieder. Diesen Abschreibungen mussten entsprechende Erträge gegenüberstehen, so dass die Auslastung der Maschinen zu einer innerbetrieblich wichtigen Kennzahl wurde, freilich um den Preis sinkender Rentabilität der einzelnen Aufträge. Und schließlich aktivierte die BWK ihr Eigengeschäft immer dann, wenn der eigentliche Wollhandel nur noch zögerlich agierte. Ein solches unternehmerisches Kalkül konnte wie schon in der Vergangenheit nur bei sich kurzfristig erholenden Preisen für Kammzug aufgehen. Das eine oder andere Mal wurde diese Hoffnung allerdings enttäuscht, und die BWK schloss ihre Kontrakte nur mit Verlust ab.[18]

Doch auch die Textilbranche hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg rapide gewandelt und ließ das Geschäftsmodell der BWK sukzessive erodieren. Sowohl der mittelständische Wollhandel als auch die weiterverarbeitende Industrie waren von einem erheblichen Konzentrationsprozess betroffen, so dass die BWK sich nur noch wenigen wichtigen Geschäftspartnern gegenüber sah, von deren Aufträgen das Unternehmen abhängig war und denen gegenüber es auf dem Markt ins Hintertreffen geriet. Zudem verfügten manche Handelspartner der BWK über eigene Kämmkapazitäten, insbesondere zeichnete sich damals schon die Tendenz zu vertikal konzentrierten Betrieben als Teil von Mischkonzernen ab, die außerhalb Deutschlands beheimatet und im Unterschied zum untergegangenen Nordwolle-Konzern kapitalstark genug waren, um alle Herstellungs- und Verarbeitungsstufen selbst finanzieren zu können. Die alte Teilung von Aufgaben und Gewinn, aber auch die Streuung des Risikos zwischen Züchtern, Handel, Kämmereien und Spinnereien sowie der weiterverarbeitenden Industrie begann in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts obsolet zu werden.

Aus einem anderen Grund erübrigte sich die bewährte Aufgabenteilung zwischen Wollhandel und Lohnkämmerei ebenso. Die Kompetenz von Händlern und Kämmereien bestand im Wesentlichen darin, Qualitäten und Quantitäten der verschiedenen Lose einzuschätzen und diese dann im Prozess des Sortierens und Kämmens zu einem Maximum von hochwertigen Kammzügen und Kämmlingen zu veredeln. Gutachten auf Grundlage wissenschaftlicher Methoden ersetzten seit den 70er Jahren die Einschätzung durch Inaugenscheinnahme. Wichtige Kompetenzen des Wollhändlers wie die Vorabkalkulation von Rendement und Romäne verloren an Bedeutung. Zudem erlaubte die Automatisierung des Wollkämmens, die ersten Stufen der Weiterverarbeitung von Rohwolle schon gleich in den Herstellerländern durchzuführen. Dass die Regierungen von Australien und Neuseeland durch Subventionen den Wollpreis am Weltmarkt künstlich stützten, sorgte zwar im Zusammenspiel mit Chemiefaser als Substitutionsprodukt für stabile Preise nach unten wie nach oben, ließ aber ebenso die im deutschen Wollhandel umgeschlagene Menge zurückgehen wie die Aufträge an die BWK, für Lohn zu kämmen.

18 Beispielsweise: Geschäftsbericht der BWK 1970, S. 6.

Beide Studien schildern diesen Strukturwandel sehr anschaulich, sind aber umso zögerlicher, eine alternative Unternehmensstrategie zu formulieren, vermutlich um die strukturellen Fehler zu vermeiden, die zu einem Ende des Nordwolle-Konzerns geführt hatten. Schlussendlich wurde ein Ausweg nur in einer Stärkung des Eigengeschäfts gesehen, das sich nicht wie bisher auf den Verkauf gekämmter Wolle an den Wollhandel beschränken, sondern auch den Direktvertrieb an Spinnereien aufnehmen sollte. Ein Vorteil wurde insbesondere darin gesehen, dass sich die Kosten für Rohstoffankauf, Verarbeitung und Vertrieb besser senken ließen, wenn alle drei Funktionen in einem Unternehmen vereint wären. Freilich waren sich die Verfasser der Studien auch darüber im Klaren, dass die BWK damit in Konkurrenz zu ihrem eigentlichen Kundenkreis trat, nämlich dem mittelständischen Wollhandel, weswegen sie eine Kooperation mit den betroffenen Unternehmen vorschlugen. So gingen die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht über das hinaus, was in der Branche üblich war. Ganz im Gegenteil: Mit Ausnahme der BWK maß kein anderes Unternehmen der Lohnkämmerei noch einen derart hohen Stellenwert bei; stattdessen hatte sich bereits Anfang der 70er Jahre bei den Konkurrenten eine Verbindung mit dem Wollhandel und der weiterverarbeitenden Industrie als dominierendes Geschäftsmodell durchgesetzt. Die Ergebnisse der Studie wurden schließlich und nicht weiter überraschend von der Wirklichkeit eingeholt: Die Konzentration der Textilwirtschaft nahm immer weiter zu, der Wollhandel der BWK entwickelte sich vom Gelegenheits- zum Regelgeschäft und so wurde das Unternehmen, das als Lohnkämmerei angefangen hatte, bis Ende der 80er Jahre zum wichtigsten Kammzughändler Bremens.[19]

V.

Diesem Bedeutungszuwachs der BWK innerhalb der bremischen Textilwirtschaft steht allerdings ein Bedeutungsverlust der Textilbranche für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt entgegen, der auch die Wichtigkeit der BWK für die Wirtschaft des Bundeslandes Bremen in Frage stellte. Auch diese Tendenz zeichnete sich Mitte der 70er Jahre bereits deutlich ab.[20] So war die Bedeutung der Wolle für die Textilindustrie rückläufig, sorgte doch die Mindestpreispolitik von Australien und Neuseeland dafür, dass der Rohwollpreis konstant hoch blieb, die Hersteller von Textilien verstärkt auf Ersatzstoffe auswichen und die in Deutschland umgeschlagene Wollmenge stagnierte. Da das Engagement der BWK im Bereich der Chemiefaser die nachlassende Dynamik des Wollgeschäfts nicht ausgleichen konnte, wies der Textilanteil des bremischen Industrieumsatzes bereits seit den 60er Jahren eine rückläufige Tendenz auf und sank 1973 unter 2 %, mochte die BWK auch 68 % hiervon auf sich vereinigen. Ebenso wurde in der Textilwirtschaft scharf rationalisiert, insbesondere bei der BWK, die 1973 bereits die Hälfte der Beschäftigten der Textilwirtschaft auf sich vereinigte. Dass deren Pro-Kopf-Umsatz allen

19 Beckmann und Wilts, Bremer Wollhandel (wie Anm. 8), S. 60

20 Aktualisierung und Kommentierung eines Exposés der BWK, o. D. [1974], StAB 4,93-1.

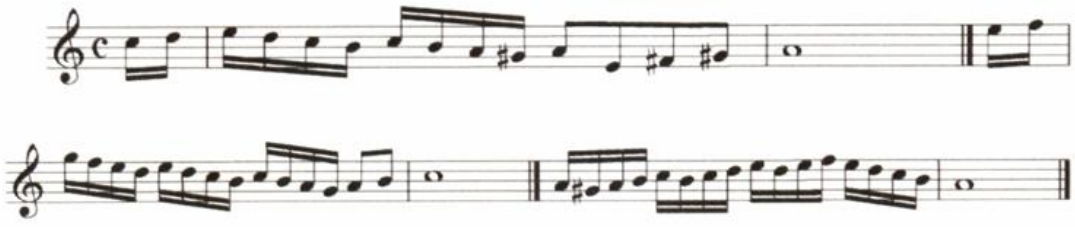
Modernisierungsanstrengungen zum Trotz unter dem Industriedurchschnitt lag, zeigt, in welchem begrenzten Umfang die BWK mit ihrer Beschränkung auf die beiden Geschäftsfelder Lohnkämmerei und Wollhandel noch zur Wertschöpfung im Lande Bremen beitrug.

Entsprechend prüfte der Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung einen Antrag der BWK auf finanzielle Unterstützung zum weiteren Ausbau von Wolllagern abschlägig und führte zur Begründung im Hinblick auf wirtschaftspolitische Gesichtspunkte und arbeitsmarktpolitische Wirkungen aus: »Die Textilindustrie ist keine ›Wachstumsindustrie‹. Unter Arbeitsmarktbeschaffungs-Gesichtspunkten sind Investitionen in anderen Sektoren vorzuziehen.« Andere Branchen wie die Automobilfertigung, der Maschinenbau oder die Luft- und Raumfahrtindustrie hatten im Bundesgebiet und auch in Bremen die Rolle der Wachstumsmotoren übernommen. Demgegenüber gehörte die Wollverarbeitung zu den »alten« Industrien, die schon damals nur noch eine Nebenrolle für die deutsche Volkswirtschaft spielten.

Strukturbedingungen der Musikgeschichte der Freien Hansestadt Bremen[1]

Von Ulrich Tadday

Als der englische Musikhistoriker und -publizist Charles Burney (1726–1814), seines Zeichens Doktor der Musik, auf seiner zweiten musikalischen Reise 1772 in der Freien und Hansestadt Bremen Halt machte, vertraute er seinem Tagebuch eine wenig schmeichelhafte Schilderung des Bremer Musiklebens an, die bereits ein Jahr später in deutscher Übersetzung, vom Hamburger Verleger Johann Joachim Christoph Bode (1730–1793) verfertigt, veröffentlicht wurde:

> »Bremen. Auf meiner Reise von Hamburg nach Amsterdam hielt ich mich bloß einige Stunden in dieser Stadt auf, weil sie keine musikalische Reizungen hat, die mich zu einem längern Aufenthalt hätten bewegen können.
> Ich ging indessen doch nach der Thumkirche, welche die Lutheraner inne haben, woselbst ich die Gemeinde, ohne die Orgel, eine jämmerliche Melodie singen hörte. Als dieser Gesang zu Ende gebracht war, preludirte der Organist zu einem Chorale, aber herzlich schleppend und elend. Die Orgel ist groß und das vollangezogne Werk ist edel und wohllautend, das Spielen aber war so altvätrisch, daß ich glaube, man hat in unsern (den engländischen) Landstädtchens schon im vorigen Jahrhunderte moderner und besser gespielt. Die Zwischenspiele am Ende einer jeden Zeile waren beständig einerley, und von folgender Art:

> Nachdem ich das so ein Zehn bis zwölfmal angehört hatte, ging ich davon, um mich ein wenig in der Stadt umher zu sehen, und als ich in zwo Stunden wieder zu dieser Kirche kam, hörte ich die Leute noch alle im Einklange, und so laut als sie konnten, eben dieselbe Melodie, und mit

1 Dieser Aufsatz knüpft an: Frank Nolte, Musik und Gesellschaft: Die Entwicklung bremischer Musikkultur als soziologischer Prozeß, in: Bremer Jahrbuch für Musikkultur 1, 1995, S. 33 - 46, an.

eben derselben Begleitung singen. Ich ging nach dem Posthause, um meine Abreise zu veranstalten; und mehr Wunderswegen, als aus Liebe zur Musik, ging ich noch einmal nach der Thumkirche, und, siehe da! zu meinem grossen Erstaunen, fand ich die Leute noch eben so bey ihrem ewigen Liede, das nach meiner Meynung noch länger seyn mußte, als die schottländischen Psalmen zu den Zeiten Carls des Ersten.
Dieses mag einigermassen einen Begriff davon geben, wie nothwendig in einigen Gegenden Deutschlands erfodert wird, daß ein musikalisches Stück lang sey. In dieser Stadt ist weder eine Hofhaltung noch ein Theater, daher man also natürlicherweise annehmen muß, daß hier die Musik nicht sonderlich kultivirt worden.«[2]

Burneys Bericht aus Bremen besitzt einen britischen Humor, für den patriotische Zeitgenossen wie Bode keinen Sinn hatten, weil Burney – unter Berufung auf eine Quelle, die er nicht preisgeben wollte – die Deutschen unter den Generalverdacht gestellt hatte, »›daß, wenn es angebohrnes Genie gebe, Deutschland gewiß nicht der Sitz desselben sey; ob man gleich zugeben müsse, dass geduldiger Fleiß und Application darin zu Hause gehören‹«.[3] Bode versucht die Ehre seiner Landsleute zu retten, indem er Burneys Ausführungen zwar nicht verändert, jedoch durch kritische Kommentare korrigiert; so auch im Falle Bremens mit der Anmerkung, dass »die Deutschen in ihren Kirchen einen Gesang von zwo Stunden sängen? Wenn nun während seines Spazierganges, die Predigt gehalten worden, und man nach derselben einen Gesang nach der vorigen Melodie sang, fand er sie dann noch (still) bey derselben? Es ist wirklich nicht fein, solche Data zu machen, und dann eine ganze Nation darnach zu schildern, und mit einem Sneer [Hohn, Spott, UT] zu sagen, die musikalischen Tugenden der Deutschen bestehen in Geduld und Gründlichkeit!«[4] Bode hat Recht gegen Burney einzuwenden, dass Bremen beileibe keinen Beweis dafür gebe, »wie nothwendig in einigen Gegenden Deutschlands erfordert wird, daß ein musikalisches Stück lang sey«,[5] aber hat Burney so Unrecht, wenn er abschließend behauptet, in Bremen sei bis dato »die Musik nicht sonderlich kultivirt worden«?[6]

Abgesehen davon, dass der Zustand der Dommusik (Bremer Dom = »Thumkirche«), die um 1770, also zur Zeit von Burneys Besuch, in den Händen des Kantors Nicolaus Heinrich Grimm und des Musicus primarius Ludwig Ferdinand Pieck lag, nicht der beste war, sollte die Freie und Hansestadt Bremen tatsächlich erst Ende des 18. Jahrhunderts, Anfang des 19. Jahrhunderts aus

2 Carl Burney's der Musik Doctors Tagebuch einer Musikalischen Reise, Bd. 3: Durch Böhmen, Sachsen, Brandenburg, Hamburg und Holland, Aus dem Englischen übersetzt, Mit einigen Zusätzen und Anmerkungen zum zweyten und dritten Bande, Hamburg 1773, S. 220 - 222. Nachdruck: Charles Burney, Tagebuch einer musikalischen Reise, Vollständige Ausgabe, hrsg. v. Christoph Hust, Kassel u. a. 2003.
3 Ebd., S. 11 f.
4 Ebd., S. 313.
5 Ebd., S. 222 u. 313 f.
6 Ebd., S. 222.

ihrem musikgeschichtlichen Schattendasein heraustreten. Bis dahin hatte die Musik in Bremen – wie andernorts auch – unfrei der Kirche und der Stadt zu dienen.[7] Doch die Erfüllung ihrer funktionalen Bestimmung war in Bremen an strukturelle Bedingungen mentalitätsgeschichtlicher Art geknüpft, die der Musik generell nicht günstig waren. Erst mit dem neuen Domkantor Wilhelm Christian Müller (1752–1831) sollte sich der Zustand der Musikpflege in Bremen verbessern. Müller, Pädagoge und Publizist, kam nach dem Studium der Theologie an der Universität Göttingen, wo er Johann Nikolaus Forkel (1749–1818) kennenlernte, nach Bremen und gründete dort 1781 »ein privates Erziehungsinstitut, in dem die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit der Musik zentrale Bedeutung hatte. 1784 wurde er als Kantor an den lutherischen Dom berufen«.[8] Müller setzte sich in Bremen sehr für die Aufführung Beethoven'scher Werke ein und trat in späterer Zeit als Musikschriftsteller durch seine *Aesthetisch-historischen Einleitungen in die Wissenschaft der Tonkunst* (1830) hervor.[9]

Außer diesem wirklich großen Werk hat Müller u. a. auch einen kleineren Aufsatz geschrieben, der 1800 unter dem Titel »Versuch einer Geschichte der musikalischen Kultur in Bremen« im *Hanseatischen Magazin* erschien und in diesem Zusammenhang als musikgeschichtliche Quelle von Bedeutung ist.[10] Denn in diesem Aufsatz gibt Müller »die wahrscheinlichen Ursachen dieser musikalischen Dürftigkeit unserer bremischen Vorwelt« an,[11] die bereits dreißig Jahre zuvor den Hohn und Spott des Briten Burney ernteten. Im Wesentlichen sind es drei Gründe, die Müller strukturgeschichtlich geltend macht, um die musikhistorische Sondersituation Bremens zu erklären: Der erste Grund ist ein wirtschaftsgeschichtlicher, der auf die Geschichte Bremens als Hansestadt verweist. Der zweite Grund muss ein staats- bzw. stadtgeschichtlicher genannt werden, da er die Reichsunmittelbarkeit Bremens als Freie Stadt und Reichsstadt betrifft. Der dritte Grund ist ein religionsgeschichtlicher, der durch die Reformation und die Einführung der calvinistischen Lehre in Bremen bedingt ist. Gemeinsam bilden die drei Gründe den mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund, den Müller in seinem Aufsatz über der »Geschichte der musikalischen Kultur in Bremen« beleuchtet.[12]

7 Oliver Rosteck, Bremische Musikgeschichte von der Reformation bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, Lilienthal / Bremen 1999 (zugl. Diss. Universität Münster 1998).

8 Oliver Rosteck, Müller, Wilhelm Christian, in: Die Musik in Geschichte und Gegenwart: allgemeine Enzyklopädie der Musik, 2., neubearb. Ausg., hrsg. v. Ludwig Finscher, Personenteil Bd. 12, Kassel / Stuttgart 2004, Sp. 803 f.

9 Wilhelm Christian Müller, Aesthetisch-historische Einleitungen in die Wissenschaft der Tonkunst, Teil 1: Versuch einer Aesthetik der Tonkunst im Zusammenhange mit den übrigen schönen Künsten nach geschichtlicher Entwicklung, Teil 2: Uebersicht einer Chronologie der Tonkunst mit Andeutungen allgemeiner Civilisation und Kultur-Entwickelung, Leipzig 1830.

10 Wilhelm Christian Müller, Versuch einer Geschichte der musikalischen Kultur in Bremen, in: Hanseatisches Magazin 3, 1800, S. 111-168.

11 Ebd., S. 113.

12 Unter den Gründen, die Müller anführt, darf der klimatheoretische an dieser Stelle argumentativ ganz außer Acht gelassen werden, weil er keinen wissenschaftlich

1. »Ausser diesen natürlichen Hindernissen«, schreibt Müller, »treten noch einige politische ein, welche das Fortschreiten der Tonkunst in kleinen Handelsrepubliken wie die unsrigen, beträchtlich erschweren. Bei dem unaufhörlichen Bestreben, sich einen materiellen Gewinn zu verschaffen, hält man die Musik, deren Produkte mit dem Tone in Nichts verschwinden, nur gar zu leicht für eine eitle und thörigte Kunst, die mit Müssiggang und Nichtsthun gepaart sey.«[13] Indem Müller die Rede ursächlich auf »das Fortschreiten der Tonkunst in kleinen Handelsrepubliken« bringt, macht er verständlich, dass nicht das Bildungsbürgertum, sondern das Wirtschaftsbürgertum um 1800 das Leben der Stadt Bremen bestimmt, das seinem Selbstverständnis nach auf die Tradition der Hanse zurückblickt und sich mit dieser seit Jahrhunderten verbunden fühlt. Allerdings ist die hanseatische Tradition Bremens keine ungebrochene, wurde die Stadt im Laufe der Jahrhunderte insgesamt dreimal »verhanst«: Bremen, mit Norwegen, Flandern, und England unabhängig Handel treibend, wurde gezwungenermaßen erst 1358 in den Hansebund aufgenommen, nachdem die Stadt 1284 mit der sich formierenden städtischen Hanse wegen des Norwegenhandels in einen Konflikt geraten war, 1418 aber bereits wieder aus der Hanse ausgeschlossen, weil sie den Kampf gegen die sogenannten Vitalienbrüder (Seeräuber) nur halbherzig unterstützte und den Verkauf der geraubten Waren auf ihren Märkten nicht unterband. 1433 wieder in die Hanse aufgenommen erfolgte 1563 wegen der Annahme des calvinistischen Glaubens der erneute Ausschluss, der 1566 durch den Kaiser rückgängig gemacht wurde. Trotz dieses nicht ungetrübten Verhältnisses wurde Bremen 1629, nachdem die Hanse mit Ende des Dreißigjährigen Krieges ihre (handels-)politische Macht faktisch eingebüßt hatte, gemeinsam mit Lübeck und Hamburg von den anderen Städten mit der Wahrnehmung der hanseatischen Interessen beauftragt. Dieser Verpflichtung sollte Bremen auch noch nach der napoleonischen Herrschaft bis zur Auflösung der gemeinsamen Vertretung der drei Hansestädte in Berlin, also bis 1920, nachkommen.[14] Vor dieser Folie wird verständlich, warum Müller darauf abhebt, dass die »ehrbaren Kaufleute« Bremens schon seit Jahrhunderten mehr Interesse zeigten für den Handel und die Häfen als für die Kunst und Kultur und warum es deshalb wichtig sei, das Interesse auch oder vor allem an der Musik durch die Einrichtung eines privaten Erziehungsinstitutes, das Müller in Bremen ins Leben rief, zu befördern und damit die humanistische Bildung der Bürger der Stadt.

2. »Bei der Aufzählung der Hindernisse des Fortschreitens der Tonkunst«, so führt Müller fort, »darf unsere Staatsverfassung auch nicht ganz vorbeigegangen werden [sic]. Diejenigen großen Städte Deutschlands, die zugleich kleinere oder größere Hofhaltungen haben, sind im Ganzen der Kultur der

begründbaren Bezug zur bremischen Musikgeschichte besitzt, sondern allein aus der Geschichte der Ästhetik des 18. Jahrhunderts heraus zu verstehen ist.

13 Müller (wie Anm. 10), S. 117.

14 Rolf Hammel-Kiesow, Matthias Puhle, Die Hanse, Darmstadt 2009; Philippe Dollinger, Die Hanse, 5., erw. Aufl., Stuttgart 1998.

Musik weit günstiger.«[15] Mit dieser Einlassung, so könnte man behaupten, scheint Müller Charles Burney, dem vormaligen Besucher Bremens, beizupflichten, der ja im »Tagebuch einer musikalischen Reise« abschließend befunden hatte, dass »in dieser Stadt ... weder eine Hofhaltung noch ein Theater [sei], daher man also natürlicherweise annehmen muß, daß hier die Musik nicht sonderlich kultivirt worden«. Müller scheint über Burneys abschließende Bemerkung aber auch hinauszugehen, indem er auf die »Staatsverfassung« Bremens anspielt, die negativ gesprochen nicht der einer Residenzstadt entspricht, sondern positiv gesehen der einer Freien und Reichsstadt. Aber auch hier hätte sich Müller auf Burney beziehen können, der zwar nicht über Bremen, jedoch an anderer Stelle über Augsburg die Musikkultur in den Reichsstädten Deutschlands geringschätzt:

> »..., so blieb ich nur kurze Zeit in Augsburg. Denn, die Wahrheit zu sagen, mir war die Lust so ziemlich vergangen, der Musik wegen nach Reichsstädten zu gehen, weil ich selten Etwas fand, das der Mühe werth gewesen zu hören, als die Orgel und den Organisten, und auch das nicht immer. Denn diese sind, eben wie in unsern engländischen Städten, zuweilen gut, und zuweilen schlecht. Diese Städte sind nicht reich, und besitzen also nicht die Thorheit, mit grossen Kosten ein Theater zu unterhalten. Die schönen Künste sind Kinder des Überflusses und des Wohllebens: in despotischen Reichen machen solche die Gewalt weniger unerträglich, und Erhohlung vom Denken ist vielleicht eben so nothwendig, als Erhohlung vom Arbeiten. Wer also in Deutschland Musik suchen will, sollte darnach an die verschiedenen Höfe gehen, nicht nach den freyen Reichsstädten, deren Einwohner mehrentheils aus unbegüterten, arbeitsamen Leuten bestehen, welcher Genie von Sorgen der Nahrung niedergedrückt wird, welche nichts auf eitle Pracht oder Üppigkeit verwenden können; sondern sich schon glücklich schätzen, wenn sie ihr nothdürftiges Auskommen haben. Die Residenz eines souverainen Prinzen hingegen, wimmelt, ausser den bestallten Musikern bey Hofe, an den Kirchen und in den Theatern, von Expectanten, welche bey alle dem oft Mühe haben, zum Gehör zu kommen.«[16]

Im Falle Bremens, so ließen sich die Einschätzungen Burneys und Müllers zusammenfassen, verstärken sich die Handels- und Stadtinteressen also wechselseitig dergestalt, dass das Geld, das auf fiskalischer Seite fehlt, auf privater Seite vermehrt wird. Müllers Schluss, dass deshalb die Förderung der Musik in Bremen von »Privatassociationen« ausgehen muss,[17] erscheint unter diesen Voraussetzungen nur folgerichtig. Dabei hätte man ebenso gut annehmen können, dass gerade eine Stadt wie Bremen, die jahrhundertelang gegen den

15 Müller (wie Anm. 10), S. 119.

16 Carl Burney's der Musik Doctors Tagebuch einer Musikalischen Reise, Bd. 2: Durch Flandern, die Niederlande und am Rhein bis Wien, Aus dem Englischen übersetzt, Hamburg 1773, S. 86 f. Nachdruck: Charles Burney, Tagebuch einer musikalischen Reise, Vollständige Ausgabe, hrsg. v. Christoph Hust, Kassel u. a. 2003.

17 Müller (wie Anm. 10), S. 120.

Erzbischof als Landes- und Stadtherrn um ihre Reichsunmittelbarkeit gekämpft hat, mehr Mittel für Musik zu Repräsentationszwecken hätte aufbringen müssen. Ein Wahrzeichen Bremens, der steinerne Roland auf dem Marktplatz, wurde zu Beginn des 15. Jahrhunderts mit und vor dem Rathaus errichtet als Symbol für das Recht oder richtiger den Anspruch auf das Recht, Freie Reichsstadt zu sein. In Wahrheit wurde Bremen aber erst 1741 durch den Zweiten Stader Vergleich die Reichsunmittelbarkeit rechtlich verbrieft, nachdem Kaiser Ferdinand der III. durch das sogenannte Linzer Diplom diese bereits 1646 anerkannt hatte.[18] Die endgültige Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803, welcher 51 Freie und Reichsstädte mediatisierte, überlebten nach Wiederherstellung durch den Wiener Kongress 1815 letztendlich außer Augsburg, Frankfurt (bis 1866) und Nürnberg im Süden des Deutschen Reiches nur noch die norddeutschen Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck (bis 1937).[19] Im Unterschied zu den meisten anderen Reichsstädten »konnte Bremen seine Freiheiten über das Ende des Alten Reiches hinaus bis heute bewahren. 1813 wurde Bremen als Freie Hansestadt Mitglied des Deutschen Bundes, 1866 des Norddeutschen Bundes, 1871 Gliedstaat bzw. 1919 Land des Deutschen Reiches und 1949 Bundesland.«[20] Angesichts der Energie, die Bremen in die Erlangung und Erhaltung städtischer Freiheiten investiert hat, nimmt es wunder, wie wenig Geld die Stadt für die Repräsentation ihrer Interessen in Form von Musik aufgewendet hat. Anlass hätte es genug gegeben, wurde die Stadt als Verkehrsknotenpunkt auf der Nord-Süd-Achse des Reiches immer wieder inoffiziell von Fürsten besucht, die es standesgemäß aufzunehmen und auch zu unterhalten galt. In Anbetracht der verhältnismäßig bescheidenen Aufwendungen für die Ratsmusik scheinen die Bremer Bürger den Status ihrer Stadt aber kaum symbolisch über Kunst und Kultur kommuniziert zu haben.[21] So sehr der steinerne Roland, der seit mehr als sechshundert Jahren mit erhobenem Schwert in seiner Rechten, mit schützendem Schild in seiner Linken auf dem Marktplatz der Freien und Hansestadt Bremen steht, Zeichen der Freiheit ist, so wenig ist der Engel auf seiner Gürtelschnalle – blaugewandet mit goldenem Haar, sitzend eine Quinterne zupfend – musikalisches Wahrzeichen der Stadt geworden. Der Engel symbolisiert das »Seelengeleit«, das dem Paladin und

18 Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, erw. u. verb. Aufl., Bremen 1995, S. 344 f. u. 454 f.; Klaus-Peter Schroeder, Das Alte Reich und seine Städte: Untergang und Neubeginn: Die Mediatisierung der oberdeutschen Reichsstädte im Gefolge des Reichsdeputationshauptschlusses 1802/03, München 1991, S. 7.

19 Siehe Schroeder, ebd., S. 89; Michael Hundt, Von der ›Halbvergessene[n] Antiquität‹ zum modernen Staatenbund? Bedingungen, Ziele und Wirkungen hanseatischer Politik zwischen Altem Reich und Wiener Ordnung (1795–1815), in: Ausklang und Nachklang der Hanse im 19. und 20. Jahrhundert (Hansische Studien Bd. 12), hrsg. v. Antjekathrin Graßmann, Trier 2001, S. 1-30.

20 André Krischer, Reichsstädte in der Fürstengesellschaft: Politischer Zeichengebrauch in der frühen Neuzeit, Darmstadt 2006, S. 30.

21 Rosteck (wie Anm. 7), S. 20-111.

Märtyrer Roland zuteil wurde, als er 778 in der Schlacht von Roncesvalles gegen die Basken sein Leben für Karl den Großen gab[22], nicht aber – wie man fälschlicherweise annehmen könnte – die Musik.

3. Es ist wahr, dass Bremen keine Residenzstadt gewesen ist, zum Vergleich muss aber auf andere Freie und Hansestädte wie Hamburg oder Lübeck verwiesen werden, die ja ebenfalls keine Residenzstädte waren, aber dennoch Musikkultur besaßen. Der Grund der »musikalischen Dürftigkeit« Bremens kann also nicht allein dem Umstand geschuldet sein, dass Bremen eine Freie und Reichsstadt gewesen ist. Deshalb stellt Müller sehr richtig fest: »Noch einige andere Umstände trafen in Bremen zusammen, wodurch das Fortschreiten der Tonkunst mehr aufgehalten, als befördert werden mußte. – Oeffentlicher Gottesdienst war immer Beförderungsmittel der Musik, und ist es noch, vor allem aber in katholischen Ländern. – Die Einführung des Protestantismus war der Tonkunst nirgends sehr günstig, auch bei uns nicht. In Hamburg wurde das Luthertum herrschend, das dem Katholicism ehmals mehr ähnelte, als der in Bremen bald nachher eingeführte Kalvenism. Dort behielt man noch mehr Feierliches bei dem Gottesdienste bei, und bestimmte ein bedeutendes Kapital zur Unterhaltung der Kirchenmusiker. Die Stifter der Reformierten Lehre schafften die Musik, als Gott anstößig, in den Kirchen ab, doch behielten die Holländer, denen die Bremer auch hier folgten, glücklicherweise die Orgeln noch bei. Dies war also nur das einzige Instrument, das man bei Kirchengesängen auch in Bremen öffentlich hörte.«[23] Ob die Kirchenmusik in katholischen Landen zur Zeit Müllers besonders in Blüte stand, sei einmal dahingestellt, festgestellt sei jedenfalls, dass die protestantische Kirchenmusik Bremens um 1800 keinen Niedergang erlebte, weil sie zuvor nie in Blüte stand. Grund dafür ist der calvinistische Glauben, der mit der Reformation Einzug in die Bremer Gemeinden hielt und die Stadt gegenüber ihrer Umgebung und den Nachbarstädten isolierte. Der Calvinismus begünstigte die Künste, die Malerei und Musik, bekanntlich nicht, sondern vertrieb und verbannte sie aus den Gotteshäusern. Während in Hamburg die Kirchenmusik um 1600 in voller Blüte stand und im 18. Jahrhundert mit Georg Philipp Telemann und Carl Philipp Emanuel Bach einen nie wieder erreichten, einmaligen Höhepunkt erlebte und in Lübeck die Abendmusiken unter der Leitung Dietrich Buxtehudes noch vor 1700 den Anfang des bürgerlichen Konzertwesen machten, lag die protestantische Kirchenmusik in Bremen zwar nicht brach, ob jedoch im Vergleich zu den Nachbarstädten die Rede davon sein kann, dass es im lutherischen Bremer Dom und an den reformierten Stadtkirchen Bremens »ein reiches Musikleben« gegeben hat,[24] erscheint im Vergleich zu den benachbarten Freien und Hansestädten Hamburg und Lübeck wenig überzeugend, vielmehr einer

22 Gisela Febel, Rolandsage und Rolandsymbolik, in: Der Roland und die Freiheit, hrsg. v. Gotthilf Hempel u. Hans Kloft, Bremen 2004, S. 19 - 41. – Bernd Bastert, Helden als Heilige, Chancon de geste-Rezeption im deutschsprachigen Raum, Tübingen / Basel 2010.

23 Müller (wie Anm. 10), S. 120 f.

24 Rosteck (wie Anm. 7), S. 347.

regional etwas verengten Perspektive auf die Bremer Musikgeschichte geschuldet, die einem weiteren überregionalen Vergleich zur Musikgeschichte Hamburgs und Lübecks keinesfalls standhält, von der Oper am Gänsemarkt einmal ganz zu schweigen.[25] Bedenkt man, dass der Bremer Dom nach Einzug des reformierten Glaubens sage und schreibe mehr als siebzig Jahre (1561–1638) geschlossen war und in späteren Jahren als Pfarrkirche der Lutheraner baulich nach und nach verfiel, erhält man in gewisser Weise auch ein Spiegelbild vom Zustand der Bremer Kirchenmusik, die durch den Calvinismus in ihrer Entwicklung insgesamt ganz gewiss nicht befördert, sondern eher behindert worden ist. Wie anders ließe sich sonst der eklatante Unterschied zu Hamburg und Lübeck erklären, die mit Bremen die kulturellen Bedingungen als Hanse- und Freie Reichsstädte teilten.

Vor der Folie der Studie »Die protestantische Ethik und der ›Geist‹ des Kapitalismus« (1904/05) von Max Weber scheint es so, als hätten sich der calvinistische Glauben und das kaufmännische Denken in Bremen beinahe in beispielhafter Weise wechselseitig verschränkt und verstärkt. Dass der Calvinismus, dessen Lehre von der doppelten Prädestination Arbeit und Beruf zur Pflicht gegen Gott machte und infolge eines gottgewollten Gütererwerbs und Gewinnstrebens seinen Gläubigen eine innerweltliche Askese abverlangte, in der Hanse- und Handelsstadt Bremen auf einen besonders fruchtbaren Boden fallen konnte, will zumindest einleuchten; dass »das ausschließliche Streben nach dem Gottesreich durch Erfüllung der Arbeitspflicht als Beruf und die strenge Askese« der Kunst und Musik alles andere als zuträglich sein mussten,[26] allerdings auch. Im Zusammenhang dieses Aufsatzes geht es aber weniger darum, die Plausibilität der Weber'schen These selbst am Beispiel Bremens zu überprüfen, als vielmehr darum, auf die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit eines Zusammenhangs von wirtschafts- und religionsgeschichtlich reziproken Faktoren hinzuweisen, deren Zusammenwirken die mentalitätsgeschichtliche Grundlage der Bremer Musikgeschichte bis zum mittleren und teilweise auch späten 18. Jahrhundert bildet.

Unter diesen mentalitätsgeschichtlichen Voraussetzungen muss die weitere Entwicklung der Musikgeschichte Bremens im 19. Jahrhundert beinahe wie ein Wunder erscheinen. Hatte Bürgermeister Christian Abraham Heineken (1752–1818) noch für die Zeit um 1750 konstatiert: »Öffentliche Lustbarkeiten, Schauspiele, Concerte o. dgl. besaß Bremen (...) gar nicht, ohne sie zu vermissen. Der emsige Geschäftsmann jeden Standes betrachtete auch die Abendstunden noch zu sehr als Teile des Arbeitstages, um sie zu jenen Vergnügungen häufig opfern zu können. Die müßig gehende Classe aber zählte zu wenige Mitglieder, als daß solche angenehmen Unterhaltungen von ihr allein ihr

25 Laure Gauthier, L'Opéra à Hambourg (1648–1728, Naissance d'un genre, essor d'une ville, Paris 2010.

26 Max Weber, Die protestantische Ethik und der ›Geist‹ des Kapitalismus, S. 201, Potsdamer Internet-Ausgabe, http://www.uni-potsdam.de/u/paed/pia/index.htm (URL zuletzt aufgerufen am 12.1.2010).

Bestehen hätten finden sollen«,[27] sollte sich die trostlose Situation nach der Ankunft Wilhelm Christian Müllers 1778 in Bremen grundlegend verändern. Nachdem Müller 1784 auch zum Domkantor berufen wurde, wurde er in vielfacher Hinsicht für die musikalischen Verhältnisse Bremens produktiv, nicht zuletzt 1813/14 in personeller Hinsicht durch die Anwerbung Wilhelm Friedrich Riems (1799–1857) zum Domorganisten. Mit Riem, der 1832 Städtischer Musikdirektor wird, setzt in Bremen eine intensive Bach- und Beethoven-Pflege ein, im Herbst 1826 findet die Bremer Erstaufführung der 9. Symphonie Beethovens statt, im Frühjahr 1832 die Wiederaufführung der Johannespassion Johann Sebastian Bachs. Etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts, genau gesagt am 18. Januar 1841, wusste Friedrich Engels (1820–1895), der von August 1838 bis April 1841 in Bremen eine Ausbildung als Handelsdiener machte, als Korrespondent für das Stuttgarter Morgenblatt für gebildete Leser zu berichten:

> »Die beste Seite Bremens ist die Musik. Es wird in wenig Städten Deutschlands so viel und so gut musicirt wie hier. Eine verhältnismäßig sehr große Anzahl von Gesangvereinen hat sich gebildet, und die häufigen Conzerte sind immer stark besucht. Dabei hat sich der musikalische Geschmack fast ganz rein erhalten; die deutschen Classiker, Händel, Mozart, Beethoven, und von den neueren Mendelssohn-Bartholdy und die besten Liederkomponisten behaupten entschieden das Übergewicht. Die neufranzösische und neuitaliänische Schule haben fast nur unter den jungen Comptoiristen ein Publikum. Es wäre nur zu wünschen, daß Sebastian Bach, Gluck und Haydn weniger zurückgesetzt würden. Dabei werden neuere Erscheinungen keineswegs abgewiesen, im Gegentheil möchten wenig Orte sein, wo die Produktionen junger deutscher Komponisten so bereitwillig aufgeführt würden, wie hier. Auch fanden sich hier immer Namen, die in der musikalischen Welt vortheilhaft bekannt sind. Der talentvolle Liederkomponist Stegmayer dirigirte mehrere Jahre das Orchester unsres Theaters; an seine Stelle ist Koßmaly getreten, der sich theils durch Kompositionen, theils durch Artikel, die er meistens in Schumanns ›Neuer Zeitschrift für Musik‹ abdrucken läßt, manche Freunde verschafft haben wird. Riem, der die Singakademie und die meisten Konzerte dirigirt, ist ebenfalls ein anerkannter Komponist. Ein Oratorium, das er vor einiger Zeit aufführen ließ: der Erlöser, war weniger gelungen und bekundete mehr Meisterschaft der Harmonie, als Originalität der

27 Zit. n. Klaus Blum, Musikfreunde und Musici, Musikleben in Bremen seit der Aufklärung, Tutzing 1975, S. 20; Blums dickleibiges Buch (685 S.) ist zwar sehr kenntnisreich geschrieben, doch hat der Autor es versäumt, in wissenschaftlicher Vollständigkeit alle benutzen Quellen nachzuweisen. Der umfängliche, aber archivarisch ungeordnete Nachlass Blums (1919–1988) lagert heute im Archiv der »Stiftung Dokumentations- und Forschungszentrum des Deutschen Chorwesens«, Feuchtwangen. Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Aufarbeitung der Bremer Musikgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, in deren Mittelpunkt die Geschichte und Vorgeschichte der Philharmonischen Gesellschaft steht, wird durch die Dissertation von Katrin Bock, Universität Bremen, vorgenommen.

Erfindung. Riem ist ein liebenswürdiger Greis, mit jugendlicher, hinreißender Begeisterung im Herzen; niemand versteht wie er, Sänger und Instrumentalisten zu lebendigem Vortrag zu entflammen.«[28]

Es ist an dieser Stelle selbstverständlich nicht möglich, den weiteren Verlauf der Musikgeschichte Bremens im 19. Jahrhundert, der dem anderer deutscher Städte – von der Liebhaberkonzertgesellschaft bis zum Städtischen Orchester – durchaus gleicht, auch nur annähernd nachzuzeichnen. Zwei Namen dürfen in diesem Zusammenhang aber dennoch nicht ungenannt bleiben: Carl Martin Reinthaler (1822–1896) und Johannes Brahms (1833–1897). Ersterer bestimmte als Nachfolger Riems und als Leiter der Sing-Akademie, der Privat-Concerte, der Liedertafel u. a. wie kein anderer zuvor von 1857–1893 das Bremer Musikleben, letzterer war mit ersterem befreundet und brachte, nachdem er bereits 1855 in Bremen als Pianist debütierte, 1868 das Deutsche Requiem im Bremer Dom zur Uraufführung (noch ohne den fünften Satz). Außer Brahms und Reinthaler sind Hans von Bülow (1830–1894), Richard Strauß (1864–1949) und Felix Weingartner (1863–1942) mit der Musikgeschichte Bremens verbunden, um nur einige Namen zu nennen. Die Reihe der Namen, Werke und Aufführungen scheint Legion und beinahe beliebig zu sein, eines aber ist ganz gewiss nicht beliebig: Die Erfindung der bürgerlichen Musikkultur in Bremen stellt im 19. Jahrhundert insofern eine ganz besondere kulturelle Leistung dar, als sie im Vergleich zu anderen norddeutschen Städten, nicht zuletzt im Vergleich zu Hamburg und Lübeck, quasi voraussetzungslos erbracht wurde. Die »Erfindung« der bürgerlichen Musikkultur Bremens im späten 18. und 19. Jahrhundert ist aber nicht aus ihren Strukturbedingungen heraus zu begreifen, sondern mit Jürgen Habermas als Strukturwandel zu verstehen und in seiner Entwicklung für das 19. Jahrhundert in einem weiterführenden Beitrag zur Musikgeschichte Bremens zu behandeln.[29]

28 Zit. nach: Friedrich Engels als Bremer Korrespondent des Stuttgarter »Morgenblatts für gebildete Leser« und der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Heft 15), hrsg. v. Karl-Marx-Haus, Trier und dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal durch Hans Pelger und Michael Knieriem, Trier 1976, S. 35 f.; vgl. Friedrich Engels, Über die Bremer, Briefe, Aufsätze, Literarisches, hrsg. v. Dierk Rodewald, Bremen 1966, S. 69 f.; siehe Nolte (wie Anm. 1), S. 41.

29 Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 1. Aufl. (Neuaufl.), Frankfurt a. M. 1990.

Rezensionen und Hinweise

Auf dem Garten, Klaus und Kuckuk, Peter: Bürgerliche Jugendbewegung in Bremen. Vom Wandervogel zur Bündischen Nachkriegsjugend (1907 bis 1960) (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 25/26). Bremen: Temmen 2009. 395 S.

Der Zeitzeuge, so heißt es zugespitzt-ironisch, sei der geborene Feind des Historikers. Was geschieht aber, wenn Zeitzeugen gleichzeitig Historiker sind wie die beiden Verfasser dieser hier vorzustellenden umfangreichen Zusammenschau der bürgerlichen Jugendbewegung in Bremen vom späten Kaiserreich bis zum Beginn der 1960er Jahre? Klaus Auf dem Garten und Peter Kuckuk entstammen Bremer Familien mit intensiver Jugendbewegungstradition, haben beide Geschichte in Göttingen und Hamburg studiert, sind selbst in Bremen in der Nachkriegszeit in Gruppen der Bündischen Jugend geprägt worden und haben als 1937 bzw. 1938 geborene Kriegskinder zunächst noch die erbärmlichen Lebensverhältnisse in Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit kennengelernt, ehe sie dann anschließend für ihr weiteres Fortkommen die rasante Aufschwungsphase in den 1950er Jahren mit deren für die damaligen Heranwachsenden völlig neuen Horizonten und Chancen intensiv nutzen konnten. Und nun fragen sie sich, wie sich diese bürgerliche Jugendbewegung, die sie selbst zunächst in Bremer Wandervogelgruppen, dann in der »Jungenschaft im BUND« erlebt haben, als ein »nicht immer von mystifizierenden Behauptungen und Bewertungen freier Gegenstand« (S. 11 f.) aus der Rückschau darstellen und einordnen lässt. Es geht ihnen also nicht um eine »bloße Organisationsgeschichte« dieses recht eigentümlichen deutschen Phänomens, sondern vor allem um den Versuch, dessen politik-, sozial- und kulturgeschichtlichen Zusammenhängen und Wirkungen nachzuspüren. Dass dies zum Teil aus ihrem jeweiligen subjektiven Blickwinkel, also nicht völlig »sine ira et studio« erfolgt/erfolgen kann, darüber sind sich beide Autoren im Klaren.

Zwar gibt es inzwischen eine beträchtliche Anzahl von Überblicksdarstellungen zur Jugendbewegungsgeschichte wie auch diverse wissenschaftliche Detailuntersuchungen dazu, doch fehlt es weitgehend an Berichten, wie das zum Teil recht breite und oft auch heterogene jugendbewegte Spektrum »vor Ort« ausgesehen hat, welche Lebenslauf prägenden Folgen sich daraus für die damit in engere Berührungen gekommenen Individuen ergeben haben und welche Wirkungen sich darüber hinaus auch im gesamten kommunalen Umfeld nachweisen lassen. Hier schlagen die beiden Autoren nun eine eindrucksvolle Bresche und zeigen exemplarisch am Beispiel Bremens, aber aufgrund breiter Kenntnis der gesamten deutschen Jugendbewegungsgeschichte, wie sich hier jugendbewegtes Leben unter den höchst wechselhaften äußeren Verhältnissen seit der Gründung erster Wandervogelgruppen im Kaiserreich über die Jahre des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik, dann unter den krassen Bedingungen des NS-Regimes, schließlich in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 und abschließend in den Jahren des »Wirtschaftswunders« entwickelt hat bzw. auf welche äußeren Einflüsse es in welcher Weise reagiert hat. Drei Viertel des Gesamttextes folgen diesem chronologischen Ablauf, wobei jeder der beiden Autoren dazu höchst umsichtig recherchierte und detailreiche Einzelkapitel verfasst hat, ehe in einem zweiten Block des Buches sechs Zeitzeugen Selbstzeugnisse beigesteuert haben, in denen sie die »lebensgeschichtliche Dimension« ihrer Jugendbewegungserfahrungen darstellen. Ein dritter Block (vor einem abschließenden

Anhang mit vielen Hinweisen zur bereits vorliegenden Literatur und zu den Archivalien sowie einem Personenregister) liefert eine Reihe von exemplarischen Dokumenten, vor allem einige Großfahrtenberichte und Briefquellen aus den späten 1940er/frühen 1950er Jahren. Viele Fotos sowie ein umfangreicher Anmerkungsapparat zu den einzelnen Unterkapiteln mit einer Fülle biographischer Hinweise ergänzen übrigens die durchweg gut lesbaren Ausführungen.

Da es zur Bremer Arbeiterjugendgeschichte bereits mehrere Darstellungen gibt, zu den verschiedenen sonstigen Jugendorganisationen wie den konfessionellen und politischen Verbänden oder den Sportvereinen ebenso wie zu der nur in gewissem Umfang zur Bündischen Jugend zu zählenden Pfadfinderei jedoch jeweils eigene Untersuchungen erst noch in Angriff genommen werden müssten, haben sich Klaus Auf dem Garten und Peter Kuckuk – ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen – zwar ausdrücklich auf das Außenstehenden zunächst möglicherweise eher etwas ausgefallen erscheinende Spektrum der bürgerlichen Jugendbewegung konzentriert. Zudem mag mancher Leser sich zunächst angesichts der zum Teil recht kleinen und eigentümlichen, manchmal auch nur kurzlebigen Gruppierungen – neben den Wandervögeln zum Beispiel der Deutschen Freischar, verschiedener Ortsgruppen nationaler Verbände mit Jugendbewegungscharakter, der dj.1.11, der Gefährtenschaft, des Nerother Wandervogels, der Jungenschaft im BUND usw. – fragen, ob sich aus den vielen Details überhaupt etwas Verallgemeinerbares ableiten lässt. Tatsächlich können die beiden Autoren jedoch zeigen (was dann auch die »Selbstzeugnisse« belegen), wie sehr diese zwar heterogene, aber doch recht unverwechselbare Jugendkultur mit ihren Formen, Ideen und manchmal auch Provokationen eine höchst anstoßgebende Funktion und Wirkung auch für die anderen Jugendorganisationen besessen hat (was übrigens für die gesamte Geschichte der Jugend und ihrer Organisationen im deutschen Sprachraum des frühen 20. Jahrhunderts gilt). Insofern reichen die Ausführungen von der Darstellung farbiger Details und exemplarischer Ereignisse sowie von der Charakterisierung einzelner Akteure und Bünde bis hin zu vielen Hinweisen auf die Verschränkung der im Mittelpunkt des Buches stehenden bürgerlichen Jugendbewegung mit den allgemeinen Bremer Verhältnissen im Laufe des hier ins Visier genommenen halben Jahrhunderts mit dessen krassen Umbrüchen und Herausforderungen. Ein Unterkapitel widmet sich etwa, um nur ein Beispiel anzuführen, ausführlich dem Spannungsverhältnis zwischen der amerikanischen Jugendpolitik nach 1945 und den wiederauflebenden Gruppen der Bündischen Jugend. Und dass es den Autoren nicht um eine unkritische Hagiographie der Jugendbewegung am Beispiel Bremens gegangen ist, sondern nicht zuletzt auch um das Aufzeigen von teilweise problematischen Tendenzen, Verführungen und Fixierungen, haben sie von vornherein betont. Durchgängig nachvollziehbar wird jedoch, wie stark durch die behandelten Jahrzehnte hindurch mehrere vor allem männliche, aber auch weibliche Altersкohorten in ihrer Adoleszenzphase durch Erfahrungen in jugendbewegten Gruppen angesichts der zum Teil verwirrenden und bedrückenden Alltagsverhältnisse und einer schon früh als »vaterlos« charakterisierten Gesellschaft »auf Fährte« gesetzt worden sind, das heißt, mit Umgangsformen, kulturellen Anregungen, Handlungsperspektiven und Denkhorizonten aus dem Geist der Jugendbewegung in Berührung gekommen sind, die ihnen eine lebenslang nachwirkende (wie auch immer geartete) mentale Grundausstattung vermittelt haben. Die Autoren – Zeitzeugen und Historiker zugleich – können zum Beispiel darauf verweisen, wie deutlich etwa sowohl in der Bremer Regionalpolitik als auch in darüber hinausgehenden politischen und sonstigen öffentlichen Handlungsfeldern nachweisbar ist, dass Personen mit solchen jugendbewegten Prägungen eine spezielle Karriere gemacht haben. Die Karriere des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst

Albrecht etwa ist ein Beleg dafür. Insofern ist der hier vorgestellte Band ein gutes Beispiel dafür, wie durch einen erfahrungs- und mentalitätsgeschichtlichen sowie zugleich auch regionalgeschichtlichen Blick auf die alle historischen Abläufe immer massiv mitbestimmenden subjektiven Faktoren Geschichte sehr viel nachvollziehbarer wird als durch bloß abständige Struktur- und Prozessuntersuchungen, durch reine Organisations- und Ereignisgeschichten oder durch ideengeschichtliche Programmanalysen.

Die Autoren haben mit ihrer Veröffentlichung vor allem drei Gruppen von Lesern gewinnen wollen: an der Geschichte Bremens interessierte Zeitgenossen, die über die allgemeine Stadtgeschichte hinaus auf deren erfahrungs- und generationengeschichtliche Hintergründe neugierig sind, von der Jugendbewegung geprägte Personen, die ihre eigenen Erfahrungen in größere historische Zusammenhänge gestellt sehen möchten, und Historiker, die nicht so sehr nur das allgemeine »wir haben Geschichte« im Blick haben, sondern auch die erfahrungsgeschichtliche Tatsache, dass wir alle immer auch »Geschichte sind« (und weitergeben) sowie in mancher Hinsicht darüber hinaus – bewusst oder unbewusst – »Geschichte verkörpern«. Dass sie in diesen Richtungen vielerlei Impulse geliefert haben, ist den beiden Autoren, aber auch den Verfassern der beigefügten Selbstzeugnisse nachdrücklich zu bestätigen. Insofern mag – um auf den Einleitungssatz dieser Rezension zurückzukommen – bei manchen historischen Themen wie dem dieser Veröffentlichung das Zusammenspiel von Zeitzeuge und Historiker in besonderer Weise den Blick für mentalitätsgeschichtliche Zusammenhänge geöffnet haben, die sonst meist nicht wahrgenommen werden.

Jürgen Reulecke

Barfuß, Karl Marten, Müller, Hartmut und Tilgner, Daniel (Hrsg.): Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005. Bd. 4: Statistik, bearbeitet von Horst Lange. Bremen: Temmen 2009. 464 S.

Der vierte Band der *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005* stellt ein Novum für ein landes- und stadtgeschichtliches Reihenwerk dar, er bietet nämlich eine Dokumentation der Nachkriegsgeschichte an Hand statistischen Materials. Die Gliederung orientiert sich an der des ersten Bandes und organisiert ihr Material entlang der Abschnitte: Politik / Justiz, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Stadtentwicklung sowie Wetterdaten. Der Autor Horst Lange, als ehemaliger Leiter des Statistischen Landesamts ein ausgewiesener Fachmann, liefert aber mehr als eine Zusammenstellung von Tabellen und Diagrammen. Vielmehr erläutert er in kurzen Zwischentexten die Entwicklungen und Trends und erklärt dort, wo es ihm notwendig erschien, rechtliche, statistische, volkswirtschaftliche und sonstige Begriffe, die ein Verständnis der Zahlenreihen erleichtern. Mit weitergehenden Deutungen, die freilich den Rahmen der hier vorgelegten deskriptiven Statistik sprengen, hält sich der Autor auffallend zurück. Zahlreiche Daten sind zudem in Form von Balken- und Tortendiagrammen graphisch aufbereitet und erleichtern so die Interpretation. Ebenso gelungen ist die reichhaltige Bebilderung, mit Motiven aus den unterschiedlichen Bereichen, die für den einen oder anderen Leser einen Wiedererkennungswert haben werden. Auch sind kaum inhaltliche Fehler oder Unklarheiten zu beanstanden.

Zentral für den Bereich der politischen Statistik ist natürlich die Entwicklung der Stimmverhältnisse bei den Wahlen zur Bürgerschaft, zum Bundestag und zum Eu-

ropaparlament. Außerdem bietet das Buch eine alphabetische Übersicht über alle bremischen Bürgerschaftsabgeordneten seit 1947, mit Angaben zu Partei, Geburtsjahr, Geschlecht und Wahlbereich (bei manchen auch ergänzt um ein Foto). Auch die Zusammensetzung der Senate wird in ähnlich übersichtlicher Form präsentiert, so dass sich Langes Buch als nützliches Hilfsmittel erweisen wird. Auf eine wahlsoziologische Einordnung der Resultate, also eine Analyse der Wahlentscheidung der einzelnen Bürger nach Alter, Berufszugehörigkeit, Einkommen, Bildungsgrad, Stadtteil usw., verzichtet der Autor hingegen vollständig, so dass hierfür auf die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes sowie auf die Forschungsliteratur zurückgegriffen werden muss.[1] Auch die Staatsfinanzen bieten reichhaltig Material, um die politische Entwicklung Bremens nach 1945 herauszuarbeiten. Dabei konzentriert sich der Autor auf die Einnahmen aus Steuern und die Schuldenaufnahme, bevor er zu einer sehr ausführlichen – und nach Meinung des Rezensenten zu kleinteiligen – Darstellung von Justiz und Kriminalität in Bremen anhebt (die zudem jeden Hinweis auf das statistisch nicht erfasste Dunkelfeld vermissen lässt). Lange bleibt eine Erklärung schuldig, warum er die Ausgabenseite der Politik nicht betrachtet. Dies ist bedauerlich, da die Akteure in der Debatte um die Zukunft des bremischen Stadtstaates immer wieder und durchaus parteipolitisch nuanciert auf einzelne Ausgabenblöcke – Häfen, Sozialausgaben, Universität und Hochschulen, Pensionen – und deren langfristige Entwicklung verweisen. Dagegen fehlt bisher ein ausgewogenes Gesamtbild, das Einnahmen, Ausgaben und Schulden gegenüberstellt, und damit dem Leser als Staatsbürger eine Orientierung über die Entwicklungen und Charakteristika bremischer Politik bietet.[2] Dieses Desiderat schließt auch der vorliegende Band nicht.

Für die Entwicklung der bremischen Wirtschaft kann das Buch aus dem Vollen schöpfen, stellt die Wirtschafts- und Sozialstatistik doch eine der wesentlichen Aufgaben des Landesamts für Statistik dar. Lange erläutert erschöpfend die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts samt des sich zwischen den drei Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen vollziehenden Wandels, bevor er die Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt skizziert, um sich dann einer genaueren Darstellung einzelner Wirtschaftsbereiche zu widmen. Entsprechend gelingt es dem Autor, viele für die bremische Wirtschaft wichtige Aspekte herauszuarbeiten: den Strukturwandel, die besondere Stellung der Einpendler auf dem Arbeitsmarkt, die Entwicklung der Häfen im Lande Bremen, den Aufschwung des Tourismus usw. Der Rezensent stellt sich jedoch die Frage, ob die sorgsam dargestellte Wirtschaftsstatistik substantiell über das hinaus geht, was die Kapitel zur Wirtschaft in den ersten drei Bände dieses Reihenwerks einmal bieten werden. Dies zeigt ein Blick in den bereits erschienenen ersten Band: Selbstverständlich stützt der Autor Karl-Marten Barfuß seine Darstellung in erheblichem Umfang auf statistische Daten, die in seinem Text auch wiedergegeben sind, die sich aber ebenso im hier zu besprechenden vierten Band anfinden. Statt dieser Doppelung wäre es ergiebiger gewesen, den Statistikband hauptsächlich zur Präsentation von Material zu nutzen, dass über das von Barfuß gebotene hinausgeht, beispielsweise eine systematische Zahlenreihe zu der in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer wieder angeführten Loco-Quote[3] zu bieten. Insofern

1 Die Zeitschrift für Parlamentsfragen analysiert zuverlässig jede Bürgerschaftswahl.
2 Vgl. als letzte Beiträge zur Debatte: Günter Dannemann, Stefan Luft (Hg.): Die Zukunft der Stadtstaaten, Bremen 2008; Wolfgang Renzsch: Ausgaberestriktionen der Länder in Deutschland. Das Beispiel Freie Hansestadt Bremen, Baden-Baden 2008.
3 Vgl. aus jüngster Zeit: »Wo steht Bremen in der Krise?«, Weser-Kurier, 02.10.2009. Die Loco-Quote bezeichnet den Anteil am für das Hinterland bestimmten Seeverkehr, der im Hafen nicht nur umgeschlagen, sondern weiterverarbeitet wird.

wird der interessierte Leser auch im Bereich Wirtschaft andere Veröffentlichungen, beispielsweise des Landesamts für Statistik, der Handelskammer oder des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung, zu Rate ziehen müssen, wenn er einzelne Fragen vertiefen möchte.

Im Folgenden skizziert der Autor die Umrisse der bremischen Gesellschaft an Hand von Zeitreihen zur Bevölkerungsstatistik (Lebenserwartung, Mobilität, Altersstruktur usw.), Erwerbstätigkeit, Versorgungsleistungen des Gesundheitswesens und des Bildungssystems sowie der Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften und Sportvereinen. Sehr plastisch entsteht so das Bild einer sich wandelnden Großstadtgesellschaft, der ein ausgeprägter Zug zur Individualisierung zu eigen ist. Auch die Abwanderung in das niedersächsische Umland wird thematisiert. Umso misslicher ist es, dass Lange sich bei der Erwerbsstatistik auf die Darstellung der durchschnittlichen Verdienste von Arbeitern oder Angestellten beschränkt, ohne die Spreizung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen zu dokumentieren. Beides ist nicht nur einfach aus der Steuerstatistik abzulesen, sondern diese Daten dienen dem Sozialhistoriker als solide Indikatoren, um die soziale Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft zu messen. Die Bedeutung dieses Themas für die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik hat Hans-Ulrich Wehlers erst kürzlich im abschließenden Band seines opus magnum unterstrichen. Lange beendet seinen Band mit informativen Statistiken über den Kulturkonsum in Bremen, den Wohnungsbau und die Verkehrsentwicklung sowie die Entwicklung des Klimas.

Der vierte Band der Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 1980 stellt ein nützliches und informatives Hilfsmittel dar, da er Statistiken zu vielen wichtigen Lebensbereichen bündelt. Dieses Buch fügt sich ein in eine Reihe von statistischen Hilfsmitteln zur deutschen Geschichte[4]. Indessen wird für den Leser, der es etwas genauer wissen will, der Gang in die Bibliothek in vielen Fällen nach wie vor unerlässlich sein.

Jörn Brinkhus

Beck, Jens: Historische Gutsgärten im Elbe-Weser-Raum. Geschichte und kulturhistorische Bedeutung der Gutsgärten als Teil der Kulturlandschaft. (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden. Band 33; Einzelschriften des Stader Geschichts- und Heimatvereins. Band 34; Neue Reihe der Sonderveröffentlichungen der Männer vom Morgenstern. Band 48). Stade: Landschaftsverband, Geschichts- und Heimatverein, Männer vom Morgenstern 2009. 341 S.

Erst seit etwa 100 Jahren, in den letzten Jahrzehnten jedoch zunehmend, hat die Kulturgeschichte Schlossparks oder Klostergärten (teils auch Bauerngärten) unter der Definition »von Menschen gestaltet« als Gegenstände der Forschung aufgenommen. Gutsgärten jedoch – von Jens Beck als Anlagen des Landadels im Gegensatz zu solchen landesherrlicher Residenzen definiert – wurden bislang eher selten als Kulturgut (an)erkannt und beschrieben. Dies unternimmt der Autor mit dem vorliegenden Werk nun für das so genannte »nasse Dreieck« zwischen Weser und Elbe, also einen relativ eng umgrenzen Raum, den er aber gerade deswegen in aller

4 Vgl. jüngst: Andrea Wagner: Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920 und 1960, Berlin 2008.

Gründlichkeit zu erfassen vermag. Im Gegensatz zur Forschungsliteratur ist die Quellensituation nämlich erstaunlich gut, und diese schöpfte der Autor voll aus.

So kann er, allgemein ausgehend von der naturräumlichen Situation und speziell von den älteren, als Vorbilder dienenden Residenz- und Klostergärten – etwa Bremervörde, Bederkesa, Zeven –, vertikal durch die Zeit seit dem Barock und horizontal durch den Raum schreiten und insgesamt 63 Gutsgärten in allen Einzelheiten vorstellen. Allerdings teilten die beschriebenen Objekte das Schicksal der so genannten lebendigen Denkmale: Im Gegensatz zur Architektur war und ist Gartenarchitektur der Veränderung unterworfen. Die Ursachen liegen neben der natürlichen Wachstumsentwicklung vor allem in der ökonomischen Situation ihrer Besitzer, denn nicht nur die Anlage eines repräsentativen Gartens, auch dessen Erhalt ist arbeits- und kostenintensiv. So beschreibt der Autor für eine Reihe der Gärten einen typischen Weg: Anlage im 18. oder 19. Jahrhundert – Erhalt mit entsprechendem Personal – Versuch des Erhalts mit wenig oder ohne Personal – Verfall. Falls nun nicht ein Besitzwechsel in private oder öffentliche Hand und Wiederherstellung folgten, was selten geschah, so endeten die Anlagen meist umgenutzt für Landwirtschaft oder Bebauung. Entsprechend musste Beck manche der Gutsgärten als Totalverlust beschreiben. Dass sie trotzdem vorgestellt werden können, liegt an der gründlichen Recherchearbeit des Autors, der in öffentlichen und privaten Archiven wertvolle Unterlagen zutage förderte, etwa Rechnungsbücher mit Auskünften über Pflanzenbestand, Arbeitsvorgänge oder Ernteergebnisse, vor allem aber eine ganze Reihe von Plänen oder Skizzen. So erfreuen den Leser viele, in größerer Zahl sogar farbig wiedergegebene Abbildungen.

Doch die großzügige Ausstattung mit Illustrationen ist nur einer der angenehmen Nebeneffekte dieser akribischen Untersuchung, die auf Basis ihrer wissenschaftlichen Sorgfalt, Vollständigkeit und exakten Quellenauswertung verschiedene Qualitäten und Nutzungsmöglichkeiten vereint: die eines lesenswerten und zugleich gut lesbaren Buches, eines Reiseführers und nicht zuletzt die eines Kompendiums. Der Leser kann sich bis in alle Einzelheiten informieren, und dieser ganz praktische Nutzen der Veröffentlichung wird noch unterstützt durch die verdienstvollen Verzeichnisse und Indices im Anhang. Jens Beck vermochte es damit, das Kulturgut »Gutsgärten im Elbe-Weser-Raum« nicht nur in den Blick treten zu lassen, es sozusagen der Vergessenheit zu entreißen, sondern auch umfassend zu erschließen und damit im Einzelnen auffindbar zu machen. Man bekommt große Lust, Bestehendes, Verborgenes oder auch Verlorenes zu entdecken.

Sylvelin Wissmann

Buggeln, Marc: Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme. Göttingen: Wallstein 2009. 750 Seiten.

Buggeln, Marc: Bunker »Valentin«. Marinerüstung, Zwangsarbeit und Erinnerung. Bremen: Temmen 2010. 211 Seiten.

Die wissenschaftliche Forschung hat die Diskriminierungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes als ein facettenreiches, in sich widersprüchliches Phänomen rekonstruiert, das einander widersprechende Entscheidungen und nebeneinander herlaufende Entwicklungen kannte. Ungeachtet des in Hitlers Schrift »Mein Kampf« zum Ausdruck kommenden Vernichtungswillens veränderte die Führungsspitze des »Dritten Reichs« ihre Prioritäten mehrfach (erinnert sei nur an den

chimärenhaften Plan einer Zwangsumsiedlung aller europäischen Juden nach Madagaskar), so dass es der zentralen Politik an Kohärenz fehlte und ein Betroffener je nach Zeitpunkt und Lage sehr unterschiedlichen Verfolgungserfahrungen ausgesetzt war. Gleichzeitig gewannen die monströsen Konzeptionen und Programme in ihrer Umsetzung eine ganz eigene Dynamik: So bildete der mit Beginn der Offensive gegen die Sowjetunion erlassene »Kommissarbefehl« zwar den Auftakt für die Vernichtung der weltanschaulichen und »rassischen« Feinde, doch die in Nachfolge der Wehrmacht vorrückenden Einsatzgruppen forcierten von sich aus die unter dem Signum der Partisanenbekämpfung stattfindenden Liquidationen, ohne dass es dazu noch vieler Anweisungen aus Berlin bedurft hätte. Diese Buntscheckigkeit von Schikane und Plünderung, Terror und Destruktion prägt auch die Geschichte der Konzentrationslager (KL) und bietet dem Berliner Historiker Marc Buggeln reichhaltiges Material für seine voluminöse Darstellung der Außenlager des KLs Neuengamme.

Die KL waren in den Anfangstagen des Regimes eingerichtet worden, um die Gegner des Nationalsozialismus festzunehmen, zu schikanieren und ihre Arbeitskraft auszubeuten. Unter der Regie der SS entwickelten sich diese Orte (in denen Juden, politische Gegner, Homosexuelle, Kriminelle usw. weggesperrt wurden und wo ein Menschenleben nicht viel zählte) zu einem Verbund von Lagern im ganzen Reichsgebiet. Gleichwohl unterschieden sich die KL von den eigentlichen Vernichtungslagern. Denn Kontrolle, Terror und Ausbeutung waren ihr Hauptzweck, nicht jedoch eine im engeren Sinne massenhafte fabrikmäßige Auslöschung menschlichen Lebens, wie sie mit den Deportationen nach Auschwitz-Birkenau und andernorts im Herbst 1941 in Gang gesetzt wurde. Als sich abzeichnete, dass ein schneller Sieg im Ostfeldzug nicht zu erreichen war, wurden die KL vielmehr in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft gestellt. Zu diesem Zweck sollte und wurde die Sterberate der Häftlinge nachhaltig gesenkt, und das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt organisierte einen umfassenden Häftlingseinsatz in einzelnen Betrieben der deutschen Rüstungsindustrie. Für den norddeutschen Raum war das in der Nähe von Hamburg gelegene KL Neuengamme wichtig, das eine Fülle von Außenlagern in unmittelbarer Nähe von auch weit entlegenen Produktionsstätten einrichtete und so ein Organisationsgeflecht schuf, dessen entferntester Außenposten auf der Kanalinsel Guernsey gelegen war. In Bremen und seinem Umland existierten insgesamt neun Lager, von denen die den Bunkern »Valentin« und »Hornisse« zugeordneten noch am bekanntesten sind.

Ist der Forschungsstand zum eigentlichen Hauptlager mittlerweile sehr gut, so nimmt sich Buggeln in seiner von der Universität Bremen angenommenen Doktorarbeit (die wahrlich ein besseres Lektorat verdient hätte!) nun den bisher wenig beachteten Außenlagern an. Der Bremer Historiker stellt dieses Außenlagersystem in seinen zahlreichen Aspekten und Bezügen dar: die Einbindung der KL in die NS-Kriegswirtschaft, die Kooperation der verschiedenen Herrschaftsträger bei der Organisation und Abwicklung des Einsatzes, die in den Außenlagern herrschenden Arbeits- und Überlebensbedingungen, die Täter samt ihrer Herkunft und Motive ebenso wie die Häftlingsgesellschaft, die Reaktionen der deutschen Bevölkerung, abschließend auch die Räumung der Außenlager. Dabei bauen die einzelnen Teile inhaltlich aufeinander auf und greifen ineinander. Lediglich das Kapitel über »Fotografien und Zeichnungen zu Neuengammer Außenlagern« wirkt wie ein Einschub, der besser als allein stehender Aufsatz veröffentlicht worden wäre. An dessen Stelle hätte die Gesamtkonzeption des Buches durch ein Kapitel gewonnen, das die juristische Aufarbeitung der in den Außenlagern geschehenen Verbrechen bündelt. Dessen ungeachtet hat der Verfasser eine profunde Studie vorgelegt, welche die Materie

erschöpft (und wegen ihres Umfangs vielleicht auch manchen Leser). Mit ausführlichen Zitaten, Referaten der Forschungsliteratur und vielen Beispielen stellt das Buch eine Fundgrube für die Gedenkstättenarbeit, für die politische Bildung und für die Fachwelt dar. Besonders eindrücklich schildert der Verfasser die Häftlingsgesellschaft als einen sozial- und alltagsgeschichtlichen Mikrokosmos. Auf diesen Seiten erreicht die Darstellung ihr höchstes Maß an inhaltlicher und stilistischer Geschlossenheit. An anderen Stellen ist die Darstellung nach Meinung des Rezensenten zu detailreich und verliert sich der Verfasser in Exkursen, weswegen seine Forschungsergebnisse nicht ausreichend zur Geltung kommen.

Das ist schade, denn nicht nur Buggelns Darstellung, auch seine Analyse ist ertragreich und inspirierend. Ob es um die Vergleiche zwischen den Planern der Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik im Reichssicherheitshauptamt mit dem Korps von Wachleuten in den zahllosen Lagern, ob es um die Eigendynamik einer lokalen NS-»Rassenpolitik«, ob es um die Mitwisser- und Mittäterschaft der deutschen Gesellschaft geht – der Verfasser nimmt aktuelle Forschungsdebatten auf, setzt seinen Untersuchungsgegenstand in Beziehung zu diesen und geht dabei auch auf die umstrittene Frage ein, welches ökonomische Kalkül den massenhaften Personaleinsatz in den Rüstungsbetrieben motivierte. Insbesondere schränkt er mit Hinweis auf die sehr unterschiedlichen Sterblichkeitsraten in den einzelnen Außenlagern das Schlagwort von der »Vernichtung durch Arbeit« ein und stellt ihm seine eigenen differenzierten Forschungsergebnisse entgegen, ohne diese zu einer These zu verdichten. Bemerkenswert ist auch der Vorschlag, die Zwangsarbeit im KL als »Sklavenarbeit« zu interpretieren und folgerichtig die Organisations-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen mit historischen Sklavenhalterregimen zu vergleichen, etwa in der Karibik oder in den Südstaaten der USA. Buggeln reißt diesen Ansatz nur an, ohne den Versuch zu unternehmen, sein analytisches Potential auszuschöpfen.

Wegen dieser losen Enden, der nicht in voller Breite ausgeschöpften Quellenbasis und diskutabler Schlussfolgerungen des Autoren erntet die Studie in der Fachwelt neben viel Lob durchaus Kritik, wie die Rezension von Edith Raim im Onlinemagazin *sehepunkte* zeigt. Insofern sollte jeder, der sich wissenschaftlich mit der Geschichte der KL in Norddeutschland beschäftigen möchte, neben Buggelns Buch auch diesen und andere kritische Einwürfe zur Kenntnis nehmen. Ein letzter Punkt ist noch zu erwähnen: Der Verfasser hat sein Buch strikt systematisch geordnet. Die verschiedenen Außenlager werden nicht einzeln gewürdigt, sondern die Informationen zu den Neuengammer Außenlagern auf Bremer Gebiet verteilen sich auf die einzelnen thematischen Kapitel und lassen sich nur mit Hilfe des Ortsregisters zusammentragen. Umso erfreulicher ist es, dass der fünfte Band der Reihe »Der Ort des Terrors« (München 2007) die einzelnen Außenlager in Form von Kurzportraits vorstellt.

Einen weiteren Einblick in die Verfolgungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes bietet Marc Buggelns Publikation über den Bunker Valentin. Sie ist die bislang ausführlichste Arbeit zu dem Thema. Die Landeszentrale für politische Bildung hat das Büchlein herausgegeben, es wurde von der Edition Temmen in vorbildlicher Qualität hergestellt. Den Schwerpunkt legt der Autor auf zwei bekannte Aspekte: den Bunker als ein Bauprojekt und die Lage der Zwangsarbeiter. Seine quellengesättigte Studie stellt in gut lesbarer Form die Planungsgeschichte, die Bauorganisation und die Projektumsetzung dar. Ebenso sinnvoll ordnet Buggeln das Handeln der Politiker, der Militärs und der Ingenieure in die größeren Zusammenhänge der NS-Geschichte ein und weist auf kulturgeschichtliche Traditionslinien von Technikbegeisterung und U-Boot-Propaganda hin. Auch der Rolle der privatwirtschaftlichen Baufirmen, ihrem Verhältnis zu den Behörden des NS-Staats und

ihrer von Profitinteressen getriebenen Konkurrenz miteinander wird breiter Raum gegeben. Im Anschluss nimmt die Darstellung alle Lager in den Blick, in denen die am Bau beteiligten Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge untergebracht waren. Neben dem Außenlager des KL Neuengamme würdigt die Arbeit ausführlich das benachbarte Arbeitserziehungslager, in dem die Gestapo zunächst »arbeitsunwillige« (Fremd-)Arbeiter, später auch politische Gegner und »rassisch« Verfolgte einsperrte und zur Arbeit zwang. Den Insassen in diesen beiden und den anderen Lagern, ihren Lebens- und Arbeitsumständen, ihrer Position in der Lagergesellschaft, aber auch den Tätern, ihren Biographien und ihrem Gewaltverhalten widmet sich die Studie. Sie liefert somit einen fundierten Zugang zur Geschichte der Zwangsarbeit in der Region Farge / Schwanewede.

Darüber hinaus bietet die Arbeit drei Novitäten: Erstens rekonstruiert Buggeln eine bisher unbekannte Vorgeschichte des Bunkerbaus in Form der seit 1937 im Gebiet von Farge / Blumenthal angelegten Tanklager. Zu Recht ist diese Maßnahme der Ausgangspunkt der chronologisch geordneten Darstellung, wurden hierfür doch ab 1941 sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt, von denen viele zu Tode kamen. Zweitens geht der Autor ausführlich auf die zum Teil im Staatsarchiv Bremen, zum Teil im Bundesarchiv befindliche umfangreiche Film- und Bildüberlieferung ein und kommentiert diese quellenkritisch. Auch das Buch selbst hat von diesem Interesse des Autoren profitiert – die Bebilderung ist opulent und wird durch eine herausnehmbare Luftbildkarte ergänzt, die den um den Bunker befindlichen Lagerkosmos veranschaulicht. Drittens erschließt die Studie die bislang wenig beachtete Umnutzungs- und Rezeptionsgeschichte nach 1945 und ergänzt damit den Beitrag von Julia Pörtner in diesem Band des Bremischen Jahrbuchs.

Angesichts des überaus positiven Eindrucks können nur Kleinigkeiten moniert werden: Der Text insinuiert, dass die Bezeichnung des Bunkers als »achtes Weltwunder« schon während der NS-Zeit aufkam (S. 49), was durch die Quellen nicht belegt ist. Die Einführung der Sektionsbauweise beim U-Boot-Bau kann nur bedingt als Übernahme einer amerikanischen Produktionsmethode während der Kriegszeit bezeichnet werden (S. 28). Erste Erfahrungen mit einer fabrikmäßigen Kleinserienfertigung von Wasserfahrzeugen sammelte die deutsche Werftindustrie nämlich bereits in den 20er Jahren zum Beispiel auf der Flenderwerft. Den Streit der am Bau beteiligten Firmen um die Aufteilung des Umsatzes stellt die Studie sehr ausführlich (vielleicht zu ausführlich) dar, ohne nach den Auswirkungen auf den Baufortschritt zu fragen. Eine Nachgeschichte des Bunkers sollte auch das von Arnold Agatz und Erich Lackner verfasste Werk »Erfahrungen mit Grundbauwerken« (Berlin 1977) behandeln. Schließlich kritisiert der Verfasser die Verwendung von »Fotos als nicht erklärungsbedürftiges Anschauungsmaterial« (S. 32), aber seine Veröffentlichung nutzt selbst einen erheblichen Teil ihrer Abbildungen zu rein illustrativen Zwecken.

Dank beider Studien liegen gut gesicherte Erkenntnisse zu wichtigen Facetten der Verfolgungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik in der Region Bremen vor. Insbesondere verlieren Buggelns Beiträge die Einbettung der örtlichen Politik in größere Zusammenhänge nicht aus dem Auge. Ein fachwissenschaftliches Fundament, um die inhaltlichen Arbeiten für den Gedächtnisort »Bunker Valentin« voranzutreiben, ist damit gelegt.

Jörn Brinkhus

Club zu Bremen (Hrsg.): Der Club zu Bremen 1783–2008. 225 Jahre in vier Jahrhunderten. Bremen: Schünemann 2009. 426 S.

Der ›Club zu Bremen‹ kann sich damit schmücken, dass ihm – neben einer kleineren Eröffnungsgabe 1931 und einer illustrierten Chronik 1983 – zwei vom Umfang her stupende Festschriften gewidmet wurden: 1933 und nunmehr 2008. Beiden ist gemein, dass an ihnen Autorinnen maßgeblich mitgewirkt haben: 1933 Henny Durlach (1879–1960), jahrzehntelang am Focke-Museum tätig, 2008 Gerda Engelbracht und Andrea Hauser, die für die historischen Passagen bis zum Jahre 1945 verantwortlich zeichnen. Beiden Festschriften ist ferner gemein, dass ihnen eine chronologische Darstellungsweise zu Grunde liegt, ergänzt durch biografische oder historische Miniaturen, und dass sie opulent mit Illustrationen versehen sind.

Für den Außenstehenden – und dies ist nicht nur geografisch zu verstehen – ist die Clubgeschichte insofern auf den ersten Blick überraschend, als die Bezeichnung ›Club zu Bremen‹ erst seit 1931 infolge eines Fusionsprozesses gebraucht wird, die Tradition aber zu Recht auf die 1783 gegründete ›Gesellschaft Museum‹ zurückgeführt wird. Tradition bedeutet aber auch eine Gratwanderung zwischen Beharrung und Gestalt- bzw. Aufgabenwechsel, so wie es der ›Club zu Bremen‹ erlebt hat.

Die beiden Autorinnen sehen in der ›Gesellschaft Museum‹, die wiederum ihre Vorläufer in der ›Historischen Lesegesellschaft‹ und der angebundenen ›Physikalischen Gesellschaft‹ hatte, eine Ausdrucksform der bürgerlichen Aufklärung, die zögerlich auch in Bremen Eingang finden sollte, der es aber – aus der Retrospektive – nicht gelang, die Erstarrung aufzubrechen, in die Bremen im 18. Jahrhundert gefallen war. Die Stadt hatte politisch durch den Siebenjährigen Krieg den Nimbus ihrer Unberührtheit verloren, Bremen konnte im Spiel der europäischen Großmächte nur noch reagieren und nicht mehr agieren. Im Inneren dominierte eine kalvinistische Staatsorthodoxie, obgleich das Gemeinwesen als bikonfessionell zu bezeichnen war. Die politische Elite rekrutierte sich im Wesentlichen aus sich selbst, es existierten deutliche Differenzen zur (häufig lutherischen) Kaufmannschaft. Das Gemeinwesen insgesamt litt unter der auf Abschottung der Märkte bedachten Politik der Territorialstaaten, erst zum Ende des Jahrhunderts brachte der Amerikahandel neue Perspektiven. Parallel dazu war das intellektuelle Leben, zumal jenes im akademisch-institutionalisierten Rahmen, in eine Phase der Stagnation getreten, sinnfällig sichtbar an der Entwicklung des *Gymnasium Illustre*, das seinen Bedeutungshöhepunkt überschritten und trotz Reformbemühungen den Schritt zur Modernisierung versäumt hatte; eine überwiegend auf die reformierte Theologie gerichtete Ausbildung war im Zeitalter der Auflösung von konfessionellen Gegensätzen und der Aufklärung obsolet geworden, neue Universitäten wie Kiel, Halle und Göttingen setzten mit neuen Ausbildungsinhalten Kontrapunkte. Ein nicht eben fruchtbarer Boden für Veränderungen! Vergleichbar zu anderen Städten suchten sich die intellektuellen und mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Interessen des gehobenen Bürgertums neue Bahnen in Vereinen oder Lesegesellschaften, freilich ohne die Auswirkungen wie z. B. in Hamburg oder im benachbarten dänischen Altona. Dabei darf nicht unterschlagen werden, dass die Protagonisten der Aufklärung in Bremen aus akademischen Kreisen stammten: die ›Bremische Deutsche Gesellschaft‹ (gegründet 1748) war vielleicht zeitlich eine Episode, aber sie zeigte die Annäherung an die ›moderne‹ deutsche Literatur und die vaterländische Geschichte, besonders ablesbar im Wirken von Johann Philipp Cassel (1707–1783). Der vorzustellenden Darlegung haftet indes an, dass bürgerliche Aufklärung allzu sehr an das Bedürfnis nach aktueller, meist periodischer Literatur und der Hinwendung zu den naturwissenschaftlichen

›Realien‹ gebunden wird, eine Verkürzung. Augenfällig wird indes die enge Verflechtung von ›Museum‹ und anderen Gesellschaften, besonders mit der ›Union‹ und der ›Erholung‹, die zeitweilig dem ›Museum‹ keinesfalls in Bedeutung nachrangierten. Hier bildeten sich richtigerweise Verbindungen, die heute mit dem gefälligen, aber konnotationsreichen Begriff ›Netzwerke‹ gekennzeichnet werden.

Was die ›Gesellschaft Museum‹ im 18. und 19. Jahrhundert auszeichnete, war zweifellos in erster Linie der enorme Sammelfleiß ihrer z. T. finanziell gut situierten Mitglieder. Die auf Naturwissenschaften und ›Welterfahrung‹ (Reiseliteratur) fokussierte Bibliothek bot den Lesestoff, den die *Bibliotheca Bremensis* im ehemaligen Katharinenkloster nicht zu liefern vermochte. Die Sammlung der ›Realien‹ war – nach allem, was wir wissen – nicht durchweg systematisch angelegt, aber eindrucksvoll. Jenseits des engeren Gesellschaftslebens stand ihre Wirkung in die Stadt hinein. Sie befruchtete durch ihre Vorlesungstätigkeit, sie aber als »Impulsgeber der reformpädagogischen Bewegung« (S. 84) in Bremen zu charakterisieren, überschätzt ihre Wirkung. Das movens zu Veränderungen in der Bildung kam von außen, das ›Museum‹, wie es seit Oktober 1805 endgültig hieß, wirkte allenfalls als Katalysator.

Das 19. Jahrhundert brachte einen Gestaltwandel. Einen räumlichen durch den Umzug an den Domshof und einen inhaltlichen. Wies Heinrich Rump (1768 – 1837), zugleich auch Stadtbibliothekar, dem ›Museum‹ eine zentrale Rolle in der Bildungs- und Kulturlandlandschaft Bremens unter Öffnung für die Allgemeinheit zu, so wandelte sich die Gesellschaft tatsächlich zu einem geselligen Konversations- und Unterhaltungsclub. Unter Hintanstellung der wissenschaftlichen Ambitionen und des Vorlesungsbetriebes verblieb ein Herrenclub mit Bibliothek und wissenschaftlicher Sammlung. Ob hierfür die Konkurrenz zu ›Union‹ und ›Erholung‹ ursächlich war, ist allerdings zu hinterfragen. Tatsächlich kam es nicht nur in Bremen zur Differenzierung der kulturellen Interessen des Bürgertums bei zeitlich paralleler wissenschaftlicher Spezialisierung. Der zuweilen naive Erkenntnis- und Forschungsdrang des interessierten ›Dilettanten‹ wich der Professionalisierung, z. T. in Personalunion mit dem ›Museum‹ entstanden Vereine wie der Kunstverein, die Historische Gesellschaft etc.

Bibliothek und wissenschaftliche Sammlung standen bald der Allgemeinheit zur Ansicht und Nutzung, ihre inhaltlich und konservatorisch adäquate Behandlung blieben indes ein Desiderat, bedingt durch die veränderte Prioritätensetzung und die inzwischen eingetretene Raumnot. Parallel zu ersten Planungen eines Neubaus fiel daher die Entscheidung, große Teile der Bibliothek sowie die Sammlungen an die Stadt zu übereignen. Der im Januar 1875 eröffnete Neubau des Clubdomizils wurde ganz vom Streben nach Geselligkeit und Unterhaltung bestimmt, zugleich wurde das Gebäude zur Herberge anderer bremischer Vereine. Die Mitgliederzahl sank, da sich auch das Bedürfnis nach geselliger Betätigung differenziert hatte, 1912 wurde das repräsentative Gebäude am Domshof verkauft, kurz darauf betrat mit der ›Bremer Gesellschaft von 1914‹ eine Konkurrenz die Bühne, die allerdings politische und keine wissenschaftlichen Wurzeln hatte. Sie wollte einen von politischen und ständischen Unterschieden freien Rahmen für Zusammenkünfte und Vorträge im besonders von der nationalkonservativen Oppostion zur Republik beschworenen und idealisierten ›Geiste von 1914‹ bieten, trat aber als Organisation des traditionell staatstragenden Bürgertums in Opposition zu großen Teilen der Bremen politisch bestimmenden Parteien. Beide Vereine wurden von den krisenhaften Zuspitzungen der 1920er Jahre getroffen, schließlich war es Ludwig Roselius (1874 – 1943), der einen Zusammenschluss forcierte, aus dem 1931 schließlich der ›Club zu Bremen‹ hervorging. Mit einer nunmehrigen Residenz in der Böttcherstraße erwuchs aus dem Club nach eigenem Verständnis ein gesellschaftliches Repräsentationsorgan der bremischen

Kaufmannschaft, durchaus international orientiert, aber doch wesentlich konservativ-national ausgerichtet.

Letzteres erklärt die Affinität der nationalsozialistischen Führung Bremens zum Club, in dem man eine Tür zur hanseatischen Kaufmannschaft sah. Im Oktober 1933 anerkannte die Jahresversammlung die herrschenden Machtstrukturen, indem der NSDAP und ihren Vertretern weitgehende Einflussnahme eingeräumt wurde, was u. a. an einer Ideologisierung des Vortragswesens ablesbar wurde. Alles Entgegenkommen konnte die Gleichschaltung, Arisierung und die zeitweilige Umbenennung in ›Haus der Hanse‹ nicht verhindern. Obgleich eine im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl große Austrittswelle zur Rücknahme der Neubenennung führte und der eingesetzte Präsident Kurt Thiele (1896–1969) aufgrund der Opposition von Mitgliedern resignieren musste – die personelle und ideologische Nähe zur Macht blieb.

Klaus Berthold, der Präsident des Club zu Bremen 2002–2008, hat es im vorzustellenden Band unternommen, die Nachkriegsgeschichte bis zum Jahre 2000 darzulegen. Der Club war in der unmittelbaren Nachkriegzeit in einem zweifachen Dilemma: die Vorstandsmitglieder waren diskreditiert, die mondänen Räumlichkeiten in der Böttcherstraße zerstört. Dennoch gelang eine Wiederbelebung, wenn auch zunächst in mancher Hinsicht in Provisorien, ehe 1952 die Räumlichkeiten im Schütting bezogen werden konnten, die noch heute fast automatisch mit Namen ›Club zu Bremen‹ in Verbindung gebracht werden. Die Nähe zur Handelskammer war (und ist) mehr als eine räumliche: Club und Vertretung der bremischen Kaufmannschaft, ohnehin in Teilen in Personalunion verbunden, zeichnet zugleich eine inhaltliche Symbiose aus.

In das Licht einer breiteren publizistischen Öffentlichkeit gelangte der Club, als die Frage des Eintritts von weiblichen Mitgliedern diskutiert wurde. Die widersprüchliche Haltung der Mitglieder traf in der Tagespresse auf eine Resonanz, die teils von Unkenntnis um die Traditionen, teils von einer gewissen Häme geprägt war, aber allgemein unter dem Mainstream des herrschenden ›Zeitgeistes‹ stand. Es gab gute Gründe sowohl für als auch gegen den Beitritt weiblicher Mitglieder, Traditionen sind nicht per se schlecht oder unmodern.

Klaus Berthold und der nunmehrige Präsident Rüdiger Hoffmann geben zum Abschluss, den ausführlich geschilderten Feierlichkeiten zum 225sten Jubiläum vorangestellt, einen Ein- und Ausblick auf die Entwicklung des Clubs. Er hat sich zweifellos in mancher Hinsicht modernisiert, ohne den Kern preiszugeben, nämlich eine nach innen gerichtete Wirkung durch die Beförderung der Kommunikation unter den Mitgliedern, verknüpft mit dem Gedanken der Internationalität. Der Hauch von Exklusivität, so altmodisch er auch im Zeitalter der Forderung nach (bedingungsloser) Transparenz und Offenheit erscheinen mag, verleiht zugleich einen gewissen Charme. Bei allem kulturellem Engagement, an dem – so wäre zu wünschen – die städtische Öffentlichkeit mehr partizipieren sollte, bleibt der ›Club zu Bremen‹ ein Ort der Pflege von ›Netzwerken‹.

Vor einer Gesamtwürdigung seien noch einige Anmerkungen erlaubt. Zu Recht sehen Klaus Berthold und Rüdiger Hoffmann Bremen im beginnenden 21. Jahrhundert an einer Scheide stehen – es wird mittelfristig um nichts mehr oder weniger als die Existenz als eigenständiges Bundesland gehen. Die analytischen Bemerkungen zu den Ursachen dieser Problematik sind zweifellos zutreffend, manche Einlassungen aber allzu klischeehaft und schattenrissartig. So die Einteilung in ein ›bürgerliches‹ und ein, die Stadt dominierendes ›linkes‹ Lager. Stehen SPD und Grüne in Bremen wirklich links? Sind dies nicht überholte Vorstellungen, die sich längst verschliffen haben? Ist nicht die SPD in vielen Punkten konservativer als die CDU, die wiederum versucht, die SPD auf der sog. ›linken‹ Seite zu überholen? Ferner ist die Dominanz

des Parlaments durch Mitglieder des öffentlichen Dienstes und Angestellte kein für Bremen spezifisches Phänomen – man denke im Übrigen an fast gleichlautende Monita bereits aus dem 19. Jahrhundert! Natürlich ist die politische Abstinenz von wirtschaftlich Handelnden in der Politik zu beklagen – aber waren die in den letzten Jahren in bestimmenden politischen Positionen tätigen Vertreter der Wirtschaft wirklich ein Ausweis für eine viel und (leider) zu naiv beschworene Leistungs- und Verantwortungselite?

Unbeschadet dieser letzten Bemerkungen und einiger, aus der Sicht des Rezensenten, möglichen inhaltlichen Akzentverschiebungen in den Darlegungen: Diese Festgabe ist ein wichtiges Buch. Nicht nur für das Selbstverständnis des ›Club zu Bremen‹, sondern auch für die Stadt, spiegelt sich doch in ihm ein Teil bremischer Kulturgeschichte, die als Ganze bis heute einer Bearbeitung harrt. Augenfällig ist die – heute kaum selbstverständliche – Kongruenz von Form und Inhalt. Das Buch wirkt zugleich dezent modern und gediegen – dem Anlass und seinem Träger angemessen – und ist auch von der Ästhetik her überzeugend. Dies mag altmodisch klingen, beinhaltet aber zugleich ein abzustattendes Lob an den Verlag.

Thomas Elsmann

Förster, Thomas: Große Handelsschiffe des Spätmittelalters. Untersuchungen an zwei Wrackfunden des 14. Jahrhunderts vor der Insel Hiddensee und der Insel Poel (Schriften des Deutschen Schiffahrtsmuseums, Bd. 67). Kuden: Convent 2009. 376 S.

Die Bremer Hansekogge von 1380 zählt neben den Wikingerschiffen von Gokstad, Oseberg, Tune und Skuldelev ohne Frage zu den herausragenden mittelalterlichen Schiffsfunden. Erst die wissenschaftliche Auswertung des Bremer Koggenfundes von 1962 ließ die spezifische Koggenbauweise, die zuvor aufgrund der bildlichen Darstellungen nur annäherungsweise bekannt war, in all ihren konstrukiven Details – so etwa der flache, kraweel beplankte Schiffsboden, die hochbordigen, geklinkerten Seitenwände, die doppelt umgebogenen Eisennägel der Plankenverbindungen – hervortreten. Die Bremer Hansekogge ist deshalb der Prototyp der Koggenbautradition schlechthin und dient daher bei der Schiffstypenbestimmung von Neufunden regelmäßig als Vergleichsmaßstab. Dies gilt auch für zwei Ende der 90er Jahre in der südlichen Ostsee am Gellen vor der Südspitze der Insel Hiddensee sowie vor der Westküste der Insel Poel entdeckte, nur fragmentarisch erhaltene Schiffswracks, zumal diese aufgrund ihrer hochbordigen Seitenwände, ihres eckigen Querprofils und ihrer steilen Steven rein äußerlich dem Koggentyp durchaus zu entsprechen scheinen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass beide Schiffe auch typische Konstruktionselemente der skandinavisch-slawischen Klinkerbautradition (z. B. Kielbalken, durchgehende Klinkerung, Tierhaarkalfaterung) aufweisen. Das Poeler Wrack und das Gellenwrack verkörpern also – obwohl häufig als Koggen bezeichnet – eine hybride Schiffbautechnik, die aus einer Kombination unterschiedlicher Schiffbautraditionen hervorgegangen ist. Die Ursprünge dieser hybriden Bauform vermutet der Autor in der Region des Kalmarsundes und auf Gotland, wo eine Anzahl weiterer Schiffswracks dieses Typs gefunden wurde. Als auslösendes Moment der Synthese regional unterschiedlicher Bautraditionen sieht er die kulturellen Kontakte zwischen Norddeutschland (Koggenbautradition) und Skandinavien (Klinkerbautradition), wie sie sich insbesondere zur Zeit der Regentschaft Albrechts von Mecklenburg in Schweden (1364–1386) ergeben hätten.

Es ist indes fraglich, ob es der kurzlebigen mecklenburgischen Regentschaft in Schweden bedurfte, um die Verschmelzung der unterschiedlichen Schiffbautraditionen in Gang zu setzen. Die Koggen, deren Heimat ursprünglich die friesische Nordseeküste war, verbreiteten sich bereits seit dem 12. Jahrhundert an der westlichen und südlichen Ostseeküste, wie umgekehrt die klinkergebauten Kielschiffe, zunächst im skandinavischen Raum beheimatet, sich zur gleichen Zeit auch in der Nordseeregion, insbesondere im angelsächsischen Bereich, ausbreiteten. Angesichts einer solchen Überschneidung der Fahrtgebiete lag eine Übernahme von Konstruktionselementen der jeweils anderen, fremden Bautechnik geradezu in der Luft, die jeweiligen politischen Herrschaftsverhältnisse werden, wenn überhaupt, allenfalls eine unterstützende Rolle gespielt haben; in der Regel genügte bereits ein intensiver Handelsverkehr, um Technologietransfers dieser Art auszulösen. Auch war es der bisherigen schifffahrtsgeschichtlichen Forschung nicht entgangen, dass sich die nordische und die westeuropäische Bauweise zum Teil gegenseitig befruchteten, z.B. durch Übernahme des Balkenkiels bei den zunächst kiellos gebauten Koggen. So hat etwa der Nestor der Koggenforschung, Paul Heinsius, schon 1986, noch ohne Kenntnis der späteren Schiffsfunde, aus dem vorhandenen Bildmaterial einen Koggentyp mecklenburgischer Bauform erschlossen, der weitgehend der am Gellenschiff und am Poeler Schiff erkennbaren hybriden Bauweise entsprach.

An den beiden dendrochronologisch auf die Zeit um 1370/80 datierten Schiffsfunden von der südlichen Ostseeküste zeigt sich, wie komplex und hochgradig verästelt die mittelalterliche Schiffstypologie im Grunde genommen ist. Regional zunächst eng begrenzte Schiffbautraditionen fächerten sich im Zuge ihrer geographischen Ausbreitung immer weiter auf und vermischten sich zunehmend untereinander. Der Wert des vorliegenden Buches liegt nicht zuletzt darin, dass es diese hochkomplexen Zusammenhänge der mittelalterlichen Schiffbauentwicklung sichtbar werden lässt. Zugleich wird aber auch deutlich, dass trotz aller wissenschaftlicher Fortschritte noch längst nicht alle anstehenden Fragen zufriedenstellend beantwortet sind. Nach wie vor ist umstritten, ob die Bezeichnung ›Kogge‹ alle in einer bestimmten Schiffbautechnik gebauten Fahrzeuge mit einschließt oder ob sie, wie die Schriftquellen vermuten lassen, nur auf die besonders großen, hochseetauglichen Vertreter dieses Typs anzuwenden ist. Der Autor neigt der letzteren Ansicht zu, weil er sich nicht vorstellen kann, dass man im Mittelalter Schiffe nach äußerst speziellen, auf den ersten Blick überhaupt nicht erkennbaren Konstruktionsmerkmalen wie Nagelverbindungen, Art der Kalfaterung etc. klassifiziert hat, sondern eher die Größe oder das stark vereinfachte Aussehen – den ›Schattenriß‹ – der Schiffe als Unterscheidungskriterien heranzog. Doch ist die von ihm an anderer Stelle vorgenommene Einteilung der Fahrzeuge nach Schiffsgrößen bis zu 10 m, von 10 – 20 m sowie über 20 m Länge sehr willkürlich und wird in ihrer statischen Betrachtungsweise den fließenden Übergängen hinsichtlich Schiffsgröße, Schiffstyp, Verwendungszweck der Schiffe etc. wenig gerecht. Auch ist die Annahme, dass man mit der hybriden Bautechnologie den über gute Fahreigenschaften verfügenden nordischen Klinkerschiffen zu einer größeren Tragfähigkeit verhelfen wollte, kritisch zu hinterfragen. Die geklinkerten Kielschiffe nordischer Bauart konnten durchaus von respektabler Größe und Tragfähigkeit sein, das sog. ›Big Ship‹ von Bergen (1188) war mit einer Länge von ca. 30 m und etwa 120 t Tragfähigkeit deutlich größer als etwa die Bremer Hansekogge und das bereits fast 200 Jahre früher. Schiffe mit außerordentlich großer Tragfähigkeit ließen sich offensichtlich in jeder der gebräuchlichen Bautechnologien anfertigen, es bedurfte dazu nicht unbedingt der Übernahme externer Konstruktionselemente. Es stehen also noch viele offene Fragen im Raum, und jeder weitere Schiffsfund kann gleichermaßen zur Klärung ungelöster Fragen beitragen

wie auch neue Fragen aufwerfen. Die Diskussion über die mittelalterliche Schiffbauentwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen, sie aufs Neue belebt zu haben ist das entscheidende Verdienst der vorliegenden Arbeit.

Das Buch ist eine wahre Fundgrube für Schifffahrtshistoriker und an Unterwasserarchäologie Interessierte. Die beiden Wrackfunde werden ausführlich in Wort und Bild, und zwar nach dem folgenden Schema, vorgestellt: Entdeckungsgeschichte, topographische Lage der beiden Fundplätze, Bergung und Dokumentation, Beschreibung des Wrackfundes einschließlich Ladung und Schiffsausrüstung, Arbeiten nach Abschluss der Bergung (Nassholzkonservierung, Funddokumentation, naturwissenschaftliche Datierung etc.), Beschreibung der Konstruktionselemente, Rekonstruktion des Schiffes. Der Leser erhält also tiefe Einblicke in alle mit dem Auffinden, der Bergung, der wissenschaftlichen Auswertung und der musealen Präsentation von Schiffswracks verbundenen Aspekte und Arbeitsvorgänge. Die bis in die Kapitelüberschriften hinein jeweils gleiche Vorgehensweise führt allerdings zwangsläufig zu häufigen Wiederholungen, weshalb der Text mitunter allzu redundant wirkt; eine Straffung hätte hier zuweilen gut getan. Der Anhang enthält neben dem üblichen Literaturverzeichnis und den Nachweisen zahlreiche Bildtafeln mit Planzeichnungen der Wracks, Grabungsschnitten, Rekonstruktionszeichnungen, Zeichnungen der Beifunde etc., die den geschriebenen Text bildlich veranschaulichen und sinnvoll ergänzen. Besonders informativ und hilfreich ist sicherlich ein über 30-seitiger ›Katalog der Schiffsfunde‹, der alle mehr oder weniger bekannten mittelalterlichen Schiffsfunde Nord- und Westeuropas, geordnet nach Ländern bzw. für Deutschland nach Bundesländern, mit den wichtigsten zugehörigen Daten enthält. Hier wird auch der speziell an Bremer (Schifffahrts-)Geschichte Interessierte fündig, fünf auf bremischem Gebiet geborgene Wracks werden ausführlich dokumentiert. Insgesamt trotz der genannten Einschränkungen ein wertvolles Buch mit ausgezeichnetem, vielfältigem Bildmaterial bester Qualität.

Ulrich Weidinger

Hammel-Kiesow, Rolf, Puhle, Matthias und Wittenburg, Siegfried (Fotograf): Die Hanse. Darmstadt: Primus 2009. 216 S.

Wohl nur wenige Themen scheinen sich für die Darstellung in einem einzigen, reich bebilderten und auf nur ca. 200 Seiten zudem für ein ausdrücklich breites Publikum gedachten Band so wenig zu eignen, wie die Hanse: Eine mittlerweile mehr als einhundertfünfzigjährige, keineswegs einheitliche Forschungsliteratur, ein schwierig zu fassendes und abzugrenzendes Thema, eine zudem bis in die Gegenwart reichende Wirkungsgeschichte des Gegenstandes – dies alles und noch manche Einschränkung mehr, bilden die schwierigen Voraussetzungen für ein solches Unternehmen. Darf man das wissenschaftliche Wagnis trotzdem wagen? Ja, unbedingt, und um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Mit dem vorliegenden Buch über die Hanse ist ein gelungenes, Mut machendes Werk erschienen, das in mancher Hinsicht als vorbildlich gelten darf.

Dabei kommt die Qualität nicht von ungefähr. Mit den beiden Autoren Hammel-Kiesow und Puhle haben sich zwei ausgewiesene Kenner der Materie dem sperrigen Gegenstand gewidmet und bewiesen, dass auch Fachwissenschaftler befähigt sind, außerhalb der trockenen Wege der Seminare und Fachzeitschriften ihren Gegenstand fachlich solide, informativ und hochästhetisch an das Lesepublikum zu bringen.

Dass dies so ansehnlich möglich war, ist sicher nicht zu geringen Teilen dem dritten Mitarbeiter geschuldet, Siegfried Wittenburg, der für die Fotos verantwortlich zeichnet. Letztere halten den Band zusammen, ohne dass man bei der Lektüre dem Eindruck erliegt, lediglich einen Bildband zu lesen. Vielmehr verbinden sich Text, Bild und Grafik zu einem sinnvollen Ganzen, das man ohne jeden abwertenden Beiklang als ein modernes Beispiel für gedrucktes Infotainment bezeichnen kann.

Grundsätzlich folgt der Band dabei zunächst einem recht konservativen Muster der Vermittlung, indem er den Stoff in einer weitgehend chronologischen Ordnung ausbreitet: Einem Präludium zum nördlichen Europa um 1000–1150 folgt ein Kapitel zur Entstehung der Hanse, auf das wiederum ein Kapitel zur Organisation der Hanse folgt. Der hansische Handel und die Hanse im europäischen Kontext sowie das Erbe der Hanse sind die dann folgenden thematischen Schwerpunkte, womit tatsächlich ein rund tausendjähriger Bogen beschrieben wird, in dem die Kernbegriffe hansischer Geschichte als Leitmarken aufleuchten: Städte, Ratsherren, Kontore, Hansetage, Kaufleute, Seeschiffe, Partner und Konkurrenten. Ein sorgfältiger Anhang beschließt den Band. Diese traditionellen Themenschwerpunkte hansischer Geschichte und hansischer Forschung werden ergänzt und kurzweilig unterbrochen von jeweils doppelseitigen Exkursen, die sich der Vorstellung einzelner Hansestädte widmen und die damit die ganze Welt der Hanse in ihrer geographischen Ausdehnung erfahrbar machen. Von Soest bis Reval werden in 17 exemplarischen Exkursen wichtige Kontor- und Hansestädte nicht nur in ihrer Bindung an den mittelalterlichen Städtebund, sondern auch in ihrer vorhansischen Geschichte und in ihrer weiteren Entwicklung dargestellt. Sowohl die Vielfalt als auch die verbindenden Elemente hansischer Stadtgeschichte werden hier deutlich. So auch für Bremen, das mit dem Untertitel »Lange am Rande der Hanse« zu Recht mit seinem notorischen Image der unzuverlässigen hansischen Diva Vorlieb nehmen muss. Die bildliche Hervorhebung weniger Baudenkmäler und das Ausweichen auf den Schnoor als »mittelalterliche Stadtanlage« lässt hierbei leicht vergessen, dass Bremen eigentlich an hansischen und mittelalterlichen Realien arm ist und die Hanse hier anders als in Stralsund, Lüneburg oder gar Lübeck mehr Titel und Anspruch als bauliche Realität ist.

Modern gestaltete Karten, Grafiken und immer wieder gut in Szene gesetzte Originaldokumente aus Archiven und Bibliotheken leiten den Leser durch die systematischen Abschnitte des Buches, die mit einem Bremer Zeugen – Adam von Bremens Beschreibung des Slawenlandes – beginnen und mit der Frage nach dem »Was bleibt« enden. Dass hier Recht, Kunst, Kultur und Architektur als Stichworte genannt werden, ist richtig und zu erwarten, auch wenn selbst dies nur in wenigen der einst ca. 200 Hansestädte noch wirklich fassbar ist. Wichtig erscheint am Schluss des Buches der Hinweis auf die Hanseforschung im 19. und 20. Jahrhundert, die mit ersten Höhepunkten im Kaiserreich schon bald unter den Vorgaben des NS-Staates zum »Instrument ideologischer Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschland« wurde und anschließend auch in DDR und Bundesrepublik parallel, aber jeweils systemkonform betrieben wurde. Dass auch heute wieder – bzw. immer noch – von der Hanse »identitätsstiftende Wirkung« ausgeht, die sich nicht nur in Ausstellungen erschöpft, beweist die dauerhaft attraktive Ausstrahlung dieses wohl faszinierendsten Phänomens der mittelalterlichen (Stadt-)Geschichte im nördlichen und nordöstlichen Europa.

Konrad Elmshäuser

Hoffmann, Wiebke: Auswandern und Zurückkehren. Kaufmannsfamilien zwischen Bremen und Übersee. Eine Mikrostudie 1860–1930 (Internationale Hochschulschriften, 523). Münster: Waxmann 2009. 555 S.

Viele Bremer Kaufleute wanderten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus, um zurückzukehren. Sie wandten ihrer Heimatstadt nicht dauerhaft den Rücken zu, um in der Fremde ein besseres Leben zu begründen. Vielmehr hofften sie oft schon beim Aufbruch auf die künftige Heimkehr, bei der sie den auswärts erworbenen beruflichen Erfolg für ein standesgemäßes Leben in Bremen würden nutzen können.

Wiebke Hoffmann hat die Auswanderungen von Bremer Kaufleuten in der Zeit von 1860 bis über den Ersten Weltkrieg hinaus exemplarisch untersucht und diesen besonderen Charakter des »Auswanderns und Zurückkehrens« herausgearbeitet. In der Tradition der Historischen Anthropologie erforschte sie die »konkreten Lebenszusammenhänge« (Richard van Dülmen) einzelner Kaufmannsfamilien während ihrer Zeit in Übersee und beobachtete die Auswirkungen der neuen Erfahrungen auf das Selbstverständnis von Heimat und Fremde in den Quellen (vgl. S. 16 f.).

Hoffmann gelingt es, unterschiedliche Aspekte von privatem Alltag und Arbeit anhand von Beispielen aus Familien der Bremer Elite sehr detailliert zu rekonstruieren. So berichten die zentralen Kapitel ihres Buches von den materiellen und persönlichen Voraussetzungen, mit denen einzelne Kaufleute ihre Arbeit in Übersee begannen, und von den konkreten Tätigkeiten, die notwendig waren, um dort den Grundstein für ein eigenes Handelshaus zu legen. Hoffmann fragt nach möglichen Motiven der jungen Kaufleute, ihr berufliches Glück in Übersee zu suchen, und nach den Bedingungen, in die Heimat zurückzukehren. Ein besonderes Augenmerk richtet sie darüber hinaus auf die Lebenswelten der mitreisenden Ehefrauen. Sie beschreibt übliche Ausbildungswege und Arbeitsbereiche der jungen Frauen in Bremen und Übersee, ihren Anteil an den kaufmännischen Geschäften der Männer und die Umstände, unter denen sie in der Fremde ihre Kinder erzogen. Mit Blick auf Frauen wie Männer schildert Hoffmann die Kleidungsgewohnheiten der Ausgewanderten, um einen Teil ihres bürgerlichen Lebensstils im Kontext der außereuropäischen Kulturen zu dokumentieren, und analysiert zeitgenössische Äußerungen über Gesundheit und Körperpflege sowie zu »Frauenthemen« (S. 396).

Diese aus den Quellen gearbeiteten Kapitel lesen sich mit ihren genau recherchierten Informationen besonders anschaulich und spannend. Ihnen vorangestellt werden knappe »biografische Skizzen« zu den historischen Persönlichkeiten sowie einleitende Kapitel zum Forschungsstand und zur Geschichte von »Kolonialismus und Bremer Welthandel«. Bei den Einzelanalysen hätte man sich allerdings mitunter einen übersichtlicheren Aufbau der Kapitel und eine klarere Argumentation gewünscht. Auch vermisst man an manchen Stellen deutlichere Schlussfolgerungen für die Bremer und allgemeine Geschichte; die jeweiligen Zusammenfassungen wiederholen zwar die wichtigsten Aspekte und bieten weitere Ausblicke, ohne aber in jedem Fall ein kritisches Resümee zu ziehen.

»Auswandern und Zurückkehren« ist eine historische »Mikrostudie«, die vor dem Hintergrund der allgemeinen Geschichte zu verstehen versucht, wie Individuen oder Gruppen in der Vergangenheit die Ereignisse ihrer Zeit und das eigene Handeln erlebten und deuteten. Dazu bedarf es einer möglichst dichten Quellenbasis, die Auskunft über die Lebenswelten einzelner Menschen gibt. Hoffmanns Verdienst ist es, die Überlieferungen zahlreicher Bremer Kaufmannsfamilien mit schriftlichen und bildlichen Dokumenten entdeckt und in ihrer Untersuchung zusammengeführt zu haben. Sie wertete nicht nur die im Bremer Staatsarchiv verwahrten Nachlässe von Friedrich Köper und Johann Karl Vietor sowie das Familienarchiv Noltenius

aus, sondern stellte auch vielfältige Kontakte zu Nachkommen von Bremer Fernhandelskaufleuten her. Diese »öffneten für [das] Projekt ihre Keller, Schränke, Koffer, Schachteln, Briefkassetten und Fotoalben«. (S. 32) Im Laufe der Untersuchung entspannen sich Gespräche, sodass auch »manche der erzählten Erinnerungen« zum Verständnis der Dokumente beitrugen (ebd., vgl. auch S. 10).

Umso bedauerlicher ist es, dass Hoffmann für ihre Quellen aus Privatbesitz nur sehr allgemeine Nachweise anführt. Angaben zur Provenienz werden in den Textanmerkungen auf Hinweise wie »Privatbriefe Noltenius«, »Privatquellen Kulenkampff« etc. reduziert und durch die Nennung von Verfasser, Empfänger und Datum eines Briefes ergänzt. Auch dem Quellen- und Abbildungsverzeichnis sind keine genauen Fundorte zu entnehmen (vgl. S. 552-555). Damit ist der Überlieferungskontext eines jeweiligen Dokuments nicht vollständig transparent, und die zitierten Äußerungen lassen sich von Dritten nicht auffinden und gegebenenfalls überprüfen. Es wäre daher wünschenswert, die wertvolle Überlieferung in einem öffentlichen Archiv zu sichern und langfristig vor Verlust zu schützen. Auf diese Weise stünden künftig auch diese historischen Zeugnisse des Bremer Bürgertums, unter Wahrung der erforderlichen Persönlichkeitsrechte, einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung, um Antworten auf Fragen an die Vergangenheit zu finden.

Nicola Wurthmann

Knauf, Diethelm und Moreno, Barry: Aufbruch in die Fremde. Migration gestern und heute. Bremen: Temmen 2009, 279 S.

Der Begriff der Migration ist doppeldeutig besetzt. Zum einen handelt es sich aus der Sicht der Historiographie um ein in allen historischen Phasen existentes, in vielerlei Variationen auftretendes Phänomen, das sozialgeschichtlich zu untersuchen und differenziert darzustellen ist. So ist in Gestalt der historischen Migrationsforschung ein veritabler Wissenschaftszweig entstanden.

Die andere Bedeutung aus dem politischen Raum ist dagegen hochbrisant, denn bei den heutigen Armutswanderungen rund um den Globus handelt es sich um eine explosive Gemengelage, die sich aus den Ursachen in den Herkunftsländern (Kriege, Klimaveränderung, Naturkatastrophen, Unterdrückung, aber auch schlichtes Versagen heimischer Eliten und Regierungen) ergibt sowie aus ebenso ernst zu nehmenden Problemen in den Zielländern besteht. Letztere bestehen vor allem aus Integration und Akzeptanz. Die politische Auseinandersetzung um diese bitterernsten Fragen trägt, vor allem in Europa und erst recht in Deutschland, nicht selten den Charakter eines Glaubenskampfes, der teilweise dem altbekannten Rechts-Links-Schema folgt.

Die Geschichtswissenschaft, die nicht nur für sich selbst forscht, sondern vor allem als Dienstleister für die übrige Gesellschaft tätig zu sein hat, findet hier eine wichtige Aufgabe, indem eine oft emotionale und polemische Debatte durch die Präsentation historischer Ergebnisse und differenzierender Vergleiche versachlicht wird, also nach dem bewährten Prinzip des sine ira et studio. Natürlich ist der Historiker selbst ein politischer Mensch, der sich dem aktuellen Meinungsstreit nicht entziehen kann. Die eigene tagespolitische Ansicht und das Bemühen um Sachlichkeit müssen, vor allem wenn man sich thematisch der Gegenwart nähert, immer wieder ausbalanciert werden.

Das vorliegende, reich bebilderte Buch gliedert sich auf in 23 Aufsätze von 21 Autorinnen und Autoren, die leider nicht in Kurzportraits vorgestellt werden, wie es

heutzutage bei wissenschaftlichen wie populären Sammelbänden aus guten Gründen Standard ist. Der zeitliche Bogen erstreckt sich von frühneuzeitlichen Migrationen ab 1600 bis in die globalen Probleme der heutigen Zeit. Die USA als klassisches Einwandererland bilden mit insgesamt 13 Beiträgen den eindeutigen Schwerpunkt des Buches. Neben umfassenden Betrachtungen aus unterschiedlicher Perspektive werden vier Einwandererschicksale aus dem 19. und 20. Jahrhundert vorgestellt, darunter ein aus dem Nazideutschland emigrierter jüdischer Rechtsanwalt aus Würzburg (S. 211-218) und ein Pole, der als »Displaced Person« 1949 über Bremerhaven in die USA ging und vor der Abfahrt einige Zeit im Auswandererlager »Tirpitz« in Bremen zubrachte (S. 219-230). Für bremische Leser außerdem interessant ist der Artikel von Horst Rössler über Reiserouten und Auswandererhäfen (S. 89-103), in dem Bremen und Bremerhaven häufig erwähnt und – besonders aufschlussreich – anderen wichtigen Häfen gegenübergestellt werden.

Neben den Vereinigten Staaten werden Kanada, Lateinamerika, Australien und Neuseeland und sogar die pazifischen Tongainseln sowie die Kolonialzeit in Afrika ebenfalls berücksichtigt. In die gegenwärtige, notgedrungen kontroverse Debatte ragen hinein zwei Beiträge über Deutschland als Einwanderungsland (S. 241-248) und über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft globaler Migration (S. 265-277).

Insgesamt ein materialreiches, in mitunter wechselnder Wiedergabequalität vielfältig und ansprechend illustriertes Buch, das nur an wenigen Stellen zur Kritik herausfordert. Etwa wenn ein mit einer illusorischen Maximalforderung (»*Open Borders for all Refugees!*«) beschriftetes Transparent offenbar linksextremistischer Provenienz wohlwollend so kommentiert wird: »*Nach dem Schengener Abkommen machte der Begriff von der ›Festung Europa‹ die Runde. Größere Freizügigkeit innerhalb der EU stand eine rigide Abschottung und erschwerte Einreise gegenüber. Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen plädierten mit der Forderung nach offenen Grenzen für eine großzügige, tolerante und humane Zuwanderungspolitik der Länder der EU*« (S. 203). Und wenn für das gegenwärtige afrikanische Flüchtlingselend ausschließlich der Kolonialismus verantwortlich gemacht wird (S. 185), dann entspricht das zwar den Denkfiguren einer mittlerweile recht angestaubten »antiimperialistischen« Kampfliteratur der 1970er Jahre sowie den Selbstrechtfertigungen afrikanischer Despoten à la Robert Mugabe, nicht aber einer kritischeren Reflexion in den gehobenen Medien und vor allem auf dem schwarzen Kontinent (der Name Desmond Tutu sollte hier genügen) selbst über Fehlleistungen afrikanischer Eliten seit der Unabhängigkeit.

Ein angeblich 1911 aufgenommenes Foto einer »*Abschiedsszene an der Columbuskaje in Bremerhaven*« (S. 99) ist schon deswegen falsch zugeordnet, weil ein Dampfer der 1914 noch im Bau befindlichen JOHANN HEINRICH BURCHARD-Klasse der Hamburg-Amerika Linie darauf zu sehen ist. Und die BERLIN (ex GRIPSHOLM) des Norddeutschen Lloyd war kein »Dampfer«, wie behauptet (S. 199), sondern ein Motorschiff, wie man nicht nur in den einschlägigen Büchern von Harald Focke nachlesen kann.

Insgesamt aber kann dieses Buch wegen des gut gegliederten Materialreichtums als Ausgangspunkt für weitere vielfältige Forschungen dienen, aber auch im politischen Raum für eine faktenorientierte Versachlichung einer Debatte verwendet werden, die in den nächsten Jahren an Gewicht und Schärfe eher zu- als abnehmen wird.

Christian Ostersehlte

Kuckuk, Peter (Hrsg.) Die Revolution 1918/1919 in Bremen. Aufsätze und Dokumente (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 27). Bremen: Temmen 2010. 230 S.

Ende 2008/Anfang 2009 jährten sich zum 90. Mal jene Ereignisse, die als »Novemberrevolution« oder »Deutsche Revolution« in den Geschichtsbüchern verzeichnet sind und in Bremen mit der Errichtung einer Räterepublik und deren gewaltsamer Liquidierung durch die Division Gerstenberg und das Freikorps Caspari einen ganz besonderen Verlauf nahmen. Die Historische Gesellschaft und der DGB Bremen organisierten anlässlich dieses »runden« Jahrestages mehrere Vorträge, die in dem von Peter Kuckuk herausgegebenen Band zusammengestellt sind und durch zuvor bereits anderweitig veröffentlichte Beiträge sowie den Abdruck von fünf historischen Dokumenten ergänzt werden. Kuckuk, der seit mehr als vierzig Jahren zur Bremer Räterepublik geforscht und publiziert hat und ohne Frage *der* Experte für dieses Thema ist, steuert mit drei eigenen Aufsätzen sowie der Kommentierung eines Dokuments und einer posthum veröffentlichten Studie von Ulrich Albert den Löwenanteil zu diesem Band bei, aber auch die übrigen Beiträge stammen durchweg von einschlägig ausgewiesenen Autoren. Ein kurzer Anhang mit einer Auswahlbibliographie der wichtigsten Quelleneditionen und Sekundärliteratur, einem Personenregister und den üblichen Verzeichnissen und Nachweisen beschließt den Band.

Von einem Sammelband, der in Erinnerung an einen über 90 Jahre zurückliegenden, wissenschaftlich vielfältig untersuchten historischen Vorgang zusammengestellt wurde, ist kaum zu erwarten, dass darin grundlegend neue Erkenntnisse präsentiert würden. Dies gilt für den einleitenden Beitrag von Peter Brandt, der unter dem Titel »Der historische Ort der deutschen Revolution 1918/1919« einen Überblick über den Forschungsstand mit Schwerpunkt auf der reichsweiten Entwicklung gibt (S. 13-36), ebenso wie für die beiden folgenden Beiträge von Peter Kuckuk: Die Darstellung der Vorgeschichte der Revolution in Bremen (S. 37-60) ist ein unveränderter Neudruck des ersten Kapitels seines Mitte der 1980er Jahre erschienenen, inzwischen leider vergriffenen Standardwerks zur Bremer Räterepublik[1]; der daran anschließende Überblick über den Verlauf der revolutionären Ereignisse und deren Folgen (S. 61-86) ist eine kompakte Zusammenfassung der in der vorgenannten Studie in sechs Kapiteln detailliert ausgeführten Forschungsergebnisse. Der Beitrag des verstorbenen Ulrich Albert, der sich mit der Tätigkeit des »21er-Ausschusses« nach der blutigen Niederwerfung der Räterepublik befasst (S. 105-130), entstand in den 1970er Jahren als Teil eines nicht abgeschlossenen Dissertationsprojekts; ein weiterer Beitrag Peter Kuckuks zur Rätebewegung in Bremerhaven und den angrenzenden Gemeinden (S. 140-166) wurde 2006 erstmals veröffentlicht[2].

»Neues« in einem weiteren Wortsinn bieten allerdings drei zeitgenössische Texte, die weithin unbekannt sein dürften und als Dokumente im ersten, auf die historische Entwicklung fokussierten Teil des Bandes präsentiert werden: Eine im Frühjahr 1919 in der Monatsschrift »Die Tat« veröffentlichte kritische Bilanz der ersten Woche der Räteherrschaft in Bremen aus der Feder des damaligen Worpsweder Salonkommunisten Carl Emil Uphoff, die von Peter Kuckuk mit einem knappen

1 Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution – Räterepublik – Restauration. Bremen: Steintor 1986.

2 Peter Kuckuk: Die Rätebewegung in den Unterweserstädten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe 1918/1921, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Zeitschrift für die Regionalgeschichte Bremens im 19. und 20. Jahrhundert, Heft 18 (Dezember 2006), S. 5-37.

Überblick zur Person und politischen Tätigkeit Uphoffs historisch eingeordnet wird (S. 87-100). Die Rede des damaligen Mitglieds der nach der Niederwerfung der Räterepublik eingesetzten provisorischen Regierung und späteren Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bürgerschaft Hermann Rhein zur Eröffnung der konstituierenden Sitzung der Bremer Nationalversammlung am 4. April 1919 (S. 101-104). Und eine Ende April 1919 im »Kreisblatt für den Kreis Osterholz« abgedruckte Reportage des Worpsweder Literaten Edwin Koenemann über seinen Besuch in der an »Stacheldrahtostern« nahezu vollständig abgeriegelten Stadt Bremen, die Ulrich Schröder im Zuge seiner Forschungen über die Arbeiterbewegung im Kreis Osterholz[3] ›ausgegraben‹ und kompetent kommentiert hat (S. 131-139).

In den Beiträgen des letzten Drittels dieses Bandes stehen dann personenbezogene Aspekte im Vordergrund: Gerhard Engel zeichnet in einer »biographischen Skizze« (S. 167-189) die Lebensumstände und politischen Aktivitäten des Bremer Lehrers Johann Knief, des ideologischen Vordenkers der Bremer Linksradikalen, nach. Karin Kuckuk fasst die Ergebnisse ihrer 2008 erschienenen Biographie Lotte Kornfelds[4] zu einem kurzen Portrait der »Kampf- und Lebensgefährtin« Johann Kniefs zusammen (S. 190-197), das durch zwei Dokumente – das Protokoll einer Vernehmung Lotte Kornfelds in Berlin im Februar 1918 (S. 198-203) und leider ohne bibliografischen Nachweis unter dem Titel »Traum der Liebe – Traum des Lebens« abgedruckte Texte Kornfelds (S. 204-209) – ergänzt und abgerundet wird. Ein Essay von Peter Kuckuk zum Stellenwert der Bremer Räterepublik in der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss (S. 210-217) setzt den Schlusspunkt.

Ohne hier ausführlicher auf die einzelnen Beiträge eingehen zu können, ist festzuhalten, dass dieser Band eine Bereicherung für die Geschichtskultur in Bremen bedeutet. Er informiert kompakt und kompetent über einen historischen Vorgang, der weitreichende Bedeutung für die politische Entwicklung in Bremen und in Deutschland insgesamt hatte, in der Öffentlichkeit aber zunehmend in Vergessenheit gerät oder schon geraten ist. Auch wenn hin und wieder einige historische Vorkenntnisse vorausgesetzt werden, sind die Beiträge insgesamt gut lesbar und auch für Nicht-Historiker verständlich abgefasst. Die Einbeziehung biografischer Aspekte greift einen Trend der aktuellen Diskussion um historische Gedenkorte auf, die Erinnerung an Personen und ihr Schicksal in bestimmten geschichtlichen Situationen gegenüber einem eher abstrakten, an Jahrestagen oder besonderen Örtlichkeiten ›großer‹ Ereignisse festgemachten historischen Gedenken stärker in den Vordergrund zu rücken. Und unter dieser Prämisse kann der Band auch als Anregung verstanden werden, den Lebensweg weiterer Akteure der Bremer Rätebewegung genauer zu erforschen.

Karl-Ludwig Sommer

Meter, Peer: Gesche Gottfried. Eine Bremer Tragödie. Bremen: Temmen 2009. 240 S.

Noch ein Buch über Gesche Gottfried – muss das sein? Die Frage stellt sich sofort, haben sich doch seit den 1970er Jahren zahlreiche Dramatiker, Regisseure, Straßentheater-, Performance- und Hörspielmacher mit der Person der Gesche Gottfried

3 Ulrich Schröder: Rotes Band am Hammerand. Geschichte der Arbeiterbewegung im Landkreis Osterholz von den Anfängen bis 1933. Bremen: Donat 2007.

4 Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld – Biographie einer Vergessenen (1896–1974). Bremen: Donat 2008.

beschäftigt, sich ihrer bemächtigt. Die historische Wissenschaft spielte dabei keine Rolle, kaum war von der Vergangenheit die Rede.

Ganz anders in diesem Buch. Der Autor Peer Meter möchte nach seinen beiden Titeln: Die Verhöre der Gesche Gottfried, erstmals 1989, und: Gesche Gottfried. Ein langes Warten auf den Tod, 1995 erschienen, und anderen kleinen Beiträgen zum Thema mit der vorliegenden Arbeit seine Forschungen zum Abschluss bringen, wie er im Vorwort schreibt.

Sein Text gibt die Geschehnisse um die Giftmörderin in einer ganz quellennahen, um familiäre Details und den Geist der 1820er Jahre, um die beteiligten Personen und ihre Anliegen zentrierten Darstellung wieder. Chronologisch dem Verlauf der Ereignisse folgend beginnt das Buch mit einer Beschreibung Bremens im frühen 19. Jahrhundert. Die illustrierenden Abbildungen sind diesem Zeithorizont perfekt eingepasst – ausgewählt sind meist Drucke oder Zeichnungen der Zeit, wenige Fotografien, die in Schwarz-Weiß wiedergegeben sind.

Darin eingebettet wird die Lebensgeschichte der als Gesche Margarethe Timm geborenen Frau und ihrer durch größere Handwerksbetriebe geprägten bürgerlichen Umgebung erzählt. Vorgestellt wird die Nachbarschaft in der Pelzerstraße, in der die Familie Timm ansässig war und auch Gesches erster Ehemann Miltenberg, in dessen Haus sie als seine Ehefrau die ersten Vergiftungen beging. Dort heiratete sie ihren zweiten Ehemann Gottfried und war später als Witwe, nun in einem der kleineren Hinterhäuser des großen Anwesens, bis zu ihrer Verhaftung wohnhaft. Durch Schemazeichnungen und Abbildungen der Häuser, durch Zeitungsausschnitte und Briefe, begleitet von inserierten erklärenden Texten zu Einzelfragen entsteht ein lebendiges Bild der Vorgänge: 15 Personen wurden vergiftet, weitere durch Giftgaben in ihrer Gesundheit geschädigt. Diese Taten führte Gesche Gottfried aus, während sie ihre große Hauswirtschaft leitete, denn auch als Witwe führte sie den Haushalt des durch ihre Taten verwaisten Haushalt ihres Vermieters Rumpff, der schließlich Verdacht schöpfte und für ihre Verhaftung sorgte.

Im Zentrum der Erzählung stehen ausführlich wiedergegebene Passagen aus den beiden Aktenbänden, die im Strafverfahren gegen Gesche Gottfried formiert wurden. Darin finden sich hauptsächlich Protokolle und Berichte, die das Verfahren erforderte, außerdem enthalten sie die angefallenen Beilagen, wie z.B. Untersuchungsberichte und Korrespondenz. Aus den vorgefundenen, wenig veränderten Texten gestaltet der Autor eine fesselnde, sprachlich sehr reizvoll gestaltete Erzählung. Die entsprechend den strengen Regeln des Verfahrens abgefassten Protokolle und Berichte geben die Ermittlungsergebnisse in distanziertem Ton, nahe an den sprachlichen Gewohnheiten der Beteiligten wieder. Da auch die Protokollführer sich Mühe gaben, den persönlichen Ton der befragten Personen nachzuzeichnen, werden ältere Handwerker, Dienstmädchen und Mediziner auch in ihrer Sprache skizziert. Damit unterscheidet sich der vorliegende Text wohltuend von der gewöhnlich reißerisch oder moralisierend aufgemachten Rede über Gesche Gottfried.

Natürlich wird das Rätsel um die Giftmörderin nicht gelöst. Trotz der Bemühungen des Obergerichts und trotz des einfühlsamen Vorgehens des Senators Droste konnten die Motive der Vergiftungen nicht geklärt werden. Deutlich wird die Ratlosigkeit des Gerichts, der beteiligten Mediziner und vor allem des Defensor genannten Verteidigers Voget angesichts der Ermittlungen, die mit dem im Inquisitionsverfahren erforderlichen Geständnis der Angeklagten endeten und zu ihrer Verurteilung und Hinrichtung führten.

Die letzte Veröffentlichung über Gesche Gottfried wird dies sicher nicht sein, aber selten ist eine historische Erzählung so gut gelungen.

Bettina Schleier

Myke, Ursula und Pribbernow, Hermann (Hrsg.): 150 Jahre Kippenberg: Von Töchterschule und Lehrerinnenseminar zum modernen Gymnasium. Bremen: Temmen 2009. 238 S.

Begründet wurde die Schule 1859 von August Kippenberg (1830–1889) als Ausbildungsstätte für Lehrerinnen. Kippenberg war daneben für einige Jahre noch Schulvorsteher der Freischule an der Schmidtstraße und trat erst später aus dem staatlichen Schuldienst aus. Er arbeitete vorübergehend mit Johann August Martin Janson zusammen, der 1860 die von Gräfe gegründete Töchter-Bürgerschule übernommen hatte. Allerdings war diese Zusammenarbeit nicht von langer Dauer, und Kippenberg eröffnete zusammen mit seiner Ehefrau Johanne im Haus der höheren Mädchenschule von Fräulein Roß in der Pelzerstraße 1868 die »Lehranstalt für erwachsene Töchter und Lehrerinnenseminar«. 1870 konnte die Kippenbergschule Räumlichkeiten am Wall 102 beziehen, nachdem das Gebäude an der Hankenstraße abgebrannt war. 1872 hatte die Schule Elementarklassen, höhere Mädchenklassen und das Seminar (insgesamt 11 Klassen). Die Schule entwickelte sich zu einer der größten privaten höheren Mädchenschulen Deutschlands und wurde 1873 als höhere Töchterschule: »höhere Mädchenschule von A. Kippenberg in Bremen« vom Bremer Senat konzessioniert. Man verfügte mittlerweile über mehrere Schulgebäude (am Wall, in der Nordstraße und in der Kaiserstraße). In Angleichung an die preußischen Verhältnisse kam es auch in Bremen zu einer Reform des höheren Mädchenschulwesens. 1912 wurden ein staatliches Volksschullehrerinnenseminar an der Karlstraße und eine staatliche höhere Mädchenschule (Lyzeum mit Studienanstalt) an der Kleinen Helle errichtet. Die Kippenberg-Schule übernahm nun ab 1913 die Ausbildung für den höheren Schuldienst, während die Schule von Janson sich der Volksschullehrerinnenausbildung zuwandte. Seit dieser Zeit nannte sich die Schule »Lyzeum und Oberlyzeum von August Kippenberg«, dem das Seminar als Oberlyzeum angegliedert war, letzteres lief 1927 aus. In dem Lyzeum, welches zunächst durch staatliche Zuschüsse unterstützt und 1922 verstaatlicht wurde, konnten Mädchen nach dreizehn Jahren Schulzeit die Reifeprüfung mit Berechtigung zum Universitätsstudium in den neueren Sprachen, Germanistik und Geschichte ablegen, für das Studium anderer Gebiete musste eine Sonderprüfung abgelegt werden. Vorher (ab 1909) wurden nur einzelne Mädchen zu Reifeprüfungen an den Jungengymnasien zugelassen. In den Folgejahren änderte sich mehrmals die Schulbezeichnung, wobei »Kippenberg« zumeist Namensbestandteil blieb. Das Schulgebäude wurde während der Luftangriffe von 1941–1944 nahezu völlig zerstört. 1945 fand die Kippenberg-Schule Notunterkunft in der zur Vietorschule gehörenden Biermannvilla an der Schwachhauser Heerstraße und ab 1946 im Schulgebäude an der Hermann-Böse-Straße. 1953 wurde die Vietorschule mit der Kippenberg-Schule vereinigt. Man zog in die von Kapffsche Villa und die Biermannvilla ein. Die Räume an der Hermann-Böse-Straße wurden auch weiterhin genutzt. Die Feier zum 100-jährigen Bestehen der Schule 1959 konnte bereits in neuen Räumlichkeiten begangen werden.

Die vorliegende Publikation fügt sich als dritte in die Reihe der Schulfestschriften des Kippenberg-Gymnasiums und des früheren Lyzeums ein. Zum 100-jährigen Jubiläum 1959 erschien die Publikation von Georg Bessell[1] und zum 125-jährigen Jubiläum 1984 konnte wiederum eine Festschrift vorgelegt werden[2].

1 Bessell, Georg: 100 Jahre Kippenberg-Schule: 1859–1959, Bremen: Illing & Lüken, 1959.

2 Festschrift zum 125jährigen Jubiläum des Kippenberg-Gymnasiums, Bremen, 1984.

Das erste Kapitel der Schulfestschrift ist der 150-jährigen Schulgeschichte gewidmet. Es beginnt mit einem Aufsatz von Sylvelin Wissmann über »Das Bremer Mädchenschulwesen und die Kippenbergschule bis 1985«. Dabei würdigt sie die Pionierin Betty Gleim und die Vorsteher anderer Privatschulen wie Carl Julius Arnold und Heinrich Wilhelm Anton Kotzenberg sowie Johann August Martin Janson. Dem folgen Ausführungen zu August Kippenberg und seiner Frau Johanne sowie eine chronologische Darstellung der Schulgeschichte. An diese chronologisch-historische Untersuchung schließen sich zwei Beiträge mit schulpolitischen Themen aus der jüngsten Vergangenheit an. Ursula Myke berichtet über den Kampf um den Fortbestand des Kippenberg-Gymnasiums während der Zeit der großen Schulschließungen in den 1970er und 1980er Jahren und Hermann Pribbernow über »Abitur nach zwölf Jahren oder ›Das Modell Kippenberg‹«. Hier werden die aktuellen schulreformerischen Ansätze und Planungen kommentiert. Dazu wird es in den nächsten Jahren sicher noch so manches zu berichten geben.

Ein eigenes Kapitel ist dem Haus Blumeneck gewidmet. Dorothee Hansen verfasste einen Beitrag über die Kaufmannsvilla, die auch als »Biermann-Villa« bekannt ist. Das Gebäude wurde in den 1930er Jahren an die Stadt Bremen verkauft und durch die Vietor-Schule genutzt.

Das nächste Kapitel »Kippenberg heute« stellt in verschiedenen Beiträgen das heutige Gesicht und Profil der Schule vor. Neben interessanten Einblicken in das Unterrichtsprofil und die Schüler- und Elternarbeit findet sich auch ein banaler Werbungsbeitrag für Schulpullover, die – mit Schullogo versehen – käuflich erworben werden können. Was dies in einer Schulfestschrift zu suchen hat und sogar noch durch ein großformatiges Bild auf dem Cover der Festschrift gewürdigt wird, bleibt unverständlich und schmälert den sonst insgesamt recht ordentlichen Eindruck der Publikation.

Das folgende Kapitel steht unter der Überschrift »Erinnerungen«, Elisabeth Hannover erzählt die Geschichte zweier Lehrerinnen an der Kippenberg-Schule: Magdalene Thimme (1880–1951) und Elisabeth Lürßen (1880–1972). Letztere leitete die Schule nach dem Zweiten Weltkrieg. Daran schließen sich weitere Anekdoten und Erinnerungen, u. a. an den Schulbesuch während der Zeit des Zweiten Weltkriegs oder der unmittelbaren Nachkriegszeit, an.

Den Abschluss bildet das etwas theatralisch klingende Kapitel »Zeiten und Menschen«, welches eine Auflistung der Schulleiter von 1859 bis heute, eine Übersicht des Lehrerkollegiums von 1925 bis 2009 sowie ein Verzeichnis der Abiturienten seit 1941 bietet.

Brigitta Nimz

Patzer, Holger: Die Fluß- und Hafenschiffahrt der deutschen Dampfschifffahrts-Gesellschaft »HANSA«. Bremen: Hauschild 2009. 175 S.

Nicht nur in Bremen treten die Großreedereien primär durch ihr Hauptgeschäft, die Überseeschifffahrt, in Erscheinung. Dass aber im Rahmen einer immer komplexer werdenden Hafen- und Serviceorganisation schon vor dem Ersten Weltkrieg eine zweckgebundene Kleinschifffahrt durch diese Unternehmen betrieben wurde, fällt meistens dabei unter dem Tisch. Dabei handelte es sich um Schlepper, Leichter, Barkassen und andere Spezialfahrzeuge eines reedereieigenen Hafenbetriebs. In der werblichen Selbstdarstellung der Unternehmen und in der publizistischen wie historischen Rückschau galt und gilt dieser Bereich in der Regel als »quantité negliable«,

zumal inzwischen derartige Dienstzweige meist externen Dienstleistern überlassen werden.

Diese eben angesprochene Betrachtungsweise kennt man etwa vom 1857 gegründeten Norddeutschen Lloyd her, dessen Schlepp-, Leichter- und Bäderschifffahrt bisher zwar in Ansätzen, aber noch nicht gründlich erforscht worden ist, aber auch für andere bremische und auswärtige Großreedereien (Neptun, Rickmers), deren Hafen- und Küstenschifffahrt bis heute ein Stiefkind der maritimen Historiographie geblieben ist. Nur bei der Unterweser Reederei (URAG) herrscht in deren ansehnlicher Historiographie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schleppern, Leichtern und Frachtern vor, weil der Bugsierdienst bis heute das Kerngeschäft repräsentiert.

Erfreulicherweise ist nun im Fall der Deutschen Dampfschifffahrts-Gesellschaft »Hansa« (1881–1980) gründlich Abhilfe geschaffen worden. Das Andenken an diese Firma wird nicht nur durch ehemalige Mitarbeiter am Leben gehalten, sondern auch durch eine kleine, aber rührige Fachszene an Schifffahrtsinteressierten. Hinzu kommt der glückliche Umstand, dass nach dem Zusammenbruch der Firma ein ansehnlicher Aktenbestand in das Staatsarchiv Bremen (Bestand 7,2100) gelangte.

Das Schiffsmaterial der Frachterflotte der »Hansa« ist bereits in der gründlichen Arbeit von Peter Kiehlmann und dem Autor des vorliegenden Besprechungsbuchs (Rezension im Bremischen Jahrbuch Bd. 80, 2001, S. 205-207) erschöpfend präsentiert worden. Als nachfolgende Konsequenz hat Holger Patzer nun die Fluss- und Hafenschifffahrt aufgearbeitet. Das kompakte und damit handliche Format des Buches lässt nicht auf dem ersten Blick erkennen, was für eine immense jahrelange Kleinarbeit dahinter steckt. Der Rezensent ist dem Vf. schon in den späten 1980er Jahren im Focke-Museum begegnet, als dieser bereits zum Thema sammelte.

Das Ergebnis dieser Mühen kann sich sehen lassen. Nicht wenige wohlmeinende Schifffahrtsbücher speziell aus der Sammlerszene, insbesondere zu Themen wie diesen, zeigen zwar einen ansehnlichen Materialreichtum, scheitern aber bei dessen sinnvoller Einordnung, Charakterisierung und Problematisierung. Im Gegensatz zu diesem Genre ist Patzer der sehr heterogenen Thematik gerecht geworden und hat sie sinnvoll und überdies lesbar in die allgemeine Firmen-, aber auch Schifffahrts- und Regionalgeschichte eingeordnet. So passieren wichtige Themenfelder wie der Schlepp- und Leichterdienst des NDL, die auf der Unterweser ebenfalls führende Unterweser Reederei (URAG), die Weserkorrektion und die intensive Wrackräumung in den kriegszerstörten deutschen Häfen nach 1945 Revue.

Patzer hat das Ergebnis seiner Forschungen in insgesamt fünf Abschnitten aufgeschlüsselt: Die Flussschifffahrt durch Schlepper und Leichter (1882–1928, S. 9-36), die Hafenschifffahrt (1898–1945, S. 37-68), die in der Nachkriegszeit als vorübergehende Überbrückung betriebene Wrackbergung und Fahrgastschifffahrt (1946–1950, S. 69-100), das heterogene Geflecht der Hafenschifffahrt (1951–1980) in Bremen, aber auch Hamburg (wo, wie der Vf. richtig betont, die »Hansa« jahrzehntelang ein wichtiges Standbein besaß) sowie in den Häfen des Mittleren Ostens (S. 101-158). Ein interessantes Spezialkapitel beschäftigt sich mit schwimmenden Containern (1965–1972), genormten Leichtern, die den Umschlag und Reedebetrieb erleichtern sollten, und die Patzer zu Recht mit den zeitgenössischen Lash-Bargen amerikanischer Provenienz vergleicht (S. 159-168). Das über so viele Jahre zusammengetragene Bildmaterial ist beeindruckend, sämtliche Fahrzeuge sind in Schiffslisten zusammengefasst worden. Schiffsbiographisch sind Fahrzeuge dieser Art ohnehin wesentlich schwieriger zu erfassen und erforschen als größere Schiffe, so dass Patzer neben einer überzeugenden Gesamtdarstellung ansehnliche Resultate dokumentarischer Knochenarbeit abgeliefert hat. Die souveräne Darstellung, die eine kleinkarierte, isolierte Betrachtungsweise meidet, überzeugt neben der schönen Gestaltung des

Buches. Nur das Literaturverzeichnis (S. 175) wird als »Quellenverzeichnis« ausgegeben, der darin untergebrachte Hinweis auf Material im Staatsarchiv Bremen hätte, nach streng wissenschaftlichen Kriterien, eine genauere Aufschlüsselung verdient.

Hier ist Schlepp- und Kleinschifffahrtsgeschichte mustergültig erarbeitet worden. Vergangene und künftige Arbeiten zu diesem heterogenen, mitunter diffusen Themenbereich werden sich daran messen lassen müssen. Eine sehr schöne Bereicherung für die zwar vorhandene, aber nach wie vor ausbaufähige Historiographie der Unterweserschifffahrt.

Christian Ostersehlte

Poeschl, Rainer u.a .[Hrsg.]: 175 Jahre Rickmers. Hamburg: Hoffmann und Campe 2009. 300 S.

Firmenfestschriften sind ein schwieriges Metier. Viele, gerade ältere Vertreter dieses Genres gehen über eine chronologische Erzählung der Firmengeschichte nicht hinaus; andere bieten hagiographische Portraits der Unternehmensgründer oder präsentieren die Unternehmensentwicklung als eine Aneinanderreihung von Erfolgen, was offenkundig der Imagepflege dienen soll, beim reflektierten Leser aber Stirnrunzeln auslöst. Dessen ungeachtet betreiben Historiker schon seit 1927 (dem Jahr der Etablierung einer *business history* an der Universität Harvard) eine an wissenschaftlichen Fragestellungen orientierte und methodisch reflektierte Unternehmensgeschichte, die in Deutschland durch die Debatte um die Verstrickung von Managern und Unternehmen in die Verbrechen des NS-Regimes einen enormen Aufschwung erfuhr, sich aber auch schon früher der Darstellung einzelner Unternehmen widmet (und das ohne eine Beschränkung auf die Zeit des »Dritten Reichs«). Die hier zu rezensierende Festschrift zum 175-jährigen Bestehen der Rickmers'schen Familienunternehmen verknüpft beide Linien: Sie kommt als gut gestaltetes und reich bebildertes *coffee table book* daher, kann sich in ihrem Text aber auf zwei kürzlich von Melanie Leonhard bzw. Jörn Lindner angefertigte Dissertationen zur Familien- und Firmenhistorie stützen.

Der Journalist und Verfasser der Textteile Rainer Poeschl erhält also die Möglichkeit, wissenschaftlich fundiert die Entwicklung des Firmenverbundes zu erzählen und so einem breiten Leserkreis die Geschichte einer der wichtigen Unternehmerfamilien des Landes Bremen zugänglich zu machen. Denn für die ökonomische Entwicklung Bremerhavens waren die Rickmers prägend, stellten sie doch ihre wirtschaftliche Tätigkeit mit einem Werftbetrieb in Geestemünde (ab 1834) und der Reederei (ab 1842) auf zwei Standbeine, die für diese Wirtschaftsregion typisch sind. Als dritte Säule dieses Unternehmensverbundes wurde seit 1872 die Beteiligung an einer Reismühle in Bremen systematisch ausgebaut. 1889 zur Rickmers Reismühlen, Rhederei und Schiffbau AG vereinigt, thematisiert das Buch die unterschiedliche Entwicklung dieser drei Zweige betrieblicher Tätigkeit.

Der Verfasser gliedert sein Buch nach Unternehmergenerationen und geleitet den Leser mit einer gut lesbaren, meist unprätentiösen Sprache durch 175 Jahre Firmengeschichte. Ausführlich beleuchtet er die Anfänge der Rickmers'schen Familienunternehmen: Rikmer Clase Rickmers machte sich als Schiffbauer selbständig und begründete seinen Ruf durch besonders hochwertige Segelschiffe aus Holz, beispielsweise die Ida Ziegler. Parallel dazu engagierte sich Rickmers an von ihm selbst gebauten Schiffen – dies war der Einstieg in ein Reederei- und Handelsgeschäft, dessen

Lukrativität auch Kriege und Wirtschaftskrisen keinen langfristigen Abbruch taten. Es war nur folgerichtig, dass Rickmers sich mit der Übernahme und dem Ausbau einer Reismühle um die Weiterverarbeitung eines seiner wichtigsten Handelsgüter kümmerte. Den Weg der Expansion setzten die drei Söhne des Firmengründers fort und etablierten Reismühlen in Bangkok und im böhmischen Aussig, freilich auf Kosten einer durchgreifenden Modernisierung der Werft, die erst 1889 ihr erstes Dampfschiff fertigte. Auch das Reederei- und Handelsgeschäft befand sich im Kaiserreich in einer prekären Situation. Die Hinwendung des Kaiserreichs zu einer Kolonialpolitik ging zwar mit einer Förderung der Schifffahrt, aber auch mit einem scharfen Verdrängungswettbewerb einher, in dem kleinere Reedereien ins Hintertreffen gerieten. Das Unternehmen modernisierte daraufhin seine Flotte durch den Kauf zahlreicher Dampfschiffe (die freilich nicht mehr in der eigenen Werft geordert werden konnten) und durch die Aufnahme eines regelmäßigen Liniendienstes nach Fernost, der wiederum in einem Engagement in der chinesischen Flussschifffahrt mündete.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg geriet diese Geschäftspolitik allerdings ins Wanken, denn Zwistigkeiten innerhalb der Familie ebenso wie eine Unternehmensstrategie, die einseitig auf eine konstante Ausweitung des Reisgeschäfts setzte, behinderten die Zusammenarbeit der Familienmitglieder und drückten auf die Rendite. Die folgenden Kriegsjahre schließlich verschlechterten die Finanzlage der Familien-AG dramatisch, so dass Paul Rickmers als der starke Mann des Unternehmens in Zusammenarbeit mit Hjalmar Schacht, dem damaligen Direktor der Nationalbank und späteren Wirtschaftsminister Hitlers, nach 1918 durch die Gründung von »Ein Schiff«-Kommanditgesellschaften frisches Fremdkapital einwarb, die defizitäre Werft vorübergehend stilllegte und durch undurchsichtige Aktiengeschäfte die verbleibenden Familienmitglieder aus der Führung des Unternehmens drängte. Während der folgenden wirtschaftlichen Umbruchszeit überlebte das Familienunternehmen dank der Ostasien-Schifffahrt, im »Dritten Reich« verhalfen der regulierte und kartellierte Außenhandel sowie die Rüstungsaufträge des Regimes für den nun wieder aufgenommenen Werftbetrieb zu regelmäßigen Umsätzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm Rickmers die Asienfahrt wieder auf und baute diesen Zweig in Zusammenarbeit mit Hapag-Lloyd sowie chinesischen Staatsreedereien durch Mehrzweckfrachter, Containerdienste und Projektfracht allen politischen Unbillen zum Trotz zu einem lukrativen Geschäft aus. Weit weniger erfolgreich verlief die Entwicklung der Werft, die sich den gleichen Entwicklungen und Problemen ausgesetzt sah wie andere mittelgroße Werften in der Unterweserregion auch. Die damalige schnelle Folge von *Boom-and-bust*-Jahren zeigt sich exemplarisch am noch 1971 erfolgten Ausbau der Schiffbauhalle, auf den schon 1974 eine Stützung des Unternehmens durch Landesbürgschaften folgte. Von da ab war die Rickmers-Werft mittelbar von der öffentlichen Hand abhängig, wobei das Management nicht nur auf eine Förderung durch das Land Bremen hoffte. Vielmehr waren die in den 80er Jahren hereingeholten Aufträge nur durch stille Beteiligungen der Werft an den selbst gebauten Schiffen und deren besondere steuerliche Behandlung seitens des Fiskus rentabel. Als diese Subventionierung des Schiffbaus beschränkt wurde, geriet die Werft durch zurückgezogene Neubauaufträge in die Insolvenz. Zeitgleich – nämlich 1987 – erwarb Hapag-Lloyd die Rickmers-Linie komplett, so dass die Unternehmensgeschichte eigentlich hier endet. Freilich widmet der Autor ein gutes Drittel seines Buchs den Aktivitäten der fünften Generation der Familie, die unabhängig vom Niedergang des Familienunternehmen seit Anfang der 80er Jahre von Hamburg aus als Reeder und Schiffsfinanzierer erfolgreich tätig ist und schließlich auch den Rickmers-Liniendienst von Hapag-Lloyd zurückerwarb.

Wie steht es um den unternehmensgeschichtlichen Ertrag dieser Festschrift? Natürlich darf hier nicht der gleiche Maßstab angelegt werden, wie bei einer wissenschaftlichen Arbeit, schließlich möchte der Autor unterhalten und informieren, und tatsächlich gelingt es ihm immer wieder, in Seitenbetrachtungen auch eine Analyse der Unternehmenspolitik unterzubringen. So erläutert Poeschl die Vorteile, die sich aus dem Zusammenziehen von Reishandel, Transport und Weiterverarbeitung ergaben. Ebenso bewertet er die Quersubventierung des defizitären Werftbetriebs durch das lukrative Reederei- und Handelsgeschäft als problematisch, da so ein Anreiz wegfiel, der Werft ein betriebswirtschaftlich solides Fundament zu geben. Der schließlich folgende Konkurs wird auf die schon von Lindner angeführten Faktoren zurückgeführt, freilich wird die Rolle der Familie ausgespart, die durch ihre intransigente Haltung einen Zusammenschluss des Werftbetriebs mit anderen Werften in Bremerhaven verhinderte. Auch andere Aspekte der Unternehmensentwicklung kommen zu kurz: Die Fortführung und der Abschied aus dem Reisgeschäft nach dem Ersten Weltkrieg werden kaum erläutert; die These des Verfassers von einer Konzentration der Geschäftsfelder (»Vom Mischkonzern zum Schifffahrts- und Schiffbauunternehmen«) hängt deswegen in der Luft. Ebenso würdigt die Studie die im Jahr 1922 erfolgte Verlagerung des Firmensitzes der Reederei von Bremen nach Hamburg nicht. Schließlich verrät auch diese Festschrift ihre Financiers: Die unternehmerische Tätigkeit der zur Zeit aktiven Generation der Unternehmerfamilie Rickmers erfährt eine sehr ausführliche Darstellung.

Adolf E. Hofmeister

Scheelje, Reinhard (Bearb.): Der mittelalterliche Bremervörder Stadtrechtskodex (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden. Bd. 34). Stade: Landschaftsverband 2009. 314 S.

Im Kreisarchiv in Bremervörde befindet sich eine im 15. Jahrhundert für das Weichbild Bremervörde angefertigte Stadtrechtshandschrift, deren Text mit dem zur Stader Stadtrechtsfamilie zählenden Buxtehuder Stadtrecht weitgehend übereinstimmt. In den Text der Handschrift ist eine Notiz von 1395 über eine Auflassung in Bremervörde übernommen worden, die ursprünglich nachgetragen war, so dass anzunehmen ist, dass es sich bei der vorliegenden Handschrift um die Abschrift eines Stadtrechts handelt, das in Bremervörde schon vor 1395 vorgelegen haben muss. Aus der Stader Stadtrechtsfamilie, die ihr Recht aus Hamburg übernommen hat und zu der auch noch Freiburg in Kehdingen und zeitweise Otterndorf gehörten, haben sich kaum mittelalterliche Handschriften im Original erhalten – abgesehen von der wichtigen Stader Handschrift von 1279. Der Bremervörder Codex verdient daher besondere Beachtung.

Dieser ist in der vorliegenden Veröffentlichung so aufwändig ediert, dass eigentlich keine Wünsche offen bleiben. Die Handschrift ist Seite für Seite fotografisch wiedergegeben (S. 19-131), der mittelniederdeutsche Text ist von Elfriede Bachmann, der renommierten Bremervörder Archivarin, sorgfältig transskribiert, in Synopse dem Buxtehuder, Stader und Hamburger Recht gegenüber gestellt (S. 178-310) und schließlich sogar von dem Bearbeiter übersetzt und mit verständnisfördernden Anmerkungen versehen (S. 133-171).

Die knappe Einführung in die Edition durch den Bearbeiter (S. 9-17) enthält allerdings spekulative Elemente. Aus der weitgehenden Übereinstimmung des Bremervörder Stadtrechts mit dem durch einen älteren Druck überlieferten Text des 1943 verbrannten Buxtehuder Codex minor folgert der Bearb., dass beide von demselben

»Autor« stammen (S. 10, 12). Tatsächlich enthält der Bremervörder Codex vier Kapitel, die im Buxtehuder Codex fehlten, von denen zwei aber im Hamburger und Stader Recht enthalten sind. Da nun Buxtehude spätestens 1285 von Erzbischof Giselbert gegründet ist und 1328 von Erzbischof Burchard Grelle ein Privileg mit der Verleihung des Stader Stadtrechts erhielt, vermutet der Bearb., dass auch Bremervörde von Erzbischof Giselbert zur Stadt erhoben sei und 1328 das Stader Stadtrecht erhalten habe, ja, er versucht sogar ein Stadtrechtsprivileg (mit der Einschränkung: »sollte sein solches erstellt worden sein«) zu rekonstruieren (S. 13 f.). Das alles ist nicht nachweisbar. Der Codex minor gehörte nach Heinrich Reincke der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts an. Er kann also weder gleichzeitig mit dem ersten Bremervörder Codex entstanden noch dessen Vorlage gewesen sein. Der ebenfalls verbrannte Buxtehuder Codex maior vom Ende des 14. Jahrhunderts könnte dagegen sowohl für den zweiten Buxtehuder Codex als auch für den ersten Bremervörder Codex als Vorlage gedient haben. Auch ohne förmliche Stadterhebung war es möglich, dass sich ein Weichbild nach einem Stadtrecht richtete – wie etwa Harpstedt nach dem Bremer Recht durch Privileg von 1396. Ob ein solches Privileg auch für Bremervörde ausgestellt ist, ist fraglich, und sollte das der Fall sein, kann ein genauer Zeitpunkt im 14. Jahrhundert nicht angegeben werden. Das Stadt- oder Weichbildrecht in Bremervörde lässt sich nicht mit Sicherheit lange vor 1395 datieren. Es ist aber ein sicheres Zeugnis für die Verwendung städtischen Rechts im Weichbild Bremervörde in der Zeit danach.

Adolf E. Hofmeister

Schütze, Ernst: Straßen, Häuser und Familien der Bremer Altstadt im 16. Jahrhundert. Hrsg.: Die Maus, Gesellschaft für Familienforschung e. V. Clausthal-Zellerfeld: Papierflieger 2009. 78 S.

Der durch sein langjähriges Auswerten und Vergleichen der aus der Altstadt Bremens überlieferten Grundbücher (Lassungsbücher) und Steuerlisten (Schossbücher) der Jahre 1517 bis 1551 bekannt gewordene Bremer Familienforscher Ernst Schütze (s. ZNF 1996, S. 75; 1998, S. 13 f. u. 137 f.; 1999, S. 203 f; 2002, S. 543 f.; 2006, S. 22; 2009, S. 115-121) ist mit dieser selbständigen Schrift von 2008 auf ein solches Interesse gestoßen, dass bereits eine – preisgünstigere – 2. Auflage mit Berichtigungen und Änderungen erschien.

In einer Art Puzzlearbeit sind hier stadttopografische und genealogische Details exemplarisch überprüft und ergänzt worden. Die Lassungstexte nennen bei Auflassungen (= Veräußerungen) neue und bisherige Hausbesitzer mit Straße und Nachbarn. Einzelne Lücken in den Häuserzeilen ließen sich mit den Steuerlisten und anderen Urkunden schließen. So ergeben sich Familienzusammenhänge, die Lagen historischer Bauten und umbenannter Straßen sowie Aufschlüsse über die Finanzkraft der Bewohner ganzer Straßenabschnitte. Einige historische Straßennamen wurden z. B. nur für eine kurze (einseitige) Häuserzeile benutzt.

Das alte Rathaus ist mit seinen Bewohnern an der Nordseite der Obernstraße präzise lokalisiert (S. 26-31), weil es 1524 bei einem westlich benachbarten Besitzwechsel erwähnt und in den Steuerlisten von 1539 bis 1551 als das 26. Haus mit acht benannten Mietern verzeichnet ist. Entsprechendes gilt für die einstigen Häuser hinter dem Schütting, für den alten Schütting der Kaufmannschaft an der Südseite (!) der Langenstraße gegenüber der Waage, die alte Münze in der Hakenstraße, das Fleisch- und Brothaus zwischen Rathaus und Langenstraße. Etliche Annahmen aus Alwin

Lonke, Das älteste Lassungsbuch von 1434 bis 1558 als Quelle für die Topographie Bremens, Bremen 1931, werden widerlegt und korrigiert. Eine Besitzer-Inschrift von 1904 am Roseliushaus in der Böttcherstraße wird im Einzelnen hinterfragt (S. 57-60).

Sehr informativ ist der mit Beispielen belegte, vom Verfasser als lax gekennzeichnete frühere Umgang mit der beliebigen Schreibweise von Familiennamen (S. 61-63). Als schönes Beispiel für das Nutzen der Häuserdarstellungen für die Familienforschung dient ein Haus ostwärts der St.-Martini-Kirche, das einst von Johann Snederman bewohnt wurde (S. 63-65). Nicht nur die selbst gestalteten Grafiken, sondern besonders seine 22 Tabellen und Übersichten weisen den Verfasser als sorgfältigen Bearbeiter der nur mit ungewöhnlicher Hingabe zu erschließenden Materie aus. Seine Ausführungen und Ergebnisse sind nicht als eingängige Lektüre, sondern zum geduldigen Nachschlagen gedacht.

Sein abschließendes alphabetisches Register der behandelten Straßen, Häuser und Familiennamen erleichtert die Orientierung erheblich. So finden sich Kannegießer als mutmaßliche Verwandte oder Vorfahren des Bremer Senators Dr. jur. Diederich Kannengießer (1659–1732; DGB 167, 1974, S. 438) von 1535 bis 1551 an der Ostfront des Marktplatzes im 2. Haus in West-Ost-Anordnung (S. 24 mit Abb. 6g).

Ob das vom Autor bescheiden als erweiterungsfähige Arbeitsgrundlage konzipierte Werk jemals auf die gesamte Altstadt Bremens ausgedehnt werden wird, bleibt abzuwarten. Einstweilen kann sein Wert für die Familienforschung jedenfalls nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Hans-Cord Sarnighausen

Talkenberger, Heike (Hrsg.): Die Autobiographie des Betrügers Luer Meyer 1833–1855. Kommentierte Edition. Hannover: Hahn 2010. 166 S.

Diese Edition einer handschriftlich vorliegenden, d. h. bislang nicht einmal orthografisch überarbeiteten Autobiografie eines Vertreters des so genannten einfachen Volkes erschließt eine wertvolle Quelle als Beitrag zu einer »Geschichte von unten«. Im engeren Sinne handelt es sich um eine der Gefangenenautobiografien, wie sie ab Mitte des 19. Jahrhunderts wiederholt von Gefängnisdirektoren oder -geistlichen angeregt wurden, die sich damit bei den Schreibenden über die Selbstreflexion eine Ausbildung von Reue und Besserungswillen erhofften. Insofern hatte um diese Zeit bereits eine – dann bis über die Jahrhundertwende 1900 fortgesetzte – Tradition begonnen, wie Talkenberger ausführlicher darstellt in ihrem Aufsatz »Normerfüllung und Normverletzung in der Autobiographie des Luer Meyer« (in: Blauert, Andreas/Schwerhoff, Gerd (Hrsg.): Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne, Konstanz 2000). Die Herausgeberin kann den autobiografischen Text somit bereits einer Quellengattung zuordnen, die sicher nicht nur aufgrund des moralischen Impetus einzelner Gefängnisreformer entstanden war, sondern auch das allgemeine Interesse an Kriminalgeschichten bediente, das um diese Zeit wieder auflebte (vgl. die Sammlung Der neue Pitaval, ab 1842 hrsg. u. a. von Willibald Alexis). Deswegen wurden, wie Talkenberger im genannten Aufsatz darlegt, – auch unter Vorgabe einer allgemeinen moralischen Wirkung – viele dieser »angeregten« Autobiografien veröffentlicht. Sie wurden dazu allerdings meist grundlegend überarbeitet. Dies blieb dem vorliegenden Text erspart und erhielt ihn dadurch als authentische Quelle.

Neben der gattungsgeschichtlichen Reflexion setzt Talkenberger die Autobiografie vor allem in Beziehung zum Strafvollzug der Zeit und zu der teils typischen, teils

individuellen Entwicklungsgeschichte eines vorehelichen Kindes im »urbanisierten« Dorfleben in Bremen-Oberneuland und legt damit gewisse Erklärungsmuster für die Betrügerlaufbahn des Luer Meyer.

Der Text selbst ist reicht mit Fußnoten, insbesondere Literaturangaben versehen, wobei gelegentlich Gegebenheiten der Mitte des 19. Jahrhunderts mit Literatur über das 17. und 18. Jahrhundert belegt werden (z. B. Brietzke, Dirk: Arbeitsdisziplin und Armut in der frühen Neuzeit, Hamburg 2000), weil für die Zeit der Autobiografie selbst die entsprechende Literatur fehlt. Dafür greift die Herausgeberin zu Recht mehrfach auf die für Bremen wertvollste Quelle der Zeit, die zweibändige Topographie des Arztes Philipp Cornelius Heineken von 1836 und 1837, zurück. Bedauerlicherweise schreibt sie den Namen durchgehend Heiniken und führt auch den 2. Band seines Werkes nicht an.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Edition ein sorgfältigeres Lektorat verdient hätte, das neben entschuldbaren Druckfehlern beispielsweise in den Fußnoten die Unentschiedenheiten zwischen Vor- oder Nachstellung der Vornamen bei Namensangaben oder zwischen voller Angabe von Literaturtiteln oder einer Kurzform vermieden hätte oder, dass die Eltern des Luer mal Meier mal Meyer geschrieben werden und Archiv-Signaturen oft nicht korrekt wiedergegeben sind.

Die Form einer kritischen Edition mit gekennzeichneten Angaben etwa zu Tilgungen oder Hinzufügungen, Seitenwechsel und -zählung, vor allem aber unter Behalt aller orthografischen Eigenheiten macht diese Gefangenenautobiografie, die inhaltlich das Leben einer spezifischen Schicht des Volkes erschließt, formal zu einer verlässlichen Quelle, mit der sich unbedenklich wissenschaftlich weiterarbeiten lässt. Für diese sorgfältige Editionsarbeit ist der Herausgeberin sehr zu danken.

Sylvelin Wissmann

Thiel, Reinhold: Die Geschichte des Bremer Vulkan 1805–1997 in drei Bänden. Band I, 1805–1918. Bremen: Hauschild 2008. 175 S.

Seit Mitte der 90er Jahre arbeitet Reinhold Thiel mit unermüdlicher Energie bremische Reedereien und Werften ab und legt seine Arbeiten im angesehenen Bremer Hauschild-Verlag in Form historischer Bildbände der maritim interessierten Leserschaft vor. Nach der Roland-Linie, der Hamburg-Bremer-Afrika-Linie, der Dampfschifffahrts-Gesellschaft »Neptun«, der Argo Reederei, dem Norddeutschen Lloyd und der A.G. »Weser« ist nunmehr die bremische Traditions- und Symbolwerft »Bremer Vulkan« an der Reihe, die 1997 mit großem politischen und nachhaltigem juristischen Getöse zusammengebrochen ist. Leider bringen die gewiss noch auf mehrere hundert Seiten anwachsenden Ausführungen über den »Bremer Vulkan« weniger umfassend recherchierte neue Erkenntnisse als vielmehr zahlreiche Details über Schiffe, Stapelläufe, Taufsprüche, Taufreden, Gedichte, Probefahrten, Festmahle uvm. Wie die Kollegen Scholl, Ostersehlte und Kuckuk in ihren Besprechungen zum Thielschen Œuvre (Brem. Jb. Bd. 74/75 (1995/96), S. 311 ff., Bd. 81 (2002), S. 208 ff., Bd. 82 (2003), S. 293 ff., Bd. 83 (2004), S. 236 ff., Bd. 84 (2005), S. 285 ff., Bd. 86 (2007), S. 367 ff.) / Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte 16/17 (2006), S. 119 ff.) z.T. umfänglich hervorgehoben haben, handelt es sich bei diesen schön illustrierten Bänden weniger um wissenschaftliche Untersuchungen, als um eine Art von maritimem Boulevard – eine zeitlich gegliederte Mischung aus Schiffschronik und Prospekt, gemischt mit Familien- und Unternehmensgeschichten, Technikdarstellungen und sozialgeschichtlichen

Ereignissen oder Anekdoten. Alles, was obige Kollegen hierzu geäußert haben, trifft auch auf den vorliegenden Band zu und wird gewiss auch die Bände II und III zur Vulkangeschichte dominieren: Montagen von Zeitungsartikeln (zu 70 % aus der Weser-Zeitung) mit Auszügen aus vorliegender Literatur (Bessell, Pawlik), einigen Geschäftsberichten und bekannten Archivalien. Mit der postulierten, anspruchsvollen Absicht, die Geschichte der einstigen Großwerft im Bremer Norden »für die Nachwelt in Gestalt einer umfassenden Veröffentlichung aufzubereiten« (S. 7), geht der Autor ans Werk, wertet aber kaum Archivalien aus, ignoriert bekannte Forschungsergebnisse zum Thema und reiht sein Werk bewusst nicht in die Reihe von maritimen Autoren ein, für die außer Frage steht, dass ohne wirtschafts-, politik-, technik-, sozial- und kulturgeschichtliche Zusammenhänge – also ohne eine gesellschaftsgeschichtliche Kontextualisierung – das Schreiben von Unternehmensgeschichte nicht mehr möglich ist. Die vorliegende ereignisgeschichtlich geordnete Arbeit aus Fakten und Anekdoten ist mehr umfangreich als umfassend, sie bietet wenig Quellenwert und ist damit selbst ein Stück Ideologiegeschichte. Wirtschaftliche oder politische Zusammenhänge, die sich nicht aus den häufigen Zitaten aus Zeitungsartikeln ersehen lassen, interessieren offenbar nicht, auf die positivistische und unkritische, ja manchmal sogar heimatselige Darstellung von Werft, Schiffen und Vorstandsvorsitzenden oder Kapitalgebern wollte man offenbar nicht verzichten: Das Bild wird vom Stolz auf die geschaffenen Schiffe, Werftanlagen und Steherqualitäten der leitenden Personen bestimmt. Die Deutungsmuster bleiben daher oberflächlich, apologetisch, selbsteinengend und entsprechen nicht den Kriterien einer frageorientierten modernen Geschichtsschreibung. Diese will der Nachwelt ja nicht nur ein Bündel von einzelnen Bäumen sammeln, sondern sie ist bemüht, um im Bild zu bleiben, den gesamten Wald mit seinen vielen über- und unterirdischen Netzwerken und Kreisläufen zu rekonstruieren und zu interpretieren. Von der Einbeziehung der den Wald umgebender Ökosysteme ganz zu schweigen. So bleibt die vorliegende Darstellung eine chronologisch geordnete Sammlung von Materialien. Spätere Untersuchungen können zweifellos auf das flächendeckende Kopieren und Auswerten von Artikeln der Weser-Zeitung, der Norddeutschen Volkszeitung oder der Wochenschrift für Vegesack und Umgebung zum Thema Vulkan weitestgehend verzichten, weil sie hier ein wahres Eldorado vorfinden, darunter auch die detaillierte Beschreibung von ca. 63 (!) Schiffen.

Dies führt zum Leserkreis, für den diese Bücher gemacht werden: Schiffsliebhaber, die sich an einer Vielzahl farbiger Abbildungen mehr erfreuen als an komplexen historischen Darstellungen; denn selbst bei den vielen vom Bremer Vulkan im Laufe seiner Geschichte hergestellten Schiffstypen wird auf wirtschafts- und technikgeschichtliche Basisinformationen verzichtet. Ausflüge in die politische (1848, 1871, 1. Weltkrieg), wirtschaftliche (Kauf der Bremer Schiffbaugesellschaft, Abenteuer »Le Vulcain Belge«, Fusionsvertrag mit der AG »Weser«) und soziale Geschichte sind kurz und z. T. unverständlich, befolgen jedoch nicht immer die Selbstbeschränkung auf die Weser-Zeitung. Natürlich kann der Autor nicht ganz ignorieren, dass Anfang 1900 die Belegschaft des Vulkan auf 3.000 Beschäftigte angestiegen war und dass die Gewerkschaftsbewegung sich in Vegesack stark auszubreiten begann. Dass er dabei Landrat Bertholds Bemühungen um den »Arbeiterbund Kreis Blumenthal« beim Bremer Vulkan als wirtschaftsfriedliche Alternative von oben ignoriert, wäre noch nachvollziehbar gewesen. Jedoch die bürgerlich-sozialreformerische Wochenzeitschrift »Soziale Praxis« als »weit linksstehendes Organ« auszuweisen, um damit den zweimonatigen Streik aller deutschen Seeschiffswerften von 1910 angesichts von 56-Stundenwoche und ständiger Arbeitsunfälle als Zwangsmaßnahme »sozialdemokratische(n) Machtwille(s)« (S. 119 f.) zu brandmarken, wirft Fragen

über seine Recherchebereitschaft auf. Die Strukturierung der Geschichte des Bremer Vulkan wirkt wenig aussagekräftig, ja boulevardesk. So werden Periodisierungen mit reißenden Schlagzeilen versehen wie »Johann Lange scheidet aus dem Leben« (es war kein Selbstmord), »Die neue Werft präsentiert sich der Öffentlichkeit« (es gab keinen Tag der offenen Tür) oder »Victor Nawatzki begeht sein 25jähriges Dienstjubiläum« (nur eine 23 Zeilen-Meldung aus der Weser-Zeitung). Leider kann auch der Anhang nicht befriedigen. Auf der Liste der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder des Bremer Vulkan von 1893 bis 1997 gibt es für die Zeit seit 1994 nur Fragezeichen. Fraglich bleibt, warum die Neubautenliste bereits mit dem Jahr 1941 endet, hier hätte man lediglich eigenständig eine Fortschreibung aus den vorliegenden Materialien vornehmen müssen. Im Quellen- und Literaturverzeichnis ist ersteres ungenau und gibt somit einer späteren wissenschaftlichen Erforschung des Bremer Vulkans leider kaum Hinweise, im Literaturverzeichnis haben viele der dort angeführten Titel nichts mit dem Thema zu tun, und wichtige Untersuchungen fehlen ganz.

Abschließend lässt sich feststellen, dass eine grundlegende Untersuchung und Darstellung der Geschichte des Bremer Vulkans noch geschrieben werden muss. Dennoch muss dem Autor und seinem Verlag Dank gesagt werden für die großartige Bildauswahl und die ansprechende Druckqualität! Da es eine große Zahl von Liebhabern dieses maritimen Buch-Genres gibt, wird man gewiss auch in Zukunft noch mit Büchern aus der Thielschen Schreibmaschine rechnen müssen. Methodische Hinweise, wie sich andere Autoren eine »umfassende« historische Darstellung von Reedereien oder Werften wünschen würden, hat es in den vergangenen Jahren genug gegeben. Leider verbietet es sich der Autor, diesbezüglich Untersuchungen aus dem Verlagsprogramms von Hauschild maritim zum Vorbild zu nehmen. Auch daher muss eine als »umfassend« annoncierte Monographie unweigerlich zur Kritik einladen. Die Darstellungen des Autors gleichen eher Fest- und Glanzschriften, in denen die Geschichte des jeweiligen Unternehmens im Spiegel vieler Geschichten, Erlebnisberichte, aber auch Marginalien und human-interest-stories nacherzählt wird. Somit lässt das Werk den Rezensenten mit so mancher Frage zurück. Wieviel Leidenschaft, Fleiß, Zeit und Geld hat der Autor über ein Jahrzehnt in die Materialbeschaffung, Anordnung und Herstellung dieser vielen Darstellungen gesteckt und was hätte er daraus machen können?

Hartmut Roder

Voigt, Karl Heinz: Methodistische Mission in Hamburg (1850–1900) (Veröffentlichungen der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland). Göttingen: Edition Ruprecht 2010. 295 S.

Karl Heinz Voigt, emeritierter Pastor der evangelisch-methodistischen Kirche in Bremen, legt eine lehrreiche und gelungene Studie zur Geschichte der methodistischen Mission in Hamburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor. Der Autor, zudem viele Jahre Ökumene-Beauftragter seiner Kirche, ist einer der großen Kenner der gegenwärtigen Lage sowie der Geschichte der Freikirchen, insbesondere natürlich der evangelisch-methodistischen Kirche. So verfasste er bisher u. a. eine Darstellung der Methodistenkirche während der Zeit des Nationalsozialismus (1980), ferner ein Werk über die Evangelische Allianz als ökumenische Bewegung (1990), eine Arbeit über die Freikirchen im 19. und 20. Jahrhundert (2004) sowie einen Einblick in die Geschichte der evangelisch-methodistischen Kirche in Bremen (1994).

Nach Ausweis der vierten Auflage des evangelischen Standardlexikons »Die Religion in Geschichte und Gegenwart« (Bd. V, S. 1179) ist der Methodismus »die letzte große Kirchenbildung im Raum des Protestantismus und stellt die weltweit erfolgreichste dar, die aus den neuzeitlichen Erweckungsbewegungen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts hervorgegangen ist.« Er entstand als Folge von pietistischen Einflüssen innerhalb der anglikanischen Kirche von England und Wales in den 30er und 40er Jahren des 18. Jahrhunderts. Zu den wichtigsten und nachhaltigsten Führern gehörten die Brüder Charles und John Wesley, wobei der letztere der wichtigere war. Heute umfasst die methodistische Konfessionsfamilie weltweit rund 70 Millionen Gläubige. In Deutschland besteht seit 1987 Abendmahlsgemeinschaft mit den evangelischen Landeskirchen.

Karl Heinz Voigt, ausgewiesener Sachwalter der Geschichte der Bremer Evangelisch-methodistischen Kirche, beschreibt nun die ebenso spannende Geschichte der Hamburger Schwestergemeinde. Seine Darstellung speist sich aus ungedruckten Quellen (zumeist autobiographische Aufzeichnungen), gedruckten Quellen (zumeist Zeitschriften), Protokollen und Jahrbüchern sowie einer Fülle von Sekundärliteratur in sechs Kapiteln und einem längeren Anhang: I »Über die Wurzeln in Amerika«, II »Ankommen in Hamburg – die Bedeutung der Bischöflichen Methodistenkirche«, III »Nicht nur reden – auch handeln: Die Mission der Bethanien-Diakonissen«, IV »Noch einmal – Ankommen in Hamburg: Die Evangelische Gemeinschaft«, V »Noch einmal: Reden und handeln – Die Mission der Ebenezer-Diakonissen«, VI »Ganzheitliche Kirche sein«.

Warum bietet es sich an, ein Hamburger Thema im Bremischen Jahrbuch zu rezensieren? Am Beginn der amerikanischen methodistischen Mission in Deutschland steht der Name des Pastors Ludwig S. Jacoby, der am 7. November 1849 in Bremen landete und von hier aus seine Missionsarbeit zu organisieren begann. Mitte des nächsten Jahres trafen zwei Helfer aus Amerika ein, um die umfänglichen Aufgaben Jacobys zu unterstützen. Der eine war der Pastor Carl H. Doering, der ursprünglich aus Deutschland stammte und den Jacoby dazu ausersah, nach Hamburg zu gehen.

Die Verhältnisse waren klein, in denen Doering dort sein erfolgreiches Werk begann. Nicht zuletzt wurde er bald schon deswegen ein gesuchter Seelsorger und Prediger, weil er Auswanderern gute Ratschläge für die neue Welt mitgeben konnte. Die methodistische Kirche in Hamburg nahm einen großen Aufschwung. Fußend auf der Frömmigkeit eines John Wesley zeichnete sich das methodistische Wirken durch ein gezieltes diakonisches Handeln aus. Sicher muss man dieses Engagement der Nächstenliebe im Zusammenhang mit den damaligen Aktivitäten des Hamburger Protestantismus insgesamt sehen. Denn auch innerhalb der Landeskirche, deren oberster Bischof ja der Hamburger Senat war, entstanden neue diakonische Einrichtungen. Hier sind vor allem die Namen des großen Diakonikers Johann Hinrich Wichern (Rauhes Haus) sowie der des umtriebigen Heinrich Matthias Sengelmann (Alsterdorfer Anstalten) zu nennen.

Kritisch beleuchtet der Verfasser Teile des damaligen Hamburger Protestantismus, in denen auf dem Hintergrund der Säkularisation Glaube und Handeln auseinanderzufallen drohten. Die Methodisten mit ihren Diakonissen-Häusern und anderen Wohlfahrtseinrichtungen waren hier Inseln einer besonders lebendigen Frömmigkeit, die viele Menschen durch ihr authentisches Handeln überzeugten.

Karl Heinz Voigt legt eine ausgezeichnet recherchierte, fundierte und gut lesbare Studie zur Hamburger Kirchengeschichte vor. Nach Aussage von Ruth Albrecht, Professorin für Kirchengeschichte an der Universität Hamburg, steht die »noch zu schreibende Kirchengeschichte Hamburgs im 19. Jahrhundert« aus. (Geleitwort) Hier dürfte Voigts Arbeit eine wichtige Grundlage liefern. Denn die Geschichte des

christlichen Glaubens in einer Stadt ist zugleich die Geschichte einzelner Kirchengruppen und ihrer Verbindung zueinander. (Ruth Albrecht) Hier hat der Verfasser für die methodistische Kirche Vorbildliches geleistet.

Peter Ulrich

Wissmann, Sylvelin (Hrsg.): Richelmann (1789–1834). Wege eines Diebes zwischen Hamburger Urteil und Bremer Kerker. Bremen: Temmen 2009. 207 S.

Das Bremer Gefängnis- und Zuchthauswesen entsprach im beginnenden 19. Jahrhundert nicht den Ansichten von Aufklärung und Liberalismus. Während der französischen Besatzungszeit wurde die Schließung diverser unterirdischer Verliese verfügt, später wurden auch die alten Türme und der mittelalterliche Ostertorszwinger abgebrochen.[1] Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts wurden verurteilte Gefangene in Bremen im Zucht- und Werkhaus vor dem Stephanitor verwahrt. Diese Strafanstalt erfuhr noch in jenem Jahrhundert mehrere Neubauten. Anfänglich erzielte man mit dem Zuchthauskonzept Erziehungserfolge, sodass das Bremer Zuchthaus weiteren deutschen Gefängnisanstalten als Vorbild diente.[2] Später verfiel das Gebäude immer mehr und die Insassen wurden zunehmend in andere Anstalten verlegt. Das Zucht- und Werkhaus wurde jedoch erst 1866 wegen des Baus der Eisenbahnlinie nach Oldenburg abgerissen.[3] In den 1870er Jahren trat dann die Strafanstalt Oslebshausen die Nachfolge an. 1826–1828 wurde das Detentionsgefängnis am Ostertor errichtet, welches zunächst über bessere Haftbedingungen verfügte als das Zucht- und Werkhaus und vorwiegend für die Untersuchungshaft genutzt wurde. Nach Richelmanns Beschreibungen wurde er hierher in mehreren Wintermonaten zur Genesung verlegt. Später war jedoch auch dieses Gefängnis ständig überbelegt und die Haftbedingungen wurden sehr schlecht. Das war jedoch einige Zeit nach Richelmanns Tod.

Als Beispiel oder Illustration der schlechten Bedingungen des Bremer Gefängniswesens im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert dient die vorliegende Publikation. Es handelt sich hierbei um eine kommentierte Edition und nicht um eine wissenschaftlich-kritische Quellenedition, die mit textkritischen Anmerkungen und Kommentierungen sowie einer quellenkritischen Einleitung und sprachwissenschaftlichen Abhandlungen versehen wäre. Jedoch bekommt der Leser eine Einführung in die Thematik in Form eines Einführungstextes über die Lebensstationen: Inhaftierungen, Fluchten, Deportationsversuche nach Übersee eines »Diebes und unverbesserlichen Ausbrechers« zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit Seitenblick auf das deutsche und europäische Strafvollzugswesen. Die Hauptperson bediente sich zeitlebens verschiedener Namen, in den Justizakten wurde er als August Wilhelm Richelmann geführt. Ausführungen zu seiner Herkunft, seinem Geburtsnamen und weiteren Decknamen finden sich im Einführungstext. Als Quellen dienten vorwiegend eine Autobiographie sowie Akten im Wesentlichen aus den Staatsarchiven Hamburg, Bremen und Stade. Die Publikation beginnt mit der Edition der Lebensbeschreibung Richelmanns aus seiner Bremer Haftzeit 1832, die mit Anmerkungen

1 Albrecht, Niels H. M.; Eicker, Andreas: Leben hinter Gittern: die Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen, Bremen [u. a.]: Ed. Temmen, 1999, S. 14 ff.
2 Ebd.
3 Vgl. dazu auch: Kruse, Hans-Joachim: Zur Geschichte des Bremer Gefängniswesens, Bremen: Selbstverl., Band 1: Das Bremer Gefängniswesen bis 1918.

zu Begriffen, Örtlichkeiten u. dgl. versehen ist. Richelmann wurde während der französischen Besetzungszeit in Hamburg wegen eines Diebstahls gebrandmarkt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Er schildert ausführlich die unmenschlichen Haftbedingungen, denen er fortwährend zu entfliehen suchte, was ihm erstaunlicherweise – trotz Ketten – oft auch gelang! Richelmann durchläuft noch das alte Strafsystem, in dem Leibesstrafen, Misshandlungen durch Prügel und Auspeitschungen und das Anketten gebräuchlich waren, erst 1820 wurden in Bremen die verstümmelnden Leibesstrafen und das Brandmarken abgeschafft.[4] Er war ein Zeitgenosse der Gesche Gottfried, er verstand es, Menschen und insbesondere Frauen von sich einzunehmen und seine Diebstähle zu verschleiern und in seinen Lebensbeschreibungen als eine »Kette von zufällig zusammentreffenden Begebenheiten, die ich weder vorhersehen noch verhindern konnte…« (S. 106) zu entschuldigen sowie herzanrührend sein Elend dem »gefühlvollen Leser« zu schildern. Im späteren Teil seiner Beschreibungen zieht er mehr und mehr Bilanz seines Lebens und spricht sich dafür aus, die Beweggründe für straffällig gewordene Täter in Betracht zu ziehen: »Das Böse, das irgend ein Mensch begangen hat, könntest du auch und vielleicht noch mehr Böses thun, wenn du von seiner Lage gedrückt, von seinen Versuchungen gereizt, von seiner Gewohnheit gefesselt, von seinen Täuschungen getäuscht und eben so arm, in der Erziehung verwahrloset wärest, als er.« Wobei er stets seine Unschuld unterstreicht. Auch fordert er menschenwürdigere Haftbedingungen: »Es erfordert auch sowohl die Menschlichkeit als die Gerechtigkeit, dass der Aufenthaltsort eines Gefangenen, der eigentlich nicht zur Strafe, sondern zur Bewachung und Festhaltung dienen soll, kein Strafgefängniß, wenigstens ein erträgliches und so beschaffen sey, dass der Unglückliche nicht mit Ketten, Ungeziefer, Unreinlichkeit, Gestank, Finsterniß, Feuchtigkeit, Kälte und andern Beschwerden geplagt werde…« (S. 127/128).

In der Publikation folgen der Edition der Lebensbeschreibung aus seiner Bremer Zeit verschiedene Schreiben und Aktenschriftstücke, so z. B. das Schreiben Richelmanns an den Bremer Senat, in dem er um Überführung nach Übersee per Schiff ersucht. Allerdings findet sich an dieser Stelle eine Ungereimtheit, das Schreiben wird in der Fußnote 194 als von »fremder Hand« erstellt bezeichnet, die Abbildungen der Folgeseiten und der dazugehörige Kommentar allerdings belegen eher, dass der ganze Brief von gleicher Hand geschrieben wurde. Es folgen weitere edierte Aktenschriftstücke, bis Richelmanns Lebensbeschreibung, verfasst im Hamburger Spinnhaus, 1832 abgedruckt wurde. Inhaltlich entspricht diese im Wesentlichen der Bremer Lebensbeschreibung ergänzt um die Ereignisse nach seiner Flucht vom gekenterten Schiff vor Bremerhaven. Neuerliche Diebstähle führten in Hamburg wieder zu seiner Verhaftung. Etwas stiefmütterlich behandelt, da nicht ediert und kommentiert, sondern nur reproduziert wiedergegeben, wirkt der Druck »Leben und Thaten des berüchtigten Diebes A. Richelmann, genannt Kersting u. s. w.« ein wenig »hinterhergeschickt«. Den Abschluss der Publikation bilden zeitgenössische Pressestimmen, ein Register der im Text genannten Personen und Orte (leider in chronologischer, nicht alphabetischer Reihenfolge), eine Zusammenfassung der Wege Richelmanns zwischen Festnahmen und Gefangenschaft sowie Quellenangaben, Literaturverzeichnis und Bildnachweis.

Es ist sehr zu begrüßen, dass ein weiterer Bremer Justizfall aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts beleuchtet wurde, der eindringlich harte Justizurteile und auch den Strafvollzug deutlich vor Augen führt. So ist die Publikation als Aufforderung zu

4 Bekanntmachung vom 6. 11. 1820.

verstehen, weitere sozialkritische alltagsgeschichtliche Untersuchungen anzustellen. Geschichtslehrern könnte diese Quellenedition als Arbeitsmittel für die Erarbeitung der sozialen Lage der deutschen Bevölkerung nach dem Ende des Alten Reiches, während der französischen Besetzung und später im Deutschen Bund dienen.

Brigitta Nimz

Wurthmann, Nicola: Senatoren, Freunde und Familie. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne (1813–1848) (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Band 69). Bremen: Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen 2009. 622 S.

Nicola Wurthmanns Studie umfasst die politische Amtselite der zwischen 1801 und 1848 amtierenden Senatoren, Bürgermeister und Syndici – eine Gruppe von 72 Männern, deren Kurzbiographien im Anhang dokumentiert werden. Herrschaft und Selbstverständnis der Senatselite wurden durch die Französische Revolution herausgefordert, die in ganz Europa große politische Erwartungen weckte. Mit Bremens Aufnahme in den deutschen Bund erweiterte sich der politische Horizont, vor dem der Senat agierte. Dass die neuen Handlungschancen insgesamt zum Vorteil der Stadt genutzt wurden und die in der Forschung häufig als traditionsbelastet eingestuften Herrschaftsträger durchaus reformbereit waren, sind wichtige Ergebnisse der Arbeit. Durch die systematische Auswertung handschriftlich überlieferter Privatkorrespondenzen der Familie Smidt eröffnet Wurthmann tiefe Einblicke in die Vorstellungswelt und Handlungsstrategien einer stadtstaatlichen Elite. Ihre »qualitative Netzwerkanalyse« beruht auf der zutreffenden Annahme, dass Freundschaften unter Herrschenden politische Qualität besitzen. Private Mitteilungen über politische Zusammenhänge wurden in den relevanten Kreisen öffentlich verhandelt und erhielten dadurch verbindlichen Charakter. Exemplarisch hierfür sind Johann Smidts während der Gesandtschaften beim Bundestag familiär wie kollegial kommunizierten »privaten« Ansichten, die meist zu den intendierten Entscheidungsprozessen im Senat führten. Mit dieser Beobachtung soll dem häufig überschätzten Machiavellismus des Patriarchen Smidt kein weiterer Beleg hinzugefügt werden. Im Gegenteil, Wurthmanns Anliegen ist es, differenzierte politische Positionen innerhalb des Senats wie Allianzen einzelner Senatoren mit den liberalen Gruppierungen im Bürgerkonvent aufzuzeigen. In der Tat trägt die Kenntnis der Privatkorrespondenz dazu bei, allzu schematische Gegenüberstellungen zwischen konservativen Amtsträgern einerseits und vermeintlich reformfreudigen Konventsbürgern andererseits aufzulösen. Für die These eines »reflexiven Politikwandels« spricht, dass sich der Bremer Senat mit den Konsequenzen des 1815 gegebenen Verfassungs- und Partizipationsversprechens ernsthaft auseinanderzusetzen zu begann. Gleichwohl blieb das Amts- und Herrschaftsverständnis der Protagonisten fundamental verschieden von den in weiten Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit herrschenden Vorstellungen von Volkssouveränität. Hierfür hat Wurthmann selbst zahlreiche Belege aus der Smidt-Korrespondenz über die 1848er Revolution parat, die aussagekräftiger sind als die häufig zitierten offiziellen Schriftstücke der Verfassungsverhandlungen. Zurückhaltender als Wurthmann wird man über die konstatierte soziale Öffnung der Bremer Elite gegenüber Mitbewerbern urteilen, wenn man die Daten des prosopographischen Anhangs studiert: Noch immer waren nahezu alle Senatoren gebürtige Bremer und reformiert, oft folgten Söhne und Neffen den ausscheidenden Vätern und Onkeln ins

Amt, beförderten vertraute Netzwerke und Freundschaftskreise politische Karrieren. Das Reservoir der rats- und politikfähigen Familien blieb also begrenzt, das Rekrutierungssystem trotz Änderungen im Ratsmannwahlstatut im Grunde unverändert. »Modernisierungstendenzen im Herrschaftsverständnis der Bremer Elite« (S. 325) vollzogen sich, so bestätigt Wurthmann den gegenwärtigen Forschungsstand, weniger durch einen institutionellen Wandel als durch den generationsbedingten Wertewandel.

Neue Erkenntnisse ergeben sich hingegen auf einem Feld, das in der Politik- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts nach wie vor zu wenig Beachtung findet. Wurthmanns Arbeit unterstreicht die herausragende Bedeutung familiärer und freundschaftlicher Beziehungen für die Konstituierung und langfristige Stabilisierung von Herrschaftsstrukturen. Sie präsentiert überzeugende Belege für die soziale Vernetzung und Gruppenbildung der 1848er. Die Familie Smidt verkehrte in den Gesandtschaftskreisen am Bundestag, pflegte aber auch Kontakte zur Gegenseite, zum Beispiel zur Familie von Gagern. In Briefen und Tagebüchern wird der politische Bildungshintergrund der ansonsten geschlechtskonform erzogenen Bürgersfrauen der städtischen Elite sichtbar. Sie besaßen fundierte Sachkenntnisse und zeigten lebhaftes Interesse für die politischen Verhältnisse, ohne dass sich ihre Aktions- und Handlungsspielräume in der Revolution signifikant erweitert hätten. Ungeachtet regelmäßiger Parlamentsbesuche blieb das Rollenverhalten im vertrauten Rahmen, überließ man das »Politisieren« den Männern. Wilhelmine Smidt verfügte über differenzierte Einsichten und übernahm dennoch die Urteile des Vaters, dessen überlegene Erfahrung sie wie viele ihrer Briefpartner vorbehaltlos anerkannte. Johann Smidts große Bedeutung auch in der Bundespolitik, seine Weitsicht und Durchsetzungsfähigkeit werden in der Korrespondenz des Netzwerkes vielfach reflektiert. Mitunter gewinnt man den Eindruck, dass seine stete schriftliche Präsenz Teil einer politischen Selbstinszenierung gewesen ist, Ausdruck einer durch halböffentliche Korrespondenz betriebenen Machtstrategie des häufig abwesenden Stadtpatriarchen. Smidts Lebensstationen und Wirkungskreise in Bremen und Frankfurt bilden den biographischen Leitfaden der bei Franklin Kopitzsch entstandenen Dissertation. Zweifellos liefert Wurthmanns gelungene Netzwerkstudie damit auch einen wichtigen Baustein zu einer längst überfälligen Biographie Johann Smidts.

Andreas Schulz

Hospitium Ecclesiae. Forschungen zur Bremischen Kirchengeschichte
Aus: Band 24, 2009

Marianne Schwebel: Rundturmkirchen in Norddeutschland, S. 9-62. – Karl Heinz Voigt: Die Bremer Sonntagsschule von 1826, S. 79-104. – Hans Hermann Meyer: Das Zeichen über der Domuhr, S. 105-138. – Sabine Presuhn: Anmerkungen zur St. Annenbruderschaft an der Bremer Liebfrauenkirche, S. 139-150. – Peter Ulrich: Marienverehrung im Bremer St. Petri Dom, S. 151-166.

Denkmalpflege in Bremen
(Schriftenreihe des Landesamtes für Denkmalpflege Bremen)
Aus: Heft 7, 2010

Georg Skalecki: Revitalisierung großflächiger Hafenareale – die Bremer Überseestadt, S. 8-21. – Uwe Schwartz: Denkmale im Fischereihafen Bremerhaven, S. 22-38. – Axel Föhl: Watchin' the River Flow – Hafenentwicklung und Hafendenkmalpflege am Beispiel Nordrhein-Westfalens, S. 39-55. – Rolf Kirsch: Das »Schulschiff Deutschland« – ein schwimmendes Denkmal, S. 56-61. – Ottmar Struwe: Der Lange-Speicher in Vegesack – Revitalisierung und Brandschutz, S. 62-66. – Susanne Schöß: Geschichte und Bedeutung der Bremer Wollkämmerei (BWK) in Bremen-Blumenthal, S. 67-76. – Rolf Kirsch: Zur Rettung des historischen Sendesaals von Radio Bremen, S. 77-85. – Uwe Schwartz: Neue Unterschutzstellungen in Bremerhaven, S. 86-91.

Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte
Aus: Heft 23/24, 2009

Lisa Spanka: Die politische Arbeit von Frauen in der Bremischen Nationalversammlung 1919–1923, S. 7-34. – Wolfgang Seibert: Straßenumbenennungen aus antisemitischen Gründen in Bremen, S. 67-84. – Hans Hesse: Skizzen zur Geschichte der Nordischen Kunsthochschule Bremen (NKH), S. 85-104. – Christine Borchers: Zwangstherapie, Heilungsanspruch und Verwahrung. Alkoholkranke in der Bremer Psychiatrie der 1920er Jahre, S. 105-124.

Bremer Archäologische Blätter. Neue Folge.
Aus: Band 7, 2008

Dieter Bischop und Swantje Krause: Der Bohlenweg unter der Böttcherstraße aus dem Winter 1274/75, S. 55-64. – Dieter Bischop: Werften und Wracks am Weserufer: Vorbericht über die Grabung Beluga auf dem Teerhof 2007, S. 93-110. – Dieter Hittinger: Auswertung der Tuchplombenfunde der Teerhofgrabung, S. 111-144. – Daniel Zwick: Das Beluga-Schiff von Bremer Teerhof. Vorläufige Untersuchungsergebnisse, S. 145-152. – Hans-Walter Küchelmann: Ein Haufen altes Holz und ein paar rostige Nägel: Ein Schiffsfriedhof in Bremen-Vegesack?, S. 155-160. – Dieter Bischop und Daniela Jager: Der Balge auf der Spur: Ausgrabungen 2004/2005 beiderseits der Langenstraße, S. 187-198. – Dieter Bischop: Archäologische Nachweise vom Fischfang in Bremen, S. 207-214. – Dieter Bischop: Einblick in den Friedhof der Unser Lieben Frauen-Kirche, S. 357-358.

Bremer Beiträge zur Münz- und Geldgeschichte
Aus: Band 6, 2009

Klaus Giesen: Die Brakteaten der Erzbischöfe von Bremen aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, S. 21-46. – Klaus Giesen und Peter Ilisch: Ein Schatzfund aus der Dionysiuskirche in Bremerhaven-Wulsdorf, S. 47-64.

Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte
Aus: Band 95, 2009

Martin Warnke: Das Erdbeben in Lissabon 1755 – eine Bewährung der Aufklärung, S. 1-22. – Claus Gossler: Der Kaufmann August Unshelm (1824–1864). Pionier des Hamburger Handelshauses Joh. Ces. Godeffroy & Sohn in der Südsee, S. 23-67. – Wilfried Weinke: »Der Weg zurück ist mir unmöglich.« Die Kinderbuchautorin, Übersetzerin und Literaturagentin Grete Berges, S. 69-89. – Jürgen Sielemann: Der Zielort des Hamburger Deputationstransports vom 11. Juli 1942, S. 91-110. – Lars Amenda: »Ankerplatz der Freude«. Maritime Bilder und Inszenierungen St. Paulis von den 1890er bis zu den 1960er Jahren, S. 111-142. – Sylvia Necker und Meik Woyke: Vom Achsenkonzept zur Metropolregion. Stadt- und Regionalplanung für den Großraum Hamburg seit dem Ersten Weltkrieg, S. 143-166.

Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde
Aus: Bd. 89, 2009

Klaus Oldenhage: Archive und Politik – wie passt das zusammen? Zur Rückkehr der hansestädtischen Archivalien aus dem Osten vor zwanzig Jahren, S. 9-24. – Albrecht Cordes: Kaiserliches Recht in Lübeck. Theoretische Ablehnung und praktische Rezeption, S. 123-146. – Christian Ostersehlte: Der Werftunternehmer Hermann Blohm und die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft (L.M.G.). – Wolfgang Muth: Zuwanderung von auswärtigen Arbeitskräften bis 1914 – eine Gefahr für Lübecks Gesellschaft?, S. 231-150.

Jahrbuch der Männer vom Morgenstern
Aus: Band 88, 2009

Daniel Rauschenberger: Bremen oder Wesermünde? Zur Schließung der Tecklenborg-Werft im Jahre 1928, S. 101-130. – Harald Focke: Als »blinder Passagier« auf der BERLIN des Norddeutschen Lloyd im Sommer 1961. Wiegbert Schwedries' abenteuerliche Reise zwischen Bremerhaven und New York im Sommer 1961, S. 131-168. – Eberhard Pfleiderer: 60 Jahre Schülervertretung in Bremerhaven. Eine historische Skizze des Stadtschülerrings, S. 169-186.

Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF)
Aus: Band 99, 2009

Arend Mindermann: Johann von Zersterfleth († 1388). Ein Altländer Adeliger als Bremer Domdekan und Bischof von Verden. Teil 2: Der Bischof von Verden (Johann

II.), S. 19-44 – Florian Dirks: Die »Mandelslohsche Fehde« von 1380/81. Untersuchungen zum Fehdewesen im Bremischen im ausgehenden 14. Jahrhundert, S. 45-60. – Bernd Ulrich Hucker: Dietrich von Stades Klosterkatalog »Chronologia monasteriorum Bremensium« von 1680/85, S. 127-141.

Oldenburger Jahrbuch
Aus: Band 109, 2009

Werner Meiners: Jüdische Gemeindearchivalien nach dem Novemberpogrom 1938. Das Staatsarchiv Oldenburg, die Akten der Jüdischen Landesgemeinde Oldenburg und die NS-Judenforschung, S. 85-136. – Joachim Tautz: Alltag und Generationenkonflikt in der Stadt Oldenburg während der 1960er Jahre, S. 137-146. – Mareike Witkowski: »1968« in Oldenburg, S. 147-166. – Stephan Scholz: »Heute erinnert nichts mehr daran«? Vertriebenendenkmäler und Denkmalinitiativen in Oldenburg 1951–2008, S. 167-200.

Hansische Geschichtsblätter
Aus: Band 127, 2009

Detlev Ellmers: Mit Seekiste und Bettzeug an Bord. Das Reisegepäck der Seefahrenden vom Mittelalter bis zum frühen 20. Jahrhundert, S. 1-52. – Klaus Albert Höller: Stopinch und Markt. Hansekaufleute aus Breckerfeld und Umgebung (Beurkundung des Verkaufs des Hofes Steupingen an Johannes Market 1408), S. 53-68. – Marina Bessudnova: Die Schließung des hansischen Kontors in Novgorod im Jahr 1494 im Kontext der Beziehungen des Großfürsten von Moskau zu Maximilian von Habsburg, S. 69-99. – Raoul Zühlke: Bischof Meinhard von Üxküll: ein friedlicher Missionar? Ansätze zu einer Neubewertung. Ein quellenkundlicher Werkstattbericht, S. 101-121. – Antjekathrin Graßmann: Über das Archiv des Hansischen Geschichtsvereins, S. 123-128. – Klaus Friedland: Bericht über das »King's Lynn Hanse Festival« 2009, S. 129.

Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte
Hrsg. von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen
Aus: Band 81, 2009

Zum Thema »Migration und ihre Hintergründe – Wanderungsbewegungen in Nordwestdeutschland vom 17. bis zum 20. Jahrhundert« u. a.: Horst Rössler: Hollandgänger, Zuckerbäcker, Amerikawanderer. Grenzüberschreitende Fernwanderungen aus dem Elbe-Weser-Dreieck (ca. 1650–1914), S. 31-56. – Hartmut Bickelmann: Mehr als nur geschäftige Drehscheibe des Auswandererverkehrs – Bremerhaven als vielgestaltiger Wirtschaftsraum, S. 85-120. – Lars Amenda: Die Welt an der Wasserkante. Chinesische Seeleute und Migranten in Hamburg und Bremerhaven 1890–1915, S. 121-142. – Dagmar Freist: Migration und Handel. Wirtschaftsverflechtungen Nordwestdeutschlands im 17. und 18. Jahrhundert, S. 223-250.

Deutsches Schiffahrtsarchiv.
Wissenschaftliches Jahrbuch des Deutschen Schiffahrtsmuseums
Aus: Band 31, 2008

Christian Ostersehlte: Die TITANIC-Katastrophe als Wendepunkt in der Rettungsbootfrage, S. 63-124 [Mit Bezügen zu Bremer Schiffen und Reedereien sowie zum Bootsbau an der Unterweser]. – Harald Focke: Gute Schiffe, schlechte Zahlen? Zur Rentabilität der Transatlantikliner des Norddeutschen Lloyd nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 125-184. – Wolfgang Walter: Ein Vierteljahrhundert danach. Gedanken zur Schließung der AG »Weser« in Bremen im Jahre 1983. S. 185-204. – Lars U. Scholl: Bernhard Blanke (1818–1877): Kapitän und Hafenmeister in Bremerhaven, S. 305-318 [Edition von biographischen Aufzeichnungen].

Aus: Band 32, 2009

Detlev Ellmers: Gemälde und Fayencen statt Zinn. Hollands Einfluss auf die Repräsentation norddeutscher Kaufleute und Schiffer im 17. und 18. Jahrhundert, S. 9-50. – Peter Danker-Carstensen: Betonschiffbau in Deutschland, S. 107-172. – Dirk J. Peters: Deutsche Werften in der Zwischenkriegszeit (1918–1939). Teil 2: Symptome der Krise. Stilllegungen, Schließungen, Fusionen und Innovationen (1924–1934), S. 173-222.

Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde
(Vollständigkeit im Sinne einer Bibliographie wird nicht angestrebt.
Besprechungen bleiben vorbehalten.)

100 Jahre Turn- und Sportverein Osterholz-Tenever e.V.: 1909–2009 [Hrsg.: TSV Osterholz-Tenever e.V., Red.: Ute Brunzel u. a.]. Bremen 2009. 103 S.

150 Jahre jung, frisch, dynamisch ... und fit für die Zukunft: 150 Jahre Bremen 1860 / mit Texten von Klaus-Peter Berg. [Hrsg.: Bremen 1860]. Bremen [2010]. 186 S.

75 Jahre Siedlung Katrepel: 1933/34–2008. [Hrsg.:] Bürgerverein Borgfeld e.V. [Bremen 2008]. 42 S.

775 Jahre Borgfeld: Festschrift 1235–2010. Lilienthal: Langenbruch 2010. 38 S.

Ahrenholz, Miriam: 100 Jahre Krankenpflegeschule am Klinikum Bremen-Mitte: Informationen für Interessierte [Hrsg.: Klinikum Bremen-Mitte GmbH]. Bremen. 109 S.

Arp Schnitger und sein Werk: Bildband mit den erhaltenen Orgeln und Prospekten Arp Schnitgers. Hrsg.: Arp Schnitger Gesellschaft; Stichting Groningen Orgelland. Mit Beitr. von Bernhardt H. Edskes, Peter Golon, Joachim Walter. Bremen: Hauschild 2009. 240 S.

Azamede, Kokou Godwin: Transkulturationen? Ewe-Christen zwischen Deutschland und Westafrika 1884–1939. Stuttgart: Steiner 2010. 278 S. (Missionsgeschichtliches Archiv. 14)

Bamberger: Auf den Spuren eines wechselvollen Lebens. Ausstellungskatalog. [Konzept, Text:] Ulrike Osten und Caroline Schemmel. Bremen 2009. 215 S.

Binnenschifferverein ›Bremen‹: 75 Jahre Binnenschifferverein Bremen e.V. / [Hrsg.: Binnenschifferverein Bremen e.V. Red.: Gerd Reichstein]. Bremen 2009. 63 S.

Bremer Turn- und Sportgemeinde Neustadt von 1859: 150 Jahre BTS Neustadt: Chronik; 1859–2009. Bremen 2009. 200 S.

Buschmann, Ulf: Aufgewachsen in Bremen in den 60er und 70er Jahren. Gudensberg-Gleichen: Wartberg 2009. 63 S.

Christlicher Verein Junger Menschen ›Bremen‹: 175 Jahre CVJM in Bremen 1834–2009 [Hrsg.: CVJM Bremen e.V.]. Bremen 2009. 99 S.

Dauks, Sigrid und Schöck-Quinteros, Eva (Hrsg.): »Wußten Sie, daß Ihre Tochter Herrenverkehr hatte?« Der Fall Kolomak in Bremen 1927. Mit Beitr. von Studierenden (Aus den Akten auf die Bühne. 3). Bremen: Univ., Inst. für Geschichtswissenschaft 2010. 364 S.

Der Elefant! Bilder, Gedichte, Dokumente. Mit Texten von Rudolph Bauer, Inge Buck, Michael Weisser. Bremen: Sujet-Verlag 2010. 80 S.

Ehrmann-Köpke, Bärbel: »Demonstrativer Müßiggang« oder »rastlose Tätigkeit«? Handarbeitende Frauen im hansestädtischen Bürgertum des 19. Jahrhunderts. Münster: Waxmann 2010. 415 S.

Elmshäuser, Konrad: Stadtstaat im Wandel – Kontinuitäten und Brüche in Bremens historischer Identität. Kaisen-Lesung am 22. Mai 2008 im Rathaus zu Bremen (Schriftenreihe Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung. Reihe 1: Kaisen-Lesungen). Bremen 2008. 27 S.

Elsmann, Thomas: Johann Georg Kohl. Ein Leben zwischen der Alten und der Neuen Welt. Bremen: Schünemann 2010. 389 S.

»Entartet« – beschlagnahmt: Bremer Künstler im Nationalsozialismus. [Ausstellung in der Städtischen Galerie vom 6. September bis 15. November 2009] Hrsg.: Hans-Joachim Manske und Birgit Neumann-Dietzsch. Bremen: Asco Sturm 2009. 279 S.

Fittkau, Tanja: In die neue Welt – von Bremerhaven nach Amerika: Atlantiküberquerung im 19. Jahrhundert und die Bedingungen an Bord der Schiffe. Stuttgart: Ibidem-Verl. 2010. 185 S.

Für Bremen: Straßenbahngeschichten. [Eine Reise durch die BSAG] / Heiner Brünjes. [Co-Autoren: Stephan Wurst. In Zusammenarbeit mit: Freunde der Bremer Straßenbahn e.V., BSAG]. Bremen: Kellner 2010. 224 S.

Hanke, Birgid: Carl F. W. Borgward: Unternehmer und Autokonstrukteur. Bielefeld: Delius Klasing 2010. 191 S.

Herbert Schwarzwälder: eine besondere Festschrift zum 90. Geburtstag. Bremen: Temmen 2009. [90] S.

Hoins, Wilfried: Ein Bildband von Burglesum einst und jetzt [ein Spaziergang in die Vergangenheit – Entdecken und Erinnern]. Bremen: Selbstverl. d. Verf. 2009. 191 S.

Horn, Detlef von: Von der Goldina zum Kaufland (Sebaldsbrück – Die Bremer Landgemeinde in der geschichtlichen Entwicklung. 5). Bremen 2010. 27 S.

Hübotter, Klaus: Leben und Sterben: 1950–2010. Bremen: Selbstverl. d. Verf. 2010. 205 S. + CD

»Ich hätte nicht geglaubt, wozu die Deutschen fähig sind«: das Novemberpogrom 1938 in Bremen / Ausstellungskollektiv (Hrsg.). Bremen 2009. 38 S.

Jimmi D. Paesler: von 1964 bis 2008 / [Hrsg.: Städtische Galerie im Buntentor, Bremen, Text: Hans Joachim Manske. Fotos: Wolfgang Eckhardt]. Bremen: Städtische Galerie 2009. 168 S.

Landesverband der Gartenfreunde Bremen e.V. (Hrsg.): Von Null auf Hundert: 1910–2010. Hundert Jahre organisiertes Kleingartenwesen in Bremen. [Red. Dietmar Klepatz]. Bremen 2010. 162 S.

Landhäuser und Villen in Bremen. Texte: Ilse Windhoff. Fotos: Nils Aschenbeck. Bremen: Aschenbeck 2009. 60 S.

Lindemann, Ingbert: »Die H. ist Jüdin!«: aus dem Leben von Aumunder Juden nach 1933. Mit einem Vorwort von Hans Koschnick. Bremen: Donat, 2009. 116 S.

Manieren: Geschichten von Anstand und Sitte aus sieben Jahrhunderten [Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Ausstellung 29. November 2009 bis 30. Mai 2010] / Urs Roeber, Uta Bernsmeier. Mit Beitr. von Asfa-Wossen Asserate, Hanno Balz u. a. Heidelberg: Ed. Braus, 2009. 207 S.

Mausolf, Andreas: Die Geschichte der Bremer Straßenbahn 1876–2010. Bremen: Hauschild 2010. 216 S.

Mein Leben auf der Walze: Festkonzert zum 100. Geburtstag von Käte van Tricht, Bremer Domorganistin von 1934 bis 1974; eine Veranstaltung der Bremer Dommusik in Kooperation mit der Hochschule für Künste. Bremen 2009. 58 S.

Meyer, Marcus: Bruder und Bürger: Freimaurerei und Bürgerlichkeit in Bremen von der Aufklärung bis zum Wiederaufbau nach 1945. Bremen: Temmen 2010. 357 S.

Mit der Box zum Welthafen: Vier Jahrzehnte Stromkaje – Vom ersten Container bis zum CT 4. Die Geschichte der Containerkaje in Bremerhaven [Hrsg.: bremenports GmbH & Co. KG 2009]. 66 S.

Momper, Walter: Was ist Bundesstaat heute und wozu brauchen wir ihn morgen?: Kaisen-Lesung am 22. Mai 2007 im Rathaus zu Bremen (Schriftenreihe Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung. Reihe 1: Kaisen-Lesungen). Bremen 2007. 16 S.

Nach Buenos Aires! Deutsche Auswanderer und Flüchtlinge im 20. Jahrhundert; [Hrsg.: Simone Eick. Mit Beitr. von Brigitte Landes]. Bremerhaven: Dt. Auswandererhaus 2008. 104 S.

Neumann, Jan Hendrik: Weißt noch? Lila Eule, Tanztee und Uschis breite Gürtel. Geschichten & Unerhörtes aus dem Bremen der 60er und 70er Jahre. Kassel: Herkules Verl. 2009. 85 S.

Niehoff, Lydia: 200 Jahre Schünemann: die Geschichte des Bremer Druck- und Verlagshauses Carl Ed. Schünemann KG 1810–2010. Bremen: Schünemann, 2009. 245 S.

Niehoff, Lydia: Die Eugen-Kulenkamp-Stiftung vereinigt mit dem Verein für Kleine Miethwohnungen von 1849 [mit e. Beitr. von Andreas Kreul. Hrsg.: Georg Abegg]. Bremen: Hachmanned. 2010. 160 S.

Norddeutsche Steingutfabrik ›Bremen‹: 140 Jahre Norddeutsche Steingut AG: 1869–2009 [Hrsg.: Norddeutsche Steingut AG]. Bremen 2009. 13 S.

Reeken, Dietmar von und Ohainski, Uwe: »... gebildet zur Pflege der landesgeschichtlichen Forschung«. 100 Jahre Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen 1910–2010. Hannover: Hahn 2010. 232 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. 255)

Ruempler, Götz: Die Bremer Dom-Maus: Geschichte, Geschichten und »Mäuse-Latein« (Schriftenreihe der Stiftung Bremer Dom e.V. 3). Bremen: Temmen 2009. 59 S.

Rüppel, Michael: Gustav Friedrich Wilhelm Großmann 1743–1796: eine Epoche deutscher Theater- und Kulturgeschichte. [Hannover]: Wehrhahn 2010. 669 S.

Rüppel, Michael (Hrsg.): Adolph von Knigge: Briefwechsel 1779–1795 mit einer Auswahl von Knigges Schriften zum Theater. Göttingen: Wallstein 2010. 215 S.

Schule am Alten Postweg ›Bremen‹: 100 Jahre Grundschule am Alten Postweg 1910–2010. Bremen 2010. [35] Bl.

Schwimmverein Bremen von 1910: Festschrift: 100 Jahre Bremen 10 / Schwimmverein Bremen von 1910 e.V. Bremen 2010. 144 S.

Schwimmverein Weser Bremen von 1885: 125 Jahre Schwimmverein »Weser« Bremen von 1885 e.V. 1885–2010. Bremen 2010. 125 S.

Senator für Justiz und Verfassung in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Justiz in Bremen. Schütze das Recht [Texte: Konrad Elmshäuser, Peter Schulz, Hans Wrobel]. 2., überarb. Auflage. Bremen 2010. 52 S.

Stiehler, Axel und Wilking, Oliver (Hrsg.): 101 Geschichten aus Immanuel: die evangelische Immanuel-Kapelle 1908–2009. [Bremen]: Stürken Druck 2009. 271 S.

Szatkowski, Tim: Ein Bündnis für Bremen – Wilhelm Kaisen und Karl Carstens: Kaisen-Lesung am 21. Mai 2010 im Rathaus zu Bremen (Schriftenreihe Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung. Reihe 1: Kaisen-Lesungen). Bremen 2010. 34 S.

Tacke, Wilhelm: Von »Mutters Verein« zum »Sozialdienst katholischer Frauen« in Bremen 1910–2010. Bremen: Sozialdienst katholischer Frauen e.V. 2010. 140 S.

Turn- und Sportverein Vahr von 1959: 50 Jahre TuS Vahr Bremen von 1959 e.V. Jubiläumsausg. Bremen 2009. 38 S.

HISTORISCHE GESELLSCHAFT BREMEN

146. Jahresbericht (2009)

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 12. Mai 2009 im Vortragssaal des Staatsarchivs Bremen statt.

Der Vorsitzer Dr. Elmshäuser begrüßte die zahlreich (ca. 40 Personen) erschienenen Teilnehmer der Mitgliederversammlung und erstattete satzungsgemäß den Jahresbericht.

Die Mitgliederzahl der Historischen Gesellschaft entwickelte sich weiterhin stabil mit leicht negativer Tendenz und lag am 31. 12. 2008 bei 575 Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung gedachte der im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder.

Der Vorsitzer berichtete von der 2009/2010 anstehenden Bausanierung des Staatsarchivs und bat um Verständnis, dass in dieser Zeit die Geschäftsstelle der Historischen Gesellschaft im Staatsarchiv nur eingeschränkt erreichbar sein wird.

Anschließend wurde besonders auf die Unterstützung von Aktivitäten und Publikationen zur Erforschung der bremischen Geschichte durch die Historische Gesellschaft hingewiesen, so auf die Aktivitäten zum Hansejubiläum Bremens im Jahr 2008 und zu den Jubiläen 90 Jahre Räterepublik, 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Mauerfall, zu denen 2008 und 2009 jeweils Vorträge der Historischen Gesellschaft erfolgten. Der Vorsitzer erläuterte anschließend Mittelfestlegungen für Forschungsprojekte und dankte wie in den Vorjahren der Sparkasse Bremen für ihre finanzielle Spende zum Druck des Jahrbuchs 2008, deren Erneuerung in Aussicht gestellt wurde.

Nach dem Vortrag des Schatzmeisters über die sichere finanzielle Lage der Historischen Gesellschaft und der Stellungnahme von Herrn Karl-Heinz Hofmann als Rechnungsprüfer wurden auf Antrag Schatzmeister und Vorstand durch die Mitgliederversammlung entlastet. Als Rechnungsprüfer wurden Herr Hofmann und Frau Dr. Wissmann bestätigt.

An die Versammlung schloss sich ein Vortrag von Herrn Uwe Bölts über Exkursionen zu Zielen in Ostholstein und Thüringen an.

Vorstand

Der stellvertretende Schriftführer Dr. Peter Hahn ist zum Jahresbeginn auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Somit waren insgesamt drei Stellen im Vorstand vakant, die durch Neuwahl durch die Mitgliederversammlung zu besetzen waren. Hinzugewählt wurden nach kurzer Vorstellung der Kandidaten durch die Mitgliederversammlung Herr Dr. Dieter Bischop (Beisitzer), Frau Dr. Ina Grünjes (stellvertretende Schriftführerin) und Herrn Prof. Dr. Georg Skalecki (Beisitzer). Der Vorsitzer dankte Herrn Dr. Hahn für langjährige Mitgliedschaft im Vostand und den neuen Vorstandsmitgliedern

für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Er gab dabei seiner Freude über die erneuerte Verbindung zum Landesamt für Denkmalpflege durch Herrn Prof. Dr. Skalecki sowie zur Landesarchäologie durch Herrn Dr. Bischop und zu den Schulen durch Frau Dr. Grünjes Ausdruck.

Bei den Wiederwahlen zum Vorstand wurden Herr Dr. Thomas Elsmann (Schriftführer) und Herr Dr. Peter Ulrich (Beisitzer) für weitere fünf Jahre im Vorstand bestätigt. Der Vorstand besteht demnach aus folgenden Mitgliedern:

Dr. Konrad Elmshäuser (Vorsitzer); Dr. Gabriele Hoffmann (Stellvertretende Vorsitzerin); Heinz Salzer (Schatzmeister); Johann Christian Bosse (Stellvertretender Schatzmeister); Dr. Thomas Elsmann (Schriftführer); Dr. Ina Grünjes (Stellvertretende Schriftführerin); Dr. Dieter Bischop, Uwe Bölts M.A., Prof. Dr. Franklin Kopitzsch, Prof. Dr. Cordula Nolte, Prof. Dr. Georg Skalecki, Dr. Peter Ulrich (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Mitgliederbewegung

Im Jahr 2009 traten 17 Personen der Gesellschaft bei, 11 Austritte aus Alters- oder anderen erklärten Beweggründen waren zu verzeichnen, 3 Mitglieder sind verstorben, 18 Mitglieder mussten wegen wiederholt säumiger Beitragszahlungen ausgeschlossen werden. Am 31. Dezember 2009 hatte die Historische Gesellschaft 574 Mitglieder.

Veröffentlichungen

Band 88 des Bremischen Jahrbuchs ist im November 2009 erschienen. Das Jahrbuch wurde wegen der Einschränkungen in der Geschäftsstelle und der temporären Schließung des Staatsarchivs an alle Mitglieder postalisch versandt.

Vorträge

Auf Einladung der Historischen Gesellschaft und in Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Vereinen und Institutionen fanden folgende Vorträge statt:

1. Dr. Horst Rößler (Bremen): ›Hier ist plenti viel Geld zu verdienen‹ – Aus dem Elbe-Weser-Raum in die Londoner Zuckerindustrie (1750–1890) (21. Januar 2009)
2. Dr. Klaus Grewe (Köln): Meisterwerke der Technik – Tunnelbauten in Antike und Frühmittelalter (21. Januar 2009)
3. Dr. Ernst Künzl (Mainz): Die Krise des 3. Jahrhunderts – der Barbarenschatz von Neupotz (10. Februar 2009)
4. Prof. Dr. Hartmut Weber (Berlin / Koblenz): Was zusammen gehört: Das Bundesarchiv 20 Jahre nach der Wiederherstellung der Deutschen Einheit (17. März 2009)
5. Dr. Walther Mühlhausen (Heidelberg): Wilhelm Kaisen und Friedrich Ebert (Kaisen-Lesung 2009) (21. Mai 2009)
6. Prof. Dr. Lothar Machtan (Bremen): Der erstaunlich lautlose Untergang der Monarchie 1918 in Deutschland (8. Oktober 2009)

7. Dr. Michael Zelle (Detmold): Ostwestfalen und der Weserraum während der römisch-germanischen Auseinandersetzungen um Christi Geburt (22. Oktober 2009)
8. Dr. Gabriele Hoffmann (Bremen): Die vergessenen Akten – Wie Max Warburg im Dritten Reich 75.000 Menschen das Leben rettete (17. Dezember 2009)

Gesprächsabende

Bei den Gesprächsabenden, die allen Interessierten die Möglichkeit bieten, Themen mit vorwiegend bremischem Bezug vorzustellen und zu diskutieren, standen folgende Schwerpunkte auf dem Programm:

20. Januar 2009: Gesprächsabend mit geselligem Gedankenaustausch und Ausblick auf Aktivitäten im Jahr 2009

17. Februar 2009: Dr. Dieter Bischop »Ergebnisse der Bredenplatz-Grabung in der Altstadt«

Am 26. Februar 2009 war die Historische Gesellschaft Bremen Mitveranstalterin einer Podiumsdiskussion zum Thema »Neuanfänge. Die bremische Nachkriegsgeschichte und die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland« im Staatsarchiv Bremen.

Tagesfahrten

6. Juni 2009: »Bemerkenswertes an der Mittelweser: Erkundungen zwischen Bücken und Nienburg« (Leitung: Dr. Sylvelin Wissmann)

19. September 2009: »Klöster, Landstände und Stiftsritter im Elbe-Weser-Dreieck. Von Heeslingen-Zeven über Bremervörde nach Basdahl« (Leitung: Dr. Konrad Elmshäuser und Uwe Bölts)

Mehrtagesfahrten

26. August bis 30. August 2009: »Schlösser in Ostholstein« (Leitung: Prof. Dr. Franklin Kopitzsch und Uwe Bölts)

Die vom 23. September bis 27. September 2009 geplante Fahrt »Barbarossa und Bauernkrieg. Erkundungen im Norden Thüringens« (Leitung: Dr. Sylvelin Wissmann) wurde auf 2010 verschoben.

Führungen und weitere Veranstaltungen

Am 28. Mai 2009 fand eine Führung durch das »Gefangenenhaus an der Ostertorwache« im Wilhelm-Wagenfeld-Haus, Bremen statt.

Eine Exkursion nach Braunschweig zum Besuch der Niedersächsischen Landesausstellung »Otto IV. – Traum vom welfischen Kaisertum« wurde mit reger Beteiligung am 24. Oktober 2009 realisiert.

Rechnungsbericht der Historischen Gesellschaft zum 31. Dezember 2009

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	Euro	Euro
A. Anlagevermögen		745,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.499,58	
2. sonstige Vermögensgegenstände	0,00	1.499,58
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		56.263,29
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00
		58.507,87

Passiva		
A. Kapital		
1. Anfangskapital	37.279,50	
2. Überschuss	7.473,65	44.753,15
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		10.952,00
C. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten		21,30
D. Rechnungsabgrenzungsposten		2.781,42
		58.507,87

Erträge und Aufwendungen im Jahr 2009

	Euro	Euro
Erträge		
Beiträge	9.968,26	
Spenden	8.994,58	
Zinsen und ähnl. Erträge	309,16	
Erlöse aus Büchertausch	750,00	
Erlöse Porto	13,00	20.035,00
Aufwendungen		
Abgänge Sachanlage Buchwert	0,50	
Löhne und Gehälter	3.300,00	
Sozialabgaben etc.	1.260,04	
Abschreibung Sammelposten	235,00	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.765,81	12.561,35
Überschuss		7.473,65

Gez. Heinz Salzer
Schatzmeister

Geprüft am 20. April 2010:

Gez. Karl-Heinz Hofmann
Dr. Sylvelin Wissmann
Rechnungsprüfer

Anschriften der Autoren und Rezensenten

Thomas Begerow, Habsburger Straße 9, 10781 Berlin

Dr. Jörn Brinkhus, Elisabethstraße 120, 28217 Bremen

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Barbarossastraße 20, 28329 Bremen

Dr. Thomas Elsmann, Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Bibliothekstraße 1, 28359 Bremen

Lena Fellmann, Hollerallee 16, 28209 Bremen

Maria Hermes, Hegelstraße 34/36, 28201 Bremen

Dr. Gabriele Hoffmann, An der Gete 43, 28211 Bremen

Dr. Adolf E. Hofmeister, Am Gohbach 10 a, 27283 Verden

Dr. Brigitta Nimz, Oberneulander Landstraße 204, 28355 Bremen

Jan Osmers, Hauptstraße 49, 27313 Dörverden-Westen

Dr. Christian Ostersehlte, Tettenbornstraße 4 a, 28211 Bremen

Julia Pörtner, Hochmeisterstraße 10, 79104 Freiburg im Breisgau

Prof. Dr. Jürgen Reulecke, Eberhardstraße 3, 45279 Essen

Dr. Hartmut Roder, Übersee-Museum, Bahnhofsplatz 13, 28195 Bremen

Markéta Růčková, Univerzita Karlova u Praze, Filozofická Fakulta, Katedra Pomocnych véd historickych a archivniko studia, nám Jana Palacha 2, 116 38 Praha 1

Dr. Hans-Cord Sarnighausen, Röntgenstraße 57, 21335 Lüneburg

Dr. Bettina Schleier, Kornstraße 193, 28201 Bremen

Prof. Dr. Andreas Schulz, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Schiffbauerdamm 17, 10117 Berlin

PD Dr. Karl-Ludwig Sommer, Frankenburg 51, 28865 Lilienthal

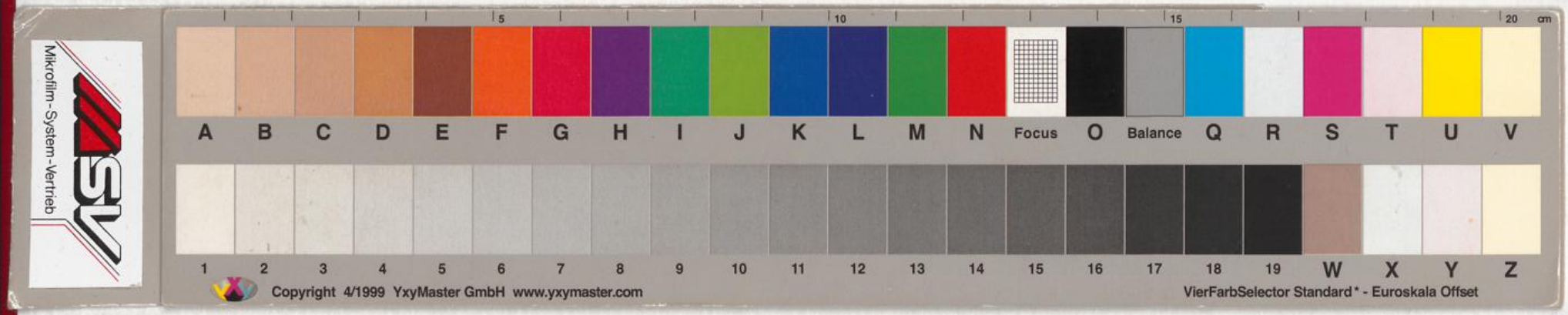
Prof. Dr. Ulrich Tadday, Universität Bremen, Fachbereich 9 – Musikwissenschaft, Bibliothekstraße 1, 28395 Bremen

Dr. Peter Ulrich, Sandstraße 13, 28195 Bremen

Dr. Ulrich Weidinger, Linienstraße 38, 28203 Bremen

Dr. Sylvelin Wissmann, Mennighausen 27, 27257 Sudwalde

Dr. Nicola Wurthmann, Am Kupfergraben 7, 35037 Marburg


Mikrofilm-System-Vertrieb
5
10
15
20 cm
A B C D E F G H I J K L M N Focus O Balance Q R S T U V
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 W X Y Z
Copyright 4/1999 YxyMaster GmbH www.yxymaster.com
VierFarbSelector Standard* - Euroskala Offset